



11
65
H. C. Dergaalk,

43684 P

Politisch-statistische

Uebersicht der Veränderungen

in der

Verfassung, Administration,

und dem

Haushalte

der

österreichischen Monarchie

vom 13. März 1848 bis 13. März 1851,

mit Hinblick

auf die Verhandlungen über die Reichsverfassung in Deutschland.

10481
19151E

Von

Josef Ritter v. Sauer,

k. k. geheimen Rathe, Mitglied mehrerer gelehrten Gesellschaften
im In- und Auslande.

Wien, 1851.

Gedruckt und in Kommission bei J. D. Wallishausser.

Vertrag zwischen der Regierung der Provinz...

Vertrag zwischen der Regierung der Provinz...

Vertrag zwischen der Regierung der Provinz...

Vertrag zwischen der Regierung der Provinz...

Vertrag zwischen der Regierung der Provinz...

Vertrag zwischen der Regierung der Provinz...

Vertrag zwischen der Regierung der Provinz...

1843

3/12/91

von

L
Herrn v. ...

Im Namen der ...

1843

Vertrag zwischen der Regierung der Provinz...

V o r r e d e.

Es dürfte nicht ohne Interesse sein, die Veränderungen zu überschauen, welche die neuen Bewegungen in der österreichischen Monarchie, die auf alle Classen der Bevölkerung Einfluß nahmen, und mit jenen von ganz Europa im Zusammenhange standen, im Staatsbaue und in allen Zweigen der Verwaltung zur Folge hatten.

Ruhige Erwägung, die in der sturmvollen Periode nicht stattfinden konnte, getreue Darstellung der durch ungewöhnliche Ereignisse abgedrungenen Maßregeln und ihrer Folgen, dürften einen Schatz von Erfahrungen darbieten, um im Schwanken der Elemente festere Wege aufzufinden, und so Allen, welchen die Staatsangelegenheiten nicht gleichgiltig sind, willkommen sein, und selbst bei Gelehrten und Staatsmännern einige Beachtung finden.

Zwar hat die tausendjährige Erfahrung gelehrt, daß das Feldherrn-Talent mehr, als die größte Staatsweisheit, das Schicksal der Völker entschieden, und Nationen an den Gipfel der Größe gebracht hat, allein unverkennbar ist es auch, daß hier oft nur zeitlich das Glück den Ausschlag gibt, und eine zufällig errungene Größe ohne verständige und gemäßigte Politik wieder oft eben so schnell zum Sturze gelangen kann.

Vor Allem ist es für die Regierung darum zu thun, sich vor Illusionen zu bewahren, aus der Erfahrung und Geschichte heilsame Lehren zu schöpfen.

Darum wage ich es noch einmal, in einem kleinen Werke die Folgen der neuesten Revolution in Oesterreich

darzustellen. Ich erkenne zwar nicht, daß diese noch von einer vollständigen Entwicklung ferne sind; allein! es ist viel im Verlaufe der letzten Periode umgestaltet worden, und wenn das neue Staatsgebäude auch noch nicht vollständig aufgeführt ist, so wird doch das Hervorgehen desselben aus den Fundamenten zur Ansicht gebracht.

Möge ein nachsichtiges Urtheil über diesen schlichten Aufsatz gefällt werden. Guter Wille hat mich geleitet, nicht Anmaßung — nicht Parteisucht. — Wahrheit und Klarheit ist, vor wie nach, mein Wahlspruch geblieben. Friedfertige Gesinnung zu wecken, habe ich mir, wo ich mit eigenen Bemerkungen aufzutreten mich veranlaßt fand, zur Aufgabe gemacht. Namen hierin anzuführen, habe ich vermieden, weil es sich um Thatfachen und nicht um Personen handelt, weil Namen oft blenden, und ich weder Lob noch Tadel über dieselben auszusprechen mich befugt halte. Dagegen habe ich meinen eigenen Namen nicht verschwiegen, weil ein Autor immer nur im eigenen Namen sprechen kann, und auch für die Fehler, die wohl nie ganz zu vermeiden sind, die Verantwortung nicht ablehnen darf.

Ich habe in diesem Werke mehrmals Anlaß gefunden, mich auf zwei frühere Aufsätze zu beziehen, die denselben Gegenstand bis zum Zeitpunkte der neueren Bewegungen behandeln.

Diese führen den Titel:

I. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen.

Wien 1848.

II. Ueber Oesterreichs Staatsausgaben und Verwaltung.

Wien 1849.

Beide bei Wallishausser.

Ich werde bei Beziehungen auf dieselben sie nur mit den Ziffern I und II bezeichnen.

E i n l e i t u n g

Seit einem Jahrhunderte waren vorzüglich drei Perioden bezeichnend, wo der österreichische Kaiserstaat mit dem Verfalle bedroht war.

Die erste bei dem Regierungs-Antritte M. Theresiens im Jahr 1740, wo die Erbfolge streitig gemacht, und durch Kriege die ganze Monarchie erschüttert wurde; indessen gelang es, die letztere minder durch Siege, als durch weise und humane Verwaltungsmassimen zu einem, seither nie mehr erreichten, Glanze emporzuheben.

Die zweite in den letzten französischen Kriegen, insbesondere im Jahre 1809, wo die Hauptstadt zu wiederholten Malen vom Feinde erobert worden war, und nur durch Familien-Verbindung des regierenden Hauses mit dem Sieger die Hälfte der Provinzen in einem Friedensschlusse erhalten werden konnte. Diese Ruhe dauerte nicht lange. Im Jahre 1814 brach neuerdings die Kriegsflamme aus. Es gelang jedoch bei dem Umschwung der Verhältnisse, durch Allianz mit den größten Mächten von Europa, und durch einen glücklichen Feldzug, der von Moskau bis zum atlantischen Meere fortschritt, bei der nachgefolgten Ländertheilung, die österreichische Monarchie größtentheils auf den vorigen Bestand zurückzuführen.

Diese beiden Schreckens-Perioden waren durch auswärtige Kriege veranlaßt, und zur Rettung aus den Gefahren hatten vorzüglich der Muth und die Treue der Völker aus allen Provinzen beigetragen.

Dagegen wurde die dritte Periode durch Revolutionen und Kämpfe inner Landes herbeigeführt, die in der Haupt-

und Residenzstadt ihren Anfang nahmen, und nach und nach auf alle Provinzen sich verbreiteten.

Höchst unerwartet war das plötzliche Losbrechen dieses Aufstandes, da nicht zu verkennen ist, daß seit einem Jahrhunderte eine Regentenfamilie von reinen Sitten, edler Denkungsart und humanem Benehmen auf dem Throne saß, und die Liebe des Volkes zu gewinnen wußte.

Indessen, — möge immer der Aufstand in Paris, der auf ganz Deutschland Einfluß nahm, die nächste Veranlassung dargeboten haben, so waren doch auch Uebelstände in der Verfassung, in der innern und äußern Verwaltung, im Staatshaushalte und in den besonderen Verhältnissen der Bevölkerung allmählig und im Stillen darauf einwirkend.

In der Verfassung bestanden, vorzüglich in Ungarn*, fortwährend Kontroversen, die zwei Parteien: eine königliche, und eine Landes-Partei bildeten, und bei jedem Landtage einen Ausbruch besorgen ließen. Ähnliche Verhältnisse bestanden in Siebenbürgen**. In den deutsch-slavischen Provinzen*** bestanden mannigfaltige ständische Verfassungen, wo meistens die aristokratische Tendenz vorherrschend, und der Einfluß auf Gesetzgebung und Staatsverwaltung sehr beschränkt war. Eben so im lombard. venet. Königreiche****, wo vom Staate besoldete Mitglieder der Central- und Provinzial-Kongregationen mehr als Hülfbeamte, denn als Landesvertreter anzusehen waren.

Das geschraubte Verhältniß zum deutschen Reichsbunde hatte manche Verwicklungen zur Folge.

In der Staatsverwaltung waren die diplomatischen Tendenzen nicht geeignet, Sympathien zu erwecken, im Innern war ein Schwall mit jedem Tage aufsteigender politischer Gesetze drückend. Vor allem peinigend wirkte aber das Polizei-System, das zu den Mystères gehörte. Darauf bezog sich insbesondere der strenge Verschwiegenheits-Eid der Beamten, der sie zu einer geheimen Kaste zu bilden schien, und Mißtrauen gegen dieselben erweckte.

* II. 120. ** II. 128. *** II. 108. **** II. 112.

Im Staatshaushalte gab ein verwickeltes Finanzsystem, und die unklare Stellung der Finanzen gegenüber der Nationalbank, zu Besorgnissen und Unzufriedenheit Anlaß.

Zudem wurde der Staats-Verband gelockert durch die große Mannigfaltigkeit der unter Einer Krone vereinigten Volksstämme, durch ihre Verschiedenheit in Sprache, Religion, Gewohnheiten, Charakter, und durchlebten staatlichen Schicksalen. Schroff standen sich gegenüber, der Tscheche und der Italiener, der Tiroler und der Galizier, der Ungar und der Oesterreicher; von denen der letzte sich vielleicht mit Allen noch am besten verträgt.

Es ist nicht meine Absicht, hier die Geschichte des Wiener-Aufstandes zu beleuchten, der in ersterer Zeit zwar allgemeine Beunruhigung veranlaßte, aber keine heftige Erschütterung der Monarchie unmittelbar bewirkte, der sogar eine friedliche Tendenz anzunehmen, und auf eine Ausgleichung zwischen Regierung und Volk hinauszugehen schien; -- nur so viel glaube ich bemerken zu sollen, daß es sich um Grundsätze handelte, über welche das Volk und selbst seine Führer nicht im Klaren waren, und daß die Regierung in der ersten Ueberraschung Zugeständnisse machte, deren Tragweite sie nicht voraussah, oder in der Folge hemmen zu können glaubte, wodurch neue Verwirrungen herbeigeführt wurden.

Die im ersten Momente proklamirten Wünsche der Volksanführer gingen darauf hinaus, daß eine freie Verfassung und Pressfreiheit gewährt, und Männer vom Ruder des Staates entfernt werden sollten, denen man, ohne genauere Prüfung, entgegen gesetzte Maximen unterschoß.

Ich werde zuerst von der Verfassung sprechen, dann zu den Reformen in den verschiedenen Zweigen der Staatsverwaltung übergehen, und mit den Resultaten der Finanz-Gebahrung schließen.

I. Staatsverfassung (Constitution). *

Dieses mystische Wort, von vielseitiger Bedeutung, von Theoretikern in verschiedenem Sinne aufgefaßt, vom Volke nicht begriffen, diente schon oft zum Anlasse von Petitionen, zum Vorwande von Gährungen, und kaum bewirkte je die Gewährung allseitige Befriedigung.

Wenn man auf den Ursprung und die allmähliche Ausbildung der Staaten zurückgeht, wenn man erwägt, wie sie vom Familienkreise zu Vereinen in Gemeinden, Stämmen, Nationen, endlich zu großen Staatskörpern angewachsen, und wie sie im langen Zeitverlaufe, theils durch Verträge, theils durch Eroberungen zusammengefügt wurden, wie die Zwecke des Staates, die nebst der Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit und des Rechtszustandes, auch auf die religiöse und sittliche Ausbildung, Erziehung der Jugend, Beförderung der Künste und Wissenschaften, Hebung der agrikolen Gewerbs-Industrie, Hülfsleistung bei größeren Unglücksfällen gerichtet sind, — wie die Regierungsform den Eigenheiten der einzelnen Klassen der Gesellschaft, dem Charakter, den Gewohnheiten, den Bildungsstufen, den materiellen Bedürfnissen der verschiedenartigen Volksgruppen anpassend zu erzielen getrachtet werden muß, so wird es klar, daß eine Improvisirung der Verfassung ein Wagnißstück ist, daß Jahrzehende dazu gehören, um eine Verfassung zur Reife zu bringen, Jahrhunderte, um sie zu konsolidiren, bis sie tief in das Herz der Völker eingewurzelt ist, wie das Beispiel der englischen Verfassung lehrt, welche beim Beginne mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, und wie die neueren Constitutionen zeigen, welche Chamäleon-Farbe tragen, und durch einen Windhauch umgeblasen werden. Selbst die, vor 600 Jahren gleichzeitig mit der englischen, gegründete ungarische Verfassung **, die freilich auf einer immer schwankenden Basis ruhte, mit fremdartigen Elementen zu kämpfen hatte, und

* II. 381—385. ** II. 120.

in späterer Zeit einen heterogenen Kleinstaat im großen Staatenhaufe bildete, konnte sich bei den unerwarteten Ereignissen nicht aufrecht erhalten.

In der österreichischen Monarchie war auch vor den letzteren Ereignissen keineswegs absolute Regentengewalt vorherrschend. Eine Beschränkung derselben lag in den alten ständischen Verfassungen der einzelnen Provinzen, die zwar nach ihrem geschichtlichen Ursprunge verschiedenartig waren, jedoch auf Steuer-Bewilligung und so manche wichtigere Administrations-Zweige bald mehr, bald minder Einfluß nahmen, deren Gerechtsame auf den, größtentheils periodisch abgehaltenen Landtagen, geltend gemacht, und vom Landesfürsten anerkannt wurden. Selbst bei den einzelnen Ortsgemeinden fand meistens freie Wahl der Vorstände und kontrollirenden Ausschüsse, so wie eigene Vermögens-Verwaltung Statt.

In der öffentlichen Verwaltung bestand eine Stufenleiter der Behörden, welche einander überwachten, und den Parteien den Weg zur Beschwerde gegen Willkühr und Bedrückung offen ließen. Die höheren Landes- und die Central-Behörden bildeten in der Regel Collegien, wo jeder wichtigere Gegenstand in Rathsversammlungen vorgetragen werden mußte, (woran sich freilich nicht immer gehalten wurde), wo jeder einzelne Stimmführer seine abgesonderte Meinung mit Freimüthigkeit geltend machen konnte, und ein reifes Gutachten zur kaiserlichen Entscheidung vorgelegt wurde, welche meistens über Vernehmung des über den Behörden stehenden Staatsrathes erlassen wurde.

Indessen waren allerdings größere Garantien gegen Uebergriffe in der öffentlichen Verwaltung nöthig erschienen, um den Staatsbürgern volles Zutrauen zur Regierung einzusößen, und diese in Schranken zu halten. Man strebte diese Garantien durch Zusammenberufung eigens gewählter Volksvertreter und durch Freiheit der Presse zu erlangen, wozu eine von dem jeweiligen Regenten beschworene Verfassungs-Urkunde den Schlußstein bilden sollte.

Alein in der Zeit des Sturmes war es nicht möglich, die-

ses Zutrauen zu gewinnen, ein offenes Benehmen einzuhalten, in Uebereinstimmung zu wirken, und ein friedliches Werk auf fester Grundlage zu schaffen. Jeder Theil suchte Hinterhalt; Mißstimmung herrschte zwischen den höheren und niederen Classen der Nation. Gefränkter Ehrgeiz von einer, Uebermuth und rohe Leidenschaft von der andern Seite gaben zu vielen bedauerndwerthen Auftritten Anlaß.

Bei der Versammlung der N. ö. Stände am 13. März 1848 (dem Tage, wo die Volksbewegung ihren Anfang nahm), wurden an Sr. Majestät die Bitten gestellt: a) Um Censurfreiheit, b) um Municipal- und Gemeinde-Verfassung, c) um Oeffentlichkeit in Gerichtspflege und Verwaltung, d) um Errichtung einer Nationalgarde, e) um Einberufung von Reichsständen aus allen Provinzen (mit Ausnahme von Ungarn). Diese Bitten wurden an demselben Tage durch eine eigene Deputation, unter Zulauf einer Volksmenge, Sr. Majestät dem Kaiser vorgebracht.

Die Preßfreiheit * und die Verleihung einer Constitution wurden gleich in den ersten Tagen der Volksbewegung am 14. und 15. März 1848 zugesichert, am 18. März der verantwortliche Ministerrath eingesetzt, welcher die Constitution vorbereiten sollte, — und dadurch momentan der Aufstand beschwichtigt; indeß war es vorherzusehen, daß die Preßfreiheit mißbraucht werden, und dadurch die Aufregung vermehrt, daß die Schaffung der Constitution ein weit aussehendes und schwieriges Unternehmen sein werde.

Am 15. März 1848 wurde durch kaiserl. Patent die Aufhebung der Censur bewilligt, welcher unterm 31. März ein provisorisches Preßgesetz nachfolgen sollte.

Die Censur-Vorschriften, vermöge welcher jede zum Druck bestimmte Schrift vor Zulassung zu demselben, so wie auch auswärtige Druckschriften, vor der Bewilligung zu ihrer Einfuhr in die österreichischen Staaten, vorläufig der Polizeibehörde zur Prüfung vorgelegt werden mußten, hatten vorzüglich seit

* II. 388.

der Periode der ersten französischen Revolution in ganz Deutschland eine besondere Schärfe und Ausdehnung erhalten.

Welch' eine Masse abstumpfender Arbeit, durch die Prüfung jeder Zeile, die in dem weitem Umfange der österreichischen Monarchie im Drucke erschien, geschaffen, welche Hemmnisse für Litteratur dadurch veranlaßt, welch' ein ausgebreiteter Wirkungskreis den Censoren dadurch eingeräumt, wie oft Privat-zwecke hierbei unterschoben wurden, ist leicht zu ermessen.

Es ist zwar nicht zu verkennen, daß in letzterer Zeit der Willkühr mehr Schranken gesetzt, und liberalere Bestimmungen in Rücksicht auf die Zulassung von Druckschriften getroffen worden waren. * Jedoch blieb die Censur immer eine Knechtung des Geistes, und Jedermann konnte sich nur mit Scheu litterarischen Arbeiten widmen, die überhaupt höheren Ortes nicht gerne gesehen zu werden schienen. Sie wurde der Regierung selbst nachtheilig, indem sie die Beamten sorgloser machte, die allgemeine Stimmung verbarg; Viele, die es redlich meinten, abhielt, Aufklärungen und Rathschläge zu ertheilen, anderseits nicht hindern konnte, daß im Geheimen Pläne geschmiedet, und in auswärtigen Blättern Angriffe gegen die Regierung gemacht wurden, gegen welche die Vertheidigung gehindert war.

Die Pressfreiheit konnte dagegen ein Palladium der Freiheit werden, einigen Ersatz in Ermangelung der Parlaments-Verhandlungen, bei denen oft mehr die Rednerstimme und momentane Eindrücke, als ruhige Ueberlegung und höhere Einsicht von entscheidendem Einflusse sind, gewähren; zumal gegen arge Mißbräuche derselben schon nach den allgemeinen Gesetzen Strafen verhängt werden konnten, die gegen Rede und Schrift im Verborgenen, auch bei größerer Ausbreitung, nicht ausführbar sind.

Das provisorische Pressgesetz vom 31. März

* Unbegründet sind daher die Beschuldigungen gegen den abgetretenen Chef der Polizei-Hofstelle, welche in der Art in öffentlichen Blättern noch immer vorgebracht werden, als ob ihm die Einführung der Censur zuzuschreiben wäre.

1848 wurde gleich bei seinem Erscheinen ungünstig aufgenommen, insbesondere von der Universität, sämmtlichen Buchhändlern und Gelehrten Wiens eine Bitte um Abänderung überreicht, in Folge dessen wurden durch die nachgefolgte provisorische Verordnung vom 18. Mai 1848 über die Strafen und das Verfahren bei dem Mißbrauche der Presse veränderte Bestimmungen getroffen, welche jedoch in der Folge abermals als unzulässig erkannt, und durch Allerh. Entschließung vom 13. März 1849 modifizirt wurden.

Nach der letzteren muß jede Druckschrift (so wie auch bildliche Darstellung) mit dem Namen des Herausgebers, Verlegers und Druckortes, mit Beifügung des Datums versehen, bei periodischen Druckschriften muß auch der Name des Redacteurs beigelegt sein, welche insgesammt verantwortlich sind. Bei Herausgabe politischer Zeitungen und Zeitschriften müssen Cautionen nach Maß des öfteren Erscheinens von 3000 bis 10,000 fl. C. M. erlegt werden.

Der Herausgeber solcher Druckschriften ist schuldig, jede ämtliche Berichtigung der hierin enthaltenen Angaben in dem nächsten Blatte oder Hefte unentgeltlich aufzunehmen. Diese unentgeltliche Aufnahme ist auch für Entgegnung der durch periodische Blätter angegriffenen Privaten insoferne vorgeschrieben, als dieselben an Umfang nicht jenen des angreifenden Artikels übersteigen.

Das Hausiren mit Druckschriften und das Anschlagen von Plakaten (insoferne sie nicht zu den gestatteten Ankündigungen gehören) auf öffentlicher Straße ist verboten. Dann folgt die Aufzählung und Klassifikation der Vergehen, welche durch Mißbrauch der Presse begangen werden, nebst Bestimmung der dawider verhängten Strafen. Die Geldstrafen werden zu Gunsten der Armen verwendet.

Die Verordnungen über das dießfällige gerichtliche Verfahren, und die hierbei einschreitenden Behörden, werden bei dem Abschnitte von dem Justizwesen angeführt werden.

Bei dem späteren Belagerungszustande, in welchen die

Haupt- und Residenzstadt, mehrere andere Städte und ganze Provinzen versetzt worden waren, wurde es der diskretionären Gewalt der Landeskommandanten überlassen, jene Druckschriften mit Beschlagnahme zu belegen, und die Ausgabe jener Journale einzustellen, bei welchen sie die öffentliche Ordnung und Ruhe für gefährdet hielten.

Der Vorbereitungs-Schritt zur Einführung der Verfassung war die schon am 17. März 1848 erfolgte Ernennung verantwortlicher Minister, welche zusammen einen Minister-Rath mit einem Präsidenten an der Spitze bilden sollten, bei denen jedoch die Verantwortlichkeit des vollen Haltes entbehren mußte, bis nicht eine Nationalversammlung oder ein Parlament mit ihnen in die Schranken treten konnte. Vor der Hand wurde unterm 14. März 1848 die Einberufung der Stände der deutschen und slavischen Provinzen und der Central-Congregationen des Lombardisch-Venetianischen Königreiches veranlaßt. Am 6. und 7. April 1848 wurde in Wien ein Gemeinde-Ausschuß von 100 Mitgliedern, 20 aus der innern Stadt, 80 aus den 34 Vorstädten gewählt, um die Gemeinde-Angelegenheiten bis zur Erlassung einer definitiven Gemeinde-Ordnung zu besorgen.

Vor allem war es jedoch nöthig, bei dem Umstande, daß die bisherigen Gewalten nicht mehr ihre Autorität behaupten konnten, die Verwendung des Militärs den Bürgerkrieg herbeizuführen drohte, Fabriken und Gewerbe stockten, die Handelsgewölbe geschlossen wurden, Menschen fortwährend in den Gassen der Stadt wogten, welche durch das Einstürmen des Landvolkes vermehrt wurden, eine neue bewaffnete Civilmacht, und zur Leitung derselben eine Sicherheitsbehörde aufzustellen, um Ruhe und Ordnung einzuführen und zu erhalten, und die Bevölkerung zu ihren häuslichen und bürgerlichen Geschäften zurückkehren zu lassen.

Da die dießfälligen Vorkehrungen und die dazwischen eingetretenen Ereignisse einen wesentlichen Einfluß auf die Con-

sstitutions-Verhandlungen nahmen, so glaube ich hier dieselben näher anführen zu sollen.

Bereits am 13. und 14. März 1848 wurde die Errichtung der Nationalgarde, und die Bewaffnung der Studenten in Wien durch kaiserl. Entschliefungen angeordnet, zugleich wurden die Bürger aufgefordert, sich in die Bürgerkorps einzureihen.

Am 20. März 1848 wurde die förmliche Organisirung der akademischen Legion in Wien vorgenommen. Sie bestand aus folgenden Corps: 1. der Juristen, 2. der Mediziner, 3. der Philosophen, 4. des politechnischen Institutes, 5. der Akademie der bildenden Künste. In dieselbe wurden eingereiht: die öffentlich Studirenden, die Doktoranden, Doktoren und Lehrer dieser Studien-Abtheilungen. Die akademische Legion sollte einen integrirenden Theil der Nationalgarde bilden.

Unterm 10. April 1848 wurde eine provisorische Organisation der Nationalgarde vorgenommen. Als vorzügliche Bestimmung derselben wurde Schutz des Landesfürsten, Schirm der Verfassung, Erhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern, Abwehr jedes feindlichen Angriffes von Außen, bezeichnet. Zum aktiven Dienste in der Nationalgarde sind alle Staatsbürger vom 19. bis 50. Lebensjahre berufen. Dieselbe untersteht der Civil-Autorität, in der obersten Leitung dem Minister des Innern. Die Auslagen, insofern sie nicht von den einzelnen Mitgliedern der Nationalgarde aus Eigenem bestritten werden können, hat die Gemeinde zu tragen. Integrirende Theile derselben sind: die akademische Legion und die bewaffneten Bürgerkorps.

Am 20. April 1848 wurde in Wien, mit Ministerial-Bewilligung, ein Sicherheits-Comité gebildet, das aus Nationalgarde, akademischer Legion und Bürgerkorps zusammengesetzt war, und die nöthigen Vorkehrungen zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung zu treffen hatte.

Sehr zweckmäßig war es, in dem Augenblicke, wo alle Beschäftigungen gehemmt waren, die intelligenteren und Erwerbsklassen, denen sich Gebildete aus allen Ständen an-

schlossen, zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit zu verwenden. Auch fanden diese Corps in Wien großen Zulauf, Ehrenmänner waren an die Spitze gestellt. Es bildete sich eine bewaffnete Macht von ansehnlicher Stärke, die dem Staate nichts kostete. Staats- und Privat-Eigenthum wurde gegen Raub und Plünderung geschützt. Wiederkehr der Ruhe und gewohnten Heiterkeit in Wien stand zu erwarten. Einige Ausbrüche des Pöbel-Muthwillens oder der Privat-Gehässigkeit, wozu die am 5. April 1848 zuerst erschienenen Kagenmusiken gehörten, hätten sich vielleicht durch zweckmäßige Verwendung eben dieser bewaffneten Corps bald unterdrücken lassen.

Auch auf dem flachen Lande und in den Provinzen, auf welche Wien bedeutende Einwirkung hatte, fand diese Maßregel Nachahmung. Es war nur noch um feste Reglements für dieselbe zu thun. Allein die Regierung, unstät in ihren Ansichten und Beschlüssen, war auf die Auflösung dieser Corps bedacht, und rief dadurch eine Gährung hervor, welche heillosere Folgen, als die Revolution in den Märztagen, nach sich zog.

Mit Patent vom 25. April 1848 wurde die Verfassungs-Urkunde des österreichischen Kaiserstaates (jedoch mit Ausschluß der lombard. venet., dann der ungarisch-siebenbürgischen Provinzen) bekannt gemacht, deren Inhalt in Kürze folgender ist:

Dem Kaiser steht die vollziehende Gewalt, die Entscheidung über Krieg und Frieden, der Vertragsschluß mit fremden Mächten, der Oberbefehl über die Land- und Seemacht, Verleihung von Aemtern, Würden, Orden und Adelsgraden zu. Er übt die gesetzgebende Gewalt, im Einvernehmen mit dem Reichstage, aus. Den Staatsbürgern ist Glaubens- und persönliche Rede- und Pressfreiheit zugesichert. Die Minister sind für ihre Anträge und Amtshandlungen verantwortlich. Der Reichstag ist in zwei Kammern getheilt. Die erste (der Senat) besteht aus den Prinzen des kaiserlichen Hauses, aus den vom Kaiser für ihre Lebensdauer ernannten Mitgliedern, dann aus 150

Mitgliedern, welche von den bedeutendsten Grundbesitzern, für die Dauer der Wahlperiode, aus ihrer Mitte gewählt werden.

Die zweite (Kammer der Abgeordneten) aus 383 nach einer provisorischen Wahlordnung, mit Rücksicht auf die Volkszahl und die Vertretung aller staatsbürgerlichen Interessen, gewählten Mitgliedern.

Alle Gesetze bedürfen der Zustimmung beider Kammern, und der Sanction des Kaisers. Dem Reichstage steht die Berathung zu: über das definitive Wahlgesetz, über die Civilliste des Kaisers, über die Ergänzung des stehenden Heeres, Bewilligung von Steuern und Abgaben, Contrahirung von Staatsschulden, über das Staatspräliminare und den Gebährungsabschluß. In den einzelnen Ländern haben zur Wahrnehmung der Provinzial-Interessen, Provinzial-Stände zu bestehen. Municipal-Einrichtungen und Gemeinde-Verfassungen wahren die Sonder-Interessen der Kreise, Bezirke und Gemeinden. In dem ganzen Umfange der Monarchie wird die Nationalgarde gebildet, welche der Civil-Autorität untergeordnet bleibt.

Die praktische Ausführung dieses Constitutions-Prinzips fand schon durch die Ausscheidung mehrerer großer Provinzen von der Theilnahme an der Verfassung, dann vorzüglich durch die Separationsgelüste nach Verschiedenheit der Nationalität und Sprache, wie sie kaum jemals zu befriedigen möglich waren, unübersteigliche Hindernisse. Bald nach dem Erscheinen der Verfassungs-Urkunde ergaben sich unruhige Auftritte in Wien. Am 4. Mai 1848 wurde von der Gemeinde der Stadt Wien ein provisorischer Sicherheitsausschuß bestellt, welcher aus 12 vom Magistrate und provisorischen Bürgerausschuß gewählten Mitgliedern bestand, und zur Aufgabe hatte, für Ruhe und Ordnung in der Residenzstadt zu sorgen. Ihm sind sämmtliche Polizei-Bezirksdirektionen in der Stadt und den Vorstädten untergeordnet, die städtische Sicherheitswache zur Verfügung gestellt, auch sind die Friedensmänner, so wie sämmtliche Grundgerichte, angewiesen, seinen Anordnungen

Folge zu leisten. Die Friedensmänner werden von den Grundgerichten, auf je 500 Bewohner Einer, in Vorschlag gebracht. Sie sind nicht bewaffnet.

Am 13. Mai 1848 erschien ein Tagsbefehl an die Nationalgarde, wodurch das politische Comité aufgelöst werden sollte. Dieß verursachte große Aufregung, es wurde am 15. Mai eine Sturmpetition von Nationalgarde und akademischer Legion vorgebracht, womit um Zurücknahme dieses Befehles, so wie unter Einem auch gebeten wurde, daß die Verfassung vom 25. April 1848 vorläufig der Berathung der Reichsstände, und die Bestimmungen des Wahlgesetzes, welche zu Bedenken Anlaß gegeben hatten, gleichfalls einer neuerlichen Prüfung unterzogen werden sollen.

Diesem Ansuchen wurde durch eine Ministerial-Kundmachung von demselben Tage entsprochen, und zugleich beigefügt, daß, da die Verfassung erst durch die Reichsstände festgestellt werden wird, für den ersten Reichstag nur Eine Kammer gewählt werden, somit für die Wahlen gar kein Census bestehen soll.

Durch nachgefolgte U. H. Entschließung vom 16. Mai wurde bewilligt, die Stadtwachen von Nationalgarde und Militär gemeinschaftlich besetzen zu lassen. Die fortwährende Gährung bestimmte die Minister zur Resignation, welche jedoch nicht angenommen wurde. Se. Majestät der Kaiser begab sich nach Innsbruck.

Am 18. Mai wurde mit Ministerial-Genehmigung an der Stelle des sich auflösenden Central-Comité ein Sicherheits-Ausschuß vom Wiener-Magistrate und Bürgern, und zugleich am 19. Mai in Wien eine Sicherheitswache errichtet, die Nationalgarde wurde mit der akademischen Legion und dem Bürgercorps vereinigt, und unter das Militär-Oberkommando gestellt.

Durch Manifest vom 20. Mai 1848 erklärte der Kaiser, daß er sich, wegen der Bestrebungen einer anarchischen Fraktion, sich stützend auf die, durch Fremde irre geleitete akade-

mische Legion und Abtheilungen der Wiener Bürger und Nationalgarden, — von Wien entfernt habe.

Am 26. Mai 1848 rückte, nachdem ein Mauer-Anschlag es verkündet, Militär gegen die Universität in Wien, um die akademische Legion aufzulösen, zugleich wurde die Universität, das politechnische Institut und die Akademie der bildenden Künste geschlossen. Hierüber entstand ein allgemeiner Volksauflauf, Barrikaden wurden errichtet, viele angesehene Familien entfernten sich von Wien.

Der Ministerrath fand sich veranlaßt, am 27. Mai die Auflösung der akademischen Legion zu widerrufen, neuerdings einen Ausschuß von Bürgern, Nationalgarden und der akademischen Legion zu bilden, welcher Ausschuß am 1. Juni 1848 zusammentrat, als unabhängig von jeder andern Behörde erklärt, und unter dessen Schutz das gesammte Staats-Eigenthum gestellt wurde. Zugleich sollten die Wachen an den Stadthoren allein von Nationalgarde, akademischer Legion und Bürgercorps, die übrigen gemeinschaftlich mit Militär besetzt werden. Dadurch wurde auf einige Zeit die Ruhe wieder hergestellt.

Noch größere, über die ganze Monarchie sich erstreckende Verwirrung entstand aber durch die National-Streitigkeiten, durch Religions- und Sprachverschiedenheit. Der Kontrast politischer Gesinnungen, die Antipathien der Völker zogen verderbliche Kriege nach sich, welche ungarische Truppen nach Italien, italienische nach Ungarn, Croaten und Seressaner nach Wien führten, gräuliche Verwüstungen verursachten, viele Menschenopfer kosteten, Noth und Elend, und Zerrüttung im Staatshaushalte herbeiführten.

Ein lebhaftes Bild der Nationalitäts-Verschiedenheiten in der österreichischen Monarchie, stellt die nachfolgende Uebersicht dar, welche in Folge der vom Ministerium eingeleiteten Erhebung in dem Wiener Zeitungsblatte vom 26. Februar 1849 geliefert wurde:

Nieder-Oesterreich: Gesamtbevölkerung 1,494,399;

darunter 1,474,067 Deutsche, 11,803 Tschechen, 4233 Croaten und 4296 Juden.

Oesterreich ob der Enns und Salzburg: 856,694 Deutsche als Gesamtbevölkerung.

Steiermark: 650,200 Deutsche, 352,874 Wenden.

Kärnthén und Krain: Gesamtbevölkerung 784,786; darunter 506,266 Slovenen, (nämlich 410,722 Krainer und 95,544 Wenden), 17,697 Croaten, 260,821 Deutsche, 2 Juden.

Küstenland: Gesamtbevölkerung 500,101; darunter 185,757 Krainer, 134,545 Croato-Serben (Istrier), 116,860 Italiener, 48,569 Friauler, 1,555 Walachen, 9,385 Deutsche, 3,530 Juden.

Tirol: 859,250 Einwohner, wovon 529,419 Deutsche, 320,211 Italiener, 8,642 Ladinier, 978 Juden.

Böhmen: 4,347,962 Einwohner; wovon 1,727,950 Deutsche, 2,549,975 Tschechen, 70,037 Juden.

Mähren und Schlesien: 2,250,594 Einwohner; davon 751,325 Deutsche, 1,327,120 Tschechen, 131,422 Polen, 663 Croaten, 40,064 Juden.

Galizien und Bukowina nebst Krakau: Gesamtbevölkerung 5,253,621; wovon 2,001,143 Polen, 2,182 Tschechen, 2,616,799 Ruthenen, 2,339 Russen, 140,626 Moldauer, 133,000 Deutsche, 5,446 Magyaren, 5,384 Armenier, 346,702 Juden.

Dalmatien: 404,640 Einwohner; wovon 374,725 Serben (Dalmatiner), 28,500 Italiener, 1,005 Albanesen, 410 Juden.

Lombardien: 2,667,868 Italiener, und 2,965 Juden, zusammen 2,670,833 Einwohner.

Venedig: 2,257,200 Einwohner, davon 12,036 Deutsche, 26,317 Slovenen, 1,873,002 Italiener, 341,085 Friauler, 4,760 Juden.

Ungarn: (approximativ) 11,000,000 Einwohner; davon 1,156,400 Deutsche, 1,822,730 Slowaken, 475,310 Ruthenen, 739,240 Serben, Schokazen und Slavonier, 689,580

Croaten, 49,600 Slovenen, 13,580 Bulgaren, 4,708,260 Magyaren, 1,029,680 Walachen, 33,000 Zigeuner, 10,000 Griechen und Macedo-Walachen (Zingaren), 4,000 Italiener, 3000 Armenier, 265,620 Juden.

Siebenbürgen (ohne die siebenbürgische Militärgrenze) 2,182,700 Einwohner; wovon (approximativ) 250,000 Deutsche, 200 Bulgaren, 566,500 Magyaren, 1,290,000 Walachen, 9000 Armenier, 7000 Juden, 60,000 Zigeuner.

Militärgrenze (ohne den Grenzweisenstand) 1,226,408 Einwohner; nämlich 41,337 Deutsche, 9,590 Tschechen und Slowaken, 524,048 Croaten, 339,176 Serben und Slavonier, 1,288 Albanesen, 203,931 Walachen, 106,067 Magyaren, 434 Italiener, 537 Juden.

Hiezu das k. k. Militär einschließlich des Grenzweisenstandes 492,486 Mann; wovon (approximativ) 128,286 Deutsche, 96,300 Tschechen, Mährer und Slowaken, 37,700 Polen, 50,000 Ruthenen, 22,000 Slovenen, 27,600 Croaten, 19,000 Serben, Schokazen, Slavonier und Isirier, 52,700 Italiener, 4,300 Friauler, 20,700 Walachen und Moldauer, 32,500 Magyaren und 600 Zigeuner, wobei die nicht zahlreichen im Militär dienenden Juden, je nach den einzelnen Provinzen, den herrschenden Hauptstämmen beigezählt wurden.

Ich werde nun die Bestrebungen der einzelnen Volksstämme in Bezug auf Verfassungs-Reformen, die darüber gepflogenen Verhandlungen, und daran geknüpften Ereignisse in Kürze anführen.

Im lombardisch-venetianischen Königreiche war schon am 18. März 1848 ein Aufstand in Mailand ausgebrochen, der sich bald im Lande verbreitete, und die Losreißung vom Kaiserstaate besorgen ließ. Am 22. März 1848 wurde Mailand von den österreichischen Truppen geräumt. Der König von Sardinien, welcher seinen Vätern am 3. Februar 1848 eine eigene Constitution zu geben beschloffen hatte, sprach sich in einer Proklamation vom 23. März desselben Jahres an

die Völker der Lombardei und Venedigs dahin aus, daß seine Truppen, die sich schon an der Gränze sammelten, zur Unterstützung ihrer Freiheits-Bestrebungen einrücken würden.

Am 6. April fand der erste Zusammenstoß österreichischer und piemontesischer Truppen statt.

Durch kaiserl. Manifest vom 20. Sept. 1848 wurde den Bewohnern des lombard. venet. Königreiches Amnestie und Gewährung einer freien Verfassung, im Falle ihrer Unterwerfung, zugesichert, welcher Anbot jedoch erfolglos war.

In Folge einer Militär-Convention vom 22. März 1848 wurde Venedig von den österr. Truppen verlassen, und den Insurgenten übergeben, von diesen die Republik proklamirt und eine provisorische Regierung eingesetzt.

Erst im Jahre 1849 wurden diese Länder wieder mit dem Kaiserstaate vereinigt. Durch den Friedensschluß mit Sardinien vom 6. August 1849, der am 17. August ratificirt wurde, machte sich Sardinien zur Bezahlung einer Kriegsschädigung von 75 Millionen Francs in Raten verbindlich. Venedig ergab sich am 22. August 1849.

Ungarn mit seinen Nebenländern hatte seit sechs Jahrhunderten eine eigene Constitution, deren Grundzüge ich in meinem früheren Werke dargestellt habe. *

Bei der allgemeinen Bewegung in Oesterreich wurde auch auf dem ungarischen Landtage gestrebt, neue Zugeständnisse zu erhalten, und noch mehr von dem Administrations-Verbande mit den übrigen Theilen der österreichischen Monarchie, als es bisher der Fall war, sich zu trennen.

Mit Repräsentation der zu Reformen berufenen, auf dem Reichstage versammelten Stände, vom 14. März 1848, wurde angetragen, alle Steuern und öffentliche Lasten ** ohne Unterschied des Standes auf alle Bewohner des Landes gleichmäßig zu vertheilen, die Urbarialgaben und Leistungen gegen

* II. 120.

** die Domestikalsteuer für Comitats-Anlagen betrug jährlich im Durchschnitt 5453121 fl. Kriegsteuer 4470244 fl. Conv. Münze.

Entschädigung von Seite des Staates aufzuheben, die Entwicklung des constitutionellen Lebens durch eine wahrhafte Repräsentativ-Einrichtung, Betheilung des Volkes an politischen Rechten zu fördern, und zugleich um eine nationale, von jedem fremden Einflusse unabhängige Regierung zur Ausgleichung der gegenseitigen Interessen mit den Erbstaaten gebeten.

Auf dem Reichstage vom 16. März 1848 wurde der Erzherzog Stephan zum Palatin und k. Statthalter im Lande einstimmig gewählt, die Organisirung eines unabhängigen und verantwortlichen, ungarischen Ministeriums angetragen, zugleich auch ein Constitutions-Entwurf vorgelegt, wobei jedoch bestimmt der Vorbehalt ausgedrückt war, daß die Einheit der Krone, und die Integrität des Verbandes der Monarchie gesichert sein soll.

Durch k. Rescript vom 11. April 1848 wurden diese Anträge genehmigt, die höhere Geistlichkeit entsagte den Zehenden, ohne eine Entschädigung anzusprechen.

In der Magnaten-Tafel wurde am 1. April 1848 für den Unterhalt des Hofes der jährliche Beitrag von drei Millionen Gulden beschlossen. Die wesentlichen Bestimmungen der Constitution sind folgende:

Die Person Sr. M. des Königs ist heilig und unverleßlich. Bei Abwesenheit des Königs übt der Palatin im Lande die vollziehende Gewalt im gesetzlichen und constitutionellen Wege mit Machtvollkommenheit aus, und in diesem Falle ist seine Person gleichfalls unverleßlich. Die Ausübung der vollziehenden Gewalt geschieht durch ein unabhängiges, ungarisches Ministerium, welches für seine Amtshandlungen verantwortlich ist.

Das Ministerium besteht aus einem Präsidenten, und 7 Ministern, welche folgende Geschäftsleitung übernehmen: a.) die inneren Angelegenheiten, b.) die Finanzen, c.) die öffentlichen Arbeiten, Communication und Schifffahrt, d.) Landbau, Industrie und Handel, e.) Cultus und Unterricht, f.) Gerichtspflege und Gnade, g.) Landesvertheidigung.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten muß immer um die Person S. M. des Königs sein.

Der Ministerpräsident wird, in Abwesenheit Sr. M., vom Lande, vom Palatin mit Genehmigung S. M. ernannt. Die übrigen Minister bringt der Ministerpräsident zur Allerhöchsten Bestätigung in Vorschlag. Zu den Vorrechten des Königs gehören: die Ernennung der Reichs-Barone, die Verleihung geistlicher Pfründen, des Adels, der Titel und Orden, das Begnadigungsrecht, die Bestimmung über die Verwendung der ungarischen Armee außerhalb des Landes, dann die Ernennungen zu Militär-Chargen, unter Gegenzeichnung der betreffenden ungarischen Minister.

Für die gemeinsamen Angelegenheiten des Landes wird, unter dem Vorsitze Sr. M. oder des Palatin, oder des Ministerpräsidenten, ein Staatsrath errichtet, der am nächsten Landtage bleibend organisirt werden wird.

Auf einem spätern Reichstage wurde die Aufhebung der Comitats-Congregationen beschlossen, welchen bis dahin nicht nur die gesammte administrative, sondern auch ein großer Theil der richterlichen Gewalt über Adelige, und nicht der städtischen Administration Unterworfenen zustand.

Keinen günstigen Eindruck machte in Ungarn der königliche Erlaß an den Palatin vom 7. April 1848, wodurch die Reichsstände zur Erklärung aufgefordert wurden, einen Theil der allgemeinen Staatsschuld, beiläufig den vierten Theil, mit 10 Millionen Gulden Zinsen auf Ungarn übernehmen zu wollen, was jedoch auf dem Reichstage nicht mehr in Berathung gezogen wurde.

Am 11. April 1848 wurde der Schluß des Reichstages in Pesth, der schon am 2. April angekündigt worden war, von Sr. M. dem Kaiser in Person vorgenommen.

Am 16. April erließ das ungarische Ministerium eine Proclamation, wodurch es erklärte, daß es nach Auflösung des Landtages die Regierung des Vaterlandes im Sinne der Gesetze übernommen habe.

Durch k. Rescript von 10. Juni 1848 wurde der ständische

Gesegentwurf über die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn genehmigt.

Gleichzeitig wurde auch die gesammte Militärgrenze dem verantwortlichen ungarischen Ministerium untergeordnet, wogegen dem letzteren zur Pflicht gemacht wird, die Unverletzlichkeit der Nationalität, Religion und Sprache in der Militärgrenze zu erhalten, für die sichere und bessere Subsistenz der Geistlichkeit, für das Aufblühen der Nationalschulen Sorge zu tragen, endlich den Militär-Communitäten und sonstigen im Regiments-Bezirke Wohnenden jene constitutionellen Freiheiten zuzuwenden, deren sich alle andern Städte und Bürger des Königreiches erfreuen.

Im Zusammenhange mit den Bewegungen in Ungarn waren auch jene in den Nebenländern.

Zuerst erhoben sich die Croaten; Croatien für sich, — ohne die Militärgrenze, hat auf einem Flächenraume von 172½ Quadratmeilen in 6 Städten, 15 Marktflecken und 1956 Dörfern, eine Bevölkerung von 484,000 Seelen. Es kam im Jahre 1088 unter ungarische Botmäßigkeit, erfreute sich aller Rechte, die Ungarn genoß, und noch einer besonderen Art von Vorrecht, nämlich alle Protestanten aus seinen Grenzen ferne zu halten.

Schon von alten Zeiten her bestand eine eigene, aus dem Adel zusammengesetzte, croatische Landescongregation, bei welcher die inneren Angelegenheiten verhandelt wurden. Sie erteilte den zum ungarischen Landtage Abgeordneten jedesmal die gehörigen Instructionen. Seit der Aufhebung des Consilium Croaticum war das Land in seiner politischen Verwaltung ganz von Ungarn abhängig. In Justizsachen hatte es ein eigenes Appellationsgericht, (die Banal-Tafel), dem der Ban präsidirte, der zugleich Militär-Chef war.

In einer durch ein provisorisches National-Comité einberufenen, am 13. März 1848 zu Agram abgehaltenen National-Versammlung der drei Königreiche Croatien, Slavonien und Dalmatien, wurde eine aus 30 Punkten bestehende Petition beschloffen, welche durch eine eigene Deputation von 180 Män-

nern am 30. März 1848 Sr. M. dem Kaiser in Wien überreicht wurde. Der wesentliche Inhalt derselben war: Sie wollten, unter der ungarischen Krone vereinigt, der jetzt in Folge der pragmatischen Sanction regierenden Dynastie treu bleiben, und die Integrität der österr. Monarchie, so wie auch des ungarischen Reiches aufrecht erhalten. Jedoch verlangen sie die Stellung der drei zu vereinigenden Königreiche unter Ein Oberhaupt: den Ban, welchem auch das Commando über die Grenztruppen anvertraut werden sollte, die Einverleibung von Dalmatien und der Militärgrenze, eigene Landtage, nationale Unabhängigkeit, ein eigenes, dem Landtage verantwortliches Ministerium, Einführung der National-Sprache in die innere und äußere Verwaltung, eine Nationalgarde, an deren Spitze der gewählte Landeskapitän treten soll, Nationaltruppen, Gleichheit in Rechten und Freiheiten, gleichmäßige Lasten, Befreiung von Frohnen und Unterthansgaben, Aufhebung des Cölibats.

Bald darauf hatte der Ban von Croatien ein Rundschreiben erlassen, wodurch er den Behörden in Croatien, Slavonien und Dalmatien den Auftrag ertheilte, sich in Landesangelegenheiten nicht an das ungarische Ministerium zu wenden, sondern nur seinen Befehlen zu gehorchen, wonach er zugleich einen Landtag auf den 5. Juni 1848 ausschrieb.

Durch Allerhöchste Entschiefungen vom 7. und 11. Mai 1848 wurde dem Ban verordnet, den geseglichen Verband der Länder ungarischer Krone nicht zu lockern, den Befehlen des Palatinus, so wie des ungarischen Ministeriums, dem die Regierung Ungarns und der damit verbundenen Länder anvertraut worden, in allen Zweigen der Verwaltung pünktlich Folge zu leisten, und seine Cirkular-Weisungen zurückzunehmen. Zugleich wurde ein königlicher Commissär abgeordnet, um den Uebergriffen des Ban, der die Trennung der mit Ungarn verbundenen Länder trotz der k. Anordnung gewaltsam durchsetzte, Einhalt zu thun.

Ferner wurde mit Allerhöchstem Handschreiben vom 29. Mai dem Banus die Abhaltung des Landtages ausdrücklich untersagt. Der Landtag fand gleichwohl am 4. und 5. Juni 1848 statt,

wobei der Ban einstimmig zum Landeskapitän ausgerufen, eine Repräsentation der drei vereinigten Königreiche vorgelegt, und eine Proklamation erlassen wurde.

Mit Entschließung vom 10. Juni 1848 erkannten Se. M. die am 5. Juni abgehaltene croatische Landeskongregation für ungültig; wollten nicht, daß das Land von Ungarn getrennt werde, mit dem es 800 Jahre vereinigt war, wiesen aber auf eine Ausgleichung unter Vermittlung Sr. k. Hoheit des Herrn Erzherzog Johann hin. Gleichzeitig wurde ein eindringlicher Aufruf an die Croaten und Slavonier erlassen, daß sie eingedenk der Wohlthaten, insbesondere der constitutionellen Freiheit, die ihnen durch den Verband mit Ungarn, — allein vor allen slavischen Völkern — zu Theil ward, der Aufhebung der Urbarial-Lasten, der gleichförmigen Vertheilung der Abgaben, der Wahrung ihrer Munizipalrechte, der unverletzten Erhaltung ihrer Nationalität, Religion und Sprache, sich fortan als treue Unterthanen erweisen, durch gemeinschaftliche Rechte und Freiheiten zu innigem Verband ermuntert, sich nicht gegen die k. Befehle auflehnen, und von Ungarn gewaltsam losreißen, sondern dem Statthalter und ungarischen Ministerium Folge leisten sollen.

Die wiederholt anbefohlene gütliche Vermittlung hatte leider keinen günstigen Erfolg.

Bis zu diesem Zeitpunkte hatte sich die österreichische Regierung mit Ungarn in Harmonie erhalten.

Zwar zeigten sich schon früher Symptome einer Spannung, die aber erst nach mehreren Monaten zum Bruche führte. Veranlassung wurde von Seite der ungarischen Nation, von Seite der österreichischen Regierung, endlich durch die immer weiter schreitenden Forderungen der vorhin mit Ungarn verbundenen Volksstämme dargeboten.

Der Nationalstolz, das Streben der ultramagyarischen Partei, Ungarn von dem gemeinsamen Verbande unter der Kaiserkrone loszureißen, und bloß eine Personal-Union bestehen zu lassen, was mit der pragmatischen Sanction im Widerspruche stand, und die Kraft der Monarchie lähmen mußte,

der Ehrgeiz so mancher hervorragender Persönlichkeiten, die sich zu Volksführern aufschwangen, bewirkte die Separationsgellüste, die nicht vom Volke ausgegangen waren, und ihm nicht Gedeihen brachten.

Das ungarische Ministerium hatte im Mai 1848 zwei Abgeordnete nach Frankfurt gesendet, um den Anschluß Ungarns an Deutschland zu bewirken, was von Seite der Regierung mißbillig angesehen, aber damals nicht gerügt wurde.

Anderseits läßt sich das schwankende Benehmen der österreichischen Regierung nicht in Abrede stellen; jedoch ist wohl zu bedenken, daß in der Lösung so äußerst verwickelter Aufgaben, wie sie seit Jahrhunderten nicht vorgekommen waren, die rasche Beschlüsse forderten, — die Staatsweisheit oft unzureichend ist, und bei dem Eintritte nicht vorherzusehender Ereignisse hingerissen werden mußte.

Gewiß ist es, daß hier der Wechsel der Systeme tief in das Leben der Völker eingegriffen, und große Nachtheile für den Staat und für die einzelnen Nationen herbeigeführt hat.

Schon die erste dem ungarischen Reichstage gemachte wohlgemeinte Proposition, eine Schuldenmasse zu übernehmen, für die es unter den damaligen Verhältnissen neue Quellen zur Bedeckung ausfindig zu machen, kaum möglich war, und gleichsam, wie einem fremden Staate gegenüber, nach getrenntem Interesse zu verfahren, Gläubiger dahin zu überweisen, die wohl größtentheils in anderen Provinzen, oder selbst im Auslande die Genüsse zu beziehen hatten, und dieß, ehe noch die Verhältnisse des Landes gegen den Gesamtstaat geordnet, die Grenzen desselben bestimmt, die Landes-Einnahmen und Ausgaben festgesetzt waren, — eine Zumuthung dieser Art mußte allerdings Unzufriedenheit im Lande bewirken.

Zum Mißtrauen gegen die Regierung trug noch die unschlüssige Haltung derselben bei der Erhebung der Nebenländer Ungarns bei.

Es wurde ein neuer Landtag in Pesth ausgeschrieben, welchen Erzherzog Stephan zu Folge Allerhöchster Entschlie-
ßung

vom 26. Juni, am 5. Juli 1848 für Ungarn und Siebenbürgen eröffnete.

In der ungarischen Unterhausſitzung vom 11. Juli 1848 wurde, aus Anlaß der beſorglichen Angriffe von Croatien einerſeits, und der Serben anderſeits, die Errichtung eines Heeres von 200,000 Mann und die Aufhebung einer Geldſumme von 42 Millionen Gulden angetragen, vor der Hand entfiel der Beſchluß auf die Stellung von 40,000 Mann und Aufbringung von 8—10 Millionen Gulden zur Bekämpfung der croatiſchen und ſerbischen Revolution.

Am 5. September 1848 wurde von dem ungarischen Reichstage eine Deputation nach Wien geſendet, um die Bewilligung zu erhalten, eine unabhängige ungarische Armee zu bilden, und Papiergeld hinauszugeben. Der beſorgliche Einfall der Croaten bot hiezu den Anlaß. In der Sitzung vom 11. September wurde die Aufſtellung einer ungarischen Armee, und die Emission von 61 Millionen Banknoten beſchloſſen.

Durch königliches Manifeſt vom 28. September 1848 wurde die ungarische Reichsverſammlung bis 1. December prorogirt, Graf Majlath zum Palatin ernannt, und Graf Lamberg als k. Commiſſär nach Peſth zur Beilegung des Streites zwischen Ungarn und Croatien abgeſendet, wo er jedoch von einem zuſammengerotteten Vöbelhaufen ermordet wurde.

Mit dieſer Frevelthat war der gänzliche Bruch zwischen der öſterreichiſchen Regierung und Ungarn eingetreten.

Durch k. Reſcript vom 3. October 1848 wurde der Reichstag in Peſth aufgehoben, und das Kriegsgeſetz in Ungarn publizirt.

Unterm 10. October 1848 erließ der ungarische Reichstag eine Abberufung der ungarischen Truppen aus Italien, welche jedoch nicht effectuirt wurde, und ordnete am 15. an, daß die Truppen im Lande bloß ungarische Inſignien und Farben zu tragen haben.

Die ferneren Schickſale Ungarns werden in der Folge berührt werden. Nachdem ſich der Ban mittlerweile ganz zur

österreichischen Partei geschlagen, und die seiner Leitung untergebenen Völker in gleicher Stimmung erhalten hatte, wurde ihm wieder volles Vertrauen geschenkt. Durch kaiserl., am 4. September 1848 in Agram proklamirtes Manifest wurde derselbe in alle Ämter und Würden wieder eingesetzt. Er überschritt mit seinen Truppen am 11. September die Drave, und rückte gegen die ungarischen Hauptstädte vor.

Am 6. Mai 1849 stellte eine kroatisch-slavonische Deputation folgende Bitten:

1. Um Gewährleistung der eigenen obersten Landesverwaltung;
2. Bestätigung der Landtagsbeschlüsse hinsichtlich der Militärgrenze;
3. Aushorifizirung der Nationalsprache in allen ämlichen Verhandlungen;
4. Bestätigung des Verbandes mit der serbischen Wojwodschafft;
5. Einberufung von dalmatinischen Deputirten zum croatisch-slavonischen Landtag;
6. Bestätigung der Einverleibung der Insel Mur zu Kroatien.

Mit Entschließung vom 7. April 1850 wurden in Erledigung der Vorlagen des croatisch-slavonischen Landtages vom J. 1848 folgende Beschlüsse für die Königreiche Kroatien und Slavonien mit Einschluß des croatischen Küstenlandes und des Gebietes von Fiume gefaßt:

Unabhängigkeit von Ungarn, eigene dem Reichsministerium untergeordnete Landesverwaltung, Gleichstellung mit den übrigen Kronländern, Theilnahme am allgemeinen Reichstage, Aufrechterhaltung der eigenthümlichen Institutionen innerhalb der Grenzen der Reichsverfassung, und der Würde des Ban, Nationalsprache als Geschäftssprache; Aufrechterhaltung des Institutes der Militärgrenze, Verbindung der croatisch-slavonischen Militärgrenze mit dem Stammlande in Ein Territorialgebiet, jedoch mit abgesondertem Provinzial- und Militärlandtag und abgesonderter Vertretung.

Ueber den Anschluß von Dalmatien ist weitere Verhandlung zu pflegen.

Im August 1850 hat Fiume, von Croatien getrennt, und vereinigt mit Triest, Autonomie zu erhalten. Es hat gleiche Ansprüche, gleiche Interessen, hatte seit Jahrhunderten gleiche Schicksale mit letzterer Stadt. Die unmittelbare Abhängigkeit beider Städte datirt von gleichem Zeitpunkte. Nach dem Passarowitzer-Frieden vom Jahre 1718 erhielten beide das Freihafens-Privilegium. Im Jahre 1776 wurde zwar Fiume dem Königreiche Croatien momentan einverleibt, allein drei Jahre darnach wurde diese Verfügung zurückgenommen, und Fiume als ein für sich selbst bestehender und integrierender Theil des Königreiches Ungarn erklärt; die Hauptzweige der Industrie von Fiume sind: Schiffbau, Papierfabrikation und Vermahlung von Getreide. Diese und die Bewegung des Hafens sind die vorzüglichsten Quellen seines Wohlstandes. Die Identität der Bedürfnisse und Interessen, die mannigfaltigen kommerziellen Beziehungen mit Triest, lassen eine politische Verbindung beider Städte als wünschenswerth erscheinen.

In gleicher Art, wie die Croaten, suchten auch die Serben (Raizen) im südlichen Ungarn, vorzüglich im Banate, sich von dem Verbande mit Ungarn loszumachen. Sie machten gleichfalls von den Waffen Gebrauch, zogen Landleute aus Serbien an sich, und kämpften mit abwechselndem Glücke.

Die serbischen Landstriche standen 150 Jahre unter türkischer Bothmäßigkeit. Nach langen verheerenden Kriegen fielen sie Oesterreich zu. Ueber Aufruf Kaiser Leopold I. vom 6. April 1690, wanderten gegen 40,000 serbische Familien griechisch-nicht unirten Glaubens aus dem türkischen Gebiete in die entvölkerten Landestheile zwischen der Save und Drau, und erhielten durch das Privilegium vom 20. August 1691 besondere Begünstigungen, vorzüglich freie Religionsübung, die Wahl ihres Kirchenfürsten und Woywoden, und innere Verwaltung durch eigene Magistrate. Durch Rescript vom Jahre 1694 erhielt die serbische Nation die Unabhängigkeit von der Comi-

tats-Gewalt, und die unmittelbare Unterordnung unter die kaiserliche Regierung.

Im Carlowiger Frieden vom Jahre 1699, wurde das Land zwischen der Donau- und der Theiß-Mündung, so wie die westlichen Theile Syrmiens, von der Pforte an Oesterreich abgetreten. Im Jahre 1702 erhielten das Theiß- und Maroscher-, so wie das slawonische Grenzland eine militärische Verfassung, und wurden unmittelbar dem Hofkriegsrathe in Wien untergeordnet.

Eben diese Verfassung erhielt auch das durch den Passarowiger Frieden vom Jahre 1718 an Oesterreich gelangte Banat von Temeswar.

In der Folge, bis zum Jahre 1773, wurde allmählich die Provinzial-Verfassung in diesen Ländern, mit Ausnahme der besonders ausgeschiedenen an der auswärtigen Grenze gelegenen Bezirke, welche die militärische Organisation behielten, eingeführt, Comitats gebildet, und diese, unter Kaiser Joseph II., der Central-Verwaltungs-Behörde des Königreichs Ungarn untergeordnet. Die Würden des Woywoden und des Patriarchen erloschen. *

Dabei verblieb es bis in Folge der Bewegungen, im Jahre 1848, die Trennung Ungarns von den übrigen Provinzen der österreichischen Monarchie herbeigeführt wurde, wonach auch die Serben die Unabhängigkeit von Ungarn zu erlangen strebten.

Bei einer am 15. Mai 1848 zu Carlowitz, von beiläufig 13,000 Serben abgehaltenen Versammlung, erklärten sich die Serben, als eine freie selbstständige Nation, unter dem Hause Oesterreich und der ungarischen Krone.

Schon früher, am 1. Mai 1849, gelangte eine Adresse der serbischen Vertrauensmänner an Se. Majestät, worin sie um eine Woywodschaft baten.

Mit Patent vom 18. November 1849 wurde die neue Organisation Serbiens und dessen Trennung von Ungarn an-

* Nach dem Vertrage des Ministeriums vom 17. November 1849.

geordnet. Die näheren Bestimmungen kommen bei der Organisation der dem Ministerium des Innern unterstehenden politischen Behörden vor.

Durch Patent vom 15. Dezember 1848 wurde für Serbien die oberste kirchliche Würde des Patriarchates wieder hergestellt, und wie früher, mit dem erzbischöflichen Stuhle zu Carlowitz verbunden.

Bei der General-Versammlung im Eiptauer-Comitat vom 28. März 1848, traten die Slovenen (Slovaken) mit der Forderung auf, daß die slavische Sprache in allen öffentlichen Verhandlungen, bei Gerichten, in Schulen, die herrschende sein, und ihre Nationalität in politischer Beziehung und im socialen Leben anerkannt werden soll.

Am 19. September 1849 kam eine Deputation aus der Slovakei nach Wien, und bat um Constituirung als ein eigenes Kronland, somit Trennung von Ungarn.

Am 15. Mai 1848 wurden Beschlüsse von den Romanen (Walachen) in Blasendorf gefaßt, sich beziehend auf: Freiheit, staatliche Anerkennung der Nationalität, und Gleichberechtigung mit den drei übrigen Nationen von Siebenbürgen.

Diese Versammlung wurde von zwei romanischen Bischöfen geleitet, wovon der eine zur griechisch-unirten, der andere zur griechisch-nichtunirten Religion gehörte. Der erstere verzichtete in der Folge auf seine Würde. Der letztere suchte auf den Uebergang zur nicht unirten Religion einzuwirken, der auch bei mehreren zur unirten Religion gehörigen Gemeinden stattfand. Er publicirte eine eigene Denkschrift, um die Herstellung einer griechisch-nichtunirten Metropole in Siebenbürgen zu bewirken, die nach seiner Meinung schon in früherer Zeit in Karlsburg bestanden hatte, welche Behauptung nach anderen Geschichtsforschern jedoch irrig sein, und von einer Verwechslung mit Belgrad herühren soll, da beide Städte in romanischer, lateinischer und ungarischer Sprache gleichlautende Namen führen. Bei diesem Bestreben scheinen vorzüglich nationale Interessen zu Grunde

zu liegen, da die Romanen in geistlichen Disciplinarsachen nicht von den Serben abhängig, und nicht dem Carloviger Metropolit untergeordnet sein wollen, sondern nach einer Centralisirung aller in der österr. Monarchie lebenden Romanen — ohne Unterschied der Confessionen — also insbesondere mit Auflösung der griechisch-katholischen Union — streben.

Unterm 26. Februar 1849 überreichten die romanischen Deputirten aus Ungarn und Siebenbürgen eine Petition an den Kaiser, welche folgende Punkte enthielt:

1. Vereinigung aller Romanen (Walachen) der österreich. Staaten zu einer selbstständigen Nation mit eigener Administration.
2. Eröffnung eines Congresses zur Selbstconstituierung, Erwählung eines National- und eines Kirchen-Oberhauptes, und Organisirung der Gemeinden, Behörden und Anstalten.
3. Einführung der Nationalsprache und öffentlichen Verhandlungen.
4. Jährliche Versammlung der ganzen Nation zur Besprechung der National-Interessen.
5. Vertretung nach der Seelenzahl bei dem österreichischen Reichstage.
6. Bewilligung eines Organes der Nation, zur Vertretung bei dem österreichischen Reichsministerium.
7. Se. Majestät wolle geruhen, den Titel eines Großherzogs der Romanen fortan zu führen.

Bereits in einer frühern Singular-Petition aus Siebenbürgen wurde angeführt, daß die Romanen die ältesten und zahlreichsten Bewohner des Landes seien, daß sie unter einem Fürsten gestanden, daß sie die Magyaren als Mitgenossen in ihr Vaterland aufgenommen hatten, aber nach der Union Siebenbürgens mit Ungarn, unter dem heil. Stefan, im Jahre 1000, aller politischen Rechte beraubt worden seien. Durch ein Gesetz des Königs Ladislaw II., vom Jahre 1514, seien ihre Ahnen zur Knechtschaft verdammt worden. Noch

übler erging es ihnen, als nach der Schlacht von Mohács, Siebenbürgen von Ungarn getrennt wurde. Auf den Siebenbürgischen Landtagen erhielten nur die drei verbündeten Nationen: Magyaren, Szekler und Sachsen ihre Vertreter; die Romanen, welche in Ungarn und Siebenbürgen eine Bevölkerung von 3 Millionen Seelen ausmachten, mußten jeder Vertretung entbehren.

Die sächsische National-Universität in Siebenbürgen hat den Walachen Gleichberechtigung in Wohlthätigkeits-Anstalten und Kirchensachen auf Sachsenboden, durch Beschluß vom 3. April 1848, zugestanden.

Unterm 5. Mai 1848 wurde ein siebenbürgischer Landtag der drei Nationen ausgeschrieben. (Sachsen, Szekler, Ungarn) *.

Mit Allerh. Entschließung vom 20. Juni 1848 hatten Se. Majestät den am 29. Mai gefaßten Beschluß des ungarischen Landtages, wegen Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn, wozu die Gesefartifel auf dem siebenbürgischen Landtage am 30. Mai vorgeschlagen wurden, mit Aufrechterhaltung des, durch die pragmatische Sanction vom 19. April 1713 gegründeten Gesamtverbandes mit der Monarchie, genehmigt.

In der sächsischen Stuhlversammlung zu Hermannstadt, am 6. Juni 1848, wurde gegen die Union mit Ungarn Beschwerde erhoben, die zwei Deputirten vom ungarischen Reichstage abberufen, Se. Majestät um Verweigerung der Genehmigung gebeten.

Die Sachsen in Siebenbürgen bestanden seit 700 Jahren als ein politischer Körper mit geschlossenem Territorium, hatten eine eigene innere Legislation: Die Universität, einen Comes an der Spitze der nationalen politischen Verwaltung, ihr eigenes Appellationsgericht. Die Reichsverfassung gewährleistete ihre Rechte. Sie sprachen daher den Fortbestand ihrer Nationalvertretung und besondern Landesverwaltung an.

* II. 128.

Mit Patent vom 21. Dezember 1848 wurde dem Sächsenvolke in Siebenbürgen die Erfüllung seiner Wünsche, nämlich: die unmittelbare Unterstellung unter die Krone, der Gesamtverband mit der Monarchie, und die Theilnahme der sächsischen Nation an der Volksvertretung der Gesamtmonarchie durch eigene Abgeordnete, — zugesichert.

Die Militärgrenze * ist ein schmaler, aber sehr langer, und längs der ganzen türkischen, serbischen und walachischen Grenze von Rußberg bis Cattaro fortlaufender Landstrich. Nach dem Passarowitzer Frieden vom Jahre 1718, wurde das ganze wieder aquirirte, zwischen der Maros, Theyß, Donau und Siebenbürgen gelegene Land als Militär-Grenzland organisirt. In der Folge geschah — wie bereits erwähnt wurde, — die Ausscheidung des eigentlichen Grenzbezirkes von den inneren Landestheilen, welche letztere zum Provinziale gezogen wurden. Im Jahre 1763 besetzten die Tschakisten-Compagnien das Delta an der Mündung der Theyß in die Donau. Nach dem Grenzgrund-Gesetze sind die Grenzhaus-Familien nur Nugeigenthümer des Grundes und Bodens, und in allen Dispositionen an die Bewilligung des Compagnie- oder Regiments-Commando's gebunden. Der männliche Theil ist zur Militär-Dienstleistung verpflichtet.

Die Militärgrenze stand immer unter abgesonderter Militär-Verwaltung. Bei der Schilderhebung der Nationen in Ungarn, hat ein Theil der Grenzer sich für die Vereinigung mit Ungarn erklärt, insbesondere die Grenzcommunitäten in Pancsova und Semlin.

In Lemberg war schon am 21. und 22. März 1848 ein Aufstand ausgebrochen.

Unterm 6. April 1848 überreichte eine Deputation der Galizier die Bitte um Ausschreibung eines eigenen Landtages, zur Berathung über die nationale Organisirung, einstweilen aber um Aufstellung eines Central-Comité's in Lemberg und

* II. 14.

Filial-Comité's in jedem Kreise. Zugleich wurden folgende Anträge beigelegt:

1. Besetzung der Stellen mit eingebornen Beamten.
2. National-Bewaffnung.
3. Heeresbildung aus Nationalen.
4. Gebrauch der polnischen Sprache in Schule, Amtsverhandlungen, bei Gericht, jedoch in dem Dialekte, welcher für die Oertlichkeit paßt.
5. Allgemeine Amnestie.
6. Oeffentliches und mündliches Verfahren mit Schwurgerichten.
7. Befreiung von Roboten; freies Grundeigenthum.

In einer Adresse vom 16. April 1848 sprachen sie als das Ziel ihrer Wünsche die Unabhängigkeit und Vereinigung mit allen Theilen von Polen aus; indeß erklärten sie, daß nicht augenblickliche Trennung von Oesterreich in ihrem Interesse liege, sondern der Moment abzuwarten wäre, der den Regierungen und Nationen günstig ist.

Schon am 17. März 1848 war große Bewegung in Krakau. Am 5. April bildete sich ein Bürger-Comité daselbst zu dem ausgesprochenen Zwecke, als Organ der Bürgerschaft im Verhältnisse zur Regierung zu dienen.

Am 25. April 1848 war Straßenkampf in Krakau zwischen Militär und Volk, wegen Anhaltung der aus Frankreich nach Krakau zurückkehrenden Emigranten.

Die Ruthenen in Galizien überreichten unterm 10. April 1848 eine Petition um Begünstigung ihrer Nationalsprache in Lehranstalten, amtlichen Verhandlungen u. s. w., ferner eine Denkschrift vom 28. Oktober 1848, worin sie anführen, sie seien die ältesten Bewohner dieses Landes, in der Zahl von 2½ Millionen, unter den 5 Millionen verschiedenen Stammes, und worin sie um so mehr die Trennung ansprechen, als sie einstens Fürsten eigenen Stammes hatten, sie baten daher, Galizien in 2 Provinzen zu theilen, in eine Ruthenische und eine Polnische.

Unterm 29. September 1848 wurde sowohl an der Universität zu Lemberg, als an den Gymnasien in dem ruthenischen Theile von Galizien, die polnische Sprache als Unterrichtssprache eingeführt; jedoch wurde, über eine im Lande selbst erhobene Beschwerde, diese Verordnung unterm 4. Dezember 1848 wieder zurückgenommen, und der Status quo von 1848 wieder hergestellt.

Auf dem mährischen Landtage vom 3. September 1848 wurde sich für die Trennung von Böhmen ausgesprochen.

Die Tschechen und Slaven in Böhmen hatten es abgelehnt, für Frankfurt zu wählen, da sie nicht in den deutschen Bund zu treten Willens waren; sie bildeten zu Ende Mai 1848 eine provisorische Regierung. Wenige Tage darnach beriefen sie einen Slaven-Congreß in Prag (Lipa Slovanska), der eine Art von Staatenbund aller slavisch-österreichischen Völker begründen sollte. Am 12. Juli 1848 brach ein Aufstand in Prag los, woselbst Barrikaden errichtet wurden, doch wurde derselbe am 16. Juli durch Militärgewalt gedämpft.

Schon im März 1848 hatte die Stadt Prag, dann am 2. April 1848 haben die böhmischen Stände, mit Berufung auf eine U. E. vom 23. März 1848, die Bitten vorgebracht:

1. Daß die czechische Nationalität der deutschen überhaupt, und insbesondere im Unterrichte und in der öffentlichen Verwaltung in Böhmen ganz gleichgestellt werde.
2. Daß die umfassendste Vertretung des Bürgerstandes und aller Classen der Grundbesitzer auf dem Landtage stattfinden.

Diesem Gesuche wurde durch U. E. vom 8. April, nebst mehreren andern Zugeständnissen, entsprochen.

Die Deutschböhmen hielten eigene Congresse, um sich gegen die Uebergriffe der Tschechen in Nationalität und Sprache zu verwahren, welche mit 1. September 1848 beendet waren, und worin Trennung von den Tschechen, Bildung

freier Gemeinden, Bitte um eigene Kreisämter, beschlossen wurde.

Die ständischen Provinzial-Verfassungen in den deutschen Provinzen * erhielten im Jahre 1848 provisorische Einrichtungen, welche bis zur Activirung der neuen Landesvertretungen fortzubestehen hatten, und wirklich erhielten sich die aufgestellten Collegien bei den vielfach eingetretenen Wirren in Wirksamkeit, und leisteten wesentliche Dienste. Die Veränderungen bestanden vorzüglich nur darin, daß die bürgerlichen Classen im ständischen Körper mehr vertreten waren.

In Niederösterreich wurde zufolge Kundmachung der Stände vom 18. März 1848 ein provisorischer Ausschuß gebildet, der aus 24 Mitgliedern bestand, wovon 12 aus der ständischen Versammlung, 12 aus dem Bürgerstande gewählt wurden. Alle wichtigeren Vorkehrungen wurden durch diesen Ausschuß besorgt.

Dieser Ausschuß wollte zum Behufe der Ausführung der neuen Constitution vorzüglich folgende Gegenstände in Anregung bringen.

1. Verbesserung der Gemeinde-Verfassung.
2. Regelung der bauerlichen Verhältnisse.
3. Prüfung des Steuersystemes.
4. Herstellung des Rechtszustandes der verschiedenen Religions-Confessionen.
5. Verbesserung der Justizpflege auf Grundlage der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit.
6. Reform des öffentlichen Unterrichtes.

Am 12. April 1848 wurden Abgeordnete der Stände, der Städte und des Bauernstandes von Niederösterreich und der Universität einberufen, um den Entwurf eines neuen Provinzial-Stände-Institutes zu berathen, dessen organische Einrichtung allen Interessen der Provinz ihre Vertretung zu verschaffen geeignet wäre.

Am 11. April 1848 beschloß der ständische Ausschuß zu Einz zu allen seinen Verhandlungen auch Vertreter des Bauernstandes, deren Wahl den Bauernguts-Besitzern zu überlassen wäre, zu berufen.

Auch in andern Provinzen wurden Abgeordnete aus dem Bürger- und Bauernstande den ständischen Berathungen beigezogen.

Uebereinstimmend mit der Reichsverfassung vom 4. März 1849 wurden mit den Patenten vom 30. Dezember 1849 die Landesverfassungen der Kronländer Oesterreich ob- und unter der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnthén, Krain, Böhmen, Mähren, Ober- und Nieder-Schlesien, Tyrol und Vorarlberg festgesetzt.

In dem Programme des Ministeriums wurde hierbei die Absicht ausgesprochen: die nothwendige Stärke der Centralgewalt der Monarchie mit der freien Entwicklung und Selbstbestimmung der Kronländer, mit den Gefühlen und Ueberlieferungen der einzelnen Stämme in Einklang zu bringen; den Landtagen eine Stellung und Einrichtung zu geben, wie sie ihrem doppelten Verufe als legislative Körperschaft im Staate und als autonom entscheidende Gemeinde-Repräsentation höherer Ordnung im Lande entsprechen soll, so wie endlich die Gränzlinien aufzufinden, welche zwischen der gesetzgebenden Reichs- und Landesgewalt, zwischen der untheilbar der Krone zustehenden Executivgewalt, und zwischen der Entscheidungs- und Verwaltungs-Befugniß der Landesvertretungen und ihrer Organe gezogen werden müssen.

Auch für die Zusammensetzung der Landtage war die Reichsverfassung, welche eine Interessen-Vertretung mit unmittelbaren Wahlen vorschreibt, — maßgebend.

Die Bildung der Wahlkörper und deren Eintheilung nach Grundbesitz und Industrie, als Hauptfactoren der Landes-Interessen, soll die abgesonderte Vertretung der letzteren mit der allgemeinen Reichsverfassung in Uebereinstimmung setzen.

Die Wahlkörper werden hiernach in drei Classen gesondert.

In die erste gehören die höchst Besteuereten, welche den größeren Grundbesitz vertreten.

In die zweite die Bewohner der Städte, Märkte und Industrialorte, welche den Fabriks-, Gewerbs- u. Handelsstand vertreten.

In die dritte die Landgemeinden, welche den kleinen Gutsbesitz vertreten.

Die Bildung der Wahlbezirke wird durch die politische Bezirks-Eintheilung des Landes bestimmt.

Für die einzelnen Kronländer wurden besondere Verordnungen erlassen.

Die Verfassung für das Herzogthum Salzburg enthält folgende Bestimmungen:

Das Verhältniß des Landes zur Gesamt-Monarchie, wird durch die Reichsverfassung bestimmt, und demselben die Selbstständigkeit gesichert. Als besondere, nicht zu dem Wirkungskreise des Reichstages gehörige Landesangelegenheiten, werden erklärt:

Anordnungen in Betreff der Landeskultur, der aus Landesmitteln bestrittenen Bauten, der Wohlthätigkeits-Anstalten, Rechnungslegung über das, dem Lande gehörige Vermögen, Gemeinde-, Kirchen-, Schulangelegenheiten, Militärlasten und andere vom Reichstage besonders zugewiesene Gegenstände. Die zum Wirkungskreise der Landesvertretung gehörigen Befugnisse werden entweder durch den Landtag selbst, oder durch den Landes-Ausschuß ausgeübt. Der Landtag besteht nach III Classen:

I. aus 6 Abgeordneten der höchst Besteuereten des Landes,

II. „ 8 „ „ bezeichneten Städte und Märkte,

III. „ 7 „ „ übrigen Gemeinden.

Sie werden durch directe Wahlen auf die Dauer von vier Jahren berufen, worüber eine eigene Wahlordnung festgesetzt ist.

Der Landtag wird vom Kaiser jährlich, in der Regel auf die Dauer von 6 Wochen, berufen.

Die Landtagssitzungen sind öffentlich. Der Kaiser übt im Verein mit dem Landtage die gesetzgebende Gewalt in Landesangelegenheiten.

Die Landeseinnahmen fließen aus der Besteuerung zu Landeszwecken, aus der Benützung des Landeskredits, und des dem Lande gehörigen Vermögens. Der Voranschlag und der Rechnungsabschluß über den Landeshaushalt, werden jährlich dem Landtage vorgelegt.

Der Landesausschuß besteht aus 4, aus der Mitte des Landtages gewählten Mitgliedern. Er wählt seinen Vorsitzenden, besorgt die laufenden Geschäfte, und erstattet, wenn der Landtag nicht versammelt ist, Berichte an den Statthalter oder an das Ministerium.

Zur Vornahme der Wahlen werden eigene Wahlbezirke gebildet, und Wähler-Listen verfertigt. Die Wähler müssen die Bezahlung eines bestimmten Steuerbetrages nachweisen. Für die höchst Besteuereten bildet das ganze Land nur einen Wahlbezirk. Zur Leitung der Wahlen werden eigene Wahl-Commissionen aufgestellt.

Nach demselben Typus wurden durch Patente vom 30. Dezember 1849 die Verfassungs-Urkunden für die nachbenannten Provinzen hinausgegeben, bei denen jedoch eine Verschiedenheit in der Zahl der zu wählenden Landtags-Deputirten und Ausschußmänner statt fand.

Deputirte: I. Classe. II. Cl. III. Cl. Zusammen. Ausschuß.

Österr. u. d. Enns	23	25	20	68	6
Österr. o. d. Enns	15	17	16	48	6
Steiermark	20	20	20	60	6
Kärnthén	10	10	10	30	5
Krain	10	10	12	32	5
Tyrol u. Vorarlberg	24	8	40	72	7
Böhmen	70	71	79	220	12
Mähren	30	32	30	92	6
Ob. u. N. Schlessen	10	10	10	30	5

Die Landes-Verfassung für Galizien wurde durch allerhöchste Entschließung vom 29. September 1850 in folgender Art festgesetzt:

Diesem Lande wird seine Selbstständigkeit gewährleistet.

Der polnische, der ruthenische und die übrigen im Lande wohnenden Volksstämme sind gleichberechtigt, und haben vollen Anspruch auf Wahrung und Pflege der eigenen Sprache und Nationalität.

Das Land wurde in 3 Regierungsbezirke: Lemberg, Krakau und Stanislaw abgetheilt. In jedem Bezirke wird sich eine Landtagskurie bilden, deren jede einzeln die Angelegenheiten ihres Bezirkes zu berathen hat.

Die Mitglieder der Kurie werden nach einer eigenen Wahlordnung auf 6 Jahre gewählt. Nach Verlauf von 3 Jahren tritt die Hälfte derselben aus, und wird durch neue Wahlen ersetzt. In den Bezirken wird folgende Zahl von Mitgliedern gewählt.

	in Lemberg. Krakau. Stanislaw.		
Aus den höchst Besteuernten .	11	14	10
Aus den größern Städten .	11	9	8
Aus den übrigen Gemeinden	28	35	24
	50	58	42

Die Gegenstände der Berathung betreffen:

- I. Die Landescultur, öffentlichen Bauten, Wohlthätigkeits-Anstalten des Landes, Voranschläge.
- II. Gemeinde-, Kirchen-, Schul-Angelegenheiten, Leistungen für das Militär.
- III. Andere durch Reichsgesetze dem Wirkungskreise der Landesgewalt zugewiesene Gegenstände.

Der Kaiser beruft die Landtags-Kurie jährlich auf vier Wochen.

Jede Kurie wählt aus ihrer Mitte 5 — zusammen 15 Mitglieder, und eben so viele Ersazmänner, welche zusammen den Landesauschuß bilden. Er versammelt sich in Lemberg und hält entweder in der Abtheilung nach einzelnen Kurien, oder in der Gesamtheit Berathungen.

Zur Bildung des Central-Ausschusses werden, nebst den Gliedern des Landes-Ausschusses, noch aus jeder Kurie 6 Mitglieder gewählt, so daß derselbe im Ganzen aus 33 Gliedern besteht. Er tritt in der Regel in Lemberg zusammen, und wird

vom Kaiser sowohl berufen, als auch vertagt. Der Central-Ausschuß wählt den Präsidenten aus seiner Mitte. Der Statthalter hat den Sitzungen beizuwohnen.

Die Landtags-Kurien sind zur Theilnahme an der Gesetzgebung berufen. Gegenstände, die das ganze Land betreffen, sind der Berathung sämmtlicher Landtagskurien vorbehalten; solche, die nur einzelne Regierungsbezirke betreffen, werden von den einzelnen Kurien verhandelt. Dasselbe gilt von den Verhandlungen des Central-Ausschusses und des Landes-Ausschusses, je nachdem es sich um Angelegenheiten des Landes im Ganzen, oder des Bezirkes der einzelnen Kurien handelt. Der Landesauschuß tritt größtentheils in die Functionen des früheren ständischen Ausschusses ein.

Anträge auf Abänderung der gegenwärtigen Verfassung müssen der Berathung sämmtlicher Kurien, und außerdem noch des Central-Ausschusses unterzogen werden.

In dem Herzogthume Bukowina wird der Landtag in Czernowiz abgehalten. Er besteht aus 24 Abgeordneten, unter denen 7 aus den höchst Besteuernten des Landes, 5 aus besonders bezeichneten wahlberechtigten Orten, 12 aus den übrigen Gemeinden gewählt werden. Sie werden auf die Dauer von 6 Jahren bestellt. Nach 3 Jahren tritt die Hälfte aus. Der Kaiser beruft den Landtag jährlich in der Regel auf 4 Wochen. Der Landesauschuß besteht aus 4 Mitgliedern.

Die Verfassung der Stadt Triest kommt bei dem Abschnitte: Administration vor, wo von der Gemeinde-Verfassung überhaupt gehandelt wird.

Ich kehre nun zu den Verhandlungen zurück, welche dazu führen sollten, die Konstitution für Oesterreich ins Leben treten zu lassen.

Die erste Aufgabe war die Einberufung der Volksvertreter.

Unterm 6. Mai 1848 erschien eine Petition der Nationalgarde und des Bürgercorps von Wien an den Minister des Innern, worin um die Beschleunigung der Wahlen zum Reichstage gebeten, und zugleich vorgeschlagen wurde, daß

die Wahlen zur zweiten Kammer in mittelbarer Weise, und ohne Festsetzung eines Censur für die Wähler, Statt finden, daß auch jene für die erste Kammer vom Volke ausgehen sollen, und daß die Zahl der vom Kaiser zu ernennenden Mitglieder der ersten Kammer nicht um ein Viertel die Gesamtzahl der Mitglieder derselben übersteigen möge.

Durch Patent vom 9. Mai 1848 wurde der Wahlmodus für den ersten österreichischen Reichstag vorgezeichnet. Es sollten indirecte Wahlen stattfinden. Die Zahl der Mitglieder für die erste Kammer wurde auf 200 (worunter 150 aus den größeren Grundbesitzern zu wählen seien), für die zweite Kammer auf 383 festgesetzt.

Für die letztere Zeit wurde das Verhältniß von 1 zu 50,000 Einwohnern zu Grunde gelegt, und zugleich für einzelne größere Städte die Zahl der von denselben zu wählenden Abgeordneten ausgeschieden.

Die Vertheilung der Wahlen auf die Provinzen wurde in folgender Weise bestimmt:

Provinzen.	Bevölkerung.	Abgeordnete für die I. Kammer.	Abgeordnete für die II. Kammer.	
			in Städten.	auf dem flachen Lande.
Böhmen . . .	4,318.732	37	7	83
Mähren . . .	1,778.827	15	5	33
Schlesien . . .	463.340	4	1	9
Ober-Oesterreich	718.740	6	2	14
Salzburg . . .	145.809	1	1	3
Nieder-Oesterr.	1,453.315	13	16	21
Steiermark . . .	997.200	9	2	19
Kärnthen . . .	318.308	3	1	6
Krain . . .	458.541	4	1	9
Küstenland . . .	492.628	4	3	9
Dalmatien . . .	405.854	3	3	8
Tirol . . .	745.452	6	2	15
Vorarlberg . . .	102.725	1	—	2
Galizien . . .	4,627.620	40	7	89
Bukowina . . .	352.588	3	1	7
Krakauer Gebiet	150.000	1	2	2
	17,529.679	150	54	329

Die Ausschreibung dieser Wahlen ist in Folge der oben erwähnten Unruhen, und insbesondere der vom Ministerium zugestandenen Modification der Verfassung, wornach nur für eine Kammer zu wählen war, nicht in der angezeigten Art zur Ausführung gekommen; indessen dient diese Zusammenstellung zur Uebersicht über den Stand der Bevölkerung, welche damals in die Verfassung einbezogen wurde, und über das Verhältniß der Zahl der Vertreter der einzelnen Provinzen gegen einander.

Durch Kundmachung vom 1. Juni 1848 wurden die näheren Bestimmungen über die Wahlen zum Reichstage, der am 26. Juni in Wien eröffnet werden sollte, getroffen.

Mit Proclamation vom 16. Juni 1848 bevollmächtigte der Kaiser den E. H. Johann, an seiner Stelle die Eröffnung des Reichstages vorzunehmen.

Am 10. Juli 1848 und folgenden Tagen wurden vorbereitende Sitzungen des Wiener Reichstages gehalten, wo vorzüglich über die Geschäftsordnung berathen wurde.

Am 22. wurde derselbe förmlich durch E. H. Johann eröffnet.

Am 12. August 1848 kehrte der Kaiser nach Wien zurück.

Am 23. August 1848 wurde der Sicherheits-Ausschuß in Wien aufgelöst.

Beinahe gleichzeitig mit dem früher erwähnten Morde, der in Pesth an einem abgeordneten Hofcommissär in einem Zusammenlaufe des Pöbels verübt wurde, fiel auch ein Aufstand in Wien vor.

Am 6. October 1848 wurde ein Regiment von da nach Ungarn beordert, welches sich, vom Volke unterstützt, dem Abmarsche widersetzte, was zu einem Gefechte an der Taborbrücke Anlaß gab.

An demselben Tage (ob damit im Zusammenhange oder nicht?) fand auch die gräßliche Ermordung des Kriegsministers von der Henkershand des Pöbels vor.

Der Kaiser verließ neuerdings Wien und begab sich nach

Olmütz, wohin auch der Sitz der Staatsregierung verlegt wurde.

Die Sitzungen des Wiener Reichstages wurden am 22. October aufgehoben, und nach Kremsier verlegt, wo sie am 15. November 1848 eröffnet werden sollten. Inzwischen wurden zu Folge U. h. Entschliesung vom 16. October 1848 Truppen aus verschiedenen Theilen der Monarchie gegen Wien beordert, welche vor der Stadt mit dem aus Croatien einmarschirten Armeecorps des Ban zusammentrafen, und vereint die Stadt belagerten, die sich am 31. October 1848 ergab. Am 1. November wurde Wien mit der Umgebung auf 2 Meilen Entfernung in Belagerungszustand versetzt erklärt, die Administration für die Dauer desselben in die Hände der Militärgewalt gelegt, die academische Legion und Nationalgarde aufgelöst, alle Waffen abgefordert, die Presse auf einzuholende Bewilligung der Militärbehörde beschränkt.

In Ungarn wurde unterm 6. November 1848 eine kaiserliche Proclamation erlassen, wodurch Kossuth und dessen Anhänger als Verräther erklärt, alle ferneren Emissionen des Papiergeldes eingestellt, und gegen Widerseßlichkeit strenge Strafen angedroht wurden. Nun begann der offene Krieg gegen Ungarn, wobei die croatischen Truppen sich mit den österreichischen vereinigten.

Am 14. April 1849 wurden in der Nationalversammlung der ungarischen Partei zu Pesth die Beschlüsse gefaßt, daß Ungarn mit dem vereinten Siebenbürgen und andern Landestheilen als freier unabhängiger Staat zu proclamiren, und das Haus Habsburg-Lothringen des Thrones verlustig zu erklären sei.

Am 30. Mai 1849 wurde Ungarn und Siebenbürgen in Belagerungszustand versetzt, und die Regierungsgewalt in die Hände des Militärcommandanten gelegt.

Die österr. Deputirten kamen am 22. November 1848 in Kremsier zusammen, aber sie tagten lange, ohne beruhigenden Erfolg ihrer Debatten. Nebst der Weitläufigkeit ihrer Ber-

handlungen, die überhaupt zahlreichen Versammlungen eigen zu sein pflegt, waren hieran auch die besondere Aufregung der Gemüther, Theilung in Parteien, die Zerrwürfnisse der Reichsversammlung mit dem Ministerium Schuld. Zudem beschäftigte man sich mehr mit allgemeinen Dissertationen als mit practischen Vorschlägen von Maßregeln, wie sie für den Augenblick erforderlich waren, um die Gährung zu stillen, die Harmonie zwischen den verschiedenen Theilen der Monarchie wieder herzustellen, und ein festeres Band zwischen Regierung und Volk zu knüpfen.

So vergingen Tage stürmischer Berathung, bis man über den vorgeschlagenen ersten Paragraph der Grundrechte: „Alle Staatsgewalten gehen vom Volke aus,“ am 10. Jänner 1849 zu dem Beschlusse kam, daß dieser Paragraph, als nicht dahin gehörig, wegzulassen, und mit der Textirung der Bestimmungen über die Theilung und Ausübung der Staatsgewalt der Ausschuß zu beauftragen sei.

In der That konnte es sich auch hier nicht um die Genesis der Staatsgewalt handeln. Diese gehört in das Geschichtsfach. Nach gesetzlichem Ausspruche aber, der sich nur auf die Ausführung zu beziehen hat, steht offenbar das Volk nicht als Gewaltträger da, sondern muß regiert werden; die Gewalt ist also in Händen der Regierung, sie mag durch Staatsvertrag, durch Eroberung, oder durch göttliche Einsetzung gegründet sein, und es muß nur durch die Verfassung dahin gestrebt werden, den Collisionen und Uebelständen, welche sich durch Mißbrauch der Gewalt von Seite der Regierungsorgane, und durch leidenschaftliche Ausbrüche von Seite roher Volksmassen ergeben können, vorzubeugen.

Ich erlaube mir hier einige flüchtige Bemerkungen über Staatsgewalt und Volk, wobei so oft Mißverständnisse stattfanden, beizufügen.

Die Staatsgewalt besteht in dem Rechte der Benützung der geistigen und materiellen Kräfte der Staatsbürger zum Behufe des allgemeinen Wohles. Es versteht sich, daß unter

den materiellen Kräften, nebst den physischen Kräften, auch der Vermögens- und Besitzstand begriffen sind, wenn gleich hierbei nicht von kommunistischen Ideen ausgegangen werden darf, welche das Privat-Eigenthum streitig machen. Die weise Benützung dieser Kräfte, die Vorsehung, daß der Einzelne oder die Volksmassen nicht ihre eigenen Kräfte zum Nachtheile der Mitbürger oder des Gesamtkörpers mißbrauchen, — ist die Aufgabe der Regierung.

Das Volk kann nicht in eine compacte Masse zusammengebracht werden, es soll nicht unmittelbar Gewalt üben, und kann selbst durch seine Vertreter nicht sowohl den Willen der unverständigen Mehrzahl zu erkennen geben, als in die höhere Einsicht von Vertrauensmännern compromittiren.

Die Ausübung der Staatsgewalt hat den Zweck, den allgemeinen Frieden gegen Außen und im Innern des Staates herzustellen und zu erhalten, und die freie Entwicklung der geistigen und materiellen Kräfte zu schützen und zu befördern.

Der Friede ist die erste Lebensbedingung, der Schutz muß allgemein, in gleichem Maße, nach freiem Principe gewährt sein. Das Mittel zur Erreichung dieses Zweckes liegt in der Gründung einer standhaften Verfassung, welche die Glieder, denen die Staatsgewalt anvertraut wird, bezeichnet, und die Art der Ausübung derselben, so wie die hierbei einzuhaltenden Schranken feststellt.

Die Staatsgewalt theilt sich in die gesetzgebende, richterliche und vollstreckende. An der Spitze muß ein Oberhaupt sein, zeitlich oder lebenslänglich wählbar, oder durch festzusetzende Erbfolge bestimmt; in Republiken der Präsident, in Monarchieen der Regent.

Im österreichischen Staate dürfte es wohl nicht zur Frage kommen, ob die von jeher ununterbrochen bestandene Monarchie umgestürzt werden soll? Auch wird man es gerne bei der, seit der pragmatischen Sanction bestandenen Erbfolge-Ordnung bewenden lassen, da die unglücklichen Erfolge der bestandenen Wahlreiche die neue Errichtung eines solchen nicht wünschenswerth erscheinen lassen.

Es könnte sich daher bei einem neuen Constitutions-Entwurfe nur um die Art der Ausübung der Regierungsgewalt mittelst verantwortlicher Minister — und um die zusehenden Schranken mittelst periodischer Versammlungen von Volksvertretern zur Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Controlle bei der Administration handeln.

Die Erfahrung in allen Ländern hat es gelehrt, daß Verstand — hoher Verstand — an die Spitze der Parlaments-Verhandlungen treten muß, wenn etwas Gedeihliches geschaffen werden soll.

Die politischen Rechte der Staatsbürger ergeben sich von selbst aus den oben aufgestellten Grundsätzen, und es kann nur in soferne eine Beschränkung der natürlichen Rechte stattfinden, als es der oben angedeutete Zweck der Ausübung der Staatsgewalt erforderlich macht.

Die dießfälligen Parlaments-Verhandlungen in Kremser haben eben so wenig, als die früheren in Wien, — zum erwünschten Ziele geführt.

Inzwischen war eine für die ganze Monarchie wichtige Begebenheit vorgefallen. Der Kaiser Ferdinand resignirte, und trat durch einen feierlichen Act vom 2. September 1848, mit Beistimmung des gesetzlichen Thronfolgers, des Erzherzogs Franz Carl, die Krone dem Sohne des letzteren, Erzherzoge Franz Josef ab.

Persönliche und innige Verehrung darf ich hier dem abgetretenen Monarchen zollen, dessen vortreffliches Gemüth gewiß nur von dem Wunsche, seine Völker zu beglücken, beseelt war; allgemeine Anerkennung und Achtung gebührt der edlen Harmonie in der erlauchten Herrscher-Familie, die sich in dem Zeitpuncte harter Prüfung bewährt hat, und gedeihliche Folgen in Zukunft für die Monarchie erwarten läßt.

Die Reichsversammlung vegetirte fort, mehrere Monate waren verstrichen, und es sollte eben zur Berathung über den, von dem eigens hierzu berufenen Ausschusse, ausgearbeiteten Verfassungs-Entwurf geschritten werden, als die Reichs-

versammlung am 7. März 1849 auf eine überraschende Art durch Militärgewalt aufgelöst, und zugleich durch kais. Anordnung eine neue Constitutions-Urkunde vom 4. März 1849 datirt, publizirt wurde. Alle während der Dauer der Reichsversammlung von derselben gefaßten Beschlüsse wurden dadurch wirkungslos: und es würde sonach ein großer Aufwand von Mühe, Zeit und Geld als verloren erscheinen, wenn nicht doch mehrere bei dieser Gelegenheit aufgetauchte Ideen, und von vielen gutgesinnten und talentvollen Mitgliedern der Versammlung im Laufe der Debatten gegebenen Aufklärungen, Halt gewonnen hätten, und von der Regierung selbst bei so manchen nachgefolgten Reformen benützt worden wären.

Als Hauptgrundsätze bei der Verleihung der neuen Verfassung wurden proklamirt: die Einheit und Integrität der Gesamt-Monarchie, die Feststellung und Abgränzung aller Staatsgewalten, die Herstellung der echten Freiheit durch das Gesetz der Ordnung und des Friedens, die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetze, Gleichberechtigung aller Nationalitäten, die Befreiung des Grundes und Bodens, Oeffentlichkeit und geregelte Gebahrung im Staatshaushalte, Reformen der Rechtspflege und Verwaltung, Freiheit der Gemeinde, Selbstständigkeit und freie Entwicklung der Länder.

Die wesentlichen Unterschiede der neuen Constitution vom 4. März 1849 gegen die frühere vom 25. April 1848, bestehen in Folgendem:

1. Die neue Constitution erstreckt sich, nebst den deutsch-slavischen Provinzen, auch auf die lombard. venetianischen, dann ungarisch-siebenbürgischen Kronländer.
2. Die bisherigen ständischen Verfassungen der einzelnen Länder werden nach §. 77 der neuen Constitutions-Urkunde aufgehoben, Ungarn wird gesondert: a) von der Wojwodschast Serbien, b) von den Königreichen Croatien und Slavonien, welchen letzteren das ungarische Küstenland und das Gebiet von Fiume zugewiesen wird, so wie wegen Vereinigung mit Dalmatien weitere Verhandlung gepflogen

werden soll, c) von dem Großfürstenthum Siebenbürgen, d) von der Militärgrenze. Für alle diese Länder, so wie auch für das lombard. venet. Königreich, werden eigene Landes-Institute nachträglich zugesichert, was auch um so nothwendiger erschien, als damals der Krieg in diesen Theilen der Monarchie noch nicht beendet, und der volle und ungestörte Besitz noch gewonnen war.

3. Nach der neuen Urkunde besteht der Reichstag aus zwei Häusern (nach der alten aus zwei Kammern), dem Oberhause, welches aus Abgeordneten gebildet wird, die für jedes Kronland von dessen Landtage gewählt werden, und dem Unterhause, das durch directe Volkswahlen gebildet, und wozu je ein Deputirter aus 100000 Seelen der Bevölkerung gewählt wird.
4. Die Gesetzgebung wird in der neuen Urkunde unterschieden, je nachdem sie Reichs- oder Landesangelegenheiten betrifft; sie steht dem Kaiser, jedoch im Vereine, bei den erstern mit dem Reichstage, bei den letztern mit den Landestagen zu. Nach der frühern Constitutions-Urkunde bedürfen alle Gesetze der Zustimmung beider Kammern und der Sanction des Kaisers.
5. Nach der neuen Verfassung wird ein Reichsrath an die Seite der Krone und der vollziehenden Reichsgewalt gestellt, welcher berathenden Einfluß hat, wenn er zu einem Gutachten aufgefördert wird.
6. Nach der neuen Verfassungs-Urkunde wird ein oberstes Reichsgericht eingesetzt, welches einzutreten hat
 - I. als Schiedsgericht in Streitigkeiten, zwischen den einzelnen Kronländer unter sich, oder mit dem Reiche,
 - II. als oberste Instanz bei Verlegungen politischer Rechte,
 - III. als untersuchende und richtende Behörde: a) bei Anklagen gegen Minister und Statthalter, b) in Hoch- und Landesverrathsfällen.
7. In die neue Constitutions-Urkunde sind folgende Paragraphen der früheren nicht aufgenommen:

S. 46. Die Festsetzung der Civilliste des Kaisers für die ganze Regierungsdauer, dann der Apanagen und Ausstattungen für die Glieder des Kaiserhauses von Fall zu Fall, steht dem Reichstage zu.

S. 58. In dem ganzen Umfange der Monarchie wird die Nationalgarde errichtet. Sie bleibt jedoch der Civil-Autorität und den Civil-Gerichten untergeordnet.

8. Der S. 120 der neuen Urkunde enthält die Bestimmung, daß, so lange die durch die Reichsverfassung bedingten organischen Gesetze nicht im verfassungsmäßigen Wege zu Stande gekommen sind, die entsprechenden Verfügungen im Verordnungs-Wege erlassen werden.

Durch ein besonderes Patent vom 4. März 1849 wurden zur Gewährleistung der Constitution, die politischen Rechte der Staatsbürger festgesetzt. Es sind im Wesentlichen folgende:

Volle Freiheit des Glaubensbekenntnisses, von welchem bürgerliche und politische Rechte nicht abhängig sein dürfen. Gemeinsame öffentliche Religionsübung für jede gesetzlich anerkannte Kirche, Freiheit der Wissenschaft und Lehre. Freie Aeußerung der Meinungen durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung, — ohne Censur-, Petitions- und Vereinsrechte. Freiheit der Person. Beschränkende Norm für Verhaftungen, Unverletzlichkeit des Hausrechtes, Briefgeheimniß.

Am 17. März 1849 wurde ein Gesetz über die Ausübung des freien Vereins- und Associationsrechtes erlassen.

Nach demselben bedürfen nicht-politische Vereine keiner besonderen Genehmigung; ihre Statuten müssen jedoch vorgelegt, und es muß die Bildung des Vorstehers angezeigt werden.

Politische Vereine müssen 14 Tage vor Beginn ihrer Wirksamkeit umständliche Anzeige über den Zweck und den Organismus an die Behörde machen. Vereine, welche den Anordnungen des Strafgesetzes zuwiderlaufen, oder sich in irgend einem Zweige der Gesetzgebungs- oder Exekutiv-Gewalt eine Autorität anmaßen, sind verboten. Die Sitzungen müssen öffentlich gehalten werden. Minderjährigen und Frauenpersonen

ist der Anschluß untersagt. Von den Sitzungen muß vorläufige Anzeige gemacht, dem Abgeordneten der Behörde ein Platz in denselben vorbehalten werden, der letzteren die Einsicht des Protokolles offen stehen. Niemand darf bewaffnet in der Sitzung erscheinen. Bewaffnete Volksversammlungen sind unbedingt verboten. Während des Reichstages oder Landtages darf im Orte und 5 Meilen im Umkreise, keine Volksversammlung statt finden. Noch enthält das Gesetz für die Uebertretung jeder einzelnen Vorschrift angemessene Strafbestimmungen.

Nachdem nun bis Ende des Jahres 1850 noch keine Einleitungen zur Einberufung des Reichstages getroffen worden sind, so konnten auch alle seither erschienenen gesetzlichen Anordnungen, so wie die Constitutions-Urkunde selbst, nur im Administrationswege kund gemacht, und eigentlich nur als provisorisch geltend angesehen werden.

Zu den wichtigen, auf die Territorial-Verhältnisse, und den Vermögensstand der Bevölkerung des größeren Theiles der österreichischen Monarchie Einfluß nehmenden, und in die Verfassung tief eingreifenden Veränderungen, — gehört die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkheit (des *nexus subditelae*), und der unterthänigen Siebigkeiten und Leistungen.

Noch vor Zusammentritt des Reichstages wurde mit Patent vom 11. April 1848, die Verwandlung aller auf Grund und Boden haftenden, aus dem Obereigenthum oder Zehendrechte entspringenden Natural- und Arbeitsleistungen * in eine, durch ein besonderes Gesetz zu bestimmende Geldleistung angeordnet. Dahin gehören: Robot, Zehend, Bergrecht, Bogtdienst, Waisendienst, Mortuar, Veränderungs-Gebühren, Natural-

* In dem Tractate de jurlibus incorporallibus für Nieder-Oesterreich vom 13. März 1679 sind, nachdem früher noch keine landesfürstlichen Satzungen hierüber bekannt gemacht worden, gesetzliche Bestimmungen enthalten. Aber auch hierin war noch Manches der Willkühr bloßgestellt, wie insbesondere das Befugniß eine ungemäßigte Robot zu fordern, wobei nur Billigkeit anempfohlen wurde.

Kleinrechte u. a. m. Ueber die Ablösung sollen die Stände unter Beiziehung von Gutsherren und Besizern aus dem Bauernstande Vorschläge überreichen.

Die Herrschaften wurden dagegen von der Gerichtsführung, von der Urbarialsteuer, von verschiedenen Beiträgen für die Unterthanen, von der Verwaltung des unterthänigen Waisenvermögens, und von der Haftung für dasselbe mit der Octava (dem achten Theile des Herrschaftswerthes) enthoben.

Dem Grundsatz nach war die Aufhebung des Unterthans-Verhältnisses, und der seit Jahrhunderten bestandenen obrigkeitlichen Gerechtsame und unterthänigen Leistungen, durch den Reichstagsbeschluß vom 31. August 1848 ausgesprochen, und durch das Gesetz vom 7. September 1848 geregelt; zufolge der Patente vom 4. März und 15. August 1849 wurden noch genauere Bestimmungen hierüber getroffen, sonach die einzelnen Verordnungen für die verschiedenen Kronländer erlassen und Specialcommissionen aufgestellt, um das wichtige Geschäft der Grundentlastung zu Stande zu bringen, allein die Ausführung erforderte manche verwickelte Verhandlungen, unterlag manchen Schwierigkeiten.

Das Maß der Rechte und Verbindlichkeiten beruhte größtentheils auf verjährten Uebungen, schwankenden Verträgen, partiellen Entscheidungen, unklaren Gesetzen, — die Werthschätzungen konnten besonders bei wandelbaren Leistungen kaum im Durchschnitte mit Sicherheit vorgenommen werden. Die Frage, welche Lasten unentgeltlich, welche gegen Ablösung aufgehoben werden sollten, ließ sich nicht leicht beantworten, und so mußte vorzüglich dahin getrachtet werden, diese Anstände durch freiwilliges Einverständniß zu beheben.

Die wesentlicheren Bestimmungen der dießfälligen Patente vom 7. September 1848 und 4. März 1849 sind folgende:

Die Unterthänigkeit und das schugobrigkeitliche Verhältniß sind aufgehoben, und zugleich alle daraus entspringenden Gaben und Naturalleistungen. Für alle, aus dem persönlichen Unterthansverbände, aus dem Schugverhältnisse, aus dem

obrigkeitlichen Jurisdiktionsrechte, und aus der Dorfherrlichkeit entspringenden Rechte und Bezüge kann keine Entschädigung gefordert werden. Dahin gehören: Die Robot der Inleute und Häusler, das Dorfborgkeitliche Blumensuch- und Weiderecht, so wie die gegenseitige Brach- und Stoppel-Weide, der Bier- und Brantwein-Abnahme-Zwang, das Jagdrecht auf fremdem Grund, die Jagdfrohne, Heimfalls-, Einstands- und Vorkaufsrecht, Bezug von Abfahrtsgeldern, Taxen und Amtsgebühren, Fischereirecht auf fremdem Grund, Waisendienst, und noch zahllose andere, unter verschiedenen Titeln nach Verschiedenheit der Provinzen auferlegte Lasten; dagegen ist für Arbeitsleistungen, Natural- und Geldabgaben, welche der Besitzer eines Grundes als solcher dem Guts- Zehende oder Vogtherren als solchem (aus einer Art von Lebensbände) zu leisten hat, für Leistungen aus emphyteutischen und anderen Verträgen über die Theilung des Eigenthums, für Siebigkeiten an Kirchen, Pfarren und Schulen, eine billige Entschädigung auszumitteln. Solche Bezüge, Rechte und Verbindlichkeiten sind: Roboten, nach Tagen bestimmte Arbeiten, Leistungen an landwirthschaftlichen Erzeugnissen, Zehende, Bergdienste, Spinnschuldigkeit, Geldabgaben, Veränderungs-Gebühren (insoferne sie sich auf die Landesverfassung gründen).

Für die aufgehobenen Veränderungsgebühren hat in jedem Falle der Staatsschatz — dagegen für die aus emphyteutischen oder andern Verträgen oder aus geistlichen Stiftungen herrührenden Schuldigkeiten der Verpflichtete die volle Entschädigung zu leisten.

Gegenstand der dem Berechtigten zu leistenden Vergütung ist der Werth der Schuldigkeit nach dem gebührenden Ausmaße.

Die schuldige Leistung besteht:

1. in Naturalien,
2. in Arbeit,
3. in Geld,
4. in Leistungen, welche aus Verträgen herrühren, die sich auf Unterthans-Verhältnisse gründen.

Bei Leistungen von Naturalien werden in der Regel die Katastralpreise zum Anhaltspuncte der Schätzung genommen; bei Zwangsarbeitsleistungen die Preise, nach welchen die Urbarialsteuer von denselben berechnet wurde; wenn dieß nicht ausführbar ist, so dienen zum Anhaltspuncte die Löhne der freien Arbeit, jedoch höchstens mit $\frac{1}{3}$ der letztern.

Bei Leistungen im Gelde sind die in Einlösscheinien bezahlten Geldzinse nach dem Kurse von 250 zu 100 in Conv. Münze zu veranschlagen.

Bei Leistungen aus Abolutions-, Relutions- und Ansiedlungs-Verträgen dienen die obigen Bestimmungen nach der Art der einzelnen Leistungen zur Richtschnur.

Die Entschädigung für Veränderungsgebühren, die sich auf die Landesverfassung oder Gesetze gründen, wird nach dreißigjährigem Durchschnitte, vorläufig mittelst einer Rente, geleistet.

Von dem Werthanschlage der Leistungen ist der Werth der Gegenleistungen, zu denen der Berechtigte verpflichtet war, in Abzug zu bringen, und von der hiernach ermittelten Entschädigungssumme neuerlich ein Drittel für die Steuer, die der Berechtigte davon zu leisten hatte, abzuziehen. Von den verbleibenden zwei Dritteln hat ein Drittheil der Verpflichtete zu entrichten, das andere Drittheil ist, falls sich nicht die Leistungen auf Verträge oder Stiftungen gründen, als Last des Landes aus dessen Mitteln aufzubringen. Sollten diese unzureichend sein, so wird vom Staate Vorschuß geleistet.

Die dem Verpflichteten zur Last fallende Entschädigungssumme ist im zwanzigfachen Werthe als Capital in Anschlag zu bringen, und als auf dem belasteten Gute haftend vorzu merken. Auch kann die Entschädigungspflicht im Capitalsbetrage abgelöst werden.

Zur Ausführung der Grundentlastung wurden, so wie es im Jahre 1775 bei Regulirung der Roboten der Fall war, wandernde Commissionen, und zwar l. f. Bezirkscommissionen, ausgesendet.

Die Bezirkscommissionen nehmen ihre Arbeiten gemeindeweise, unter Beiziehung der Ortsvorsteher und Berufung von gewählten Vertretern der Berechtigten und der Verpflichteten, vor, prüfen die Anmeldungen, ermitteln die Entschädigungen und Ablösungen, ernennen die Schiedsmänner, suchen Vergleiche zu vermitteln, entscheiden in kollegialer Berathung.

Über den Bezirkscommissionen steht die Landescommission, welche die Thätigkeit der ersteren zu überwachen und zu leiten, und in Rekursfällen in zweiter Instanz zu entscheiden hat.

Sie besteht unter dem Vorsitze eines Ministerialcommissärs, aus einem politischen, einem Gerichtsbeamten, einem Vertreter des Aarars, und einem Catastral-Beamten, dann aus 4 Beisitzern, von denen zwei die Interessen der Verpflichteten, und zwei jene der Berechtigten zu vertreten haben.

Ein eigener Entschädigungskataster soll errichtet, und Landes-Credits-Anstalten behufs der baldigen vollständigen Entlastung der Verpflichteten, und Befriedigung der Berechtigten mit der Capitalssumme zu Stande gebracht werden.

Die über die Grundentlastung gelieferten Operate enthalten: Die genauen Detail-Erhebungen der in jedem Lande gesetzlich bestehenden Rechte und Bezüge der Herrschaften und Verbindlichkeiten der Unterthanen, so wie die Normen für die Werths-Abschätzung der gegen Ablösung aufgehobenen Verpflichtungen.

Diese Operate sind in folgenden Ländern zu Stande gebracht und von Sr. Majestät genehmigt worden (wornach sodann erst die Verhandlungen über die zu leistende Entschädigung geslogen werden):

Unterm 26. Juni 1849 in Böhmen und Mähren.

Unterm 10. Juli 1849 in Schlesien.

Unterm 15. August 1849 in Tyrol und Vorarlberg, wo das Unterthänigkeits-Verhältniß nicht bestand, und die ablösbaren Leistungen und Giebigkeiten auf andere Titel sich grün-

den, wozu die Grund- und Freistiftszinse in Geld oder Früchten, in Welschtyrol die sogenannten Livelli, die Naturalleistungen an Kirchen, Schulen, Pfarren, insbesondere der Zehend, und in den italienischen Provinzen die Primizie und Questue (Sammlungen) gehören.

Unterm 15. August 1849 in Galizien.

Unterm 7. September 1849 in Istrien, Görz, Gradiska und Triest.

Unterm 12. September 1849 in Steiermark, Kärnten und Krain.

Unterm 7. Juni 1848 und 4. October 1849 in Oesterreich ob der Enns und Salzburg.

Unterm 13. Februar 1850 in Nieder-Oesterreich.

Um die Frage bezüglich der Waldservitute und Weiderechte zu lösen, hat das Ministerium für Landescultur im Jänner 1850 beschlossen, einen für die Berechtigten wie für die Verpflichteten gleich befriedigenden Mittelweg einzuschlagen, worüber jedoch noch vorher von den Grundentlastungs-Commissionen Auskünfte und Anträge abgefordert wurden.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 7. März 1849, wurde ein neues Jagdgesetz erlassen. Nach demselben ist das Jagdrecht auf fremden Grund und Boden aufgehoben; auf eigenem Grunde darf es von dem Besitzer nur dann ausgeübt werden, wenn er einen zusammenhängenden Grundcomplex von wenigstens 200 Joch inne hat. Auf allen übrigen Grundstücken wird das Jagdbefugniß der Gemeinde in ihrer Markung zugewiesen, welche dasselbe entweder durch eigens bestellte Jäger, oder durch Verpachtung ausüben muß. Die Jagdfrohne ist aufgehoben, übrigens bleiben die Vorschriften wegen Bestrafung der Waldfrevel und Entschädigung für Wild- und Jagd-Schäden in Wirksamkeit.

Durch Entschließung vom 11. Juni 1850, wurden die bisher vom Bergbaue in Böhmen, Mähren und Schlesien mehreren Grundobrigkeiten, Corporationen und Privaten nach den Bergwerks-Vergleichen von 1534 und 1574 zugestandenen Zehend-Bezüge aufgehoben, und diese ausschließend dem Aerar

unter dem Titel Bergfrohn e zugesprochen. Letzteres leistet Entschädigung, vor der Hand halbjährig, nach dem bisherigen Ertrage.

Durch Entschließung vom 1. December 1849, wurde verordnet, daß die Unterthans- Urbarial- und Zehendstreitigkeiten, in soferne sie mit dem Geschäfte der Grundentlastung in Verbindung stehen, zum Wirkungskreise der für letztere aufgestellten Commissionen, die übrigen zu den Civil-Gerichten gehören.

Von der Aufhebung der Patrimonial-Berg-Gerichtsbarkeit wird bei dem Justizwesen Erwähnung gemacht werden.

Durch Entschließung vom 29. September 1850, wurden für die deutschen und slavischen Provinzen Bestimmungen getroffen, nach welchen die Rückstände an den aufgehobenen oder ablösbar erklärten Unterthans-Leistungen zu liquidiren und zu berichtigen sind.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 7. Juli 1849, wurden für Ungarn, Croatien und Slavonien die Bestimmungen wegen Entschädigung für die Aufhebung der Urbarial-Grundlasten getroffen, und es wurde zugleich bewilliget, daß den Berechtigten Vorschüsse aus dem Aerarium verabfolgt werden.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 12. September 1850, wurden den ehemaligen Grundherren in Siebenbürgen gleichfalls auf Abschlag der Entschädigung für die Aufhebung der unterthänigen Robotleistungen Vorschüsse aus dem Staatsschatze bewilligt.

Der Vorschuß wird mit dem fünffachen Betrage der Steuer, welche im Mil. Jahre 1847 auf den Aeckern und Wiesen der Robotpflichtigen haftete, den Bezugsberechtigten angewiesen.

Bei den sogenannten Taxalisten, d. i. jenengewesenen Unterthanen, welche ihren ehemaligen Grundherren einen Geldbetrag statt der Robotleistung zu entrichten hatten, wird dem Grundherrn der Betrag einer einjährigen Taxe als Vorschuß flüssig gemacht. Von dem Anspruche auf solche Vorschüsse finden mehrere Ausnahmen statt.

Die oberste Leitung dieser Angelegenheit besorgt eine eigens zu

Herrmannstadt aufgestellte Landescommission, welche unter dem Vorsitze des k. Commissärs, aus einem politischen, einem Justiz- und einem Finanzbeamten, einem Vertreter des Alerars, und vier Vertrauens-Männern besteht. Die individuelle Erhebung und Anweisung der Vorschüsse von Ort zu Ort geschieht durch untergeordnete Lokalcommissionen. Zu Folge Entschlie-ßung vom 25. September 1850 soll in jedem Kronlande ein eigener Entschädigungsfond für die abzulösenden Grundlasten geschaffen werden. Dieser Fond wird gebildet:

1. Aus den Einzahlungen der verpflichteten Unterthanen.
2. Aus Landesfonden, die zur Verwendung für diese Entschädigung bestimmt werden.
3. Aus Steuern und Abgaben, die zu diesem Behufe ausgeschrieben werden.
4. Aus dem Staatsschatze, theils als Vorschuß, theils als Entgelt für die noch fortbestehenden, in denselben einfließenden Veränderungs-Gebühren.

In Bezug auf die Hypothekar-Rechte, welche auf dem Gute haften, das die Entschädigung anzusprechen hat, sind besondere Bestimmungen getroffen, wonach die dießfälligen Forderungen theilweise auf den Entschädigungsfond überzugehen haben.

Sowohl über die auf den Entschädigungsfond übertragenen Schuldforderungen, als auch über die unmittelbar den Gutseigenthümern gebührenden Capitalsbeträge werden im Namen des gedachten Fondes fünfpercentige Schuldverschreibungen ausgestellt.

Inzwischen dauerte der Krieg in Ungarn mit abwechselndem Erfolge fort. Im December 1848 wurde das Land von allen Seiten angegriffen. Durch k. Manifest vom 12. Mai 1849, wurde bekannt gemacht, daß Se. Majestät der Kaiser sich bewogen gefunden habe, die bewaffnete Hülfe des Kaisers von Rußland in Anspruch zu nehmen. Die russischen Truppen in der Zahl von 106,000 Mann rückten auch wirklich in Ungarn und Siebenbürgen ein. Sie erhielten die Verpflegung im Lande,

und Vergütung der mitgebrachten Naturalien. Der Kaiser von Rußland hatte gleichfalls unterm 26. April 1849 eine Proclamation erlassen, daß er über Einschreiten des Kaisers von Oesterreich demselben Hülfe sende.

Im Mai fanden Gefechte zwischen den serbischen Truppen und den Magyaren im Banate statt.

Nach mehreren hitzigen Kämpfen ergab sich das Haupt-Armee-corps der ungarischen Insurgenten dem russischen Heerführer, der mit Bereitwilligkeit dazu die Hände bot, ein ferneres Blutvergießen zu verhindern.

Die Uebergabe erfolgte nach dem Treffen bei Villagos am 13. August 1849.

Durch Manifest vom 29. August 1849 kündigte der russische Kaiser an, daß die ungarischen Truppen die Waffen gestreckt und Vermittlung angesucht haben.

Indessen dauerte es noch geraume Zeit, bis in allen Theilen des Landes der Aufstand vollständig besiegt war, und die russischen Truppen nach der am 1. October 1849 erfolgten Uebergabe der Festung Comorn wieder abzogen.

Schon früher war der Feldzug gegen Sardinien durch die Schlacht bei Custozza vom 23. März 1849 beendet. König Albert abdicirte zu Gunsten seines Sohnes, worauf der Friede zu Mailand am 6. Mai 1849 geschlossen, und am 17. Mai ratifizirt wurde, wonach die Lombardei wieder vollständig an Oesterreich zurückfiel, und von Sardinien eine Kriegskosten-Entschädigung mit 75 Millionen Franken in Raten geleistet werden mußte.

Venedig hatte sich am 29. August 1849 wieder unterworfen. Die österreichischen Truppen hielten am 30. August 1849 ihren Einzug in die Stadt. Das städtische Papiergeld, *Carto del comune* benannt, wurde zur Hälfte des Curses im Werthe belassen, und sollte in diesem herabgesetzten Werthe mit Hülfe eines Grundsteuer-Zuschlages eingelöst und amortisirt werden. Die der Stadt Venedig mit den Häfen Lido und Malamocco nach dem Wiedereintritte der österreichischen Regierung im Jahre 1829

verliehene Hafenfreiheit * wurde aufgehoben, und dagegen bloß ein zollfreier Entrepôt auf der Insel S. Giorgio maggiore zugestanden.

Mit dem Falle Wiens war die Ruhe in Nieder-Oesterreich wieder hergestellt, wo das Landvolk an dem Aufstande nicht Theil nahm. Auch in den übrigen Provinzen Oesterreichs hatten nur kurze Perioden der Bewegung stattgefunden.

Die Resultate der Constitutions-Behandlungen sind übrigens, daß die Constitution für den Umfang der österreichischen Monarchie, welche am 4. März 1849 publicirt worden war, noch nicht als ins Leben getreten betrachtet werden kann, wenn gleich einzelne damit verbundenen Reformen im administrativen Wege zur Ausführung kamen, daß hingegen die ältern Constitutionen von Ungarn und Siebenbürgen gänzlich außer Wirksamkeit gesetzt wurden.

Die besonderen Verfassungen für Croatien und Serbien *cum partibus adnexis* sind oben angeführt worden. **

Ich glaube hier nur noch erwähnen zu müssen, daß der vom Ban für Croatien und Slavonien provisorisch eingesetzte Banalrath unterm 4. August 1849 eine Vorstellung gegen die Publikation der Reichsverfassung vom 4. März 1849 eingebracht hatte, welche er vorzüglich darauf gründete, daß die Erhebung der drei Königreiche dadurch veranlaßt worden sei, daß die Magyaren ihre herkömmlichen Rechte und Correlationen nicht anerkannt hatten, und daß sie auf der Erhaltung ihrer früheren Landtags-Verfassung, und den Landtags-Artikeln von den Jahren 1790 und 1792 festhalten müßten, wonach alle ihre Landesangelegenheiten nur auf dem Landtage dieser drei Königreiche verhandelt, und dieselben nur durch Gesetze, nicht durch irgend welche Verordnungen, Resolutionen und Rescripte regiert werden dürfen. Dem sei aber durch die octroyrte Reichsverfassung nicht entsprochen, und die Kundmachung ohne vorläufige Abhaltung ihres gesetzlichen Landtages um so weniger zulässig, als dieselbe

nicht nur in die uralten Grundrechte der Nation eingreift, sondern auch die längst bestandenen Grenzmarken verlegt, indem die croatisch-slavonische Militärgrenze losgetrennt, und mit der gesammten Militärgrenze zu einem besondern Kronlande vereinigt werden soll.

Der Ban wies jedoch diese Vorstellung zurück, indem er auf den Unterschied zwischen der Reichs- und der autonomischen Landesverfassung aufmerksam machte, wovon die erstere das Band sei, welches alle Theile der Monarchie zu einem kräftigen großen Ganzen verbinden soll. Die alte Constitution, welche auf einer unhaltbaren Basis beruhte, sei jetzt zur Unmöglichkeit geworden. Die Status et ordines, und die misera plebs könnten nach Aufhebung der Grundlasten nicht wieder auftauchen. Dem Militärgrenzer müsse es eben so wohl zustehen, sich fremder Bevormundung zu entschlagen, wie den Bewohnern der drei Königreiche u. s. w.

In nächster Verbindung mit den Verhandlungen über die österreichische Constitution standen auch jene über den Anschluß an Deutschland, und die in Anregung gebrachte Revision und Umgestaltung der deutschen Bundesverfassung. *

Bald nach dem Ausbruche der französischen Revolution, im Februar 1848, hatten sich allgemein in Deutschland Bestrebungen nach einer freieren Verfassung, die in mehreren Ländern zu Aufständen Anlaß gaben, gezeigt.

Der alte Bundestag (die Bundesversammlung) in Frankfurt, welcher damals die gemeinsamen Angelegenheiten des deutschen Bundes zu besorgen, denselben gegenüber fremder Mächte zu vertreten, die den Bund betreffenden Einrichtungen und Vertheidigungs-Anstalten zu dirigiren, über Krieg und Frieden zu entscheiden hatte, war bloß aus Bevollmächtigten der deutschen Fürsten und freien Städte zusammengesetzt. Die Regierungen jedoch verkannten selbst die Nothwendigkeit volksthümlicher Reformen nicht.

Der deutsche Bund bestand zu Anfang des Jahres 1848 aus vierzig größeren und kleineren Staaten, welche in 17 Stimmen in folgender Art eingetheilt waren: *

1. Oesterreich.
2. Preußen.
3. Bayern.
4. Sachsen.
5. Hannover.
6. Württemberg.
7. Baden.
8. Kurhessen.
9. Hessen-Darmstadt und Hessen-Homburg.
10. Holstein und Lauenburg (im Besitze der dänischen Dynastie).
11. Luxemburg und Limburg (im Besitze der niederländischen Dynastie).
12. Sachsen-Weimar, S. Koburg-Gotha, S. Altenburg, S. Meiningen.
13. Braunschweig und Nassau.
14. Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz. Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt.
15. Oldenburg, Anhalt-Deßau, A. Bernburg, A. Köthen.
16. Hohenzollern-Hechingen, H. Sigmaringen, Lichtenstein, Reuß ältere, Reuß jüngere Linie, Lippe-Detmold, Lippe-Schaumburg, Waldeck.
17. Lübeck, Frankfurt, Bremen, Hamburg.

Der Bund hatte nach statistischen Angaben vom Jahre 1846, einen Umfang von 11,572 Quadrat-Meilen und eine Bevölkerung von 41,672,373 Seelen.

Die Bundesversammlung hatte schon am 1. März 1848 einen Aufruf an die Völker Deutschlands erlassen, um Ordnung und Eintracht zu erhalten. Durch Erlaß vom 3. März stellte sie es jedem Bundesstaate frei, die Censur aufzuheben,

* Die Gegenwart, Leipzig 1849, Heft XIX. Der deutsche Bund seit 1830 bis zur Auflösung des Bundestages.

und Pressfreiheit einzuführen. Am 10. März forderte sie sämtliche Regierungen auf, unverzüglich Männer des öffentlichen Vertrauens, und zwar nach der obigen Stimmen-Eintheilung, 17 an der Zahl, zur Revision der Bundesversammlung nach Frankfurt zu senden. Am 4. April 1849 hatte sich das Collegium der dem Bundestage beigegebenen 17 Vertrauensmänner constituirt.

Inzwischen hatten sich bereits am 5. März 1848, aus freiem Antriebe, mehrere Volks-Abgeordnete aus Süd- und Mittel-Deutschland in Heidelberg versammelt, um sich über die deutschen Angelegenheiten zu besprechen. Diese wählten einen Ausschuß von 7 Männern, der den Auftrag erhielt, eine vollständigere Versammlung von Männern des Vertrauens aller deutschen Stämme zusammen zu berufen, und die Vorschläge zu einer angemessenen Nationalvertretung vorzubereiten, um das deutsche Verfassungswerk zwischen Regierung und Volk zu Stande zu bringen.

Diese unter dem Namen Vorparlament bekannte Versammlung fand auch wirklich am 31. März 1848 statt; es erschienen bei 500 Mitglieder, und die Berathungen, welche die Art und Weise betrafen, in der die konstituierende National-Versammlung gebildet werden sollte, wurden durch 4 Tage fortgesetzt. Schon am ersten Tage wurde der Beschluß gefaßt, Schleswig, dann Ost- und West-Preußen in den deutschen Bund einzubeziehen.

Nach Beschlüssen vom 22. April und 2. Mai 1848 wurde auch Posen demselben einverleibt, wodurch die Bevölkerung des Bundes von 41 auf 45 Millionen Seelen stieg.

Der Entschluß dieser Versammlung entfiel 1848 dahin, die Bundesregierungen aufzufordern, Wahlen von Vertretern der deutschen Nation einzuleiten, und zwar aus je 50,000 Seelen Einen, welche an dem Abschlusse der Verfassung Theil zu nehmen hätten. Einer Mitwirkung der Stände der einzelnen Staaten glaubte man dabei nicht zu bedürfen. Zugleich sollte aber ein Ausschuß von 50 Gliedern (Fünfziger-Ausschuß)

gewählt werden, der bis zum Zusammentritt der constituirenden Versammlung permanent bleibt, und mit der Bundesversammlung ins Vernehmen zu treten hat. *

Von diesem Zeitpunkte an bestanden zwei repräsentirende Körper für Deutschland neben einander, von denen der eine, die Bundesversammlung (der Bundestag) als Vertreter der Regierungen, der andere: der Fünziger-Ausschuß (später die Nationalversammlung) als Volksvertreter angesehen wurde. Dem Fünziger-Ausschusse wurden nach einem Beschlusse desselben vom 5. April 1848, sechs Oesterreicher beigezogen.

Im April 1848 fanden unruhige Auftritte im Badischen statt, es wurde versucht, eine Republik auszurufen, was jedoch keinen Anklang fand.

Der Bundestag forderte unverzüglich, dem Antrage des Fünziger-Ausschusses entsprechend, sämmtliche Regierungen auf, die Wahlen für die constituirende Versammlung vorzunehmen.

Diese Wahlen fanden, so wie in Deutschland überhaupt, auch in den, zum deutschen Bunde gehörigen österreichischen Provinzen, zufolge kaiserl. Verordnung vom 18. April 1848, in der von dem Vorparlamente zu Frankfurt vorgezeichneten Art statt, nämlich: ohne Rücksicht auf Censur, Religion und Standesverhältnisse, Ein Mitglied auf je 50,000 Seelen der Bevölkerung, wornach auf die Bevölkerung der deutsch-österreichischen Provinzen, nach der Matrikel mit 9,487,400 Seelen 190, und auf die Stadt Wien insbesondere 7 zu wählende Individuen entfielen.

* Nach der Matrikel vom Jahr 1818 belief sich die Bevölkerung der österreichischen Bundesstaaten auf 9,487,000 Seelen, die Zahl der Vertreter auf 135, jene der preussischen Bundesstaaten auf 7,984,000 Seelen mit 113 Vertretern; die von ganz Deutschland auf 30,164,000 Seelen mit 429 Vertretern. Nach der Matrikel vom J. 1846 zählten die österreichischen Bundesstaaten 12,277,000 Seelen.

Am 18. Mai 1848 war die letzte Sitzung des Fünfziger-Ausschusses in Frankfurt.

Die National-Versammlung wurde am 19. Mai 1848 eröffnet, am 31. Mai konstituirte sie sich förmlich, 330 Abgeordnete fanden sich bei derselben ein, der Bundestag begrüßte sie mit einer Zuschrift.

Eine der ersten Fragen war, ob für die Verfassungen der einzelnen Länder die zu schaffende Reichsverfassung maßgebend sei, ob man einen Bundesstaat * oder einen Staatenbund herzustellen beabsichtige? die überwiegende Stimmenmehrheit neigte sich zum Erstern, wohin auch der am 27. Mai 1848 gefaßte Beschluß deutet: „daß alle Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen, welche mit dem von der Versammlung zu gründenden allgemeinen Verfassungswerke nicht übereinstimmen, nur nach Maßgabe des letzteren als gültig zu betrachten sind.“

Auch über die Verhältnisse der National-Versammlung zu den Regierungen fanden Besprechungen statt, aus welchem Anlasse sich Partheien bildeten, je nachdem den Regierungen mehr oder minder Einfluß auf die Entscheidung der Verfassungsfragen gestattet, oder solcher versagt werden wollte.

Dann folgten Debatten über die zu errichtende Central-Gewalt. Einige Stimmen hatten 3, andere 7 Glieder als Träger dieser Gewalt unter dem Namen: Directorium vorgeschlagen. Nach dem Beschlusse vom 27. Juni 1848 sollte eine provisorische Centralgewalt gebildet, derselben die vollziehende Macht in allen gemeinsamen Angelegenheiten der deutschen Nation, die Oberleitung des Heeres, die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands, die Entscheidung über Krieg und Frieden, letztere im Einverständnisse mit der Nationalversammlung, übertragen werden, von ihrer Wirksamkeit sollte jedoch die Errichtung des Verfassungswerkes ausgeschlossen

* Eine Gesamtregierung, die sich auf den Willen der Nation stützt, wie er sich in der Vertretung der Nation ausdrückt.

sein. An der Spitze derselben hätte ein von der Nationalversammlung gewählter Reichsverweser zu stehen, der unverantwortlich ist, aber seine Gewalt durch von ihm ernannte, der Nationalversammlung verantwortliche Minister ausübt.

Bei der am 29. Juni 1848 vorgenommenen Wahl des Reichsverwesers entfiel dieselbe mit 436 Stimmen auf den Erzherzog Johann von Oesterreich, welchem hiernach von der Bundesversammlung die provisorische Centralgewalt in feierlicher Sitzung am 12. Juli 1848 übergeben wurde.

Unterm 25. September 1848 wurde beschlossen, daß der Reichsverweser alle Gesetze kund zu machen habe, und ein Reichsgesetzblatt auszugeben sei.

Das frühere Central-Organ, der Bundestag, als Versammlung der Bevollmächtigten der Fürsten und freien Städte, wurde hiernach am 12. Juli 1848 aufgehoben, und durch ein einheitliches Organ, den Reichsverweser, provisorisch ersetzt. Der Bund selbst wurde nicht aufgelöst, die Rechte und Pflichten der einzelnen Staaten, gegennüber von Deutschland, blieben fortbestehend.

Unterm 15. Juli 1848 bildete der Erzherzog Reichsverweser die Ministerien: 1. der auswärtigen Angelegenheiten, 2. des Innern, 3. der Justiz, 4. des Kriegswesens.

Zu den verwickelteren Fragen, die bei dem deutschen Parla- mente in Verhandlung kamen, gehört die Lösung des Streites zwischen den Herzogthümern Schleswig-Holstein und dem Könige von Dänemark.

Dänemark war ein Wahlreich bis zum Jahre 1660, wo dem Könige das Erbrecht der Krone übertragen wurde.

Schleswig-Holstein ist besonders wichtig für das nördliche Deutschland, weil es Deutschland mit den nördlichen Meeren in Verbindung bringt. Vorzügliche Häfen sind: Kiel, Flensburg, Apenrade. * Ist Schleswig-Holstein deutsch, so ist die deutsche Küste im Osten wie im Westen geschützt. Die

* Die Gegenwart, Jahrg. 1849, Seite 404.

Elbe wird durch die Herzogthümer ganz ein deutscher Strom, und der ganze deutsche Norden ist gesichert.

Der Besitz der Herzogthümer mußte jeder Großmacht die Herrschaft über die Ostsee, und über den Haupthandel Deutschlands, der durch die Elbe geht, sichern.

Es waren daher gewichtige Gründe, Schleswig zu Deutschland zu ziehen; das Nationalitätsgefühl, die eigenen Wünsche der Herzogthümer fielen mit in der Waagschale zusammen. Endlich glaubte man auch in der Geschichte, und in den Jahrhunderte zurückreichenden, Verträgen, Anhaltspunkte zu finden, von Seite des deutschen Bundes in dem Streite zwischen Schleswig und der Krone von Dänemark anfangs in diplomatischen Verhandlungen, — zuletzt mit den Waffen, — einzuschreiten.

Der Streit um Schleswig zwischen Dänemark und Deutschland fand schon seit Jahrhunderten Statt.

Am 3. März 1460 wurde der König von Dänemark, Christian I. aus dem Hause der Oldenburger, zum Herzoge von Schleswig-Holstein erwählt. Seit dieser Zeit standen volle 400 Jahre die beiden Herzogthümer Schleswig und Holstein mit Dänemark unter einem Oberhaupte, indessen hatten sie eine von Dänemark verschiedene Verfassung, und eine verschiedene Erbfolge-Ordnung für die regierende Familie. Die Verfassung von Dänemark war absolut monarchisch, jene der Herzogthümer durch ständische Gerechtsame beschränkt, es wurde daher auch zugesichert, daß die beiden Herzogthümer ewig ungetheilt beisammen bleiben, daß ohne Zustimmung der Stände weder Steuern auferlegt, noch Münzen geprägt, noch Kriege geführt werden sollen.

Die Erbfolge-Ordnung war in Dänemark nach der Lex regia vom Jahr 1665 auch auf die weibliche Linie ausgedehnt, in den Herzogthümern auf die männliche beschränkt, — indessen kam bis auf die neueste Zeit der Fall nicht vor, wo eine Verschiedenheit in der Erbfolge Platz zu greifen hatte.

Jedoch waren von den Herzogen selbst Theilungen der Herzogthümer mit Verwandten vorgenommen worden, und zwar schon unter dem Nachfolger Christian I. im Jahre 1533, wodurch 2 Linien entstanden, die königliche und die herzogliche (Gottorper) Linie, von denen jede einen Theil der Herzogthümer besaß.

Die gänzliche Verschmelzung des Gottorpischen Antheiles mit den übrigen Theilen der Herzogthümer erfolgte durch den Tractat zwischen Dänemark und Rußland vom 11. April 1767, welcher am 1. Juni 1773 ratificirt wurde. Dänemark wurde dadurch aufs neue mit Schleswig-Holstein in voller Ausdehnung vereinigt; beide Länder bildeten einen Gesamtstaat, unter der Personal-Union des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holstein.

In neuester Zeit ließ König Christian VIII. von Dänemark einen Act unter dem Nahmen: „Offener Brief“ am 8. Juli 1846 ergehen, worin er erklärte, daß das ganze Herzogthum Schleswig untrennbar mit Dänemark durch die Vorgänge des Jahres 1721, wo von den Ständen Schleswigs dem Könige die Huldigung geleistet wurde, verbunden sei, und ferner so zu verbleiben habe. In Bezug auf Holstein wurde die Frage offen gelassen.

König Christian starb am 20. Jänner 1848, und hinterließ seinem Nachfolger Friedrich VII. die Aufgabe, dem Volke eine freie Verfassung zu geben, worüber schon Vorarbeiten geliefert waren, und sonach eine Verfassungs-Urkunde am 28. Jänner 1848 publicirt wurde.

Nach derselben wurde dem Volke die Mitwirkung bei Veränderungen in der Besteuerung und im Finanzwesen, bei Erlassung von Gesetzen, welche die gemeinsamen Angelegenheiten des Königreiches und der Herzogthümer betrafen, zugesichert, und die Vertretung in der Art ausgemittelt, daß 18 Vertrauens-Männer aus Dänemark, und 18 aus den Herzogthümern von den Ständen aus ihrer Mitte gewählt, dann von dem Könige 8 Männer aus Dänemark, und 4 aus jedem der beiden

Herzogthümer ernannt werden sollen. (Die Bevölkerung Dänemarks beträgt circa 1,400,000, jene der Herzogthümer 900,000 Seelen).

Die Regierung glaubte durch die Affimilirung der Verfassung Dänemarks mit jener der Herzogthümer die Schwierigkeit der Inkorporation Schleswigs behoben zu haben.

Mit dieser Verfassung war die Schleswig-Holsteinische Ritterschaft keineswegs zufrieden. Auf einer ständischen Versammlung vom 18. März 1848, zu Rendsburg, wurde die Absendung einer Deputation an den König beschloffen, mit den Forderungen: die Mitglieder der beiden Stände in Eine Versammlung zu berufen, und ihnen einen Verfassungs-Entwurf vorzulegen, die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund zu bewirken, eine Volksbewaffnung vorzunehmen, Preßfreiheit und Vereinsrechte zu bewilligen.

Der Herzog von Augustenburg, als ältester Agnat aus der zweiten Linie des Oldenburger-Hauses, nach dem vorauszu-
sehenden Aussterben des Mannesstammes erster Linie mit König Friedrich VII. zur Thronfolge in den Herzogthümern berufen, legte gleichfalls gegen die beabsichtigte Inkorporation Schleswigs förmlichen Protest ein.

Er wendete sich sowohl an die deutsche Bundesversammlung, als auch an den König von Preußen, welcher in einem Schreiben vom 24. März 1848 erklärte, daß er folgende Sätze vertheidigen wolle:

1. daß die Herzogthümer Schleswig und Holstein selbstständige Staaten sind;
2. daß sie fest miteinander verbundene Staaten sind;
3. daß nur der Mannsstamm in den Herzogthümern zu herrschen berechtigt sei.

Der Herzog setzte ferner die provisorische Regierung für Schleswig-Holstein zu Kiel ein, welche die Stände-Versammlung der Herzogthümer auf den 3. April 1848 nach Rendsburg einberief. Diese hielt nur durch 3 Tage Sitzungen, beschloß neue Wahlen, erklärte sich für den Anschluß an Deutschland,

und übergab der Regierung, welche die provisorische Gewalt in ihre Hände gelegt hatte, — dieselbe mit Dank zurück.

Mittlerweile hatte der König Friederich VII. der an ihn unterm 24. März 1848 abgesendeten Landes-Deputation erklärt, daß Holstein als ein selbstständiger deutscher Bundesstaat eine freie Verfassung, eine eigene Regierung, eigene Militär-Bewaffnung, und getrennte Finanzen erhalten solle, daß sich den Bestrebungen für Errichtung eines kräftigen und volksthümlichen deutschen Parlamentes angeschlossen werde; daß jedoch Schleswig dem deutschen Bunde nicht einzuverleiben sei, sondern in unzertrennlicher, durch eine gemeinsame freie Verfassung gekräftigter Verbindung mit Dänemark zu bleiben habe.

Am 2. April 1848 gelangte diese Angelegenheit zur Verhandlung an die deutsche Bundesversammlung. Preußen und Hannover machten die Anzeige, daß die Gefahr eines Angriffes für Holstein und die Gesamtheit des deutschen Bundes vorhanden sei, zu dessen Abwehr Vertheidigungs-Maßregeln zu treffen seien. Der hierbei anwesende königlich dänische Gesandte legte dagegen Verwahrung ein, er berief sich auf das der Krone Dänemark durch England und Frankreich im Jahre 1720, und durch Rußland 1773 garantirte Recht auf Schleswig, und legte die Gründe dar, welche den Beitritt Schleswigs zum deutschen Bunde unzulässig machten, die Abgeordneten der provisorischen Regierung der beiden Herzogthümer machten dagegen den Antrag, daß diese Regierung anerkannt, und Schleswig dem deutschen Bunde angeschlossen werde.

Hiernach wurde in der Sitzung der deutschen Reichsversammlung am 4. April 1848 die Einbeziehung Schleswigs in den deutschen Bund beschlossen, ferner am 12. April 1848 die provisorische Regierung von Schleswig-Holstein anerkannt, und Preußen die Vermittlung gegenüber von Dänemark, und selbst das Einschreiten mit bewaffneter Macht übertragen.

Gegen den Einmarsch in Schleswig wurde von der Englischen Regierung Einsprache erhoben, worüber die Bundes-

versammlung zwar auf obigen Beschlüssen beharrte, jedoch die bona officia Englands zur gütlichen Ausgleichung anzunehmen sich bereit erklärte.

Indessen kam es wirklich am 8. April 1848 zum Kriege, der mit wechselndem Glücke geführt, durch den bei Malmö zu Ende August 1848 geschlossenen Waffenstillstand unterbrochen wurde, bald darauf aber wieder ausbrach, und durch Friedens-Präliminarien vom 10. Juli 1849, die nur provisorisch in Wirksamkeit gesetzt wurden, abermals nicht zu Ende geführt wurde.

Bemerkungswerth ist es, daß zur Fortsetzung dieses Krieges freiwillige Beiträge in ganz Deutschland gesammelt wurden, während anderseits die Stifter des Weltfriedens, welche ihre Congresse im Jahre 1848 in Brüssel, im Jahre 1849 in Paris, im Jahre 1850 in Frankfurt hielten, auch hier für das Friedenswerk einzuschreiten vergebens versuchten.

Auch der am 2. Juli 1850 geschlossene Friede zwischen Preußen im eigenen, und im Rahmen des deutschen Bundes einerseits, und Dänemark anderseits, wobei die Vermittlung Englands eintrat, führte nicht zum Ziele. Nach dem Inhalte desselben sollten alle Rechte und Verträge aufrecht bleiben, wie vor dem Kriege. Der König könne die Intervention des deutschen Bundes zur Wiederherstellung seiner Autorität in Holstein in Anspruch nehmen, und im Falle des Mißlingens selbst militärische Maßregeln anwenden. Kommissäre sollen beiderseits ernannt werden, um die Grenze zwischen den zum deutschen Bunde gehörigen, und den nicht dazu gehörigen Landestheilen festzusetzen. Preußen wird sich verwenden, daß die Staaten des deutschen Bundes dem Uebereinkommen beitreten, und zugleich mitwirken, eine gemeinsame Erbfolge-Ordnung für alle unter dem Scepter von Dänemark vereinigten Länder zu erzielen.

Preußen zog am 6. Juni 1850 seine Truppen aus Schleswig-Holstein und Lauenburg zurück.

Der König von Dänemark erließ ein Manifest am 14. Juli 1850 an die Schleswig-Holsteiner, in welchem er sie aufforderte, sich ihm zu unterwerfen, Amnestie anbot, die deutsche Nationalität in Schleswig der dänischen gleichzustellen versprach, und die Absicht zu erkennen gab, eine Versammlung achtbarer Männer aus Dänemark, Schleswig und Holstein, insbesondere auch aus Lauenburg zur Berathung über eine allen Interessen entsprechende Verfassung zu berufen, und das Gutachten derselben zu berücksichtigen.

Die einzelnen Bundesregierungen wurden von Preußen um die Ratifikation dieses Friedensvertrages angegangen, welche jedoch Förmlichkeiten halber hinausgeschoben wurde.

Es kam neuerdings zum Kriege zwischen Dänemark und den Herzogthümern, welcher durch das Gefecht bei Idstedt vom 24. Juli 1850, worin die Dänen siegten, — beendet wurde.

Durch das Londoner Protokoll vom 2. August 1850, welchem Dänemark, Frankreich, England, Rußland und Schweden, zuletzt auch Oesterreich unterm 23. August beitrug, wurde erklärt, daß die gegenwärtig unter dem König von Dänemark vereinigten Besitzungen in ihrer Integrität erhalten werden sollen, und die Erbfolge in seinem königlichen Hause in diesem Sinne geordnet werden soll. Die Beziehungen des Herzogthumes Holstein zu dem deutschen Bunde sollen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

Endlich erfolgte die Ratifikation des Friedensschlusses am 2. Juli 1850, zufolge Beschlusses der Plenar-Versammlung vom 3. October 1850, wornach die Ratifikations-Urkunden von Seite Oesterreichs im Namen des deutschen Bundes gegen Dänemark, im Beisein eines Bevollmächtigten Englands, ausgewechselt wurden.

Während der deutsche Bund sich durch die Einbeziehung Schleswigs, das bisher nie zu demselben gehört hatte, zu vergrößern suchte, war derselbe im Innern nichts weniger als einig.

Die schwere Frage, auf die Alles ankam, die bei der practischen Durchführung der Einigung immer wieder hervortreten mußte, ob Deutschland einen Gesamtstaat, oder einen Bund deutscher Staaten bilden sollte? war nicht gründlich gelöst.

Die Revision der Bundesverfassung war nicht fortgeschritten. Die 17 Vertrauensmänner hatten am 26. April 1848 einen Verfassungs-Entwurf vorgelegt. Er enthielt folgende wesentlichere Punkte:

Ein erbliches Reichsoberhaupt; der Reichstag aus zwei Häusern bestehend: dem Oberhause von höchstens 200 Gliedern, wohin regierende Fürsten, ein Abgeordneter aus jeder der 4 freien Städte, gewählte Reichsräthe gehören; dann dem Unterhause, wozu ein Deputirter aus 100,000 Seelen der Bevölkerung gewählt wird. Ein Reichsgericht aus 21 Mitgliedern, wovon $\frac{1}{3}$ vom Reichs-Oberhaupte, $\frac{1}{3}$ vom Unterhause und $\frac{1}{3}$ vom Oberhause ernannt wird. Dem Reichstage steht zu: die Vertretung gegen fremde Staaten, Abschließung von Staatsverträgen, Entscheidung von Krieg und Frieden, Befehl über Heerwesen und Flotte, Ordnung des Zoll-, Straßen-, Post-, Münzwesens.

Die erste Begeisterung für den Anschluß an Deutschland war in Oesterreich vorüber. Die am 2. April 1848 aufgesteckte deutsche Fahne wehte nicht mehr von der Spitze des gewaltigen Stephansthurmes in Wien herab. Sobald es sich um die Wahl eines Oberhauptes von Deutschland handelte, mußte eine Collision zwischen Preußen und Oesterreich entstehen. Ein Triumvirat, ein Septemvirat, in welchen Formen ein Directorium bei der Nationalversammlung in Antrag gebracht worden war, konnte kein Aushülfsmittel gewähren.

Die inneren und äußern Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten sind zu verschiedenartig, um der Verfassung einen Schnitt zu geben, der auf alle paßt. Oesterreich insbesondere verwahrte sich gegen den von der Bundesversammlung am 27. Mai 1848 ausgesprochenen Grundsatz, daß die Verfassung der einzelnen Staaten durch die für Deutschland im Ganzen zu

bestimmende Verfassung ihre Richtung erhalten müsse, was den durch die pragmatische Sanction geregelten Zusammenhang seiner zu Deutschland gehörigen, mit den übrigen Provinzen der Monarchie stören würde.

Indessen wurden die Berathungen der Nationalversammlung, nachdem mittlerweile am 12. Juli 1848 die alte Bundesversammlung außer Wirksamkeit getreten war, systematisch fortgesetzt.

Vom 5. Juli bis 4. August 1848 wurde über die Grundrechte des deutschen Volkes verhandelt, und hierüber folgende Beschlüsse gefaßt: Alle Deutschen sind gleich vor dem Gesetze. Standesprivilegien finden nicht Statt. Oeffentliche Aemter sind allen Befähigten gleich zugänglich. Das Waffenrecht und die Wehrpflicht sind für Alle gleich. Die Freiheit ist unverletzlich. Keine Ausnahmegerichte sind zulässig. Verhaftung ist nur unter Beschränkungen möglich. Die Todesstrafe ist aufgehoben.

Am 28. August 1848 legte Preußen ein Unionsprojekt vor, das jedoch schon Vorboten der Separation war, und von Oesterreich nicht angenommen wurde. Es trat später in veränderter Form ins Leben.

Am 18. September 1848 war ein Aufstand des Pöbels in Frankfurt ausgebrochen, wobei die Reichstags-Deputirten Auerswald und Fürst Lichnowsky ermordet wurden. Oesterreichische, preussische und hessische Truppen bekämpften diesen Aufstand.

Am 14. Juni 1848 hatte die Nationalversammlung zu Frankfurt den Beschluß gefaßt, die Summe von 6 Millionen Thalern zur Begründung des Anfanges einer deutschen Marine auf verfassungsmäßigem Wege verfügbar zu machen, und zwar 3 Millionen sogleich, und 3 Millionen nach Maß des Bedarfes.

Nachdem dieser Antrag genehmigt worden, und zugleich freiwillige Sammlungen für die Flotte in ganz Deutschland veranstaltet worden waren, machte das Reichs-Finanzministerium

zu Frankfurt am 10. October 1848 bekannt, daß von den vorläufig für die deutsche Marine verfügbar zu machenden

preußisch Courant Conv. Mze.

3,000,000 Thaler 5,250,000 fl.

auf Oesterreich entfallen 894,936 „ 1,566,138 „

auf Preußen „ 903,249 „ 1,580,686 „

Am 12. Februar 1849 verordnete der Reichsverweser, daß auch die zweite Hälfte der für die deutsche Marine bewilligten 6 Millionen Thaler nach der bestehenden Bundesmatrikel umgelegt werde.

Am 5. October 1849 wurden in Frankfurt Berathungen wegen Ueberwinterung der deutschen Flotte abgehalten. In Bristol wurden drei neue Kriegsschiffe vom Reichsministerium bestellt.

Am 16. October 1849 wurde von Preußen der Hafen von Danzig zur Ueberwinterung für die deutsche Flotte angetragen.

Diese Aufstellung einer deutschen Flotte, analog mit jener eines stehenden Heeres, — geht wohl ganz von der Idee eines deutschen Gesamtstaates aus.

Indessen muß ich mir, — ohne ein Urtheil hierüber fällen zu können, den Zweifel erlauben, ob diese Verfügung nothwendig, ob sie dringend, ob sie nicht bloß im einseitigen Interesse der Nord- und Ostsee-Häfen, in welche Preußen hinüber greift, — getroffen war?

Mit England und Frankreich zu rivalisiren, kann wohl nicht beabsichtigt werden. Deutschland ist ein Continentalstaat. Seine Häfen liegen nicht am Weltmeere, sondern an Binnenmeeren, deren Eingang von den beiden großen Seestaaten bewacht wird, die sich selbst bei innern Seekriegen ins Mittel legen würden. Die nördlichen Häfen Deutschlands sind von den in Süden gelegenen österreichischen Häfen Triest und Venedig so weit getrennt, daß halb Europa umschifft werden müßte, um sich wechselseitig Beistand zu leisten. Oesterreich hat wenig Vortheile von der deutschen Flotte zu erwarten. Jedenfalls sind dermal Angriffe zur See kaum zu besorgen.

Am 27. October 1848 wurden von der deutschen Natio-

nalversammlung in Bezug auf die einzuführende Constitution folgende Beschlüsse gefaßt, gegen welche sogleich von den österreichischen Deputirten Proteste eingelegt wurden:

S. 2. Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nicht-deutschen Ländern zu Einem Staate vereinigt sein.

S. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nicht-deutschen Lande dasselbe Reichsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen denselben nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen.

Am 10. November 1848 waren Unruhen in Berlin entstanden, die Truppen rückten in die Stadt, die Bürgerwehr wurde aufgelöst, die Volksversammlung nach Brandenburg verlegt, Berlin in Belagerungszustand versetzt.

Am 27. November 1848 wurde in Folge Beschlusses der Reichsversammlung vom Erz h. Reichsverweser, zum Zwecke der baaren Vergütung für die Verpflegung der im Reichsdienste befindlichen Truppen, eine Umlage von 1,750,000 fl. C. M. (1,000,000 Th.) nach der Bundesmatrikel auf 39 Bundesstaaten ausgeschrieben;

davon entfielen: auf Oesterreich 522,046 fl. C. M.

„ Preußen 526,895 „ „ „

„ Baiern 195,996 „ „ „

Vom 1. September bis letzten Dezember 1848 beliefen sich die Kosten der Nationalversammlung und der Centralgewalt in Frankfurt auf: 10,483,766 fl. 50 fr., darunter sind begriffen:

für das Cabinet u. Wohnung des R. Verwesers 23,680 fl.

National-Versammlung u. Fünfziger-Ausschuß 118,000 — —

Gesamt-Ministerium 11,119 — 50

dem Ministerium der auswärt. Angelegenh. . 117,640 — —

„ „ des Innern 21,293 — 20

„ „ der Justiz 23,206 — 40

„ „ des Handels 21,606 — 40

„ „ des Krieges 4,818,010 — 20

Marine Departement 5,323,000 — —

R. Ministerium der Finanzen 6,210 — —

10,483,766 — 50

Am 23. Jänner 1849 erklärte der König von Preußen, daß die Verfassung Deutschlands nur auf dem Wege der Verständigung zwischen den Regierungen und der Nationalversammlung hergestellt werden müsse.

Am 4. Februar 1849 wurde von Seite Oesterreichs der deutschen Reichsversammlung erklärt, daß es der beabsichtigten Gründung eines Centralstaates für Deutschland und der Unterordnung Sr. Majestät des Kaisers unter die von einem andern deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt nicht beistimmen könne.

Oesterreich schlug hiernach vor, zur Bildung der Centralgewalt ein *Directorium* zu errichten. Dieses hätte zu bestehen: Aus Bevollmächtigten deutscher Regierungen, wo möglich aus Mitgliedern regierender Häuser, 7 an der Zahl, zusammen 9 Stimmen bildend, wovon Oesterreich zwei, Preußen zwei, Baiern eine, die übrigen Regierungen, in 4 Abtheilungen gesondert, jede Abtheilung einen Fürsten aus ihrer Mitte als Stimmführer zu wählen hätten. An der Spitze der Regierung hätte ein Reichsstatthalter zu stehen, welche Würde abwechselnd von Jahr zu Jahr der Kaiser von Oesterreich und der König von Preußen bekleiden.

Die Mitglieder des Directoriums hätten ihr Amt zwar als Delegirte ihrer Fürsten, jedoch unabhängig von Instructionen zu üben.

Der Reichsstatthalter hätte die Regierungsschäfte zu leiten, die Gesetze zu verkündigen, den Bundesstaat zu repräsentiren, Gesandte an fremde Staaten zu beglaubigen.

Dieser Vorschlag kam jedoch nicht zur Ausführung.

In der Nationalversammlung zu Frankfurt vom 28. März 1849 wurde in überraschender Weise der *Beschluß* über die Verfassung des deutschen Reiches gefaßt. Derselbe bestimmt für Oesterreichs nicht-deutsche Länder eine von Deutschland getrennte Verfassung, Regierung und Verwaltung, concentrirt nicht nur die völkerrechtliche Vertretung, das Recht über Krieg und Frieden, die Verfügung über die bewaffnete

Macht, sondern auch das Finanzwesen, die Gesetzgebung, und selbst viele Zweige der innern Verwaltung bei der Bundesregierung. Es werden zwei Kammern, ein Staatenhaus und ein Volkshaus errichtet, und ein erblicher Kaiser konstituiert. Nach der dießfalls vorgenommenen Wahl wurde der König von Preußen durch 290 Stimmen zum Kaiser ausgerufen, und eine Deputation an denselben abgeordnet. 248 Stimmen hatten sich der Wahl enthalten, und förmlichen Protest gegen dieselbe eingelegt.

Mit diesem Beschlusse trat eine gänzliche Wendung in den Verhandlungen über die deutsche Verfassungsfrage ein.

Die Nationalversammlung wurde, wie es in Oesterreich der Fall war, in dem Momente, wo sie ihre Aufgabe gelöst zu haben glaubte, zersprengt, und ihr Wirken vernichtet.

Die deutsche Angelegenheit war nun zu dem Punkte gelangt, wo es sich darum handelte, das Räthsel zu lösen, einen Bundesstaat zu construiren, der über den einzelnen verbundenen Regierungen stand, und ihnen doch freie Hand in ihren eigenen Angelegenheiten ließe, oder eigentlich ein Mittelding zwischen Staatenbund und Bundesstaat zu schaffen.

Es war vor Allem nöthig, eine Centralgewalt aufzustellen, welche eigentlich die Regierung führen sollte, da eine Nationalversammlung Gesetze berathen, die Administration controlliren, aber nicht regieren kann.

Es bot sich in Deutschland aus früherer Zeit kein Anhaltspunct zur practischen Durchführung dar.

Nach der alten Reichsverfassung * stand der Kaiser mit seiner Reichshofraths-Kanzlei als oberster Würdenträger da, der mehr nur den Glanz und die äußeren Formen aufrecht zu halten, als die Angelegenheiten der deutschen Nation zu leiten, und die Kräfte der Länder zu gemeinsamem Zwecke zu benützen hatte.

Der in Folge der Restauration des deutschen Reiches ge-

schaffene Bundestag * war eigentlich eine Versammlung von Gesandten der deutschen Regierungen, um die Harmonie zwischen den einzelnen Bundesstaaten zu erhalten, und erging sich in diplomatischen Verhandlungen, wonach das deutsche Reich mehr die Form eines Staatenbundes annahm.

Das Verhältniß der Centralgewalt des deutschen Reiches war auch ganz verschieden von dem der Centralgewalt in den einzelnen Staaten. In Deutschland war der Träger der Centralgewalt zugleich Oberhaupt eines Einzelstaates, für welchen er zunächst zu wirken berufen war, und dessen Interessen er zu fördern sich verpflichtet hielt; — die einzelnen Glieder des Bundes sind 38 Staaten von verschiedener Macht und Größe, und so wie sich hieraus eine Stufenleiter der Gewalten und Volksvertretungen ergibt, — so werden anderseits Collisionen vielfacher Art bei dem thätigen Einschreiten der Centralgewalt durch diese Verhältnisse herbeigeführt. Dieß zeigte sich bei dem Einschreiten in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit, die zu einem schon über zwei Jahre dauernden Kriege führte, so wie in neuester Zeit bei dem Einschreiten in dem Streite zwischen der kurhessischen Regierung und den Ständen, wobei es an einer geseglichen Basis für die Exekutivgewalt mangelte.

Ueber die Schwierigkeit der Lösung der deutschen Verfassungsfrage hat sich der Deputirte Stahl in der Parlaments-Sigung zu Erfurt am 10. April 1850 folgender Maßen ausgedrückt:

„Die drei Momente zu vereinigen: Einheitsliche Volksvertretung, Vielheit der Fürsten, und ein monarchisches Centrum, scheint ein Problem, ähnlich dem der Quadratur des Kreises.“

Die Wahl des Oberhauptes einer der Großmächte Deutschlands zum erblichen Träger der Centralgewalt hat nicht nur Mißstimmung bei den übrigen Großmächten, sondern auch die

* II. 404.

allgemeine Besorgniß erregt, daß die Erhaltung der Freiheit von Deutschland dadurch gefährdet sei.

Schon früher hatten sowohl Preußen als auch Oesterreich erklärt, daß sie die Wiederherstellung der Kaiserwürde zur Begründung der staatlichen Einheit in Deutschland nicht für nothwendig halten.

Die Theilung der Centralgewalt würde nur Spaltung herbeiführen, oder bloß zum Scheine bestehen, wie es bei der Konfödar-Regierung in der alten römischen und in der früheren französischen Republik der Fall war.

Gewiß ist es, daß seit der Kaiserwahl am 28. März 1849 keine allgemeine Reichsversammlung mehr bestand, und die Zukunft Deutschlands noch zu erwarten ist.

Die Frankfurter-Versammlung hatte zwar 28 Regierungen für ihre Beschlüsse gewonnen, jedoch nur in der Voraussetzung, daß die Verfassung für ganz Deutschland Geltung haben werde, was nicht der Fall sein konnte, da sich gerade die mächtigsten Staaten dagegen aussprachen.

Der König von Preußen erklärte am 3. April 1849, als ihm durch eine Deputation die Beschlüsse der Nationalversammlung über die neue Verfassung und über seine Ernennung zum deutschen Kaiser angekündigt wurden, daß die Verfassung Deutschlands nur im Wege der Vereinbarung festgestellt werden, und die getroffene Wahl nur durch das freie Einverständniß der Regierungen Rechtsgültigkeit erlangen könne.

Bald darauf verweigerten Oesterreich, Baiern und Preußen, später auch Sachsen, Hannover, und Württemberg bestimmt die Annahme der beschlossenen Verfassung.

Ueber diese Ereignisse entstand in ganz Deutschland eine gewaltige Aufregung. Der Aufstand brach in Baden, Baiern, Sachsen aus; Preußen leistete mit seinen Truppen Hülfe zu dessen Bekämpfung.

Die Deputirten der Regierungen, welche sich gegen die Verfassung erklärt hatten, traten von der Nationalversammlung

aus; das Reichsministerium in Frankfurt nahm am 10. Mai 1849 seine Entlassung.

Der Erzherzog Reichsverweser hatte schon am 28. März 1849 sein Amt niedergelegt, führte es aber über kaiserliche Aufforderung fort, bis nachmals das sogenannte Interim eintrat.

Am 4. Juni 1849 übersiedelte die Nationalversammlung, dem Beschlusse der Stimmenmehrheit gemäß, nach Stuttgart. Sie faßte am 6. Juni noch einige Beschlüsse, die aber keine Wirkung mehr hatten, und ernannte eine Regentschaft von fünf Personen aus ihrer Mitte.

Am 19. Juli 1849 wurden die Sitzungen der Stuttgarter-Versammlung durch Militärgewalt eingestellt, und die Regentschaft ausgewiesen. Die Versammlung beabsichtigte nach Carlsruhe zu übersiedeln, was aber dadurch vereitelt wurde, daß Baden gleichzeitig in Kriegszustand versetzt worden war, und Mannheim, Carlsruhe, Freiburg vom 1. bis 12. Juli von preussischen Truppen besetzt wurden. Nur etwa vierzig Mitglieder waren bei der letzten Versammlung des sogenannten Kumpf-Parlamentes vom 25. Juni in Baden-Baden zugezogen.

Die Generalversammlung von Deutschland war zu Grabe gegangen, und konnte trotz aller Bemühungen Oesterreichs nicht wieder aufleben gemacht werden.

Partikular-Versammlungen traten darnach an ihre Stelle, die aber sich nicht gegenseitig die Hände boten.

Mit Denkschrift vom 9. Mai 1849 wurde von Preußen der österreichischen Regierung der Vorschlag zu einer Union im folgenden Sinne gemacht:

Die vorzüglichsten Bedingnisse zur Erhaltung der Ruhe und Sicherheit in Deutschland sind:

- a) Die Herstellung der Macht und Einheit Deutschlands mit der Möglichkeit eines gemeinsamen und kräftigen Auftretens vor dem Auslande.
- b) Die Schöpfung einer kräftigen einheitlichen Exekutivgewalt.
- c) Die Bildung einer Nationalvertretung in Staatenhaus und Volkshaus.

Die Schwierigkeit, diesen Anforderungen zu entsprechen, besteht in der Natur der deutschen Verhältnisse, in den Wechselbeziehungen der Gesamtheit der Nation, und der Einzelstaaten gegen einander.

Preußen ist hier in einer anderen Lage als Oesterreich. Letzteres kann sich nicht der einheitlichen Exekutivgewalt unterordnen, seine deutschen Bundesländer nicht den legislativen Beschlüssen eines Parlamentes unterwerfen, welches nicht der ganzen Monarchie angehört.

Es ist ihr die eigene Nationalvertretung des Gesamtstaates genügend, und die Theilnahme an einer andern Nationalvertretung erschwert; es bedarf einer kräftigen Central-Exekutivgewalt, und kann sich auch nicht eines Theiles der Souveränität zu Gunsten eines deutschen Bundesstaates begeben.

Es müssen daher zwei Institutionen neben einander begründet werden. Diese sind:

Der deutsche Bundesstaat — und
Die deutsche Union mit Oesterreich.

Es werden hierdurch die factischen Verhältnisse gehörig berücksichtigt. Es wird das Bedürfniß Deutschlands und Preußens in gleichem Maße befriedigt. Sie werden, statt sich zu hemmen, vielmehr gegenseitig in ihrer Entwicklung fördern und unterstützen.

Die deutsche Union ist ein unauflöslicher völkerrechtlicher Bund, und besteht aus der österreichischen Monarchie und den deutschen Bundesstaaten. Gegen das Ausland sind beide Glieder untereinander eins und verbunden, nach Innen aber bilden sie zwei selbstständige Körper mit eigener Gesetzgebung. Zwischen Beiden findet eine fernere Vereinigung statt durch freie Verträge. Bis zum Abschlusse der Bundesstaat-Verfassung übernimmt Preußen die provisorische Centralgewalt. Als Organ für die Leitung der Unions-Angelegenheiten tritt ein permanentes Directorium von vier Mitgliedern in Regensburg zusammen, Oesterreich sendet deren zwei, Preußen und die andern deutschen

Staaten gleichfalls zwei. Den Geschäfts-Vorsitz übernimmt Oesterreich.

Oesterreich erklärte sich in zwei Denkschriften vom 16. Mai 1849 gegen diesen Vorschlag, glaubte aber vor Allem, da der Erzherzog Reichsverweser nicht ferner seine Stellung zu behaupten vermöge, auf die Errichtung einer, aus drei Mitgliedern bestehenden provisorischen Centralgewalt antragen zu sollen, zu welcher Preußen ein, Oesterreich ein, und die übrigen Bundesstaaten gleichfalls ein Glied abzuordnen hätten.

Am 26. Mai 1849 wurde von Preußen, Sachsen und Hannover ein Bündniß über einen Reichsverfassungs-Entwurf geschlossen, der vom 28. Mai 1849 datirt ist, den Namen Dreikönigs-Entwurf erhielt, und den übrigen deutschen Regierungen mitgetheilt wurde.

Die preussische Regierung ging hierbei von der Ansicht aus, daß Oesterreich durch seine Verfassungs-Urkunde vom 4. März 1849, sich den Anschluß an Deutschland unmöglich gemacht habe. Indessen glaubte es den Bundesvertrag mit Oesterreich aufrecht zu erhalten, und die nähere Union nur auf jene Bundesstaaten auszudehnen, die seinem Verfassungs-Entwurfe beitreten. Die Oberleitung des Bündnisses, namentlich alle militärischen Operationen, sollten provisorisch an Preußen auf die Dauer eines Jahres übertragen, zur Führung der Geschäfte ein Verwaltungsrath aufgestellt, sonach aber der Verfassungs-Entwurf einer aus Abgeordneten des Bundesstaates bestehenden Reichsversammlung zur Schlußfassung vorgelegt werden.

Der Verfassungs-Entwurf enthält folgende wesentliche Grundzüge:

Das deutsche Reich besteht aus dem Gebiete derjenigen deutschen Staaten des bisherigen deutschen Bundes, welche die Reichsverfassung anerkennen. Die Festsetzung des Verhältnisses Oesterreichs zu dem deutschen Reiche bleibt der gegenseitigen Verständigung vorbehalten.

Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande

daselbe Staatsoberhaupt, so soll das deutsche Land eine gesonderte eigene Verfassung und Verwaltung haben.

Die Reichsgewalt übt die völkerrechtliche Vertretung des Reiches und der einzelnen Staaten gegenüber dem Auslande aus, sie bestell't Gesandte und Consule, schließt Bündnisse und Verträge, sie hat ausschließlich das Recht des Krieges und Friedens, Ordnung des Heerwesens und der Seemacht, Bestimmung über Reichsfestungen, die Oberaufsicht und das Recht der Gesetzgebung über Schiffahrtsbetrieb, Eisenbahnen, Münz-, Postwesen, gemeinsame Handels- und Zoll-Angelegenheiten, Landstraßen u. s. w. Das Reich soll ein vereinigt's Zoll- und Handels-Gebiet bilden.

Die Regierung des Reiches wird von einem Reichsvorstande an der Spitze eines Fürstencollegiums geführt, die Würde des Reichsvorstandes ist mit der Krone Preußen verbunden. Das Fürstencollegium besteht aus 6 Stimmen. Der Reichsvorstand übt die Gewalt durch verantwortliche, von ihm ernannte Minister aus; er hat die Verfügung über die bewaffnete Macht, es stehen ihm die Rechte und Wagnisse zu, welche in der Verfassung der Reichsgewalt beigelegt, und nicht dem Reichstage zugewiesen sind.

Der Reichstag besteht aus zwei Häusern, dem Staatenhause und dem Volkshause.

Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutschen Staaten.

Sie werden zur Hälfte von der Regierung, zur Hälfte durch die Volksvertreter der betreffenden Staaten ernannt, auf 6 Jahre gewählt, zur Hälfte alle 3 Jahre erneuert.

Das Volkshaus besteht aus Abgeordneten des deutschen Volkes. Sie werden nach den, in dem Reichswahlgesetze enthaltenen Vorschriften gewählt, und zwar auf 4 Jahre. Ein Reichsbeschluß kann nur durch die Uebereinstimmung beider Häuser einerseits, so wie des Reichsvorstandes und Fürstencollegiums anderseits, gültig zu Stande kommen.

Es folgen dann die Bestimmungen: in welchen Fällen ein

Reichstagsbeschluß erforderlich ist, über die Feststellung des Reichshaushaltes, über die Sitzungen, Wahl des Präsidenten, Vizepräsidenten und der Schriftführer, ferner über die Grundrechte des deutschen Volkes, Pressfreiheit und Pressgesetze, Glaubensfreiheit, Freiheit des Unterrichtes, Petitions- und Versammlungsrecht, Matrifular-Beiträge, Aufhebung der Unterthänigkeit und Patrimonialrechte, Rechtspflege und Gerichtsverfahren, Verfassung der deutschen Staaten, Gemeindeordnung.

Sollten einzelne Staaten des alten Bundes von 1815 sich nicht bewogen finden, dem neuen Bunde nach der angetragenen Verfassung sich anzuschließen, so würden dadurch die Rechtsansprüche und Verpflichtungen nach den älteren Bundesgesetzen gegenseitig keine Veränderung erleiden.

Mit Oesterreich, das von dem engeren Bunde ausgeschlossen ist, soll derselbe in ein völkerrechtliches Allianz-Verhältniß treten.

Mit der Reichsverfassung soll zugleich die Einsetzung eines provisorischen Schiedsgerichtes verbunden werden, welches in allen politischen Streitigkeiten zwischen den verbündeten Staaten, zwischen der Regierung und den Volksvertretern, Thronfolge-Sachen, Klagen wegen Verfassungs-Verletzung, gegen verantwortliche Minister u. s. w. zu entscheiden hätte. Es wird zusammengesetzt aus Bundesrichtern, wovon Preußen 3, Sachsen 2, Hannover 2 ernennen.

Das Reichs-Schiedsgericht wurde am 14. Juli 1849 installiert.

Der Verwaltungsrath des Dreikönigsbundes, welcher aus einem Bevollmächtigten jeder der drei Regierungen bestand, trat den 18. Juni 1849 in Funktion. Er setzte am 18. September 1849 das Verfahren für das Bundes-Schiedsgericht fest.

Am 17. November 1849 beschloß der Berliner-Verwaltungsrath, die Wahlen zu einem, in der preussischen Festung Erfurt zu eröffnenden deutschen Reichstage bis zum 31. Jänner 1850 auszuschreiben.

Durch denselben ist ferner am 26. Februar 1850 eine Zusatz-Acte beschlossen worden, wornach folgende Bestimmungen, bis nicht sämtliche Staaten des deutschen Bundes der Dreikönigs-Verfassung beigetreten wären, getroffen wurden:

Die Gesamtheit derjenigen Staaten, welche die Reichsverfassung anerkennen, bildet den deutschen Bundesstaat unter dem Namen: „deutsche Union;“ das Volks- und Staatenhaus führen den Namen: „Parlament der deutschen Union.“ Von der Unionsgewalt wird auch gegenüber der nicht zur Union gehörenden Staaten die völkerrechtliche Vertretung, nicht aber auch das Recht des Krieges und Friedens ausgeübt.

Am 7. Jänner 1850 wurde von der preussischen Regierung die Ausschreibung der Wahlen für das Volkshaus in Erfurt veranlaßt. * Zugleich geschahen die Wahlen zum Staatenhause.

Die Königreiche Sachsen und Hannover waren mittlerweile vom Bunde ausgetreten, da insbesondere Sachsen nach der Erklärung vom 27. Dezember 1849 demselben nur unter der Bedingung beigetreten zu sein angab, daß die Verfassung Gemeingut der deutschen Nation, nicht eines Theils derselben werde.

Am 12. März 1850 wurde die Vereinigung der Fürstenthümer Hohenzollern-Hechingen und Sigmaringen mit Preußen auf Grund des Vertrages vom 7. Dezember 1849 in Ausführung gebracht.

Am 19. März 1850 trafen die Abgeordneten in Erfurt ein, am 20. geschah die Eröffnung des Parlamentes. Beide Häuser hielten zugleich ihre Sitzungen. 157 Abgeordnete waren im Volkshause anwesend.

Am 26. März 1850 trat der Posener-Abgeordnete aus der Bundesversammlung aus, weil er gegen die Einverleibung Posens in den Bundesstaat protestiren müsse.

Am 13. April 1850 wurde im Volkshause mit 125 gegen 89 Stimmen beschlossen, dem Entwurfe der Verfassung des deutschen Reiches vom 26. Mai 1849, so wie in nachfol-

*) Das Erfurter-Parlament und der Berliner-Fürstencongreß, von A. E. von Rochau und Dr. G. Delsner-Monmerque; Leipzig 1850.

genden Sitzungen, dem Entwurfe des Wahlgesetzes und der Additional-Acte vom 20. März 1850 die Genehmigung zu ertheilen. Diesem Beschlusse trat das Staatenhaus mit Stimmen-Mehrheit bei.

Zuletzt wurden noch Berathungen über die Einrichtung und den Wirkungskreis der Reichsgerichte gepflogen, worüber sich gleichfalls vereinigt wurde.

Die der Union angeschlossenen Staaten haben einen Flächenraum von 6059 □ Meilen, mit 22,110,400 Einwohnern.

Am 30. September 1849 hatten sich Preußen und Oesterreich vereinigt, eine neue provisorische Centralgewalt (das sogenannte Interim) festzusetzen, welchem die Erhaltung des deutschen Bundes als völkerrechtlichen Vereines, dann der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands obzuliegen hat. Zu diesem Ende wurde eine Bundescommission aufgestellt, wozu jede der beiden Regierungen 2 Glieder zu ernennen, und deren Wirksamkeit bis 1. Mai 1850 zu dauern hatte, insoferne sie nicht früher an eine definitive Gewalt übergehen kann. Die Commission sollte sich weder mit der Verfassungsfrage, noch mit den, dem Plenum der Bundesversammlung nach Artikel VI der Bundesacte zugewiesenen Angelegenheiten beschäftigen. Diesem Antrage trat auch der E. S. Reichsverweser am 6. October bei.

Nachdem die Zustimmung sämmtlicher Bundesstaaten, und die Ernennung der Mitglieder der Bundescommission erfolgt war, legte E. S. Johann, die ihm am 12. Juli 1848 übertragene Reichsverwesersstelle am 20. Dezember 1849 nieder; die Centralgewalt ging sonach in beschränktem Maße auf die Interims-Commission über, welche am 20. Dezember ihre Wirksamkeit antrat.

Am 27. Februar 1850 legten Baiern, Sachsen und Württemberg den Entwurf zu einer neuen Bundesverfassung, das Vierkönigsbündniß genannt, vor, welcher jedoch nicht zur Ausführung kam.

Im Wesentlichen waren folgende Bestimmungen hierin enthalten:

Die Bundes-Regierung soll aus den 7 größeren deutschen Staaten zusammengesetzt werden, denen sich die übrigen nach freier Wahl anschließen haben, die Bevollmächtigten haben nach den ihnen erteilten Instructionen vorzugehen.

Die National-Vertretung besteht aus 300 Mitgliedern, wozu in Oesterreich 100 — in Preußen 100 — in den übrigen deutschen Staaten gleichfalls 100 gewählt werden.

Ein ständiges Bundesgericht entscheidet über die aus den Bundesverhältnissen entstehenden Streitigkeiten.

Am 3. April 1850 erklärte Hannover, daß es keinem Bunde beitrete, daß es an den Verhandlungen Theil nehmen wolle, sich jedoch an die Bundesverträge von 1815 festhalte.

Alle übrigen Regierungen waren mit Modificationen der früheren Bundesverfassung einverstanden, und zwar ein Theil nach den Erfurter-Beschlüssen, der andere in einer erst zu beratenden Weise.

Am 30. April 1850 wurden die Sitzungen der beiden Häuser des Erfurter-Parlamentes geschlossen, nachdem die Berathungen über die deutsche Reichsverfassung beendet, und einige Modificationen des Dreikönigs-Entwurfes angetragen worden waren.

Beinahe gleichzeitig wurden durch Circularschreiben der österreichischen Regierung vom 26. April 1850 alle Bundesstaaten zu einer Plenar-Versammlung nach Frankfurt eingeladen, a) um nach Ablauf des Termins für die Wirksamkeit des Interims eine neue provisorische Centralgewalt einzusetzen, b) um die Revision der Bundesverfassung vorzunehmen.

Preußen nahm daraus den Anlaß, einen Congress der Fürsten, welche der Union beigetreten waren, auf den 8. Mai 1850 nach Berlin einzuladen, in der Hoffnung, dadurch ein leichteres und freudiges Einverständniß zu erzielen,

man wünsche die Union bei der von Oesterreich berufenen Bundesversammlung als einen bestehenden Factor bei der Reorganisation des (weiteren) Bundes ihre angemessene Stelle einnehmen zu lassen.

Sämmtliche eingeladene Fürsten erschienen am 8. Mai 1850 bei dem Congresse in Berlin, die Hansestädte durch ihre Bürgermeister.

Die Minister hielten zuerst eine Conferenz am 10. Mai, in welcher die vom Erfurter-Parlamente angetragenen Aenderungen im Verfassungs-Entwurfe genehmigt wurden.

Nach den Berathungen des Fürsten-Congresses, wovon die letzte am 18. Mai 1850 unter Vorsitz des Königs von Preußen gehalten wurde, kam man zu den Beschlüssen, daß die Unionsstaaten am Frankfurter-Congresse Theil nehmen wollen, sich aber im Vorhinein gegen den Anspruch Oesterreichs auf die Präsidialrechte verwahren, und der Frankfurter-Versammlung nicht den Charakter eines Plenums zuerkennen, sondern selbe als eine freie Versammlung ansehen, die nur für die sich hierbei betheiligenden Glieder bindende Beschlüsse fassen kann. Endlich werde keine Art der Reconstruction der Bundesverfassung zugestanden, bei welcher der Union nicht die von ihr anzusprechende Stellung eingeräumt würde.

In diesem Sinne wurden von allen Unions-Regierungen identische Erklärungen nach Wien abgesendet.

Da die Unions-Verfassung dennoch nicht zur Ausführung kam, weil man sich nicht ganz über die Modifikationen des deutschen Verfassungs-Entwurfes vereinigen konnte, so wurde beschlossen, die in dem Bündnißstatut der Krone Preußen übertragenen Befugnisse durch dieselbe als provisorischen Vorstand ferner ausüben zu lassen, die Befugnisse des Verwaltungsrathes aber einem provisorischen Fürstencollegium zu übertragen.

Am 10. Mai 1850 versammelten sich die von Oesterreich einberufenen Bundesstaaten zu Frankfurt; am 16. Mai wurde die Versammlung als Plenum constituirt, und ein Ausschuß

zur Erstattung des Gutachtens über die oben erwähnten Berathungspuncte gewählt.

Dieses Plenum deliberirte einige Zeit fort, ohne daß seine Beschlüsse von der preussischen Parthei anerkannt wurden.

Man stritt über Formen, und konnte sich nicht gegenseitig verständigen.

Am 27. Juli 1850 beschloß das Plenum in Frankfurt die Einsetzung eines engeren Bundesrathes. Die Staaten-Abgeordneten erwarteten dießfalls neue Vollmachten.

In der Versammlung vom 7. August 1850 machte Oesterreich den Antrag, daß die Bundesversammlung in ihre Thätigkeit nach dem ganzen Umfange, der ihr durch die Grundgesetze überwiesenen Obliegenheiten und zustehenden Rechte wieder eingesetzt werde.

Diesem Antrage des österreichischen Präsidialgesandten wurde einstimmig von den anwesenden Bevollmächtigten der nachbenannten Regierungen beigetreten, als von: Sachsen, Baiern, Hannover, Württemberg, Kurhessen, Dänemark für Holstein und Lauenburg, Niederlande für Limburg, Mecklenburg-Strelitz, Lichtenstein, Schaumburg-Lippe und Hessen-Homburg, und nachträglich auch Hessen-Darmstadt.

In Folge dessen, und nachdem das Plenum am 11. August 1850 sich aufgelöst hatte, wurden von Oesterreich unterm 14. August 1850 sämtliche deutsche Bundesglieder zu einer neuen Versammlung in Frankfurt berufen, welche am 1. September 1850 abgehalten werden sollte.

In der Denkschrift vom 25. August 1850 suchte Preußen gegen Oesterreich nachzuweisen, daß von dem Wiederaufleben der alten Bundesversammlung nicht die Rede sein könne, weil sie durch die Bundesregierungen berufen, auch durch dieselben am 12. Juli 1848 aufgelöst worden, folglich rechtlich und factisch zu existiren aufgehört habe.

Die von der österreichischen Regierung unterm 26. April 1850 geschehene außerordentliche Berufung zu einer Plenar-Versammlung sei nicht rechtlich begründet gewesen, weil

eine solche Berufung nur von dem engeren Rathe nach gepflogener vorbereitender Verhandlung hätte ausgehen können. Die in der Folge beabsichtigte Bildung des engeren Rathes aus der Plenar-Versammlung war nicht zulässig, weil letztere selbst unstatthaft war.

Die Bundesgewalt sei lediglich an die Gesamtheit der deutschen Staaten zurückgefallen, und keine Anzahl derselben habe das Recht, die Andern in irgend einer Weise zu binden und zu verpflichten. Preußen erklärt hiernach, daß es die Versammlung in Frankfurt so lange nicht beschicken könne, als dieselbe sich als die hergestellte Bundesversammlung ansieht, und Ansprüche hierauf gründet. Aber auch den Nutzen für die Einigung Deutschlands, und die Lösung der Verfassungsfrage, vermag Preußen um so weniger hierin zu erkennen, als bei Wiederherstellung des alten Bundes jede Reform, wofür sich Oesterreich selbst erkläre, unthunlich wird, wenn nicht jedes einzelne Bundesglied derselben beistimme. Es halte daher die freie Conferenz der Bundesregierungen, wobei sich nicht an die alten Bundes-Bestimmungen zu binden wäre, für den einzigen Weg, zum Ziele zu gelangen.

Am 2. September 1850 war die erste Zusammentretung des engeren Bundesrathes zu Frankfurt. Sie bestand aus denselben Gliedern, wie das frühere Plenum. Preußen und die Unionsstaaten verweigern den Beitritt. Gegenstände der Berathung waren: a) der Antrag auf Bildung einer neutralen Commission, für die Verwaltung des materiellen Bundes-Eigenthums, b) Ratifikation des Friedens mit Dänemark.

Die vorzüglichsten Gegenstände der Verwaltung des Bundesvermögens sind: 1) die Festungen, 2) die Flotte, 3) die Cassen, 4) die Archive.

Gleichzeitig traten jedoch Ereignisse ein, welche den Verhandlungen über die Reichsverfassung eine veränderte Richtung gaben.

Im September 1850 entstanden Unruhen in Cassel. Die Stände verlangten die Absetzung der Minister, verweiger-

ten die vor der Vorlage des Budget anbefohlene Forterhebung der Steuern, für welche der Termin bereits abgelaufen war. Die Behörden nahmen die Befehle nicht an. In Folge dessen wurde die Stadt in Belagerungszustand versetzt. Der Kurfürst verließ Cassel.

Die Frage, ob und in welcher Art von Seite des Bundes hierbei einzuschreiten sei, hat zu ernststen Conflicten zwischen dem Bundestage in Frankfurt und dem Fürstencollegium in Berlin, an deren Spitze einerseits Oesterreich — anderseits Preußen standen — geführt. Kurhessen war früher dem unter Preußens Einflusse geschlossenen Bündnisse vom 26. Mai 1849 — später dem von Oesterreich berufenen engen Bundesrathe beigetreten, aus welchem Grunde beide Großmächte die Intervention in den Kurhessischen Angelegenheiten ansprachen, beide in der Tendenz, eine gütliche Ausgleichung zwischen der Regierung und dem Lande zu bewirken, beide aber, die Prärogative einander bestreitend, welche Oesterreich wegen des freiwilligen Anschlusses der Kurhessischen Regierung an den engeren Bundesrath — Preußen aber wegen der Lage des Kurstaates, zwischen den beiden Theilen der preußischen Monarchie, und der vielfältigen gegenseitigen Beziehungen in Anspruch nahm.

So war man also in der Constitutionsfrage bei dem fortwährenden Wechsel der Organe und Formen, trotz den Bemühungen des Bundestages, des Vorparlamentes, des Fünfköpfigen-Ausschusses, der 17 Vertrauensmänner, der National-Versammlung, der Centralgewalt, des Interims, des Erfurter-Volks- und Staatenhauses, der Plenarversammlung, des engeren Rathes, noch nicht dahin gekommen, einen Beschluß zu fassen, ja nicht einmal über die Form der Berathung eins zu werden.

Das Zusammenziehen der preußischen Truppen im October 1850, — angeblich um die Grenze gegen die Folgen der Unruhe in Hessen-Cassel zu wahren, — das Einrücken bairischer und österreichischer Truppen in Hanau, und gleich-

zeitig preussischer Truppen in Cassel, endlich das Aufgebot der gesammten Heeresmacht in Oesterreich und in Preußen, — mußten Besorgnisse der Störung des Friedens in ganz Europa erregen.

Indeß nahm bald darauf die Sache wieder eine friedlichere Wendung. Die Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens traten in Olmütz zu einer Besprechung zusammen, und schlossen am 29. November 1850 folgende Uebereinkunft:

Die endliche und definitive Regulirung der kurhessischen und holsteinischen Angelegenheit soll der gemeinsamen Entscheidung aller deutschen Regierungen überlassen werden. Um über die dießfalls erforderlichen Maßregeln sich zu vereinigen, soll ein Commissär in Vertretung der Frankfurter Bundesglieder, und ein von Preußen und seinen Verbündeten ernannter Commissär in kürzester Frist zusammentreten. Die Ministerial-Conferenzen werden in der Mitte Dezember in Dresden stattfinden. Mittlerweile werden preussische und hessische Truppen in Cassel einrücken, Preußen und Oesterreich Commissäre nach Holstein absenden, um die Feindseligkeiten in Holstein einzustellen.

Die Conferenz wurde am 23. Dezember 1850 in Dresden von den Bevollmächtigten Oesterreichs und Preußens, unter Zutritt der Abgeordneten sämmtlicher deutscher Regierungen eröffnet. Der Kurfürst von Hessen kehrte nach Cassel zurück.

Einige Bemerkungen bringen sich hier über die Lösung der Frage auf, wie die Schwierigkeiten, die sich gegen das Verfassungswerk auf allen Seiten thürmen, zu beheben seien? Nicht die Schlaueit der Cabinete, nicht der ungestüme Volkswille, nicht die Versammlungen der rechts und links geschaarten politischen Partheien, bei denen oft Ausbrüche der Leidenschaften zum Vorschein kommen, und die Menge, wie bei theatralischen Vorstellungen, zu blinden Beifall oder Mißfallen hingerissen wird, konnten bisher zum Ziele führen.

Tiefe Menschenkenntniß, Auffassung der Politik vom wissen-

schaftlichen und moralischen Standpuncte, Benützung der bisherigen Erfahrungen, Unbefangenheit und Ruhe des Geistes scheinen mir die wesentlichen Erfordernisse, um diese nationale Angelegenheit mit richtigem Blicke im Großen zu überschauen, den Collisionen zwischen den einzelnen Staaten, zwischen Regierungen und Völkern vorzubeugen, und ein gebiegenes Verfassungswerk zu Stande zu bringen.

Oft wird die Frage aus einem zu schwärmerischen Gesichtspuncte aufgefaßt.

Die Fantasie des Deutsthums läßt der kalten Ueberlegung wenig Spielraum. Das Trachten nach allzu enger Union läßt die Schwierigkeiten übersehen, die dem Verbande so vieler großen, mittleren und kleinen Staaten entgegen treten die jeder wieder eigene Verfassung und besondere Interessen haben.

Staatsverträge, die oft nur auf momentane oder einseitige Vortheile berechnet, oder auf die Uebermacht eines Staates gegründet sind, werden bei veränderten Verhältnissen selten genau zugehalten. Jedenfalls darf nicht in zu minutiose Bestimmungen in Bezug auf die einzelnen Administrationszweige eingegangen, und es dürfen nicht den einzelnen Regierungen zu sehr hierin die Hände gebunden werden, indem sonst der Bund selbst eher zu Mißhelligkeiten als zur Eintracht führen könnte.

Als wesentlicher Zweck der Bundes-Verfassung soll die Gründung und Erhaltung des innern und äußern Friedens von Deutschland hingestellt sein.

Vertheidigungs-Maßregeln bei drohenden Angriffen, Entscheidung bei Streitigkeiten zwischen Volk und Regierung in Verfassungssachen, und zwischen einzelnen Bundesstaaten in Bundes-Angelegenheiten, dürften die Gegenstände gemeinsamer Berathung und Entscheidung bilden, dagegen die Erhaltung stehender Heere und Flotten, die Aufbringung der Geldmittel, die innere Polizei, die Vereinbarung in Post-, Zoll-, Handels-, Schiffahrts- und Steuersachen, den Einzelstaaten nach

ihren mannigfaltigen Bedürfnissen und Verhältnissen überlassen werden.

Daß der frühere Bund nichts Großartiges in materieller und geistiger Beziehung für die Wohlfahrt deutscher Völker geschaffen, sondern bloß einige Polizei-Maßregeln durchgeführt habe *, kann nicht in Abrede gestellt werden.

Um eine deutsche Reichsverfassung zu gründen, sind zwischen demokratischen und absolutistischen Tendenzen, — zwischen einem einfachen Allianz-Verhältnisse, und der Umbildung der einzelnen Verfassungen zu einer deutschen Universal-Monarchie — so viele Abstufungen und Nuancen, daß es schwer wird, den richtigen Mittelweg zu treffen.

Daß das bisherige Bestreben, Deutschland zu gleichmäßigen inneren Bestandtheilen und abgerundeten äußeren zu gestalten, nur zu Mißhelligkeiten, Spaltungen, endlich zu nahem Kriege-Ausbrüche geführt haben, ist in einem jüngst erschienenen Werke des Grafen Fiquelmont ** dargestellt. Er glaubt (Seite 78), daß die politische Einheit und Existenz von Deutschland nur in der Form einer von Preußen und Oesterreich aufrecht erhaltenen Föderation denkbar ist.

Allerdings war der von der Frankfurter Versammlung im März 1849 gewagte Versuch zur Herstellung eines deutschen Kaiserreiches im ersten Augenblicke mißglückt.

Indessen dürfte auch der Abschluß eines Föderativ-Bündnisses Schwierigkeiten unterliegen.

Die Festsetzung des Wirkungskreises, die Organisation der Berathungscollegien wird wohl die größte Umsicht erfordern; jedenfalls dürften zum Behufe der Verhandlungen geschichtliche und statistische Daten über die Verfassung und Verwaltung der einzelnen Staaten, in ähnlicher Art, wie ich sie für Oesterreich zu sammeln bemüht war, zu einigem Gebrauche dienen.

* II. 408.

** Deutschland, Oesterreich und Preußen, von E. Grafen Fiquelmont. Wien 1851.

III. Administration.

Die Verwaltung eines großen Staates gehört zu den erhabensten Aufgaben für irdische Bestrebungen. Sie hat die göttliche Vorsehung, die Regierung der Welten zum Vorbilde zu nehmen, Ordnung und Harmonie im Großen zu schaffen, die Atome zu einem organischen Körper sinnreich zusammenzufügen, und so Gedeihen und Leben in einen Kreis von Millionen Menschen zu bringen.

Schutz gegen äußere und innere Gefahren, Handhabung der Gerechtigkeit, Ausbildung der moralischen und geistigen Kräfte, Fürsorge für materielle Bedürfnisse, Spendung von Wohlthaten; — dieß ist der umfassende Beruf der Regierung, dem sie, — wie auch immer die Form der Verfassung sein möge, — durch eine weise Verwaltung entsprechen soll.

In Oesterreich steht die oberste Executiv-Gewalt und zugleich, bis nicht die neue Verfassung ins Leben tritt, die provisorische Gesetzgebung dem Kaiser zu.

Mit U. E. vom 12. Februar 1849 nahm der regierende Kaiser Franz Joseph den Wahlspruch: „Viribus Unitis“ an; was offenbar mit dem Grundsatz im Einklange steht, daß die Benützung der geistigen und materiellen Kräfte der Nation zu höheren Staatszwecken — Aufgabe der Centralgewalt sei.

Durch U. E. vom 17. März 1848 wurde die Bildung eines verantwortlichen Ministerrathes verfügt. Die vom Kaiser ernannten Minister sind zur Leitung der verschiedenen Zweige der öffentlichen Verwaltung berufen, worüber sie theils in eigener Macht zu verfügen, theils Anträge zu stellen, und die Allerhöchste Entschließung einzuholen haben.

Die Minister treten somit an die Stelle der, seit dem neuern Umschwunge der staatlichen Verhältnisse aufgehobenen obersten Hofbehörden, und bisher zugleich an jene der bestandenen Mittelorgane zwischen diesen und dem Kaiser, nämlich der Conferenz und des Staatsrathes,

welche bloß über die ihnen besonders zugewiesenen Gegenstände Berathung zu pflegen, und keinen eigenen Wirkungskreis hatten.

Nach der Constitutions-Urkunde vom 4. März 1849 sollte ein Reichsrath zur Seite der Krone und der vollziehenden Gewalt gestellt werden, welcher in Angelegenheiten, worüber er befragt wird, sein Gutachten zu erstatten hat.

Erst zu Ende des Jahres 1850 wurde der Präsident des Reichsrathes ernannt, wornach die Organisirung des letzteren in Verhandlung steht. Derselbe dürfte eine analoge Stellung mit jener des vormaligen Staatsrathes * erhalten.

Die Ministerien sind in folgender Art abgetheilt:

1. Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, an der Stelle der frühern geheimen Hof- und Staatskanzlei;
2. der innern Angelegenheiten, an der Stelle der vereinigten, dann der ungarischen und siebenbürgischen Hofkanzlei und der Polizei-Hofstelle;
3. der Justiz anstatt der obersten Justizstelle;
4. der Finanzen an der Stelle der allgemeinen Hofkammer;
5. des Krieges an der Stelle des Hofkriegsrathes;
6. des Handels, der Gewerbe und öffentlichen Bauten, dessen Geschäfte vorhin theils der Hofkanzlei, theils der Hofkammer zugewiesen waren;
7. der Landeskultur und des Bergwesens. Erstere war vorhin der Hofkanzlei, letzteres der montanistischen Hofkammer zugewiesen;
8. des Kultus und des Unterrichts, an der Stelle der Hofkanzlei und einer besondern Abtheilung derselben, der Studienhofcommission.

Den Ministerien sind Unter-Staatssekretäre, und Sectionschefs (früher Vizepräsidenten), Ministerialräthe (früher Hof-

* II. 88.

räthe), und Sectionsräthe (früher Regierungsräthe), nebst untergeordnetem Personale zugetheilt.

Die Minister versammeln sich zu Berathungen in besonderen Fällen, und bilden den Ministerrath, bei welchem der Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Vorsitz führt.

Die Auslagen für den Ministerrath beliefen sich im J. 1849 auf: 93,926 fl.

Nur eine Hofstelle, das General-Rechnungs-Directorium *, blieb bisher in Wirksamkeit, welches von den administrativen Stellen unabhängig, mittelst der ihm unterstehenden Buchhaltungen, eine Prüfung der Gebahrung und eine Zusammenstellung aller Resultate des Cassen- und Rechnungswesens, und wichtiger statistischer Daten vorzunehmen berufen ist, und dadurch vielfachen Nutzen für die Leitung und Controle aller Zweige der Administration gewährt.

Die Wirksamkeit der Minister ist minder beschränkt, als es jene der Hofstellen war, da sie an keine Collegialberathungen gebunden sind; auch ist ihre Verantwortlichkeit mehr nur eine moralische, solange keine Kammern bestehen. Besondere Anerkennung verdient es in dieser Beziehung, daß ihre Vorträge an den Kaiser nach ihrem ganzen Inhalte offiziell bekannt gemacht werden, und dadurch über die Motive jeder wichtigeren Verfügung Belehrung ertheilt, und der Critik ein freies Feld eröffnet, anderseits aber dem Publikum mehr Beruhigung, — der Regierung mehr Zutrauen verschafft wird.

Die Hofangelegenheiten blieben, wie früher, der Besorgung der Hofämter überlassen, die Verleihung der Orden Seiner Majestät dem Kaiser vorbehalten. In das Detail der Hofwirthschaft glaube ich hier nicht eingehen, sondern nur erwähnen zu sollen, daß die ungarische und die italienische Leibgarde bis jetzt nicht wieder hergestellt, daß ferner nach öffentlichen Blättern bedeutende Ersparungen im Hofhaushalte gegen frühere Zeit gemacht worden sind.

* II. 175.

In Bezug auf Ordensverleihungen ist die mit Patent vom 2. Dezember 1849 erfolgte Stiftung des Franz Joseph Ordens bemerkenswerth. Er ist für Verdienste aller Art um den Staat, um das allgemeine Wohl, um Industrie, Ackerbau, Handel, Wissenschaft u. s. w. bestimmt, wird ohne Unterschied in Bezug auf Religion, Geburt und Stand verliehen, und hat 3 Grade: Großkreuze, Comthure und Ritter.

Die Auslagen für den Hofstaat beliefen sich im Mil. J.
 1849 auf: 4,796,389 fl. C. M.
 im ersten Semester 1850 3,490,873 " " "

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. *

Sein Wirkungskreis, seine Geschäftsverhandlung unterscheidet sich wenig von jenem der bestandenenen Hof- und Staatskanzlei, welche auch damals einen Minister mit ausgedehnter Vollmacht an der Spitze hatte.

Die Geschäftsthätigkeit desselben wurde durch die Ereignisse der letzten Jahre bedeutend gesteigert. Das Bündniß mit Rußland wegen des Einrückens von Hülfstruppen in Ungarn, die Convention vom 10. Juni 1849 wegen deren Verpflegung auf österreichischem Gebiete, die Collisionen mit der Türkei wegen der ungarischen Flüchtlinge; der Friedensschluß mit Sardinien, das Einschreiten gegen den Aufstand in Rom; der am 2. Juli 1850 abgeschlossene Postvertrag mit den Schweizer-Cantonen; die Additional-Convention vom 8. Mai 1848 zu dem Handels- und Schiffahrts-Vertrage mit den Staaten von Nordamerika vom 27. August 1829; die Conventionen wegen der freien Po-Schiffahrt, und wegen Zoll- und Post-Vereinen mit den italienischen Staaten; der am 3. Juli 1849 abgeschlossene Vertrag mit Parma in Betreff der Landeshoheit über die im Postlusse sich bildenden Inseln; vorzüglich die fortwährenden verwickelten Verhandlungen in Bezug auf die Angelegenheiten des deutschen

* II. 90—96.

Reiches, und mehrere andere, machten und machen noch fortwährend, eine angestrenzte, umsichtige und kräftige Leitung dieses Departements nothwendig.

In die neuere Periode fällt auch die Ratifikations-Urkunde vom 21. April 1849 über den Beitritt des Königs von Belgien zu dem Tractate, welcher zwischen Oesterreich, England, Rußland und Preußen wegen Unterdrückung des Sklavenhandels unterm 20. Dezember 1841 abgeschlossen worden ist. Ein Vertrag ohne Beispiel, der bloß die Interessen der Menschheit zum Ziele hat, zwischen den größten Mächten der Erde geschlossen — dem einst ein ewiger Friedens-Vertrag nachfolgen möge.

Die Herstellung des inneren, die Erhaltung des mehrmals bedrohten äußeren Friedens sind höchst schätzenswerthe Früchte der Thätigkeit dieses Ministeriums, obwohl nicht übersehen werden darf, daß noch schwierige Aufgaben zu lösen sind, und daß es vieler Umsicht bedürfen wird, um den Ausnahmzustand zu beseitigen, sonach die Ordnung im Staate, und das gegenseitige Vertrauen zwischen der Regierung und den Völkern feststellen zu können.

Die Auslagen * für dieses Ministerium betragen im	
Mil. J. 1849	1,565,235 fl. C. M.
im ersten Semester 1850	743,121 „ „ „

Ministerium des Innern. **

Die Leitung der politischen Administration in der ganzen Monarchie ist seine wichtige und umfangreiche Aufgabe. Die hierbei beabsichtigten Reformen gehen vorzüglich darauf hinaus, eine gleichmäßige Gestaltung der Behörden und ihrer Geschäftsführung in allen Theilen der Monarchie zu bewirken, und die Leitung aller Zweige der Verwaltung in oberster Stufe auf einen Centralpunct zurück zu führen.

* II. 96. 97. Auslagen der J. 1829 bis 1843.

** II. 98.

Die Ausführung dieses Planes hat minder Schwierigkeiten in den deutsch-slavischen Provinzen, wo schon in früherer Zeit der Grund dazu gelegt war — mehr in den lombardisch-venetianischen, — am meisten in den ungarisch-siebenbürgischen Ländern.

Die Organisation der Administration muß mit jener der Verfassung gleichen Schritt halten. Nun ist aber in Ungarn und Siebenbürgen das Andenken an die seit Jahrhunderten bestandene mittelalterliche Verfassung noch wenig erloschen, die neue Verfassung mehr nur in Aussicht gestellt, als practisch durchgeführt, der Belagerungs-Zustand im ganzen Lande noch fortwährend, so daß die neuen Administrations-Formen kaum begriffen werden, — noch minder beliebt sein können, und Collisionen mancher Art dadurch herbeigeführt werden.

Mit der neuen Verfassung sind zwei Verfügungen ins Leben getreten, welche auch in Bezug auf die politische und Justiz-Administration Veränderungen zur Folge hatten, und auf die Interessen der zahlreichsten Volksklasse in allen Theilen der Monarchie wichtigen Einfluß nahmen. Diese sind: a) die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkheit, so wie der damit in Verbindung stehenden Unterthanslasten. b) Die Gemeinde-Ordnung. Ueber die erstere ist in dem Abschnitte von der Verfassung verhandelt worden, — von der letzteren wird weiter unten die Rede sein.

Die Grundzüge für die Organisation der politischen Behörden wurden durch die Allerh. Entschließung vom 26. Juni 1849 festgesetzt, denen die mit Allerh. Entschließung vom 14. April 1850 genehmigte Instruction für die Behörden, dann die Gemeinde-Ordnung folgten.

Die Direction der politischen Verwaltung in den einzelnen Kronländern ist den Statthaltern anvertraut, welche die Stelle der frühern Regierungen und Gubernien vertreten, dem Minister des Innern unterstehen, und denen Statthaltereiräthe nebst untergeordnetem Personale zugewiesen sind.

Den Statthaltern wurde ein größerer Wirkungskreis, als

den früheren Länder-Chefs, eingeräumt, auch sind erstere an keine Collegial-Berathungen gebunden. Bei der Abtheilung der Kronländer wurde vorzüglich auf Nationalität und Sprache gesehen, zugleich auch die möglichste Uebereinstimmung mit der Abgränzung der Gerichts- und Steuerbezirke, dann der Bezirks-, Kreis- und Landesgemeinden zu erzielen getrachtet.

Zur Wirksamkeit der politischen Organe gehört überhaupt die Sorge für die Kundmachung und Vollziehung der Gesetze, für die Aufrechterhaltung und Herstellung der Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und Ruhe, und für die Beförderung des Gemeinwohles im Umfange ihres amtlichen Gebietes.

Insbondere sind ihnen folgende Geschäfte zugewiesen: die Evidenzhaltung der Bevölkerung, die Erhebung und Zusammenstellung statistischer Daten, die Mitwirkung zur Ergänzung, Verpflegung und Einquartierung des Heeres, das Vorspannswesen, die Ueberwachung der Geburts-, Ehe- und Sterbe-Register, das Paß-, Heimats- und Fremdenwesen, die Verwendung der Gensd'armie, oder des ihre Stelle vertretenden Wachcorps, die Gewerbs- und Handelsachen, das Sanitätswesen, die Gemeinde-Angelegenheiten, die Kirchen-, Schul- und Stiftungssachen, die Oberaufsicht über die Wohlthätigkeits- und Humanitäts-Anstalten und über alle öffentlichen Institute, die Sorge für die Integrität und Evidenzhaltung der Reichs- und Landesgränzen und für Erhaltung der Land- und Wasserstraßen, die Mitwirkung bei der Bemessung, Einhebung und Abschreibung der directen Steuern, die Unterstützung der Gefälls- Organe nach Maßgabe der Steuer- und Gefällsgesetze, die Landescultursachen, die Ueberwachung der Presse und der Associationen, die Einflußnahme bei der Expropriation, bei Streitigkeiten über Wasserrechte und Bauten, bei der Bildung der Geschwornenlisten, und bei der Organisation und Verwendung der Bürgerwehr, die Verfassung der Voranschläge für die politische Administration, und für die Staatsanstalten des amtlichen Bezirkes.

Die einzelnen Kronländer sind in Kreise, die Kreise in

Bezirke abgetheilt. Die Eintheilung in Kreise fand aber nur bei größerem Umfange der Kronländer Statt, jene von geringerem Umfange sind bloß in Bezirke abgetheilt, daher letztere entweder unmittelbar dem Statthalter oder der Kreisregierung unterstehen, so daß jedenfalls mindestens drei Instanzen für die Schlichtung der politischen Angelegenheiten vorhanden sind.

Der Vorstand der Kreisverwaltung ist der Kreispräsident mit zugetheilten Kreisräthen, jener der Bezirksverwaltungen, der Bezirkshauptmann mit zugetheilten Bezirkscommissären, von denen Einige bei größeren Bezirken außer dem Hauptorte exponirt sind. In jenen Kronländern, welche nicht in Kreise untergetheilt werden, ist der Statthalter zugleich Kreispräsident.

Die Kreisregierungen treten an die Stelle der vorigen Kreisämter; die Bezirkshauptmannschaften besorgen in den ihnen unterstehenden Bezirken zum Theile Geschäfte der früheren Kreisämter, vorzüglich aber jene der Dominien (Herrschaften), welchen letzteren, nach der Aufhebung des Unterthansverbandes und der Patrimonialgerichte, in Folge des Gesetzes vom 7. September 1848, die politische und gerichtliche Amtsgewalt entzogen ist.

Bei der Eintheilung in Kreise und Bezirke ist, soviel es thunlich war, auf die, durch geographische Lage, durch Gesittung und Sprache, durch sociale Productions- und Culturverhältnisse, durch Erwerb und Verkehr sich herausstellende „Gemeinschaft von Interessen“ Rücksicht genommen worden.

Nach dieser Eintheilung ist auch die repräsentative Stellung der Bezirks-, Kreis- und Landesgemeinden, und die Wahl der Vertreter, deren Grundzüge in der Reichsverfassung und in dem Patente vom 29. Dezember 1849 enthalten sind, geordnet worden.

So lange, bis nicht die Reichsverfassung in volle Wirksamkeit getreten ist, führen die bisherigen ständischen Aus-

schüsse und Collegien, deren Stelle die Vertreter der neuen Landesgemeinden einnehmen sollen, ihre Geschäfte fort.

Uebrigens wurden in Gemäßheit der von Sr. Majestät genehmigten Instruction vom 27. Juni 1849 eigene, bloß unter dem Ministerium des Innern stehende Landescommissionen, unter dem Vorstehe des Landeschefs bestellt, um im Einvernehmen mit der Gerichts-Einführungs-Commission, die genehmigte politische Organisation jedes Kronlandes vorzunehmen, und die Besetzungsvorschläge für die neuen politischen Behörden zu erstatten, worüber zugleich denselben eine eigene Instruction ertheilt wurde.

Durch Allerh. Entschließung vom 13. Dezember 1849 wurde eine Vorsorge für jene politischen Landesfürstlichen Beamten getroffen, welche aus Anlaß der neuen politischen Administration außer Wirksamkeit treten. Alle Concepts- und Manipulations-Beamten in den deutschen und slavischen Provinzen sollen mit dem 15. Dezember 1849 in den Stand der Verfügbarkeit treten. Sie beziehen den Gehalt sammt Emolumenten einstweilen fort, müssen sich aber an allen Orten, wo man sie zu gebrauchen findet, verwenden lassen. Jedem Beamten, der nicht entweder eine systemisirte Stelle erhält, oder in den bleibenden Ruhestand zu treten hat, wird das Begünstigungs-Jahr zugestanden, während dessen er seine Activgenüsse fortbezieht.

Mit Allerh. Entschließung vom 7. September 1850 wurde die Organisation des Medecinalwesens, worüber die Leitung und Oberaufsicht dem Staate vorbehalten ist, festgesetzt. Den politischen Behörden steht die Leitung und Oberaufsicht hierüber zu, — daher den Bezirkshauptmännern Bezirksärzte, — den Kreispräsidenten Kreismedicinalräthe, den Statthaltern ständige Medicinal-Commissionen, dem Minister des Innern ein Sanitäts-Referent, und gleichfalls eine ständige Medicinal-Commission beigegeben werden.

Die Regelung des Sanitätswesens in größeren Städten wird besonderen Verfügungen vorbehalten.

Die unterste Stufe der Administration bilden die Gemeinde-Verwaltungen.

Die durch Patent vom 17. März 1849 erlassene provisorische Gemeinde-Ordnung begreift die Orts-, Bezirks- und Kreis-Gemeinden. Sie bezieht sich auf innere Angelegenheiten der Gemeinden, und vom Staate ihnen übertragene Geschäfte, und erstreckt sich auf den ganzen Umfang der österreichischen Monarchie, mit Ausnahme des lombard. venet. Königreiches, und der ungarisch-siebenbürgischen Kronländer.

Der wesentlichere Inhalt derselben ist folgender:

Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde.

Ihr wird die Autonomie in inneren Verwaltungs-Angelegenheiten zugesichert. Einzelne Gemeinden, welche geringere Mittel haben, werden zu einer größeren Ortsgemeinde vereinigt. Gemeinden mit bedeutender Volkszahl steht das Recht zu, sich in Fractionen zu theilen, und denselben einen gewissen Wirkungskreis anzuweisen. Landeshaupt- und Kreisstädte erhalten durch Geseze eigene Verfassungen.

Die Bewohner des Gemeindeortes theilen sich in Gemeindeglieder, worunter Angehörige und Bürger begriffen sind, und in Fremde.

Gemeinde-Bürger sind jene, welche von dem Besitze einer Realität oder eines Erwerbes im Orte eine directe Steuer zahlen.

Zu den Angehörigen werden jene gerechnet, a) welche durch Geburt oder Aufnahme in den Verband der Gemeinde zuständig sind, ferner b) Staatsdiener, Offiziere, Geistliche und öffentliche Lehrer, welche in der Gemeinde ihren ständigen Aufenthalt haben.

Die Gemeindeglieder haben Anspruch auf die Benützung des Gemeindegutes, und es liegt ihnen die Tragung der Gemeindelasten ob.

Die Repräsentanz der Ortsgemeinde ist der Gemeindeausschuß. Dieser wird von der Gemeinde frei aus ihrer Mitte gewählt. Wählbar ist jedes Gemeindeglied, mit eini-

gen Ausnahmen. Zum Wählen berechtigt sind die Gemeindebürger, und von den Angehörigen, die oben unter b bezeichneten Personen. Die Wähler theilen sich in 2 oder 3 Wahlkörper, von welchen jeder eine gleiche Anzahl von Ausschuß- und Ersatzmännern wählt.

In diese Wahlkörper werden die Wähler nach Maß der Höhe des von ihnen zu entrichtenden Steuerbetrages gereiht, worüber genauere Bestimmungen festgesetzt sind. In den Wahlkörper der Höchstbesteuerten werden die Ehrenbürger einbezogen.

In Gemeinden, wo die Zahl der Wahlmänner jene von 100 nicht übersteigt, werden höchstens 8 bis 9 Mitglieder; wenn sie 100 übersteigt, für das erste 100 zehn Mitglieder, dann für je 20 weitere Wahlberechtigte ein Mann, endlich bei Gemeinden, die mehr als 1000 Wahlberechtigte besitzen, von der Mehrzahl über 1000, für je 100, ein Mann in den Ausschuß gewählt. Ersatzmänner werden in der Zahl zur Hälfte von jener der Ausschußmänner gewählt. Der Ausschuß wählt aus seiner Mitte den Vorstand, der aus dem Bürgermeister und mindestens 2 Gemeinderäthen zu bestehen hat.

Der Ausschuß und der Vorstand werden auf 3 Jahre gewählt.

Der Wirkungskreis des Gemeindeausschusses ist theils unmittelbar aus seiner Stellung abgeleitet, theils von den Behörden ihm übertragen.

Der erste besteht darin, die Interessen der Gemeinde zu wahren, und für ihre Bedürfnisse zu sorgen, die Verwaltung des Gemeindevermögens zu überwachen, und die Rechnungen zu prüfen, Hülfquellen auszumitteln, die Anstalten zur Erhaltung der inneren Ruhe und öffentlichen Sicherheit zu leiten.

Eine der wesentlichsten Aufgaben desselben ist die Handhabung der Reinlichkeits-, Gesundheits-, Armen-, Straßen-, Feuer-, Markt-, Sittlichkeits-, Bau- und Gefinde-Polizei, dann die Aufsicht auf die Gemarkungen, und Fürsorge für die Sicherheit der Person und des Eigenthums. Im Auftrage der Behörden hat der Gemeinde-Ausschuß die Geseze und Anord-

nungen kund zu machen, die Einhebung und Abfuhr der directen Steuern, die Militär-Bequartirungs- und Worspanns-Angelegenheiten zu besorgen, die Mitwirkung bei dem Conscriptions- und Rekrutirungsgeschäfte zu leisten, Verbrecher anzuhalten und abzuliefern, die Fremden-Polizei handzuhaben.

Der Bürgermeister hat den Vorsitz im Ausschusse. Ihm liegt die Vertretung der Gemeinde nach Außen, sowohl in Civilrechts- als in Verwaltungs-Angelegenheiten, und die Leitung der Geschäfte im Innern ob. Die Sitzungen müssen öffentlich gehalten werden.

Die Bezirksgemeinden werden aus sämmtlichen zu einem Bezirke gehörigen Ortsgemeinden gebildet. Die Ausschüsse der letzteren wählen den Bezirks-Ausschuß auf 3 Jahre. Dieser besorgt die Angelegenheiten des Bezirkes, und hat aus mindestens 12, höchstens 30 Männern zu bestehen, die sonach wieder einen Obmann und eine entsprechende Zahl von Schriftführern aus ihrer Mitte erwählen. Der Bezirkshauptmann beruft in der Regel zweimal des Jahres den Ausschuß zu Berathungen über Bezirksangelegenheiten, welchen er selbst bewohnt.

Die Sitzungen sind öffentlich.

Die Kreissgemeinden sind aus sämmtlichen im Kreise befindlichen Bezirksgemeinden gebildet. Die Kreisvertretung besteht aus mindestens 24, höchstens 60 Mitgliedern, welche von Bezirksausschüssen auf 3 Jahre gewählt werden, und wieder unter sich einen Obmann, dessen Stellvertreter und einen Schriftführer wählen.

Die Kreisvertretung versammelt sich jährlich zweimal über Berufung des Statthalters, jedesmal auf 14 Tage, wobei der Kreispräsident die Regierung vertritt. Die Sitzungen sind öffentlich, sie verhandeln über Kreis-Angelegenheiten, und sind zweite Instanz über Beschlüsse der Ausschüsse der Orts- und Bezirksgemeinden.

Diese Organe gehören nicht zu den Staatsbehörden.

Mit U. H. Entschließung vom 2. October 1849 war die Einführung des Gemeindegesetzes bis zur Einsetzung der neuen politischen Behörden sistirt worden. Nachdem aber diese erfolgt war, wurde mit Ministerialerlaß vom 4. Februar 1850 mit der Bildung der Ortsgemeinden vorzugehen beschlossen, wobei zugleich angeordnet wurde, daß vorzüglich der factische Bestand zur Basis zu nehmen sei, und daß, um das wichtige Institut des Katasters unbeirrt zu erhalten, die Bildung der neuen Ortsgemeinden innerhalb der durch den Kataster gezogenen Gränzen zu geschehen habe.

Besondere Erwähnung muß von den Gemeinde-Verfassungen der Städte Wien und Triest gemacht werden. Die erstere steht, (nach der durch U. H. Entschließung vom 6. März 1850 ihr verliehenen Verfassung) mit Umgehung jedes Bezirks- und Kreis-Verbandes, unmittelbar unter dem Statthalter; — die letztere ist als reichsunmittelbare Stadt erklärt worden, und es wird von ihrem Verhältnisse zur Staatsverwaltung weiter unten bei der Eintheilung der Kronländer die Rede sein.

In Bezug auf Wien gelten zwar die allgemeinen Vorschriften über die Gemeinde-Verfassungen, jedoch sind einige Eigenthümlichkeiten herauszuheben.

Die Stadt sammt Vorstädten mit circa 400,000 Einwohnern, wird in 8 Bezirke abgetheilt, nämlich: 1. Innere Stadt. 2. Leopoldstadt. 3. Landstraße. 4. Wieden. 5. Mariahilf. 6. Neubau. 7. Josephstadt. 8. Alsergrund.

Die Bewohner theilen sich in Fremde, Angehörige, und Bürger (auch Ehrenbürger) nach den allgemeinen Bestimmungen.

Die Stadtbehörden sind nach folgender Abstufung sistemisirt: a) der Gemeinderath, b) der Magistrat, c) die Bezirksvorsteher.

Der Gemeinderath besteht aus 120 Mitgliedern und wird von der Gemeinde auf drei Jahre gewählt, wovon jährlich $\frac{1}{3}$ ausscheidet. Zur Vornahme der Wahl werden 3 Wahlkörper aus den zur Wahl berechtigten Gemeindegliedern gebildet, wovon jeder 40 Gemeinderäthe wählt. Den ersten

Wahlkörper bilden die Höchstbesteuerten, welche mindestens 500 fl. Steuer von Realitäten oder 100 fl. vom Erwerbe bezahlen, den zweiten Haus und Grundbesitzer, die wenigstens 10 fl. Steuer bezahlen, und Honoratioren, den dritten die übrigen Wahlberechtigten.

Sobald der Gemeinderath constituirte ist, wählt er aus seiner Mitte den Bürgermeister auf 3 Jahre.

Die Wahl unterliegt der kaiserlichen Bestätigung.

Die Mitglieder des Gemeinderathes verwalten ihr Amt unentgeltlich. Der Bürgermeister erhält eine, seiner Würde angemessene Wohnung in einem städtischen Gebäude, und Functionsgebühren.

Der Magistrat besteht, — mit dem Bürgermeister an der Spitze, — aus einem rechtskundigen Vicebürgermeister und der nöthigen Zahl von rechtskundigen Räthen. Sie werden auf Lebenszeit angestellt, erhalten Besoldungen und Pensionen; zur Besetzung dieser Dienstposten werden Concurse ausgeschrieben.

In jedem Bezirke (mit Ausnahme der innern Stadt) befindet sich ein Bezirksvorsteher mit Bezirksausschüssen. Es werden in jedem Bezirke von den Wahlberechtigten nach den drei Wahlkörpern, von jedem 6, — im Ganzen 18 Ausschussmänner auf 3 Jahre gewählt. Die Bezirksausschüsse wählen aus ihrer Mitte den Bezirksvorsteher auf 3 Jahre, dessen Wahl der Bestätigung des Gemeinderathes und des Statthalters bedarf, Vorsteher und Ausschüsse haben keinen Gehalt.

In Bezug auf den Wirkungskreis der Gemeinde überhaupt, gelten die allgemeinen Bestimmungen. Der Gemeinderath hat das Recht der Selbstbestimmung in allen auf den Gemeinde-Verband sich beziehenden Angelegenheiten, die Controlle über die Geschäftsführung des Magistrates, und die Verwaltung des Gemeindevermögens, die Entscheidung über die wichtigeren Verwaltungs-Angelegenheiten, mit Ausnahme einiger Fälle, z. B. Veräußerung eines unbeweg-

lichen Gemeindegutes im Werthe von mehr als 10,000 Gulden Conv. Münze, Einführung neuer Abgaben u. s. w., worüber die Entscheidung im Wege der Landesgesetzgebung eingeholt werden muß.

Der Magistrat ist das Executiv-Organ der Gemeinde unter der Controlle des Gemeinderathes, die unmittelbare Verwaltungsbehörde für die Angelegenheiten und das Vermögen der Gemeinde, er hat die der Gemeinde zustehende Localpolizei handzuhaben.

Die Bezirksvorsteher sind berufen, gemeinschaftlich mit den Bezirksausschüssen, die Sonderinteressen ihres Bezirkes zu wahren, zu welchem Ende die Vorsteher auch jederzeit den Sitzungen des Gemeinderathes beiwohnen können, und in denselben eine beratende Stimme haben.

Bei der Bildung der Kronländer in den deutsch-slavischen Landestheilen wurde sich nicht immer genau an den bisherigen Bestand der Provinzen gehalten; so wurden Salzburg, Kärnthen und das Gebieth von Triest zu eigenen Kronländern gestaltet, welche früher Bestandtheile der Provinzen Oesterreich ob der Enns, Illyrien und Küstenland waren.

Die mit vieler Gründlichkeit ausgearbeitete Eintheilung der einzelnen neu creirten Statthaltereien in Kreise und Bezirke ist, zufolge Allerh. Entschließung vom 31. Juli, 4. und 13. August, 29. September, 8. und 23. October 1849 folgende:

Böhmen mit einem Flächenraume von 904 Quadratmeilen*, enthält in 289 Städten, 278 Märkten und 12,079 Dörfern, eine Bevölkerung von 4,347,962 Seelen, das Land hat eine productive Bodenfläche von 8,612,202 Joch, (circa 861 Quadratmeilen) und wird in 7 Kreise und 79 Bezirke eingetheilt, u. zwar:

- I. Der Prager-Kreis mit einem Flächenraume von 106,9 Quadratmeilen und 604,477 Seelen Bevölkerung, zerfällt in 8 Bezirke. Die Stadt Prag wird unmittelbar der Kreisregierung untergeordnet.

* Die Quadratmeile ist zu 10,000 Joch à 1600 Quadratflaster berechnet.

II. Der Budweiser-Kreis, 158.3 Quadratmeilen und 575,434 Seelen, hat 9 Bezirke.

III. Der Pardubiger-Kreis, 130.5 Quadratmeilen, 698,389 Seelen, hat 11 Bezirke.

IV. Der Gitschiner-Kreis, 143.1 Quadratmeilen, 896,985 Seelen, hat 16 Bezirke.

V. Der Böhmisches-Leippaer-Kreis, 72 Quadratmeilen, 541,852 Seelen, hat 10 Bezirke.

VI. Der Egerer-Kreis, 127.8 Quadratmeilen, 560,384 Seelen, hat 12 Bezirke.

VII. Der Pilsner-Kreis, 159.3 Quadratmeilen, 635,553 Seelen, hat 13 Bezirke.

Der Sitz des Statthalters ist in Prag.

Oesterreich unter der Enns, welches einen Flächenraum von 328 Quadratmeilen, eine Bevölkerung von 1,467,955 Seelen, welche in 35 Städten, 241 Märkten und 4,304 Dörfern vertheilt ist, und eine productive Bodenfläche von 2,903,223 Joch (circa 290 Quadratmeilen) hat — wird in 17 Bezirke eingetheilt.

Die Stadt Wien mit 1.5 Quadratmeilen und 407,700 Einwohnern ist unmittelbar dem Statthalter untergeordnet.

Der Sitz des Statthalters ist in Wien.

Oesterreich ob der Enns mit einem Flächeninhalte von circa 210 Quadratmeilen und einer Bevölkerung von 704,572 Seelen, ist in 12 Bezirke eingetheilt.

Der Sitz des Statthalters ist in Linz.

Salzburg mit einem Flächenraume von 124 Quadratmeilen und 146,519 Seelen, ist in 3 Bezirke eingetheilt.

Der Sitz des Statthalters ist in Salzburg.

Oesterreich ob der Enns und Salzburg enthalten zusammen auf einem Flächenraume von 334 Quadratmeilen in 17 Städten, 149 Märkten, 6,702 Dörfern, eine Bevölkerung von 851,091 Seelen.

Die productive Bodenfläche beträgt 2,963,223 Joch (circa 296 Quadratmeilen).

Mähren ist in 2 Kreise und 25 Bezirke abgetheilt, und zwar:

- I. Der Brünner-Kreis mit einem Flächenraume von 199.4 Quadratmeilen und 881,684 Seelen, hat 12 Bezirke.
- II. Der Olmüßer-Kreis mit 183.9 Quadratmeilen und 944,373 Seelen, hat 13 Bezirke.

Der Sitz des Statthalters ist in Brünn.

Schlesien mit einem Flächenraume von 89 Quadratmeilen und 467,420 Seelen, hat 7 Bezirke.

Der Sitz des Statthalters ist in Troppau.

Mähren und Schlesien enthält auf einem Flächenraume von 472 Quadratmeilen, in 116 Städten, 188 Märkten und 3670 Dörfern: 2,293,474 Einwohner. Es hat eine productive Bodenfläche von 4,575,443 Jochen (circa 457 Quadratmeilen).

Tirol und Vorarlberg enthält auf einem Flächenraume von 492 Quadratmeilen in 22 Städten, 28 Märkten und 1427 Dörfern, eine Bevölkerung von 859,250 Seelen, welche — außer 150 Protestanten und 978 Juden, — durchaus Katholiken sind. Die productive Bodenfläche beträgt 3,179,655 Joch (circa 318 Quadratmeilen). Das Land ist in vier Kreise und 20 Bezirke eingetheilt, und zwar:

- I. Der Innsbrucker-Kreis mit 304.7 Quadratmeilen und 219,078 Seelen, hat 6 Bezirke.
- II. Der Brixner-Kreis mit 165 Quadratmeilen und 225,282 Seelen, hat 5 Bezirke.
- III. Der Trienter-Kreis mit 114.5 Quadratmeilen und 317,410 Seelen, hat 6 Bezirke.
- IV. Der Vorarlberger-Kreis mit 46.6 Quadratmeilen und 105,408 Seelen, hat 3 Bezirke.

Der Sitz des Statthalters ist in Innsbruck.

Steiermark mit 390 Quadratmeilen, enthält in 20 Städten, 96 Märkten und 3595 Dörfern — eine Bevölkerung von 1,003,074 Seelen. Das Land hat eine productive Boden-

fläche von 3,596,995 Joch (circa 359 Quadratmeilen) und ist in 3 Kreise und 19 Bezirke abgetheilt, und zwar;

I. Der Grazer-Kreis mit 117.7 Quadratmeilen und 442,013 Seelen, hat 7 Bezirke.

II. Der Brucker-Kreis mit 161.1 Quadratmeilen und 175,582 Seelen, hat 6 Bezirke.

III. Der Marburger-Kreis mit 109.8 Quadratmeilen und 381,086 Seelen, hat 6 Bezirke.

Der Sitz des Statthalters ist in Graz.

Galizien und Lodomerien mit den Herzogthümern Ausschwitz und Zator und dem Großherzogthum Krakau ist in drei Regierungsbezirke abgetheilt, von denen jeder einen Regierungspräsidenten als Chef, dann als Stellvertreter einen Statthaltereirath nebst Kreisräthen hat. Die Regierungspräsidenten stehen unter dem Statthalter, der zu Lemberg seinen Sitz hat. Ihnen untergeordnet sind:

Die Bezirkshauptmannschaften, denen ein Bezirkshauptmann vorsteht. Die Regierungsbezirke sind:

Lemberg mit 19 Bezirkshauptmannschaften,

Krakau „ 26 „ „ „ „

Stanislaw 18 „ „ „ „

Durch Allerh. Entschließung vom 8. October 1850, wurde die Bucovina zu einem Kronlande gebildet. An der Spitze der Verwaltung steht der Statthalter, der zu Czernowiz seinen Sitz hat. Ihm sind untergeordnet die Bezirkshauptmannschaften zu: Czernowiz, Kogmann, Wischniza, Kadauz, moldauisch Kimpolung, Suczawa. Die beiden Kronländer Galizien und Bucovina haben auf einem Flächenraume von 1528.86 Quadratmeilen in 96 Städten, 193 Märkten und 6056 Dörfern eine Gesamtbevölkerung von 5,105,558 Seelen. Die Bevölkerung Galiziens von 4,875,164 Seelen theilt sich nach Nationalitäten in 2,277,179 Polen, 2,201,675 Ruthenen, 54,000 Deutsche, 335,380 Juden. Der geringe Ueberrest besteht aus Magyaren, Armeniern, Romanen, Ausländern.

Die productive Bodenfläche beträgt: 13,452,274 Joch (circa 1345 Quadratmeilen), worunter $\frac{1}{3}$ in Wäldungen.

Illyrien wird abgetheilt in die Kronländer: a) Kärnten, b) Krain, c) Istrien mit Görz und Gradisca. Endlich wird Triest, als eine reichsunmittelbare Stadt constituiert. Istrien mit Görz, Gradisca und Triest, (das ehemalige Küstenland) enthält auf einem Flächenraum von 138 Quadrat-Meilen in 30 Städten, 14 Märkten und 947 Dörfern, eine Bevölkerung von 500,000 Seelen. Die productive Oberfläche beträgt 1,281,234 Joch (circa 128 Quadratmeilen).

Kärnten und Krain zusammen haben einen Flächenraum von 353 Quadratmeilen und enthalten in 25 Städten, 42 Märkten, und 5924 Dörfern eine Bevölkerung von 791,423 Seelen. Die productive Bodenfläche beträgt zusammen: 3,250,744 Joch (circa 325 Quadratmeilen).

Kärnten mit 180 Quadratmeilen und 316,898 Seelen ist in 7 Bezirke abgetheilt, der Sitz des Statthalters ist in Klagenfurt.

Krain mit 173 Quadratmeilen, und 474,524 Seelen, hat 10 Bezirke, der Sitz des Statthalters ist in Laibach.

Die Stadt Triest sammt dem Gebiete in einem Gesammtumfange von $1\frac{1}{2}$ Quadratmeilen ist durch allerb. Entschließung vom 12. April 1850 als eine reichsunmittelbare Stadt des österreichischen Kaiserstaates erklärt, und die Verfassung für dieselbe in der doppelten Eigenschaft: als selbstständiges Glied des Kaiserreiches und als Ortsgemeinde festgesetzt worden.

In letzterer Beziehung ist zwar die provisorische Gemeinde-Ordnung zum Anhaltspuncte genommen, jedoch sind die besonderen Verhältnisse des Freihafens, nach welchen die Ansiedlungen zu begünstigen sind, berücksichtigt worden.

Zu den Angehörigen werden nebst Jenen, welche zehnjährigen Aufenthalt in Triest haben, auch Handelsleute, Besitzer unbeweglicher Güter, Schiffsrheder, Schiffscapitäne,

Doctoren der vier Facultäten u. s. w. gerechnet, wenn sie fünf Jahre ununterbrochen ständigen Aufenthalt in Triest haben. Als Gemeindegürger sind nur jene anzusehen, welche in Triest geboren sind, und zugleich die zur Angehörigkeit erforderlichen Bedingnisse des Besizes, Erwerbes oder wissenschaftlicher Bildung nachweisen, oder denen eigens das Bürgerrecht verliehen wird. Die Gemeinde-Angelegenheiten werden vom Stadtrathe geleitet, der aus 54 Mitgliedern besteht, deren 48 von der Stadt Triest, und 6 von dem dazu gehörigen Gebiete auf 3 Jahre gewählt werden. Es besteht dießfalls eine eigene Wahlordnung, wornach in der Stadt 4 Körper der Wähler gebildet werden, in deren beiden ersteren zumeist der große Besiz, der Großhandel und die Großindustrie, namentlich die Schifffahrt, in den beiden übrigen der kleinere Besiz und die kleinere Erwerbsthätigkeit vertreten sind. Die Intelligenz findet in den mittlern Wahlkörpern ihre Vertretung. Der Stadtrath ist dazu berufen, die Gemeinde in der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten zu vertreten, in ihren Angelegenheiten Beschlüsse zu fassen, und deren Vollziehung zu veranlassen, insbesondere den städtischen Haushalt zu ordnen.

In Betreff der legislativen Wirksamkeit in Handelsangelegenheiten hat der Stadtrath die Eigenschaft eines Landtages, und seine Beschlüsse erlangen durch die Sanction des Kaisers die Kraft eines Landesgesetzes. Der Stadtrath wählt aus seiner Mitte den Präsidenten, der den Namen Podestà führt, und zwei Vicepräsidenten. Die Wahl des Podestà bedarf der Bestätigung des Kaisers. Den Berathungen des Stadtrathes kann der Statthalter oder der von ihm bestellte l. f. Commissär beiwohnen. Der Verwaltungsausschuß besorgt die laufenden Geschäfte, insoferne sie nicht speciell dem Stadtrathe vorbehalten sind. Er besteht aus 10 Männern, die von dem Stadtrathe auf ein Jahr gewählt werden. Der Podestà führt bei den Berathungen den Vorsitz.

Das Institut der Territorial-Miliz, welches aus 1000 waffenfähigen Grundbesizern des Gebietes von Triest be-

steht, ist dazu bestimmt, für die Erhaltung der Ruhe und Sicherheit zu wachen, und in Kriegszeiten zur Küstenvertheidigung und zum Garnisonsdienste verwendet zu werden. Die Miliz bildet ein Bataillon, wozu jeder der 6 Bezirke, in die das Triester-Gebiethe getheilt ist, eine Compagnie stellt.

Dalmatien, ein schmales Küstengebiethe, das in der größten Breite 10, in der Länge 75 deutsche Meilen mißt, mehrere Inseln hat, und vom türkischen Gebiete durchschnitten ist, hat einen Flächenraum von 222 Quadratmeilen und enthält in 15 Städten, 35 Märkten und 829 Dörfern eine Bevölkerung von 418,600 Seelen; die productive Bodenfläche beträgt 2,134,442 Joch (circa 213 Quadratmeilen), wovon circa $\frac{1}{3}$ Waldungen. Es wird zufolge Allerhöchster Entschließung vom 11. August 1850 in 7 Bezirke abgetheilt, welche Präfecturen, so wie deren Verwaltungs-Vorsteher Präfecten heißen, und unter dem Statthalter stehen.

Diese Präfecturen sind: Zara, Sebenico, Sign, Spalato, Macarsca, Ragusa, Cattaro. Der Sitz des Statthalters ist in Zara.

Mit Entschließung vom 12. October 1849 wurde folgende provisorische Organisirung in den italienischen Provinzen, welche auf einem Flächeninhalte von 790 Quadratmeilen eine Gesamtbevölkerung von circa 4,900,000 Seelen haben, — festgesetzt: Ein General-Civil- und Militärgouverneur besorgt die Oberleitung, und ist nur dem Ministerium verantwortlich, er hat seinen Sitz zu Verona. Ihm steht eine Militär- und eine Civil-Section zur Seite, und es sind ihm die beiden Statthalter in der Lombardie und im Venetianischen untergeordnet. Die Finanzangelegenheiten werden in jedem der beiden Länder von einer eigenen Behörde besorgt, die bloß unter dem Finanzministerium steht.

Die Lombardie zählt auf einem Flächenraume von 375.09 Quadratmeilen in 14 Städten, 119 Märkten und 1998 Dörfern eine Gesamtbevölkerung von 2,670,833 Seelen, so daß auf die Quadratmeile 7129 Seelen entfallen, was die höchste

Populationsstufe im Kaiserstaate ist. Die productive Bodenfläche beträgt: 3,079,193 Joch (circa 307 Quadratmeilen). Das Kronland Venedig mit 414 Quadratmeilen hat in 28 Städten, 233 Märkten und 552 Dörfern eine Bevölkerung von 2,257,200 Seelen. Die productive Oberfläche beträgt: 3,172,330 Joch (circa 317 Quadratmeilen).

In den ungarisch-siebenbürgischen Provinzen, welche noch bis jetzt als im Belagerungszustande befindlich erklärt sind, war nach der Besignahme von Seite Oesterreichs, die Regierungsgewalt bloß Militär-Commandanten anvertraut; in der Folge wurden ihnen Civilbeamte beigegeben.

Mit Allerhöchster Entschliessung vom 8. September 1850 wurde die definitive Organisirung der politischen Behörden Ungarns * in folgender Art festgesetzt:

Ungarn hat an der Spitze der Verwaltung einen Statthalter zu Ofen = Pesth.

Es wird in fünf, nach den Hauptorten benannte Districte getheilt, nämlich: Ofen, Pesth, Preßburg, Oedenburg, Kaschau und Großwardein. Jeder steht unter dem Districts-Obergespan, und alle unter dem Statthalter. Die Berufungen gegen die Entscheidungen des Districts-Obergespans gehen an das Ministerium. Die Districte theilen sich in Comitate.

Der Pesth-Ofener-District umfaßt die Comitate: Pesth-Pilis, Pesth-Solt, Stuhlweissenburg, Gran, Heves, Szolnok, Borsod, Eszograd und Zazygien mit Cumanien.

Zum Preßburger-District gehören die Gespanschaften: Preßburg, Ober- und Unter-Neutra, Trentschin, Arva, Thurocz, Eiptau, Hont, Cohl, Bars, Neograd und Comorn.

Der Oedenburger-District besteht aus der Wieselburger, Oedenburger, Raber, Eisenburger, Wessprimer, Szalader, Sümegher, Tolnaer und Baranyaer Gespanschaft.

Der Kaschauer-District begreift in sich die Comitate:

* II. 120.

Gömör, Zips, Szaros, Abauj, Torna, Zemplin, Ungvár, Beregh-Ugocea und Marmaros.

In dem Großwardeiner-Districte sind enthalten: die Arader, Eszader, Békéscher, die Ober- und Unter-Biharer; die Szathmarer und die Szabolcscher Gespanschaft, mit den Haidukenstädten.

Die Verwaltung der Gespanschaft leiten die Comitatsvorstände (Comites, Ispán), denen zur Besorgung der Geschäfte Secretäre, Concipisten, und Manipulationsbeamte beigegeben sind.

Der Comitatsvorstand von Jazygien und Cumanien führt den Titel eines Capitáns der Jazyger und Cumanier.

Der Comitatsvorstand ist zunächst dem Districts obergespan untergeordnet.

Die unterste Eintheilung des Landes bilden die Stuhlbezirke, deren Verwaltung die Bezirkscommissäre mit dem Titel administrende Stuhlrichter besorgen.

Zum Wirkungskreise der politischen Behörden in Ungarn gehören jene Geschäfte, welche oben als der politischen Administration überhaupt zustehend, specifisch aufgeführt wurden.

Die Durchführung der Organisation der politischen Verwaltung in Ungarn besorgt eine eigene Commission.

Die ehemaligen Nebenländer Ungarns, Croatien und Slavonien mit dem croatischen Littorale, haben als eigene Kronländer zu bestehen.

Dasselbe gilt von Siebenbürgen, mit Inbegriff des Sachsenlandes.

Die Wojwodschafft Serbien wird von Ungarn unabhängig organisiert.

Die Eintheilung Ungarns wird nach einem Artikel der Zeitung „Eloyd“ vom 27. September 1850 folgende sein:

Districte.	Comitate.	Stuhl- bezirke.	Flächenraum in Q. M.	Einwohner.
Preßburger	12	62	649	1,768.442
Pesther	9	46	602 $\frac{1}{2}$	1,653.034
Oedenburger	9	56	641 $\frac{3}{4}$	1,724.350
Kaschauer	8	56	708 $\frac{1}{4}$	1,412.785
Großwardeiner	7	45	614 $\frac{1}{2}$	1,455.874
	45	265	3216	8,014.485

Ungarn (mit Inbegriff der später getrennten Nebenländer) enthält beiläufig auf einem Flächenraume von 3962 Quadratmeilen in 60 Städten 793 Märkten und 11690 Dörfern, eine Bevölkerung von 11 Millionen Seelen. Die productive Oberfläche beträgt 33,090,873 Joch (circa 3309 Quadratmeilen).

Durch Verordnung vom 12. Juni 1850 wurde die Organisation der politischen Verwaltungsbehörden in Croatien und Slavonien * angeordnet.

An der Spitze der politischen Verwaltung der Königreiche Croatien und Slavonien steht der Ban u. s. Unter seiner Leitung besteht die Banalregierung aus einem Banalrathe erster Classe, der den Titel Viceban führt, zwei Banalrätthen zweiter Classe, und untergeordnetem Personale.

Croatien wird in die Gespanschaften von Agram, Warasdin, Kreuz und Fiume, Slavonien in die Gespanschaften von Essegg und Posega getheilt.

Die unterste Eintheilung des Landes in politisch-administrativer Beziehung bilden die Bezirke.

Die Agramer Gespanschaft ist in 6 Bezirke, die Warasdiner in 4, die Kreuzer in 2, die Fiumaner in 2, die Essegger in 4, die Posegauer in 2 eingetheilt; die Bezirke umfassen 2 bis 5 Gerichte.

Die Comitate (Gespanschaften) stehen unter der Leitung von Obergespanen, denen Comitatsräthe beigegeben sind: die Comitatsbehörden sind der Banalregierung, diese ist dem Ministerium des Innern untergeordnet.

* II. 125.

Die Verwaltung der politischen Bezirke besorgen und leiten die Wizegspäne.

Die Bezirksbehörden sind den Comitatsbehörden untergeordnet, und bilden die erste Instanz in politischen Geschäfts-Angelegenheiten.

Der Wirkungskreis der politischen Organe umfaßt alle Angelegenheiten, welche in den Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern einschlagen.

Die Durchführung der Organisation der politischen Verwaltung in beiden Königreichen, und die Einsetzung der neuen Behörden daselbst, wird einer besonderen, dem Ministerium unmittelbar unterstehenden Commission unter dem Vorsitze des Banus anvertraut.

In Bezug auf Serbien wurde durch Entschließung vom 18. November 1849 folgende Verfügung getroffen.

Aus dem, die bisherigen Comitate Back-Bodrogh, Torontal, Temes und Krasso, (die Bacska und das Banat) und den Kumaer und Illoker-Bezirk des Syrmier-Comitats umfassenden Territorium wird provisorisch, bis nicht über die künftige organische Stellung oder Vereinigung mit einem anderen Kronlande entschieden sein wird, — ein eigenes Verwaltungsgebieth unter dem Namen Wojwodschafft von Serbien und Temescher-Banat gebildet, dessen Administration unabhängig von Ungarn, durch unmittelbar dem Ministerium unterstehende Landesbehörden besorgt wird. Ein Landeschef hat den Sitz in Temeswar, ihm zur Seite steht ein Ministerialcommissär für Civilsachen. Das Land wird nach den Hauptstämmen der Bevölkerung in 3 Kreise, jeder Kreis in Bezirke eingetheilt, wornach Kreis- und Bezirks-Vorsteher, Kreis- und Bezirks-Vertretungen bestellt werden. Die syrmischen Bezirke von Kuma und Illok, und die vorzugsweise von den Serben bewohnten Theile der Bacska, so wie das Temescher- und Torontaler-Comitat haben vorläufig als ein besonderer Kreis die Wojwodschafft Serbien zu bilden. Dem kaiserl. Titel

wird der eines Groß-Wojwoden von Serbien beigelegt, der jeweilige Landeschef führt den Titel Wizevojwod.

Durch k. Patent vom 21. Dezember 1848, wurde die Aufrechthaltung der sächsischen Verfassung und innern Verwaltung in Siebenbürgen*, die unmittelbare Unterstellung der Nation unter die Krone, und die Vertretung derselben auf einem allgemeinen Oesterreicher-Reichstage bewilligt.

Später wurde ein k. Districts-Obercommissär im Sachsenlande ernannt.

Mit Entschließung vom 11. Juli 1849, wurde ein commandirender General als Militär- und Civil-Gouverneur für Siebenbürgen ernannt, und ein bevollmächtigter k. Civilcommissär ihm an die Seite gestellt.

Siebenbürgen wurde in fünf Districte, jeder in mehrere Bezirke abgetheilt, und zwar:

1. Der Herrmannstädter-District (das Land der Sachsen) hat 11 Bezirke.
2. Der Carlsburger-District „ 3 „
3. Der Klausenburger-District „ 4 „
4. Der Rottegger-District „ 3 „
5. Der Udvarhelyer-District (Székler-Land) „ 4 „

Der Fogarascher-Bezirk ist Enclave im Sachsenlande.

Jeder District steht unter einem Militär-Befehlshaber, und einem Regierungscommissär oder Landrathe mit einem Adjuncten, in den Bezirken sind Untercommissäre.

Uebrigens wird der definitiven Organisirung Siebenbürgens ehestens entgegen gesehen.

Siebenbürgen hat einen Flächenraum von 954.79 Quadratmeilen, eine Bevölkerung von 2,182,700 Seelen in 11 Städten, 64 Märkten und 2305 Dörfern.

Nach dem Religionsbekenntnisse unterscheidet man:

221,400 Katholiken.

605,300 unirte Griechen,

725,700 nichtunirte Griechen,

44,600 Unitarier,
 220,400 Protestanten Augsburg. Confession,
 358,300 Protestanten Helvetischer Confession,
 7,000 Juden.

Die productive Bodenfläche besteht aus 7,128,361 Jochen (circa 712 Quadratmeilen), worunter mehr als die Hälfte in Waldungen.

Durch Patente vom 7. Mai und 27. Juni 1850, wurde ein neues Grundgesetz für die croatisch-slawonische und banatisch-serbische Militärgrenze * erlassen.

Die Aufhebung des bis nun bestandenen Lehens-Verhältnisses, und der aus demselben hergeleiteten unentgeltlichen Aerrarial-Arbeitsleistungen, die Uebnahme der Bekleidung, dann der Verpflegung der im Dienste stehenden Grenzsoldaten von Seite des Staatschazes, Abkürzung der Dienstzeit, freiere Bewegung des Gemeindelebens — bilden die Hauptgegenstände dieses Statutes. Folgende sind die wesentlicheren Punkte:

Die Militärgrenze und das gleichnamige Provinziale bilden zusammen Ein Landesgebieth, haben jedoch ihre gesonderte Verwaltung und Vertretung. Die Grenze bleibt in ihrer bisherigen Abmarkung. Das Institut der Militärgrenze wird in seiner bisherigen militärischen Organisation aufrecht erhalten. Die militärische Eintheilung der Grenze hat, wie bisher in Divisionen, Brigaden, Regiments- und Compagnie-Bezirke fort zu bestehen. Keine Ortsgemeinde soll über die Grenze des Compagnie-Bezirktes hinausgehen. Die Hauscommunionen als Nationalsitte werden in ihrem bisherigen Bestande aufrecht erhalten. Hiernach werden alle Personen, welche bei dem Hause conscribirt, und nicht Dienstboten sind, als eine Familie betrachtet. Der älteste, hierzu fähige Mann versteht die Hausvaters-, sein oder ein anderes geeignetes Weib, die Hausmutterstelle. Was die Hauscommunion mit gemeinsamen Kräften erwirbt, ist gemeinsames Hausgut, welches zur Bestrei-

tung der Auslagen des Hauses und des Unterhaltes aller Familienglieder dient. Ueber wichtigere Angelegenheiten und Vermögens-Dispositionen wird im Familienkreise Berathung gepflogen, Die unter dem Namen Militärgrenz-Communitäten bestehenden Märkte und Städte erhalten besondere Gemeinde-Ordnung. Alle waffenfähigen Männer, welche in der Grenze ein unbewegliches Vermögen besizen, unterliegen der Wehrpflicht. Diese besteht in der Bewachung und Vertheidigung der Landesgrenze, Aufrechthaltung der inneren Sicherheit, und in der Pflicht, auch außer Landes über Aufruf des Kaisers in's Feld zu rücken. Am Gorden, bei Waffenübungen, und in jedem innern und äußern Regimentsdienste gebührt den Grenzsoldaten die Löhnung und das Brot-Kelutum, dagegen ist der Grenzer im eigenen Compagnie-Bezirk zum innern Polizei- und Disziplinar-Dienste unentgeltlich verbunden. Die Lebensverhältnisse und die Verpflichtung zur unentgeltlichen Arbeitsleistung für das Acker, so wie auch die Hutweidtage sind aufgehoben.

Die Bewohner der Militärgrenze sollen an allen, den Angehörigen der übrigen Kronländer durch die Reichsverfassung vom 4. März 1849 verliehenen Rechten in so ferne Theil nehmen, als selbe mit den Zwecken und Bedürfnissen des Militärgrenz-Institutes vereinbarlich sind. Der Militärgrenze ist freie Gemeindeverfassung zugesichert, welche ihr zum größten Theile die eigentliche politische Vertretung ersetzen muß.

Die militärische Bestimmung und Verfassung der Grenze, die am Grundbesitz haftende Waffenpflicht, die eigenthümliche Hauscommunion der Grenzerfamilien, sind unverändert beibehalten. Der Grundbesitz der Grenzhäuser ist jedoch als deren vollständiges Eigenthum, und das Lebens-Nutzeigenthums-Verhältniß als aufgehoben erklärt. Den Grenzern sind die bisher zu öffentlichen Zwecken (Straßenbau u. s. w.) abgelegenen unentgeltlichen Arbeiten nachgelassen. Nur zu Gemeinde-Arbeiten ist von jedem Joch Acker oder Wiese ein Tag Hand- und ein halber Tag Zugrobot zu leisten. Die bisher aus Eigenem bestrittenen Kosten der Bekleidung, Bewaffnung, Rüstung und Munition werden auf

das Aerar übertragen, so wie durch die Vergütungen an Löhnungen und Brot-Reluition, am Cordonsdienst, bei Waffenübungen, dann innerem und äußerem Regimentsdienste, wichtige Erleichterungen gewährt sind. Die bestandenen Beschränkungen der Grenzbewohner in Erlernung des Handels, der Gewerbe und Künste, dann in der Pflege der Wissenschaften, sind außer Wirksamkeit gesetzt. Das Gewerbewesen ist nach allgemeinen Normen zu behandeln, in so ferne nicht die Zwecke des Militärgrenz-Institutes Abweichungen nothwendig machen.

Der Hausirhandel in der Grenze bleibt verboten,

Die Militärgrenze umfaßt eine Bevölkerung von 1,226,408 Seelen, worunter die Mehrzahl männlichen Geschlechtes.

Dem Religionsbekenntnisse nach gehören:

514,545 zum katholischen,

62,743 „ griechisch-unirten,

598,603 „ griechisch-nichtunirten,

14,586 „ augsburgischen,

31,053 „ helvetischen,

4,341 „ unitarischen Glaubensbekenntnisse.

Nebstdem sind 537 Juden.

Diese Volksmenge lebt in 12 Städten, 23 Märkten und 2041 Dörfern, auf einem Flächenraume von 683 Quadratmeilen. Die productive Bodenfläche beträgt 5,337,215 Joch (circa 533 Quadratmeilen), worunter $\frac{2}{3}$ Waldungen.

Der Straßenbau ist ausgedehnt, er erstreckt sich in der Länge auf 302 $\frac{3}{4}$ Meilen.

Eisenbahnen sind noch nicht dahin gelangt.

Die directen Steuern betrugen im Jahre 1848: 796,942 Gulden Conv. Münze. Die Gefälle u. a. Erträgnisse 700,634 Gulden Conv. Münze.

Ein nothwendiges Organ für die politische Administration, der schützende Arm, die executive Macht, ist die Polizei. *

In der Zeitperiode seit der ersten französischen Revolution

wurde ihre Stellung verkannt, und ihre Gewalt über die höchsten Behörden im Staate gestellt, um dem Throne eine unsichtbare Stütze zu geben.

Es wurde eine Polizei-Hofstelle errichtet, welche Directionen in den Provinzen und untergeordnete Polizeiamter in den Städten hatte, und durch geheime Agenten in allen Theilen der Monarchie eine unbeschränkte Macht ausübte.

Ich kann hier nur meine früher geäußerte Meinung wiederholen, daß kein Vorwurf in Bezug auf Rechtlichkeit und Humanität dem abgetretenen Polizeichef, sondern solcher nur dem Systeme gemacht werden könne.

Die Polizei-Hofstelle ist nunmehr durch U. Entschließung vom 29. März 1848 aufgehoben, ihr Wirkungskreis ist an das Ministerium des Innern und an die politischen Behörden übergegangen, die sich wohl mehr der Theilnahme des Publikums bei ihren Amtshandlungen erfreuen können, welche dahin abzielen, den Gesetzen Achtung zu verschaffen, die öffentlichen Anstalten zu schützen, und die allgemeine Sicherheit zu wahren.

In Wien, wo sich vorzüglich die Polizei-Geschäfte häufen, wurde mit Verordnung vom 6. August 1850 die Stadthauptmannschaft als Ober-Polizeibehörde organisirt, nachdem die Polizei-Direction aufgehoben worden war. An die Stelle der Polizeiwache trat die Sicherheitswache (später Municipalgarde) ein. Auch auf dem flachen Lande und in den Provinzen sind nach Auflösung der bewaffneten Polizeicorps nunmehr Gemeindevachen, und regulirte Stadtwachen als Localpolizei in Wirksamkeit getreten. In Wien, Prag und Mailand bestehen Militär-Polizei-Wachcorps.

Mit Allerh. Entschließung vom 8. Juni 1849 ist ferner die Aufstellung der Gensd'armie, eines militärisch organisirten, bewaffneten, zum Theile berittenen Corps zur Erhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit für den ganzen Umfang des österreichischen Kaiserstaates angeordnet, und mit Allerh. Entschließung vom 18. Jänner 1850 das Grundgesetz hierüber publizirt worden.

Die Gensd'armerie (Landessicherheitswache) bildet einen Bestandtheil der k. k. Armee, aus der sie größtentheils gezogen wird, und steht unter Militärgerichtsbarkeit, sie hat die Bestimmung, die Nachforschung von Verbrechen, das Auffinden der Uebelthäter, und die materielle Hülfeleistung bei Vollstreckung der gerichtlichen Entscheidungen zu besorgen, wornach sie eine unter sich zusammenhängende Ordnung, eine von einem Mittelpunkte ausgehende Leitung, und eine gleichmäßig kräftige Wirksamkeit zu erhalten hat. Sie besteht aus 16 Regimentern, jedes beiläufig 1000 Mann stark, und ist in alle Kronländer vertheilt. Sie untersteht dem Minister des Innern und des Krieges, und ist der in der Lombardei und in Welschtirol schon mit Decret vom 1. November 1817 nach dem französischen Muster aufgestellten Gensd'armerie nachgebildet. Die Oberleitung führt ein Inspector, der in Wien seinen Sitz hat. An der Spitze jedes Regimentes steht ein Oberst oder Oberstlieutenant.

Unter ihm stufenweise: zwei Stabsoffiziere, erster und zweiter Rittmeister, Ober- und Unterlieutenants, Wachtmeister, Corporäle, dann Gensd'armen zu Pferd und zu Fuß. Bei der Aufnahme ist sehr sorgfältige Auswahl zu treffen. Der Eintretende muß eine halbjährige Probe bestehen. Die Besetzung der Offiziersstellen geschieht vom Kriegsminister, über Vorschlag des ihm unterstehenden Inspectors. Die speciellen Obliegenheiten der Gensd'armerie sind: sowohl gegen Civil- als Militärpersonen, theils nach den Instructionen, theils nach Aufforderung der Civil- und Militärbehörden einzuschreiten, selbe zur Haft zu bringen, polizeiliche Aufsicht zu führen, bei Unglücksfällen, Gefahren und wichtigen Ereignissen Hülfe zu leisten, auf Straßen, Eisenbahnen und öffentlichen Anstalten ihre Aufmerksamkeit zu richten, bei Tag und Nacht zu patrouilliren, Gesetzes-Übertretungen anzuzeigen. Im Nothfalle sollen sie auch von den Waffen Gebrauch machen.

Am 5. September 1850 wurde die Gensd'armerie in Siebenbürgen aufgestellt.

Die Gebühren sind für den Gensd'arme mit 25 Kreuzern täglich bemessen, nebstdem besteht ein Massesond, der durch die erste Einlage, dann durch monatlich vom Aerar angewiesene Pauschalgelder und einige besondere Zuflüsse gebildet wird, und Privateigenthum jedes einzelnen Mannes bleibt.

Strafen werden nach den Militärvorschriften verhängt. Zu den Belohnungen gehören auch Taglien für Lebensrettung, und für Einbringung von Deserteurs und Individuen vom Civilstande, bei welchen letzteren die Belohnung nach dem Verhältnisse der größeren Strafausmaß gesteigert ist.

Der Voranschlag für 13 Regimenter im Juni 1849 belief sich auf 4,800,000 fl. C. M.

Unterm 12. October 1849 wurde eine provisorische Dienstvorschrift für die Gensd'armerie in Ungarn, welche aus 3 Regimentern besteht, erlassen.

Für 16 Regimenter, aus welchen der Stand bestehen soll, wird der Aufwand, da die Kosten eines Regimentes zu 398,000 fl. berechnet sind, — im Ganzen 6,368,000 fl. C. M. betragen.

Nebst dieser Landes-Sicherheitswache haben noch Gemeindevachen fortzubestehen, welche in größeren Städten besonders regulirt werden müssen; jedoch ist ihr Geschäft vorzüglich nur auf den Dienst der Localpolizei gerichtet.

Die dem Ministerium des Innern zugewiesene politische Administration greift zugleich in alle Zweige der Staatsregierung ein. Zunächst ist ihre Aufgabe, in Bezug auf Entscheidung bei Privatstreitigkeiten, und in Straffällen, ganz identisch mit jener der Justizverwaltung. Ackerbau, Handel und Gewerbe sind vorzüglich ihrem Schutze durch zweckmäßige Leitung derselben zugewiesen. Erziehung, Unterricht, Kirche, finden ihren Schutz in dem wohlgeordneten Bau der politischen Staatsbehörden, und einer entsprechenden Gemeindeverfassung. Das Militär bedarf der Mitwirkung der politischen Behörden bei der Rekrutenstellung, bei Militärleistungen, die Finanzen bei Vertheilung und Einhebung von Steuern und indirecten

Auflagen; selbst das Ministerium des Auswärtigen, welches die verschiedensten Interessen der Monarchie gegenüber dem Auslande zu vertreten berufen ist, muß die Einsicht und Kenntnisse der oberen politischen Behörden oft bei den wichtigsten diplomatischen Verhandlungen in Anspruch nehmen.

Die Kundmachung der allgemeinen Gesetze und Verordnungen ist hiernach den politischen Behörden, welche am meisten und unmittelbar im Verkehre mit dem Publikum stehen, übertragen.

Zu diesem Ende wurde durch Allerhöchste Entschließung vom 4. März 1849 die Ausgabe eines allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes in allen landesüblichen Sprachen anbefohlen.

Das Reichsgesetzblatt wird den Behörden in allen Kronländern, — das Landesgesetz- und Regierungsblatt nur den im Lande, wofür es speciell besteht, befindlichen Behörden unentgeltlich zugesendet.

Das ersiere Blatt haben alle Gemeinden, und zwar in der bezüglichen Landessprache, das letztere nur die Gemeinden des betreffenden Landes anzuschaffen.

Nach den verschiedenen Sprachen erscheint jede gesetzliche Verordnung in 10 Ausgaben, und zwar:

- 1) in deutscher Sprache,
- 2) „ italienischer „
- 3) „ magyarischer „
- 4) „ böhmischer (zugleich mährischer und slovakischer Schriftsprache),
- 5) „ polnischer Sprache,
- 6) „ ruthenischer „
- 7) „ slovenischer „ (zugleich windischer und krainerischer Schriftsprache),
- 8) „ serbisch-illyrischer (mit serbischer Civilschrift),
- 9) „ serbisch-illyrischer (zugleich croatischer) Schrift mit lateinischen Lettern,
- 10) „ romanischer (moldauisch-wallachischer) Sprache.

Durch Allerhöchste Entschliessung über den Vortrag des Justizministers vom 26. November 1849, ist bewilligt worden, daß Gesetze, wo der Anfangspunct der Wirksamkeit weiter hinausgerückt ist, oder die zunächst nur für einzelne Theile des Reiches Gültigkeit haben, — vorerst in jenen Landessprachen kund zu machen seien, in welchen je nach den Umständen die Promulgation zunächst erforderlich ist.

Vom Jahre 1850 angefangen ist auch für Ungarn die Herausgabe eines eigenen Landesgesetz- und Regierungsblattes in den landesüblichen Sprachen angeordnet.

Wer den ungeheuren Geschäftsumfang der politischen Administration betrachtet, wird nicht an der großen Zahl von Behörden und Beamten Anstoß nehmen.

Oft werden die Staats-Beamten als eine unproductive Klasse, der man eigennützige und absolutistische Tendenzen zumuthet, angesehen.

Alein in gehörigem Lichte betrachtet, und von Ausnahmen absehend, ist der Beamtenstand Achtung verdienend, und folgt einem erhabenen Berufe. Er ist die Seele der Verwaltung, er schützt und befördert die materiellen und die geistigen Interessen der Nation, während der Grund- und Hausbesitzer, der Gewerbs- und Handelsmann, der Rentenbesitzer, und die vielerlei in Privatdiensten stehenden Classen, als solche, bloß ihr Particular-Interesse in's Auge zu fassen haben. Der Beamte, nach der Mehrzahl aus der Mittelclasse hervorgehend, bei welcher, trotz geringen Vermögensstandes, viele Bildung wahrzunehmen ist, muß von frühester Jugend bis zum Erlöschen seiner Kräfte sich diesem Berufe widmen, auf unabhängiges Leben und dessen Freuden Verzicht leisten, mit geringer Aussicht, seiner Familie ein glänzenderes Los zu bereiten. *

Wie viele Beispiele von Selbstverläugnung und von patriotischem Gefühle haben sich bei diesem Stande selbst in dem kritischsten Zeitpunkte gezeigt. Möge daher ein schützender Ge-

nius über diese Klasse der Staatsbürger wachen, und möge der Regierungsgewalt durch eine weise Verfassung eine solche Richtung gegeben werden, daß die Träger derselben bloß auf das allgemeine Wohl des Staates hinzuwirken in der Lage sind.

Die Auslagen für das Ministerium des Innern waren im M. J. 1849 * folgende:

	fl. C. M.
Centralleitung	431.645
Reichstag in Wien und Kremsier . . .	457.042
„ in Frankfurt	131.841
	<hr/> 588.883
Verwaltung in den Kronländern	7,024.846
Oeffentliche Sicherheit	1,669.539
Provincial-Stände	100.300
Für dalmatinische Gemeinden	138.800
Wohlthätigkeits-Anstalten	1,375.719
Impfungs- „	63.102
Criminal- „	2,414.039
Unterstützung bei Ueberschwemmung in Wien . . .	500.000
	<hr/> 14,306,873

Im ersten Semester des M. J. 1850:

Centralleitung	270.476
Reichstag	5.370
Politische Verwaltung	4,385.444
Oeffentliche Sicherheit (inclusive Gensd'armes) . .	1,547.148
Ständische Auslagen	43.962
Für dalmatinische Gemeinden	52.000
Wohlthätigkeits-Anstalten	887.150
Impfungs- „	20.646
Criminal- „	789.821
Unterstützung für Wien aus Anlaß der October-	
Ereignisse 1848	692.200
Grundentlastungs-Commissionen	115.990
	<hr/> 8,810.207

* II, 105—108. Auslagen im Jahre 1843.

Justiz-Ministerium. *

Justitia regnorum fundamentum war der Wahlspruch Kaiser Franz I.

Die Gerechtigkeit soll die Regierungsgewalt leiten und ihr Stütze gewähren.

Nach diesem Prinzip ist dem Justizministerium eine hohe Stellung in der Administration angewiesen, es hat auf alle Zweige der öffentlichen Verwaltung einzuwirken, selbst auf die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten, auf die Verwendung der Militärmacht, auf die Benützung der Finanzmittel.

In der Praxis sind den Gerichtsbehörden und dem an der Spitze stehenden Ministerium engere Gränzen angewiesen. Der wichtigste Geschäftszweig des letzteren ist die Justiz-Gesetzgebung und die Organisirung der Gerichtsbehörden.

Welche Kraft und Dauer eine gründliche Gesetzgebung bewähre, zeigt der Codex Justinianus, der noch nach einem Jahrtausende zur Basis der Justiz-Gesetzgebung der gebildetsten Nationen diene.

Bei den laufenden Geschäfts-Verhandlungen im Civilrechts- und Strafverfahren, hat das Ministerium wenig einzuschreiten. Es muß den Buchstaben des Gesetzes walten lassen, und sich mehr nur auf Disciplinaraufsicht beschränken.

Indessen ist dieser Verwaltungszweig in alle Verhältnisse des bürgerlichen Lebens eingreifend. Er bedarf einer festen und gründlichen Ordnung, und Reformen hierin sind mit vielen Schwierigkeiten verbunden.

In nächster Berührung mit der Justiz- steht die politische Verwaltung. In Oesterreich war die Leitung beider Zweige der Verwaltung, bis zum Jahre 1762, vereinigt. **

* II. 141.

** II. 99.

Es könnte die Frage aufgeworfen werden, ob die Trennung überhaupt geboten sei? Arbiträres Verfahren soll auch bei politischen Verhandlungen nicht Platz greifen. Die Formen sollen auch bei Rechtsstreiten nicht mehr als die Wesenheit in der Entscheidung den Ausschlag geben. Auch bei diesen soll der Richter in der freien Erhebung und gewissenhaften Beurtheilung nicht zu sehr gehemmt sein.

Die Unterscheidung zwischen wichtigen und minder wichtigen Angelegenheiten bei der Regelung des Verfahrens, dürfte Bedenken gegen sich haben.

So lange Patrimonialgerichte bestanden, waren alle Streitigkeiten zwischen Herrschaften und Unterthanen auf den politischen Weg gewiesen, und diese waren häufig, sie waren von großer Wichtigkeit: für die Herrschaften, deren Gutsertrag größtentheils davon abhing, für die Unterthanen, bei denen es sich oft um Haus und Hof handelte, für das Allgemeine, da manchmal ganze Gemeinden in den Streit verwickelt waren, und selbst Militär zur Execution der Machtsprüche beigezogen werden mußte.

Bei der Entscheidung kamen wohl auch manchmal sehr verwickelte Fälle vor, wo die Gesetze keinen hinreichenden Anhaltspunkt darboten, und in ältere Urkunden und weitläufige Forschungen eingegangen werden mußte.

Der Herrschaft, welche Richter in eigener Sache war, lag es ob, vor Allem einen gütlichen Vergleich zu versuchen, was auch in ihrem eigenen Interesse lag. Das Kreisamt hatte vorzüglich die Pflicht, die Unterthanen gegen Bedrückung zu schützen.

Die Rekurse standen im politischen Wege den Parteien bis zur Hofstelle, als vierter Instanz offen.

Auch bei Rechtsstreitigkeiten zwischen Unterthanen unter sich mußte die Herrschaft als erste Instanz vor Allem einen Vergleich zu bewirken suchen.

Nachdem nun die Patrimonial-Gerichtsbarkeit aufgehoben ist, fällt wohl den l. f. Behörden in erster Instanz eine größere

Geschäftslast, so wie in politischen auch in Rechts-Verhandlungen zu, und es wäre nur zu wünschen, daß mehr auf gütliche Ausgleichungen hingewirkt würde; anderseits wird aber durch die Aufhebung von Unterthanslasten, wenigstens in der Folge, eine Unzahl von Geschäften für die politischen und Justizbehörden wegfallen.

Um die Organisirung der Gerichtsbehörden der neuen Staatsverfassung entsprechend zu Stande zu bringen, wurden zu Folge Ministerial-Verordnung vom 16. Juni 1849 für jeden Oberlandesgerichtsprengel, und ausnahmsweise für Wien, eigene Landesgerichts-Einführungskommissionen bestellt, welche im Einvernehmen mit den politischen Behörden, die nöthigen Erhebungen wegen Aufstellung und Vertheilung der neu zu schaffenden Gerichte, wegen Ausmittlung der Orte ihres Sitzes vorzunehmen, Besetzungs-Vorschläge für die neuen Dienstposten zu erstatten, die Vorbereitungen für die Amtsübergabe und die Einführung der neuen Gerichtsbehörden zu treffen, diese zu bewerkstelligen, und die sonst erforderlichen Verfügungen in Antrag zu bringen hatten.

Es wurde diesen Commissionen hierüber eine ausführliche Instruction ertheilt.

Auch wurden Commissäre in das Ausland gesendet, um das Verfahren bei Schwurgerichten zu beobachten.

Gleichzeitig wurden von dem Justizminister mit dem Vortrage vom 8. Juni 1849 die Grundzüge angedeutet, nach welchen er die Reform des Justizwesens im Allgemeinen beabsichtigte, worüber die kais. Genehmigung erfolgte.

Er macht auf die Wichtigkeit der Aufgabe aufmerksam, durch einfache und klare Gesetze den Ausdruck des Rechtes in Materie und Form zu bestimmen, und durch zweckmäßige, an die Stelle der Selbsthülfe tretende Rechtsmittel das Wohl der bürgerlichen Gesellschaft zu befördern, er preiset das unter Kaiser Josef II. kundgemachte bürgerliche Gesetzbuch und das erlassene Strafgesetz, als Gegenstände wahrer Verehrung, (be-

ren ich auch in meinem früheren Werke * erwähnt habe), und deutet den systematischen Weg an, welchen er bei den durch die neue Staatsverfassung bedingten Reformen der Rechtspflege einzuschlagen gedenkt.

Vor Allem ist ein neues Strafgesetzbuch nach der Gliederung der strafbaren Handlungen in Uebertretungen, Vergehen und Verbrechen auszuarbeiten; der wichtigste Theil desselben wird jener über das Verfahren in Strassachen sein, als Ergänzung muß ein Gesetz über die Gefängnisse und deren Disciplin zu Stande gebracht werden.

In Bezug auf die Civilgesetzgebung werden nur einige Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches einer Revision zu unterziehen, und die Abänderungen in einem Gesetze zusammen zu stellen sein.

Umfassender ist die Ausarbeitung eines neuen Civilverfahrens. Es muß hiernach eine neue Gerichtsordnung den Gang der gerichtlichen Verhandlung vom ersten Entstehen bis zur beendeten Execution mit Beachtung des Grundsatzes der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit regeln.

Die Gerichtsordnung ergänzend, müssen die Concurs-Ordnung, das Gesetz über die Advokaten, die Notariats-Ordnung und das Grundbuchsgesetz bearbeitet, und alle diese Gesetze in Einklang gebracht werden.

Ein neues Handelsgesetzbuch, mit Rücksichtnahme auf die einzuführende Gewerbsordnung, auf die Handelskammern, Gewerbs- und Fabriksgerichte, so wie ein neues Seerecht sind nöthig geworden, und sollen, nebst dem Wechselrechte, den Gegenstand der Verständigung mit den deutschen Bundesstaaten bilden.

An diese Hauptwerke haben sich die Revision der Militärgesetze, der Berg- und Gefällsgesetze, der Entwurf einer Dienstpragmatik, eines Gesetzes über Staatsprüfungen u. s. w. anzuschließen.

* II. 144, 147.

Inzwischen müssen provisorische gesetzliche Anordnungen getroffen werden, um die Umgestaltung der Rechtspflege vorzubereiten, und in's Leben zu führen.

Folgende Zwecke wurden hierbei vorzüglich zum Augenmerk genommen: *Entwurf des neuen Gerichts- und Justizsystems*

„Möglichster Schutz der Freiheit der Person und des Eigenthumes jedes Staatsbürgers, mit der Gleichberechtigung Aller vor dem Gesetze, Ausübung des Richteramtes durch unabhängige vom Staate ausgehende Organe, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, Betheiligung des Volkes an der Ausübung des Strafrechtes, — und Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung.“

Die Gerichtsbarkeit theilt sich in die Civil- und in die Straf-Jurisdiction.

Zur ersteren gehören Rechtsstreite und Gegenstände des sogenannten adeligen Richteramtes, als: Erbschaftsachen, Pupillarangelegenheiten, Curatelen u. s. w.

Zur letzteren: Die Untersuchung und Aburtheilung von strafbaren Handlungen nach verschiedenen Abstufungen des für die bürgerliche Gesellschaft hieraus erwachsenden Nachtheiles.

Hiernach unterscheiden sich auch die Gerichte in Civil- und in Strafgerichte. Zur Richtschnur ihrer Amtshandlung dienen die Gesetze über die Zuständigkeit und den Wirkungsbereich, (Jurisdictionsnorm), die Vorschriften über das Civil- und Strafverfahren, dann in Bezug auf die Urtheilsschöpfung das allgemeine bürgerliche und das Strafgesetz.

Bei den Rechtsstreiten interveniren die Advokaten als von den Parteien bezahlte Vertreter derselben, — bei dem Strafverfahren die Anwälte als vom Staate bezahlte Vertreter der Rechtsprincipien.

Die Vertreter der Particular-Interessen des Staates und der öffentlichen Anstalten, gegenüber der Privaten, sind die Kammerprocuraturen (Fiscalämter) in den einzelnen

Provinzen, und die Hofkammerprocuratur in Wien für den Staatskörper im Ganzen.

Notare sind bestimmt, durch ihr Einschreiten bei Eingehung von Rechtsgeschäften, bei Ausfertigung, Bescheinigung und Aufbewahrung der Urkunden, als öffentlich beglaubigte Vertrauensmänner Beistand zu leisten.

Die privilegirten Gerichte sind aufgehoben, nur bleibt noch für Angelegenheiten der Glieder des kaiserlichen Hauses, und in Bezug auf die Jurisdictionsverhältnisse jener Personen, welchen die Exterritorialität zukömmt, wozu insbesondere das auswärtige Gesandtschaftspersonale gehört, das Obersthofmarschallamt in Wirksamkeit. Auch bestehen Militärgerichte für zum Militärkörper gehörige Individuen, ferner Berggerichte, Gefällsgerichte und geistliche Gerichte, letztere in Ehesachen.

Die neue Organisation der Justizbehörden ist durch Allerhöchste Entschließung vom 14. Juni 1849 festgesetzt, der Wirkungsbereich und die Zuständigkeit der Gerichte in bürgerlichen Rechtsachen (Jurisdictionsnorm) sind durch Patent vom 18. Juni 1850 geregelt worden.

Die Civilgerichtsbarkeit wird nach folgender Stufenleiter aufwärts ausgeübt:

1. Von Bezirksgerichten als Einzelngerichten;
2. Landesgerichten;
3. Oberlandesgerichten.

In Streitfällen sind drei Instanzen, in nicht streitigen zwei zur Berufung.

In Civil-Rechtsfällen, wo das Landesgericht, oder das ihm gleichstehende Causalgerecht in erster Instanz zu entscheiden hat, geht der weitere Zug an das Oberlandesgericht, und von diesem an die oberste Justiz als dritte Instanz.

Die Strafgerichtsbarkeit wird von den Bezirksgerichten, den Bezirks-Collegialgerichten, den Schwurgerichten, mittelst der Landesgerichte in erster Instanz, sohin im weiteren

Zuge von den Oberlandesgerichten, und von dem obersten Gerichts- und Cassationshofe geübt.

Die strafbaren Handlungen werden, nach dem Grade der Strafwürdigkeit, in Uebertretungen, Vergehen und Verbrechen eingetheilt.

Die Bezirksgerichte werden nach Verschiedenheit des Umfanges und der Bevölkerung des Bezirkes in 3 Classen eingetheilt. Der Bezirksrichter übt das Richteramt als Einzelrichter aus; ihm sind Stellvertreter und Hülfbeamte beigegeben.

Die Bezirksgerichte vertreten die Stelle der bisherigen Patrimonialgerichte auf dem Lande, und der Magistrate in den Städten. Ihre Gerichtsbarkeit erstreckt sich über einen Bezirk im Durchschnitte mit 15000 Einwohnern. Die Führung der Grundbücher, die Waisen- und Depositen-Angelegenheiten werden ihnen übertragen.

Im Strafverfahren haben die Bezirksgerichte:

1. In allen, nicht der Gemeindepolizei zugewiesenen Uebertretungen in erster Instanz zu entscheiden.
2. In Beziehung auf das Strafverfahren wider Verbrechen und Vergehen, liegt ihnen jene Mitwirkung ob, welche ihnen durch die Strafprozeßordnung zugewiesen wird.

In jedem Kronlande werden bestimmte Bezirksgerichte durch Zuweisung von geprüften Richtern, als Assessoren, zu Bezirks-Collegialgerichten gebildet, deren Wirkungsbereich sich nebst dem eigenen, auch auf mehrere andere Bezirke erstreckt, und welchen das Verfahren und die Entscheidung über Anklagen wegen Vergehen und einigen Arten der Verbrechen in erster Instanz zusteht.

Besonders bezeichnete Verbrechen, und Preßvergehen, sind den Schwurgerichten zur Entscheidung zugewiesen.

Die Landesgerichte haben einen Sprengel, der sich über mehrere Bezirksgerichte erstreckt, einen Präsidenten, besondere Senatspräsidenten, zwei Richter als erste, vier Richter als zweite Instanz. Sie sind in bürgerlichen Rechts-

angelegenheiten erste Instanz, in allen nicht ausdrücklich den Bezirksgerichten vorbehaltenen Gegenständen, zweite Instanz, bei Rekursen über Entscheidungen der Bezirksgerichte; ferner in Strafsachen erste Instanz in einem engeren Sprengel, wo sie die Gerichtsbarkeit über Vergehen gleich den Bezirks-Collegial-Gerichten, durch einen aus ihrer Mitte gebildeten Senat für einen bestimmten Bezirk ausüben, auch werden vorzüglich aus ihrer Mitte die Richter zu den Geschwornen-Gerichten bestellt. Zweite Instanz bei Erkenntnissen der Bezirksgerichte in Uebertretungsfällen, bei Erkenntnissen über Vergehen und über die nicht den Schwurgerichten zugewiesenen Verbrechen; es mögen diese Erkenntnisse von den Bezirks-Collegialgerichten oder von dem erwähnten Senate des Landesgerichtes erlossen sein.

Neben den Landesgerichten sind Causalgerichte, die für besondere Angelegenheiten aufgestellt sind, als: Handels-, Wechsel- und Seegerichte, Gefällsgerichte, Berggerichte.

Die Berggerichtsbarkeit ist zufolge Allerhöchster Entschließung vom 31. August 1849 von der Verwaltung des Berg- und Hüttenwesens getrennt, und es sind bei den hierzu geeigneten Landesgerichten eigene Senate für diese Geschäfte bestellt worden, welchen auch Bergbuchführer beigegeben wurden.

Diese montanistischen Senate sollen bestehen:

Für Oesterreich unter der Enns zu St. Pölten,

„ „ „ „ ob der Enns zu Steier,

„ Steiermark zu Leoben, Graz und Cilly,

„ Kärnthén zu Klagenfurt,

„ Krain und Triester Gebiet zu Laibach,

„ Tirol und Vorarlberg zu Innsbruck und Trient,

„ Böhmen zu Brüx, Pilsen und Rutenberg,

„ Mähren und Schlesien zu Odmüg.

Insbefonders sind durch Allerhöchste Entschließung vom 7. März 1850 die dießfalls für Böhmen, Mähren und Schlesien bestandenen Berggerichtssubstitutionen aufgehoben worden.

Die Oberlandesgerichte haben einen Sprengel, der

mehrere Landesgerichtsbezirke umfaßt, einen Präsidenten, mehrere Senatspräsidenten, und die erforderliche Zahl von Räthen. Sie vertreten die Stelle der früheren Appellationsgerichte, sind in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten, und zwar in Streitsachen: dritte Instanz; in solchen Fällen, wo von den Bezirksgerichten in erster, von den Landesgerichten in zweiter Instanz entschieden worden ist; zweite Instanz über die an die Landesgerichte und Causalgerichte in erster Instanz gewiesenen Angelegenheiten; außer Streitsachen: zweite und letzte Instanz: über die an die Landes- und Causalgerichte in erster Instanz gewiesenen Angelegenheiten. In Strafsachen haben sie als Anklagekammern über die vor die Geschwornengerichte gehörigen Straffälle zu fungiren, und durch Abgeordnete die Assisen-Verhandlungen zu leiten, so wie auch über die Anträge, wegen Verweisung von Strafsachen an das Geschwornengericht und wegen Wiederaufnahme der Untersuchung zu entscheiden.

In Folge Allerhöchster Entschließung vom 19. Juli 1849 ist die Uebernahme und Aufbewahrung der früher unter Haftung der Herrschafts-Gerichte in den deutsch-slavischen Provinzen gestandenen Waisen- und Depositen-Gelder an die k. k. Steuerämter angeordnet worden.

Um nun die gehörige Ordnung dießfalls herzustellen, wurde durch Ministerial-Berordnung vom 16. November 1850 eine Instruction in Bezug auf die Uebernahme, Aufbewahrung und Verrechnung dieses Vermögens hinausgegeben.

Nachdem die Mehrzahl der Gerichte in den Kronländern, in welchen das allgemeine bürgerliche und das Strafgesetzbuch in Wirksamkeit stehen, nach den durch Allerhöchste Entschließung vom 14. Juni 1849 genehmigten Grundzügen ins Leben getreten war, wurde zur Herstellung der möglichsten Einheit der Gesetzgebung und Rechtspflege in allen Kronländern mit Patent vom 7. August 1850 ein oberster Gerichts- und Cassationshof in Wien errichtet; er soll seine Wirksamkeit auf alle Theile der Monarchie erstrecken, um Einheit in

der Gesetzgebung und Rechtspflege in den verschiedenen Kronländern zu erzielen. Er besteht aus einem ersten und zweiten Präsidenten und 48 Rätthen, nebst untergeordnetem Personale; er fungirt als dritte und letzte Instanz in allen Civilsachen in und außer Streitsachen, wo die Oberlandesgerichte in zweiter Instanz entschieden haben. In Strassachen entscheidet er als Cassationshof über die Nichtigkeitsbeschwerden gegen die von den Geschwornengerichten oder von den Strafgerichten über Vergehen gefällten Erkenntnisse, welche auf Grund der Strafprozeßordnung vom 17. Jänner 1850 erhoben werden; jedoch nicht in der Hauptsache, sondern er weist nur, im Falle die Beschwerde gegründet befunden wird, — die Sache an dasselbe, oder an ein anderes Gericht zur Verhandlung und Entscheidung.

Nach der Reichsverfassung vom 4. März 1849 soll dieser Gerichtshof einschreiten:

1. als Schiedsgericht bei Streitfragen zwischen dem Reiche und den Kronländern, oder den letzteren unter sich,
2. als oberste Instanz bei Verlegung der politischen Rechte,
3. als untersuchende und oberste richtende Behörde bei Anklagen gegen Minister und Statthalter und in Hochverrathsfällen.

Der oberste Gerichtshof tritt hiernach an die Stelle der obersten Justizstelle in Wien, und des Senates in Verona, der Septemvirkaltafel, und zum Theile der Ungarischen und Siebenbürgischen Hofkanzleien.

Bei den aus andern Kronländern an den obersten Gerichtshof gelangenden Strassachen muß derselbe noch ganz auf Grund der in diesen Ländern geltenden gesetzlichen Bestimmungen vorgehen, und ebenso in Civilrechtsachen nur nach den bisher in den verschiedenen Kronländern bestehenden Gesetzen verfahren.

Hiernach sind auch umständliche Weisungen mit Rücksichtnahme auf die Abtheilungen der Kronländer, in welchen verschiedenartige Gesetze in Kraft bestehen, in dem Patente enthalten.

Uebrigens ist der oberste Gerichtshof auch über Competenz-Conflicte, Delegationen und Refusationen, so wie über Syndikatsbeschwerden in höchster Instanz zu entscheiden berufen. Von besonderer Wichtigkeit ist seine Entscheidung als höchstes Disciplinargericht für den Richterstand aller Kronländer des Reiches.

Bei Bildung der Senate, welche dem Präsidenten überlassen ist, mußte vorläufig, bis die Gleichförmigkeit in der Gesetzgebung erzielt, und das Verfahren in allen Kronländern nach der Strafprozeßordnung vom 17. Jänner 1850 geregelt ist, auf die Kenntniß der Rätke von den speciellen Gesetzen, die bei der Entscheidung der vorliegenden Fälle in Frage kommen, so wie auch auf Kenntniß der Sprache, in welcher die Verhandlung Statt fand, Rücksicht genommen werden.

Dieß gilt insbesondere bei Rechtsangelegenheiten, die aus Ungarn, Croatien, Slavonien, der serbischen Wojwodschast und dem Temescher Banate an den obersten Gerichtshof gelangen, so wie auch bei jenen aus Siebenbürgen, die entweder nach dem sächsischen Statutenrechte, oder nach den übrigen siebenbürgischen Landesgesetzen zu entscheiden sind.

Bei allen Senaten hat der Präsident oder dessen Stellvertreter den Vorsitz.

Eine volle Rathsverammlung findet nur in besonderen Fällen über Berufung des Präsidenten Statt.

Wichtigere Gegenstände, welche Dienstbesetzungen, Gesetzgebung, Organisation u. s. w. betreffen, werden in einer Plenarversammlung verhandelt, welche wenigstens aus 15 Mitgliedern zu bestehen hat.

Einem Senate von 10 Rätken sind als besondere Berathungsgegenstände vorbehalten: legislative Gegenstände, die sich auf einzelne Kronländer beziehen, Criminalprozesse, wobei es sich um Erkenntniß auf Todesstrafe handelt, Revisionen gegen gleichlautende Civilurtheile, Ehe-Ungültigkeits-Erklärungen, Todes-Erklärungen.

Die gewöhnlichen Berathungen, welche bei dem obersten

Gerichtshof über die an denselben gelangenden Civilrechts- und Straffälle vorkommen, werden in einem Senate, welchem 6 Rätthe zugetheilt sind, verhandelt.

Für Verhandlungen über Nullitätsbeschwerden in Strafsachen sind 14 Rätthe und 6 Ergänzungsrichter, nebst dem Vorsitzenden auf 3 Jahre zu bestimmen, aus welchen für jedes Jahr die Senate von 6 Richtern nebst dem Vorsitzenden zu bilden sind. Insoferne nach der Strafprozeßordnung vom 17. Jänner 1850 eine volle Rathsversammlung des Cassationshofes erforderlich ist, treten alle 20 Mitglieder mit dem Vorsitzenden zusammen.

Zur Verhandlung in Disciplinarangelegenheiten sind von dem Präsidenten für jedes Jahr aus den Mitgliedern des obersten Gerichtshofes: ein Vorsitzender, 10 Richter und 4 Ergänzungsrichter zu bezeichnen.

An dem obersten Gerichts- und Cassationshofe wird ein Generalprocurator nebst Stellvertretern bestellt, welche letztere General-Advokaten heißen. Er ist der oberste Wächter der Rechts-Einheit, und der richtigen Anwendung des Gesetzes. Er ist unmittelbar dem Justizminister untergeordnet, und hat theils über Auftrag desselben, theils von Amtswegen, Nullitätsbeschwerden einzubringen, die Abhaltung einer besondern Plenarversammlung bei dem obersten Gerichtshofe zu veranlassen, sich bei den Verhandlungen zu betheiligen, und Berichte zu erstatten.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 3. November und 13. December 1849, dann 5. Februar 1850, wurde eine Abtheilung des obersten Gerichtshofes in Wien für die Rechts-sachen aus Ungarn errichtet, und durch Allerhöchste Entschließung vom 1. März und 1. Juli 1849 bestimmt, daß für Croatien, Slavonien und Siebenbürgen Senate des obersten Gerichtshofes in Wien errichtet werden. Der Senat in Verona wird nach Wien verlegt.

Nach dem im Jahre 1850 verfaßten Kosten-Voranschlage belaufen sich die jährlichen Ausgaben des obersten Gerichtshofes für den Personalstand des obersten Gerichts- und Cassationshofes

	fl. C. M.
a) systemisirt auf	367.980
b) provisorisch	16.320
für den Personalstand der Generalprocuratur	46.156
für andere Ausgaben (Zinse, Beleuch-	
tung, Beheizung, Kanzlei = Erforder-	
nisse u.	37.200
<hr/>	
Zusammen	467.656

Durch Allerhöchste Entschließung vom 18. Juni 1850 ist ein, mit der neuen Gerichtsverfassung im Einklang stehendes, organisches Gesetz für die Gerichte, deren Besetzung, Disciplin, und Leitung, dann über die innere und äußere Geschäftsordnung derselben provisorisch erlassen worden.

Uebereinstimmend mit den deutsch-slavischen Provinzen sind auch die Bestimmungen für die provisorisch einzuführende Gerichtsverfassung und Prozeßordnung für Ungarn mit Allerhöchster Entschließung vom 3. November 1849 und 5. Februar 1850, und für Siebenbürgen mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Juni 1850 getroffen worden.

In Ungarn * war durch die vom Reichstage im Jahre 1848 verfügte Aufhebung der Comitats-Congregationen, denen neben der gesammten administrativen, auch ein großer Theil der richterlichen Gewalt übertragen war; so wie auch in Siebenbürgen **, wo 3 Nationen, (die Ungarn, Szekler und Sachsen) ganz von einander verschiedene Gesetze und Rechtspflege hatten, — durch die Aufhebung der Comitats-Congregationen und Szekler-Stuhlversammlungen, — die Durchführung einer ganz neuen Organisation der Gerichtsverwaltung in hohem Grade zum Bedürfniß geworden.

Die für Ungarn neu geschaffenen provisorischen Gerichte sind nach folgender Abstufung aufwärts gereiht:

* II. 148.

** II. 150.

Die Bezirksgerichte.

Bezirksgerichte erster Classe zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit mit geprüften Richtern als Assessoren.

Landesgerichte.

Districtual-Obergerichte.

Der oberste Gerichtshof.

Die geistlichen Gerichte, Gefällsgerichte und der persönliche Gerichtsstand der Glieder des kaiserlichen Hauses und der Armee bleiben in Wirksamkeit.

Ueber die Zuständigkeit und Competenz der einzelnen Arten der Gerichte enthält die Jurisdictionsnorm die nöthigen Verordnungen.

In jedem mit einer Gemeindeordnung versehenen Orte ist den Einwohnern gestattet, Klagen, deren Werthbetrag 12 fl. CM. nicht übersteigt, vor den Ortsvorstand zu bringen, der als Friedensrichter darüber entscheidet.

Ehestreitigkeiten, welche die Gültigkeit des Ehebandes und die Scheidung betreffen, sind der Entscheidung der geistlichen Gerichte vorbehalten, worauf sich die Wirksamkeit derselben zu beschränken hat.

Die provisorischen Gerichte sind bei der Verhandlung und Entscheidung der ihnen zugewiesenen Gegenstände an die im Lande bestehenden Gesetze gebunden, insoferne nicht Abänderungen getroffen worden sind.

Die Landesgerichte entscheiden im eigenen Sprengel in Intabulations-Angelegenheiten unbeweglicher adeliger Güter, in Fällen einfacher Theilung zwischen Blutsverwandten, als Handelsgerichte in Handels- und Wechselstreitigkeiten, einschlässig der Concurse, wobei Mitglieder aus dem Handelsstande, — in Bergwerksachen, wobei geeignete Stimmführer aus dem Stande der Berg- und Hüttenleute zugezogen werden.

In Pesth wird ein vom Landesgerichte unabhängiges Handels- und Wechselgericht bestehen, und demselben ein abgesonderter Sprengel zugewiesen werden.

Alle jene Rechtshandel, welche sich auf die Activitäts-

Verhältnisse beziehen, so wie alle Rechtsstreitigkeiten aus ursprünglichem Rechte (ex jure), und alle die Verpfändung adeliger Güter betreffenden Prozesse, werden bis auf weitere Verfügung, einem Gerichtsstillstande unterzogen.

Ueber das Verfahren der provisorischen Gerichte sind besondere Vorschriften beigelegt.

Durch Allerhöchste Entschliebung vom 28. Dezember 1849 sind Ergänzungs-Vorschriften in Bezug auf die Justiz-Organisation im Kronlande Ungarn erlassen worden, und zwar:

I. Eine Grundbuchs- und Intabulations-Ordnung in Bezug auf Liegenschaften, wovon weiter unten die Rede sein wird.

II. Bestimmung über die Competenz der einzelnen Arten von Strafgerichten, und Normirung des Verfahrens bei Untersuchung und Bestrafung von Verbrechen und Vergehen, wobei sich möglichst den in Oesterreich bestehenden Vorschriften angeschlossen, und die Unterscheidung in der Behandlung von Adelligen und Unadelligen beseitigt wurde.

III. Vorschrift über das Verfahren in Concursfällen.

IV. Verordnung wegen Uebertragung der Verrichtungen in Wechselfachen, welche bisher dem Vicegespan, dem Stuhlrichter, dem Magistrate der königl. Freistädte oder Marktflecken oblagen, — an die neuen Gerichte.

In Siebenbürgen ist über Antrag des Justizministers vom 20. Juni 1850 die neue Organisation der Justizverwaltung durch Allerhöchste Entschliebung vom 4. Juli 1850 festgesetzt worden. Die Gliederung der Gerichte wurde mit den Benennungen, wie sie in Oesterreich bestehen, beibehalten. Abweichende Bestimmungen von der Organisation in Oesterreich sind nur folgende:

Das Oberlandesgericht ist mit Rücksicht auf die Nationalitätsverhältnisse in 3 Senate abgetheilt, welche an verschiedenen Orten des Landes, jedoch unter einem gemeinschaftlichen Ober-Präsidenten gebildet werden.

Den Bezirksrichtern ist in Bezug auf bürgerliche Streitigkeiten über Summen, welche 500 fl. C. M. nicht übersteigen, und in Gemäßheit früher bestandener Übung, in Fällen liquider Forderungen, wenn die Parteien in der Wahl des Gerichtes übereinkommen, die Wirksamkeit, auch ohne Rücksicht auf den Betrag eingeräumt. Auch steht denselben die Erbschafts-Theilung, insbesondere im Falle einfacher Theilung (*divisio intra fratres in casu plenae successionis*) zu.

Den Gemeindevorständen ist nebst dem friedensrichterlichen Erkenntnisse über Klagen bis auf 12 fl. auch der Ausgleichungsversuch in geringeren Feldstreitigkeiten überlassen.

Die Landesgerichte entscheiden als Handelsgerichte in Handels- und Wechselsachen, — als Berggerichte in Bergwerksachen in dem ihnen zugewiesenen Bezirke, wozu sie Beisitzer vom Handelsstande, und rücksichtlich aus dem Stande der Berg- und Hüttenleute berufen.

Sie entscheiden über Rechtsachen, welche die Verkaufserklärungen über adelige Realitäten (*passiones perennales*) betreffen, die nach der bisherigen Übung vor die *loca credibilia* gebracht worden waren.

Die Grundbuchsführung und Intabulationsachen sind den Bezirksgerichten übertragen, die Pupillar- und Waisen-Angelegenheiten, welche bisher eigenen Pupillarbehörden anvertraut waren, wurden den Gerichten zugewiesen, insoferne sie nicht als Gemeindesachen zu behandeln sind. Die Einführung der Schwurgerichte findet vor der Hand nicht Statt.

Die Organisirung der Gerichte in dem Kronlande Croatien und Slavonien ist zufolge Allerhöchster Entschließung vom 1. März 1850 in ähnlicher Art, wie für Ungarn, angeordnet. Die aufgestellten Gerichte sind:

1. Bezirksgerichte (Collegialgerichte in Strafsachen).
2. Landesgerichte.
3. Das Oberlandesgericht (die Banaltafel).
4. Der oberste Gerichtshof.

In Bezug auf den erweiterten Wirkungskreis der Bezirksrichter und Gemeindevorsteher zur Entscheidung und Ausgleichung über liquide Forderungen und geringfügige Streitigkeiten dienen die für Siebenbürgen erlassenen Verordnungen zur Richtschnur.

Die bestandenenen Wechselgerichte zu Carlstadt und Fiume sind aufgehoben. Dem Landesgerichte zu Fiume, so wie den an der Seeküste gelegenen Bezirksgerichten, sind nebst ihren sonstigen Berrichtungen auch alle jene richterlichen Amtshandlungen innerhalb ihres nächsten Hafengebietes zugewiesen, welche bisher mit dem See-Consulate verbunden waren.

Die specielle Organisirung der Gerichte in den einzelnen Kronländern ist bisher in folgender Art zu Stande gebracht worden:

In Böhmen wurde zufolge Allerh. Entschließung vom 26. Juni 1849: Ein Oberlandesgericht zu Prag, ferner 13 Landesgerichte zu Budweis, Tabor, Kuttenberg, Hohenmauth, Königgratz, Gitschin, Reichenberg, Böhmisches-Leippa, Brüx, Eger, Pilsen, Pisek und Prag bestellt. Die Landesgerichte zu Brüx, Pilsen und Kuttenberg sind zugleich Berggerichte; endlich wurden 210 Bezirksgerichte, wovon 30 erster, zugleich Bezirks-Collegial-Strafgerichte, 178 zweiter und 2 dritter Classe (nach der Größe des Geschäftsumfanges und der Bevölkerung eingetheilt) errichtet.

Bei dem Oberlandesgerichte zu Prag fungirt ein Generalprokurator, welcher durch die Staatsanwälte und deren Substituten bei den 13 Landesgerichten und bei den Bezirks-Collegial-Gerichten die Aufrechthaltung des Ansehens der Gesetze zu überwachen, und die Verfolgung der Uebertreter zu bewirken hat.

In Mähren und Schlesien wurden zufolge Allerhöchster Entschließung vom 26. Juli 1849 bestellt:

Ein Oberlandesgericht zu Brünn, 8 Landesgerichte zu Brünn, Olmütz (zugleich Berggericht), Neutitz-

schein, Gradiſch, Iglau, Znaim, — dann Troppau und Teſchen; 100 Bezirksgerichte, wovon 22 erſter Claſſe, zugleich Bezirks-Collegial-Strafgerichte, die übrigen zweiter Claſſe; ein Generalprokurator, Staatsanwälte und Stellvertreter für die Landesgerichte und Bezirks-Collegial-Strafgerichte.

Für Galizien, welches — mit Einſchluß der, in der Folge zu einem eigenen Kronlande gebildeten, Bukowina eine Bevölkerung von mehr als fünf Millionen Seelen, und einen Flächenraum von 1524 Quadratmeilen hat, und zugleich auch für Krakau, mit einer Bevölkerung von circa 140.000 Seelen und einem Flächenraume von 21 Quadratmeilen wurden zuſolge Allerhöchſter Entſchließung vom 6. November 1850 beſtellt:

Ein Oberlandesgericht zu Lemberg, abgetheilt in 3 Senate:

- a) zu Lemberg mit den unterſtehenden Landesgerichten zu: Lemberg, Przemiſl und Sombor,
- b) zu Krakau mit den Landgerichten zu: Krakau, Kieſzow und Jaſlo,
- c) Stanislaw mit den Landgerichten zu: Stanislaw, Tarnopol und Czernowiz (in der Bukowina), zuſammen 9 Landgerichte mit 218 Bezirksgerichten, nach 3 Claſſen abgetheilt, von welchen letzteren aber vorläufig nur 112 in Wirkſamkeit treten.

Die Zahl der in Function tretenden Bezirks-Collegial-Gerichte iſt auf 29 feſtgeſetzt.

Für das Ober-Landesgericht zu Lemberg wird ein Generalprokurator, für jeden der beiden andern Senate ein ſtellvertretender General-Prokurator beſtellt.

In Deſterreich ob der Enns und Salzburg wurden zuſolge Allerhöchſter Entſchließung vom 26. Juni 1849 beſtellt: ein Oberlandesgericht zu Linz, 3 Landesgerichte zu Linz, Steier und Salzburg, beide letztere zugleich Berggerichte, 70 Bezirksgerichte, wovon 12 erſter

Classe, zugleich Bezirks-Collegial-Strafgerichte, 52 zweiter, 6 dritter Classe, ferner ein Generalprokurator zu Linz, sammt den Anwälten bei den Landesgerichten, und den erforderlichen Substituten.

In Oesterreich unter der Enns wurden, zufolge Allerh. Entschlieſung vom 26. Juni 1849 bestellt: ein Oberlandesgericht in Wien, vier Landesgerichte zu Wien, Neustadt, Krems und St. Pölten (letzteres zugleich Berggericht), ein eigenes Handelsgericht für Wien, 8 Bezirksgerichte für Wien, 73 Bezirksgerichte außer Wien, wovon 11 erster Classe, zugleich Bezirks-Collegial-Strafgerichte, 57 zweiter Classe, und 5 dritter Classe, ein Generalprokurator zu Wien, Anwälte bei den Landesgerichten und Bezirks-Collegial-Strafgerichten.

Für Steiermark wurde zufolge Allerh. Entschlieſung vom 25. Juli 1849 folgende Gerichts-Organisation angeordnet: Ein Oberlandesgericht zu Graz, — drei Landesgerichte: zu Leoben für den nördlichen hochgebirgigen Theil, zu Graz für den mittleren, das Stromgebiet der Mur bildenden, durchgehends von Deutschen bewohnten, und zu Gili, für den südlichen Landestheil, der das Stromgebiet der Sau und Drave bildet, und größtentheils von Slaven (Slovenen oder Wenden) bewohnt ist. Endlich sind 67 Bezirksgerichte, wovon 16 erster Classe — zugleich Collegial-Strafgerichte — 50 zweiter, 1 dritter Classe. Ein General-Prokurator ist bei dem Oberlandesgerichte zu Graz, Staatsanwälte sind bei den Landesgerichten und Bezirks-Collegialgerichten angestellt.

Der gesammte Kostenaufwand beläuft sich:

Für die Gerichte auf jährlich . . 508.950 fl.

„ „ Anwaltschaften auf jährlich 71.474 „

zusammen 580.424 fl.

In Tirol und Vorarlberg wurden zufolge Allerh. Entschlieſung vom 26. Juni 1849 bestellt: Ein Oberlandesgericht zu Innsbruck nebst dem selbstständigen Senate zu

Trient, fünf Landesgerichte zu Innsbruck, Bogen, Feldkirch, Trient und Roveredo (die Landesgerichte zu Innsbruck und Trient sind zugleich Berggerichte), 72 Bezirksgerichte, wovon 4 der ersten Classe, zugleich Bezirks-Collegial-Strafgerichte, 62 zweiter und 6 dritter Classe, ein Generalprokurator zu Innsbruck, ein zweiter zu Trient; Staatsanwälte bei den Landesgerichten und den Bezirks-Collegial-Strafgerichten.

Für die Kronländer Kärnthen und Krain wurden durch Allerh. Entschließung vom 26. Juli 1849 bestellt:

Ein Oberlandesgericht zu Klagenfurt, drei Landesgerichte: zu Klagenfurt für Kärnthen, das zu $\frac{2}{3}$ von Deutschen, zu $\frac{1}{3}$ von Slovenen bewohnt ist; zu Laibach und zu Neustadt für Krain, in welchem Lande bei dem Landmanne die slovenische Sprache die Volkssprache ist, endlich 61 Bezirksgerichte, wovon 12 erster Classe, zugleich Collegial-Strafgerichte, die übrigen zweiter Classe.

Ein Generalprokurator fungirt bei dem Oberlandesgerichte, Anwälte und Stellvertreter bei den Landes- und Bezirks-Collegial-Gerichten.

Der Kostenaufwand beträgt jährlich:

Für Gerichte , 424.316 fl.

„ Staatsanwaltschaften . . . 59.870 „

zusammen 484.186 fl.

In Görz und Gradisca mit einer Bevölkerung von 193.260 Seelen, wovon 122.400 auf die slavische und 70.800 auf die italienisch-friaulische Bevölkerung fallen, auf einem Flächenraume von 50.8 Quadratmeilen; ferner in Istrien mit einer Bevölkerung von 230.523 Seelen, wovon $\frac{2}{3}$ Slaven, $\frac{1}{3}$ Italiener, auf einem Flächenraume von 86 Quadratmeilen, endlich in der Stadt Triest sammt Umgebung mit einer Bevölkerung von 81.500 Seelen, wovon 56.000 auf die Stadt Triest entfallen, auf einem Flächenraume von 1.1 Quadratmeilen, wurden zufolge Allerh. Entschließung vom 1. August 1849 bestellt: ein Oberlandesgericht zu Triest, ein eigenes

Handels- und Seegericht zu Triest, drei Landesgerichte zu Görz, Triest und Rovigno, 30 Bezirksgerichte, wovon 7 erster Classe, zugleich Bezirks-Collegial-Strafgerichte, die übrigen zweiter Classe, ein Generalprokurator zu Triest, Staatsanwälte bei den Landesgerichten.

Noch sind Berggerichte: für Steiermark zu Leoben, Graz und Cilli; für Kärnthen zu Klagenfurt; für Krain zu Laibach, welchen zugleich die im Triester-Bezirk befindlichen Bergbau-Unternehmungen zugewiesen sind.

Nach Allerbh. Entschließung vom 18. Juni 1850 sollten die nach der Norm vom 14. Juni 1849 organisirten Gerichte in den deutschen und slavischen Provinzen mit 1. Juli 1850 in Wirksamkeit treten, auch sollte gleichzeitig die verbindliche Kraft der Strafprozeßordnung vom 17. Jänner 1850 beginnen, endlich auch die Uebergabe der gerichtlichen Depositen und der Waisengelder stattfinden.

Für Dalmatien wurden zufolge Allerbh. Entschließung vom 17. Juli 1850 bestellt: ein Oberlandesgericht zu Zara, welchem ein Generalprokurator beigegeben ist, 4 Landesgerichte, wovon 2 erster Classe zu Zara und Spalato, deren jedem ein Anwalt beigegeben ist, 2 zweiter Classe zu Ragusa und Cataro, 32 Bezirksgerichte, wovon 6 als Collegialgerichte in Streitsachen, 14 als Prätoren der zweiten Classe, 12 als Prätoren der dritten Classe fungiren. Eigene Handels-, Wechsel- und Seegerichte erschienen nicht als nothwendig.

Nach dem, durch Allerbh. Entschließung vom 3. Jänner 1851, genehmigten Antrage des Justizministers, wurde folgende Gerichts-Organisation im lomb. venet. Königreiche beschlossen:

A. Für die Lombardie: Ein Oberlandesgericht (Corte d'appello) zu Mailand, mit dem Senate zu Brescia.

Dem ersteren unterstehen die Gerichte der Provinzen: Mailand, Pavia, Lodi, Cremona, Como und Sondrio;

dem letzteren jene der Provinzen: Brescia, Bergamo und Mantua.

- B. Für das venetianische Gebiet: ein Oberlandesgericht zu Venedig, mit dem Senate zu Verona.

Dem ersteren unterstehen die Gerichte der Provinzen: Venedig, Padua, Belluno, Treviso und Udine; dem letzteren jene der Provinzen: Verona, Vicenza und Novigo.

- C. Landgerichte (Corti di giustizia) bestehen in jedem der 17 Hauptorte der genannten Provinzen.

- D. Handelsgerichte. (Tribunali di comercio.) Als solche behalten die in Mailand und Venedig bestehenden ihre Wirksamkeit. An andern Orten werden bei den Landesgerichten durch Beiziehung von Männern aus dem Handelsstande Handels-Senate gebildet.

- E. Bezirksgerichte (Preture) sind 160 in sämmtlichen Provinzen. Der Wirkungskreis der Präturen ist etwas gegen jenen der Bezirksgerichte in den übrigen Provinzen erweitert. Einige Präturen werden als Collegial-Präturen erster Classe, deren Zahl in den lombardischen Provinzen auf 26, in den venetianischen auf 24 sich beläuft, bestellt, deren Wirkungskreis sich auf mehrere Präturen in ähnlicher Weise, wie bei den Bezirks-Collegialgerichten erstreckt, die aber nicht als eine Abtheilung der Corti di giustizia ihre Gerichtsbarkeit ausüben. Die übrigen 110 sind Präturen zweiter und dritter Classe.

Im Durchschnitte kommen 30.000 Einwohner auf eine Prätur und 100.000 auf eine Collegial-Prätur.

Die Wirksamkeit der verschiedenen Categorien der Gerichte ist übrigens jener in den deutschen Provinzen analog. Das Strafverfahren ist öffentlich und mündlich, jedoch werden keine Geschwornengerichte gebildet.

Die Gehalte für die neu organisirten Gerichte

betragen	1,683.000 fl.
Für jene der Anwaltschaften	243.000 „
zusammen	1,926.000 fl.

Für Ungarn wurden zufolge Allerhöchster Entschlieſung vom 7. Juli 1850: 6 Districts-Obergerichte zu Peſth, Oedenburg, Preßburg, Eperies, Debreczin und Temeswar errichtet.

In Croatien und Slavonien, mit einem Flächeninhalt von 341 Quadratmeilen und einer Bevölkerung von circa 900.000 Einwohnern, haben, zu folge Allerhöchster Entschlieſung vom 24. Mai 1850, nach der politischen Landes-Eintheilung fünf Comitate zu bestehen, nämlich Agram, Warasdin, Kreuz, Veröcze und Poſega, zu welchem letzteren auch die bei Slavonien verbliebenen Reste von Syrmien (die Districte Kuma und Mok sind der serbischen Wojwodſchaft zugewiesen), dann die Gebiete des croatischen Küstenlandes und der Stadt Fiume zu zählen sind; ferner 57 Bezirksgerichte, worunter 6 Collegialgerichte, dann 44 Gerichte zweiter und 7 dritter Classe; ferner 7 Landesgerichte zu I. Agram, II. Fiume, III. Warasdin, IV. Esſegg, (erster Classe); V. Karlstadt, VI. Kreuz, VII. Poſega (zweiter Classe), welche 7 Landesgerichte zugleich Handelsgerichte sind. Die Zahl der jedem Landesgerichte zugewiesenen Bezirksgerichte ist: zu I. 11, zu II. 6, zu III. 11, zu IV. 11, zu V. 5, zu VI. 7, zu VII. 6, ferner ein Berggericht zu Agram für das ganze Land, endlich ein Oberlandesgericht zu Agram, bei dem letzteren wird ein Generalprokurator angestellt, bei jedem Landgerichte ein Staatsanwalt, bei jedem Bezirkscollegial-Gerichte ein Anwaltschafts-Substitut.

Noch muß ich einige allgemeine Normen über das Gerichts-Verfahren hier anführen.

Durch Patent vom 17. Jänner 1850 wurde eine Strafproceßordnung kundgemacht, welche aber vorläufig nur für jene Kronländer gültig ist, in welchen das Strafgeſetzbuch vom 3. September 1803 in Wirksamkeit besteht. In derselben ist vorzüglich das Anklageverfahren, die Einführung der Geſchwornengerichte, die dem Beklagten zugestandene Wahl eines Vertheidigers, die Beiziehung von Staatsanwälten, die Def-

fentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlung, die thunlichste Schonung bei der Untersuchung bemerkbar.

Diese Proceßordnung enthält umständliche Vorschriften über die Wirksamkeit der Strafgerichte und über den Stufengang der Verhandlung bei den einzelnen Arten der Gerichte; von der Voruntersuchung, der Verlegung in den Anklagestand, dann der Hauptverhandlung, bis zur Fällung des Urtheils, den Rechtsmitteln gegen die Urtheile, der Wiederaufnahme des Verfahrens, endlich über die Vollstreckung des Urtheils und die Kosten des Strafverfahrens; in Bezug auf die Voruntersuchungen ist in der Strafproceßordnung das inquisitorische Verfahren nicht aufgegeben, und die Einleitung des Strafverfahrens nicht — wie in England, — beinahe nur auf die Anklage des Verletzten zulässig erklärt, auch wird hiebei die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, jedoch soll alle Schroffheit beseitigt, jede Anwendung von Zwang, um den Angeklagten zu Geständnissen zu bewegen, vermieden, und demselben durch Mittheilung aller Verdachtsgründe, durch die am Schlusse der Voruntersuchung gestattete Beigebung eines Verteidigers und Einsicht der Acten, schon in diesem Stadium des Verfahrens die Geltendmachung seiner Rechtfertigungsgründe erleichtert werden.

Die Voruntersuchung darf nicht — wie in Frankreich — von dem Staatsanwalte, sondern muß von dem Richter geführt werden, dagegen ist sie in der Regel nur über Antrag des erstern einzuleiten, auch hat der Anwalt über den ordnungsmäßigen Gang derselben zu wachen.

Die Voruntersuchung ist einzustellen, wenn kein Grund zur Fortsetzung vorhanden ist, sie schließt, wenn Gründe hiezu vorhanden sind, mit der Verlegung des Beschuldigten in den Anklagestand, gegen welchen ihm ausgedehnte Rechtsmittel zustehen. Erst wenn die Entscheidung hierüber erfolgt ist, tritt die Hauptverhandlung ein; bei dieser ergibt sich die Schwierigkeit, positive Beweisregeln festzustellen. Dieß führte zur Aufstellung der Geschwornen-Gerichte, wobei die

Ueberzeugung einer gewissen Zahl unabhängiger Männer die Stelle der unsicheren Beweisregeln vertritt.

Die Bildung der Geschwornen-Gerichte hat zugleich in politischer Beziehung zum Zwecke, durch: Betheiligung des Volkes an der Ausübung des Strafrechtes eine Bürgschaft der Freiheit und Geseßlichkeit zu bilden, ferner als richterliche Institution durch Vereinfachung und Beschleunigung der Procedur den Strafgesetzen eine größere Wirksamkeit zu verschaffen, und sowohl im Allgemeinen, als insbesondere hinsichtlich der Rechtsmittel, den Kläger mit dem Angeklagten völlig gleichzustellen.

An dem Sitze jedes Landergerichtes werden alle 3 Monathe die ordentlichen Schwurgerichtssitzungen abgehalten, in Wien alle Monathe, in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnern alle 2 Monathe.

Jedes Geschwornengericht besteht aus einem Gerichtshofe und 12 Geschwornen (Geschwornenbank), der Gerichtshof aus einem Vorsitzenden, 4 Richtern, einem Schriftführer.

Zu dem Amte eines Geschwornen ist Jeder berufen und verpflichtet, der mindestens 30 Jahre alt, des Lesens und Schreibens kundig ist, und einen gewissen Steuerbetrag zahlt. Seelforger, Schullehrer, active Beamte und Militair-Personen sind davon ausgeschlossen. In der Gemeinde, wo das Schwurgericht seinen Sitz hat, und für die bezeichnete Umgebung, ist die Liste aller zu den Berrichtungen eines Geschwornen berufenen Personen zu verfassen, und zu Jedermanns Einsicht zum Behufe von Reclamationen aufzulegen. Der Bezirkshauptmann hat die Listen der einzelnen Gemeinden in ein Verzeichniß zusammenzustellen, welches die Bezirksgeschwornen-Liste bildet.

Diese Listen sind an den Kreispräsidenten einzusenden, der mit Zuziehung der Obmänner der Bezirksgemeinde und zwei von jedem Bezirksausschusse abgeordneten Vertrauensmännern, aus den Bezirkslisten die Hauptlisten durch Wahl der besonders zu dem Amte eines Geschwornen geeigneten Männer bildet; die Wahl geschieht in der Art, daß in Städ-

ten mit einer Bevölkerung über 50.000 Einwohner auf 500 Seelen, — in den zur besondern Vertretung auf den Landtagen berechtigten Gemeinden aber auf 250 Seelen — ein Geschworne entfällt.

Aus den auf die bezeichnete Art gewählten Geschwornen wird die Jahresliste, das ist: das Verzeichniß der bei den Schwurgerichts-Sitzungen des nächsten Jahres zu verwendenden Geschwornen durch das Loos gebildet, und zwar in der für jedes Schwurgericht besonders bestimmten Zahl, die nicht unter 200, nicht über 800 Geschworne betragen soll.

Nach Ministerial-Verordnung vom 6. September 1850 ist die Zahl der für jeden der 42 Landgerichtssprengel in den deutsch-slavischen Provinzen erforderlichen Geschwornen specifisch festgesetzt, wornach dieselbe für Wien 800, — für alle übrigen Orte 200 bis 300 beträgt.

Aus dieser Jahresliste werden für jede Schwurgerichtssitzung, 14 Tage vor Beginn derselben, 36 Haupt- und 9 Ergänzungs-Geschworne durch das Loos bestimmt.

Die Hauptverhandlung bei dem Geschwornen-Gerichte ist öffentlich. Bei derselben wird zuerst die Geschwornenbank gebildet. Von den 36 durch das Loos bestimmten Geschwornen, kann sowohl der Staatsanwalt als der Beklagte eine gleiche Zahl ohne Angabe der Gründe ablehnen. Sobald 12 Geschworne unbeanständet verlesen sind, ist die Geschwornenbank constituirt, die Verhandlung wird sonach den bestehenden Vorschriften gemäß vorgenommen. Sobald sie geschlossen ist, faßt der Vorsitzende die wesentlichen Ergebnisse derselben in einer gedrängten Darstellung zusammen, und stellt nach vorläufiger Berathung mit dem Gerichtshofe die an die Geschwornen zu richtenden Fragen in der Art, daß sie sich mit Ja oder Nein beantworten lassen, worauf die Geschwornen in einem abgesonderten Locale aus ihrer Mitte einen Obmann wählen und Berathung pflegen. Der Beschluß wird sodann in dem SitzungsSaale bekannt gemacht. Entfällt dieser auf die Schuldlosigkeit, so wird der Angeklagte sogleich freigesprochen. Wird er schuldig erklärt,

wozu wenigstens $\frac{2}{3}$ der Stimmen erforderlich sind, so hat der Staatsanwalt den Strafantrag zu stellen, worüber der Angeklagte gehört, sonach vom Richteramte in geheimer Sitzung über das Strafausmaß berathen, der Beschluß nach absoluter Stimmenmehrheit gefaßt, und das Urtheil kundgemacht wird. Gegen das letztere findet kein anderes Rechtsmittel, als die Nullitäts-Beschwerde statt, die an den obersten Gerichtshof (Cassationshof) geht. Nullitätsbeschwerden wird nur in den ausdrücklich bezeichneten Fällen stattgegeben, wo über einen Fehler im Verfahren oder eine Uebertretung des Gesetzes im Urtheile Beschwerde erhoben wird.

Mit Allerhöchster Entschließung vom 15. August 1850 wurde eine Vorschrift über die Kosten des Strafverfahrens erlassen.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 14. März 1849 wurde das Gerichtsverfahren bei Preßvergehen geordnet, wobei gleichfalls Geschwornen-Gerichte eintreten.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 24. Juli 1850 wurde eine Verordnung über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte in Croatien und Slavonien in Strafsachen erlassen.

Gleichzeitig mit Einführung der Strafproceßordnung wurde durch Patent vom 17. Jänner 1850, eine Milderung des Strafgesetzes vom Jahre 1803 für mehrere Fälle angeordnet, als: Die Abstellung der Anhaltung zur öffentlichen Arbeit, der Verweigerung des ehrlichen Begräbnisses für Selbstmörder, der Criminalbehandlung Jener, welche Lehren verbreiten, die mit dem Christenthume im Widerspruche stehen u. s. w.

In Bezug auf die bürgerlichen Rechtsgeschäfte wurde durch Patent vom 18. Juni 1850 die Jurisdictionsnorm für die als allgemeine Personalgerichte fungirenden Bezirksgerichte, Landesgerichte, für den besonderen Personal- und den Real-Gerichtsstand, für die Causalgerichte, als: Handels-, See- und Berggerichte, endlich für die privilegierten Gerichte,

als: das Obersthofmarschall-Amte und die Militär-Gerichte kundgemacht.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 25. Jänner 1850 wurde eine allgemeine Wechselordnung für den ganzen Umfang des österreichischen Kaiserthums kundgemacht, welche am 1. Mai 1850 in Wirksamkeit treten, und die möglichste Uebereinstimmung zwischen dem österreichischen Rechte und der in den deutschen Bundesstaaten geltenden allgemeinen deutschen Wechselordnung herstellen sollte.

Die Einführung dieser Wechselordnung ist für den Handelsverkehr im ganzen Umfange der österreichischen Monarchie von sehr gedeihlichen Folgen. Früher hatten verschiedenartige Vorschriften und Gebräuche in den einzelnen Theilen der Monarchie bestanden, die viele Irrungen und Nachtheile zur Folge hatten.

Den Anlaß zu dieser Reform bot die im Jahre 1847 in Leipzig abgehaltene Conferenz deutscher Staaten, zum Behufe der Einigung in der Wechsel-Gesetzgebung dar, woran auch Oesterreich Theil nahm, und wornach somit eine Gleichförmigkeit in der Behandlung der Wechselgeschäfte in einem sehr ausgedehnten Gebiete in der Mitte von Europa, vom Rheine bis zur untern Donau, von der Nord- und Ostsee bis zum Po, und zu den Küsten des adriatischen Meeres, — ins Leben gerufen wird.

Mit dem Gesetze wurde auch eine provisorische Ordnung über das Verfahren in Wechselfachen in Verbindung gebracht und insbesondere für die Kronländer Ungarn, Croatien und Slavonien, die Wojwodschafft Serbien und dem Temescher-Banat die entsprechende Abänderung in den, diesen Zweig der Gesetzgebung betreffenden, ungarischen Landtags-Artikeln von den Jahren 1840 und 1844 getroffen.

In gleicher Art wurde auch in dem Vortrage des Justizministers vom 25. October 1849 auf eine Verständigung mit den deutschen Bundesstaaten zur Erzielung eines gemeinschaft-

lichen Privat-, Handels- und See-Rechts ange-
tragen, worüber die Allerhöchste Genehmigung erfolgte.

Mit Verordnung vom 31. März 1850 wurde das summarische Verfahren in Civil-Rechtsstreiten im Lombard. venetianischen Königreiche eingeführt. Dasselbe ist im Einklange mit den Vorschriften, welche in Folge Allerhöchster Entschließung vom 18. October 1845 über das Verfahren in Rechtsstreitigkeiten geringfügiger Art für die deutsch-slavischen Provinzen erlassen wurden, und mit der, durch Allerhöchste Entschließung vom 25. Jänner 1850 erlassenen, allgemeinen Wechselordnung, — (mit Ausnahme einiger Modificationen) und bezieht eine Vereinfachung und Abkürzung der dießfälligen Verhandlungen.

Eine wichtige und umfassende Einrichtung ist mit Allerhöchster Entschließung vom 28. Dezember 1849 für Ungarn und vom 28. September 1850 für Croatien und Slavonien, später auch für Siebenbürgen durch Einführung der Grundbücher mittelst einer eigenen Grundbuchsordnung getroffen worden. Die Sicherheit des Eigenthums von Realitäten, und der auf dieselben hypothecirten Forderungen sollten dadurch gewährleistet, und die verwickelten Aviticitäts-Verhältnisse in Ungarn und Siebenbürgen sollten zugleich geordnet werden.

Die Aviticitäts-Rechte lasteten auf adeligen Gütern, welche nicht verkauft, nur im Mannsstamme vererbt werden durften, und nach dessen Aussterben der Krone anheimfielen, — indessen gelangten viele derselben in Pfandbesitz, und konnten oft Generationen hindurch — von den zur Nachfolge Berechtigten nicht eingelöst werden.

Um diese Anstände zu beheben, wurde darauf angetragen, die Aviticität aufzuheben (was auch in Ungarn auf dem Landtage vom 1848 geschah), dem Heimfallsrechte für die Krone zu entsagen, den Unterschied in der Erbfolge nach dem Geschlechte aufzuheben, einen Termin festzusetzen, binnen welchem die verpfändeten (zeitlich verkauften) Güter eingelöst werden

können, und Prozesse aus arbeitslosen Ansprüchen gänzlich einzustellen.

Zugleich wurde verordnet, daß fernerhin kein Pfand- oder Zeitverkauf unbeweglicher Güter (*emptio, venditio temporanea seu pignus*) mehr abgeschlossen werden dürfe.

Da in den Ländern Croatien und Slavonien das besondere Verhältniß eintritt, daß in der Regel die Liegenschaften in ungetheiltem Besitze sich befinden, so soll die Theilung durch Intervention einer Theilungsdeputation oder des Bezirksrichters, der Eintragung in die Grundbücher vorausgehen.

Uebrigens hat für Fiume und den dazu gehörigen Bezirk die Grundbuchsordnung vom 27. Dezember 1843 in Wirksamkeit zu verbleiben.

Mit der Organisirung der Gerichte ist von dem Ministerium auch auf die besondere Einrichtung der Gefängnisse Bedacht genommen worden.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 24. August 1849 wurden die Grundsätze genehmigt, nach welchen bei den Bezirks-, Collegial- und Landesgerichten im Falle von Neubauten von Gefängnissen vorzugehen ist.

Vor Allem wurde sich entschieden, daß das Zellen-system (Einzelnhaft) für Untersuchungshaft, und bei kurz dauerndem Arreste anzunehmen sei. Bei den Detailbestimmungen über die Einrichtung der Gefängnisse und den Normen über die Behandlung der Gefangenen, wurde das Augenmerk darauf gerichtet, den Bedürfnissen der Strafrechtspflege sowohl, als den Forderungen der Humanität zu entsprechen, und den Staatsschatz vor einer Verwendung der öffentlichen Gelder zu unzumuthbaren Bauausführungen sicher zu stellen.

Nebst den Gerichtsbehörden sind noch besondere Organe, welche bei dem Gerichtsverfahren einschreiten und zur Wahrung des Rechtsstandes mitwirken.

Darunter sind begriffen: Die Staatsanwälte, die Advokaten, und die Notare.

Zufolge Allerhöchster Entschließung vom 28. Juni 1850 bleibt in den Ländern: Ungarn, Croatien, Slavonien, der Wojwodschast Serbien und dem Temeser-Banate die Wirksamkeit des Causarum regalium Directorates und der Fiscals, in Strafsachen wird sie aber auf die Staatsanwaltschaft übertragen. Bei jedem Districtual-Obergerichte wird ein Generalprokurator, bei jedem Landesgerichte ein Staatsanwalt, bei jedem Bezirks-Collegialgerichte ein Substitut bestellt. Die Anwälte vertreten sowohl in der Untersuchung, als bei den Strafprocessen den verletzten Staat.

Durch Patent vom 10. Juli 1850 wurde für die deutsch-slavischen Provinzen ein organisches Gesetz in Betreff der Staatsanwaltschaften, deren Besetzung, Leitung, Disciplin und Wirkungskreis, dann über die Geschäftsordnung derselben erlassen.

Bei dem obersten Gerichtshofe und den Oberlandesgerichten werden Generalprokuratoren und deren Stellvertreter (Generaladvokaten), bei den Landesgerichten und Bezirks-Collegialgerichten werden Staatsanwälte bestellt. Candidaten um diese Stellen müssen sich mit Zeugnissen über die Richteramts-Prüfung oder Staatsprüfung ausweisen.

Die Ernennung zu diesen Posten ist dem Kaiser vorbehalten.

Der Wirkungskreis der Staatsanwaltschaft bezieht sich theils auf unmittelbare Mitwirkung bei der Ausübung der Gerechtigkeitspflege, wovon die einzelnen Fälle im Gesetze vorgezeichnet sind, theils auf die administrative Leitung der Justiz, auf die Verbesserung und richtige Anwendung der Gesetze überhaupt, Betheiligung an den Staatsprüfungen für Richter, Advokaten, auf Gutachten bei Besetzung von Dienstposten bei höheren Gerichten. Die Staatsanwälte und Generalprokuratoren haben den Sitzungen dieser Gerichtshöfe beizuwohnen, wenn die Berathungen in vollen Rathsversammlungen oder in einem Plenarsenate gepflogen werden müssen. Wesentlichen Einfluß haben sie auf die Ausübung der Disciplinargewalt bei den Gerichten, so wie auch in Strafsachen.

Die Mitglieder der Staatsanwaltschaft sind unabhängig von den Gerichten, bei denen sie angestellt sind. Die Staatsanwälte sind den Generalprokuratoren, letztere dem Justizministerium unmittelbar untergeordnet. Die Staatsanwälte haben bei den Bezirks-Collegial- und Landesgerichten, die Generalprokuratoren bei den Oberlandesgerichten und dem Cassationshofe an allen Voruntersuchungen und Hauptverhandlungen Theil zu nehmen, letzteren ist es auch vorbehalten, an der Stelle der Anwälte zu fungiren, so wie diese auch bei Bezirksgerichten in Straffällen interveniren können. Die Anwälte vertreten im Allgemeinen den Staat, sind daher auch verpflichtet, strafbare Handlungen von Amtswegen zu verfolgen, und die Abstellung von Unregelmäßigkeiten oder Verzögerungen der Gerichte zu veranlassen. Der Abstimmung und Beschlußfassung der Gerichte dürfen sie nicht beiwohnen.

Durch die Allerh. Entschließung vom 15. August 1849 wurde eine Advokaten-Ordnung provisorisch festgesetzt. Die Ernennung der Advokaten steht dem Justizminister zu, er ist nicht auf eine bestimmte Zahl beschränkt. Vor der Hand kann die Anwaltschaft nicht von dem Advokatenstande getrennt werden. Zur Befähigung zu Advokaten ist das Zeugniß über die abgelegte Advokaten-Prüfung oder die früher bestandene Fiscal-Prüfung erforderlich, wovon jedoch eine Ausnahme zu Gunsten der bereits früher zur Parteien-Vertretung berechtigten Justitiäre stattfindet. Um zur Prüfung zugelassen zu werden, muß die Erlangung der juridischen Doctors-Würde und eine 3 bis 5 jährige Praxis nachgewiesen werden.

Die Advokaten-Prüfungscommission ist unter dem Vorsitze eines Rathsmitgliedes des Oberlandesgerichtes aus 2 Justizräthen und 2 Advokaten zusammen zu setzen.

Es sollen Advokaten-Kammern errichtet werden. Sie sind aus sämtlichen Advokaten gebildet, welche in dem Bezirke eines Landesgerichtes ihren Wohnsitz haben. Die Kammer wählt ihren Präsidenten, erstattet Gutachten über Verleihung von Advokatenstellen, wählt Prüfungscommissäre zu den

Advokaten-Prüfungen, macht Gesetzesvorschläge u. s. w. Aus der Kammer wird durch Wahl ein ständiger Ausschuß gebildet. Seinem Wirkungskreise ist zugewiesen: a) die Oberaufsicht über die in dem Bezirke der Kammer sich verwendenden Advokaturscandidaten, b) die Benennung der unentgeltlichen Vertreter für arme Partheien.

Die Kosten für die Kammer haben die dazu gehörigen Advokaten selbst zu tragen.

Durch die Allerh. Entschließung vom 9. Mai und 29. September 1850, wurde die Einführung des Notariats bewilligt. Dieses Institut bietet, nach dem Vortrage des Justizministers vom 30. April 1850, wichtige Vortheile dadurch dar, daß die Notare den Partheien bei dem Abschlusse verwickelter Rechtsgeschäfte an die Hand gehen, sie auf die gesetzlichen Erfordernisse und Förmlichkeiten aufmerksam machen, und dadurch vor Nachtheilen schützen, anderseits aber den Beweis des Abschlusses, und der Bestimmungen der Geschäfte durch ihr Einschreiten sichern.

Schon zu Römer Zeiten ist ein ähnliches Institut unter dem Namen *Tabellionen* ins Leben gerufen worden, es hat sich in Italien erhalten, wo es durch die Longobarden seine weitere Ausbildung erlangte; es besteht gegenwärtig in deutschen Staaten, so wie in Frankreich, und blieb im lomb. venet. Königreiche selbst neben der bisherigen Gerichtsverfassung in Thätigkeit.

Die Notare bilden, nach der oben angedeuteten Bestimmung, eine Mittelklasse zwischen Advokaten und Beamten, sie sind besonders für das Landvolk seit der Aufhebung der Patrimonialgerichte nothwendig geworden. Ihre Mitwirkung als Gerichtscommissäre ist nach Aufhebung der nicht streitigen Gerichtsbarkeit zugleich der Rechtspflege förderlich, da durch selbe eine Vereinfachung der Geschäfte, folglich auch eine Beschleunigung derselben und eine Verminderung der Kosten bewirkt wird.

Die Notare erhalten eine Instruction über die Förmlich-

keiten, die sie bei Verfassung und Aufbewahrung der Urkunden, die hiernach die Kraft öffentlicher Urkunden zu erhalten haben, bei Legalisirungen, Bestättigungen des Datums, Vidimirungen, Uebersetzungen, Lebenszeugnissen, Wechselprotesten und dergleichen Amtshandlungen zu beobachten haben, damit dieselben als authentisch anerkannt werden, und volle Beweisskraft erhalten.

Zur Erlangung einer Notariatsstelle, deren Verleihung dem Minister zusteht, ist die Ablegung einer eigenen Prüfung erforderlich, von welcher Prüfung jedoch Advokaten, öffentliche Agenten, ferner Justiz-Beamte, letztere unter gewissen Bedingungen, losgezählt sind. In der Regel soll in dem Sprengel eines jeden Bezirksgerichtes wenigstens Ein Notar, an den Landesgerichtssitzen sollen zwei, und in größeren Städten mehrere Notare bestellt werden.

Die Ausübung der Advokatie kann vor der Hand mit dem Notariat verbunden bleiben. Sollte die Trennung in der Folge beschlossen werden, so ist die Wahl den betreffenden Individuen vorbehalten.

Jeder Notar hat eine Cautio zu erlegen, welche für Wien mit 8000 fl., für größere Provinzialhauptstädte mit 5000 fl., für andere, wo ein Landesgericht seinen Sitz hat, mit 2000 fl., für alle übrigen Orte mit 1000 fl. festgesetzt ist.

Ein besoldetes Staatsamt ist mit dem Notariat nicht vereinbar.

In der Regel ist es den Partheien freigestellt, ob sie sich der Notare bedienen wollen, für gewisse Geschäfte ist jedoch die Notariatsform vorgeschrieben.

Die Notare haben für die Partheigeschäfte Taxen nach einem bestimmten Tariffe zu beziehen; nebstdem haben sie als Gerichtscommissäre über Aufforderung der Partheien oder Auftrag des Gerichtes Amtshandlungen vorzunehmen.

Dahin gehören: Todesfallaufnahme (Sperre), gerichtliche Schätzungen, Feilbietungen, Revision von Vormundschafts-

Rechnungen u. s. w. Für diese Geschäfte haben sie eine, durch die Vorschriften bestimmte, Vergütung anzusprechen.

Der Notar ist verbunden, die Acten in einem eigenen Archive aufzubewahren, um daraus Auszüge, Abschriften, Zeugnisse und sonstige Documente ausfertigen zu können. Nach seinem Abgehen übernimmt der Staat dasselbe, sammt den damit verbundenen Lasten und Vortheilen.

Zur Heranbildung geeigneter Individuen für die Rechtspflege und die Justizverwaltung sind zufolge Allerh. Entschl. vom 5. August 1850 folgende Vorschriften über die Justizprüfungen und die Justizpraxis erlassen worden:

Das Augenmerk bei denselben ist vorzüglich darauf gerichtet, zwischen den verschiedenen Zweigen des Justizdienstes, und den Organen der Rechtspflege eine möglichst innige Verbindung herzustellen, und den Uebergang von jedem dieser Zweige zu dem andern zu erleichtern. Es haben hiernach drei Gattungen von Prüfungen Statt zu finden:

1) Die Richteramtsprüfung, welche zur Anstellung im Richterstande, in der Anwaltschaft, und zu einer Auscultantenstelle befähigt.

2) Die Advokaturprüfung, welche zu jeder Geschäftsführung und Anstellung im Justizfache geeignet macht.

3) Die Notariatsprüfung, die zur Erlangung der Stelle eines Notars befähigt.

Die Prüfungen werden bei einem Oberlandesgerichte vorgenommen, denselben muß eine Praxis in allen 3 Zweigen vorausgehen, deren verhältnißmäßige Dauer vorgeschrieben ist; am längsten für die Advokatenprüfung, zu welcher erst nach vierjähriger Praxis zugelassen wird.

Zur Vornahme der Prüfungen werden Commissionen bestellt, welche nebst dem Präsidenten für die Richteramtsprüfungen aus 3 Rätthen, einem Staatsanwalt und einem Advokaten, für die beiden andern Prüfungen aber statt dem dritten Rathe aus einem zweiten Manne des betreffenden Faches bestehen. Die Richteramtsprüfungen werden mündlich, die beiden andern

Prüfungen mündlich und schriftlich vorgenommen. Um zur Advokatenprüfung zugelassen zu werden, ist noch die in Folge strenger Prüfung auf einer kaiserlichen Universität erlangte Würde eines Doctor juris erforderlich.

Die bisher bestandenen berggerichtlichen Fiscaladjuncten- und Auscultanten-Prüfungen haben aufzuhören.

Die Auslagen für das Ministerium der Justiz im M. J. 1849 * waren folgende:

	fl. C. M.
Central-Leitung	343,576
Verwaltung in den Kronländern	4,566,150
Vorschüsse auf Jurisdictions-Auslagen	75,533
	4,985,259

Im 1. Semester 1850

Central-Leitung	191,054
Verwaltung in den Kronländern	3,732,770
Jurisdictions-Auslagen	207,392
Inquisitionen-Auslagen	490,246
	4,621,462

Ministerium des Cultus und des Unterrichtes.

Dieses Ministerium hat den hohen Beruf, die geistigen und moralischen Kräfte der Nation zu leiten, durch welche das Triebrad der Staatsmaschine in Bewegung gesetzt und im Gange erhalten wird. Es handelt sich hier nicht bloß um den einzelnen Staatsbürger, sondern um Beförderung des Staatszweckes im Großen, um das Wohl der Menschheit, um den höchsten Zweck: dem Willen des Schöpfers zu entsprechen.

Die moralische Kraft findet ihre vorzügliche Stütze in der Religion, die den Menschen von der Wiege bis zum Grabe begleitet, tröstet, aufmuntert, und allen seinen Handlungen, öffentlich und im Verborgenen, einen höheren Schwung, eine dem Gemeinwohl entsprechende Tendenz gibt.

Sie hat zum Zweck, den Menschen im Weltleben zu Anschauungen über das höchste, unbegreifliche Wesen zu erheben,

* II. 151. 152. Auslagen im J. 1843.

dem wir die Welterschöpfung verdanken, seine physische Natur zu veredeln, sein Gemüth für Alles, was geistig und erhaben ist, empfänglich zu machen, seinen Blick auf Jenseits zu werfen, um die Leiden auf dieser Erde leichter zu ertragen, durch freiwillige Aufopferungen das Wohl seiner Mitmenschen zu fördern, und sich Ansprüche auf Vergeltung in einer besseren Welt zu erwerben.

Um diesem Zwecke zu entsprechen, sind beinahe in jedem Theile der Erde Religionsgesellschaften gestiftet worden (in deren Ursprung einzugehen, ist hier nicht am Orte). Die Leiter derselben, wenn sie getreu ihrem Berufe folgen, gehören gewiß auch zur achtungswürdigsten Classe der Staatsbürger.

Die Kirche, welche die Gesamtheit der einzelnen, zu einem solchen Vereine gehörigen, Mitglieder in ihrem Schoße aufnimmt, stellt Meinungen fest, erteilt Lehren, schreibt Religionsgebräuche vor, bestellt die Diener der Religion, ordnet ihre hierarchischen Verhältnisse und verhängt Strafen.

Der Religionsverein darf bloß ein freiwilliger sein; Zwang würde bloß Widerstreben oder Heuchelei hervorrufen. Bei der Religion ist die Wesenheit von den Formen und Gebräuchen zu unterscheiden.

In Entscheidungen über die Wesenheit, worunter die Glaubenslehren und Religionsvorschriften in reiner Beziehung auf das höchste Wesen verstanden sind, kann und darf die Regierung nicht eingehen, sie würde sich in ein unerforschliches Gebiet wagen, und einen Uebergriß in die Macht des Schöpfers begehen.

Duldung jeder Religion, welche nicht unmoralische oder staatsgefährliche Lehren aufstellt, Achtung für die Diener der Religion, ist ihre Pflicht, sie muß aber auch Feindseligkeiten verschiedener Religionsgenossen gegen einander abwehren, sie darf nicht dulden, daß Partheien um der Religion willen sich mit Feuer und Schwert verfolgen, wie es bei dem Gögendienste wilder Völker der Fall war.

Bei Religionsgebräuchen ist nur zu verhindern,

daß sie nicht mit krassem Aberglauben verbunden sind, zu Aergernissen Anlaß geben, oder die bürgerliche Ordnung stören, was besonders im Mittelalter zu Zeiten stattfand.

Was die hierarchische Stellung der Kirchenvorsteher betrifft, so ist es wohl gewiß, daß die Systemisirung derselben und die Besetzung der Aemter vorzüglich von der Kirchengemeinde ausgehen muß, daß ihr aber hierin keine Suprematie eingeräumt werden kann, und die Autorität des Staates in Dingen, die sich nicht auf die Glaubenslehren beziehen, — anerkannt werden muß; wovon auch für die katholische Kirche, wenn sie gleich göttlicher Offenbarung ihren Ursprung verdankt, um so minder eine Ausnahme angesprochen werden kann, als selbst die Lehre Christi gebietet, Gott und dem Kaiser — was Rechtsens ist — zu leisten.

Die Disciplinargewalt der Kirche kann sowohl gegen die Religionsdiener, als gegen die Gemeindeglieder nur insoweit ausgeübt werden, als es sich um Entziehung der von ihr eingeräumten Rechte und Befugnisse handelt, keineswegs aber darf sie in die bürgerliche Strafgewalt eingreifen.

Ich habe in einem früheren Werke * meine Ansichten über die Grenzlinie zwischen der Staats- und Kirchengewalt unverhohlen ausgesprochen, und glaube mich hier darauf beziehen zu sollen.

So sehr ich es begründet halte, daß der katholischen Religion, zu welcher das Staatsoberhaupt und die größere Volksmenge sich bekennt, und welche seit vielen Generationen in den Geist der Nation eingedrungen ist, Vorzüge in Ehrenbezeigungen und materiellen Hülfen gewährt werden, so glaube ich doch, daß sich die Regierung hier nicht bloß von Religionsgefühlen leiten lassen, und daß auch den übrigen geduldeten Religionen, welcher jeder Einzelne in der Regel zuerst nicht aus freier Wahl sich anschließt, der Schutz von Seite des Staates — und die nothwendige Unterstützung gleich anderen gemeinnützigen Anstalten nicht versagt werden soll.

Dem Clerus, insbesondere dem katholischen, ist in seinem

* II. 922.

ehrwürdigen Berufe auf der Kanzel und in der Schule der möglichste Vorschub zu leisten, jedoch immer darüber zu wachen, daß die geistliche Macht nicht zu Widerstreben gegen die Staatsgewalt mißbraucht werde, selbst dem Kirchen-Oberhaupte gegenüber sind die staatsrechtlichen Beziehungen nicht außer Acht zu lassen.

Uebrigens ist es allerdings mit dem Berufe der katholischen Geistlichkeit vereinbar, und nützlich, daß die Glieder derselben, unbeschadet ihrer religiösen Pflichten, insoferne sie hierzu geeignet sind, zugleich zu Staatsdiensten sich verwenden, und ihre vorauszusetzende höhere Bildung, ihre durch den Verkehr mit allen Volksclassen gewonnene Erfahrung und Einsicht, und das Zutrauen, welches ihre Stellung erweckt, benützt werde, um die Staatszwecke zu fördern; dagegen hätte der Clerus, wie es bisher in Oesterreich geschah, fortan mit dem Beispiele der Anhänglichkeit an die Regierung und treuer Pflichterfüllung in Lehre und That voranzugehen.

Dadurch schiene mir der so wünschenswerthe Verband zwischen der geistlichen und weltlichen Macht erhalten werden zu können, der für beide gedeichtlich ist, wogegen Collisionen nur verderbliche Folgen für den Geist des Volkes, und die Ordnung und Ruhe im Staate herbeiführen müssen.

Zunächst der Religion ist die Pflege der Wissenschaft hoher Aufmerksamkeit von Seite der Staatsverwaltung würdig. Sie entwickelt die Geisteskräfte der Nation, und fördert zugleich die materiellen Interessen. Ackerbau, Forstpflanze, Bergbau, Gewerbe und Fabriken, Handelsverkehr und Schifffahrt erhalten durch wissenschaftliche Hülfe, Leben und Fortschritt. Alle Zweige der Administration, die Bildung der Militärmacht, die Regierungskunst selbst, — in ihrem vollen Umfange, haben die Wissenschaft zur Grundlage. Der Verstand muß an der Spitze der Verwaltung wie der Verfassung stehen.

Es kann jedoch die Beförderung der Wissenschaften nicht durch imperative und Zwangs-Maßregeln erzielt werden.

Es dürfte lediglich darauf ankommen, die Liebe für die Wissenschaft zu erwecken, derselben ein freies Feld zu eröffnen,

die aufkeimenden Talente zu unterstützen, die Entwicklung derselben nicht durch pedantische Schulanstalten zu hemmen, den wissenschaftlichen Vereinen Schutz zu gewähren, den litterarischen Werken Umlauf zu gestatten, Verdienste zu belohnen, dem Partheigeiste keinen Vorschub zu geben; — vor Allem aber im Lehramte und im Staatsdienste Männer von hervorragenden Kenntnissen und bewährter Moralität auf höhere Posten zu stellen.

Auch die schönen Künste sind der besonderen Beachtung und Begünstigung von Seite der Regierung würdig. Sie erheitern das Leben, veredeln die Sinnlichkeit durch reinere Genüsse, sprühen Funken der Begeisterung durch Anschauung plastischer Meisterwerke und durch den Zauber der Musik in das materielle Treiben, schaffen Werke für die Mit- und Nachwelt, in Gemälden auf Jahrhunderte, in Statuen und Monumenten auf Jahrtausende, befördern religiöse Gefühle in Gotteshäusern, verewigen das Andenken an große Männer und Thaten, zur Aufmunterung für nachfolgende Generationen, und zur Begründung des Nationalstolzes.

Anerkennung und Auszeichnung für Meisterwerke, Unterstützung aufkeimender Talente, werden auch hier als wirksame Hülfsmittel zur Vervollkommenung dienen; und zugleich auf alle Zweige der Industrie gedeihlichen Einfluß nehmen.

Was nun zunächst die Einwirkung der neuesten Volksbewegung auf das Religionswesen * betrifft, so glaube ich bemerken zu sollen, daß die weisen Grundsätze der Kaiserin Maria Theresia, welche devot im Privatleben, gleichwohl ihrem Berufe als Regentin in vollem Maße entsprechend — der Aufhebung des gefürchteten Jesuiten-Ordens ihre Zustimmung gab und ihr Ansehen selbst gegenüber dem päpstlichen Stuhle zu behaupten wußte, — die humanen Toleranz-Verordnungen unter Kaiser Joseph II., und das entsprechende Verfahren unter den nachfolgenden Regenten, wo dieser Zweig

* II. 292.

der Administration bei den Landes- und Hofstellen, und insbesondere im Staatsrathe, durch sehr verständige Referenten geistlichen Standes vertreten war, gewiß viel dazu beitrugen, daß bei der allgemeinen Erschütterung, welche die Revolution in der österreichischen Monarchie bewirkt hatte, die Kirchen mit ihren Schätzen unversehrt blieben, der Gottesdienst nicht gestört wurde, und die Geistlichkeit ihr Ansehen behauptete, — was mit Hinblick auf die Gräuel in religiöser Beziehung während der ersten französischen Revolution erfreulich sein mußte.

Einige Unfälle kamen wohl vor, wozu die gewaltsame Vertreibung der Liguorianer immer zu rechnen ist, wenn gleich die Aufhebung dieses Ordens selbst durch die Allerh. Entschl. vom 8. Mai 1848 nachträglich für nöthig erkannt wurde.

Das Patent vom 4. März 1849, womit die politischen Rechte der Staatsbürger aus Anlaß der neuen Constitution gewährleistet wurden, stellt in Bezug auf Religion folgende Grundsätze fest:

§. 1. „Die volle Glaubensfreiheit, und das Recht der häuslichen Ausübung des Religionsbekenntnisses, ist Jedermann gewährleistet. Der Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte ist von dem Religionsbekenntnisse unabhängig, doch darf den staatsbürgerlichen Pflichten durch das Religionsbekenntniß kein Abbruch geschehen.“

§. 2. „Jede gesetzlich anerkannte Kirche und Religionsgesellschaft hat das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung, ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig, bleibt im Besitze und Genuße der für ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonde, ist aber, wie jede Gesellschaft, den allgemeinen Staatsgesetzen unterworfen.“

Das Ministerium erklärt, Oeffentlichkeit und Ablegung von Rechenschaft in allen seinen Schritten sich zur Pflicht machen zu wollen.

Um nun auf der oben angedeuteten Grundlage über die

künftige Stellung der katholischen Kirche, und über die Verhältnisse zwischen Kirche und Staat, Berathung zu pflegen, wurden die Bischöfe und Erzbischöfe der deutsch-slavischen Provinzen, über kaiserl. Befehl vom 31. März 1849, in Wien versammelt. Es trafen 30 Bischöfe daselbst ein; die Berathungen wurden vom 30. April bis zum 17. Juni 1849 gehalten, und die Resultate dem Ministerium mitgetheilt, schließlich ein Comité von 4 Bischöfen unter dem Vorsitze des Erzbischofs von Salzburg erwählt, welches die Bestimmung erhielt, über die von der Versammlung verhandelten Gegenstände mit der Regierung in Verkehr zu treten.

Da die General-Versammlung nicht den Character eines Conciliums oder einer Synode hatte, so trat weder für die Mitglieder noch für ihre Nachfolger, eine Rechts- oder Religions-Verbindlichkeit zur Beobachtung der gefassten Beschlüsse, und zum Festhalten an denselben ein, sondern es handelte sich lediglich um Petitionen und Anträge, worüber die Regierung nach freier Ansicht zu entscheiden hatte.

Aus diesem Gesichtspuncte glaube ich die Allerh. Entschl. vom 18. April 1850 über mehrere der wichtigeren Berathungspuncte auffassen zu sollen.

Es kam hierbei vor Allem darauf an, die schwierige Aufgabe der Ermittlung einer festen Gränze zwischen der Staats- und Kirchengewalt zu lösen.

Wenn erwogen wird, daß der Streit hierüber, bis zu den falschen Isidorischen Decretalien hinauf, seit Jahrhunderten besteht, daß beide Gewalten häufig auf demselben Puncte zusammentreffen müssen, daß Collisionen mit dem Kirchen-Oberhaupt, welches zugleich Regent eines fremden Staates ist, vielmehr einen politischen Character annehmen, daß so oft von ein und anderer Seite Uebergriffe stattfanden, daß insbesondere die österreichische Regierung in ihren dießfalls beobachteten Maximen mehrmals schwankte, daß endlich die Befenner der katholischen Religion in staatsrechtlicher Beziehung keine Vorrechte vor andern Religionsgenossen anzusprechen haben, —

so stellte sich wohl, wenn ja die Sache dermal zur Entscheidung kommen sollte, eine Art von freiwilligem Zugeständnisse — welches im Falle wahrzunehmender Uebergriffe zurückgenommen werden könnte, als ein entsprechender Ausweg zur Beilegung des Streites dar.

Diese in der Allerhöchsten Entschließung enthaltenen Zugeständnisse bestehen vorzüglich in Folgendem:

a. Daß die Verwendung der Bischöfe und der Gläubigen an den päpstlichen Stuhl ohne Intervention und Bewilligung weltlicher Behörden stattfinden darf, und zur Bekanntmachung päpstlicher Anordnungen das Placetum regium nicht mehr erforderlich ist.

Allerdings scheinen diese Vorsichtsmaßregeln bei den eingetretenen friedlicheren Verhältnissen entbehrlich, und es dürfte das Placetum regium, das kaum jemals verweigert wurde, nun bloß als Formalität sich darstellen; wiewohl es anderseits dem Clerus insbesondere erwünscht sein muß, Collisionen zwischen der geistlichen und weltlichen Macht, zwischen kirchlichen und bürgerlichen Verordnungen vorzubeugen, daher auch von dem Papste selbst gegen diese alte Übung keine Beschwerde zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurde.

b. Daß den katholischen Bischöfen frei stehe, inner den Gränzen ihrer Amtsgewalt Anordnungen an den unterstehenden Clerus und an die Gemeinden, ohne vorläufige Genehmigung der Staatsbehörden, sondern bloß gegen Mittheilung von Abschriften an dieselben, zu erlassen.

Es kann sich hier nur auf die obige Bemerkung bezogen werden, zumal es gewiß nicht in der Tendenz der Bischöfe liegen wird, der Regierung widerstrebende Anordnungen durchzusetzen.

c. Die Ernennung der Bischöfe ist dem Kaiser, als ein von den Vorfahren überkommenes Recht — zuerkannt; über die Art der Besetzung anderer geistlicher Aemter und Pfründen sind noch Verhandlungen im Zuge.

Ich glaube hierüber nur bemerken zu sollen, daß bei diesen Ernennungen, nebst den allgemeinen staatsrechtlichen Rück-

sichten, wohl auch jene Rechte, die aus Stiftungen abzuleiten sind, welche vom Staate gemacht werden, oder über die er zu wachen hat, — zum Einschreiten der weltlichen Gewalt geltend zu machen sein dürften.

d. Der Kirchengewalt wird das Recht zuerkannt, Kirchenstrafen zu verhängen, die auf bürgerliche Rechte keine Rückwirkung üben, so wie auch jene, welche sich Pflicht-Verletzungen bei Verwaltung von Kirchenämtern schuldig machen, abzusetzen, und sie der mit dem Amte verbundenen Einkünfte verlustig zu erklären.

e. Wenn ein katholischer Geistlicher seine Stellung und seine Befugnisse zu andern Zwecken in der Art mißbraucht, daß die Regierung seine Entfernung vom Amte nothwendig findet, so muß sich deßhalb vorerst mit seinen kirchlichen Vorgesetzten ins Einvernehmen gesetzt, wenn ein katholischer Geistlicher wegen Vergehen oder Verbrechen verurtheilt wird, so müssen dem Bischöfe die Verhandlungsacten auf sein Verlangen mitgetheilt werden.

In den beiden Puncten d und e dürfte wohl die Reciprocität in der Ausübung der geistlichen und weltlichen Macht nicht genau beobachtet sein, ich glaube daher, daß wenn etwa ein Geistlicher in einem Collisionsfalle der oben angegebenen Art darum seiner Einkünfte verlustig werden sollte, weil er dem politischen Gesetze Folge leistet, ihm dafür der Ersatz vom Staate zu bewilligen wäre.

Die übrigen Berathungspuncte stehen noch in Verhandlung, und es werden Vorbereitungen zum Abschlusse eines Concordates mit dem päpstlichen Stuhle gemacht.

In Bezug auf die erwähnten Allerhöchsten Zugeständnisse haben die katholischen Pius-Vereine zu Beverungen und Hörter an der Weser in Preußen eigene Dankadressen unterm 12. Juni 1850 an Seine Majestät den Kaiser eingesendet.

Uebrigens muß ich hier noch eines kürzlich erschienenen,

interessanten Werkes * über die neuesten, die Kirche betreffenden Verordnungen erwähnen, wobei ich jedoch keineswegs dem hierin ausgesprochenen Tadel über die Reformen Kaiser Joseph II. beizustimmen vermag, die doch damals selbst bei den geistlichen Churfürsten hohe Anerkennung gefunden hatten.

Unter Einem sind auch die Superintendenten der evangelischen Confessionen zur Berathung über ihre Kirchenverhältnisse aufgefordert worden.

Mit Circulare vom 30. Jänner 1849 wurden die Verhältnisse der Katholiken provisorisch geregelt. Sie werden in Evangelische der Augsburger- und Evangelische der Helvetischen Confession abgetheilt. Der Uebertritt von einem christlichen Bekenntnisse zu einem andern steht Jedem frei, der das 18. Jahr zurückgelegt hat, nur müssen gewisse Formalitäten beobachtet werden. Tauf-, Trau- und Sterbebücher für evangelische Kirchengemeinden werden von ihren Seelsorgern geführt. Bei Ehen zwischen katholischen und nicht katholischen Religionsgenossen hat das Aufgebot in der Kirche eines jeden derselben zu geschehen, bei Ehen zwischen christlichen nicht katholischen, nur in den gottesdienstlichen Versammlungen der Brautleute.

Im October 1850 wurden die Bischöfe der griechisch-unirten Kirche zu einer Versammlung in Wien berufen, wobei Berathungen über Einführung von Diöcesan-Synoden, Ausbildung der Geistlichkeit, Gründung von Seminarien, Verbesserung der Volksschulen u. s. w. gepflogen, jedoch die Verhältnisse der griechischen Kirche zum Staate, und die Stellung gegenüber der katholischen Kirche, — nicht berührt wurden.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 15. December 1848 wurde die Herstellung des Patriarchates für die Serbische Nation bewilligt, und diese Würde mit dem erzbischöflichen Stuhle in Carlowitz verbunden.

Ich gehe nun auf die zweite Bestimmung dieses Ministeriums: Die Leitung des Unterrichtswesens ** über.

* Der Josephinismus und die kaiserlichen Verordnungen vom 18. April 1850 in Bezug auf die Kirche. Wien 1851.

** II. 266.

In Studienfachen ist das Ministerium des Unterrichtes an die Stelle der früher bestandenen Studien-Hofcommission getreten.

Der Unterricht hat in der Periode der Volksbewegung eine gewaltige Unterbrechung erlitten. Die ehrwürdige Wiener-Universität, aus der so viele Gelehrte und Staatsmänner zum Heile der Monarchie hervorgegangen sind, wurde zu einem Kriegs-Depot umgestaltet. Die meisten öffentlichen Lehranstalten stockten in einem längeren Zeitverlaufe.

Das neu errichtete Ministerium ließ sich die Wiederbelebung des gestörten Unterrichtswesens sehr angelegen sein. Es erklärte sich in einem Programme vom Juli 1848 als das Organ der Volksvertretung in den Interessen der Wissenschaft und Bildung, und traf mehrere vorbereitende Maßregeln, noch ehe zu einer allgemeinen Reform im Studienwesen geschritten wurde. Dahin gehörte: die Vorsorge für den Volksschul-Unterricht, die Befreiung der Schule von der Bevormundung durch die Kirche, (ohne Ausschließung des Clerus vom Unterrichte), Bildung der Lehrer.

Es stellte die Herausgabe eines *Journal*es unter freier Theilnahme aller Sachverständigen in Aussicht, als eines Organes, in welchem es Rechenschaft ablegen, und die Intelligenz der gesammten Nation an seinem Wirken theilhaben könne.

Durch das Allerhöchste Patent vom 4. März 1849 ist unter den gewährleisteten politischen Rechten Folgendes ausgesprochen:

S. 3. „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten zu gründen, und an solchen Unterricht zu erteilen, ist jeder Staatsbürger berechtigt, der seine Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner solchen Beschränkung.“

S. 4. „Für allgemeine Volksbildung soll durch öffentliche Anstalten gesorgt werden. Der Religionsunterricht in den Volksschulen wird von der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft besorgt. Der Staat führt über das Unterrichts- und Erziehungswesen die Obergewalt.“

Durch Ministerial-Erlass vom 11. December 1848 wurde das Verfahren bei Wiederbesetzung erledigter Lehrkanzeln an Universitäten, Lyceen, Gymnasien, technischen Instituten und Realschulen vorgeschrieben. Die Besetzungsvorschläge haben von dem Lehrkörper der Anstalt auszugehen, an welcher das Amt erledigt ist. Vorlage wissenschaftlicher Arbeiten Probe-Vorlesungen, Concurssprüfungen dienen zur Basis der Auswahl unter den Competenten.

Mit Allerhöchster Entschliessung vom 13. August 1849 wurde ein provisorisches Gesetz über die Prüfung der Candidaten des Gymnasiallehramtes erlassen. Das Examen, welches durch eine Commission vorgenommen wird, muß auf ein specielles Hauptgebieth des Gymnasialunterrichtes sich beziehen, und zugleich den gehörigen Grad allgemeiner Bildung ins Auge fassen.

Die Hauptgebiethen sind: 1. das philologische, 2. das historisch-geographische, 3. das mathematisch-naturwissenschaftliche, 4. das Studium der Philosophie und der Unterrichtssprache.

Nach Verordnung vom 3. Juni 1850 sind zum Uebertritt von den Gymnasial- in die Facultäts-Studien — Maturitäts-Zeugnisse erforderlich.

Durch Allerhöchste Entschliessung vom 9. Juni 1850 sind die Kosten der Erhaltung des Teschner evangelischen Gymnasiums, als öffentlicher Unterrichtsanstalt, auf das Aerar übernommen worden, wornach es in Zukunft von den Beiträgen, wozu bisher die evangelischen Gemeinden der meisten Kronländer verhalten worden waren — abzukommen hat.

Durch Allerhöchste Entschliessung vom 24. October 1849 wurde die Einsetzung von provisorischen Landes Schulbehörden angeordnet, welche denselben Wirkungskreis haben, der früher den Landesbehörden in Bezug auf das Schulwesen eingeräumt war.

Durch Allerhöchste Entschliessung vom 27. September 1849 wurde ein provisorisches Gesetz über die Organisation der akademischen Behörden in den deutschen Provinzen erlassen.

Es wurde hierbei von dem Grundsatz ausgegangen, die unmittelbare Leitung des Unterrichtswesens in die Hände der Lehrer zu legen, denselben alle akademischen Würden zugänglich zu machen, und ihnen selbst in der obersten akademischen Behörde einen überwiegenden Einfluß zu geben.

Die Universitäten * gliedern sich in die bisher üblichen 4 Abtheilungen: Theologie, Rechtswissenschaften, Medizin, Philosophie; jede derselben führt den Namen Facultät, und besteht aus den Lehrercollegien und den immatrikulirten Studenten.

Das Lehrercollegium einer Facultät besteht aus den ernannten Professoren, Privatdocenten und Lehrern im engeren Sinne, welche letzteren nicht eine Wissenschaft vertreten, sondern eine Kunst oder Fertigkeit, z. B. Sprache, lehren.

Aus dem Lehrercollegium einer jeden Facultät geht das Professorencollegium als die unmittelbar leitende Behörde der Studien-Abtheilung hervor. Es besteht aus den Professoren, auch sind jedem 2 Privatdocenten mit Sitz und beratender Stimme beigegeben. Von demselben wird jährlich ein Decan als Vorstand gewählt.

Aus den Professorencollegien wird der akademische Senat zusammengesetzt, welcher an die Stelle der früher von der Regierung ernannten Studien-Directoren tritt. Er besteht aus dem Rector und den sämtlichen Decanen, dann den früher in dieser Eigenschaft bestandenen Trägern dieser Würden, welche den Titel: Prorectoren und Prodecane führen. Der Rector wird jährlich von den Professorencollegien nach einer bestimmten Ordnung gewählt.

Durch Allerb. Entschließung vom 29. September 1850 wurden allgemeine Anordnungen über die Facultätsstudien der Universitäten zu Wien, Prag, Lemberg, Krakau, Olmütz, Graz und Innsbruck erlassen.

Die Hörer der Facultäts-Vorlesungen sind entweder immatrikulirte (ordentliche) oder nicht immatrikulirte (außerordentliche).

* II. 272. 276.

Die Immatrikulirung geschieht, wenn die Erfordernisse nachgewiesen sind, gegen Erlag einer Taxe von 2 fl. C. M.

Die außerordentlichen Hörer, zu denen insbesondere auch die Pharmaceuten gehören, müssen die Bewilligung bei dem Decan der Facultät, an der sie Collegien hören wollen, ansuchen, und den gehörigen Grad geistiger Vorbildung nachweisen.

Die Evidenzhaltung der Hörer ist die Sache der Quästur. Sie muß Cataloge über dieselben führen. Den Studierenden steht es frei, zu wählen, welche Vorlesungen, und bei welchem Lehrer sie dieselben hören wollen. Nur Jenen, welche zu Doctorats- oder Staats-Prüfungen zugelassen werden wollen, ist die Nachweisung eines Universitäts-Besuches von bestimmter Dauer nothwendig, und zwar für das philosophische Doctorat von 3, für das medicinische von 5, für Staats-Prüfungen von 4 Jahren, in welche Privatstudien nicht eingerechnet werden.

Auch Angehörige fremder Staaten können immatrikulirt, und den Inländern kann auch die an fremden Universitäten zugebrachte Studienzeit zu Guten gerechnet werden.

Annual- und Semestral-Prüfungen sind aufgehoben.

Zeugnisse der Docenten gelten nur als Privatzeugnisse, und haben den Zweck zu bezeichnen, zu welchem sie ausgestellt werden.

Die Studierenden erhalten nach Ablauf des Semesters, in Folge vorläufiger Berathung des Decans mit den Professoren über die Frequentation der immatrikulirten Studenten, Besuchszeugnisse.

Bei dem Austritte aus der Universität wird dem Studierenden ein Universitätszeugniß ausgefolgt.

Durch Allerh. Entschließung vom 12. Juli 1850, wurden Collegial-Gelder, theils zur Aneiferung für Professoren, theils um Privatdocenten zu gewinnen, eingeführt. Die Einhebung geschieht mittelst der Quästur, welche 5 Procent in Abzug bringt. Befreiungen, ganz oder zur Hälfte, werden mittellosen und ausgezeichneten Zuhörern gestanden.

Durch Minister-Erlaß vom 16. Jänner 1849 wurde eine Reform des thierärztlichen Studiums * vorgenommen. Es werden 3 Classen der heilkundigen Individuen gebildet: 1. Magister der Thier-Heilkunde, 2. Thierärzte, 3. Curschmiede (Pferdärzte). Die Lehrgegenstände werden von 5 Professoren in dem Wiener-Thierarzenei-Institute vorgetragen.

Durch Allerh. Entschließung vom 8. October 1850 wurden die Anordnungen über die Universitäts-Studien in den deutsch-slavischen Provinzen auch auf die Universität zu Pesth ausgedehnt.

Durch Minist. Verordnung vom 8. Jänner 1850 wurden mehrere Bestimmungen in Bezug auf die Leitung und Einrichtung der Gymnasien, Lyceen und Universitäten im lomb. venet. Königreiche getroffen. Die Gymnasien haben einen Präfecten, die Lyceen und Universitäten einen Director zum Vorsteher, welcher wesentlichen Einfluß auf die Ordnung des Studienwesens, so wie auf die Ernennung und die Besetzungsvorschläge für Lehrersstellen zu nehmen, jedoch zuvor mit den Lehrkörpern in eigenen Conferenzen hierüber zu berathschlagen hat. In den Gymnasien soll nicht mehr, wie bisher Ein Lehrer alle Gegenstände einer Classe vortragen, sondern es sollen die Lehrer nach den Abtheilungen der Wissenschaften auch für mehrere Classen bestellt werden.

Zusolge Verordnung vom 24. October 1850 sollen im lomb. venet. Königreiche in den Lyceen nur solche Schüler, welche der Provinz angehören, in der das Lyceum besteht, ferner zu philosophischen Facultätsstudien nur Angehörige der Provinz, in welcher die Universität befindlich ist, zugelassen werden.

Wer in die juridische Facultät aufgenommen werden will, muß — je nach der Lage der Universität — seine Abstammung aus dem venetianischen oder aus dem lombardischen Gebiete nachweisen. Der Privatunterricht in der Philosophie ist eingestellt.

* II. 272.

Diese besondern Bestimmungen scheinen sich auf politische Rücksichten zu gründen.

Mit Allerh. Entschließung vom 4. October 1850 wurde eine Vorschrift über die Rechtsakademien in Ungarn erlassen.

Die Akademien zu Preßburg, Kaschau und Großwardein werden einer Reorganisation unterzogen, jene zu Raab bleibt vorläufig geschlossen. Sie sollen in Zukunft die Benennung k. k. Rechtsakademien erhalten, und so weit ihre Fonde nicht zureichen, Dotationen aus dem Staatsschatz beziehen. Wer zum Zwecke des Eintrittes in den Staatsdienst die Rechts- und staatswissenschaftlichen Studien absolviren will, kann nur 2 Jahre an der Rechtsakademie zubringen, und selbe einrechnen; daher er, wenn 3 bis 4 Jahre dieser Studien erforderlich sind, dieselben an einer österreichischen Universität ergänzen muß.

Die Rechts-Akademien stehen unter einem Director, der die wichtigeren Angelegenheiten in Sitzungen verhandelt, welchen das gesammte Lehrpersonale beiwohnt. Die Professoren werden als Staatsbeamte angesehen. Die Studierenden haben ein Unterrichtsgeld mit 8 fl. C. M. für den Semester, für Rechnung des Studienfondes zu bezahlen. Gleiche Vorschriften sind für die Rechtsstudierenden der Akademie zu Ugram erlassen. Sie steht unter dem Banus.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 8. October 1850 wurde die Organisation der k. k. evangelisch-theologischen Lehranstalt in Wien festgestellt, und derselben zugleich das Recht, — das sonst nur Universitäten zusteht — eingeräumt, das Doctorat der evangelischen Theologie zu verleihen.

Der Beruf dieser Anstalt ist, die evangelisch-theologische Wissenschaft zu pflegen, und die Candidaten des Predigeramtes auszubilden.

Die Leitung derselben, in Beziehung auf den Unterricht und die Disciplin, steht dem Professoren-Collegium zu, bei

welchem auch Privatdocenten interveniren, und welches jährlich einen Decan aus seiner Mitte wählt.

Für die katholischen Religions-Lehranstalten sind folgende Bestimmungen getroffen:

Durch Allerhöchste Entschließung vom 23. April 1850 wurde über den Antrag der versammelten Bischöfe in Bezug auf den Einfluß, welchen der katholische Clerus auf das Unterrichtswesen in Oesterreich zu nehmen hat, anerkannt, daß sich dieser Einfluß vorzüglich auf die Heranbildung der Candidaten des geistlichen Standes und auf den Unterricht in Religionswissenschaften zu erstrecken habe. Es wurde hiernach Folgendes verordnet:

Niemand kann an niedern oder höheren öffentlichen Lehranstalten als katholischer Religionslehrer, oder als Professor der Theologie verwendet werden, ohne von dem Bischöfe, in dessen Diöcese die Anstalt sich befindet, die Ermächtigung erhalten zu haben. Die Ernennung solcher hiernach zum Lehramte befähigten Männer zu Professoren an theologischen Facultäten, oder Zulassung als Privatdocenten, ist der Regierung vorbehalten.

In Diöcesan-Lehranstalten steht die Ernennung der Lehrer dem Bischöfe, — jedoch über vorläufiges Einvernehmen mit der Regierungsbehörde — zu, welches letztere dadurch begründet wird, daß der Religionsfond *, aus welchem diese Anstalten erhalten werden, bedeutender Zuschüsse aus dem Staatsschatze bedarf, daß auch beurtheilt werden muß, ob der in diesen Anstalten erteilte Unterricht für die Befähigung zu Lehrämtern an Universitäten und Gymnasien in Anschlag gebracht werden könne, daß endlich der Geistliche durch Führung der Pfarrbücher, durch Leitung der Volksschule und des Armenwesens, und durch Intervention bei dem Abschlusse der Ehebündnisse, durch welche bürgerliche Pflichten begründet werden,

* II. 315—318 im Jahre 1783 errichtet.

solche Amtsobliegenheiten übernimmt, bei welchen er zugleich als Beauftragter des Staates erscheint.

Zum Religions-Unterrichte an Mittelschulen hat der Bischof, nach vorläufigem Concurse, die Wahl des Lehrers zu treffen, und selbe der Regierung anzuzeigen, welche letztere nur aus wichtigen Gründen davon abzugehen befugt ist.

In Ansehung der Volksschulen hat es bei den bisherigen Normen zu bewenden.

Bei den philosophischen Facultäten hat es von der Anstellung systemisirter Professoren der Religionswissenschaft abzukommen, dagegen kann besonders hierzu geeigneten, vom Bischofe bezeichneten, Männern ein angemessener Gehalt angewiesen werden.

An den Universitäten sollen Prediger angestellt werden, deren Auswahl dem Bischofe überlassen ist.

Den Bischöfen ist die Leitung der geistlichen Seminarien eingeräumt, auch die Errichtung der Knaben-Seminarien gestattet.

Zu den strengen Prüfungen der Candidaten der theologischen Doctors-Würde ernennt der Bischof die Hälfte der Prüfungscommissäre.

Es kann Niemand die theologische Doctors-Würde erlangen, der nicht vor dem Bischofe das Tridentinische Glaubensbekenntniß abgelegt hat.

Mit Allerhöchster Entschließung vom 27. Juni 1850 wurde ein provisorisches Gesetz über den Privatunterricht erlassen: Derselbe kann über Lehrgegenstände der Gymnasial- und Realschulen auch in Privatilehranstalten erteilt werden. Jede solche Anstalt muß einen Vorstand haben, welcher die Verantwortlichkeit über den Zustand derselben übernimmt, und seine Befähigung zum Lehramte nachweisen muß. Diese Anstalten können entweder mit der Berechtigung, den Namen Gymnasial- und Realschulen zu führen, oder ohne dieselbe, errichtet werden.

In ersterem Falle müssen sie in Bezug auf den Lehrplan, die Lehrmittel und Befähigung der Lehrer, gleiche Einrichtung mit den gleichnamigen Staats-Anstalten und die Bewilligung des Unterrichts- und Cultusministers haben.

In letzterem Falle sind Privatanstalten in ihrer Einrichtung nicht an jene der gleichnamigen Staatsschulen gebunden; es muß jedoch drei Monate vor Eröffnung derselben die Anzeige an den Statthalter mit Vorlegung eines Programms über den Zweck und die Einrichtung derselben erstattet werden.

Alle Privatlehranstalten stehen unter der Oberaufsicht der Regierung.

Zur Erlangung staatsgültiger Zeugnisse, welche Privatanstalten nicht ausstellen dürfen, haben sich Schüler der Privatanstalten der Prüfung an einer öffentlichen entsprechenden Lehranstalt zu unterziehen. Das Ministerium kann jedoch solchen Privatanstalten das Befugniß der öffentlichen Lehranstalten ertheilen.

Privatanstalten, welche den Unterricht in solchen Wissenschaften ertheilen, wobei der Unterricht in den Gymnasial- oder Realschulen schon vorausgesetzt wird, können nur mit besonderer Bewilligung der Regierung errichtet werden.

Eine der wichtigen Aenderungen im früheren Studiensysteme, ist die Einführung der Staatsprüfungen, welche durch Allerhöchste Entschließung vom 29. Juli 1850 angeordnet wurden. Seit der Abstellung der halbjährigen (Semestral-) Prüfungen, wornach der Studierende vom ersten bis zum letzten Studienjahre durch Zeugnisse sich für den nächsten Cours, und zuletzt für eine Anstellung qualifiziren mußte, — wurde es den Studierenden freigestellt, sich den Prüfungen zu unterziehen, oder bloß Zeugnisse über den Besuch der Collegien beizubringen.

Um sich jedoch von der hinlänglichen Bildung der Bewerber um Staatsdienste in rechts- und staatswissenschaft-

licher Beziehung, sowohl im Allgemeinen, als nach den Anforderungen für den einzelnen Dienstzweig, dem sie sich widmen — die gehörige Ueberzeugung zu verschaffen; — anderseits aber auch die Studierenden im Verlaufe der Studienjahre zu einer thätigen, dem Zwecke der Vorbereitung für den Staatsdienst entsprechenden Verwendung anzueifern, wurde zur Aufnahme in denselben, nebst Nachweisung der zurückgelegten gesetzlichen Studienzeit, — die vorläufige Ablegung von Staatsprüfungen als Bedingniß vorgezeichnet.

Diese theilen sich in zwei Arten: in eine theoretische Prüfung — welche eine umfassende wissenschaftliche Grundbildung, — ohne in das Detail näher einzugehen, — erproben, und der Verwendung im Staatsdienste vorausgehen soll, — und in eine practische, welche nach erfolgter Verwendung bei einer Behörde mit Rücksicht auf die besonderen, für den betreffenden Dienstzweig erforderlichen Kenntnisse, nach den besonderen, von den einzelnen Ministerien zu treffenden Bestimmungen, vorgenommen werden soll.

Die theoretische Staatsprüfung wird in drei Abtheilungen vorgenommen, von welchen die Eine die allgemeine, die beiden andern die speciellen heißen.

Von diesen letzteren wird die eine die staatsrechtlich-administrative, die andere die judicielle genannt.

Die allgemeine Prüfung wird mündlich und schriftlich, die speciellen werden nur mündlich vorgenommen.

Es steht in der freien Wahl des Studierenden, welcher von den drei Prüfungsabtheilungen er sich zuerst unterziehen will, und er darf zwei oder eine derselben schon während der Dauer seiner Studien ablegen.

Die Gegenstände der Prüfungen sind:

- a) bei der allgemeinen Abtheilung: Rechtsphilosophie, innere Verwaltungspolitik, Nationalöconomie, Finanzpolitik, allgemeine und österreichische Specialstatistik, und ein Umriss der Welt- und der österreichischen Geschichte.

b) bei der speciellen und zwar:

aa) bei der staatsrechtlich-administrativen:

Oesterreichisches Staatsrecht,

„ „ Kirchenrecht,

„ „ Verwaltungs- und

„ „ Finanzgesetzkunde.

bb) bei der judiciellen:

Oesterreichisches Strafrecht und Strafverfahren,

„ „ bürgerliches Recht,

„ „ Handels- und Wechselrecht,

„ „ gerichtliches Verfahren in und außer
Streitsachen.

Durch Erlass vom 21. Jänner 1851 wurden einige Erleichterungen in der Prüfung zu aa zugestanden.

Zur Vornahme der Staatsprüfungen wurden Commissionen in allen Provinzial-Hauptstädten aufgestellt. Sie sollen mit dem Beginne des Studienjahres 1851 in Wirksamkeit treten.

Im lombard. venet. Königreiche vertreten — bis nicht die Lernfreiheit an den Universitäten zu Pavia und Padua eingeführt ist, — die nach Zurücklegung des vierten Jahrganges der rechts- und staatswissenschaftlichen Studien erhaltenen Absolutorien, die Stelle der Zeugnisse über die allgemeine Abtheilung der theoretischen Staatsprüfung.

Besondere Vorschriften bestehen hinsichtlich des Ueberganges zu dem neuen Studienplane für die bereits früher in die Universität eingetretenen Studierenden; auch sind wesentliche Erleichterungen in der Ablegung der Staatsprüfungen, und den Bedingungen der Zulassung zu denselben für: Ungarn, Croatien, Siebenbürgen und die Wojwodschafft Serbien sammt dem Temescher-Banate zugestanden, theils wegen der Eigenthümlichkeit der Einrichtung der Rechtsstudien in diesen Ländern, theils weil durch die politischen und Justiz-Reformen ein großer Bedarf an gesetzkundigen Individuen sich in denselben ergibt.

Der Unterricht in der Landwirthschaft, dem Forst-, Berg-

und Hüttenwesen greift in den Wirkungskreis zweier Ministerien ein.

Die Abgrenzung beruht nach der Allerhöchsten Entschlieſung vom 4. Juni 1849 vorzüglich darauf, daß jene Schulen, deren Organisation auf den unmittelbaren Zusammenhang mit dem wirklichen Betriebe gegründet wird, dem Ministerium für Landescultur und Bergwesen — die übrigen jenem des öffentlichen Unterrichtes, jedoch in gegenseitigem Einvernehmen unterstehen. Zu den ersteren gehören: die practischen Ackerbau-, Forst- und Bergwerksschulen; zu den letzteren: die Volksschulen, die Universitäten und technischen Schulen, insoferne bei denselben die betreffenden Lehrfächer vorgetragen werden.

In Bezug auf die Pflege der schönen Künste hat eine wichtige Veränderung durch die mit Allerh. Entschlieſung vom 8. October 1850 erfolgte Reform der k. k. Akademie der bildenden Künste in Wien * sich ergeben.

Sie hört auf, höchste Kunstbehörde zu sein, ihre Plenar-sitzungen (der akademische Rath) sind aufgehoben, die Leitung der Anstalt ist einer Section im Unterrichts-Ministerium übertragen. Sie soll künftig nur als höhere Kunstschule betrachtet werden, welche sowohl gemeinsame Vorbildung im Kunstfache überhaupt gewähren, als auch Gelegenheit zur Aneignung einer höheren Kunstbildung unter Anleitung vorzüglicher Künstler darbieten soll.

In ersterer Beziehung ist auf die zweckmäßige Feststellung der Aufnahmebedingungen Bedacht genommen. Die Prüfungs- und Preis-Aufgaben werden abgestellt.

Bei dem höheren Kunstunterrichte wird darauf gesehen, ausgezeichnete Männer zu Lehrern zu wählen, die zugleich jene Eigenschaften des Geistes und Characters besitzen, welche sie geeignet machen, Jünger heranzubilden, wie es in den Meisterschulen der Vorzeit geschah.

* II. 284.

Die akademische Schule erhält hiernach drei Abtheilungen: 1. für Malerei, 2. für Bildhauerei, 3. für Architectur. Für letztere ist auch noch technisch-wissenschaftliche Ausbildung erforderlich, worauf schon bei den Aufnahmebedingungen, und sodann bei dem weiteren Unterrichte an der Akademie gehörige Rücksicht zu nehmen ist.

Die k. k. Akademie der bildenden Künste wird hiernach umfassen:

1. Den Vorbereitungsunterricht, welcher das Modelliren, Zeichnen und Malen, hauptsächlich nach der Natur enthält.
2. Die Architecturschule zum Auffassen der Baustyle der blühendsten Kunstepochen, zur Darstellung und zum Entwerfen von Bauwerken: und Betheiligung der Schüler an den Arbeiten ausgezeichneter Architecten.
3. Die Meisterschulen ausgezeichneter Maler und Bildhauer.

Die Leitung der Akademie, wird unter der Obergewalt des Ministeriums, dem Collegium der Professoren, welche aus ihrer Mitte einen zeitweiligen Vorstand wählen, — übertragen.

Der Wiener Kunstverein, welcher schon seit dem Jahre 1831 besteht, veranstaltete im Jahre 1849 zum ersten Male die sonst von der kais. Akademie der bildenden Künste unternommene öffentliche Kunstausstellung.

Bei der Ausschuß-Versammlung vom 24. Februar 1850 wurde beschlossen, künftig eine permanente Ausstellung, wozu sich eine Künstlergesellschaft bilden wird, zu veranstalten, und zu diesem Ende die Vausführung zur Erweiterung des Locale im Volksgarten zu bewerkstelligen.

Dieser Verein kam zu Stande, und es wurden bei der permanenten Ausstellung, — neben den einheimischen, auch Werke auswärtiger Künstler, insbesondere aus München, Düsseldorf und den Niederlanden — zur Schau gebracht.

Die Auslagen für das Ministerium des Cultus und des Unterrichtes im Militärjahre 1849 waren folgende:

Centralleitung	77.765 fl. C. M.
Religions-Anstalten	934.140 " "
Schul- "	367.273 " "
Studien- "	837.019 " "
Akademie der Wissenschaften	55.224 " "
" der bildenden Künste	68.422 " "
Stiftungen und Beiträge für Schule und Erziehung	290.948 " "

Zusammen 2,630.791 " "

Im ersten Semester 1850 1,563.064 " "

Ich werde zum Schlusse noch einige, auf dieses Ministerium Bezug nehmende, statistische Daten beifügen.

In Hinsicht auf Religionswesen * bestanden im Jahre 1847 für die römisch- und griechisch-katholische Kirche: 13 Erzbisthümer, worunter ein armenisches, 67 Bisthümer, 96 Domkapitel, 17.238 Pfarreien, 2.434 Localkaplaneien, 47.277 Secular-Geistliche, 715 Mannsklöster, 10.937 Mönche, Laienbrüder und Novizen, 176 Nonnenklöster mit 4831 Chorfrauen, Novizen und Laienschwestern.

Bei der griechisch-nicht-unirten Kirche: 1 Erzbischof, 10 Bischöfe, 2997 Pfarreien, 209 Localkaplaneien, 4022 Secular-Cleriker, 43 Klöster mit 298 Mönchen.

Für die Augsburgische und Helvetische Confession: 19 Superintendenten, 3175 Pastoren, 4497 Cleriker.

In Hinsicht auf Lehr-Anstalten ** bestanden als höhere Anstalten:

- 9 Universitäten,
- 42 Akademien, höhere Special- und Kunstschulen,
- 33 Lyceen,
- 91 Theologische Lehranstalten,
- 75 Philosophische " "

* II. 316. 317. Stand des Clerus vom Jahre 1842, Auslagen auf Cultus im Jahre 1847.

** II. 290—292. Stand der Lehr-Anstalten und Aufwand auf dieselben im Jahre 1843.

314 Gymnasien,
 337 Specialschulen,
 1370 Lehr-Anstalten für allgemeinen Unterricht.
2271

Die Volksschulen, worin jene von Ungarn nicht einbezogen sind, theilen sich in:

Hauptschulen	380,	worunter	39	akatholisch,
Trivialschulen	18.165,	"	2030	"
Mädchenschulen	2.844,	"	308	"
Wiederholungsschulen	11.772,			
	<u>33.161,</u>	dazu		
Kinderbewahranstalten	125,			
Zusammen	<u>33.286.</u>			

Der Aufwand für die Lehranstalten, ohne Einbeziehung von Ungarn, war im Jahre 1847 folgender:

Lehr-Anstalten	1,887.358 fl.
Volksschulen	3,266.947 "
Kinderbewahr-Anstalten	90.268 "
Erziehungs-Anstalten	3,893.190 "
	<u>9,137.763 "</u>

Die Einnahmen bestanden in:

Eigenen Einkünften der Institute	4,219.554 fl.
Beiträgen von Ständen, Städten u. a.	1,641.889 "
Dotirten Fonds	1,809.116 "
Von der Geistlichkeit	423.664 "
Beiträgen vom Staatsschatze	1,489.794 "
	<u>9,584.017 "</u>

Im Jahre 1846 war die Bevölkerung der österreichischen Monarchie nach dem Religions-Bekenntnisse * in folgender Art eingetheilt:

* II. 317. Stand im Jahre 1843, abgetheilt: a) nach den deutsch-slavischen, b) italienischen, c) ungarisch-siebenbürgischen Provinzen.

26,357.172	Römisch-katholische,
3,694.896	Griechisch-katholische,
3,161.805	Griechisch-nichtunirte,
1,286.799	Protestanten Augsburgischer-Confession,
2,161.765	„ Helvetischer „
50.541	Unitarier,
2.350	andere Secten,
729.005	Juden.
<hr/>	
37,444.333	

Ministerium für Landescultur und Vergewesen.

Die Fürsorge dieses Ministeriums erstreckt sich über die Cultur der Bodenfläche der ganzen Monarchie. Ihm ist der Schutz des Producenten, der den zahlreichsten Theil der Bevölkerung bildet, die Beförderung der Erzeugung der Naturproducte, von denen 37 Millionen Menschen sich nähren, und Stoffe für Gewerbe und Handel gewonnen werden, anvertraut. Es hat zugleich die Aufgabe, die unterirdischen Schätze zu Tage zu bringen, welche zur Construction von Werkzeugen und Maschinen für jede Art von Gewerben, zu Bauwerken benützt werden, und als edle Metalle im ganzen Kreise der Erde, Werth und Umlauf haben, und dem Staate solide Hülfquellen schaffen.

Wohlthuend ist der Beruf dieses Ministeriums, innig mit Wissenschaft verbunden, wenig zu Collisionen führend, zu ewigem Frieden einladend.

Bevor ich von der Wirksamkeit dieses Ministeriums spreche, erlaube ich mir einige Haupt-Daten aus den gehaltvollen Uebersichtstafeln auszuziehen, welche über die österreichische Monarchie von der k. k. Direction der administrativen Statistik für das Jahr 1846 zusammengestellt worden sind.

Die österreichische Monarchie hatte im Jahre 1846 auf einem Flächenraume von 11.575 Quadratmeilen, 790 Städte, 2461 Märkte, 64.099 Dörfer mit einer Bevölkerung von

37,443.033 Seelen, welche in runden Summen in folgende Classen abgetheilt ist:

I. Geistliche, Beamte, Adelige und Honoratioren 2,086.000

II. Gewerbe und Handel 6,263.000

III. Landwirthschaft 28,361.000

IV. Militär 530.000

folglich gehören beinahe $\frac{5}{6}$ der Bevölkerung zur ackerbauenden, $\frac{1}{6}$ zur Gewerbe und Handel treibenden Classe.

Die Bodenfläche enthält:

Acker und Reisfelder 36,951.164 Joch.

Weingärten 1,759.271 "

Wiesen und Gärten 11,595.152 "

Oliven-, Lorbeer- und Kastanienwälder 114.462 "

Weiden 12,377.233 "

Waldungen 35,307.355 "

Zusammen 98,104.637 Joch.

Das Joch zu 1600 Quadratklaster und die

Quadratmeile zu 10.000 "

gerechnet: 9810 Quadratmeilen, somit sind beiläufig $\frac{3}{4}$ des Gesamt-Flächeninhaltes der Monarchie productiv.

Der Ertrag von Naturproducten bestand in runden Zahlen:

An Getreide in 277 $\frac{1}{2}$ Millionen Megen,

„ Wein 39 $\frac{1}{2}$ „ Eimer,

„ Holz 42 $\frac{1}{2}$ „ Klaster,

nebst Reis, Hülsenfrüchten, Erdäpfeln und anderen Naturalien.

Der Gesamt-Geldwerth beträgt 1.243,608.000 fl. C.M.

Der Viehstand: Pferde 2,850.397 Stück,

Stiere und Ochsen 3,796.848 "

Kühe 7,860.631 "

Schafe 27,180.322 "

Der Ertrag von animalischen Producten war (ohne Ungarn und Siebenbürgen):

Seiden-Cocons 289.200 Zentner.

Honig 58.270 "

Wachs 21.940 "

Käse	1,584.800	Zentner.
Butter und Milchproducte	1,900.200	"
(mit Ungarn und Siebenbürgen)		

Schafwolle	550.310	"
----------------------	---------	---

Im Jahre 1847 war der Ertrag an vorzüglicheren Bergwerks-Producten:

	in Ungarn.	in Sieben- bürgen.	in andern Ländern.	Zu- sammen.
An Gold, Mark	3.594	3.820	115	7.529
„ Silber, Mark	77.568	6.458	31.655*	115.681

An andern Bergwerksproducten:

Quecksilber	3.641	Zt.	Gusseisen	498.707	Zt.
Zinn	977	"	Antimonium	4.367	"
Rohkupfer	49.864	"	Alaun	29.113	"
Bleierze	16.821	"	Kupfer-Vitriol	6.532	"
Verkaufsblei	70.810	"	Eisen-Vitriol	49.904	"
Glätte	32.310	"	Kobalt	3.113	"
Galmei	2.389	"	Arsenik	4.608	"
Zinkblende	859	"	Schwefel	26.629	"
Zink	6.402	"	Steinkohlen	15,279.134	"
Roheisen	3,104.670**	"	Graphit	31.432	"

Der Geldwerth der Bergwerks-Producte ist:

Von Aerarialwerken	8,087.187	fl.
„ Privatwerken	20,079.902	"
Zusammen	28,167.089	fl.

Diese statistischen Daten geben ein Bild von dem Boden-Reichthume der österreichischen Monarchie, und dem Umfange der Geschäfte, welche dem für den dießfälligen Administrationszweig aufgestellten Ministerium zugewiesen sind.

Ich werde zuerst von dem großartigen Unternehmen sprechen, welches die geologische Durchforschung der verschiedenen

* Darunter Böhmen mit 29.826 Mark.

** Im Zollvereine ist die Production 5, in Rußland 8, in Frankreich 9, in England 44 Millionen Zentner.

Schichten des Flächenraumes der ganzen Monarchie zum Zwecke hat, wodurch wichtige Stützpunkte für Landescultur, Bergbau- und Forstwirthschafts-Betrieb gewonnen, Beiträge für verschiedene Zweige der Naturwissenschaft, insbesondere zur Kenntniß der Bildungs-Geschichte der Erde bis zu den entferntesten Stadien der Vorwelt geliefert, und ein Operat zu Stande gebracht werden soll, das nicht nur für die Mit- sondern auch für die Nachwelt von gleich hohem Interesse sein wird.

Ueber den Vortrag des Ministers für Landescultur und Bergwesen vom 22. October 1849, wurde mit Allerh. Entschließung vom 15. November 1849 verordnet, daß das ganze Kaiserreich geologisch durchforscht, die gesammelten Mineralien, Erd- und Steinarten u. s. w. wissenschaftlichen Untersuchungen unterzogen, über die Erhebungen geologische Detail- und Uebersichtskarten nach den Maßstäben *, welche für die Generalstabskarten angenommen sind, angefertigt und dieselben, so wie die sonstigen Resultate der Forschungen zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden sollen.

Das Ministerium hatte bei seinem Antrage die in England dießfalls getroffenen Anstalten zum Vorbilde genommen, und die entsprechenden Erfolge dargestellt, daß nämlich durch die Sammlungen und Aufnahmen Jedermann den fruchtbaren Boden in allen seinen Varietäten mit allen seinen Bestandtheilen genau kennen lernen, bestimmte Gesteine zu Bau-, Industrie- und Kunst-Unternehmungen in dem geologischen Museum als Muster vorfinden, deren Fundorte aber in den geologischen Karten aufsuchen kann, wornach insbesondere der Bergwerksbetrieb Unterstützung erhielt, und so manche Aufklärungen verschafft wurden, um neue Baue zu versuchen, oder verfallene wieder aufzunehmen.

Zur Ausführung dieses Unternehmens wurde nach der obenerwähnten Allerhöchsten Entschließung die k. k. geologische

* Von 1200 und 2000 Klaftern auf den Zoll, oder $\frac{1}{86.400}$ und $\frac{1}{144.000}$ der Natur, für die Durchschnitte in dem Verhältnisse von 200 Klafter auf den Zoll, oder $\frac{1}{14.400}$ der Natur.

Reichsanstalt gegründet, deren Leitung einem Director mit dem Range eines Sectionsrathes anvertraut, und welchen zwei Geologen mit dem Range von Bergräthen an die Seite gestellt wurden. Die letzteren sollten die Vorbereitungsarbeiten besorgen, die Materialien sichten und ordnen, in den Sommermonaten aber eigene Landestheile zur Durchforschung übernehmen. Für die umfangreichere Landesdurchforschung werden zeitlich Geologen ohne fixer Anstellung aufgenommen, und angehende Beamte und Practikanten zur Hülfsleistung beigezogen; das Museum, in welchem die Sammlungen aufgestellt, und die neu einkommenden Stücke mineralogisch und paläontologisch untersucht und bestimmt werden, wird einem Assistenten — das Archiv, in welchem die wissenschaftlichen Arbeiten, dann die Karten zusammengestellt, geordnet und zur öffentlichen Herausgabe vorbereitet werden, wird einem höher gebildeten Archivar zur Leitung übergeben.

Die geologische Reichsanstalt hält periodische Sitzungen, zu welchen den Freunden der Wissenschaften freier Zutritt gestattet ist.

Auch wird von derselben ein Jahrbuch herausgegeben, welches Berichte über die geologischen Arbeiten mit den erforderlichen Abbildungen und Uebersichtskarten, ferner naturwissenschaftliche Mittheilungen über Bergbau, Mechanik und Hüttenkunde, über Bodenkunde, Beiträge zur Kenntniß der Baumaterialien, statistische Uebersichten, und andere in das geologische Fach einschlagende Gegenstände enthält.

Zugleich erhält sich die geologische Reichsanstalt mit dem geognostisch-montanistischen Vereine für Innerösterreich und das Land ob der Enns in Verbindung, durch gegenseitige Mittheilung der litterarischen und kartographischen Arbeiten, und der Resultate der Durchforschungen.

Die Gesamtauslagen für das Institut werden, nach Abschlag der bereits für das bisherige Museum bestimmten jährlichen 6000 fl., auf jährlich 25,000 fl. angeschlagen, für die erste Einrichtung werden 10,000 fl. bewilligt.

Zur Vollendung dieser Arbeiten wird ein Zeitraum von 30 Jahren angenommen, so daß im Verhältnisse des Flächenraumes der Monarchie von beiläufig 12,000 Quadratmeilen, auf Ein Jahr 400 Quadratmeilen entfallen.

Nach dem von dem Director der geologischen Reichsanstalt entworfenen Plane, der wesentlich die Ansichten berücksichtigt, die der ausgezeichnete Naturforscher Herr Dr. A. Boué früher veröffentlicht hatte, wurde im Sommer 1850 mit der geologischen Durchforschung in den nordöstlichen Alpen in Niederösterreich ob und unter der Enns begonnen, jedoch können erst im dritten Jahre darnach die Karten hierüber zu Stande gebracht werden.

Uebrigens sollen bei diesen Durchforschungen die Vorarbeiten, welche von fremden und einheimischen Gelehrten im Kaiserstaate geleistet wurden, so wie die in neuerer Zeit zahlreich erschienenen litterarischen Werke, theils allgemeine, und das ganze Gebieth der österreichischen Monarchie umfassende, theils einzelne Theile derselben betreffende — sorgfältig benützt, und wo es nöthig sein sollte, — berichtigt werden.

In Hinsicht auf die Beförderung der Landescultur, welche die erste Abtheilung des Wirkungskreises des bezeichneten Ministeriums bildet, dürfte es wohl, wie bei allen Quellen des National-Reichthums, mehr darauf ankommen, die Hindernisse des Fortschrittes zu beheben, als in die Privatwirthschaft durch Machtgeboth einzugreifen, und ihr eine erkünstelte Richtung zu geben.

Das vorzüglichste Hemmniß, welches dem Aufblühen der Landesproduction in Oesterreich bisher im Wege stand, war das Untertansverhältniß, und die damit verbundenen Lasten, welche die Kraft des Landmannes zur Bebauung des eigenen Feldes lähmten, und die Früchte seiner eben deßhalb lässig betriebenen Arbeit größtentheils seinem Grundherrn zuwendeten. Unter solchen Verhältnissen konnte wohl von der zahlreichsten Masse der Bevölkerung nicht auf Wer-

besserung der Cultur und Einführung neuer Wirthschaftsmethoden gedacht werden.

Diesem Uebelstande ist nunmehr durch die Aufhebung des *nexus subditelae*, und die Grundentlastung abgeholfen.

• Anderseits sind aber die Herrschaften, von denen meistens ein mehr rationeller Wirthschaftsbetrieb ausging, in ihrem Einkommen geschmälert, zu Einschränkungen in ihrem Besitze genöthigt, und jetzt minder als vorher in der Lage, auf Reformen einzuwirken, auch dürfte es einen angemessenen Zeitraum erfordern, um den Landmann aufzumuntern, über die gewohnte Praxis hinauf zu gehen, und hinreichende Kenntnisse zu neuen Unternehmungen sich anzueignen.

Das Ministerium hielt nun, nach seinem Programme vom 30. Jänner 1849, für eines der kräftigsten Förderungsmittel zur Belebung der Landescultur die Berufung eines landwirthschaftlichen Congresses, auf welchem die Interessen des gesammten Landbaues der Provinzen durch ausgezeichnete Landwirthe vertreten sein sollten. Der Congress soll kein Parlament mit entscheidender Stimme für die Gesetzgebung, sondern ein Rath der Erfahrenen sein, mit welchem sich das Ministerium über die erforderlichen Maßregeln ins Einvernehmen setzen will.

Es wurden hiernach die Länderchefs und die landwirthschaftlichen Vereine aufgefordert, aus jeder Provinz 6 Abgeordnete zu wählen. Gegenstände der Berathung sollen sein:

1. die Organisirung der Landescultur-Behörden,
2. der landwirthschaftliche Unterricht,
3. die Waldordnung,
4. die Wasserordnung,
5. die Zerstückung und Zusammenlegung der Gründe.

Noch wird zu weiterer Besprechung vorbehalten: die Gefindeordnung, die Einführung von Sparkassen, die Errichtung von Landes-Hypotheken-Banken u. s. w.

Am 20. Februar 1849 wurde der erste landwirthschaftliche Congress in Wien abgehalten. Durch Ministerial-Erlaß

vom 19. Juli 1849 wurden die Gemeinden in Anbetracht der Fruchbarkeit des Jahres aufgefordert, Getreide-Sparspeicher anzulegen.

Unterm 2. März 1850 wurde von dem Ministerium ein Preis von 200 Stück k. k. Dukaten für die beste Ausarbeitung eines zeitgemäßen Vorlesebuchs über Landwirtschaft für Ackerbauschulen ausgesetzt, und sich die Herausgabe desselben vorbehalten.

Ein, günstigen Erfolg versprechendes, Institut ist die zufolge Allerhöchster Entschließung vom 31. October 1850 errichtete höhere landwirthschaftliche Lehr-Anstalt in Ungarisch-Altenburg, welche im November 1850 eröffnet wurde.

Als Director wurde Doctor Pabst aus Würtemberg berufen. Die Lehranstalt ist in Verbindung mit der Wirthschaftsdirection der erzherzoglichen Güter, welche 20,000 Joch Gründe enthalten, wornach die höhere wissenschaftliche Lehre, mit practischen Anschauungen und Demonstrationen verbunden, unter der Leitung des Directors von 5 Lehrern besorgt wird. Die vorzutragenden Lehrgegenstände sind: I. Grundwissenschaften: Arithmetik, Geometrie, Stereometrie, Mechanik, Mineralogie, Geognosie, Botanik, Physik, Chemie, Zoologie. II. Hauptfächer: Pflanzen- und Thier-Productions-Lehre, landwirthschaftliches Betriebs- und Rechnungswesen, Wein-, Obst- und Gartenbau, Holzzucht, landwirthschaftlich-technische Gewerbe. III. Hülfsfächer: Thier-Heilkunde, Zeichnen, Landwirthschafts-Bauwesen, allgemeine Rechtslehre, Agricultur-Gesetzkunde, Organismus der österreichischen Staatsbehörden.

Der Unterricht wird in 2 Jahre eingetheilt, für das erste Jahr werden 80 fl. — für das zweite 40 fl. C. M. an Unterrichtsgelbern bezahlt.

Vom Staate wurden 5000 fl. für die erste Einrichtung, und eine jährliche Dotation von 8500 fl. bewilligt.

Zu den für die Hausbesitzer, wozu auch die Landwirthe gehören, sehr wohlthätigen Anstalten ist die k. k. wechselseitige Brandversicherung-Anstalt in Wien zu

zählen, welche unter dem Schutze des Staates bloß von Privaten errichtet wurde, und schon 25 Jahre fortbesteht.

Nach dem Vortrage des General-Directors dieser Anstalt in der am 22. Jänner 1850 abgehaltenen Versammlung betrug der Classenwerth aller versicherten Gebäude, von welchen die Beiträge zu entrichten waren, 65,482,100 fl. C. M. Der Aufwand auf Schadenvergütungen betrug für das Jahr 1849, mit Inbegriff der Verwaltungskosten, 242,648 fl., wornach die Beitragspflicht für 100 fl. des Classenwerthes auf 22¼ kr. entfiel.

Nach Zusammenziehung der Summen der einzelnen Jahre hat diese Anstalt in 25 Jahren die Gefahr für 3,495.363 Gebäude, und für einen Versicherungswerth von nahe an Tausend Millionen Gulden übernommen, und für Beschädigungen an 20719 Theilnehmer die Summe von 5,734.043 fl. vergütet.

Unter dem Einflusse dieses Vereines sind zahlreiche Ziegel- oder Metall-Dächer hergestellt, Feuermauern errichtet, Rauchfänge umgestaltet, Scheuern an sicherere Plätze übersetzt worden.

Noch glaube ich hier aus einer neuen Zeitschrift „Der Colonist“ einige Daten über den Zustand der Landescultur in Ungarn aufnehmen zu sollen, aus welchen die Vortheile einer Colonisation in Ungarn abgeleitet werden.

Der Adel, als größter Grundbesitzer im Lande, zählt circa 500.000 Seelen. Die Unterthanen sind in der Zahl von 11,500.000 Seelen; der cultivirte adelige Grund, bisher unbesteuert, — begriff: 13,437.150 Joch, der unterthänige besteuerte: 8,683.187 Joch.

Durch die Aufhebung der Robot, welche letztere allein die Cultur der adeligen Gründe möglich gemacht hatte, sind weite Strecken Landes brach liegend gelassen worden, so daß mindestens ein Drittel dieser adeligen Grundstücke mit 4,479.050 Jochen durch Verkauf der Colonisation überlassen werden könnte. Dazu dürften noch: das, heiläufig 3 Millionen Joch betragende, durch die Theißregulirung gewonnene Areal, welches noch immer durch die Fortschritte der Arbeit Zuwachs erhält,

dann 8,253.311 Joch uncultivirter Gründe geschlagen werden, wornach im Ganzen 15,732.361 Joch der Colonisation vorbehalten wären, welche einer Bevölkerung von 6,292.940 Seelen Raum gewähren würden.

Wenn sich seiner Zeit die geologischen Durchforschungen auf diese Grundflächen erstrecken werden, sind gewiß interessante Wahrnehmungen und nützliche Resultate davon zu erwarten.

Von Seite des Ministeriums wurde im Jahre 1850 eine Commission zusammengesetzt, um einen Colonisations-Plan für Ungarn zu entwerfen. Dieselbe machte den Antrag, daß die Staatsverwaltung von ihren Kameralgütern in Ungarn die hierzu geeignetsten ausscheiden, und an deutsche Auswanderungs-Vereine unter möglichst billigen Bedingungen abtreten soll.

Aus diesem Anlasse machte Ritter von Hohenblum unterm 1. September 1850 den Vorschlag, auch im Inlande einen Verein zu gründen, welcher zur Ansiedlung geeignete Güter in Ungarn vom Staate oder von Privaten im Großen anzukaufen hätte, um dieselben wieder an zu Gemeinden vereinigte Ansiedler parzellenweise auf Ratenzahlungen zu verkaufen.

In Bezug auf die Forst-Regulirung hatte das Ministerium aufmerksam gemacht, wie wichtig es sei, die Forsthoheit des Staates zum Schutze der Waldungen, welche zu den solidesten Bestandtheilen des Nationalvermögens gehören, gegenüber den Privatinteressen geltend zu machen.

Besonders schwierige Verhältnisse traten dießfalls im Gebirgs-Lande Salzburg ein, wo die Forstverfassung mit ihren Wurzeln auf Jahrhunderte zurückreicht, wo die Forstcultur mit der Viehzucht in Collision kam, wo für den nachhaltigen Holzbedarf der Bewohner und der großen montanistischen Salz- und Bergwerke gesorgt werden mußte, wo von den Unterthanen Waldeigenthums- und Einforstungs- (d.i. Theilnahme- und Benützungs-) Ansprüche verschiedener Art erhoben wurden, dagegen Holz- und Weide-Servituten auf Unterthans-Waldungen lasteten, wo endlich die große klimatische Wichtigkeit der Hoch-

waldungen, welche natürliche Schugwände für die Thäler zu bilden bestimmt sind, von so vorwiegend national-ökonomischer Bedeutung war, daß die Ausübung der Forstcultur nicht einzig der meistens nur den augenblicklichen, möglichst großen Gewinn berücksichtigenden Privat-Wirthschaft überlassen werden konnte.

Durch Allerh. Entschließung vom 7. Mai 1849, wurde eine eigene Berg- = Salinen und Forst- = Direction für das Land Salzburg aufgestellt.

Zufolge Allerh. Entschließung vom 6. September 1849, wurde eine Forst- = Regulirungs- = Ministerial- = Commission nach Salzburg abgesendet, um die Verhältnisse sowohl der Privat- als Staatswaldungen, und die gegenseitigen Ansprüche im Detail zu erheben, und so viel möglich im Vergleichswege Ordnung zu treffen.

Durch Allerh. Entschl. vom 5. Jänner 1850 wurden nach dem Antrage des Ministers, für welchen sich auch der landwirthschaftliche Congreß bereits im März 1849 ausgesprochen hatte, Staatsprüfungen zur Anerkennung der Eignung für den Forstdienst eingeführt. Sie sind zweierlei Art, die eine für Forstwirthe, welchen die Befähigung zur selbstständigen Wirthschaftsführung zuerkannt werden soll, die andere für das Forstschug- zugleich auch technische Hülfspersonale. Die Zulassung zu beiden Arten Prüfung setzen die Zurücklegung des Unterrichtes an einer öffentlichen Forstschule voraus. Bei Prüfungen erster Art ist die Nachweisung der Vorstudien auch in anderer eigens bezeichneter Art zulässig. Bei beiden muß eine angemessene Zeit practischer Verwendung vorausgehen.

Die erstere Prüfung ist dreifach. Der Candidat muß eine Ausarbeitung in Betreff eines Fachgegenstandes vorlegen, und er wird dann noch schriftlich und mündlich geprüft.

Die Prüfung der zweiten Cathegorie ist bloß mündlich.

Die Prüfungscommissionen bestehen, nebst dem Vorsitzenden, der vom Ministerium ernannt wird, aus zwei Commissären, wozu die Forstvereine oder Landwirthschafts- = Gesellschaften eine bestimmte Zahl Individuen vorzuschlagen haben.

Durch Ministerial- = Erlaß vom 13. September 1850 wurde

das N. Oe. Waldamt zu einer Forstdirection für Nieder-Oesterreich mit dem Sitze in Wien, dann das Salinen-Oberamt zu Gmunden zu einer vereinigten Salinen- und Forstdirection mit dem Amtssitze in Gmunden umgestaltet. An der Spitze der ersteren steht ein Forstdirector, bei der letzteren ein Forst- und Salinen-Director. In Geschäftssachen, welche politische Verhältnisse betreffen, unterstehen sie dem Statthalter.

Durch Allerh. Entschließung vom 15. Juli 1850 wurde eine Berg- und Forstdirection in Graz aufgestellt, welcher das Berg- und Forstwesen in Steiermark, Kärnthn und Krain, und einstweilen auch in Croatien und Slavonien zugewiesen ist.

In Bezug auf die Leitung des Bergwesens ist das Ministerium an die Stelle der bestandenenen Hofcammer in Münz- und Bergwesen getreten. Die Revolution hatte vorzüglich im Banate und in Siebenbürgen, wo die ergiebigsten montanistischen Werke sich befinden, Zerstörungen zur Folge gehabt, die die kräftige Unterstützung des Aerariums zur Wiederherstellung erforderlich machen.

Zur Belebung der, längere Zeit unterbrochenen, Bergstudien wurden, nebst Wiedereröffnung der im Jahre 1762 gegründeten Bergakademie zu Schemnitz in Ungarn, die ehemals als einzige höhere Bildungsanstalt für dieses Fach im ganzen Umfange der Monarchie bestanden hatte, zwei neue montanistische Lehranstalten für die deutsch-slavischen Kronländer auf Staatskosten errichtet, die eine zu Przibram für die nördlichen, die andere zu Leoben für die südlichen Provinzen. Die letztere tritt an die Stelle der, im Jahre 1840 von den steiermärkischen Ständen gegründeten montanistischen Lehranstalt zu Bordenberg, und ist durch Allerh. Entschließung vom 21. September 1848 in eine Staatsanstalt umgestaltet worden.

Die vorbereitenden Wissenschaften können in den politechnischen Instituten zu Wien, Prag und Lemberg, dem montanistischen Museum zu Wien, und in dem Johanneum zu Graz erlernt werden. Ueber die Zurücklegung dieser Studien haben sich

die ordentlichen Bergzöglinge beim Eintritte in die Berg-Lehranstalten auszuweisen, bei denen es sich, unter Voraussetzung der theoretischen Kenntnisse, um eigentliche Fachstudien, um Anleitungen zu dem technischen Betriebe an der Stätte der Berg- und Hüttenwerke handelt.

Von den außerordentlichen Zuhörern werden diese Vorstudien nicht gefordert. Jede dieser montanistischen Lehranstalten besteht aus zwei Unterrichtscursen. Im ersten Jahrescurse wird das Bergwesen, d. i. die Bergbaukunde und die dazu gehörige Bergmaschinen-Lehre, dann die Marktscheidkunst, im zweiten Jahrgange aber das Hüttenwesen und das Bergrecht behandelt.

Für die Immatrikulation werden von dem Schüler 10 fl. C. M. ein für alle Mal entrichtet. Uebrigens sind für beide Lehranstalten zusammen 40 Stipendien zu jährlich 200 fl. für bedürftige Studierende vom Staate gestiftet.

Eine vorzügliche Anstalt zur Beförderung der Bergwesens-Studien ist das montanistische Museum zu Wien.

Im Jahre 1826 war der Mineraloge Mohs berufen worden, um die kaiserliche Hof-Mineralien-Sammlung nach seinem Systeme zu ordnen, und einen Lehrcurs über Mineralogie zu eröffnen.

Im Jahre 1836 wurde eine großartige Sammlung von Mineralien im neuen Münzgebäude angelegt, und das montanistische Museum gegründet, in welchem unter Direction des Nachfolgers von Mohs, dem Bergrathe Haidinger, im Jahre 1840 Vorlesungen über Mineralogie, Geognosie und Petrefacten-Kunde gehalten wurden. Zugleich wurde von der Direction des Museums ein Verein durch freiwillige Beiträge von Freunden der Naturwissenschaft gegründet, — welcher ein Jahr früher ins Leben trat, als die kaiserliche Akademie der Wissenschaften vom Staate gestiftet wurde, periodische Sitzungen hielt, und seine Verhandlungen zur öffentlichen Kenntniß brachte.

In neuester Zeit wurde das montanistische Museum mit

der geologischen Reichsanstalt in Verbindung gebracht, wodurch ihm eine sehr umfangreiche und wichtige Stellung gegeben wurde.

In Bezug auf die Organisirung der montanistischen Behörden ist bereits bei dem Justizwesen erwähnt worden, daß die in Böhmen, Mähren und Schlesien in Folge der Patrimonialgerichtsbarkeit bestandenen Privat-Berggerichts-Substitutionen zufolge Allerh. Entschließung vom 7. März 1850 aufgehoben worden sind.

Die landesfürstlichen Berggerichte führen diesen Namen, obwohl ein verhältnißmäßig geringer Theil ihrer Geschäfte zu den gerichtlichen Functionen gehörte.

Mit der Organisirung der landesfürstlichen Gerichte ist der Wirkungskreis der Berggerichte und Substitutionen in Bezug auf Justizgeschäfte an die Landesgerichte, denen berggerichtliche Senate beigegeben wurden, übertragen worden; zur Besorgung ihrer berglehensämtlichen Bergdisciplinar- und Bergpolizeilichen Geschäfte wurden aber, zufolge Ministerial-Berordnung vom 26. Mai 1850, prov. Berghauptmannschaften und exponirte Bergcommissariate aufgestellt.

Die Berghauptmannschaften sind unmittelbar dem Ministerium für Bergwesen untergeordnet, jedoch ist dem Statthalter der gehörige Einfluß vorbehalten. Die Commissariate sind den Berghauptmannschaften untergeordnet.

Die neu organisirten Behörden sind: die provisorische Berghauptmannschaft in Steier mit dem exponirten Commissariate in Wiener-Neustadt für Oesterreich unter und ob der Enns.

Die prov. Berghauptmannschaft in Leoben mit den Commissariaten in Voitsberg und Gills für Steiermark, die provisorische Berghauptmannschaft in Klagenfurt mit den Commissariaten in Bleiberg und Laibach für Kärnthen, Krain, Görz, Istrien und Triest.

Die provisorische Berghauptmannschaft in Hall für Tirol, Vorarlberg und Salzburg.

Durch Allerh. Entschließung vom 13. Juli 1850 wurde

eine k. k. Berg- und Forst-Direction zur administrativen Leitung der Avarial-Berg- und Hüttenwerke und der Forste in den Kronländern Steiermark, Kärnthén und Krain, mit dem Siege in Graz errichtet, welche unmittelbar dem Ministerium untergeordnet ist, und der auch einstweilen die Bergwerke in Croatien und Slavonien zugewiesen sind.

Der Personalstand besteht aus einem Director, 4 Berg-räthen und dem untergeordneten Personale.

Mit Allerhöchstem Patent vom 7. März 1850 sind für Böhmen, Mähren und Schlesien folgende provisorische Berg-hauptmannschaften mit den ihnen untergeordneten Berg-commissariaten bestellt worden:

Berghauptmannschaften	Bergcommissariate
I. in Joachimsthal . . .	in Schlaggenwald, Klostergrab oder Töplitz,
II. „ Mies	„ Pilsen,
III. „ Przibram „	„ Schlan,
IV. „ Kuttenberg	„ Rudolphstadt oder Budweis,
V. „ Brünn	„ Mährisch-Osttau.

Alle Bergwerksverleihungen werden den Berghauptmannschaften, alle Hüttenwerksconcessionen dem Ministerium vorbehalten.

Die Berghauptmannschaften stehen unmittelbar unter dem Ministerium. Den Statthaltern ist der Einfluß auf die Bergbehörden, in so ferne es das öffentliche Interesse erheischt, vorbehalten.

Zufolge Ministerial-Berordnung vom 6. October 1849, und Kundmachung des Militär-Gouverneurs in Siebenbürgen vom 8. Februar 1850, ist die Verwaltung aller Avarial-Montan-Angelegenheiten dieses Landes von dem Wirkungskreise des k. k. Thesaurariates ausgeschieden, und die interimistische Leitung einem Ministerialcommissär übertragen worden; bei dem Thesauriate verbleibt die Verwaltung der übrigen Gefälle; aus den beiden nunmehr getrennten Senaten desselben wird ein Obergerichts-Collegium bestellt, welches zur

Entscheidung der Berggerichts-, Bergbuchs- und Montan-Lehen-gegenstände in zweiter Instanz berufen ist.

Durch Entschliebung vom 21. Februar 1849 sind die im Jahre 1842 zugestandenen Begünstigungen für Steinkohlen-schürfungen für die Zukunft aufgehoben, und sollen dieselben gleich andern Bergbauunternehmungen behandelt werden.

Schlüßlich ist noch zu erwähnen, daß über den Entwurf eines allgemeinen Berg-Gesetzes Berathungen gepflogen werden.

Die Auslagen für das Ministerium für Landescultur und Bergwesen im Militäriahre 1849 waren folgende:

Centralleitung	159.027 fl. C. M.
Beiträge zur Förderung der Landwirthschaft und Viehzucht	12.935 " "
	<hr/> 171.962 fl. C. M.

Auslagen im ersten Semester 1850 94.855 " "

Das Staats-Einkommen vom Bergwesen betrug im Jahre 1849	1,103.270 fl. C. M.
vom Münzwesen	636.685 " "
	<hr/> 1,739.955 fl. C. M.

Ministerium des Handels, der Gewerbe und öffentlichen Bauten.

Bei den Wahrnehmungen und den Studien über die Organisirung des Handelswesens kann in die Geschichte der alten Römer nicht eingegangen werden. Diese beherrschten die cultivirtesten Länder dreier Welttheile mit dem großen Mittelmeere, das von selbst eingeschlossen war, und suchten ihre Größe in Heldenthaten der Krieger, und in der Pflege höherer Wissenschaften, wovon klassische Werke bis zu uns gelangt sind. Ihre Gesetzgebung beschränkte sich auf die Ausübung des Richteramtes. Von dem Eingehen in das Detail der Gewerbs- und Handels-Wirthschaft, von dem Schwallen politischer Verordnungen, wie sie die Neuzeit schuf, von der Abwehr gegen das Einbringen fremder Waaren, die sie

unbeschränkt den aus Phönizien kommenden Seefahrern gestattet, — war ihnen nichts bekannt.

Erst im Mittelalter, wo der kleinstädtische Geist den Brodneid zwischen den Gewerbs- und Handelsclassen erweckte, wo Zollschranken mit dem lästigen Gefolge der Inquisitionen überall die Thätigkeit des Handelsmannes lähmten, dann später, wo der Kampf um die Herrschaft der Meere zwischen England und Frankreich, die Navigationsgesetze und die künstlichen Mercantilsysteme ins Leben rief, bildete sich eine neue Staatskunst, die nun vorherrschend die größten Mächte Europa's beschäftigt, auf die täglichen Geschäfte und Speculationen jedes Einzelnen Einfluß nimmt, zu Bündnissen und zu Kriegen zwischen den Großmächten Veranlassung bietet.

Groß und schwierig ist die Aufgabe des Ministeriums, dem dieser Administrationszweig durch Allerhöchste Entschließung vom 13. October 1849 anvertraut ist.

Der Handelsminister hat in seinem Vortrage vom 8. October 1849 ein gehaltvolles Programm überreicht, nach welchem er die wichtigen Geschäfte des ihm anvertrauten umfangreichen Administrationszweiges zu behandeln, Reformen ins Leben treten zu lassen, und die Behörden zu organisiren beabsichtigt.

Die Geschäfte des Ministeriums zerfallen in 4 Haupt-Abtheilungen, von denen jede einer eigenen Section zugewiesen ist:

- I. Handel und Gewerbe,
- II. Oeffentliche Bauten,
- III. Communicationsmittel,
- IV. Gemeinsame Hülf-Anstalten für diese Abtheilungen.

Ad I. Die Angelegenheiten des Handels und der Gewerbe werden in 4 Departements verhandelt:

1. Jene des auswärtigen Handels, des Seehandels, und der See-Schiffahrt, wozu insbesondere Consulatswesen, Zoll-, Handels- und Schiffahrts-Verträge, Seehäfen,

Contumaz-Anstalten, Schiffsbau, Creirung einer Central-Seebehörde u. s. w. gehören.

2. Anstalten für den innern Handel und die Industrie, als: öffentliche Ausstellungen, Privilegien-Verleihung, Verbreitung von Aufschlüssen über industrielle Fortschritte in fremden Staaten, Börse-, Credits-, Affekuranz-Anstalten, Bank-Institute, polytechnische Schulen, nautische Schulen und Akademien, Gewerbs- und Handelskammern.
3. Laufende Geschäfte, Handhabung der Geseze, welche die Betriebsverhältnisse der Handels- und Industrie-Beschäftigung im Inlande normiren.
4. Legislative Bestimmungen. Entwurf einer neuen Gewerbe-Ordnung. Revision der bestehenden Vorschriften.

Als untergeordnete Behörden in Handels- und Gewerbs-sachen haben, wie bisher, die Bezirkshauptmannschaften die erste, — die Kreisbehörden die zweite Instanz zu bilden, und wird sich das Staatsministerium mit den Statthaltern in unmittelbare Verbindung setzen.

Ad II. Die Section für öffentliche Bauten ist in zwei Departements abgetheilt: dem ersten sind die administrativen und legislativen Geschäfte, dem andern die technischen Arbeiten zugewiesen; dieser Section ist auch das Bau-Archiv beigegeben.

Ad. III. Zu den Communications-Anstalten gehören: Posten, Straßen, Eisenbahnen und Telegraphen, welche bedeutende Vorauslagen erfordern, aber durch die Verbreitung des Verkehrs unermessliche Vortheile für die geistige Cultur, und Erhöhung des Nationalreichthumes gewähren. Diese Anstalten zu befördern, in gegenseitige Verbindung zu bringen, Reformen, vorzüglich im Postwesen — durchzuführen, ist die Aufgabe der dritten Section des Handelsministeriums.

Der Postdienst wird von den Postämtern versehen, deren mehrere in einen Bezirk vereinigt, einem Inspector zur Ueberwachung zugewiesen sind. Für ausgedehnte Kronländer, welche in mehrere Kreise zerfallen, werden Ober-Post-Directionen, für kleinere, Postdirectionen aufgestellt.

Für den ambulanten Postdienst wird eine besondere Direction aufgestellt, welche ihren Sitz in Wien hat.

Der Leiter der Telegraphen-Abtheilung bei der General-Direction der Communicationen fungirt zugleich als Vorstand des Central-Bureau's für den Staats-Telegraphen.

Ad IV. Diese Section zerfällt in zwei Departements. Das erste bildet die Direction der administrativen Statistik. Ihre Aufgabe ist wichtig, vorzüglich in Zeiten großer Umstellungen, um das Bild derselben übersichtlich zusammen zu fassen. Sie sammelt und ordnet die Daten, um den übrigen Departements die geforderten Auskünfte und belehrende Zusammenstellungen zur öffentlichen Bekanntmachung zu liefern.

Das zweite Departement ist für die Rechnungsgeschäfte aufgestellt, und hat über die Verwendung der bedeutenden Geldsummen, welche dem Ministerium und den untergeordneten Behörden zur Disposition gestellt sind, fortwährend die gehörige Uebersicht zu verschaffen.

Sämmtliche Anträge haben, mit Allerhöchster Entschlie-
ßung vom 13. October 1849, die Allerhöchste Genehmigung erhalten.

Mit Allerhöchster Entschlie-
ßung vom 28. December 1849 wurde die Organisirung des dem Handelsministerium beigegebenen Rechnungs-Departements nach dessen Antrage genehmigt. Dasselbe bildet einen Concretalstatus, steht unter der Leitung des Directions-Adjuncten der administrativen Statistik, und besteht aus 4 Abtheilungen.

Die erste wird der General-Direction für öffentliche Bauten, die zweite der General-Direction für Communicationen beigegeben. Jede derselben zerfällt in eine buchhalterische und technische Unterabtheilung. Die dritte bildet das Hülfsg-Organe des Ministeriums, die vierte gehört zur Direction der administrativen Statistik.

Sie haben insgesammt die Aufgabe: Daten und Befehle

zu sammeln und zu ordnen, Voranschläge und Rechnungen zu prüfen, Uebersichten zu liefern.

Was nun die erste Hauptabtheilung der Geschäfte des Ministeriums: Handel und Gewerbe betrifft, so sind bereits bedeutende Fortschritte in der Ausführung der vom Handelsminister angedeuteten Reformen geschehen.

Vor allem kommt die Princip-Frage zu lösen, worüber die Meinungen so sehr getheilt sind: ob und wie ferne directer Einfluß auf die Richtung der Privat-Industrie von Seite der Staatsverwaltung zu nehmen sei?

Es läßt sich wohl hier nicht von reinen Theorien ausgehen. Es müssen die Verhältnisse, unter denen Gewerbe, Fabriken und Handel seit einer Reihe von Jahren sich gestaltet haben, es müssen Verträge und auf gesetzlichem Wege erworbene Vorrechte berücksichtigt, es müssen Schwankungen in der Gesetzgebung, Störungen in der Entwicklung der Erwerbsthätigkeit, wodurch alle Combinationen verrückt werden, möglichst vermieden werden.

Es dürfte daher ein Mittelweg einzuschlagen sein: zwischen dem Festhalten an alten Gebräuchen und Privilegien einerseits, und dem plötzlichen Umsturze der bestehenden Ordnungen anderseits, — zwischen Vernachlässigung des Schutzes für die Industrie und entgegen dem Hindrängen auf einzelne Zweige derselben durch prefäre Begünstigungen, meistens nur für große in die Augen fallende Unternehmungen — zwischen Einfuhrverboten, Ausfuhrsprämien, Zunftzwang, Satzungen, einerseits — und plötzlicher Aufhebung aller Schranken für Handel und Gewerbe anderseits.

Den wichtigsten Einfluß auf den Handelsverkehr mit dem Auslande nehmen die Zollvorschriften. Ich habe hierüber meine Ansichten in einem frühern Werke * dargestellt, zugleich gezeigt, welche verschiedene Systeme dießfalls abwechselnd in Oesterreich befolgt wurden, und glaube hier nur noch Einiges beifügen zu sollen.

* I. 13.

Wenn es sich fragt, woher es komme, daß der Handel, der die Verbindung zwischen den Bewohnern ein und desselben Staates, und zwischen verschiedenen Nationen gründen und erhalten, zur Quelle des Erwerbes und Wohlstandes werden soll, — gerade bei seinem größeren Aufschwunge zu Collisionen bedeutender Art: zwischen Consumenten und Producenten, zwischen verschiedenen Gewerbs- und Handelsclassen und einzelnen Erwerbszweigen unter sich und gegen Außen geführt hat, so ist die Ursache bloß in den künstlichen Handels- und Zoll-Systemen zu finden.

Der Freihandel, welcher nicht Ausfluß eines Systemes ist, sondern dem natürlichen Gange folgt, bringt überall Gedeihen, und gibt der Gewerbs-Industrie die zweckmäßige Richtung, — in der sie sich behaupten, und Fortschritte machen kann.

Das Merkantilsystem hingegen, welches eine künstliche Steigerung des Gewerbs- und Fabrikwesens im Auge hat, bald diesem, bald jenem Industriezweige Begünstigungen auf Kosten anderer Erwerbszweige, und selbst der Finanzen, zuwendet, — verrückt immer den natürlichen Standpunct, blendet die Staatsmänner durch den schimmernden Erfolg einzelner Unternehmungen, der oft nur präkär ist, und hinter dem sich das Elend zahlreicher Arbeiters-Familien verbirgt, und ruft das unheimliche Gewerbe der Schwärzer hervor, die zum Nachtheile der redlichen Handelsleute mit ihnen concurriren.

Ob die Begünstigung durch Prohibitiv-Maßregeln oder durch Schutz-Zölle bewirkt werden soll, — macht geringen Unterschied; jedenfalls will der ausländische Händler, vom inneren Markte ausgeschlossen, die Communication soll erschwert, die Waare vertheuert werden. Das Mehr und Minder läßt sich nicht begränzen, der Schutzzoll bleibt stets eine halbe Maßregel, hat nur eine schwankende Basis, und stellt kein klares Ziel in Aussicht.

Ich glaube daher, daß im Grundsage die Zölle immer nur als eine Abgabe und nicht als eine Wohltat für

einzelne Fabrikzweige auf fremde Kosten angesehen und hier- nach bemessen werden sollen.

Jedenfalls ist die Abgabe vom Waaren-Handel, als einer vorzüglichen Erwerbsquelle, — gerechtfertigt, und somit hat sie auch den Ausländer, — insoferne er hieran Theil nimmt, zu treffen, — ohne selbe auf den Grad zu steigern, daß er davon ausgeschlossen werde.

Der Papier- und Wechsel-Handel, der sehr gewinn- bringend ist, unterliegt keiner ähnlichen Abgabe, so wie er anderseits auch nicht gegen in- und ausländische Concurrenz geschützt ist.

Auch unterliegt der rein inländische Waaren-Handel nach den neueren Bestimmungen, insbesondere nach Auf- hebung der Schranken zwischen den deutschen und ungarischen Kronländern, keiner Zollentrichtung.

Indessen sind die Verzehrungssteuern, die Abgaben an den Linien geschlossener Städte, die Land- und Wassermauthen, die Staatsmonopole, immer mit Belästigung des Handels verbunden.

Nebst den Zöllen sind wohl auch die Transport- kosten eine Last für den ausländischen Händler, die jedoch nach den einzelnen Markt- und Absatzplätzen sehr verschieden sind, und sich nicht berücksichtigen lassen, wiewohl die Berücksichtigung eintreten müßte, wenn die Zollbemessung blos den Schutz der inländischen Industrie zum Zwecke hätte. Anders ist die Concurrenz mit dem Ausländer an der Grenze, als in der Mitte eines weit ausgebreiteten Staates, anders gegen die Continent-Umgebung als an der Seegrenze, anders da, wo das Land von Gebürgen umschlossen, und die Communica- tion mit dem Auslande erschwert, als da, wo sie durch flache Grenzen, durch den Lauf der Ströme, durch Eisenbahnen erleichtert ist.

An jeder Zollgrenze kommen eigene Verhältnisse vor, welche den Handelsverkehr im Ganzen, oder mit einzelnen Waaren-Artikeln erleichtern oder erschweren, den Einfuhrs-

zoll mehr oder minder drückend machen, und mit den jenseits der Grenze sich ergebenden Veränderungen wechseln.

Dies zeigt, welch schwierigen Combinationen man sich hingeben mußte, um den Gewerbs- und Handelsbetrieb von Oben herab bis in seine kleinsten Nüancen zu regeln. Und zugleich, welch undankbare Arbeit. Der inländische Producent soll gegenüber dem ausländischen geschützt werden, wer schützt ihn aber gegen die Masse der Mitbewerber bei einer Bevölkerung von 37 Millionen Menschen, wer weist ihm die Art der Beschäftigung, den Standpunct seiner Thätigkeit an, wenn ihn nicht sein eigenes Interesse dahin führt? Noch mehr, der inländische Producent soll auf Kosten des inländischen, und zum Vortheile des ausländischen Consumenten begünstigt werden, und doch ist jeder Producent eines Waarenartikels zugleich Consument in allen übrigen Artikeln. Wie schwer wird es hier, das gehörige Ebenmaß zu finden.

Schon seit der Regierung Kaiser Joseph II. haben ausgezeichnete Staatsmänner sich angestrengt, detaillirte Zolltarife auszuarbeiten, um die Preis-Verhältnisse von 600 bis 700 Waaren-Artikeln zum Schutze der inländischen Production zu regeln, — ohne den Zweck zu erreichen: den Handels- und Gewerbsstand zufrieden zu stellen, und gegen stete Abänderungen gesichert zu sein.

Die Landwirthschaft, die bei weitem zahlreichste Classe der Bevölkerung der österreichischen Monarchie, genießt keines gleichen Schutzes, und wir haben gesehen, daß kürzlich die deutschen Provinzen die lang gewohnte Begünstigung der Zollschranken gegen Ungarn und Siebenbürgen verloren haben, ohne daß eine besondere Beschwerde hierüber erhoben wurde.

Im Jahre 1822 wurde die Zolllinie zwischen den österreichischen und den lombardisch-venetianischen

Provinzen aufgehoben *, ohne daß die Industrie in ein und andern Landestheilen einen Nachtheil davon erfuhr.

Diese Beobachtungen dürften zu dem Versuche hinführen, — zwar nicht mit einem Male, jedoch stufenweise, — zur mäßigen, möglichst gleichförmigen Zollbelegung im Verhältnisse des Werthes der Waaren überzugehen.

Ein schneller Uebergang, ohne Berücksichtigung der bisher durch künstliche Maßregeln ins Leben gerufenen Industrial-Unternehmungen dürfte in keinem Falle räthlich, und vor Allem zu untersuchen sein, auf welchen Standpunct die letzteren gelangt sind, um die gehörige Schonung mit dauerhaften Reformen zu verbinden.

Nach den Handelsverträgen Oesterreichs mit der Türkei **, welche seit mehr als einem Jahrhunderte bestehen, wird der Zoll mit drei Percent vom Werthe der Waaren ohne Unterschied bei der Ein- und Ausfuhr eingehoben. Sollten die Zöllner die Waare über Gebühr schätzen, so stand der Parthei bevor, die Abgabe in natura zu entrichten. Der Handel erhielt sich im Gange, er ist von Bedeutung. Im Jahre 1847 betrug der Werth der Waaren im Verkehre mit der Türkei in runder Summe, fl.

bei der Einfuhr: 15,904.000

bei der Ausfuhr: 12,540.000

in der Durchfuhr: 12,821.000

also beiläufig $\frac{1}{8}$ von der Gesamt-Einfuhr in die Monarchie, $\frac{1}{9}$ von der Ausfuhr, $\frac{1}{6}$ von der Durchfuhr.

Diese Ergebnisse einer höchst einfachen Zoll-Bemessung, dürften einer besonderen Aufmerksamkeit gewürdigt werden.

So schwierig auch die Werthsschätzung der Waaren ist, so kann sie doch jedenfalls bei der Zollbemessung nicht umgangen werden. Auch ergibt sich aus dem Umstande, daß Rohstoffe einen geringeren Werth haben, als die aus denselben erzeugten Gewerbs- und Fabrikproducte (wobei meistens ein be-

* I. 8.

** II. 12. 13. II. 223.

deutender Unterschied stattfindet) von selbst die Folge, daß hiernach auch thunlicher Schutz der inländischen Industrie durch die höhere Einfuhrs-Zollbelegung der ausländischen Fabrikswaare (nach Maß der bewirkten Vervollkommnung, und des dadurch erhöhten Werthes derselben) zu Theil werde.

Bei der Durchführung dieses Systemes würden in der Folge auch practische Hülfsmittel zur Erleichterung in der Werthsschätzung der Waaren sich darbieten, zumal in der Regel an bestimmten Grenzpunkten auch meistens gewisse Waarengattungen vorkommen, und strenge Genauigkeit niemals erzielt werden kann.

Bei Waaren, wobei das Gewicht mehr als die Qualität zu berücksichtigen kommt, wie bei Bausteinen, Ziegeln u. s. w., wäre blos das Gewicht zum Anhaltspuncte der Zollbemessung zu nehmen.

Uebrigens hätte es von Einfuhrs-Verboten gänzlich abzukommen, die oft gerade Vorliebe für ausländische Waaren bewirken, und der Einschmärgung mehr Spielraum geben.

Wenn Handels- und Zoll-Verträge mit fremden Staaten geschlossen werden sollen, so wäre darauf zu sehen, daß sich so viel möglich auch von den letzteren an die in Oesterreich aufgestellten Grundsätze gehalten werde, welche, wenn sie bewährt sich zeigen, gewiß Nachahmung finden würden.

Ich glaube hier noch erwähnen zu sollen, daß in den nordamerikanischen Freistaaten der Einfuhrszoll auch nach dem Waarenwerthe abgenommen wird, und mit 20 Perzent bemessen worden zu sein scheint, da vom 31. Dezember 1834 bis Ende Juni 1842 für die höher mit 25 bis 50 Percent belegten Waaren stufenweise von 2 zu 2 Jahren eine Zollherabsetzung bis zu 20 Percent angekündigt — und durch das Zollgesetz von 30. September 1845 angeordnet wurde, daß mit Ausnahme einiger Artikel von den unter 20 Perc. belegten Waaren künftig ein Zoll von 20 Percent ad valorem erhoben werden soll. Bemerkenswerth ist, auch in Beziehung auf die Zoll-Grundsätze, ein Antrag in neuester Zeit von St. Beuve

an die Nationalversammlung in Frankreich gerichtet, dem Lande, von welchem in älterer Zeit die Vorliebe für das Mercantilsystem ausgegangen war, welcher Antrag folgende Punkte enthielt:

1. Aufhebung jedes Schutzzolles auf Roh- und Nahrungsstoffe,
2. Abschaffung aller Prohibitionen,
3. Einführung einer Steuer, welche 10 Percent nicht überschreitet, auf Halbfabrikate, und
4. von 20 Percent auf ganz verarbeitete Stoffe.

Die merkwürdigste Verhandlung seit den Unruhen in Deutschland in Bezug auf das Zollwesen ist der von Oesterreich beabsichtigte Zollanschluß an Deutschland.

Ich glaube oben gezeigt zu haben, mit welchen Schwierigkeiten die Zoll- und Handels-Gesetzgebung für die, unter einer Krone vereinigten österreichischen Provinzen mit einer Bevölkerung von 37 Millionen Menschen, sowohl in Bezug auf die Principien-Frage, als in der Detail-Ausführung verbunden ist.

Hier handelt es sich aber um einen Zollverband von 70 Millionen Menschen, die unter 38 verschiedenen Regierungen stehen, und sehr getheilte Interessen haben.

Selbst der in Gemäßheit der Bundes-Schlusssacte vom 15. Mai 1820 unter preussischem Einflusse gegründete deutsche Zollverein * fand nicht ganz den beabsichtigten Anschluß, erhielt sich mehr nur in einer prekären Stellung, und rief mehrmals lebhaftere Streitigkeiten hervor.

Oesterreich könnte noch minder in einem Verbande mit Staaten, die so verschiedene Ansichten und Interessen haben, sich behaglich fühlen.

Es müßte seine Selbstständigkeit in der Leitung eines wichtigen Administrationszweiges aufgeben, und sich die Hände bei der Abänderung jedes der mannigfaltigen Zoltarifsätze binden, wo oft der Umschwung der Fabriks- und Handels-Verhältnisse, Ausschlag der Ernten, politische Ereignisse, Krisen im Papiergeldwerthe u. s. w. eine momentane Vorsehung nothwendig machen.

* II. 218.

Welch bedeutender Unterschied zwischen dem österreichischen Zolltarife und jenem des deutschen Zollvereines nicht bloß in den einzelnen Zollsätzen, sondern im Princip obwalte, erhellet aus einer im Jahr 1842 von dem Rechnungsdepartement der Hofkammer gelieferten Zusammenstellung, von der ich hier nur einige auffallendere Daten anführe:

Procente des Zolles vom Werthe.

	Nach Oesterreichs- pCt.	Nach Zollvereins- Tarif. pCt.
Bier	35	114
Bierhefen	5	83
Chocolate	252	23
Mehl	10	72
Kastanien	13	97
Fleisch	11	55
Weine	25 bis 50	270
Tabakblätter	934	36
Tabakfabrikate	145	8
Branntwein	62	104
Essig	24	83
Thee	45	7
Steinkohlen	2	41
Roh- und Frischeisen	60	frei
Blei	60	4
Quecksilber	38	$\frac{3}{10}$
„ Präparate	60	2
Zinnober	52	2
Schwefel	27	5
Messing	20	2
Blechwaaren	60	10
Soda	4	33
Glaubersalz	3	83
Baumwollengarn (weißes)	12	2
Bobbinet	150	11
Leinwand	50	3

Die Finanzen würden hiernach bei dem Zoll-Anschlusse an Deutschland diesen Zoll verlieren, und von dem Reste pr. 11,859.000 fl. beiläufig die Hälfte mit 5,929.500 zur Vertheilung an die übrigen Zollvereinsstaaten im Verhältnisse der Bevölkerung abgeben müssen — somit um 12,480.500 das Staatseinkommen vermindert sehen.

Ob dieser Entgang durch die Theilnahme an dem Zoll-Ertrage von den übrigen Grenzen Deutschlands, und durch die Ersparung der Bewachungskosten gegen die deutsche Zollgrenze, einen hinreichenden Ersatz finden würde, ist zu bezweifeln, zumal die weit längere Zoll-Linie gegen fremde Staaten noch fort zu bewachen käme.

Uebrigens dürften auch noch Opfer anderer Art, insbesondere an Staats-Monopolen zu bringen, und selbst die gemeinsame Bewirthschaftung, die Kontrolle und Vertheilung der Zolleinkünfte mit Schwierigkeiten verbunden sein. Was endlich den national-ökonomischen Gesichtspunct betrifft, so glaube ich allerdings, daß die Ausdehnung des freien Verkehrs von 37 auf 70 Millionen Menschen für Production und Gewerbs-Industrie wohlthätige Folgen haben werde; allein es muß hier ganz vom Schuttsysteme abgesehen werden; denn wenn bei den Berathungen über den neuen österreichischen Zolltariff die Erhöhung des Einfuhrzolles von Rübs- und Leinöl zu dem Ende unumgänglich nöthig befunden worden ist, um der inländischen Fabrikation den Arbeits- und Material-Gewinn, der sich auf 1,600.000 fl. belaufen soll — nicht zu schmälern, oder zu entziehen, so läßt sich ermessen, was von der Concurrenz bei so vielen bedeutenden Artikeln durch die zollfreie Einfuhr aus den, in der Industrie so weit vorgeschrittenen, deutschen Ländern für den inländischen Erzeuger zu besorgen stünde.

Doch auch abgesehen von diesen Besorgnissen, welche bei einem großen Theile der Bevölkerung durch den Zollanschluß

an Deutschland rege werden dürften, ergibt sich jedenfalls die Frage, ob es nöthig, ob es an der Zeit sei, eine so ausgedehnte und verwickelte Unternehmung zu wagen, bei der so verschiedenartige Interessen im Spiele stehen, ob nicht eine theilweise, auf minder in staatliche Verhältnisse eingreifendem Princip beruhende, Verbindung mit einzelnen Staaten der Errichtung des kolossalen Schutzbauers, in welchen 38 Staaten eingefangen werden sollen, — vorzuziehen wäre?

Hier dürfte der Spruch Geltung finden: *Chi troppo abbraccia, nulla stringe.*

Wenn nach Erweiterung des Zollverbandes, — (mit dem der deutsche Staatenbund im Zusammenhange steht), um des deutschen Namens und Ursprungs Willen gestrebt wird, so könnte die Grenze noch umfassender ausgedacht, es könnte der Anschluß von Dänemark, dessen Bevölkerung deutschen Stammes ist, und das mit einem Fuße in Deutschland steht, — von Belgien und Holland, die früher den Burgundischen Kreis bildeten, — von der Schweiz, die noch zur deutschen Zunge gehört, vielleicht selbst von England, das durch Hannover mit Deutschland nahe verbunden ist, angesprochen werden — abgesehen von Elsaß und Pohlen, welche jetzt Bestandtheile fremder Reiche sind.

Wenn es sich nicht um politische Macht und Größe, sondern bloß um Belebung und den Aufschwung des Commerzes und der Industrie handelt, so mag Belgien mit einer Bevölkerung von 4 Millionen Menschen, dessen Zollgränze einen Flächenraum von 530 Quadratmeilen umschließt, den Beweis liefern, — wie weit es ein verhältnißmäßig kleiner Staat hierin bringen kann, im Vergleiche mit Oesterreich, dessen Handelszug von Kronstadt an der Gränze der Wallachei bis Vorarlberg in ost-westlicher Richtung 200 Meilen, — und von Oberberg bis Zara in nord-südlicher Richtung 160 Meilen auf eigenem Staatsgebiete fortläuft.

Der österreichische Staat ist groß genug, um mit einem freisinnigen Handels- und Zoll-Systeme Ressourcen im Innern

zu finden, und in Handelsverhältnissen gegen das Ausland eine günstige Stellung zu behaupten. Er kann den Anträgen deutscher Staaten, die sich ihm anzuschließen wünschen, entgegen kommen, ohne sich in einen deutschen Zollverein einzubetteln zu dürfen.

Sollten meine Ansichten hierüber irrig sein, so dürften sie wenigstens zu einiger Beruhigung dienen, wenn die Verhandlungen des deutschen Zollcongresses nicht zum Ziele führen sollten.

Ich werde nur die vorzüglicheren Daten über den Gang derselben hier anführen.

Unterm 30. Dezember 1849 wurde eine Denkschrift des österreichischen Handelsministers der deutschen Bundes-Central-commission und den deutschen Regierungen mitgetheilt, wonach die Zollvereinigung Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland in folgendem Stufengange zu bewirken wäre:

Vor Allem wären die Zolltarife in den verschiedenen Staaten in der Art zu regeln, daß von dem Zollschutssysteme auszugehen wäre, welches die Mitte zwischen dem Verbots- und dem Freihandels-Systeme hält.

Oesterreich habe bereits mit dieser Reform begonnen, und werde selbe fortführen, die Grundsätze, nach welchen es hierbei vor zu gehen gedenkt, bestehen vorzüglich darin, die Einfuhrs-Zölle auf Roh- und Farbstoffe für die Industrie zu ermäßigen, die innern Zollschranken aufzuheben, die Verbote und Verbotzölle in wirksame Schutzzölle zu verwandeln, Differenzial-Gebühren nach Verschiedenheit des Ursprungs der Waaren und der Schiffe, dann Ausfuhrs-Prämien zu beseitigen, in der Regel das Gewicht als Maßstab der Zollbemessung anzunehmen, die Zollbefreiungen, und die Verzollungsbefugnisse der Aemter zu erweitern.

Oesterreich wird sich dadurch sehr der Gesetzgebung des deutschen Zollvereines nähern.

Was die Interessen der niederdeutschen Handelsgruppe an der Nord- und Ostsee betrifft, so wäre derselben wohl eine noch größere Milderung der Einfuhrs-Zölle, vorzüglich von Colonialwaaren und mehrere Handels- und Schiffahrts-Begünstigung entsprechend, allein so wie diesen Verhältnissen nach Thunlichkeit entgegen zu kommen getrachtet werde, so seien auch anderseits die Vortheile in Anschlag zu bringen, welche diesen Handelsstädten der Anschluß an ein Gebiet von 70 Millionen Bewohnern zum freien Verkehr im Innern darbietet.

Für die erste Periode sollte daher nur die Gleichförmigkeit des Zollsystems und der freie gegenseitige Verkehr mit eigenen Rohproducten und einigen Arten von Halbfabrikaten, — den Uebergang zum Zollanschlusse bilden; in der zweiten Periode würde von den eigenen Ganzfabrikaten (welche mit Ursprungszeugnissen zu versehen wären) im gegenseitigen Verkehre zwischen den Zollvereinsstaaten, nur die Hälfte oder ein Drittel des Zolles, der für die Einfuhr vom Auslande bemessen ist, — zu entrichten sein.

Einem neuen Vertrage bliebe zuletzt die Eröffnung des freien Verkehrs im Innern vorbehalten, wo sich erst herausstellen würde, ob nicht dennoch während eines bestimmten Zeitraumes eine Zwischenzoll-Linie bestehen bleiben soll, vorzüglich wegen der verschiedenen inneren Besteuerung des Einkommens und der Verbrauchsgegenstände, der Regalien u. s. w., für welche vorher eine Ausgleichung gefunden werden muß.

Uebrigens wäre sich über eine gemeinsame Handels- und Schiffahrts-Politik, über Post-, Eisenbahnen und Telegraphenwesen, Handelsstraßen, Dampfschiffahrtlinien u. s. w. zu vereinbaren.

Zur Berathung über diese Angelegenheit wäre unter Leitung der Bundes-Centralcommission eine Zoll-Conferenz in Frankfurt aus Bevollmächtigten aller deutschen Staaten zu berufen.

Die Durchführung der Beschlüsse wäre sodann Special-commissionen zu übertragen.

Gegen den Zoll-Anschluß an Deutschland erklärten sich mit Adressen an das Handelsministerium vom 10. und 15. Februar 1850 die Industriellen Böhmens, die Direction des Prager-Gewerbsvereines, und der dortige Handwerker-Verein, vorzüglich aus dem Grunde, weil sie die damit verbundene Aufhebung des Prohibitivsystems, welchem England und Frankreich die Blüthe ihrer Industrie zu verdanken hatten, für sehr gefährlich hielten. Zum Beweise, welch ungeheurer Fond in der einheimischen Arbeit liegt, die durch Verbot-gesetze gesichert werden soll, führen sie die Thatsachen an, daß durch die Verarbeitung der gegenwärtig eingeführten circa 500.000 Zentner Baumwolle bis in ihre höchste Potenz, für die auf diesen Industriezweig in Oesterreich verwendete Arbeit beläufig 60 Millionen Gulden an Lohn und Gewinn im Lande verblieben. Wenn jedoch politische Rücksichten diesen Anschluß nothwendig machen sollten, so wären sie bereit, das Opfer ihrer partiellen Interessen zu bringen, jedoch glauben sie, daß in keinem Falle vor der erlangten gänzlichen Zolleinheit das gegenwärtige Prohibitivsystem aufzuheben sei, da sie die alsogleiche Einführung der Zolleinheit mit Deutschland jedenfalls einem isolirten österreichischen Uebergangs- oder Zollschußsysteme vorziehen.

Der Handelsminister bemerkte in seiner Antwort, daß er zwar auf mehrere in den Adressen angedeutete Wünsche einzugehen beabsichtige, jedoch der Schutzrede für das Prohibitivsystem nicht beizustimmen vermöge, wobei er gleichfalls als Thatsachen hervorhebt, daß von dem Zeitpunkte, wo in den Jahren 1833 und 1834 die Freiebung der Garn-Einfuhr und die Zollermäßigung für dieselbe stattfand, ein rascher Aufschwung der Industrie erfolgt sei, daß jene Industriezweige zu den blühendsten gehören, für welche keine Prohibition besteht, wie z. B. Steingut, Glas, Papier, musikalische Instrumente, Wagner-, Sattler-, Schuster- und Handschuhmacher-Arbeiten,

daß im Gebiete des deutschen Zollvereins, dessen gewerbliche und landwirthschaftliche Verhältnisse uns sehr nahe stehen, die Industrie verbreiteter ist, und eine größere Waarenmenge zum Behufe der Ausfuhr als bei uns erzeugt wird, ungeachtet die Fabrikation nicht durch Prohibitionen, sondern nur durch Zölle geschützt wird.

Mit den deutschen Staaten war es schwer, hierin ein Einverständnis zu bewirken, jenen an der Nordsee konnte nur die größte Zoll- und Handelsfreiheit erwünscht sein, die süddeutschen Staaten konnten sich schwer von dem Prohibitionsystem, das dort vorherrschte, losmachen, die Mittelstaaten glaubten in mehr oder minder ausgedehnten Schutzzöllen ihr Heil zu finden, daher jede Handelsgruppe ihren eigenen Weg verfolgte.

Die preußische Regierung erwiederte auf die ihr mitgetheilten, in der Denkschrift enthaltenen Anträge unterm 28. Februar 1850 im Wesentlichen Folgendes:

Sie halte die Central-Bundescommission nicht für competent, die angeedeutete Conferenz zur Berathung über den Zollanschluß einzuberufen, da die Frage eine organische Bundeseinrichtung betrifft, welche dem Plenum der Bundesversammlung zugewiesen ist; ihr scheint der einzig geeignete Weg zum Ziele zu gelangen, eine Verständigung zwischen Oesterreich, dem Zollvereine (welchen Preußen vertritt), dem Steuervereine, und einer Vertretung der außer diesen Verbänden stehenden Staaten zu treffen, zu welchem Ende eine Zusammenkunft in Wien oder in Berlin statt zu finden hätte. Die Unterhandlungen könnten nicht wohl die Zolleinigung selbst zum Gegenstande haben, wozu die gegenwärtigen Verhältnisse nicht geeignet seien, es wären daher nur die andern in der Depeche bezeichneten Gegenstände: Erleichterung in dem Austausch der Roh- und Nahrungsstoffe und Halbfabrikate, und in der Durchfuhr, die gegenseitige Unterstützung in der Grenzbewachung, die Regelung der Flußschiffahrt und der Flußzölle, der Post-, Eisenbahn-, Telegraphen- und Dampfschifflinien in Verhandlung zu nehmen. Sie glaubt

auch, daß Discussionen über die verschiedenen Tarife nicht mit wahren Nutzen begonnen werden könnten, jeder Staat werde die Bedürfnisse des eigenen Gebietes in erster Linie wahrnehmen müssen, zumal noch Ungewißheit über die Ausdehnung des handelspolitischen Gebietes herrscht. Sie werde übrigens mit Freude Alles dazu beitragen, um eine Verschmelzung der materiellen Interessen Oesterreichs und Deutschlands zu bewirken.

Anderseits besorgten die deutschen Staaten, nach den Vorschlägen der österreichischen Regierung, Rückschritte machen zu müssen, und noch weniger als bisher den Anschluß der nördlichen deutschen Seehandelsstaaten an den Zollverein erwarten zu dürfen. Vorzüglich in letzterer Hinsicht berief Preußen eine Versammlung deutscher Staaten nach Kassel.

Mit einer Denkschrift vom 30. Mai 1850 wurden von Oesterreich neuerdings ausführlichere Vorschläge über die Zolleinigung mit Deutschland gemacht.

Es wird hierbei von der Ansicht ausgegangen, daß die Feststellung der Bundesverfassung, wie sie von den Regierungen Baierns, Sachsens und Württembergs unterm 27. Februar 1850 ins Werk gesetzt wurde, geeignet sei, die Spaltungen in Deutschland zu beseitigen, und die Bahn zur Zolleinigung zu eröffnen. Inzwischen seien auf Einladung Oesterreichs die Bevollmächtigten der deutschen Bundesstaaten in Frankfurt zusammengetreten, auch Preußen habe beschlossen, die Versammlung zu beschicken, der deutsche politische Verein, wenn er zu Stande kommt, müsse auch zum Zollverein eine führen.

Es werden daher im Wesentlichen folgende Bestimmungen bezeichnet, welche in die Bundes-Verfassung aufzunehmen wären:

Alle Bundesstaaten bilden ein, durch gleiche Zoll- und Handelsgesetzgebung verbundenes Gebiet, umgeben von einer gemeinschaftlichen Zollgrenze, im Innern ist der Handel frei, mit Ausnahme der Beschränkungen wegen Verbrauchssteuern und Staatsmonopolen. Die Bundesgewalt regelt die Zölle, bestellt Consule im Auslande, schließt Handels- und Schifffahrts-

Verträge mit fremden Staaten, hat die Oberaufsicht über die Communications-Anstalten, überwacht die Zollverwaltung in allen Ländern des Bundes, controlirt die Abgaben für Benützung der Seeschiffahrtsanstalten, die Flußzölle, die Weggelder, vertheilt den Reinertrag der Zölle unter die zollvereinten Staaten. Ihr steht ein Bundesrath für Handel und Schifffahrt zur Seite, der über alle wichtigeren Geschäfte Berathungen pflegt, Vorschläge macht und Gutachten erstattet. Er wird größtentheils aus Handels- und Gewerbsmännern erwählt, zum Theile von den Regierungen ernannt. Ein Ausschuß führt die laufenden Geschäfte. Der Bundesgewalt untersteht ein Handelsamt für die Geschäfte der Oberaufsicht, ferner ein statistisches Bureau, eine Zoll- und Rechenkammer.

Nach dieser Vereinigung, nach der Ausdehnung des innern Marktes, und der Theilnahme am Weltmarkte, würden die kleinlichen Particular-Interessen ihren Anhaltspunct verlieren, der ganz Deutschland und Oesterreich umspannende Verein wird die Elbe, Weser, Ems und Oder ganz sein nennen, er wird auch die Adria, wie die Nord- und Ostsee umschlingen, und den Donauhandel, den Oesterreich auf einer Länge von 186 geographischen Meilen unmittelbar in seinen Händen hat — sich aneignen, wodurch sich dem deutschen Handel auch die naturreichen Länder an der untern Donau und am schwarzen Meere erschließen.

In weitere Aussicht wird noch gestellt, daß der Zoll-Bund dazu befähigen werde, die jetzige ungünstige Seelage zu überwinden, und mittelst einer Kriegsmarine, gestützt auf eine kräftige Handelsflotte, den Handel bis in ferne Welttheile zu entfalten, und die Küsten und Seeplätze zu schützen.

Von den Uebergangs-Maßregeln von Seite Oesterreichs zur Zolleinigung wird weiter keine Erwähnung, jedoch der Vorschlag gemacht, daß entweder unmittelbar eine allgemeine deutsche Zollconferenz zum Behufe der deutschen Zoll-Einigung berufen, oder Preußen, Sachsen und Baiern von den übrigen Zollvereins-Regierungen ermächtigt werden sollen, im

Namen des Zollvereins mit Oesterreich über eine Zoll- und Handelsverbindung in Verhandlung zu treten.

Am 6. Juli 1850 begannen die Sitzungen der Casseler Zollconferenz. Theilnehmer waren: 1. Preußen, 2. Baiern, 3. Württemberg, 4. Königr. Sachsen, 5. Baden, 6. Kurhessen, 7. Großherzogthum Hessen, 8. die Staaten des Thüringer Zoll- und Handelsvereins: Sächsisch-Schwarzburgische, Preussische Häuser u. a. 9. Braunschweig, 10. Nassau und 11. Frankfurt.

Sachsen drang darauf, über die Zollvereinigung mit Oesterreich in Verhandlung zu treten, indessen hatten die Berathungen wegen des Widerspruches von Braunschweig keine Resultate.

Aus Anlaß der Unruhen in Hessen, und der Besetzung von Cassel durch Preussische Truppen wurde der dortige Zollcongrès am 2. November 1850 aufgelöst.

In neuester Zeit, wo die Conferenzen der Abgeordneten aller deutschen Staaten wegen Reform der Bundesverfassung in Dresden abgehalten wurden, kam auch die Gründung eines allgemeinen Zollvereines, und zwar (bei der friedlicher gewordenen Stimmung) mit mehr Hoffnung des Gelingens neuerdings zur Sprache. Indessen schwebt die Frage, — im Zusammenhange mit jener über die neue Bundes-Verfassung, — noch in Verhandlung. In neuester Zeit wurde der Zollcongrès nach Wiesbaden verlegt.

Unterm 29. October 1850 wurde von der Handels- und Gewerbekammer zu Pesth ein dringendes Ansuchen an den Handelsminister gestellt, die Zolleinigung mit Deutschland kräftigst zu fördern, und wenigstens einstweilen die Prohibitiv-Zölle aufzuheben. Es kamen in dieser Eingabe interessante Bemerkungen vor, wie Oesterreich, dessen Industrie sich so sehr erhob, — mit Wiens Shawls- und Groß-Uhren-Erzeugnissen die Märkte in Leipzig beziehen, in Seidenstoffen durch Eleganz und billige Preise sich hervorthun, durch die Schafwollen-Manufacturen zu Reichenberg und Brünn mit

den Erzeugnissen von Frankreich, Belgien und selbst England wetteifern kann, durch Böhmens Flachsspinnerei das Monopol Englands verdrängt habe, — somit gewiß von dem zollfreien Verkehre mit Deutschland nichts zu besorgen habe — wie andererseits Ungarn, das wegen seiner geringen Bevölkerung und Mangel an Kapitalien, — zunächst auf den Ackerbau und die Erzeugung von Rohproducten hingewiesen sei, wozu sich noch ein weites Feld darbiete — von der Zolleinigung, — statt der verunglückten Versuche einer unreifen Fabriksthätigkeit, — für den Producenten die Vortheile eines erweiterten Absatzes seiner Naturproducte, und der unmittelbaren Verbindung mit den Fabrikanten, — für den Consumenten aber jene des Wetteifers unter den Fabrikanten und Gewerbetreibenden zu erwarten habe.

Vor der Hand haben die Verhandlungen über die deutsche Zollfrage noch zu keinem Resultate geführt.

So eben ist ein neues Werk * erschienen, worin die Geschichte des deutschen Zollvereines behandelt wird, und woraus ich einige Daten hier anzuführen mir erlaube.

Dieser Verein ist seit dem Jahre 1834, somit 16 Jahre in Wirksamkeit. Er besteht vertragsmäßig bis letzten Dezember 1853, und wenn nicht 2 Jahre vor dem Ablaufe eine Aufkündigung erfolgt — durch weitere 12 Jahre.

Im Jahre 1849 war die Volksmenge der demselben einverleibten Bundesstaaten:

	Bevölkerung.
I. Königreich Preußen	16,669.153
Großherzogthum Luxemburg	189.783
II. Königreich Baiern	4,526.650
III. Königreich Sachsen	1,894.636
IV. Königreich Württemberg	1,806.207

* Die Verfassung des deutschen Zollvereins als Grundlage für die große Zoll- und Handels-Einigung sämmtlicher deutscher Bundesstaaten. Augsburg 1851.

V.	Großherzogthum Baden	1,360.599
VI.	Kurfürstenthum Hessen	732.547
VII.	Großherzogthum Hessen	862.917
VIII.	Thüringische Vereinsstaaten	1,014.954
IX.	Herzogthum Braunschweig	247.070
X.	Herzogthum Nassau	425.686
XI.	Freie Stadt Frankfurt	72.608

Zusammen 29,802.810

Die gemeinschaftliche Zollvereinsgrenze umfaßt 1106 Meilen, wovon auf Preußen 702, auf Baiern 154, auf die übrigen Staaten 250 Meilen entfallen.

Die Zoll-Einnahmen betragen im gesammten Zoll-Vereine:

	Brutto.	Netto.
	Thaler.	Thaler.
im Jahre 1834	14,815.723	12,178.762
" " 1849	23,649.681	20,868.530

Gegenstände der Vereinbarung waren: ein gemeinschaftliches Zollgesetz, Zollordnung und Zollstrafgesetz.

Abänderungen können nur im Einverständnisse sämmtlicher Contrahenten getroffen werden, daher jeder Staat sein liberum Veto hat.

Im Innern der Zollvereins-Staaten ist der Verkehr von allen Abgaben frei, mit Ausnahme von Gegenständen der Staatsmonopole und einiger Verzehrungssteuern.

Der Zollvereins-Tarif ist nach dem Muster des Preussischen vom Jahre 1848 zusammengestellt. Die Hauptgrundsätze dabei sind: Kein Prohibitivsystem, mäßiger Schutz gegen das Ausland mit Abgaben von Fabrikaten von 10 bis 16 Percent, hohe Besteuerung fremder Consumtibilien mit 30 bis 42 Percent, möglichst geringe Besteuerung der zur Fabrication erforderlichen rohen Producte, — zollfreie Ausfuhr mit wenigen Ausnahmen.

Die Einfuhrsgegenstände, insoferne sie nicht abgabenfrei, oder mit speciellen Tarifsätzen belegt sind, unterliegen einer

allgemeinen Abgabe, welche einen halben Thaler pr. Zollcentner beträgt. Die specielle Tarifsabtheilung besteht aus 43 Positionen, wozu ein ämtliches Waarenverzeichnis die Einreihung der verschiedenen Waarengattungen in die einzelnen Tarifsätze ersichtlich macht.

Die Durchgangszölle bilden den complicirtesten Theil des Tarifes, und sind von großem Einflusse auf die vielen innern Erwerbsquellen, welche aus dem Waarentransporte zu Wasser und zu Lande ihre Nahrung ziehen.

Besondere Verträge sind in Bezug auf die Besteuerung des Runkelrüben-Zuckers in den Vereinslanden abgeschlossen worden.

Die Vertheilung der Vereinszoll-Einflüsse geschieht in Bezug auf die Eingangszölle nach dem Verhältnisse der Bevölkerung der einzelnen Staaten, zu welchem Ende alle 3 Jahre eine Volkszählung vorgenommen wird, — in Bezug auf die Ausgangs- und Durchfuhr-Zölle nach besonderen Bestimmungen.

Die Verwaltungskosten werden von den Eingangszöllen in Abschlag gebracht.

Für die gesammte Zollgrenze besteht die Zollgrenzwache, ein Civilinstitut unter militärischen Formen, das gleichförmig im ganzen Zollvereine organisirt ist, dessen Verwaltung jedoch, gleichwie alle übrigen Zweige des Zollwesens, jedem Staate für sein Grenzgebiet überlassen ist.

Die gesammte Bewachung der Außengrenzen des Zollgebietes fordert 5053 Aufseher, die von 304 Obercontrolloren geleitet werden. Die Gesammtauslage beträgt jährlich 2,681.192 fl. — wornach 2233 fl. auf die deutsche Meile kommen.

Die Zoll-Erhebungs-Aufsicht und Verwaltungskosten der Zollvereins-Grenze werden in der Art bestritten, daß jedem Staate für sein Gebiet ein jährliches Pauschale angewiesen ist, welches von der Brutto-Einahme in Abzug gebracht wird.

Es entfällt hiernach im Durchschnitte ein Betrag von 3587 fl. auf die deutsche Meile.

Die Ausübung der Vereins-Controle steht jedem Vereinsstaate zu. Für gemeinsame Angelegenheiten besteht das Central-Bureau des Zollvereines, dessen Sitz in Berlin ist.

Das wichtigste Institut für die Gesamt-Interessen des Zollvereins ist die Generalconferenz, welche in der Regel alljährlich stattfinden soll, und aus dem Zusammenritte von Specialbevollmächtigten sämmtlicher Bundesstaaten besteht.

Diese Vereinsverfassung beruht allerdings auf einer sehr zweckmäßigen Grundlage, und wenn ich gleich für den Anschluß Oesterreichs nicht das Wort führen zu sollen glaubte, so verkenne ich doch nicht, daß manche dieser Einrichtungen auch auf Oesterreich passen würden.

Inzwischen wurden die Berathungen wegen Reform des österreichischen Zolltarifes, wozu vom Handelsministerium im August 1848 eine eigene Commission aufgestellt worden war, und wobei vorzüglichere Handels- und Gewerbsleute über einzelne Punkte, die ihr Fach betrafen, vernommen worden waren — beendet, und die Resultate derselben dem Ministerium vorgelegt.

Der ausgearbeitete neue Zolltarif wurde von dem Ministerium unterm 22. Dezember 1850 sämmtlichen Handelskammern mitgetheilt, und abermals eine Versammlung von sachkundigen Gewerbs- und Handelsmännern, so wie auch Landwirthen aus allen Provinzen nach Wien berufen, um die Collisionen zwischen den mannigfaltigen hierbei eintretenden Interessen so viel möglich zu beheben.

Die Berathungen wurden in Wien unter dem Vorsitze des Ministers über jeden einzelnen Tarifs-Artikel mit Gründlichkeit gepflogen.

Durch Patent vom 7. Juni 1850 wurden die Zwischenzölle, nämlich jene Ein- und Ausfuhr-Abgaben aufgehoben.

ben, welche an der 200 Meilen langen Grenze von Ungarn, Croatien, Slavonien, Serbien und Siebenbürgen gegen die übrigen Kronländer der Monarchie zu entrichten waren. Nur für einige Staatsmonopols- und Verzehrungssteuer-Gegenstände, als Tabak, Salz, Bier, Branntwein, Fleisch, haben einstweilen noch Abgaben fortzubestehen, so wie auch Controls-Maßregeln für Zucker und Caffeh, dann für Durchfuhr-güter noch ferner Platz greifen.

Zugleich wurde auch die Befreiung von jenen Grenz- und Landmauthen, welche nicht für die Benützung der Straßen und Brücken eingeführt sind, zugestanden.

Der sich aus der Aufhebung des Zwischenzolles ergebende Entgang an Zolleinkünften beträgt circa $3\frac{1}{2}$ Millionen Gulden, wogegen in den, jenseits der Zoll-Linie gelegenen ungarisch-siebenbürgischen Ländern die directen Steuern für alle Bewohner, ohne Rücksicht auf die bisherigen Befreiungen, künftig umzulegen sind, ferner die Einkommensteuer eingeführt, ein Grundsteuersystem nach dem zu errichtenden Kataster festgesetzt, und die Vorbereitung zur indirecten Besteuerung zur möglichsten Behebung der Ungleichheiten in den verschiedenen Landestheilen der Monarchie getroffen werden soll.

Die wohlthätigen Wirkungen dieser Verfügung, die Einigung und innere Kräftigung der Provinzen, die Vereinfachung der Geschäftsverhandlung, die Verminderung der Gefällsämtler und des Standes der Finanzwache — dürften jedenfalls den Abfall in der Zolleinnahme aufwiegen.

Zur näheren Ansicht über den Umfang und die Verhältnisse des freigegebenen Handels zwischen Ungarn und Siebenbürgen, dann den übrigen Kronländern, dürfte nachfolgender, aus den Tabellen der administrativen Statistik gezogener Ausweis über die Einfuhr aus Ungarn und Siebenbürgen in die deutsch-slavischen Provinzen und über die Ausfuhr aus den letzteren in die ungarisch-siebenbürgischen Kronländer, dienen.

Der Schätzungswerth der Waaren war, — nach Gulden berechnet: bei der

	Einfuhr:	Ausfuhr:
Natur- und landwirthschaftliche Erzeugnisse	25,973.000	5,010.000
Fabrikationsstoffe und Halbfabrikate	26,227.000	8,347.000
Ganzfabrikate	1,271.000	44,168.000
Im Ganzen	53,471.000	57,525.000

Die immer erneuerten Klagen über Schwärzungen, die in dem Grade zunehmen, als außerordentliche Maßregeln zu deren Abstellung ergriffen werden, scheinen in neuester Zeit vorzüglich gegen die Freihafens-Begünstigungen gerichtet, durch welche doch die österreichische Monarchie, seit der Errichtung des Freihafens von Triest im Jahre 1717 *, so wesentliche Vortheile erlangt hat.

Diese Klagen gaben wohl die Veranlassung zur Wiederaufhebung der Hafenfreiheit, welche der Stadt Venedig sammt den Häfen von Lido und Malamocco im Jahre 1829 zu dem Ende verliehen worden war **, um diese so sehr von ihrem früheren Glanze herabgesunkene Stadt emporzuheben, und den Handel dahin zu leiten.

Es war mit der Hafenfreiheit zugleich die Begünstigung für die Insassen verbunden worden, daß von den im Freihafens-Bezirk erzeugten Fabrikproducten bei der Einfuhr in das Zollgebiet, der Einfuhrzoll nur nach dem Tariffaße für die Urstoffe, aus denen sie verfertigt wurden, zu entrichten war.

Die dießfällige, vom Civil- und Militär-Gouverneur erlassene Kundmachung vom 27. August 1849 lautet dahin, daß der Freihafen, wie er der ganzen Stadt Venedig zugestanden war, künftig auf die Insel St. Giorgio Maggiore beschränkt werde, daß über die, außerhalb dieses Bezirkes in Venedig befindlichen zollpflichtigen oder außer Verkehr gesetzten Waaren ein genaues Verzeichniß der k. k. Finanzdirection zu überreichen sei, daß dieselben vor Ablauf von 3 Monathen außer Land zu

* II. 219.

** II. 219.

schaffen, oder in die Magazine von St. Giorgio einzulagern oder zu verzollen seien, daß endlich bis zur Errichtung der Zollämter die Schifffahrt ausschließlich nur auf 4 benannten Kanälen gestattet werde.

Die Freihafens-Begünstigung wurde somit in die Bewilligung eines Entrepot's umgestaltet, das der Schifffahrt kaum, dem Handel wenig nützt, die Depositirung, Verrechnung und Garantie für bewegliche Privatgüter der öffentlichen Verwaltung aufbürdet, was für beide Theile lästig ist, das endlich complizirte Aufsicht und Bewachung der ausgedehnten unförmigen Seelinie, und der Kanäle in den Lagunen nothwendig macht, die weit schwieriger ist, als jene für die gewählte Grenze des Freihafen-Cordons, wo dieß- und jenseits Regierungs-Organen zu Gebote stehen.

Wiederholte Beschwerden sind gegen diese Verfügung erhoben worden, worüber noch die Schlußfassung zu erwarten ist.

Der Handelsverkehr Venedig's zur See hatte, nach den statistischen Tabellen vom Jahre 1846, einen bedeutenden Aufschwung genommen, indem die

Einfuhr im Geldwerthe	15,939.792 fl.
Ausfuhr	4,417.724 „
betrug	

Im Jahre 1847 betrug die Einfuhr zur See über Venedig im Geldwerthe	16,606.000 fl.
die Ausfuhr	5,490.000 „
Ueber Trieste die Einfuhr	30,303.000 „
die Ausfuhr	11,471.000 „

Die Einfuhr über diese beiden Häfen betrug über $\frac{1}{3}$ der Gesamt-Einfuhr in die Monarchie mit . 127,997.000 fl.
Die Ausfuhr über $\frac{1}{3}$ der Gesamtausfuhr pr. 112,298.000 „

Ob im Jahre 1850 durch die Aufhebung der Zollfreiheit für die Bewohner Venedigs Früchte für das Zollgefäß sich ergeben werden, steht zu erwarten.

Jedenfalls wird der Zollertrag von den im Freihafen-Gebiete von Venedig erzeugten und über den Cordon in die

österreich. Provinzen eingeführten Waaren, deren Werth im Jahre 1846 1,341.783 fl. betrug, für das Aerar verloren gehen.

Zu bemerken ist, daß die Verleihung der Hafenfreiheit für Venedig keine Beschwerde von Seite der Stadt Triest erregt hatte, welche sich zunächst dadurch hätte beeinträchtigt finden können.

Bald nach dieser Einschränkung der Hafenfreiheit von Venedig wurden jedoch von österreichischen Industriellen Klagen über den Schmuggel erhoben, der von Triest aus nach dem Zollgebiete betrieben werden soll. Der Handelsminister fand sich veranlaßt, eine eigene Commission zur Erhebung und Berathung über die Mittel der Abhülfe, in Triest niederzusetzen, bei welcher mehrere Projecte zu weiteren Handelsbeschränkungen zum Vorscheine kamen, insbesondere: die Einbeziehung Istriens und der Quarnerischen Inseln in den Zollverband (von dem diese Landestheile schon seit dem Jahre 1814 befreit worden waren), ausgedehnte See-Control-Maßregeln, die Einschränkung des Triester-Freihafen-Gebietes auf beiläufig ein Drittel des gegenwärtigen Flächenraumes; selbst die Umgestaltung des Freihafens von Triest in ein Entrepot wurde zur Sprache gebracht. Indessen wurde diesen Vorschlägen keine weitere Folge gegeben.

Zu den für Handel und Schiffahrt besonders lästigen Abgaben gehören die Flußölle und die Schiffsgebühren.

Die österreichische Regierung war seit dem Abschlusse der Elbe-Schiffahrts-Acte bemüht, die hieraus für die Elbeschiffahrt sich ergebenden Hindernisse zu beseitigen, da besonders für Böhmen, von wo aus die Transporte die ganze Stromstrecke von Melnik bis Cuxhaven zu passiren haben — diese Abgaben sehr drückend sind.

Durch kaiserliche Entschließung vom 4. Mai 1850 wurde verordnet, daß die Erhebung der österreichischen Elbe-ölle für alle Waaren, die auf der Elbestrecke zwischen Melnik und der sächsischen Gränze auf österreichischen

Schiffen und Flößen verführt werden — ganz aufzuhören habe. Ausgenommen sind nur: Steinkohlen, Bau- und Brennholz und Holzkohlen. Durch spätere Allerhöchste Entschließung vom 20. Juli 1850 wurde diese Zollbefreiung auf der erwähnten Strecke auch auf ausländische Schiffe ausgedehnt, und den übrigen Uferstaaten der Wunsch zu erkennen gegeben, eine Zusammentretung abzuhalten, um über die Tarifs-Regulirung und die Verbesserung der Wasserstraße ein Uebereinkommen zu treffen.

Im Jahre 1843 wurden an Waaren auf dieser Strecke eingeführt 141.838 Zentner, ausgeführt 1,262.622 „

Zu Ende des Jahres 1849 zählte man im Kronlande Böhmen 83 zur Elbeschiffahrt befugte inländische Rheder mit einem Besitze von 754 Schiffen, welche zusammen eine Tragfähigkeit von 617.234 Zentner hatten. Dazu kommen noch 41 Fahrzeuge von 35.123 Zentner Tragfähigkeit, deren ausländische Eigenthümer Patente für die Schiffahrt auf der böhmischen Elbestrecke erhalten haben.

Nach mehreren Zwischenverhandlungen schrieb Preußen, in Gemäßheit der Elbe-Schiffahrtsacte vom 23. Juni 1821, wornach periodische Revisionscommissionen abgehalten werden sollen, — eine solche Commission in Magdeburg aus, wobei es im Vorhinein erklärte, daß es auf eine Mäßigung der Elbezölle antragen wolle, daß jedoch vor Allem eine Herabsetzung der Durchgangszölle in den Zollvereins-Staaten zu erfolgen hätte.

Die Resultate der Verhandlungen dieser Revisionscommission, (der dritten seit der Elbe-Schiffahrtsacte), sind noch zu erwarten.

Glücklicheren Erfolg, als die Verhandlungen über den Zollanschluß an Deutschland, hatten jene mit Modena über die Grenz-Regulirung, worüber ein Vertrag unterm 8. August 1849 abgeschlossen wurde, dann mit Modena und Parma über die freie Po-Schiffahrt und die Zollvereinigung.

Am 3. Dezember 1849 wurde, in Folge der Verhandlungen einer am 30. November 1849 zusammengesetzten Commission, ein Zollvertrag zwischen Oesterreich, Modena und Parma geschlossen. Beide letztere Staaten:

Parma mit 107 Quadratmeilen u. 500.000 Einwohnern und Modena „ 102 „ „ 540.000 „

schlossen sich dem Zollgebiete Oesterreichs an: es soll gegenseitige Zollfreiheit für die ein- und austretenden Waaren zwischen diesen Ländern stattfinden. Die freie Schifffahrt auf dem Po wird den Unterthanen der pacificirenden Staaten gleich den eigenen zugestanden, die Vertretung gegen fremde Staaten soll durch gemeinschaftliche Consule bewirkt, den Schiffen und Waaren sollen gegenseitig in diesen Staaten gleiche Begünstigungen bewilligt werden. Die indirecten Steuern, die Gefällsgeetze, und das Verfahren im lombardisch-venetianischen Königreiche sollen auch in den Herzogthümern zur Norm dienen, und es sollen dort auch gleiche Preise für Staatsmonopols-Artikel festgesetzt werden. Eine in Verona aufgestellte gemischte Commission soll über die Vertrags-Bestimmungen wachen, die vereinten Zoll-Erträgnisse des lombardisch-venetianischen Königreiches und der beiden Herzogthümer werden im Verhältnisse der Bevölkerung getheilt, letzteren jedoch ein Minimum der zu erhaltenden Zolleinkünfte zugesichert, um der österreichischen Regierung Mittel zu den erforderlichen Erleichterungen im Interesse ihrer Unterthanen frei zu lassen.

Die Dauer des Vertrages ist auf vier Jahre festgesetzt.

Diesem Vertrage ist die päpstliche Regierung unterm 11. Mai 1850 beigetreten. Die Schifffahrt auf dem Po und den Nebenflüssen wird freigegeben. Die Transitzölle werden aufgehoben, die andern Gebühren gemäßigt; dadurch wird vorzüglich der Salzbezug für die Lombardei sehr erleichtert.

Mit dem Zollwesen in nächster Verbindung stehend, und vielfältig von demselben abhängig, ist die Gesetzgebung über den innern Gewerbs-, Handels- und Schifffahrts-

Betrieb, — für welche ein immenses Feld der Leitung sich darbietet, wenn in alle Particular-Interessen eingegangen wird.

Durch Allerhöchste Entschliebung vom 18. März 1850 wurde die Errichtung von Handels- und Gewerbe-Kammern im ganzen Umfange der Monarchie angeordnet.

Die Kammern sind zur Erstattung von abgeforderten Gutachten und Auskünften, zu Vorschlägen von Reformen in der Handels- und Gewerbs-Gesetzgebung, zur Sammlung statistischer Daten, und jährlichen Hauptberichten über Handels- und Gewerbsfachen berufen. Nebst dem ist ihnen als eigener Wirkungskreis zugewiesen: Prüfung und Ernennung der Waaren- und Börse-Sensalen und der Wechselagenten, auch haben sie als Schiedsgerichte in Gewerbs- und Handels-Angelegenheiten, bei Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Dienstgebern, — unter Zustimmung der Parteien — einzutreten.

Die Kammern theilen sich in 2 Sectionen: Gewerbs- und Handels-Section. Sie sind dem Handelsministerium untergeordnet, haben jedoch auch den leitenden Landesbehörden die gewünschten Auskünfte zu erstatten.

Jede Handels- und Gewerbskammer besteht aus mindestens 10, höchstens 30 Mitgliedern, und halb so viel Ersagmännern; sie werden auf 3 Jahre gewählt, mit jedem Jahre tritt ein Dritttheil aus. Sie wählen unter sich einen Präsidenten und einen Vicepräsidenten.

Das Wahlrecht haben Jene, welche im betreffenden Bezirke eine Handlung oder ein Gewerbe auf eigene Rechnung oder als Gesellschaften betreiben.

Zur Wählbarkeit wird der fünfjährige Besitz und Betrieb einer solchen Gewerbs- oder Handelsunternehmung gefordert.

Die Sitzungen der Kammern werden regelmäßig alle Monate, oder außerordentlich über besondere Berufung gehalten.

Die Mitglieder versehen ihr Amt unentgeltlich.

Wahlberechtigte Individuen für die Handels- und Gewerbskammern in Niederösterreich waren, nach 4 Classen abgetheilt, im September 1850:

	in Wien	in den 17 Bezirken
Vom Handelsstande	1530	388
„ Fabriksstande	224	201
„ Montan-Gewerbe	12	126
„ Gewerbsstande	5075	1661
	<hr/> 6841	<hr/> 2376

Die Zahl der Kammern ist vorläufig auf 60 festgesetzt worden, und zwar in den deutsch-slavischen Provinzen auf: 29, in den ungarisch-siebenbürgischen auf: 14, in den lombardisch-venetianischen auf: 17.

In Bezug auf Gewerbe ist noch der, vom Ministerium in Verhandlung gezogenen, allgemeinen Gewerbeordnung entgegen zu sehen. Den Beschränkungen früherer Zeiten ist schon einigermaßen durch die Abtheilung in Polizei- und Commercial-Gewerbe ein Maß gesetzt worden.*

Zu den ersteren, welche die Versetzung mit den allgemeinen Lebensbedürfnissen zum Objecte haben, gehört das Fleischer-Handwerk, welches insbesondere in Wien einer strengen, von Monat zu Monat wechselnden, Satzung für die Verkaufspreise des Fleisches unterlag, wobei in der Periode der Schwankungen des Papiergeldes der Uebelstand eintrat, daß die, nach dem Markt-Preise des Schlachtviehes vom vorausgegangenen Monate calculirten, Satzungen in dem laufenden Monate nicht mehr passend waren.

Es wurden deshalb schon im Jahre 1849 bei dem Gemeinderathe der Stadt Wien Berathungen über die Aufhebung der Rindfleisch-Satzung geflogen, wozu der Zeitpunkt im October geeignet gehalten wurde, weil im Herbste der größte Zutrieb von Schlachtvieh aus Ungarn, Bessarabien und Serbien einzutreten pflegt.

* II. 195.

Es wurde jedoch zuvor die Vollendung des Baues der Schlachthäuser an der St. Marxer- und Gumpendorfer-Linie abgewartet, welche nach dem Muster jener in Paris errichtet worden waren, und wohin seiner Zeit das Schlachten des Viehes, und die Ausübung der Fleischhauer-Gewerbe verlegt werden sollte.

Durch Allerhöchste Entschlieſung vom 22. Juni 1850 wurde die für die Stadt Wien bestandene Rindfleischsagung aufgehoben, welche Aufhebung aber erst mit 1. October in Wirksamkeit trat.

Um jedoch die gehörige Concurrenz im Verkaufe zu bewirken, anderseits aber den Fleischhuern den Viehankauf zu erleichtern, wurde in erster Beziehung die Zahl der Fleischhauer von 156 auf 180 vermehrt, und den Viehhändlern das Schlachten des Viehes und das Ausschroten (Kleinverkauf des Fleisches) in den Schlachthäusern gestattet; — zugleich aber eine Credits-Anstalt (die Fleischcasse) gegründet, zu welcher vom Aerarium der Stadtgemeinde ein Vorschuß von 250.000 fl. C. M. verabsolgt wurde, und in welche die Fleischhauer Cautionen in Raten, jeder bis zu dem Betrage von 2.000 fl. einzulegen hatten.

Aus dieser Casse sollten, gegen von den Fleischhuern auszustellende Wechsel, die Kauffschillinge für das von ihnen erkaufte Vieh den Händlern bezahlt werden.

In den 4 Monaten vom 1. September bis Ende Dezember 1850 wurden an Wechselln

für angekauftes Schlachtvieh bezahlt: . . .	3,123,497 fl.
die von den Fleischhuern ersetzten Vorschüsse betrugen:	2,903,463 „

Auf den Wiener Viehmarkt wurden aufgetrieben:	
Ungarisches Schlachtvieh	14.964 Stücke
Galizisches	15.710 „
Deutsches	3.946 „

Zusammen 34.620 „

wovon 7294 Stücke auf das Land abgetrieben wurden.

Als Mittel zur Aufmunterung der Industrie, zur Verbreitung neuer Erfindungen und Verbesserungen in Gewerbs- und Fabriks-Zweigen, und zur Anknüpfung neuer Handelsverbindungen im In- und im Auslande, wurden in neuerer Zeit die periodischen Gewerbsproducten-Ausstellungen eingeführt.

Selbe hatten in Oesterreich von 5 zu 5 Jahren stattgefunden.

Aus Anlaß der von der k. großbritannischen Regierung für das Jahr 1851 beschlossenen Industrie-Ausstellung in London, wozu Gewerbsproducte aus allen Welttheilen eingesendet werden sollen, hat auch Oesterreich thätig mitzuwirken sich angelegen sein lassen.

Es wurden die Industriellen sämmtlicher Kronländer von der Regierung zur Theilnahme aufgefordert, und Unterstützung hierbei zugesichert.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 7. Mai 1850 wurde eine Commission zum Behufe der dießfälligen Einleitungen in Wien angesetzt.

Zugleich wurden Filialcommissionen zu Mailand, Prag und Feldkirch bestellt, durch deren Vermittlung die zur Ausstellung bestimmten Producte auf Kosten des Staates nach London hin und zurück transportirt werden. Die Ausstellung begreift, nebst den Erzeugnissen des Gewerbsfleißes, auch Roh- und Hülfsstoffe aus allen drei Reichen der Natur, und Werke der plastischen Künste.

Um eine vollkommen günstige Aufstellung der österreichischen Erzeugnisse in London, dann eine entsprechende Benützung der Anschauungen und Erfahrungen, zu welchen jene Weltausstellung die Gelegenheit darbieten wird, im Interesse der einheimischen Industrie erzielen zu können, wurden folgende Vorkehrungen getroffen:

Schon im September 1850 wurde eine Ausstellungs-agentie in London, aus einem dortigen Handelshause und

dahin abgesendeten österreichischen Beamten zusammengesetzt, welche ein Verbindungsglied zwischen der großbritannischen und der österreichischen Ausstellungs-Commission bilden, und in London selbst die Ausladung, den Transport, die Aufstellung der österreichischen Expositionen besorgen, Auskünfte ertheilen, Correspondenzen führen soll.

Zur Zeit der Eröffnung der Ausstellung in London wird ein Central-Leitungs-Comité aufgestellt werden, welches aus einem Präses, einem höheren Beamten, und einem von der Filial-Commission gewählten böhmischen Industriellen bestehen wird. Demselben werden sich dann die einzelnen Berichterstatter anschließen, nämlich: eigens dazu berufene ausgezeichnete Männer der practischen Wissenschaft, Kunst und Industrie, welche einen vierwöchentlichen Aufenthalt in London zu nehmen, von dem Präsidenten der Central-Leitung ihre Instructionen zu erhalten, und Bericht über die gesammelten Wahrnehmungen zu erstatten haben.

Die Auswahl dieser Männer wird in der Art getroffen werden, daß die Hauptcategorien der Ausstellung und die einzelnen Kronländer ihre Vertretung finden werden, und außerdem auf die benöthigten Zeichner, Mechaniker u. s. w. Rücksicht genommen wird. Reise- und Aufenthaltskosten werden denselben auf Verlangen in einem Pauschal-Betrage vergütet.

Die österreichische Producten-Ausstellung in Wien, welche im Jahre 1851 hätte stattfinden sollen, — ist aus dem Anlasse der Londoner-Ausstellung auf das Jahr 1852 verschoben worden.

Zu den Organen, welche für die Beförderung des Handels gegen das Ausland und der Seeschifffahrt bestellt sind, gehören: die Central-Seebehörde zu Triest, die Consulate und die Agentien.

Die Central-Seebehörde (Governo centrale marittimo) zu Triest wurde in Folge Allerhöchster Entschließung vom 30. Jänner 1850 errichtet. Ihr ist die Regelung und

Ueberwachung des Seeschiffahrtswesens (mit Ausnahme der k. k. Kriegsmarine) in sämtlichen österreichischen Küstenbezirken übertragen. Ihre vorzüglichsten Obliegenheiten sind:

Die Beaufsichtigung und Beförderung des Seeschiffbaues, die Obsorge über die Hülfsmittel und Anstalten zum Schiffahrtsbetriebe, als: Häfen, Werften, Leuchttürme u. s. w. Ertheilung der Seeschiffahrt-Befugnisse, die Einführung einer allgemeinen Matrikel für den Seedienst in der österreichischen Marine, Handhabung der See-Sanitäts- und Contumaz-Borschriften, Ueberwachung der Amtsführung der österreichischen Consular-Ämter, die Einholung von Notizen über den Stand, die Bewegungen, und den Verkehr der österreichischen Handelsmarine im In- und Auslande, über den Verkehr der fremden Handelsfahrzeuge, über die inländischen Schiffbau-Ergebnisse und über die für die Seeschiffahrt bestehenden Anstalten.

Die Central-Seebehörde untersteht dem Handelsministerium, ihr sind untergeordnet: die Hafen-, Sanitäts- und Lazareth-Ämter, wobei jedoch in politischen und Polizei-Angelegenheiten den Leitern der politischen Verwaltung der gehörige Einfluß vorbehalten ist.

In Bezug auf die Seeschiffahrt sind folgende Daten dem Marine-Kalender entnommen:

Zu Ende Juli 1850 bestand die österreichische Handelsflotte, mit Ausschluß der Küstenfahrer, aus:

390 Schiffen mit Gehalt von 175.475 Tonnen
der Lloyd hatte 31 Dampf-

schiffe zu 14.900 „

die Donau-Gesellschaft

48 Bote mit 12.800 „

die Kriegsmarine: 3 Fregatten, 5 Corvetten, 6 Briggs,

5 Dampfer mit 16.200 „

Die österreichischen Consulate haben die wichtigsten Angelegenheiten des Handels und der Schiffahrt in fremden

Staaten zu vertreten. Es ist hierzu eine besondere Bildung, es sind politische, Justiz- und statistische Kenntnisse erforderlich. Bis her bestand zur dießfälligen Vorbereitung nur die Orientalische Akademie, * welche vorzüglich den Unterricht in den orientalischen Sprachen zum Zwecke hatte.

Zufolge Allerhöchster Entschließung vom 20. October 1849 wurde nun eine Vorschrift über die Bestellung von Consular-Eleven zum Zwecke der speciellen practischen Ausbildung jüngerer Staatsdiener für den Consulardienst erlassen.

Es werden bei dem Handelsministerium 8 Consular-Elevenplätze freirt. Die Eleven genießen den Gehalt von Concepts-Adjuncten. Zu den Erfordernissen der Aufnahme gehören: Absolvirte juridisch-politische-Studien, Kenntniß der deutschen, französischen und italienischen Sprache, einjährige Praxis im Staatsdienste, Ablegung einer schriftlichen Concurssprüfung, wobei den Bewerbern drei Fragen gestellt werden:

eine aus dem europäischen Völkerrechte, und über österreichische Handels- und Schiffahrtsverträge; —

eine aus den österreichischen Vorschriften über die Seeschiffahrt; — endlich:

eine aus der National-Deconomie, oder dem österreichischen Zoll- und Handels-Systeme, oder der österreichischen Handels- und Industrie-Statistik.

Für Zöglinge der orientalischen Akademie sind 3 von den erwähnten 8 Plätzen vorbehalten.

Die Eleven werden theils bei dem Handelsministerium, theils bei der Central-Seebehörde, theils bei Consularämtern, wo sie eine Gehaltszulage genießen, verwendet, bis sie eine stabile Anstellung erlangen.

Noch ist der österreichischen Agentieen in der Moldau und Wallacheu zu erwähnen, welche Länder für den Handel und die Industrie Oesterreichs von hoher Bedeutung sind.

In Folge Allerhöchster Entschließung vom 11. October 1849 sind die k. k. Agentieen in Jassy und Bukarest,

* II. 280.

welche künftig zugleich den Namen General-Consulate führen werden, — einer Reorganisirung zu unterziehen. Sie haben eine doppelte Bestimmung: sie sind Vertreter der commerciellen Interessen, und zugleich Organe zum Schutze der durch Staatsverträge den österreichischen Unterthanen in diesen Ländern zugestandenen Vorrechte, in welcher letzteren Eigenschaft sie selbst richterliche Functionen auszuüben haben, — in erster Beziehung stehen sie unter dem Handelsministerium, in zweiter unter der Internunziatur von Constantinopel, und mittelbar unter dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten.

In Bezug auf diese Agentieen, so wie auch auf die im flachen Lande vertheilten Starosteien, welche als untergeordnete Organe der Agentieen wirken, wird weitere Berathung über die einzuleitenden Reformen gepflogen.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 4. Dezember 1850 wurde eine neue Organisirung des österreichischen Consulardienstes in Amerika genehmigt.

Dem zufolge werden nachstehende Consularämter bestellt:

Ein kaiserliches Generalconsulat zu New-York,

15 Consulate und Viceconsulate in Nordamerika,

4 " in der Republik Mexiko,

1 " in Central-Amerika,

3 " an der Nordküste von Südamerika,

8 " in Westindien,

6 " an der Ostküste von Südamerika in Brasilien,

3 " " Westküste " in Chili.

Außerdem sollen seiner Zeit noch 12 Consulate in Südamerika errichtet werden.

Die zweite Abtheilung in dem Geschäftsbereiche des Handelsministeriums bildet das Bauwesen.

Dieser Section ist die Ausführung und Verwaltung der öffentlichen Bauten anvertraut, so wie es im Einverständnisse mit den betreffenden Ministerien bei solchen Bauten vorzugehen hat, wo diese eigene Dotationen hierzu beziehen.

Davon sind jedoch die Ministerien des Krieges und des Bergbaues ausgenommen, welche eigene, ihnen untergeordnete Baubehörden haben.

Zur Ausführung aller übrigen Baue, zur technischen und administrativen Oberaufsicht und Leitung derselben, — wurde durch Allerhöchste Entschliessung vom 15. Dezember 1849 eine Central-Behörde in Wien mit der Benennung: General-Baudirection aufgestellt, welche in 3 Sectionen zerfällt: a) für den Staats-Eisenbahn-Bau, b) für den Wasser- und Straßenbau, c) für die Architectur.

Die General-Baudirection hat jährliche Voranschläge und Gebahrungs-Ausweise dem Ministerium vorzulegen, über technische und administrative Fragen zu entscheiden, und rücksichtlich Gutachten zu erstatten. Derselben unterstehen die Baudirectionen in den Kronländern und die Kreisbauämter in den Kreisen.

Die Oberbaudirection im Lombardisch-venetianischen Königreiche bleibt in ihrer Wirksamkeit, und steht unmittelbar unter dem Ministerium. In Betreff der Hafenbau-Angelegenheiten wird der Central-Seebehörde ein Ober-Inspector beigegeben, um alle Bauten an der Seeküste zu überwachen.

Bei der Generalbaudirection erhält jede der 3 Sectionen einen Oberbaudirector, einen Ober-Inspector, und mehrere Inspectoren, dann für technisch-administrative Gegenstände die nöthigen Ober-Ingenieure, Ingenieure und Assistenten; zum Vertreter nach Außen wird einer der 3 Directoren vom Minister bestimmt.

Ferner wird der General-Direction ein Rechtsgelehrter für Rechtsverhandlungen, insbesonders bei Expropriationen, und ein Rechnungsbeamter beigegeben.

Am Siege der Kreis-Präsidenten werden Kreisbauämter errichtet, welche am Siege des Statthalters zugleich die Baudirection bilden, weil sich die Baugeschäfte, welche das ganze Kronland betreffen, in derselben concentriren wer-

den. Sie unterstehen der General-Baudirection, und haben auch die Prüfung und Berichtigung jener Bau-Angelegenheiten vorzunehmen, deren Bewilligung den Statthaltern zusteht.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 8. März 1850 wurde die Aufnahme von Bau-Elaven der General-Bau-Direction in Wien bewilligt.

Zugleich wurden Staatsprüfungen im Baufache für Bewerber um Staatsdienste im Bauwesen vorgeschrieben. Gegenstände der Staatsprüfungen sind: die drei Baufächer: Land-, Straßen- und Wasser-Bau, und die practische Geometrie.

Mit Allerhöchster Entschließung vom 26. März 1850 wurde eine Vorschrift über die Bemessung der Gebühren für Staatsbau-Beamte auf Dienstreisen und bei auswärtiger Verwendung erlassen.

Zu den großartigen Bauen gehört die Regulirung der Flüsse, wodurch die Einschränkung ihrer Bahn, die Sprengung der den Lauf hemmenden Felswände, der Abzug stehender Gewässer, die Austrocknung der Moräste, — und so in neuerer Zeit Erd-Umstaltungen bewirkt werden, die — gleich den Spuren der Vorzeit, — auf die fortwährende Erhebung des Continents aus den Gewässern hindeuten.

Der Schutz der Gründe, die Zunahme der Agricultur, die Beförderung der Schifffahrt und des Handels sind die wohlthätigen Folgen dieser Unternehmungen.

Eine der wichtigsten ist die in Angriff genommene Regulirung der Theiß in Ungarn und ihrer Nebenflüsse, welche jährlich beiläufig 200 Quadratmeilen Landes * überschwemmen und den sehr fruchtbaren Boden der Cultur entziehen; so wie anderseits die vielen Krümmungen der Theiß die Schifffahrt auf einer höchst wichtigen Wasserstraße erschweren, welche

* Nach früheren Daten ist in meinem Werke II. 249 der Inundations-Terrain viel größer angegeben.

die Mitte Ungarns von Norden gegen Süden durchschneidet, und in die Donau ihren Abfluß nimmt.

Schon vor mehreren Jahren war eine hydrotechnische Aufnahme des Theißgebietes mit einem bedeutenden Aufwande aus dem Fonde des erhöhten Salzpreises veranstaltet worden. Auf Grundlage derselben wurde ein Regulirungsproject entworfen, zu dessen Ausführung unter dem Einflusse des E. H. Palatin ein Verein der theilhaftigen Grundbesitzer sich bildete. Zur Unterstüßung derselben wurden durch Allerhöchste Entschließung vom 26. März 1846 nebst dem Vereins-Beitrage von 100.000 fl. C. M. noch durch die ganze Dauer der Regulirung jährlich 100.000 fl. aus dem erhöhten Salzpreis-fonde bewilligt.

Uebrigens kam, unter Vermittlung der Staatsverwaltung, ein Vertrag mit 3 vorzüglichen Wiener-Wechselhäusern über ein von letzteren zu leistendes Darlehen von 400.000 fl. zu Stande. Die Auslagen auf die Regulirungs-Arbeiten hatten sich, nach dem Vortrage des Handelsministers vom 7. Mai 1850, auf 700.000 fl. C. M. belaufen. Es waren durch die Leistungen der Gesellschaft 192.000 Joch trocken gelegt worden, während noch anderthalb Millionen Joch der Trockenlegung und Sicherung entgegen sahen.

Zufolge Allerhöchster Entschließung vom 16. Juni 1850 wird nun die Leitung und Ueberwachung der Theiß-Regulirungs-Arbeiten auf die Staatsverwaltung übernommen, es wird zur Besorgung derselben eine Centralcommission in Pesth aufgestellt, welche aus 3 stimmberechtigten Mitgliedern: einem Ministerialcommissär, einem Abgeordneten der General-Baudirection, und einem Rechtsgelehrten besteht. Die Theiß-Regulirungs-Gesellschaft tritt außer Wirksamkeit.

Folgende Auslagen werden aus dem Staatschätze bestritten: a) die Kosten der Centralcommission, b) jene der fortwährenden Strombeobachtungen, c) die Auslagen für die Flußarbeiten, welche die Erleichterung und Förderung der Schiff-

fahrt zum Zwecke haben, d) Vorschüsse an unbemittelte Grundbesitzer zur Leistung der Einzahlungen.

Zu diesem Ende wird die Beihülfe mit jährlich 100.000 fl. auf 5 Jahre bewilligt.

Die Rechte und Pflichten der einzelnen Vereine der Grundbesitzer bleiben in Kraft.

Zur Rückerstattung der erhaltenen und noch weiter zu bewilligenden Vorschüsse leisten die Grundbesitzer Einzahlungen nach Maß der Trockenlegung und Schügung ihrer Gründe. So haben die Eigenthümer der bisher gesicherten 192.000 Joch jährlich 1 fl. C. M. pr. Joch bis zur Einbringung der auf selbe entfallenen Kosten zu entrichten.

Zu den merkwürdigsten Bauten gehört die steinerne Ketten-Brücke zwischen Pesth und Ofen, * welche den letzten Uebergang im Laufe des gewaltigen Donaustromes bis zum Meere bildet. Sie wurde am 30. September 1849 in feierlicher Weise eröffnet.

In Bezug auf die Regulirung der Donau nächst Wien und Erbauung einer haltbaren Brücke wurde vom Ministerium eine Commission von Technikern und Mitgliedern aller hieran betheiligten Behörden, so wie des Gemeinderathes berufen.

Die erste Sitzung wurde am 14. Februar 1850 abgehalten, wobei differente Ansichten zur Sprache kamen. Man ist bis jetzt noch nicht zu einem definitiven Beschlusse gelangt. Ich habe in einem früheren Werke ** einige Daten über die Schicksale des Wiener Donaukanals, die vorgenommenen Bauten und deren Erfolge, — in Kürze angeführt.

Die außerordentlichen Auslagen auf Straßen- und Wasserbauten betrugen im Jahre 1849 circa 1,500.000 fl. C. M.

Im Jahre 1847 war in der ganzen Monarchie die

* II. 248.

** II. 245—247.

	Meilen.	Klafter.
Länge der Avarial-Straßen . . .	2146	357
„ „ „ anderen „ . . .	5225	2000
	<u>7371</u>	<u>2357</u>

Der Kostenaufwand belief sich: fl. C. M.

für Straßenbaue auf: 5,731.023

„ Wasserbaue „ 1,168.025

Von der Hauptsumme pr. 6,899.048

wurden durch Mauthen eingebracht 2,655.884

und der Ueberrest vom Avarar bestritten . . . 4,243.164

Die dritte Abtheilung der Geschäfte des Handelsministeriums bilden die Communicationsmittel, in deren Schaffung ganz eigene Fortschritte in neuerer Zeit gemacht worden sind, welche mächtig auf die Entwicklung geistiger und materieller Thätigkeit eingewirkt haben.

Gewiß ist es, daß Anstalten von so großer Ausdehnung, die nicht nur im ganzen Umfange der Monarchie ausgeführt sind, sondern selbst in fremde Landesgebiete eingreifen, — vorzüglich unter dem mächtigen Schutze des Staates Kraft und Gedeihen erlangen, allein auch der Privat-Industrie soll die Theilnahme an dem Betriebe solcher Anstalten nicht versagt werden.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 13. Jänner 1850 ist die Organisation der hierbei einschreitenden Behörden festgesetzt worden.

Dem Handelsministerium sind die legislativen Bestimmungen und alle Geschäfte, bei welchen die Centralisation der Communications-Anstalten eine Nothwendigkeit ist—vorbehalten.

Zur Ausführung wird eine Generaldirection der Communicationen aufgestellt, welcher das Cours-Büreau und die Deconomie-Verwaltung zur Seite stehen.

Sie zerfällt in 3 Abtheilungen:

1. für den Eisenbahn-Betrieb,
2. für das Postwesen,
3. für die Telegrafie,

Die beiden ersten haben einen Generaldirector an der Spitze, die letzte einen Telegrafen-Director.

Dem Generaldirector für die Eisenbahnen sind 2 technische Rätthe als Referenten beigegeben; das übrige Personale besteht aus: Ober-Ingenieuren, Ingenieuren und Assistenten. Für die administrativen Geschäfte stehen ihm 4 Rätthe zur Seite.

Dem Telegrafen-Director ist ein Secretär beigegeben.

Nebstdem besteht bei der General-Direction ein Rechtsconsulent und eine Rechnungsabtheilung.

Untergeordnete Aemter sind: Die Postdirection.

Die Direction der Communicationen auf den Eisenbahnen.

Die Telegrafenämter, welche längs den Telegrafenlinien aufgestellt sind.

Auch diesen Unterbehörden sind Rechnungs-Abtheilungen beigegeben.

Die österreichischen Eisenbahnen, * welche bis Ende December 1850 dem Verkehr eröffnet sein werden, haben eine Strecken-Länge von 298 Meilen. Der Aufwand an Bau- und Einrichtungskosten ist mit 144,366 424 fl. C. M. berechnet, daher die Meile auf circa 481.200 fl. C. M. zu stehen kommt.

Die Führung von Locomotiv-Bahnen wurde hierbei der Anwendung von Seilbahnen oder atmosphärischen Bahnen vorgezogen. Die dominirenden Eisenbahnen, welche bisher ausgeführt wurden, nehmen ihren Zug von Wien aus: nördlich bis Oberberg, von wo die Bahn im Auslande bis Breslau, Berlin und Hamburg geführt ist, östlich nach Preßburg und so eben erst bis Pesth — südlich bis Lai-bach, wo dieselbe jedoch durch den Semmeringer-Berg unterbrochen, westlich bloß 4 Meilen weit bis Stockerau. Die Bahn, welche innerhalb der Stadt Wien den Nord-

* II. 238—241.

bahn= mit dem Südbahn-Hof in Verbindung bringen soll — ist in Bau genommen, — jedoch derselbe ausgesetzt worden.

Die Eisenbahnen im lombardisch venetianischen Königreiche zwischen Venedig und Verona, dann von Mailand aus nach Treviglio und nach Como, sind noch nicht mit andern Bahnen in Verbindung gebracht.

Die Eisenbahn, welche die Uebersetzung des Berges Semmering an der Grenze zwischen Niederösterreich und Steiermark, die dermal zu Wagen geschieht, bewirken soll, wird große Baue nöthig machen. Es ist bereits ein Bach mit einem Viaduct bei Windschag übersezt; noch soll ein Tunnel durch den Berg geführt werden, der 800 Klafter Länge haben wird, wovon die Kosten auf 9 Millionen Gulden veranschlagt sind.

Zufolge Ministerial-Erlasses vom 30. Mai 1850 hat die ungarische Central-Eisenbahn, welche gegenwärtig zu den Staatseisenbahnen gehört, und der Leitung einer k. k. Betriebs-Direction übergeben ist, den Namen südöstliche Staats-Eisenbahn zu führen.

Im Dezember 1850 wurde die Eisenbahn von Pesth nach Preßburg eröffnet.

Zur Vollendung der Eisenbahn, welche Wien mit Triest verbinden soll, ist die Uebersetzung der Julischen Alpen erforderlich, welche jedoch mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Es bieten sich zwei Linien dar:

1. Durch das Idria- und Isonzo-Thal.

2. Ueber den Karst.

Die Chancen für die Wahl zwischen diesen beiden Linien sind folgende:

	erste Linie.	zweite Linie.
Länge	24 Meilen	18 Meilen
Größte Höhe über der Meeres-		
fläche	283.70	317.5
Viaducte Länge	2832°	1942°
Tunnels Länge	4173°	991°
Bauzeit	6 Jahre	3 Jahre

Kosten	erste Linie	zweite Linie
der Viaducte	3,475.382 fl.	2,206.546 fl.
der Tunnels	6,518.200 „	1,608.738 „
Baukosten	25,961.691 „	16,282.413 „

Das Maximum der Steigung $\frac{1}{60}$ ist bei beiden Linien gleich.

Die Ersparung von 6 Meilen in der Länge, circa 9 Millionen in den Anlagskosten, von 2 bis 3 Jahren in der Bauzeit, entschieden für die Wahl der zweiten, nämlich der Karstlinie, obwohl zwei Umstände: der Mangel an Wasser, und der zeitweise herrschende, unter dem Rahmen Bora bekannte heftige Nordostwind, Nachtheile bringen, die nicht ganz verhindert werden können.

Durch Verordnung vom 18. März 1849 wurden eigene Ministerialcommissäre zur Ueberwachung der Sicherheit und Regelmäßigkeit des Betriebes auf den Eisenbahnen angestellt.

Im Jahre 1849 bildete sich ein Verein der deutschen Eisenbahn-Verwaltungen, um nach einem gemeinschaftlichen Plane bei der Anlage vorzugehen.

Unterm 9. November 1850 wurde eine Adresse vom Gemeinderathe zu Laibach an den Handelsminister überreicht, worin der Dank über die beschlossene Tracirung der Südbahn von Laibach über den Karst nach Triest bezeugt, und sich zugleich über die Vortheile ausgesprochen wurde, welche sich durch Entsumpfung des Morastes, Urbarmachung des Bodens und Wiederbelebung des Handels von Laibach ergeben werden.

Das Postwesen,* dessen Verwaltung in früherer Zeit im ganzen Umfange der österreichischen Monarchie, — so wie während des Bestandes des deutschen Reiches in ganz Deutschland einer einzelnen Familie nach Lebens-Rechten zustand, wurde immer als ein Regale behandelt, und als eine der vorzüglicheren Finanzquellen angesehen.

* I. 91—94.

Die Poststationen wurden als erbliche und verkäufliche Privilegien, — gegen besondere Verpflichtungen der damit Betheilten, — verliehen.

Erst in neuester Zeit ist die oberste Leitung der Postanstalten von der Finanzverwaltung getrennt, und dem Handelsministerium übertragen worden, wornach auch die fiskalischen Maßregeln gemildert wurden.

Der Handelsminister sendete den k. Rath Johann Herz nach England, Frankreich und Belgien, welcher über seine Wahrnehmungen kürzlich ein interessantes Werk * herausgab, worin zugleich Vorschläge enthalten sind, welchen vorzüglich die Post-Einrichtungen in England zur Grundlage dienen, wobei jedoch auf die große Verschiedenheit der Verhältnisse gegen jene in Oesterreich aufmerksam gemacht wird.

Die Postanstalten Großbritanniens besaßen sich blos mit der Beförderung von Briefen, Zeitungen, und der Ausfertigung von Geldanweisungen bis zu dem Betrage von 5 Pf. Sterling.

Die Fracht-Postfahrten, die Geldsendungen, die Beförderungen von Reisenden, sind ganz der Privat-Betriebsamkeit überlassen.

In älterer Zeit wurde auch in England die Postanstalt vorzüglich als ein Staatsgefäß behandelt.

Die im Jahre 1840, nach dem Antrage Rowland Hill's eingetretenen Reformen in England hatten zugleich die Erleichterung der Communicationen als Beförderungsmittel der geistigen Cultur der Nation im Auge.

Die wesentlichen Punkte dieser neueren Einrichtungen sind:

1. Daß das Briefporto, ohne Unterschied der Entfernung, in gleichem Betrage in den vereinigten Königreichen abgenommen wird, wie dieß in älterer Zeit auch in Oesterreich stattgefunden hatte. **

* Die Post-Reform im deutsch-österreich. Postvereine, von J. Herz. Wien. 1851.

** I. 92. 93.

2. Die Frankirung der Briefe mittelst aufzuklebenden Briefstempels.

3. Die Herabsetzung der Taxe: für Briefe unter $\frac{1}{2}$ Unze mit 1 Penny ($2\frac{1}{2}$ Kreuzer), mit $\frac{1}{2}$ bis 1 Unze mit 2 Penny, mit 1 bis 2 Unzen mit 4 Penny und sofort in erhöhtem Ausmaße mit steigendem Gewichte.

Diese Reformen waren zum Theile auf die Bemerkungen gegründet:

Daß die gesammten Post-Auslagen um $\frac{1}{3}$ mehr für den Postdienst, als für die Transportkosten betragen, —

daß die größere oder mindere Entfernung nicht immer im Verhältnisse der Kosten der Beförderung stehe, und der größte Theil der Auslage die ganz frei beförderten Zeitungen trifft, —

daß die Vereinfachung und Erleichterung des Postdienstes und der Controle, sowohl durch die Gleichförmigkeit der Brieftaxe, als auch durch das Ausdrücken der Briefmarken, sehr befördert wird;

endlich daß von der Herabsetzung der Brieftaxen eine Steigerung der Correspondenz auf das Fünffache zu erwarten sei, wodurch der Ertrag des Gefälles ins Gleichgewicht mit der früheren Einnahme sich setzen werde, welche Hoffnung aber nicht ganz in Erfüllung kam.

Vor Einführung des Penny-Porto im Jahre 1838, hatte England bei einer Bevölkerung von 27 Millionen Einwohnern eine Briefzahl von 75 Millionen, Frankreich mit fast 34 Millionen Einwohnern eine Briefzahl von 87 Millionen, Oesterreich mit $35\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern eine Briefzahl von $19\frac{1}{10}$ Millionen.

Im Jahre 1848 kamen in England 320 Millionen, bei der Londoner Stadtpost allein 36 Millionen, in ganz Oesterreich nur 23 Millionen Briefe auf die Post.

Eine besondere Anstalt in England ist auch die Geldanweisung mittelst Post-Billets des Money Order Office.

Diese Geldanweisungen werden gegen Baarzahungen bis

zum Betrage von 5 Pfund Sterling hinausgegeben, und an den Adressaten hinausbezahlt. Höhere Geldanweisungen und Zahlungen werden durch Wechsel besorgt.

Die Masse der in Umlauf gesetzten Capitalien durch Post-Anweisungen unter 5 Pfund Sterling beträgt in einem Jahre bei 15 Millionen Pfund Sterlinge, die Einnahme an Gebühren bei 30.000 Pfund Sterlinge.

Seit Errichtung der Eisenbahnen wurden dieselben auch zur Beförderung der Briefposten in der Art benützt, daß die Postmanipulation im Wagen selbst durch Travellings post-offices besorgt wird.

Die Liberalität des neueren englischen Postsystems, welches in mehreren großen Staaten Nachahmung fand, hat auch auf Erleichterungen in Oesterreich eingewirkt, wiewohl in Großbritannien der ausgebreitete Verkehr, die gleichförmigere Entwicklung der Cultur und des Wohlstandes, die Vertheilung der Bevölkerung, die besseren Communicationsmittel, — jedenfalls günstigeren Erfolg von solchen Zugeständnissen, — als hier, — erwarten lassen konnten.

Indessen ist auch in Oesterreich, durch Vermehrung der Eisenbahnen und Beförderung der Dampfschiffahrt, eine freiere Bahn für Brief- und Fahrposten eröffnet, und eine Vereinfachung der Postmanipulation und Herabsetzung des Porto zulässig geworden.

Unterm 13. Jänner 1849 wurde die Oberste Hofpostverwaltung aufgehoben und mit dem Handelsministerium vereinigt, welchem die Provinzial-Oberpostverwaltungen, und die Post-Oekonomie-Verwaltungen unmittelbar untergeordnet sind.

Die Post-Routen im Inlande wurden vermehrt, die Briefaufgabs-Orte wurden vervielfältigt, die Auf- und Abgabe der Briefe in größeren Orten mehrmals des Tages veranstaltet.

Unterm 1. Juli 1849 ist eine provisorische k. k. General-Direction für die lombard. venet. Posten in Wirksamkeit getreten.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 25. Septemb. 1849

wurde die Frankirung der Briefe mittelst aufzuklebenden Marken allgemein eingeführt.

Das Briefporto im Inlande ist: für den einfachen Brief (1 Loth) im Bezirke des Aufgabsortes selbst: 2 Kreuzer, auf die Entfernung bis inclusive 10 Meilen 3 kr., bis inclusive 20 Meilen 6 kr., über 20 Meilen 9 kr., mit dem Gewichte des Briefes steigt die Taxe.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 3. Jänner 1851 wurden die Grundsätze über die Befreiungen vom Postporto festgestellt.

In Oesterreich blieb es noch immer Bedürfniß, nebst der Briefpost auch die Beförderung der Reisenden, der Frachten und der Geldsendungen als Staatsanstalt bestehen zu lassen, welche Vorrechte zum Behufe des sicheren und regelmäßigen Betriebes eingeräumt werden mußten; indessen wurden allmählig Verbesserungen hierin eingeführt, und auch der Privatindustrie freier Spielraum eröffnet.

Anfangs bestanden Personen-Eilfahrten, Brief-Eilfahrten und Frachten-Fahrten, jede für sich abgesondert.

Später wurden sie in Verbindung gebracht und auf alle Stationen ausgedehnt.

Im Jahre 1837 wurde der, früher bis zu einem bestimmten Gewichte der Post vorbehaltene Frachten-Transport ganz frei gegeben. In neuester Zeit wurde auch dem Privatpersonen-Transporte Vorschub geleistet. Insbesondere wurden durch Allerhöchste Entschließung vom 7. Dezember 1850 besondere Bestimmungen über Privat-Unternehmungen periodischer Personen-Transporte (Messageries und Stellfuhren) getroffen.

Unterm 6. April 1850 wurde ein Vertrag über den Postverkehr zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossen, welcher in der Folge auf alle deutschen Staaten ausgedehnt werden sollte. Zu Folge desselben treten beide Mächte dem Postvereine für ihr gesamntes Staatsgebiet bei. Inner diesem vereinten Gebiete haben gleichmäßige Tarbestim-

mungen und Behandlung der Brief- und Fahrpost-Sendungen Platz zu greifen.

Das Briefporto ist nach dem obenerwähnten in Oesterreich bestehenden Ausmaß zu entrichten.

Für Kreuzband-Sendungen, d. i. Zeitungen, Journale, Bücher, Musikalien und andere Druckwerke, wenn sie außer der Adresse, Datum und Unterschrift nichts Geschriebenes enthalten, wird ohne Unterschied der Entfernung ein Kreuzer per Loth bezahlt.

Von Waarenproben und Mustern unter 16 Loth im Gewichte wird die Hälfte des Briefporto eingehoben.

Für die Pränumerationsannahme und Versendung der Zeitungen und Journale von Seite der Postämter sind besondere Begünstigungen für die Redacteurs zugestanden, welche aber in Oesterreich nach einer späteren Verordnung vom 1. Jänner 1851 an aufzuhören haben.

Das Fahrpost-Porto wird für jede Sendung nach dem Gewichte berechnet, — nach dem Werthe aber nur dann, wenn ein Werth declarirt ist. Für Werthsendungen soll erhoben werden: bis zur Entfernung von 50 Meilen, für jede 100 Gulden 2 Kreuzer. Ueber 50 Meilen, für jede 100 Gulden 4 Kreuzer. Die Gewichtstaxe ist mit $\frac{1}{2}$ fr. auf je 5 Meilen vom Pfunde.

Der Postvereins-Vertrag trat mit 1. Juli 1850 in Wirksamkeit und bleibt bis zum Schlusse des Jahres 1860 in Kraft, er erstreckt sich, in Gemäßheit des zu Mailand am 3. Juli 1849 abgeschlossenen Post-Vereines von Oesterreich mit Modena und Parma, auch auf die letzteren Herzogthümer.

Durch Verträge vom 2. Juli 1849 mit der schweizerischen Eidgenossenschaft, und vom 16. Juli 1849 mit Rußland sind Uebereinkommen über Post-Einrichtungen getroffen, welche vorzüglich die Aufhebung des Francatur-Zwanges, die Bestimmung gleichförmiger und mäßiger Postgebühren, und die Herstellung regelmäßiger Postverbindungen zur

Beförderung der Brief-Correspondenzen, dann für Reisende und Frachtsendungen zum Zwecke hatten.

Durch Ministerial-Berordnung vom 27. Juli 1850 wurde die Versendung von Geldsummen mittelst Postanweisungen bis zu dem Betrage von 50 Gulden, gegen bare Einzahlung eingeführt. Bei Geldsendungen haftet die Postanstalt, wenn sie bar eingezahlt werden, für den Geldbetrag, — wenn sie aber verschlossen einlangen, — nur für die richtige Uebergabe im unbeschädigten äußeren Zustande.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 10. April 1850 wurde eine Vorschrift über die Bedingungen zum Eintritte in den Staats-Postdienst und die bezüglichlichen Staatsprüfungen erlassen.

Vorbedingungen sind: die zurückgelegten Studien an einem Obergymnasium oder einer Ober-Realschule, — Sprachkenntnisse, einjährige Verwendung als Aspirant im Postdienste — endlich Staatsprüfungen. Letztere sind dreifacher Art:

1. Zur Aufnahme als *Eleve*. Wenn diese nach günstigem Ausfalle der Prüfung stattfindet, so tritt derselbe als wirklicher Postbeamter ein; er erhält ein Adjutum von 200 bis 300 fl. C. M., muß eine Caution von 300 fl. erlegen, und wird bei einem Postamte oder einer Postdirection verwendet.

2. Die *Officials*-Prüfung. Diese setzt den *Elevendienst* voraus. Sie eignet zu *Offizials*-, *Controllors*-, *Cassiers*- und *Postamts-Vorsteher*-Posten.

3. Die *Administrativ*-Prüfung. Sie ist vorgeschrieben: zur Erlangung höherer Posten bei der II. Abtheilung der General-Direction der Communicationen, dann bei den Post-Directionen.

Die *Post-Expeditoren* werden den *Eleven* gleichgestellt, und auch zu *Officials*-Prüfungen zugelassen.

Die Gegenstände der Prüfungen erheben sich — nach der oben angedeuteten Abstufung — vom practischen zum höheren wissenschaftlichen Standpuncte.

Durch Patent vom 20. Dezember 1850 wurde ein Post-

gesetz für Ungarn, Siebenbürgen, Croatien, Slavonien, die Militärgrenze, die serbische Woywodschaft und den Temescher-Banat, in Uebereinstimmung mit dem dießfalls für die übrigen Provinzen bestehenden Gesetze vom 5. November 1837 erlassen.

Mit den Posten und Eisenbahnen stehen die Telegraphen in Verbindung.

Diese bewunderungswürdigen Communicationsmittel (Resultate naturwissenschaftlicher Forschungen), durch welche der Erdfreis in dem Zehnthelle einer Secunde umfahren werden kann, — sind von dem Handelsministerium besonderer Aufmerksamkeit gewürdigt und in practischer Ausführung verbreitet worden. Für die Zwecke der Regierung ist es von höchster Wichtigkeit, Nachrichten und Anzeigen aus entfernten Gegenden der Monarchie augenblicklich zu erhalten, und eben so Weisungen dahin ertheilen zu können, die Benützung dieser Anstalt für Private in Handelsbeziehungen und Geschäften jeder Art, ist von vielfältigem Interesse; endlich sind die Telegraphen für den Betrieb der Eisenbahnen, mit denen sie in Oesterreich nun schon beinahe überall verbunden sind, — ein wesentliches Hülfsmittel.

Nach dem im Juni 1849 von dem Ministerium vorgelegten Entwürfe sollten die directen, strahlenförmig von der Hauptstadt ausgehenden Telegraphenlinien 302 Meilen in der Länge betragen, mit dem Kosten-Aufwande von . . . 244.850 fl. Die Hauptverbindungslinien der vorzüglicheren

Städte in der Länge von 363 Meilen	kosten 294.350 „
Die secundären Linien 1088 Meilen.	Kostenbetrag 876.850 „
Doppelte Drahtleitung bei einigen Haupt- und	
Verbindungsstraßen. Länge: 891 Meilen	357.800 „
	<hr/> 1,773.850 „

Durch Allerhöchste Entschließung vom 5. August 1850 wurden die Anträge des Ministeriums zur Organisirung des Dienstes auf den Telegraphen-Linien genehmigt.

Die Länge dieser Linien beträgt bis Ende des Jahres 1850 458 Meilen, worunter über 100 Meilen unterirdisch geführt

sind. Im Jahre 1851 werden zur Ausführung kommen 212 Meilen, wornach die Mehrzahl der Hauptstädte, alle bedeutenden Handelsplätze und Festungen der Monarchie in Verbindung gesetzt werden.

Durch Vertrag mit Preußen, Sachsen und Baiern, der mit 1. October 1850 in Anwendung tritt, wurden gegenseitig die Beförderung der telegraphischen Depeschen in voller Ausdehnung zugesichert, die Gebühren festgesetzt, die Manipulation vorgezeichnet.

Die für die Telegraphen-Anstalt bestellten Beamten sind theils Eisenbahnbetriebs-, theils Staats-Telegraphisten, wovon erstere auf 85 Stationen den Dienst für die Eisenbahnen, letztere in 23 Bureau's den Staatsdienst besorgen.

Bei dem Handelsministerium ist das Telegraphen-Central-Bureau, welches durch unterirdische Leitungen mit den übrigen Ministerial-Bureau's in Verbindung steht, und wo zugleich die Bahnen von allen Telegraphen-Linien einmünden. Diese erstrecken sich von Wien aus: gegen Süden über Graz und Laibach bis Triest, — gegen Westen über Linz und Salzburg bis an die bairische Grenze, wo sie sich an die von München aus dahin gezogene Linie anschließen sollen, — gegen Osten bis Preßburg, — gegen Norden über Olmütz, Brünn, Prag und Oberberg, wo durch Anschluß an die preussische Telegraphen-Linie die Verbindung mit Breslau, Berlin und Hamburg bereits hergestellt ist, so wie durch die im Bau begriffene Linie von Prag nach Bodenbach die Verbindung mit der sächsischen Telegraphen-Linie bewirkt werden wird. Auch sollen die Telegraphen-Linien ferner: nördlich von Oberberg bis Krafau, östlich von Preßburg bis Pesth, westlich von Salzburg über Innsbruck bis Bregenz, südlich von Venedig bis Mailand fortgesetzt, und gleichzeitig die Verbindungen mit Agram, so wie zwischen Verona und Innsbruck hergestellt werden.

Die Staats-Telegraphen-Stationen theilen sich in 4 Classen. Zur ersten Classe gehören jene zu: Prag, Pesth, Triest, Oberberg, Verona und Innsbruck, — auf denselben be-

finden sich Amtsvorstände, — und da, wo größere Beschäftigung stattfindet, auch Stellvertreter nebst einem Telegraphisten, — zur zweiten jene zu: Preßburg, Brünn, Bodenbach, Krakau, Graz, Salzburg, Bregenz, Mailand. Venedig, Bogen.

Auf diesen ist ein Amtsvorstand oder Stellvertreter, nebst einem Telegraphisten.

Die übrigen Stationen fallen in die dritte und vierte Classe bei der dritten sind zwei, bei der vierten nur ein Telegraphist in Verwendung.

Bei dem Centralbureau in Wien ist ein Amtsvorstand, ein Stellvertreter und fünf Telegraphisten. In der kaisl. Burg in Wien und in Schönbrunn, so wie auch bei jedem der drei Ministerien, des Aeußern, des Innern und des Krieges sind zwei Telegraphisten.

Zum Behufe der Heranbildung von Telegraphisten wurde für die erste Besetzung dieser Stellen, ein Lehrcurs eröffnet, der vom 20. März bis 5. Juni 1850 dauerte. Die Telegraphisten sind theils definitiv angestellt, deren 50, theils nur zeitlich verwendet, 40 in der Zahl, von welchen letzteren 1 oder 2 den Stationen nebst den definitiven Telegraphisten zugetheilt sind.

Die Amtsvorstände erster Classe haben 900 fl. Gehalt, die Stellvertreter derselben, so wie die Amtsvorstände zweiter Classe jährlich 700 fl., die Telegraphisten theils 600, theils 500 Gulden.

Die Gesamtsumme der Gehalte mit Inbegriff der Dienerschaft, beträgt auf allen Stationen zusammen jährlich 74.800 fl.

Nebstdem sind zur Aufsicht über die Drahtleitungen, theils eigene Wächter bestellt, theils untergeordnete Organe des Eisenbahn- und des Straßendienstes verwendet.

Die Staats-Telegraphen sind, zufolge Allerh. Entschließung vom 12. October 1849, auch zur Benützung dem Publikum frei gegeben, wofür gewisse Gebühren nach der Zahl der Worte, welche die Zahl von 100 nicht übersteigen dürfen, und nach dem Maße der Entfernung der Correspondenzorte zu entrichten sind.

Es wurde hierüber eine eigene Vorschrift im September 1850 bekannt gemacht. Die Ausgaben auf Errichtung der Staats-Telegraphen betrugen im Jahre 1849: 249,486 fl. C.M.

Die Einnahme vom Telegraphendienste für Private wird für das Jahr 1850 zu beiläufig 40.000 fl. C. M. angeschlagen.

Schlüsslich glaube ich noch einige allgemeine, aus den Zusammenstellungen des Departements der administrativen Statistik gezogene Uebersichten hier beifügen zu sollen, welche Oesterreichs Handel und Schifffahrt betreffen.

In Bezug auf den Handelsverkehr betrug i. J. 1846

die Einfuhr nach	die Ausfuhr
Oesterreich	

An Natur und land- wirthschaftlichen Erzeugnissen	60,538.508 fl. . .	25,978.253 fl.
An Urstoffen und Halb- fabrikaten .	57,956.438 " . .	46,483.059 "
An Fabrikwaaren	7,220.558 " . .	32,742.553 "
An Litterarischen und Kunstgegenstän- den . . .	1,026.732 " . .	617.562 "
	126,742.236 "	105,821.427 "

Der Einfuhrhandel betrug im Geldwerthe:

	zu Land	zur See
im Jahre 1847 . .	75,581.466 fl. . .	52,415.788 fl.
" " 1848 . .	56,801.063 " . .	26,909.404 "

Der Ausfuhrhandel

im Jahre 1847 . .	90,142.332 fl. . .	22,065.953 fl.
" " 1848 . .	35,944.191 " . .	10,416.806 "

Der Zollertrag von der Einfuhr von der Ausfuhr	
im Jahre 1847 . .	16,627.712 fl. . . 1,530.344 fl.
" " 1848 . .	8,593.977 " . . 267.136 "

Es ist hieraus die bedeutende Abnahme ersichtlich, welche die Ereignisse des Jahres 1848 zur Folge hatten.

Im Jahre 1841 war der Werth der Industrie-Erzeugnisse im Kaiserthum Oesterreich und zwar:

der größeren Fabrikszweige	593,418.000 fl. C. M.
der kleineren Fabriken und Gewerbe .	201,599.000 „ „ „
	<u>795,017.000 „ „ „</u>

wobei jedoch mehrere Industriezweige, und die kleinen Gewerbe in Ungarn fehlen, daher der Gesamtwert in runder Summe auf 1000 Millionen angeschlagen werden kann.

Die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft besaß im Jahre 1849 47 Dampfboote und 137 Schleppschiffe.

Der Ueberschuß über ihre Auslagen betrug 1,045.158 Gulden Conv. Münze.

Die Lloyd-Gesellschaft hatte 28 Dampfschiffe. Ueberschuß an Einkünften 517.500 fl.

Die Handelsmarine zählte zu Ende 1847

	Schiffe	Tonnen
Schiffe weiter Fahrt	560 . .	162.426
Große Küstenfahrer	767 . .	46.604
Kleine Küstenfahrer	2150 . .	22.245
Fischer-Varfen	2322 . .	10.493
	<u>5799</u>	<u>241.768</u>

Folgende Eisenbahnen standen mit Ende des Jahres 1850 im Betriebe.

	Länge. Meilen.	Bau- kosten.	Einrich- tungs- kosten.	Deckung,
A. Privatbahnen.				
Pferdebahnen.				
1. K. K. privil. österr. Eisenbahn	26	fl. G. M. 2,308.719	fl. G. M. 288.364	15.000 Actien à 250 fl. Anlehen v. Jahre 1829 zu 400.000 fl.
2. Erste ungarische Eisenbahn: Preßburg, Strynau, Szered . . .	8 ¹ / ₄	1,097.334	146.366	Actien-Einzahlung 1,087.090 fl. Anlehen von 1847, 150.000 fl.
3. Prag, Lohna	7 ¹ / ₂	337.000	nicht auf Actien gegründet.
Locomotivbahnen.				
4. Kaiser Ferdinands Nordbahn von Wien bis Odenberg mit Seitenästen	54 ¹ / ₂	22,600.438	4,829.161	14.000 Actien à 1000 fl. mit Zuschüssen. Anlehen zu 10,063.135 fl.
5. Wien Gloggnitzer-Eisenbahn mit Filial- gelbahnen	16 ¹ / ₄	11,276.733	2,762.400	25.000 Actien à 500 fl. Anlehen 2,829.626 fl.
6. Oedenburg, Wiener-Neustadt . . .	33 ³ / ₄	2,299.921	362.891	Von Actien 2.132.900 fl. Anlehen 153.132 fl.

	Länge. Meilen	Bau- kosten.	Einrich- tungs- kosten.	Nutzung.
7. Mailand, Monza-Bahn	6 $\frac{1}{4}$	Fl. C. M. circa eine halbe Milli	Fl. C. M. 2,533.489	on pr. Meile, von Privaten ohne Actien.
8. Ungarische Central-Eisenbahn . .	43 $\frac{3}{4}$	15,445.611		Actien-Eingahlung 17,987.212 Fl.
Marchegg, Pressburg, Pests, Egerhof				Zu stehen 510.000 Fl.
				Der Betrieb ist an die Ferdinands-Nord- bahn-Gesellschaft verpachtet.
B. Staatsbahnen.				
9. Nordbahn, Linz, Linz und Seib- tenbahnen	59	31,013.522	3,691.960	Zu die Ferdinands-Nordbahn verpachtet.
10. Südbahn, Märktelachlag, Raibach	43	24,062.790	3,541.005	Zu die Bolognerbahn verpachtet.
11. Lomb. venet. Bahn	21	11,000.000	3,000.000
12. Kratau, oberösterreichische Bahn . .	8 $\frac{1}{2}$	1,638.030	467.770	Ötamm- und Prioritäts-Actien-Eingah- lung 3,229.350 Fl.
Locomotiv-Bahnen	256 $\frac{1}{4}$			Tritt erst mit Anfang 1851 in Staats- Regie.
Gesammt-Länge	298			

Zuf sämtliche Eisenbahnen sind bis Ende 1849 zum Baue verwendet worden 126,205.098 Fl., dann auf Dampf- Personen- und Lastwägen, und sonstige Einrichtung 21,560.515 Fl.

Sämmtliche Eisenbahnen Großbritannien erforderten bis 1. Juli 1850 einen Aufwand von 217,987,870 Pfund Sterling. Die Länge betrug 6.000 Meilen, mithin 36.000 Pfund pr. Meile.

Die Auslagen des Handelsministeriums waren im M. J. 1849 folgende:

Central-Leitung	276.637 fl. C.M.	
Consulate	227.610	"
Baubehörden	802.841	"
Merarialgebäude und Häuserfordernisse	527.642	"
Eisenbahnen	10,366.956	"
Staats-Telegraphen	249.486	"
Straßenbau	6,968.952	"
Wasserbau	2,554.242	"
	<u>21,974.366</u>	"
Die Einnahme an Zöllen betrug i. J. 1849	14,591.318	"
an Mauthen	2,169.815	"
Post	427.140	"
Erwerbsteuer	2,565.548	"
Aversuale der Stadt Triest (statt der Personal- und Erwerbsteuer)	60.000	"
	<u>19,813.830</u>	"

Der Ertrag der Verzehrungssteuer, welche im J. 1849 auf 18,964.266 Gulden sich belief, ist zwar größtentheils von der Landwirthschafts-Production herrührend, nimmt jedoch auch auf Gewerbsbetrieb, insbesondere bei Brauereien, Branntweinbrennereien, Zuckersiedereien Bezug.

Kriegsministerium.

Salus reipublicae suprema lex esto. Die Erhaltung der äußern und innern Sicherheit ist der höchste Zweck des Staates. Die Gründung der Militärmacht ist hierzu das kräftigste Schuttmittel, jedoch mit großen Opfern verbunden.

Leider ist der Kriegszustand bei den größeren Staaten Regel, der Friedenszustand Ausnahme. Die Weltgeschichte ist die Geschichte der Kriege, und ein feindliches Geschick will es, daß oft gerade längere Waffenruhe gegen Außen — Gährungen und Kämpfe im Innern hervorruft.

Die Kriegskunst ist in neuerer Zeit zur Wissenschaft erho-

ben, die Maschinen zur Zerstörung von Menschenleben und Städten sind im Wettstreite der gebildetsten Nationen zu staunenswerther Vervollkommenung gebracht, und die Krieger zu Werkzeugen gestaltet worden.

Ueber die Militär-Organisation in Oesterreich habe ich in meinem früheren Werke * umständliche Daten geliefert, es sind seither wenige Veränderungen hierin vorgenommen worden. Die Militär-Verfassung hat ihren alten Ruf bewährt, die Truppen haben in einer kritischen Periode mit Eifer und Treue Dienste geleistet, Ordnung und Ruhe erhalten, und der Bevölkerung gegenüber ein ehrenwerthes Benehmen beobachtet.

Es ist zu bedauern, daß die größten Opfer gebracht werden mußten, um die gestörte Ruhe im Innern des Landes herzustellen, daß ein stehendes Heer von nie gekannter Stärke aufgebracht, und schon drei Jahre hindurch erhalten, daß selbst Hülfsvölker beigezogen werden mußten, um die ungestümen Volksbewegungen, die kein klares Ziel vor Augen hatten, zu bewältigen.

Von den vorzüglichsten neueren Militär-Ereignissen ist bereits früher Erwähnung gemacht worden.

Der Feldzug gegen Sardinien wurde in kurzer Zeit beendigt, der Aufstand in der Lombardie, später auch im Venetianischen, unterdrückt, und in dem Friedeschlusse vom 6. August 1849 die Kriegskosten-Entschädigung für Oesterreich ausbedungen.

Ungarn und Siebenbürgen litten am meisten durch die innern Kämpfe, und werden noch lange sich nicht von den Folgen erholen können.

Aus Anlaß der hier eingetretenen Intervention Rußlands vom 10. Juni 1849 übernahm Oesterreich die Verpflegung der kaisl. russischen Hülfstruppen von dem Zeitpunkte ihres Einmarsches auf österreichisches Gebiet.

Die k. russische Regierung bestritt aus Eigenem den Sold

und die Ausrüstung der Truppen, Oesterreich dagegen Alles, was den Unterhalt, sowohl an Lebensmitteln als Fourage betrifft, so wie auch die unentgeltliche Beistellung der Fuhrer, und verband sich der k. russischen Regierung, die dießfalls gemachten Vorauslagen zu ersezen. Anstatt des baaren Geldes konnte auch Salz aus den Salinen zu Wieliczka und Bochnia abgegeben werden.

Als Zahlungsmittel konnten Interims-Bescheinigungen der österreichischen Regierung, jedoch unter der Bedingniß angenommen werden, daß nach Beendigung des Krieges, Oesterreich diese Bescheinigungen durch verzinsliche amortisirbare Obligationen erseze.

Die Stadt Wien hatte sich nach einer Belagerung von wenigen Tage ergeben, und die Beschädigungen wurden bald wieder ausgebessert.

Indessen ist noch ein großer Theil der Monarchie, insbesondere Ungarn und Siebenbürgen, seit October 1849 in den Kriegszustand versetzt, wornach die Militärcommanden auch auf die politische Administration, und die Strafgerichtsbarkeit wichtigen Einfluß zu nehmen haben.

Unvermuthet ergab sich im November 1850 aus Anlaß der Unruhen in Kurhessen ein Zusammenstoß zwischen preußischen und österreichischen mit bairischen verbundenen Truppen, wornach von beiden Theilen das Aufgebot der ganzen Heeresmacht, von Preußen insbesondere die Einberufung der Landwehr, und von Oesterreich eine Rekruten-Aushebung von 76,000 Mann angeordnet wurde.

Jedoch war der Schwindel bald vorüber, und in Folge einer zwischen österreichischen und preußischen Abgeordneten zu Olmütz abgehaltenen Conferenz, wurde ein Congreß nach Dresden berufen, der die deutsche Verfassungsfrage zur Lösung bringen, und ferneren Collisionen ein Ziel setzen sollte.

Die vorzüglichsten Lasten, welche die Bevölkerung zur Erhaltung der äußern Sicherheit, und insbesondere zur Aufbringung militärischer Bedürfnisse zu tragen hat, sind — nebst den

Kriegssteuern — die Rekrutirung, Einquartirung und Worspannsleistung.

Durch Ministerial-Erlaß vom 11. Februar 1849 wurden die früheren Befreiungen von der Militär-Einquartirung und Worspann *, welche auf Bevorrechtung einzelner Stände sich gründen, aufgehoben, und alle Besitzer von Häusern und Zugvieh einer gleichen Verpflichtung unterzogen.

Am drückendsten, aber unvermeidlich ist das Opfer, welches dem Staatsbürger in Folge der Rekrutirung durch persönliche Widmung zum Militärstande auferlegt werden muß, wo er die schönsten Jahre seines Lebens in einer zwar ehrenvollen, und zum Wohle des Staates gereichenden, aber beschwerlichen, mit Gefahren aller Art verbundenen, Dienstleistung zuzubringen verhalten wird.

Von einer billigen Vertheilung der Last kann hier kaum die Rede sein, da so viele zufällige Verhältnisse auf den Bedarf an Mannschaft, auf die Eignung zum Militärdienste, insbesondere für die einzelnen Zweige desselben Einfluß nehmen, und selbst die Auswahl unter den geeigneten Individuen, um der Willkühr Schranken zu setzen, — dem Loose überlassen werden muß.

Dem Zwecke würde freilich am besten entsprochen sein, und es würden die Rücksichten für persönliche Freiheit beachtet werden, wenn die zwangsweise Aushebung vermieden, und die Armee durch freiwillige Werbung unter lockenden Offerten aufgebracht würde.

Allein bei den gegenwärtig in ganz Europa bestehenden Verhältnissen kann die Militärmacht Oesterreichs nicht auf eine so schwankende Basis gegründet, es können den Finanzen nicht noch größere Auslagen als bisher aufgebürdet werden, und es ist daher nur das Augenmerk darauf zu richten, daß mit thunlicher Schonung der national-öconomischen Interessen, und größter Unparteilichkeit bei der Aushebung vorgegangen werde.

* II. 124.

Durch die neueren, mit Allerh. Entschliesung vom 5. Dezember 1850 erlassenen Rekrutirungs-Vorschriften* sind wichtige Veränderungen in dieser Beziehung getroffen worden.

Um die gewährleistete Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze zu bewahren, wurde die Befreiung des Adels von der Stellung zum Militär aufgehoben, und um der Willkür bei der Vorführung der Militärpflichtigen zur Assentirung vorzubeugen, wurde die Berufung zur Armee durch das Los angeordnet.

Das Alter, in welchem die Aushebung zum Militär stattfindet, ist vom vollendeten 20sten bis zum vollstreckten 26sten Lebensjahre festgesetzt.

Zum Behufe der Verlosung werden jährliche Conscripti on s l i s t e n mit Zuziehung der Gemeindeglieder verfaßt, von den Seelsorgern berichtigt, und zur allgemeinen Einsicht angeheftet, wornach Reclamationen erhoben werden können, über welche von dem Amte, mit Zuziehung von Vertrauensmännern, entschieden wird.

Aus den Conscripti on s l i s t e n werden von einer Commission in öffentlicher Verhandlung, die Classificationsl i s t e n verfaßt, wornach in die erste Liste die ex officio zu stellenden, in die zweite die zur Stellung geeigneten, in die dritte die zeitlich befreiten, in die vierte die gänzlich befreiten, und zum Militär untauglichen Individuen eingereiht werden.

In Bezug auf die zeitliche Militär-Befreiung der Studierenden haben nach Ministerial-Erlaß vom 26. Jänner 1849 die Vorschriften vom Jahre 1827 in Wirksamkeit zu bleiben.

Die Verlosung geschieht öffentlich nach genauen hierüber festgesetzten Normen.

Durch Ministerial-Erlaß von 23. Dezember 1849 wurde die Bewilligung für Individuen, welche der Militär-Dienstpflicht unterliegen, sich durch Stellung anderer Leute frei zu machen, aufgehoben, dagegen verordnet, daß in Friedenszeiten

* II. 22 — 24.

Militärpflichtige bei der Stellung durch Erlass einer Taxe von 500, 600 oder 700 fl., nach Verschiedenheit der Provinzen, sich vom Militärdienste losmachen können. Diese Targelder bilden einen Fond zur besonderen Vertheilung an freiwillig zum Militair Eintretende.

Aus Anlaß der neuesten Ereignisse, welche Kriegsrüstungen nothwendig machten, wurden jedoch durch Ministerial-Erlass vom 28. November 1850 diese Befreiungen nur bei rücksichtswürdigen Familien oder Erwerbsverhältnissen zulässig erklärt, und im Falle eines ausbrechenden Krieges gänzliche Einstellung derselben angeordnet.

Zur Ergänzung der Landwehr wurde unterm 19. März 1849 verordnet, daß 1) vor Allen die ausgedienten Capitulanten — sonach 2) die Individuen vom 30. bis 38. Lebensjahre, endlich 3) jene von der 29. bis zur jüngsten Altersklasse zu derselben berufen werden sollen.

Im Activstande des Militärs sind folgende Veränderungen in neuerer Zeit bemerkbar:

Nach öffentlichen Blättern ergibt sich folgender Zuwachs in höheren Militärrängen vom Jahre 1848 bis 1850:

	1848	1849	1850
	Active.	Pensionirt.	Act. Pensf.
Feldmarschälle	5	—	7
Feldzeugmeister	26	5	21
Feldmarsch.-Lieut.	100	38	116
General-Majore	129	57	149
Oberste	120	173	216
	<u>380</u>	<u>273</u>	<u>509</u>
			<u>448</u>

Im Jahre 1849 wurden 12 Jäger-Bataillons, von Nro. 13 bis 25 neu errichtet.

In den Jahren 1848 und 1849 waren 7 Freiwilligen-Bataillons und Scharfschützen-Corps errichtet, jedoch im Jahre 1850 wieder aufgelöst worden.

Im Jahre 1848 wurde ein Bänderial-Fusaren-Regiment, ein selbstständiges Artillerie-Landwehr-

Bataillon mit dem Stabe zu Linz — ein Flottillen-Corps mit dem Stabe zu Riva, im Jahre 1849 — 16 Gensd'armie-Regimenter, und eine Stabs-Dragoner-Division in Italien errichtet.

Nebstdem bestehen Gemeindewachen, und regulirte Stadtwachen für die Localpolizei.

Mit Circular vom 2. Dezember 1850 wurde eine Gewölbwache für die innere Stadt Wien aufgestellt. Sie besteht aus 2 Inspectoren, 8 Unterinspectoren und 80 Gewölbwächtern, bildet einen Theil der Militärpolizeiwache, und steht unter Militär-Disciplin.

Von den Garden ist die k. u. n. g. a. r. i. s. c. h. e. - L. e. i. b. g. a. r. d. e. aufgelöst worden, dagegen ist die k. k. L. e. i. b. g. a. r. d. e. - G. e. n. s. d' a. r. m. i. e seit October 1849 in der Errichtung begriffen.

Zufolge Allerhöchster Entschließung vom 16. October 1849 ist mit Beginn des Militärjahres 1850 die Eintheilung der Armee in Corps zur allgemeinen Norm erhoben, und die Leitung — mit Ausnahme der unter dem Banus stehenden Kronländer, — 4 großen Armee-Commanden übertragen worden, welche ihre Sige in Wien, Verona, Ofen und Lemberg haben. Die Zahl der Armee-Corps wurde auf 14 festgesetzt, von denen damals 5 in Italien, 4 in Ungarn, 1 in Böhmen, 1 in Vorarlberg aufgestellt — die übrigen 3 noch zu vertheilen waren.

Durch Entschließung vom 19. September 1849 wurde ein neues Militär-Dienstzeichen für lange und gute Militärdienste, für Offiziere und Mannschaft eingeführt. Soldaten erhalten — wenn sie weiter fortdienen, nach achtjähriger Dienstleistung das Dienstzeichen I. Classe — nach 16 jähriger jenes II. Classe — Offiziere, nach 25 jähriger Dienstleistung das Officiers-Dienstzeichen I. Classe, nach 50 jähriger jenes II. Classe.

Bis zum Jahre 1850 waren bei 1200 Officiere mit Militär-Verdienst-Kreuzen betheilt worden.

Durch Patent vom 19. April 1850 ist die Capitula-

tionsdauer von 8 Jahren auch für die Militärpflichtigen in Ungarn, Croatien, Slavonien, die Serbische Wojwodschafft sammt Temescher-Banat, und Siebenbürgen festgesetzt worden.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 20 Juli 1850 wurde eine Herabsetzung des Standes der 18 galizischen Landwehr-Bataillons, dann die Auflösung der vierten Bataillons der 34 deutschen und slavischen Werbbezirks-Regimenter, der Depots sämtlicher Jäger-Bataillons und aller deutschen Kavallerie-Regimenter, die Auflösung der Stabsdragoner der 3. Armee, so wie der Hauptmunitionsreserve der Kriegs-Brücken-Equipagen und sämtlicher überzähligen Batterie-Bespannungen angeordnet. Durch diese Reductionen sollten die Auslagen für die Armee um $\frac{1}{6}$ sich vermindern. Indessen sind in Folge der oben erwähnten, im November 1850 neuerdings nöthig gewordenen Kriegsrüstungen, Veränderungen in diesen Maßregeln eingetreten.

Durch Verordnung des Kriegsministers vom 21. November 1850 wurde bekannt gemacht, daß die Beeidigung der Armee auf die Verfassung nicht weiter stattfinden.

Bei Darstellung der Ergebnisse und Veränderungen, welche sich seit dem Jahre 1848 im Militär- und Kriegswesen ergaben, sei es mir erlaubt, im Gegensatze der Friedenscongresse zu erwähnen, welche jährlich von Engländern, Amerikanern und Theilnehmern mehrerer andern Nationen in großer Anzahl in der Absicht abgehalten werden, den Weltfrieden zu gründen und zu erhalten, — ein menschenfreundliches Unternehmen, das jedenfalls den Lehren des göttlichen Stifters der christlichen Religion entsprechend zu erkennen ist. Der erste Congreß wurde zu Brüssel im Jahre 1848, der zweite 1849 zu Paris, und der dritte 1850 zu Frankfurt gehalten.

In Bezug auf die neuen Einrichtungen im Militärwesen kann ich mich nur auf allgemeine Daten beschränken.

In der Militär-Administration soll die höchste Vereinfachung erzielt werden.

Die Armee-Commanden sind in administrative Militär-Bezirke einzutheilen, welche in rein militärischer Beziehung den betreffenden Armee- oder Corps-Commandanten, in administrativer Beziehung aber directe dem Kriegsministerium unterstehen.

Die bisherigen Generalcommanden, so wie die schon bestehenden Militärcommanden, haben künftig gemeinschaftlich den Namen Landes-Militär-Commanden zu führen, und fortan alle Militär-Verwaltungs- und Justizgeschäfte in dem ihnen bisher zugewiesenen Länder-Complexen zu besorgen.

Hiernach haben künftighin folgende Landes-Militär-Commanden zu bestehen:

Im 1. Armee-Commando:

- In Wien für Niederösterreich,
- „ Linz für Oberösterreich und Salzburg,
- „ Brünn für Mähren,
- „ Troppau für Schlesien,
- „ Prag für Böhmen,
- „ Graz für Steiermark,
- „ Innsbruck für Tyrol.

Im 2. Armee-Commando:

- In Laibach für Kärnten,
- „ Triest für das Küstenland,
- „ Verona für das Venetianische Gebiet,
- „ Mailand für die Lombardei.

Im 3. Armee-Commando:

- In Ofen für Ungarn,
- „ Temeswar fürs Banat,
- „ Hermannstadt für Siebenbürgen.

Im 4. Armee-Commando:

- In Krakau und Lemberg für Galizien,
- „ Czernowitz für die Bukowina.

Zum Militär gehört auch die mit Allerhöchster Entschlie-
fung vom 8. Juni 1849 errichtete Gensd'armerie, welche
aus 16. Regimentern besteht, und zunächst den Polizeidienst

im Innern zu versehen hat. Von derselben ist bei dem Abschnitte über das Ministerium des Innern nähere Erwähnung geschehen.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 8. Februar 1849 wurde eine veränderte Adjustirung für die Officiere und Feldärzte der k. k. Armee eingeführt.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 23. Dezember 1848 wurde der Justiz-Senat des Kriegsministeriums in seinen rein richterlichen Functionen von dem Kriegsminister unabhängig erklärt, und als oberster Militär-Gerichtshof constituiert.

Unter ihm stehen die Militär-Apellationsgerichte. Die Personal-, administrativen und Gesetzgebungs-Angelegenheiten sind an den Kriegsminister zu leiten.

Zu Anfang des Jahres 1851 ist das Ingenieurs-Corps mit dem Mineurs- und Sappeurs-Corps vereinigt worden. Das vereinigte Corps besteht aus 11.302 Köpfen, welche den Generalstab, 2 Genie-Regimenter, mit je 3 Bataillons, und 1 Lehr-Bataillon, dann eine Garnisons-Genie-Compagnie bilden. 8 Generale stehen an der Spitze. Für das Officiers-Corps besteht eine gemeinschaftliche Beförderungs-Tour. Das Lehr-Bataillon hat die Bestimmung, die in das Corps Eintretenden in 2 Jahren für alle Zweige des Genie-Dienstes auszubilden.

Zufolge Allerhöchster Entschließung vom 22. Jänner 1851 ist das Institut der Militärgrenze in Siebenbürgen aufgehoben worden. Statt der dort bestehenden 5 Grenz-Regimenter wurden 4 Linien-Infanterie-Regimenter und ein Husaren-Regiment errichtet.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 28. Jänner 1851 wurde, nachdem von allen Seiten friedliche Aussichten sich darzubieten schienen, abermals eine Reduction in der kaisl. Armee durch Versetzung mehrerer Truppenkörper in den Friedensstand angeordnet, wodurch sich eine Ersparung von jährlich 15 Millionen Gulden für die Finanzen ergeben soll.

Die Organisation des Militärs, dessen Kraft auf dem innigen Zusammenhange aller Glieder, und der electrischen Einwirkung auf die Massen beruhet, bietet mir den Anlaß dar, einige Bemerkungen über ein vorzügliches Hinderniß beizufügen, welches in der Civil-Administration dem Zusammenhalte der österreichischen Monarchie entgegen steht.

Es ist dieß die Verschiedenheit der Nationalität, der Religion, der Sprache der unter einer Kaiserkrone vereinigten Völker Oesterreichs.

Kann es gelingen, den Militärkörper von so bedeutender Stärke und Ausdehnung, von so verschiedener Abstammung und Bildungsstufe, von einem Central-Standpuncte aus zu leiten, ihn fortwährend im engen Verbande zu erhalten, und ihm mit jedem Augenblicke bis in das kleinste Detail übereinstimmende Bewegung und Richtung zu geben, so sollte wohl auch die Leitung des Staatskörpers im gemeinschaftlichen Interesse der einzelnen Glieder in Sprach- und Dialect-Verschiedenheiten keine unüberwindlichen Schwierigkeiten finden.

Ich verkenne nicht den Unterschied zwischen der Disciplinar- und Staatsgewalt, zwischen einem im Solde stehenden Körper, und einer selbstständigen, von eigenem Erwerbe lebenden Bevölkerung.

Allein meine Bemerkung bezieht sich mehr nur auf die Formen, durch welche ein näheres Verbindungsmittel zwischen der obersten Gewalt und den einzelnen Gliedern, und zwischen den letzteren unter sich, hergestellt werden soll.

Die Nationalitäts-Verschiedenheit kommt hier nicht in Betrachtung, so wenig als die Verschiedenheit der Trachten und Gebräuche, — die Religionsfreiheit ist Jedem in gleichem Maße gewährt; — es ist daher nur die Verschiedenheit der Sprache, — dem wesentlichsten Communicationsmittel, welche für die Administration in so manchen Beziehungen Erschwerung in ihren Amtshandlungen darbietet.

Bei der Militär-Verwaltung ist das deutsche Commandowort von der obersten bis zur untersten Stufe durch alle Abtheilungen der Armee eingeführt, die Correspondenzen der Militärbehörden und Commanden werden in deutscher Sprache geführt, weiter wird keinem einzelnen Militär-Individuum ein Zwang in Erlernung irgend einer Sprache auferlegt, dessen ungeachtet tritt häufig der Fall ein, daß Soldaten aus fremden Kronländern sich allmählig die deutsche Sprache aneignen.

Sollte es nicht ausführbar sein, auch in der Civil-Administration eine Regierungssprache vorherrschend zu machen, welche von den obersten Organen ausgehend, allmählig bis zur Gemeinde-Verwaltung herab in Gang gesetzt werden könnte, zumal es sich hier nicht um ins kleinste Detail gehende Dispositionen handeln würde, und auch hier die möglichste Vereinfachung der Befehle bis zu den untersten Volksclassen herab, — wünschenswerth bleibt.

Daß in diesem Falle die deutsche Sprache fürzuwählen wäre, kann wohl keinem Zweifel unterliegen, da sie die Landessprache am Sitze der Regierung, da sie am meisten in der Monarchie, und über einen großen Theil von Mitteleuropa verbreitet, und zu einem hohen Grade von Ausbildung gelangt ist.

Seit 800 Jahren war die lateinische Sprache in Ungarn die Geschäftssprache, was vorzüglich daher rühren mochte, daß sie zugleich Kirchensprache, somit der höheren Geistlichkeit geläufig war, welche überwiegenden Einfluß auf die ungarischen Angelegenheiten behauptete, eine veraltete Sprache jedoch, — die nicht mehr auf die neueren Verhältnisse paßte, nothwendig verstümmelt werden mußte, und für die untere Volksklasse ganz unbrauchbar war.

Erst in neuerer Zeit suchten die Ungarn ihre Nationalsprache, sowohl im Lande, als in den Nebenländern, ausschließend für alle öffentliche Verhandlungen geltend zu machen, was viele Collisionen herbeiführte, und bis jetzt nicht den entsprechenden Erfolg hatte.

Künftig dürfte wohl der deutschen Sprache der Vorzug zu geben sein, mit welcher sich keine der sonst in Oesterreich gangbaren Landessprachen in der Ausdehnung des Gebietes und in litterarischer Vervollkommnung messen kann. Gegen die Wahl einer Central-Geschäftssprache dürfte um so minder ein Bedenken obwalten, wenn erwogen wird, daß die Sprache des gemeinen Volkes meistens sehr von jener der gebildeteren Classen verschieden ist, daß differente Mundarten bestehen, wie bei der sächsischen Sprache in Siebenbürgen, gegenüber der allgemeinen deutschen der Fall ist, und daß bei Publicationen der Verordnungen überhaupt, — sie mögen in dieser oder jener Sprache erlassen werden, — der gemeine Mann in der Regel einer mündlichen Interpretation bedarf. Zudem kann von dem Landmanne und den unteren Volksclassen nie vorausgesetzt werden, daß sie sich zu Gesetzkundigen bilden, wohl aber ist ihnen so viel practischer Sinn zuzumuthen, daß sie sich den wenigen zum Tagesgebrauche bestimmten Vorschriften, wenn auch nur Einige aus der Gemeinde den Sinn begriffen haben, zu fügen wissen werden.

Es wäre jedoch Zwang und Ueberstürzung zu vermeiden, nur stufenweise bei der Einführung der deutschen Geschäftssprache von den höheren Behörden abwärts vorzugehen, überall der Elementar-Unterricht in der deutschen Sprache offen zu halten, und der nachfolgenden Generation zu überlassen, ob diese Sprache einer allgemeinen Aufnahme sich zu erfreuen habe, was gewiß sehr erwünscht wäre, und selbst zur Bildung roherer Volksstämme beitragen würde.

Solche freiwillige Introductionen sind nicht ohne Beispiel in der Geschichte der Nationen.

So sind die in allen Theilen der österreichischen Monarchie zerstreuten Juden, nebst der Landes- meistens auch der deutschen Sprache kundig, — so ist in den vereinigten Staaten von Amerika die englische Sprache (ein Zweig der deutschen) zur allgemeinen Landessprache geworden, so hat die französische Sprache, — als Geschäftssprache in

diplomatischen Verhandlungen, — sich über einen großen Theil der Erde verbreitet.

Indessen erkenne ich nicht, daß diese sich mir aufgedruckten Bemerkungen, gerade in dem gegenwärtigen Momente, wo Nationalitäts-Rivalitäten vorherrschen, — wenig Anklang finden, und fromme Wünsche bleiben werden.

Die Ausgaben für das Ministerium des Krieges waren:

	im Mil. J. 1849.	im 1. Semester 1850.
	fl.	fl.
Central-Leitung	415,695	208,643
Armee-Auslagen	155,574,173	60,725,844
Kriegs-Buchhaltungen	405,485	206,334
Militär-Pensionen	546,969	419,176
für Bundesfestungen	945,047	542,197
	<u>157,887,369</u>	<u>62,102,194</u>

Im dritten Quartal 1850 betrugen die Gesamtauslagen 28,674.789 fl.

Hier zeigt sich eine bedeutende Verminderung in den Armee-Auslagen, die zum Theile in Reductionen, vorzüglich aber darin ihren Grund haben dürfte, daß während des ungarischen Krieges eine Armee von 900.000 Mann theils österreichischer, theils russischer Truppen erhalten werden mußte.

Staats-Haushalt.

Der Finanzminister hat die Aufgabe, die Vermögenskräfte der Nation zur Aufbringung der Erfordernisse für alle Zweige der Staatsverwaltung zu benützen.

Das Maß und die Art der Benützung beruhen auf Combinationen, die mit den vermehrten Bedürfnissen neuerer Zeit immer verwickelter werden.

Die Quellen, aus welchen geschöpft werden muß, und die ungeschwächt erhalten werden sollen, sind: die Erzeugnisse des Bodens, der Ertrag der Gewerbe und industriellen Beschäftigungen, und der Gewinn durch den Handelsverkehr.

In Bezug auf die Erzeugnisse des Bodens ist durch Vermessung und Ertrags-Durchschnitt-Berechnungen, ein Cataster in den meisten Provinzen vorbereitet, größtentheils vollendet worden, der einen möglichst haltbaren Maßstab zur Besteuerung der Gründe darbietet.

Die directen Abgaben von Gewerben und Handel beruhen meistens auf Fassionen, die der redlichste Fatient selbst nur nach Wahrscheinlichkeit abgeben kann; daher ein großer Theil der Staats Einkünfte nur durch Belegung nach zufälligen und arbiträren Anhaltspuncten aus dem Vermögen der Privaten aufgebracht werden kann, wie dieß bei indirecten Abgaben, als: Zöllen, Verzehrungssteuern, Taxen u. s. w. der Fall ist, oder durch Ausscheidung eines Theiles des Stammvermögens der Nation, und Benützung von sonst den Privaten zustehenden Erwerbszweigen für Staatszwecke, wie es bei den Staatsgütern, Staatsfabriken, Regalien und Staatsmonopolen der Fall ist, geschaffen werden muß.

Es erhellet hieraus, wie schwer es ist, schon unter gewöhnlichen Verhältnissen einen festen Jahres-Voranschlag zu entwerfen, nach welchem die Staats-Einnahmen mit den Ausgaben in das Gleichgewicht zu stellen sind.

Nun treten aber Kriege, und andere besondere Fälle ein, für welche augenblicklich Hülfe geschaffen werden muß, und für welche selbst Steuer-Zuschläge, und außerordentliche Steuern, selten zureichen.

Sofort folgen auf die Abgaben Staatsanlehen, welche Anticipationen künftigen Staats-Einkommens sind, — bleibende Lasten auf nachfolgende Generationen werfen, und kaum noch in irgend einem größeren Staate bleibend getilgt wurden; — endlich Papiergeld.

Oesterreich hat in allen diesen Phasen hinreichend Erfahrungen gesammelt, wie ich in meinem früheren Werke: Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen, dargestellt habe.

Die traurigste Periode trat seit den französischen Revolutionskriegen ein. Die Finanz Angelegenheiten wurden nicht mehr, — wie unter Maria Theresia und Kaiser Joseph II. — der offenen Berathung in einem Collegium erfahrener Staatsmänner unterzogen. Der jeweilige Chef der Finanzverwaltung besprach sich in einem kleinen Conventikel mit Männern, denen er sein Zutrauen schenkte, über Maßregeln, die auf Generationen hinwirkten. Berechnungen über das Staatsvermögen und dessen Hülfquellen, statistische Nachweisungen, staatswirthschaftliche Theorien, — wurden wenig zum Anhaltspuncte genommen. Die wahre Lage der Finanzen wurde verhüllt, und die öffentliche Meinung irreführt, mit Palliativ-Mitteln wurde gewechselt. Ein geheimnißvoller Schleier deckte die Verhandlungen, bei welchen ein freies Wort sich nicht geltend machen konnte.

Diese Periode der Trübsale ging vorüber, aber selbst nach beendetem Kriege, und Wiederherstellung der Monarchie in ihrer vorigen Größe, wurde nicht zu wirksamen Hülfsmitteln geschritten. Erfindelte Finanzsysteme vertraten die Stelle eines einfachen Bewirthschaftungs-Planes, die Einschränkung in den Ausgaben, die Abtragung der Staatsschuld blieb in den Hintergrund gestellt.

Die neuesten Ereignisse machten die Folgen der verabsäumten Vorsicht bemerkbar.

Um die in letzterer Zeit eingetretenen Veränderungen darzustellen, werde ich dieselben in folgender Ordnung behandeln:

1. Organisation der Behörden.
2. Staatseinnahmen-Zusammenstellung mit den Staatsausgaben,
3. Staatsschuldenwesen,
4. Geldwesen, Münzen und Papiergeld, Nationalbank.

Behörden.

Als Central-Behörden fungirten in früherer Zeit: die allgemeine Hofkammer, die ungarische Hofkammer, und das

siebenbürgische Thesaurariat; jetzt ist die oberste Leitung bei dem Finanzministerium concentrirt.

Einer der vorzüglichsten Zweige des Staats-Einkommens: die Steuer von Grund und Boden, war nach dem früheren Systeme den politischen Behörden, unter Einflußnahme der Provinzial-Stände, anvertraut, welche die Regulirung des Catasters, die Ausschreibung, die Repartition und Einhebung der Grundsteuern besorgten.

In neuerer Zeit wurde das Grundsteuerwesen zum Staatshaushalte gezogen, und dem Finanzministerium zur Verhandlung zugewiesen.

Das letztere beabsichtigte nun, in Uebereinstimmung mit der, von den betreffenden Ministerien vorgenommenen, neuen Organisirung der politischen und Gerichtsbehörden, auch die Verwaltung des Steuer- und des Finanzwesens zu ordnen.

Es trug daher unterm 2. August 1849 darauf an, in unterster Abstufung Steuerämter in dem Sitze jedes Bezirksgerichtes erster Instanz, und jeder Bezirkshauptmannschaft, aufzustellen, welchen die Einhebung und Verrechnung der directen Steuern, so wie die Nachweisung der Rückstände zu übertragen wäre. Dieselben hätten aus zwei Beamten zum Behufe der Controle zu bestehen. Diesen Aemtern wäre zugleich die Führung der Grundbücher, welche früher den Patrimonialgerichten oblag, um so mehr zuzuweisen, als die Grundbücher im nächsten Zusammenhange mit dem Cataster stehen, nach welchem die Steuer-Einhebung zu geschehen hat.

Diese Steuerämter hätten ferner auch das Cassen- und Depositenwesen für die gerichtlichen und politischen Bezirksbehörden zu besorgen.

In Orten, wo diese Geschäfte von zu großem Umfange wären, um nebst den eigentlichen Steuergeschäften von den Steuerämtern besorgt werden zu können, wären eigene Aemter für dieselben zu bestellen.

Die Verwaltungsgeschäfte, als: Steueranlage, Erhebungen

über Ansprüche auf Herabsetzung, Execution, wären auch künftig den politischen Bezirks- und Kreisbehörden zu überlassen.

Die Steuerämter wären in gerichtlichen Geschäften den Bezirksgerichten, und in politischen der Bezirkshauptmannschaft unterzuordnen.

Zur Leitung der Verwaltung der directen Steuern soll an dem Sitze des Statthalters eine, dem Finanzministerium unmittelbar unterstehende Steuerdirection aufgestellt werden, bei welcher das Archiv des Grundsteuer-Catasters und eine Rechnungs-Abtheilung besteht, und von welcher die Steuer-Umlegung auf die Steueramts-Bezirke vorgenommen wird.

Die oberste Leitung des Steuerwesens wäre dem Finanzministerium vorzubehalten.

Diese Anträge erhielten unterm 19. Juli 1849 die Allerh. Genehmigung, und wurden bei der nachgefolgten Organisirung der Finanzbehörden zum Anhaltspuncte genommen.

Zur Leitung der Vorarbeiten für das Grundsteuerwesen wurde durch Allerh. Entschließung vom 19. März 1850 eine General-Direction des Grundsteuer-Catasters aufgestellt.

Der General-Cataster weist den Flächen-Inhalt des österreichischen Staatsgebietes, und seines steuerbaren Antheiles insbesondere nach, er zeigt die Cultursbeschaffenheit, enthält die Schätzungs-Resultate des reinen Ertrages nach Abschlag der Culturskosten, stellt somit das steuerbare Capital des einzelnen Grundbesizers, so wie des Staates im Ganzen, für geraume Zeitdauer dar, und lohnt hiernach die bedeutenden Kosten seiner Errichtung.

Als Musterwerk diente der schon vor einem Jahrhunderte zu Stande gebrachte Mailänder-Cataster.

Durch das Patent vom 23. Dezember 1817 war die Errichtung eines stabilen Catasters * für die deutschen Provinzen mittelst Vermessung und Schätzung des ganzen Flächenraumes

* I. 40 — 50.

zum Behufe der Steuer-Umlage angeordnet, vorläufig aber mit Entschließung vom 8. Februar 1819 ein Grundsteuer-Provisorium auf der Grundlage der Josephinischen Steuer-Regulirung eingeführt worden.

Diese Maßregeln bezogen sich auf einen Flächenraum von 5980 Quadratmeilen, wovon 1949 Quadratmeilen vollkommen catastrirt, 1095 Quadratmeilen dem Abschlusse nahe gebracht sind, und von dem Ueberreste ungefähr die Hälfte durch trigonometrische Aufnahme zur Detail-Bermessung vorbereitet ist.

Mit Patent vom 20. und 31. October 1849 wurde die Anlage des stabilen Catasters auch in den Kronländern Ungarn, Siebenbürgen, Croatien, Slavonien, der Wojwodina, und dem Temescher-Banate angeordnet, und bis zur Ausführung desselben mit Patent vom 4. März 1850 für diese Länder gleichfalls ein Grundsteuer-Provisorium vorgeschrieben.

Um nun diese wichtigen Arbeiten zu fördern, wodurch die Basis zur richtigen Vertheilung der Grundsteuer für Jahrhunderte gelegt, und die Landeskenntniß erweitert werden soll, wird die erwähnte Direction errichtet, welche eine Section des Finanzministeriums bildet, einen General-Director an der Spitze hat, und in drei Abtheilungen zerfällt:

- a) Das Vermessungs-Departement.
- b) Das öconomische Departement zur Ausführung der Schätzungen für den stabilen Cataster.
- c) Ein Verwaltungs-Departement.

Dem ersten wird wegen Zusammenhanges mit trigonometrischen Arbeiten, ein ausgezeichneteter Stabsofficier vorgesetzt.

Dem zweiten werden, neben den stabilen Beamten, auch Wirthschaftskundige aus den Provinzen beigegeben.

Das dritte hat die Systemal-Arbeiten zu liefern, und sich mit der Ausführung des Grundsteuer-Provisoriums in den Ländern, in denen die Grundsteuer nicht geregelt ist, zu beschäftigen.

Das Central-Archiv des Catasters und das lithographische

Institut, sind der General-Direction als Hülfsorgane zugewiesen.

Ich glaube hier bemerken zu sollen, daß die Catastral-Arbeiten noch einen höheren Werth für die Steuerbemessung erhalten haben, seit die Urbarialgaben und Lasten von Unterthansgründen aufgehoben worden, und die in meinem früheren Werke * angedeuteten Schwierigkeiten behoben sind, die das Ebenmaß in der Besteuerung zwischen Dominical- und Rustical-Besizthum hinderten.

Um nun über die verschiedenen Zweige der Finanzverwaltung überhaupt eine einheitliche Leitung ins Leben treten zu lassen, wurden zufolge Allerh. Entschließung vom 9. Jänner 1850 Finanz-Landes-Directionen in den Kronländern aufgestellt, welche an die Stelle der bestandenen Cameral-Gefällen-Verwaltungen treten, und unmittelbar dem Finanzministerium untergeordnet sind.

Der Statthalter fungirt bei denselben als Präsident, ihm ist ein zweiter Vorsteher als Director, diesem sind Oberfinanzräthe und Finanzräthe beigegeben.

Sie haben in jenen Ländern, für welche besondere Steuerdirectionen aufgestellt sind, nur die übrigen Finanzangelegenheiten, in Ländern aber, wo solche nicht bestehen, auch die Leitung der directen Steuern zu besorgen.

Die Steuerdirectionen, deren Chef gleichfalls der Statthalter des Landes ist, wo sie bestehen, haben bloß die directen Steuergeschäfte zu behandeln. Dem Statthalter ist hierbei ein Oberfinanzrath oder Finanzrath nebst Personale zugewiesen.

Die Finanz-Landes-Directionen werden errichtet:
in Lemberg, für Galizien, Krakau und die Bukowina,
„ Prag, für Böhmen,
„ Wien, für Oesterreich unter und ob der Enns, und
Salzburg,

* I. 30, 244, 250.

- in Triest, für Istrien, Görz und Gradiska, Triest und
 Dalmatien,
 „ Brunn, für Mähren und Schlesien,
 „ Graz, für Steiermark, Kärnthen und Krain,
 „ Innsbruck, für Tyrol und Vorarlberg.

Besondere Steuerdirectionen zur Verwaltung der directen Steuern allein wurden errichtet: in Oesterreich ob der Enns, Dalmatien, Kärnthen, Krain, Salzburg, Schlesien und der Bukowina.

Den Finanz-Landes-Directionen sind die Bezirkshauptmannschaften für die Verwaltung der directen Steuern, und die Cameral-Bezirksverwaltungen für die übrigen Finanzgeschäfte, den Directionen der directen Steuern die Bezirkshauptmannschaften untergeordnet.

Zufolge Allerh. Entschließung vom 6. Februar 1850 wurde eine eigene k. k. Finanz-Landes-Direction im Kronlande Croatien und Slavonien aufgestellt, welche ihren Sitz in Agram hat, unmittelbar dem Ministerium untergeordnet ist, und der die Verwaltung der indirecten Abgaben, der Staats- und Fondsgüter nebst den Forsten, ferner das Cassawesen und die Finanzwache zugewiesen sind.

Untergeordnete Behörden sind die Finanz-Bezirks-Directionen zu: Agram, Esseg und Fiume. Für die directen Steuern ist eine Steuerdirection zu Agram aufgestellt.

Zufolge Allerh. Entschließung vom 8. September 1850 wurde eine Finanz-Landes-Direction für Ungarn mit dem Amtssitze in Ofen bestellt, in deren Geschäftsbereich die Leitung der Verwaltung der directen und indirecten Steuern, der Staats- und Fondsgüter, des betreffenden Cassawesens, und der Finanzwache gehört. An der Spitze dieser Behörde steht ein Präsident, dem ein Finanzdirector als zweiter Vorsteher mit Oberfinanzrathen und Finanzrathen zugetheilt ist.

Unter dieser Behörde stehen 18 Finanz-Bezirksdi-

rectionen zur unmittelbaren Ueberwachung und Leitung der ausübenden Aemter und der Wachanstalten.

Diesen stehen Bezirksdirectoren mit dem Titel von Finanzrathen vor, denen 60 Adjuncten als Finanz-Bezirkscommissäre beigegeben sind.

Die Finanz-Bezirks-Directionen haben ihre Amtssitze zu: Preßburg, Rosenberg, Neutra, Ipolyfagh, Kaschau, Miskolcz, Ungvar, Szathmar-Nemethy, Debreczin, Großwardein, Urad, Szolnok, Szegedin, Pesth, Raab, Fünfkirchen, Kanisa und Oedenburg.

In gleicher Art und Wirksamkeit wurde mit Allerh. Entschließung vom 5. September 1850 eine Finanz-Landes-Direction zu Temeswar für die serbische Wojwodschafft und den Temescher-Banat aufgestellt, an deren Spitze ein Finanz-Director zu stehen hat, welchem der erste Oberfinanzrath zur Aushülfe beigegeben ist.

Dieser Behörde sind 3 Finanz-Bezirks-Directionen untergeordnet, welche zu Zombor, Groß-Becskeres und Lugos ihren Sitz haben.

Mit Allerh. Entschließung vom 8. September 1850 wurde auch für Siebenbürgen eine Landes-Finanz-Direction zu Hermannstadt bestellt, der ein Finanz-Director vorsteht, und welcher die Bezirks-Directionen zu Hermannstadt, Carlsburg, Klausenburg und Maros-Basarhely untergeordnet sind.

Derselben ist vor der Hand die Verwaltung der directen Steuern nicht zugewiesen, sondern das Oberlandes-Commissariat, welches die Leitung bis zur Durchführung des neuen Grundsteuer-Provisoriums in Verbindung mit der Steuer-Commission zu führen hat, wird einstweilen in der dießfälligen Wirksamkeit belassen.

Die Amts-Auslagen für das Finanz-Ministerium und die demselben unterstehenden Behörden im M. J. 1849 waren folgende:

a) Central-Leitung	763.853 fl. C.M.	
b) Cameral-, Gefällen- und Bezirks- Verwaltungen	2,286.758	"
c) Finanzwache	5,364.786	"
d) Haupt- und Provinzial-Cassen . .	455.030	"
e) Kammerprocuraturen und Fiscalämter	418.551	"
f) Andere Finanzbehörden	318.744	"
g) Cataster	822.593	"
h) Pensionen, die zu keinem Verwaltungs- zweige gehören	312.000	"
i) Pensionen aller Verwaltungszweige im Iomb. venet. Königreiche	1,381.777	"
Zusammen	12,124.092	"

Getrennt von der Finanzverwaltung bestehen die Controls-
Behörden.

Das General-Rechnungs-Directorium blieb,
wie ich bereits früher erwähnt habe, fortan in seiner unabhän-
gigen Stellung, so wie auch die ihm untergeordneten Buchhal-
tungen.

Im Jahre 1849 ergaben sich folgende Auslagen *

1. Centralleitung	115.765 fl. C.M.	
2. Central-Staatsbuchhaltungen (mit Aus- nahme der Kriegsbuchhaltung) . . .	873.040	"
3. Provinzial-Staatsbuchhaltungen . .	964.510	"
	1,953.315	"

Staats-Einnahmen.

Die vorzügliche Quelle derselben sind die Steuern. Die
Aufgabe bei Bemessung der Steuern besteht darin, die Kosten
der Verwaltung, welche den Schutz und die Sicherheit der
Staatsbürger im Allgemeinen zum Zwecke haben, auf Alle nach
einem gleichen Maßstabe in Verhältniß ihres Besitzes und Er-

* II. 177. Auslagen im Jahre 1843.

werbes zu vertheilen, und Jene, welche besondere Staatsanstalten zu benützen in dem Falle sind, nach billiger Schätzung der ihnen zukommenden Vortheile, ins Mitleid zu ziehen.

Wie schwer diese Aufgabe zu lösen sei, hat die Erfahrung bei allen Nationen gelehrt. Dem Erfindungsgeiste der Finanzmänner stand das stets thätige Streben der Steuerpflichtigen, die Lasten von sich abzuwälzen, entgegen. Man mußte vorzüglich darauf bedacht sein, zur Steuer-Auflage und Eintreibung Gelegenheit und Puncte zu wählen, wo der ergibige Erfolg mehr gesichert war, wenn gleich die Steuer den einzelnen Contribuenten mehr nur zufällig traf, und die Billigkeit der Vertheilung nicht in vollem Maße berücksichtigt werden konnte.

Ein wesentliches, damit im Zusammenhange stehendes, Gebrechen des Steuersystemes liegt auch in der großen Mannigfaltigkeit der Steuern, und den bedeutenden Erhebungskosten, die wieder durch Erhöhung der Steuern hereingebracht werden müssen.

Ich glaube hier nur des Aufwandes für die Catastral-Operationen * erwähnen zu sollen, die seit einem Jahrhunderte in Oesterreich mehr oder minder lebhaft betrieben wurden, viele Millionen kosteten, und noch nicht der Vollendung nahe sind. Auch in Bezug auf das Zollgefäll sind die Auslagen auf Erhebung und Wachanstalten im Durchschnitte auf 20 Percent von der Einnahme, also circa 4 Millionen jährlich berechnet, ohne die Kosten der Geschäftsbehandlung durch die ganze Stufenleiter der Behörden in Anschlag zu bringen.

Zur Vereinfachung würde es freilich dienen, wenn die allgemeinen Administrationskosten auf die einzelnen Gemeinden, und von diesen auf die Insassen nach Maß des Vermögens und Besitzstandes der Production und des Erwerbes repartirt werden könnten.

Alein ich verkenne nicht die sich entgegenthürmenden Schwierigkeiten.

* I. 42. 249.

Folgende Verfügungen wurden in neuerer Zeit in Bezug auf directe und indirecte Steuern und Gefälle getroffen.

Mit Circulare vom 19. Juni 1848 wurde eine Abgabe auf landesfürstliche und ständische Gehalte und Pensionen, so wie auf das reine Einkommen von Pfründen, Klöstern und geistlichen Orden und zwar von jährlich 1000 bis 3000 fl. mit 5 Percent, über 3000 fl. mit 10 Percent gelegt. Auch wurde der Betrag der vom Staate gezahlten Pensionen auf jährlich 8000 fl. als Maximum beschränkt.

Von dieser Abgabe hat es in der Folge bei Einführung der Einkommensteuer mit Patent vom 29. October 1849 wieder sein Abkommen erhalten.

Durch Allerh. Entschließung vom 4. September 1850 wurde der bis dahin bestandene Abzug rücksichtlich des Privatvermögens bei Bemessung der Pensionen und Unterhaltsbeiträge für Witwen und Waisen der Staats-, städtischen und ständischen Beamten und Diener, dann der Officiere u. a. in Zukunft abgestellt.

Durch Verordnung vom 20. März 1848 wurde eine Mäßigung der Verzehrungssteuer * in mehreren Artikeln, die vorzüglich für Wien bei den damaligen Verhältnissen sehr wohlthätig war, angeordnet.

Durch Patent vom 20. October 1848 wurden die directen und indirecten Abgaben für das Militär-Jahr 1849 nach dem bisherigen Betrage ausgeschrieben, jedoch haben in Hinsicht der geänderten Unterthans-Verhältnisse folgende Bestimmungen in Bezug auf die Grundsteuer Platz zu greifen.

Der ständische Domesticalfonds-Zuschuß vom sogenannten Rusticale hat aufzuhören:

Die Urbarial- und Zehendsteuer hat aufzuhören und die Umlegung der provincialen Gesamt-Grundsteuer hat ohne Unterschied der Dominical- und Rusticalgründe gleichmäßig zu geschehen.

* I. 22.

Die besonderen für die Juden bestandenen Steuern* haben aufzuhören, und sind die Juden in Bezug auf die Handelssteuer und Bequartirungslast mit den Christen gleich zu behandeln.

Die in Böhmen von mehreren Industrial-Nutzungen als Beihilfe zur Grundsteuer entrichtete Fictitital-Steuer wird aufgehoben.

Durch Ministerial-Erlaß vom 4. Dezember 1848 wurde die Schleiertaxe der Israeliten in Niederösterreich in Verehligungsfällen aufgehoben.

Unterm 23. Juli 1849 wurden die Juden-Gemeinden in Pesth und Ofen vom Armee-Commando verhalten, Montursstücke im Kostenbetrage von 2 Millionen Gulden unentgeltlich zu liefern.

Durch Entschließung vom 30. Juni 1850 wurde dieselben Juden in Ungarn auferlegte Contribution auf eine Million Gulden C. M. ermäßigt, und zur Errichtung eines Fonds für israelitischen Cultus und Unterricht gewidmet.

Nach Besiegung des Aufstandes im lombardisch-venetianischen Königreiche wurde 15 vorzüglicheren Familien daselbst eine Gesamt-Steuer von 6,330.000 Lire, (d. i. 2,110.000 fl. C. M.) auferlegt.

Mit Allerhöchster Entschließung vom 12. November 1849 wurde die Besteuerung des inländischen Rübenzuckers mit 1 fl. 40 kr. vom Zentner Rohzucker eingeführt, zugleich auch der Begünstigungszoll vom ausländischen Zuckermehl für inländische Raffinerien von 7 fl. 30 kr. auf 8 fl. für den Zentner erhöht, für den Handel aber der Zoll beim Zuckermehl von 15 fl. auf 12 fl. 40 kr., bei den Raffinaten aber von 18 fl. auf 16 fl. C. M. pr. Zentner herabgesetzt.

Im Jahre 1847 waren in Oesterreich 25 Colonial-Zucker-

* I. 25—29.

Raffinerien, welche 619.424 Stn. Zuckermehl bezogen; die Zuckererzeugung aus Runkelrüben und Kartoffeln betrug in 59 Fabriken 144.538 Stn., also etwas weniger als $\frac{1}{4}$ des Gesamtverbrauches.

Durch Ministerial-Erlaß vom 7. September 1850 wurde in Absicht auf die Bemessung und Erhebung der Abgabe von Runkelrüben-Zucker die Aenderung getroffen, daß die Abgaben nicht mehr nach der Menge dieser Erzeugnisse, sondern nach dem Gewichte der zur Verarbeitung kommenden Rüben zu bemessen und einzuhellen sei. Dieses Gewicht wird durch Abwägen bestimmt, kann aber auch nach der angemeldeten, und von der betreffenden Behörde anerkannten, Leistungsfähigkeit der zur Zucker-Erzeugung aus Rüben benützten Betriebsvorrichtungen mit Rücksicht auf die Dauer des Betriebes ausgemittelt werden.

Die Abgabe ist mit 5 kr. vom Zentner roher, und mit 27 $\frac{1}{2}$ kr. C. M. vom Zentner getrockneter Rüben festgesetzt.

Mit Patent vom 10. October 1849 wurde die Grund-, Gebäude- und Erwerbsteuer in den Ländern, wo sie bisher bestand, für das Jahr 1850 mit folgenden Modificationen ausgeschrieben:

In Oesterreich ob und unter der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, und dem Ilirischen Küstenlande, in welchen Ländern die Grundsteuer nach dem stabilen Kataster umgelegt wird, hat die Belegung künftig nach gleichem Prozente des Reinertrages, nämlich mit 16 vom Hundert stattzufinden. Nur für Salzburg sind ausnahmsweise für dieses Jahr blos 12 Prozent auszuschreiben.

Die Hauszinssteuer ist von 18 auf 16 Prozent vom Miethertrage, nach Abzug der mit 30 Prozent angesetzten Erhaltungskosten, herabgesetzt.

Die Pauschalsumme, welche für Triest, statt der Hauszinssteuer zu entrichten kommt, wird in gleichem Verhältnisse herabgesetzt.

Durch Patent vom 4. März 1850 wurde ein Grund-

steuer-*Provisorium* für die ungarisch-siebenbürgischen Kronländer, in welchen noch kein Cataster besteht, bis zur Ausführung des letzteren angeordnet. Die Steuer soll von Gründen und Gebäuden erhoben werden.

Bei Gründen vom reinen Ertrage. Dieser wird ausgemittelt: durch Vermessung der Bodenfläche, — wo sich nicht schon Behelfe hierüber vorfinden, — durch Schätzung des mittleren Ertrages nach der Cultursart, über Abschlag der Culturskosten.

Bei Gebäuden nach dem reinen Zinsertrage in Orten, wo diese Benützungsart vorherrscht, über Abschlag der Erhaltungskosten, bei andern, — nach dem Werthe der Benützung.

Die Ertragsausmittlung der Grundstücke und Gebäude wird ohne Rücksicht auf die persönlichen Verpflichtungen der Eigenthümer gegen Dritte vorgenommen, es mögen diese Verpflichtungen rein persönlich, oder auf der Realität haftend sein.

Durch Ministerialverordnung vom 9. August 1850 wurde die Hauszinssteuer auf Ortschaften ausgedehnt, in denen wenigstens die Hälfte der Gebäude einen Zins abwirft, und auch außer diesen Ortschaften auf Gebäude, die vermietet sind.

Mit Patent vom 29. October 1849 wurde in den Ländern, wo die Erwerbsteuer bestand, eine allgemeine Einkommensteuer * eingeführt.

Von Haus- und Grundbesitzern wird dieselbe durch den mit Patent vom 10. October 1849 angeordneten Zuschlag zur Grund- und Häusersteuer, in den deutschen und slavischen Provinzen mit $\frac{1}{3}$ der ordentlichen Gebühr, und in den italienischen Provinzen mit 5 Prozent erhoben, wogegen denselben gestattet ist, von den Zinsen der auf ihre Realitäten hypothecirten Schulden ihren Gläubigern einen Abzug von 5 Prozent zu machen.

* I. 50. Vermögens- und Einkommensteuer in früherer Zeit.

Das sonstige Einkommen wird in 3 Classen getheilt:

1) von den der Erwerbsteuer unterworfenen Erwerbs-gattungen, wozu auch das Einkommen vom Berg- und Hüttenbetriebe, und von Pachtungen gerechnet ist, wird die Steuer mit 5 Prozent von dem satirten Einkommen abgenommen. Die Erwerbsteuer wird in die Einkommensteuer eingerechnet. Ueber die Fassionen sind nachträgliche Vorschriften unterm 11. Januar und 18. April 1850 erlassen, und ist insbesondere die Ueberreichung gemeinschaftlicher Fassionen von Innungen, Corporationen und Vereinen zugestanden worden.

2) Von dem Arbeitsverdienste, wohin auch jener der Schriftsteller, Künstler, Aerzte, Lehrer gehört, und von stehenden jährlichen Bezügen, als: Gehalten, Pensionen, Pfründen u. s. w.

Die Steuergebühr hat bei Beträgen über 600 fl. bis einschließig 1000 fl. jährlich Ein Prozent, dann von je Tausend Gulden einen um ein Prozent steigenden Betrag, also vom zweiten Tausend angefangen zwei Prozent, vom dritten drei Prozent u. s. w. zu betragen. In Fällen, wo nicht die Steuer von stehenden Genüssen bei Cassen abgezogen wird, haben auch hier Fassionen einzutreten.

3) Vom Bezuge von Zinsen und Renten. Die Steuer hat in der Regel der Schuldner dem Gläubiger in Abzug zu bringen, wo dieß nicht der Fall ist, sind Fassionen zu überreichen. Die Steuer wird mit 5 Prozent vom Einkommen entrichtet.

Diese Einhebung der Steuer, getrennt nach den Einnahmsquellen, ist — nach dem Beispiele der Income- und Property-Taxe in England — darum fürgewählt worden, damit nicht dem Steuerpflichtigen auch noch die Last aufgebürdet werde, das Innere seines Haushaltes, seinen Vermögens- und Schuldenstand, der Behörde zu offenbaren.

Die Einkommensteuer wurde durch Allerhöchste Entschlie-ßung vom 25. April 1850 auch auf Ungarn, die Serbische Wojwodschaft und den Temescher-Banat ausgedehnt.

Zur Uebernahme, Prüfung und Richtigstellung der Cassionen, dann zur Bemessung der Gebühr, wurde eine eigene Bezirks- und Landes-Commission aufgestellt.

In diesen Ländern besteht eine eigene Steuerverfassung, die auf einer sogenannten Dical-Conscription beruht, bis zum Jahre 1804 nur den contribuens plebs traf, für das Jahr 1850 aber auch auf die bisher steuerfrei gewesene Classe der Bevölkerung ausgedehnt worden ist.

Da nach dieser Steuerverfassung das Einkommen von Grund und Boden nicht von andern Arten des Erwerbs geschieden belegt ist, so konnten die Bestimmungen des Einkommensteuer-Patentes vom 29. October 1849 hier nicht in vollem Umfange in Anwendung gebracht werden. Die Einkommensteuer erstreckt sich daher in dieser Beziehung nur auf die bisher nicht besteuerten Einkünfte von Grund und Boden. Dahin gehört: das Erträgniß von Waldungen, von nicht aufgehobenen grundherrlichen Gerechtsamen, vom Berg- und Hüttenbetriebe, der Gewinn von Pachtungen. Der Steuerpflichtige hat über dieses Einkommen eine Cassion zu überreichen. Die übrigen Bestimmungen des Patentes vom 29. October 1849 finden in der Wesenheit auch auf diese Kronländer Anwendung.

Durch Patent vom 9. Februar 1850 wurde ein neues Stempel- und Targesez * erlassen, theils um eine ebenmäßigere Vertheilung der Staatslasten, theils um eine bessere Benützung dieses Gefälles zu erzielen. Es tritt mit 1. Mai 1850 für jene Länder in Anwendung, für welche das Stempelgesetz vom 27. Januar 1840 Wirksamkeit hatte, von welchem nur der 1. Theil aufgehoben wird, der 2. Theil noch fort in Kraft bleibt. Gegenstand der Abgabe sind alle Rechtsgeschäfte, womit Vermögens-Übertragungen geschehen, ferner Urkunden, welche zu Beweisen dienen, insbesondere: Zeugnisse, Handelsbücher, Vormerkung dinglicher Rechte in

* I. 97—101.

öffentlichen Büchern, endlich Schriften, besonders Eingaben bei Behörden, Amtshandlungen, ämtliche Ausfertigungen. Die Abgabe wird entweder mittelst des Stempels, oder unmittelbar eingehoben, entweder in einem fixen oder in einem nach Abstufungen (Scalen) oder nach Prozenten des Werthes wachsenden Betrage. — Die Stempelgebühr wird nach 20 Classen von 1 fr. bis höchstens 20 fl. eingehoben. — Die Werthgebühr entweder nach Prozenten von 1 bis 8 Prozent nach Verschiedenheit des Gegenstandes, oder nach zweierlei Scalen: I. bei Wechselgeschäften von 3 fr. bis 20 fl. in 19 Abstufungen des Wechselbetrages bis zu dem Betrage von 40.000 fl., über 40.000 fl. ist von je 2000 fl. eine Mehrgebühr von 1 fl. zu entrichten (beiläufig mit $\frac{1}{20}$ pct.) II. bei andern bezeichneten Geschäften nach der Scala bis zu dem Werthbetrage von 8000 fl., über 8000 fl. ist von je 400 fl. die Gebühr mit 1 fl. zu entrichten (beiläufig mit $\frac{1}{4}$ pct.) — Ein umständlicher Tarif, welcher dem Patente angehängt ist, enthält die näheren Bestimmungen hierüber. — Dazu ist eine nachträgliche Vorschrift durch Allerhöchste Entschließung vom 1. Mai 1850, in Bezug auf die Gebührenbemessung von Besitzveränderungen unbeweglicher Güter, wenn letztere Gemeinden, Kirchen, Stiftungen und Beneficien gehören. — erlassen worden.

Einiges Studium fordert wohl dies Stempel- und Taragesetz, dessen Ergründung für die gemeinere Classe schwierig sein wird; indessen ist dies bei solchen, in das Detail aller Privatgeschäfte eingehenden Abgaben nicht zu vermeiden.

Durch Patent vom 2. August 1850 ist dieses Gesetz auch für Ungarn, Croatien, Slavonien sammt dem Küstengebiete, die Serbische Wojwodschafft, das Temescher Banat, für Siebenbürgen und die Militärgrenze mit einigen Modificationen in Wirksamkeit gesetzt worden, welche vorzüglich dadurch veranlaßt wurden, daß in diesen Ländern nicht durchaus die gerichtliche Verhandlung und Anerkennung der Erbrechte angeordnet ist, und daher besondere Vorsehungen

gen zur Sicherung der Abgabe bei den Vermögens-Uebertragungen von Todeswegen erforderlich sind.

Durch allerbh. Patent vom 6. September 1850 wurde für alle Kronländer eine Abgabe mittelst Stempelung von folgenden Gegenständen angeordnet:

- a) Von Spielkarten * zum inländischen Gebrauche, und zwar mit 10 kr. aus planirtem und geglättetem, mit 5 kr. aus anderem Papier, vom Spiele;
- b) von Kalendern zum inländischen Gebrauche, mit 3 kr. für das Stück;
- c) von ausländischen Zeitungen mit 2 kr. vom Exemplar;
- d) von Ankündigungen, für jedes Stück mit $\frac{1}{2}$ kr., wenn das Maß nicht 180 Wiener Quadrat-Zoll übersteigt, für größere Formate mit 1 kr., wobei jedoch Ausnahmen für Edicte und Aufforderungen zu humanen Zwecken bestehen.

Die Gebühr für Einschaltung von Ankündigungen in inländische Zeitungen, oder andere periodische Schriften, wird bar entrichtet, und ist mit 10 kr. für die erste Einschaltung sowohl, als für jede Wiederholung festgesetzt.

Für Kalender, welche bis Ende September des Jahres, wovon sie die Zahl tragen, nnabgesetzt bleiben, wird eine Rückvergütung der Stempelgebühr in der Art bewilligt, daß dafür eine gleiche Zahl neuer Kalender unentgeltlich gestämpt wird.

Mit Patent vom 29. Sept. 1850 ist, aus Anlaß der Aufhebung des Zwischenzolles gegen die ungarisch-siebenbürgischen Kronländer, die Verzehrungssteuer ** vom Bier und gebrannten geistigen Flüssigkeiten, so wie sie in den deutsch-slavischen Provinzen besteht, auch in Ungarn, Siebenbürgen, Croatien, Slavonien, der serbischen Wojwodschafft, dem Temescher Banat, und dem Militär-Grenzgebiete eingeführt wor-

* I. 19. Aufschlag auf alles Papier.

** I. 22. Patent vom 25. Mai 1829.

den. Nur ist bei dem Biere die Abgabe mit 36 fr. vom n. ö. Eimer, als eine Mittelstufe zwischen Galizien, wo sie mit 30 fr., und den übrigen Provinzen, wo sie mit 45 fr. besteht, festgesetzt, wobei jedoch der in andern Ländern bewilligte Sperecentige Einlaß von der Menge des gebräuten Bieres nicht stattzufinden hat.

Der Finanzminister bemerkte in dem dießfalls erstatteten Vortrage, daß der Reinertrag der Verzehrungssteuer im J. 1849, mit Ausschluß der lomb. = venet. Provinzen und Dalmatien's, 15,138.395 fl. C. M. betragen habe, und somit die zur gleichmäßigen Vertheilung der Abgaben erforderliche Ausdehnung auf eine Bevölkerung von 14 Millionen Menschen hier von besonderer Wichtigkeit erscheine.

Mit Circulars vom 21. October 1849 sind Modificationen in der Besteuerung geistiger Flüssigkeiten in den Ländern, wo sie auf der Erzeugung haften, angeordnet worden.

Der Zeitpunkt, von welchem die Erhebung der Verzehrungssteuer für Bier und Branntwein in Wirksamkeit zu treten hat, ist für Siebenbürgen bis 1. Februar 1851 — für Ungarn bis 1. Mai 1851 — hinausgerückt worden. Die Erhebung der Verzehrungssteuer vom Verbrauche des Weines und Fleisches in allen Ortschaften Ungarn's, welche eine Bevölkerung von mehr als 2000 Seelen haben, hat zufolge allerh. Entschließung vom 21. November 1850, mit 1. März 1851 zu beginnen.

Durch Patent vom 29. Jänner 1851 wurde die Verzehrungssteuer vom Bier im lomb. venet. Königreiche eingeführt. Als Maßstab der Belegung hat das Gewicht zu dienen.

Vom metrischen Centner nach dem vollem Gusse auf dem Kühlstocke werden: in den Städten Mailand und Venedig 7 l. a. 20 cent., in den übrigen geschlossenen Städten 5 l. a. 40 cent., in allen andern Orten 3 l. a. 60 cent. entrichtet; wornach bei der Einfuhr in die erwähnten Städte: 3 l. a. 60 cent. und rückfichtlich 1 l. a. 80 cent. vom Centner einzubeheben kommen.

Mit Patent vom 29. November 1850 ist, aus Anlaß der Aufhebung des Zwischenzolles zwischen den deutsch-slavischen und den ungarischen Provinzen, die Einführung des Tabakmonopols* in Ungarn, Croatien, Slavonien, Siebenbürgen, in der Wojwodschast Serbien, dem Temescher Banate sammt den Militär-Grenz- und Küstengebieten, angeordnet worden, welche mit 1. März 1851 in Wirksamkeit zu treten hat.

Das Tabakmonopol lieferte in den Provinzen, wo es bisher bestand, einen jährlichen Ertrag von beiläufig 13 Millionen Gulden C. M.

Der Tabakbedarf für diese Provinzen belief sich auf jährlich 321.000 Ztn. dazu wurden geliefert:

Aus den ungarisch-siebenbürgischen Ländern . . .	230.000	„
Aus Galizien	60.000	„
Aus dem Auslande	22.500	„
Aus Tirol und dem Venetianischen	8.500	„
	<u>321.000</u>	„

Nicht nur die Erhöhung der Gefälls-Einnahme, sondern selbst die Begünstigung der inländischen Erzeugung und des Absatzes, bestimmten das Finanzministerium, die Ausdehnung des Tabakmonopols inner dem ganzen Zollgebiete, und die Einführung desselben in den, bisher durch die Zwischenzoll-Linie getrennten, ungarisch-siebenbürgischen Provinzen, einer Aufhebung oder Umgestaltung des Gefalles (wozu nur die Wahl übrigte) vorzuziehen.

Hiernach wurde auch in den letztgenannten Ländern der Anbau, die Fabrikation und der Verschleiß des Tabaks auf besondere von den Gefällsbehörden einzuholende Bewilligung beschränkt, und die dafür zu entrichtende Gebühr, so wie die Art der Einhebung festgestellt.

Hiernach sollten sodann alle Vorbereitungen getroffen werden, um mit 1. Juli 1851 die an der Zwischen-Zoll-Linie

bestehenden Zoll- und Dreißigstämter aufheben, und den Verkehr ganz freigegeben zu können.

Mit Allerh. Entschließung vom 10. October 1850 wurden die directen Steuern für das M. J. 1851 ausgeschrieben.

Die Grund-, Gebäude-, Erwerb- und Einkommensteuern sind aufrecht zu erhalten.

In den Ländern, in welchen das stabile Cataster zur Ausführung gekommen ist, hat die Grundsteuer mit 16 Prozent fortzubestehen, und ist selbe auch auf Salzburg und Mähren auszudehnen.

In Böhmen, Schlesien, Galizien, Bukowina und Tirol mit Vorarlberg ist die frühere Postulatsumme als ordentliche Steuer beizubehalten. Statt der Grundsteuer wird in Dalmatien der Zehend in dem größeren Theile des Landes eingehoben, in jenem, wo der Cataster in Anwendung kömmt, ist nach den Bestimmungen für das Jahr 1850 vorzugehen.

Im lomb. venet. Königreiche hat die bis zum Jahre 1848 bemessene Quote der Grund- und Gebäudesteuer im Jahr 1851 als ordentliche Steuer zu verbleiben.

Wegen des Steuerzuschlages, worunter das Erforderniß zur Tilgung und Verzinsung der lomb. venet. Staatsschuld begriffen ist, werden die Bestimmungen nachfolgen.

In Ungarn und Siebenbürgen, der serbischen Wojwodschast, dem Temescher Banat, Croatien, Slavonien mit dem dazu gehörigen Küstenlande, der Stadt Fiume und deren Gebiete, wo das Grundsteuer-Provisorium noch nicht eingeführt werden konnte, sind die Steuern nach der bisherigen Dical-Conscription mit einigen Modificationen zu erheben.

In Krakau, wo der Cataster noch nicht vollständig hergestellt ist, hat die directe Besteuerung noch auf dem bisherigen Fuße zu verbleiben.

Zu den Staats-Einnahmen gehören auch Zölle, obwohl sie gewöhnlich nicht nach financiellen Rücksichten bemessen werden, daher von denselben in dem das Handelsministerium betreffenden Abschnitte die Rede war.

Sie sind eigentlich nur eine Auflage für den Handel und den inländischen Consumenten; dagegen sollen sie die inländische Gewerbs- und Fabriks-Industrie gegen auswärtige Concurrnz schützen. Dies giebt zu mancherlei Betrachtungen Anlaß. Es wird hier die inländische Industrie als ein Gesamtkörper angesehen, an dessen Begünstigung der Einzelne in sehr ungleichem Verhältnisse Antheil nimmt. Ihm ist der Nachbar meist gefährlicher, als der Fremde. Die gegenseitigen Interessen verschiedener Gewerbszweige kommen hierbei gar nicht in Betracht. Die Beschränkungen in Gewerbs- und Meisterrechts-Verleihungen, die Taxen und Steuern von verschiedener Art und ungleichmäßiger Vertheilung, welche den Gewerbsbetrieb mittel- und unmittelbar belasten, — sind oft für die Industrie im Ganzen und für den einzelnen Theilnehmer weit drückender, als die auswärtige Concurrnz, und er würde eher, wenn hierin Abhülfe getroffen wird, des Zollschutzes entbehren können.

Zu diesen Auflagen ist noch eine sehr bedeutende hinzugekommen: durch die Vermehrung des Papiergeldes,* die mit einem Sinken des Geldwerthes verbunden ist, und als eine Ausgabesteuer angesehen werden kann. Sie hat eine relative Preissteigerung aller Waaren zur Folge, und wird daher zur Consumtionssteuer für jeden Käufer, zur Capitals- und Interessen-Steuer für jeden Gläubiger zu Gunsten des Schuldners, zu einer Besoldungs- und Pensionssteuer für Beamte und deren Witwen und Waisen, zugleich zur Capitalssteuer, insoferne nicht auf die Wiederherstellung des Papiergeldwerthes bis zu dem vollen Convent. Münz-Werthe gerechnet werden kann; daher alle Classen der Bevölkerung mehr oder minder getroffen werden.

Der Käufer findet Entschädigung, wenn er zugleich Verkäufer ist, der Staat leidet dadurch, daß seine Einnahmen bleibend vermindert, und bedeutende Rubriken seiner Aus-

* I. 174—177.

gaben als stärksten Consumenten bleibend gesteigert werden, wofür die Erleichterung in der Bezahlung von Gehalten und von Zinsen der Staatsschuld keine hinreichende Compensation gewährt, zumal er eben dadurch in die Lage kommt, neue Kapitalien zu sehr ungünstigen Bedingungen aufzunehmen, und die Wiederherstellung des vorigen Zustandes nur mit beinahe unerschwinglichen Opfern ausführbar ist.

Das Ausland zieht theilweise Vortheile hiervon im Verkehre, insbesondere bei der Zollentrichtung und bei jeder Zahlung einwärts.

Zufällige Gewinnste und Verluste ergeben sich dadurch, daß sich die Preise der verschiedenen Waaren nicht gleichzeitig und nicht gleichförmig dem Wechsel der Papiergeld-Curse anschließen. An dem Ertrage dieser Steuer nimmt in Oesterreich die National-Bank Antheil, da von ihr vorzüglich die Papiergeld-Emission ausgeht.

Diese Steuer und der dadurch gehemmte Wohlstand werden insgemein nicht gehörig berücksichtigt, wenn Vergleiche mit England und Frankreich gezogen werden, und die hiesige Bevölkerung zu wenig durch Auflagen beansprucht erscheint.

Bilanz der Staats-Einnahmen und Ausgaben.

Der Finanzminister hat mit Vortrag vom 6. Mai 1850 eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der finanziellen Gebahrung im Verwaltungsjahre 1849 (vom 1. November 1848 bis 1. November 1849) vorgelegt.

Er bemerkt, daß darunter jene von Ungarn nur vom 1. Mai 1849, jene von Siebenbürgen erst vom 1. August 1849 angefangen, — jene von Croatien und Slavonien von der Serbischen Wojwodschafft und dem Temescher Banate aber gar nicht aufgenommen werden konnten.

Dieser Umstand dürfte, wenn es sich um eine aproximative Uebersicht des Verhältnisses zwischen Staats-Einnahmen und Ausgaben handelt, dieselbe nicht unzulässig machen, zumal

die Hauptrubriken der Ausgaben: Kriegskosten und Staatsschuld in den Nachweisungen vollständig enthalten sind, dagegen sind die eingetretenen Schwankungen des Geldwerthes im Verlaufe des Verwaltungsjahres immer hinderlich, aus den Ziffern ein getreues Bild von den Resultaten des Staatshaushaltes zu entnehmen.

Die Einnahmen beliefen sich im M. J. 1849:

	fl. C. M.
an directen Steuern auf	55,194.791
„ indirecten Abgaben	71,692.036
„ Staats-Eigenthum, dann Berg- und Münzwesen	582.000
„ Sardinischer Kriegssentschädigung . . .	2,022.129
Erlös des den ungarischen Insurgenten abgenommenen Avarial-Bergsilbers . .	511.300
Metallstock, der zur Deckung der unga- rischen Noten zu 1 und 2 fl. vor- handen war	1,894.169
Verschiedene Einnahmen	1,593.754
Zusammen	133,490.179

Folgende Ausgaben fanden im J. 1849 statt:

	fl. C. M.
Hofstaat	4,796.389
Ministerrath	93.926
Ministerium des Aeußern	1,565.235
„ „ Innern	14,306.873
„ „ Krieges	157,887.369
„ der Finanzen	18,528.359
„ „ Justiz	4,985.259
„ des Cultus u. Unterrichts	2,630.791
„ für Handel u. öffentliche Bauten	21,974.366
„ für Landescultur u. Berg- wesen	171.962
„ Controlbehörden	1,953.315

	fl. C. M.
Gesamtsumme der Ausgaben	228,893.844
dagegen die Einnahmen	133,490.179
somit Abgang	<u>95,403.665</u>
Dazu kommen Ausgaben in Bezug auf die Staatsschuld und besondere Ver- wendung (welche ich absondern zu sol- len glaubte) pr.	56,225.209
Ueber Abschlag dießfälliger Einnahmen pr.	10,523.579
mit	<u>45,701.630</u>
Zusammen-Abgang	<u>141,105.295</u>

Im ersten Semester 1850 beliefen sich:

Die Einnahmen auf	87,741.494 fl.
die Ausgaben	103,729.135 „
Abgang	<u>15,987.641 „</u>
dazu Staatsschulden-Auslagen	25,586.948 „
Gesamtabgang	<u>41,574.589 „</u>

Im dritten Quartal 1850:

Staats-Einnahme	46,530.359 „
Staats-Ausgaben	51,130.707 „
Abgang	<u>4,600.348 „</u>
Staatsschuld-Auslagen	14,332.419 „
Gesamtabgang	<u>18,932.767 „</u>

Wie nun dieses Deficit beheben, zu dessen Deckung eine Verdopplung der ordentlichen Staatseinnahmen erforderlich gewesen wäre?

Es ist nicht zu verkennen, daß nur durch Vermehrung der Staatsschuld oder des Papiergeldes Hülfe geschaffen werden konnte, die in den Finanz-Ausweisen als außerordentliche Zuflüsse figuriren.

Staatsschuld.

Die Staatsschuld ist für den Staat ein zehrendes Capital. Es muß für dieselbe ein Theil des National-Vermögens haften, es möge eine eigene Hypothek eingeräumt sein oder nicht, was

wohl keinen Unterschied macht, weil die Execution von Seite der Staatsgläubiger nicht zu besorgen ist.

Sie bewirkt also eine Verminderung des activen Staatsvermögens, und mittelbar des National-Vermögens.

Die Verwendung der entlehnten Capitalien zu Industrial-Unternehmungen, z. B. zu Eisenbahn-Bauten, ist verhältnißmäßig nicht von Belang; es dient also die neu kontrahirte Schuld nur zur Deckung des laufenden Deficits, so wie die von früherer Zeit ererbte Staatsschuld von der Deckung früherer Deficits herrührt, und durch den Zinsenzuwachs immer drückender wird.

Die Abtragung der Schulden kann selbst in ruhigen Zeiten nur langsam erzielt werden. Konnte doch die österreichische Monarchie nach Wiederherstellung ihrer vorigen Größe, und während eines 30jährigen Friedensstandes nur dahin gelangen, durch vermehrte Schulden und Zinsenlast das Papiergeld in herabgesetztem Werthe in dem Maße einzulösen, um die bare Münze wieder in Umlauf zu bringen, was allerdings sehr gedeiulich war, jedoch ist auch dieser Vortheil nach der ersten Volksbewegung wieder zu Nichte geworden, so wie die Staatsschuld fortwährend im Steigen begriffen ist. Ueberdies ist noch ein großer Theil der Staatsgläubiger in der Lage, seine Interessen kaum mit dem fünften Theil des ursprünglichen Werthes zu beziehen.

Wenn die Staatsgläubiger inner Landes sich befinden, so kommt die durch das Anwachsen der Staatsschuld vermehrte Auflage zur Zinsenzahlung dem Lande zu Guten, obwohl sie oft aus den Händen des thätigen Producenten in jene des müßigen Verzehrers übergeht, oder dem nicht eben erwünschten Betriebe des Papierhandels Nahrung gibt. Noch weniger rentirt sich die Capitals- und Interessen-Zahlung ins Ausland, zumal da die Anlehen meistens bei dringendem Bedarfe unter minder günstigen Bedingungen aufgenommen werden.

Ich habe in meinem früheren Werke eine ausführliche Geschichte über das Staatsschuldenwesen in Oester-

reich * geliefert, von dem im Jahre 1703 errichteten Banko-Institute anzufangen, welchem außerordentliche Zuflüsse aus den Staatsgefällen zugewiesen wurden, um die durch Kriege auf 40 Millionen Gulden angewachsene Staatsschuld binnen 12 Jahren zu tilgen, bis Ende Juni 1848, ** wo der Stand der Staatsschuld auf 1,076,646.295 fl. C. M.

und nach Abschlag der im Besitz des

Tilgungsfondes befindlichen . . . 162,773.520 "

auf 913,872.775 "

sich belief.

Eine der ersten Maßregeln, welche das Finanzministerium zur Regulirung des Staatsschuldenwesens treffen zu sollen glaubte, war die Ueberweisung eines Theiles der Staatsschuld an das Königreich Ungarn, für welches damals ein eigenes Ministerium bestellt worden war.

In Genehmigung des dießfälligen Antrages wurde unter dem 7. April 1848 ein Allerh. Handschreiben an den Erzherzog Palatin erlassen, worin der Wunsch zu erkennen gegeben wurde, daß die ungarischen Stände, um die brüderliche Eintracht zwischen den verschiedenen Völkern zu erhalten, eine beistimmende Erklärung abgeben mögen, und zugleich darauf hingedeutet wurde, daß die Zuweisung einer, ungefähr das Viertel der Gesamtschuld erreichenden Quote von 10 Millionen Gulden jährlicher Renten der Billigkeit entsprechen dürfte.

Auf dem ungarischen Reichstage wurde jedoch dieses Ansuchen aus dem Grunde abgelehnt, weil die Staatsschuld nicht im Interesse Ungarns contrahirt, und auch von dem Reichstage nicht die Zustimmung zu deren Aufnahme gegeben worden sei. Später gestalteten sich die Verhältnisse so, daß davon nicht weiter die Rede sein konnte. Unterm 27. Mai 1848 ward vom ungarischen Finanzministerium eine Hypotheken-Bank für Ungarn gegründet.

* I. 103. u. f.

** II. 352.

Zu Ende April 1848 wurde, zum Behufe der Abtragung der schwebenden Staatsschuld an die Bank, die Saline zu Gmunden als Hypothek bestimmt, um ein Anlehen von 45 Millionen Gulden in Münze im Auslande aufzubringen. Das jährliche reine Erträgniß der Saline zu Gmunden war mit 3,900.000 fl. berechnet.

Zur Aufbringung der momentanen Staatsbedürfnisse wurden unterm 12. Mai 1848 Partial-Obligationen, welche auf die Gmündner Salinen hypothecirt waren, theils durch die Nationalbank, theils durch die Staatscentralcasse ausgegeben. Die baare Einlösung derselben sollte in Terminen von 4, 8 oder 12 Monaten, wenn nicht die Umschreibung in neue Anweisungen verlangt wurde, stattfinden, — die Zinsen bis zur Verfallszeit sollten im Vorhinein, und zwar mit 5, 5½ und 6 Prozent berichtigt werden. Eine weitere Verfügung war die. mit Ministerial-Erlaß vom 29. Mai 1848 angeordnete Abfuhr der Gerichtsdepositen an den Staatsschulden-Tilgungsfond, wobei zugleich eine 3 prozentige Verzinsung, so wie die Zurückzahlung auf Verlangen und in der gegebenen Geldsorte zugesichert wurde. Hierbei wurden jedoch die Depositen der Hofkriegsräthlichen Cassen übergangen, in welchen sich damals allein bei 7 Millionen Gulden an Depositen in klingender Münze befunden haben sollen.

Zusolge Ministerial-Erlaß vom 18. Juli 1849 wurde jedoch ausdrücklich erklärt, daß dadurch in die Rechte des Eigenthums durchaus nicht eingegriffen, und die freie Wahl in der Locirung nicht gehindert, sondern nur beabsichtigt werde, erliegendes Gold nicht dem Umlaufe zu entziehen.

Am 13. Jänner 1849 lagen bereits 1,694.807 fl. an gerichtlichen Depositen bei dem Tilgungsfonde.

Durch Reichstagsbeschluß vom 21. August 1848 wurde die Aufnahme eines Anlehens von 20 Millionen Gulden für Rechnung der National-Bank in Art einer schwebenden Schuld mittelst Ausgabe 5 prozentiger Cassa-

Anweisungen bewilligt, welche zufolge Erlass vom 16. September 1848 bei allen Cassen statt baaren Geldes anzunehmen sind.

Zufolge Reichstagbeschlusses vom 3. Jänner 1849 wurde das Finanzministerium zur Ausgabe von 25 Millionen Gulden in 3 prozentigen Cassa-Anweisungen mit Zwangscurs unter Mitwirkung der Nationalbank ermächtigt. Der letzteren lag hiernach die Annahme an Zahlungstatt und die Einlösung dieser Anweisungen ob.

Sie waren vom 1. Jänner 1849 datirt und fielen hiernach zugleich in die Kategorie der schwebenden Schuld und des verzinslichen Papiergeldes, das im Kasten aufbewahrt, Früchte trug, die dem Metallgelde nicht zu Gute kamen.

Mit Allerhöchster Entschließung vom 11. April 1849 wurde die Hinausgabe verzinslicher Tresorscheine im lombardisch-venetianischen Königreiche bewilligt. Der Gesamtbetrag ist mit 70 Millionen Lire festgesetzt. Die Annahme derselben hat bei den Steuern bis zur Hälfte des zu leistenden Betrages stattzufinden. Die Bestreitung der wieder aufzunehmenden Zahlungen des Monte mit diesen Scheinen unterliegt keinem Anstande. Sie sollen im Verlaufe von 10 Jahren mittelst eines Steuer-Zuschlages ihre Tilgung erhalten.

Mit Allerhöchster Entschließung vom 20. Juni 1849 wurde den Besitzern österreichischer Staatspapiere freigestellt, ihre verfallenen Coupons und Lotto-Gewinnste, statt selbe baar zu beheben, in fünfprozentige Staatsschuldverschreibungen umzusetzen, von welchen, wenn sie 100 fl. erreichen, die Zinsen in Conventions-Silbermünze bei Wechselhäusern in Frankfurt am Main und in Amsterdam bezahlt werden sollten. Bei Obligationen, deren Interessen in Wiener-Währung-Papiergelde bezahlt werden, sind die Beträge in dem Verhältnisse von 250 zu 100 auf Conventions-Münze zu reduciren.

Unterm 20. März und 22. Mai 1849 wurden Anwei-

sungen auf ungarische Landeseinkünfte zu 1, 2, 5, 10, 100 und 1000 fl. ausgegeben, welche in Ungarn und den angrenzenden Ländern an Zahlungsstatt angenommen werden mußten.

Durch Verordnung vom 7. August 1849 wurde der Zwangscurs derselben auch auf die übrigen Kronländer, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches, ausgedehnt.

Durch Patent vom 28. Juni 1849 wurde verordnet, daß die österreichische Nationalbank zur Deckung der Staatsbedürfnisse mit einer weiteren Vermehrung ihrer im Umlauf befindlichen Noten nicht in Anspruch genommen werden solle. Zugleich wurden aber die Bewohner des Kaiserstaates zur Theilnahme an einem nächstens zu eröffnenden Staatsanlehen aufgefordert.

Die hierauf einfließenden Beträge sollen, in so weit sie nicht für den laufenden Bedarf erforderlich sind — so wie auch die Kriegsschädigungen aus Italien — der Nationalbank auf Abschlag der dem Staate geleisteten Vorschüsse zugewendet werden.

Mittlerweile wurde mit 1. Juli 1849 zur Bedeckung der Staatsbedürfnisse die weitere Hinausgabe von 3 prozentigen Cassa-Anweisungen im Betrage von 25 Millionen Gulden angeordnet, welche in vollem Nennwerthe mit Zuschlag der bis zum Zahlungstage verfallenen Zinsen angenommen werden müssen.

Um den Umlauf dieser Anweisungen im kleinem Verkehr zu erleichtern, wurden sie zu 25 und 10 fl. — später auch zu 5 fl. ausgegeben.

Zufolge Allerhöchster Entschließung vom 24. Juni 1849 wurde der Zwangscurs für die Tresorscheine im lombardisch-venetianischen Königreiche, und zur Ausgleichung die Ausgabe unverzinslicher solcher Scheine zu 10 und 5 Lire angeordnet.

Zufolge Kundmachung vom 15. September 1849 wurde

ein Anlehen von 71 Millionen Gulden C. M. auf Subscription eröffnet.

Es sollten $4\frac{1}{2}$ procentige Staatsschuldverschreibungen zu 100 fl. gegen baaren Erlag von 85 fl. C. M. hinausgegeben werden, wornach der baare Ertrag dieses Anlehens, welches in Raten zu erlegen ist, — auf 60 Millionen sich belaufen würde.

Die gesammte schwebende Schuld, zu welcher nebst den 5 und 3 procentigen Cassa-Anweisungen von den Jahren 1842, 1848, 1849 auch die Hypothekar-Anweisungen und die Cassenanweisungen auf die ungarischen Landeseinkünfte, welche circa 28 Millionen Gulden betragen, gehören, — sollen nach der Allerhöchsten Entschließung vom 13. September 1849 in Reichsschlagscheine zu 100—500 und 1000 fl. umgestaltet werden, deren Gesamtbetrag festgestellt wird, deren Hinausgabe unter Mitwirkung und Controle der National-Bank stattfindet, und zu deren Tilgung besondere Vorkehrungen getroffen werden sollen. Als Hypothek für diese Schlagscheine sind die Salinen von Smunden, im Werthe von 78 Millionen Gulden, dann die Staatseisenbahnen und die dem Staate angehörigen Actien bei Privat-Eisenbahnen im Werthe von 96 Millionen Gulden gewidmet.

Nach Ministerial-Erlaß vom 16. Juni 1850 können die 3 procentigen Cassa-Anweisungen in solche Reichs-Schlagscheine von gleichem Zinsfuße umgestaltet, oder in ihrer bisherigen Eigenschaft belassen werden.

Im Jahre 1849 belief sich die Capitalisirung von Interessen-Coupons und Lotto-Anlehens-Obligationen auf einen Betrag von 1,550.794 Gulden.

Mit Vortrag des Finanzministers vom 18. Januar 1850 wurden die Resultate der erwähnten, mit Kundmachung vom 15. September 1849 geschehenen, Ausschreibung eines $4\frac{1}{2}$ procentigen Staatsanlehens angezeigt.

Der Ertrag dieser Ausschreibung war auf 60 Millionen Gulden berechnet, indessen sind hierauf bis 18. October 1849, wo das Anlehen geschlossen wurde, — 71,218.600 fl. eingeflossen, wobei sich auch ausländische Wechselhäuser mit 3,814.800 fl. und die österreichische Nationalbank mit 3,500.000 fl. betheiligt hatten.

Mit Allerhöchster Entschließung vom 29. September 1849 wurde der sächsischen Nation in Siebenbürgen ein Vorschuß von 1,500.000 fl. C. M. zur weiteren Darlehung an bedürftige Nationale verabsolgt, durch 3 Jahre zinsfrei, dann gegen 4 procentige Interessen. Die Rückzahlung sollte in 12 Jahres-Raten vom 1. Jänner 1853 an erfolgen.

Zufolge Allerhöchster Entschließung vom 1. März 1850 wurde eine Vorschuß-Summe von 650.000 fl. unter die durch die October-Ereignisse des Jahres 1848 beschädigten Bewohner Wiens vertheilt. Der Schaden war von 2884 Parteien im Betrage von 4,502.709 fl. angemeldet, und mit 3,115.898 fl. richtig gestellt worden.

Von den Anlehen, welche die Finanzverwaltung in neuester Zeit bei der Nationalbank aufgenommen hat, wird bei dem Abschnitte von dem Papiergelde die Rede sein.

Schon im Jahre 1848 hatte die Finanzverwaltung der Bank zugesichert, von den Kosten zur Silber-Beischaffung einen Theil zu übernehmen. Nach dem Vortrage der Bankdirection vom 7. Jänner 1850 wurde die Silber-Anschaffung im Verlaufe des Jahres 1849 bewerkstelligt. Sie betrug 248.536 Mark im Werthe von 5,964.870 fl., mit einem Kosten-Aufwande von 1,255.438 fl., wovon die Finanzverwaltung 842.280 fl. zu übernehmen sich erboten hatte, worauf jedoch die Bankverwaltung später Verzicht leistete.

Durch Kundmachung vom 26. April 1850 wurde ein freiwilliges Anlehen von 120—150 Millionen L. a. (40—50 Mil. fl. C. M., vorzüglich zum Behufe der Einlösung der lombardisch-venetianischen Tresorscheine (Viglietti del Tesoro) ausgeschrieben.

Der Erfolg war nicht befriedigend. Die Ausschreibung sollte in eine Zwangsanleihe umgestaltet werden. Indes wurde noch vorher eine öffentliche Offert-Verhandlung auf den 8. October 1850 angeordnet. Da aber diese auch nicht dem Zwecke entsprochen hatte, so wurden Vorbereitungen zu Zwangsmaßregeln getroffen.

Ueber Einschreiten einer von Abgeordneten der italienischen Provinzen und Städte zusammengesetzten Commission wurde indessen gleichzeitig eine Subscription zu einem freiwilligen Anlehen von 128 Millionen L. a. am 28. November 1850 eröffnet, welche am 10. Jänner 1851 geschlossen werden sollte. Der geringste Betrag der Subscription ist 100 L. a., wovon ein Nachlaß von 10, 9 und 8 Prozent, je nach dem früheren oder späteren Erlage in 3 Terminen von 15 zu 15 Tagen, unter Zugutschiebung der vollen 100 L. a. stattfindet.

Bei der Subscription muß eine Caution mit 10 pct. der Anlehenssumme erlegt werden. Die Einlage geschieht in 10 Monatsraten; wenn Jemand eine Rate nicht längstens in der angegebenen Frist zahlt, so wird er der Caution verlustig.

Die Einlage muß wenigstens zur Hälfte in klingender Münze — die andere Hälfte kann auch in Tresorscheinen geleistet werden.

Die Obligationen des lombardisch-venetianischen Anlehens vom Jahre 1850 werden mit 5 pct. in klingender Münze verzinst, und binnen 25 Jahren vom Jahre 1853 an gerechnet — baar zurückbezahlt, zur Sicherstellung des Capitals und der Zinsen dient die Grundsteuer der Provinzen und Städte des lombardisch-venetianischen Königreiches.

Der Stand der Staatsschuld war mit Ende 1848:

I. Fundirte Staatsschuld:

a) in C. M. verzinslich	927,116.907 fl.
ab: im Besiz des Tilgungsfondes	134,003.697 „
	<hr/>
	793,113.210 „

b) in Papiergeld verzinslich . . .	169,418.378 fl.
ab: im Besiz des Tilgungsfondes . . .	400.597 „
	<u>169,017.781 fl.</u>

II. Schwebende Schuld . . .	98,621.200 „
ab: im Besiz des Tilgungsfondes . . .	40,750 000 „
	<u>57,871.200 „</u>

Gesamtsumme der Staatsschuld nach Abschlag der bei dem Tilgungsfonde befindlichen Beträge:

im Jahre 1848	1,063,558.101 fl.
" " 1847	<u>999,866.409 „</u>
Vermehrung	<u>63,691.692 fl.</u>

Die Vermehrung der Staatsschuld im Militär-Jahre 1849, welche nach dem Vortrage des Finanzministers zur Deckung des Deficits erforderlich war, belief sich fl. C. M. an der fundirten Schuld auf 14,072.649 an der schwebenden Schuld auf 78,661.750 durch Wechselgeschäfte 5,175.400 durch Vorschüsse der Nationalbank 54,001.333

151,911.132

Nach Abzug der unter den Staatsausgaben vorkommenden Capitals-Rückzahlungen 3,964.891 Zahlungen an den Tilgungsfond . . 9,630 837

Zusammen 13,595.728

Bleibt Vermehrung 138,315.404

Nach den Mittheilungen, welche der Bank-Regulirungs-Commission von dem Finanzministerium gemacht worden waren, belief sich mit Ende Februar 1850 die Gesamtsumme der Staatsschulden unter allen Gestalten, fundirt und schwebend, mit und ohne Zwangscurs, verzinslich und unverzinslich auf 1333 Millionen fl. C. M. wovon im Besiz des Tilgungsfondes 175 „ „ Verbleiben 1158 „ „

Die Vermehrung der Staatsschuld im ersten Semester 1850 zur Deckung des Deficits betrug 102,052.550 fl.

theils in 5, theils in $4\frac{1}{2}$, theils in 3 procentigen Obligationen und Anweisungen, theils in unverzinslichen Münzscheinen.

Davon kommen jedoch abzuziehen:

Abzahlungen von Schulden und Vorschüssen, die mittelst der neuen Anlehen berichtigt wurden mit . . .	55,011.880 fl.
dann Einlösungen und Rückzahlungen, die in die Ausgaben an der Staatsschuld einbezogen sind mit	1,425.913 „
Zusammen	56,437.793 „

wornach die Vermehrung der Staatsschuld im ersten Semester 1850 mit 45,614.757 fl. sich beziffert.

Im dritten Quartal 1850 betrug die Vermehrung der Staatsschuld	36,833.296 fl.
nach Abschlag der Capitals-Rückzahlung pr. .	14,285.823 „
bleibt Vermehrung	22,547.473 „

Eine Vereinfachung im Staatsschuldenwesen würde wohl dadurch bewirkt werden können, wenn die Capitalien des Tilgungsfondes von dem Staatsschuldenstande abgeschrieben würden. So lange die Staatsschuld fortwährend vermehrt werden muß, nützt der Tilgungsfond ohnedem nicht, und vervielfältigt nur die Cassemanipulationen und Berechnungen.

Kömmet der Staat in die Lage, seine Schuld in Raten vermindern zu können, so ist es am zweckmäßigsten, die sich zur freien Disposition ergebenden Ueberschüsse des Staats-Einkommens zur Einlösung der Staats-Obligationen zu verwenden, welche sohin reell zu vertilgen wären.

Jedenfalls erscheint es als ein widernatürliches Verhältniß, daß der Staat Schulden kauft, um sein eigener Gläubiger zu werden, und sich selbst Zinsen zu zahlen, daß er einen Reservefond von eigenen Schulden errichtet, die er wieder ins Publikum bringen kann. Die successive Verminderung der Staatsschuld würde sonach hinausgeschoben, bis zur gänzlichen Tilgung geschritten werden kann, was kaum in Jahrhunderten zu erwarten ist. Der Staatskredit erhält durch die scheinbare Tilgung keine festere Basis, und die Ordnung im

Staatshaushalte kann nicht durch wachsende Zinsenlast und steigende Dotationen für den Tilgungsfond gewinnen.

In einem so eben erschienenen schätzenswerthen Werke des Freiherrn von Pillersdorf * wird als Mittel zur Tilgung der Staatsschuld die Veräußerung des Real-Besigthumes des Staates in Antrag gebracht, zumal sich der Wirthschaftsbetrieb in Privat-Händen besser rentire, als in der Staats-Regie.

Ich glaube allerdings, daß dieser Vorschlag zu benützen wäre, so wie auch in früherer Zeit mehrmals Verkauf der Staatsdomänen stattgefunden hat, jedoch muß hierbei günstige Gelegenheit abgewartet, und nur allmählig vorgeschritten werden; auch sind gewisse Besigthümer zu finanziellen Zwecken nothwendig, als: Gold- und Silberbergwerke, Salinen u. s. w., endlich kommt bei Eisenbahnen, welche die Stelle der auch in Staatsregie stehenden Commercialstraßen vertreten, zu erwägen, daß die Beförderung von Staatszwecken, und insbesondere militärische Rücksichten den Staatsbesitz derselben wünschenswerth machen, daß ferner in Benützung stehende Eisenbahnen sich gehörig rentiren — unausgebaute aber nicht leicht anzubringen sein dürften.

Jedenfalls wird hierüber nur nach den vorkommenden speciellen Verhältnissen entschieden werden können.

Geld.

Wir kennen zweierlei Geld, das Metallgeld und das Papiergeld.

Metallgeld ist das allgemein anerkannte Vorstellungszeichen, das Tauschmittel, der Werthsmesser der Waaren. Es ist selbst Waare, besitzt aber vor allen andern jene Eigenschaften, die es zu diesem Gebrauche seit mehr als einem Jahrtausend bei allen Nationen der Erde geeignet machen.

Gold und Silber sind vorzüglich die Metalle, welche hierzu verwendet werden. Das seltene Vorkommen, die Mühe

* Die österreichischen Finanzen, beleuchtet von Freih. v. Pillersdorf. Wien 1851.

und Kunst, mit der sie dem Schooße der Erde entrisen werden, die Feinheit und der Glanz, die Unzerstörbarkeit, die Einheit in der Qualität, bei welcher keine Varietäten zu beachten sind, die Schwere, welche großen Werth in kleinem Raume verschließt, die Schmiegbarkeit in beliebige Formen und Größen nach allen Abstufungen des Gewichtes, die Leichtigkeit, den Werthsstempel aufzudrücken und den Metallgehalt einer Probe zu unterziehen, bieten so viele Vortheile in der Aufbewahrung, im Transporte und Verkehre des Geldes dar, daß die Anwendung sich bald überall verbreiten mußte.

Geld bringt nur im Umlaufe im in- und ausländischen Verkehre Nutzen. Es geht vom Käufer in die Hände des Verkäufers über, der es wieder zur Anschaffung seiner Lebens- oder Erwerbs-Bedürfnisse verwenden muß. Es strömt vom Inlande ins Ausland, und kehrt wieder von allen Seiten beinahe in gleichem Verhältnisse zurück. Eben so regeln sich bei einem wohlgeordneten Staatshaushalte die wechseltigen Uebergänge zwischen dem Staats- und Nationalvermögen, so wie bei der vorsichtigen Privat-Wirthschaft zwischen den Einnahmen und Ausgaben. Bei gestörtem Gleichgewichte muß der Staat wie der Privat auf die Wiederherstellung desselben bedacht sein.

Die Berechnung der zum Umlaufe in dem ganzen Umfange der Monarchie erforderlichen Geldsumme liegt bei dem steten Hin- und Herwogen des Verkehrs außer dem Bereiche der Möglichkeit, und gehört nicht zum Berufe der Regierung, welche nur der Handelsthätigkeit der Privaten freien Lauf zu lassen hat. Anders sind die Verhältnisse, wenn Papiergeld vorherrschend oder ausschließend an die Stelle des Baargeldes getreten ist, wo der Stand der Geldcours beiläufig entnehmen läßt, in welchem Grade das Ebenmaß durch die künstlich geschaffene Umlaufssumme überschritten worden ist.

Vergebens wird in solchen Fällen die Wiederherstellung des Gleichgewichtes durch die Ausprägung ringhältiger Metallmünzen zu erzielen gesucht, da diese nur die Verwirrung vermehren, sich nicht lange im Umlaufe erhalten, und unnütze

Umprägungskosten verursachen. In Bezug auf die bloß als Scheidemünzen in Gebrauch stehende Kupfermünzen sind besondere Rücksichten zu beachten. *

Zu den Verfügungen, welche sehr leicht eludirt werden können, und dennoch Verationen und Beirungen im Verkehr veranlassen, welche immer ihren Zweck verfehlen, und niemals von Bestand sind, gehören die Münz-Ausfuhr-Verbote. Das Ausfuhr-Verbot ist mittelbar auch ein Einfuhr-Verbot, und das sicherste Mittel, die Verbergung und das Ausschleppen der Münze zu verhindern, besteht darin, daß kein Zwangscurs der Verwechslung derselben mit dem Papiergelde stattfinde, zumal auch die Preise aller Waaren den Schwankungen des Papiergeld-Werthes sich anpassen.

Solche Münz-Ausfuhr-Verbote sind in Oesterreich mehrmals erlassen, und wieder zurückgenommen worden. **

Ueber das Münzwesen in Oesterreich habe ich in meinem früheren Werke mehrere geschichtliche Daten bis auf die neuere Zeit zusammengestellt. ***

Aus Anlaß der Unruhen in neuester Zeit wurde durch Regierungscirculare vom 2. April 1848 die Ausfuhr der Silbermünze verboten, und nur für Reisende und Grenzbewohner mit der Beschränkung bis 100 fl. gestattet.

Der Austritt der Münze über die Zoll-Linie in den Freihafen von Triest, unterlag keiner Beschränkung, von dort aus wurde er aber in den nicht in das vereinigte Zollgebiet führenden Richtungen eingestellt.

Unterm 4. April 1848 wurde auch die Ausfuhr der Goldmünzen verboten.

Gegen diese Verfügungen wurden selbst in der Frankfurter National-Versammlung vom 18. Juli 1850 Beschwerden erhoben, wobei nachgewiesen wurde, daß gerade seit dieser Zeit der baare Geldfond der National-Bank, zu deren Gunsten der Geldausfuhr-Verbot erlassen wurde, im Verhältnisse zur Noten-Circulation bedeutend gesunken sei.

* I. 184. — ** I. 180. 181. — *** I. 177 — 188.

Durch Allerhöchste Entschließung vom 13. September 1849 wurde das Münzausfuhrs-Verbot wieder aufgehoben.

Bei dem allmählichen Verschwinden der Conventionsmünze durch das Sinken der Course wurde von der Finanzverwaltung unterm 5. October 1848 eine Silberscheidemünze von 6 fr. zu 28 fl. 48 fr. pr. Mark fein, und als auch diese aufgegriffen war, unterm 11. Juni 1849 abermals eine Münze zu 6 fr. nach dem Münzfuße zu 33 fl. 36 fr. pr. Mark fein * ausgeprägt und in Umlauf gesetzt. Unterm 1. Februar 1849 wurde eine Kupferscheidemünze zu 10 centesimi (2 fr.) im lombardisch-venetianischen Königreiche hinausgegeben.

Durch Ministerial-Erlaß vom 29. November 1850 wurde das Agiotiren mit Silber- und Kupferscheidemünze verboten, und der Börsenbesuch nur gegen vom Börsecommissär ausgestellte Karten gestattet. Niemand darf auf was immer für eine Art dahin wirken, den Cours der Münze oder Werthspapiere zu verschlimmern. Geldstrafen sind gegen Uebertreter der Vorschriften, Belohnungen für Denunzianten festgesetzt.

Es wird schwer sein, in einzelnen Fällen ein richtiges Erkenntniß zu schöpfen.

Nach den Tabellen der administrativen Statistik betrug die Ausbeute der Bergwerke in Oesterreich im zwanzigjährigen Zeitverlaufe von 1821 bis 1847:

	Mark.
An Gold auf Aerarialwerken	36.141
„ Privatwerken	111.694
	<hr/> 147.835
	Mark.
An Silber auf Aerarialwerken	1,422.717
„ Privatwerken	1,042.795
	<hr/> 2,465.512

* Das Verhältniß gegen den Conventions-Münzfuß stellte sich hierbei wie 168 zu 100.

Im Jahre 1847 war die Ausbeute von den Bergwerken in der österreichischen Monarchie:

	Mark.	Werth in Gulden.
An Gold	7.529	2,748.400
„ Silber	115,681	2,734.000
		<u>5,482.400</u>

Die Ausmünzung in den Jahren 1821—1847:	
von Gold	140,764.322 fl.
„ Silber	130,120.374 „
	<u>270,884.696 „</u>

wozu die eigenen Bergwerke beiläufig die Hälfte lieferten.

Die Ausbeute von Gold verhielt sich gegen jene von Silber dem Gewichte nach, in den letzten 10 Jahren wie 1 : 15, so wie dieses Gewichtsverhältniß des Bergwerkbetriebes im Allgemeinen angenommen wird, und wie sich auch das Werthverhältniß des Goldes zum Silber im Allgemeinen stellt. Der Werth der Goldausbeute beträgt in Oesterreich beiläufig eben so viel als jener der Silberausbeute. Im Durchschnitte der letzten 27 Jahre ergab sich eine jährliche Production an Gold im Werthe von 2 Millionen, — an Silber von 2,190.000 Gulden.

Die gesammte Münzausprägung in den letzten 50 Jahren betrug:

an Gold	174 Millionen fl.
„ Silber	439 „ „
Zusammen	<u>613 „ „</u>

wovon etwa die Hälfte im Lande verblieben sein dürfte.

Das Papiergeld, die Erfindung neuerer Zeit, ist ein Vorstellungszeichen des Metallgeldes. Es hat keinen Werth als Waare, und kann sich daher nur in einem mehr oder minder beschränkten Gebiete zu einem Verkehrsmittel erheben. Es bietet Bequemlichkeit in der Form bei dem Umlaufe — besonders in größeren Summen — dar, ist aber eher der Zerstörung ausgesetzt, und bedarf großer Kunst in der

Verfertigung, um gegen Verfälschung möglichst gesichert zu sein.

Es kann seinen vollen Werth nur so lange behaupten, als die stete Umwechslung gegen Münze gesichert ist.

Das Papiergeld wird entweder vom Staate oder von Privatgesellschaften, Banken genannt, ausgegeben; in der Regel haften auf denselben keine Zinsen; übrigens sollte die Annahme desselben, es sei in vollem Nennwerthe, mit Agio, oder mit Abzügen, — nur dem freien Einverständnisse der Parteien überlassen sein.

In Bezug auf Oesterreich kömmt zu bemerken, daß die als Papiergeld cursirenden Noten der National-Bank gemischter Natur sind, indem sie von einer, in vielfältiger Verbindung mit dem Staate stehenden, Privat-Gesellschaft ausgegeben, und gewissermaßen von dem Staate garantirt sind, da sich der Staat verbunden hat, dieselben in vollem Werthe anzunehmen, er auch alle Zahlungen in solchen leistet, und sogar in neuester Zeit die Zwangsannahme derselben im Privatverkehr in vollem Nennwerthe angeordnet hat.

Uebrigens ist gleichfalls in der jüngsten Periode ein verzinsliches Papiergeld vom Staate unter der Benennung schwebende Schuld ausgegeben worden, das zwar theilweise periodisch wieder eingelöst, aber in der Folge erneuert, zwangsweise in Umlauf gesetzt wurde.

Zu denselben gehören die Cassé-Anweisungen, von denen bei der Staatsschuld die Rede war.

So lange das vom Staate ausgegebene Papiergeld sich in freiem Umlaufe in vollem Werthe erhält, kann ein Theil desselben (nach den bisherigen Erfahrungen bis zu zwei Drittel der gesammten Umlaufs-Masse) ohne Bedeckung mit Barfond bleiben, und sonach zeitweise zu Staatsbedürfnissen, oder Unterstützung des Erwerbes und Handelsbetriebes verwendet werden, wobei jedoch immer im Auge zu behalten ist, daß die umlaufende Geldmasse mit den natürlichen Betriebs- und Verkehrs-Verhältnissen im Niveau erhalten werden muß, — und daß momentane

Ereignisse das gewöhnliche Verhältniß verrücken, und Störungen herbeiführen können, wofür kein ziffernmäßiger Regulator Maß gibt, aber Symptome der Ueberschreitung durch vermehrten Andrang zur Verwechslung des Papiergeldes gegen Münze sich offenbaren, wogegen sich nicht durch Täuschungen verwahrt werden kann, sondern bei Zeiten reelle Vorsorge getroffen werden muß.

Ist jedoch die Grenzlinie anhaltend überschritten, findet eine steigende Papiergeld-Vermehrung statt, muß die Einlösung gegen Münze eingestellt werden, bildet sich ein nachtheiliger Wechselkurs für das Papiergeld, der jedenfalls durch Zwangsmaßregeln nicht verhindert werden kann, so bleibt für Staats-Banken nichts übrig, als eine möglichst billige Ausgleichung gegenüber der Papiergeld-Inhaber — als Staatsgläubiger, (wiewohl deren Einwilligung nicht eingeholt werden kann) — zu treffen, — da es für die Staatsfinanzen meistens unerschwinglich ist, die gestörten Verhältnisse in das alte Geleise zurückzuführen, und die Verlängerung des Uebelstandes für die Finanzen und für die Parteien immer empfindlicher wird.

Für Privatbanken ist in der Regel nur die gütliche Abfindung, oder der Gerichtsweg vorbehalten.

Die Geschichte des Papiergeldes in Oesterreich ist in meinem früheren Werke * von dem Ursprunge an unter M. Theresia i. J. 1762 behandelt, und zugleich ein Ausweis vom J. 1771 angefangen bis zum J. 1811 über die jährlich zugewachsene Summe der umlaufenden Bankoettel von 1,450,000 bis 1,060,000,000 Gulden geliefert worden.

Bei der Ausgabe der Banknoten, welche mit 1. Juli 1816 eintrat, wurde das umlaufende Papiergeld gegen dieselben, ohne allen Andrang, zu dem Kurse von 250 gegen 100 von Jahr zu Jahr eingelöst, so daß nur etwa 6 Millionen Gulden noch erübrigen. Die Banknoten erhielten sich im vollen Werthe der Conv. Münze, und kamen erst bei den Volks-

* I. 170, 188, 197, 203, 208, 212, 221.

bewegungen ins Schwanken. Der erste Anstoß war im Mai 1848 gegeben. Die Geldsendungen nach Italien hatten den baren Schatz der Bank, der noch im Juni 1847 mit 79,574,669 fl. C. M. bestanden hatte, mit Ende des Jahres 1848 bis auf 30,425,945 fl. vermindert, — die Verwechslungsscaffen konnten nicht mehr dem Begehren der Parteien Genüge leisten. Die Bank-Direction hatte mit der Finanz-Verwaltung einen Vertrag geschlossen, zufolge dessen der Bank die Saline Gmunden als Hypothek zur Aufnahme eines Anlehens von 45 Millionen, von welchen bereits bei dem Staatsschuldenwesen Erwähnung geschah, überlassen wurde, zu welchem Ende sie Abgeordnete auf auswärtige Handelsplätze, insbesondere nach Frankfurt und London sendete, um Silbervorräthe anzuschaffen, welche Nachfrage momentan den Kurs des Papiergeldes gegen Münze noch mehr steigern machte.

Das Finanzministerium ermächtigte hiernach unterm 21. Mai 1848 die Bank-Direction zur einstweiligen Beschränkung der Verwechslung ihrer Noten gegen Münze, und verordnete, daß Jedermann gehalten sein solle, die Banknoten bei allen Zahlungen nach ihrem vollen Nennwerthe anzunehmen, wodurch somit zuerst der Zwangscurs für dieselben eingeführt wurde.

Zugleich erließ die Bank-Direction eine Kundmachung, daß bei den Bankcassen die Münzverwechslung für den kleinen Verkehr auf den Betrag von 25 fl. für jede Partei beschränkt, und daß zur Erleichterung der Ausgleichungen eine Emission von Banknoten zu 1 und 2 fl. stattfinden werde.

Durch Patent vom 2. Juni 1848 erhielten die Verfügungen des Finanzministeriums und der Bank-Direction die allerbh. Sanction.

In diese Zeit fiel auch die Hinausgabe des neuen Papiergeldes in Ungarn. Das dortige Finanzministerium hatte noch zur Zeit, wo Ungarn mit der österreichischen Monarchie im friedlichen Verbande war, den Beschluß gefaßt, 12½ Millionen Gulden in Ein- und Zwei-Gulden-Banknoten

gegen Deckung mit einem Silberfonde von 5 Millionen Gulden in Umlauf zu setzen; indessen wurde diese Emission nur mit 4 Millionen und einer Deckung von nahe an 1,900,000 in Silber und Gold zu Stande gebracht.*

Am 5. August 1848, wo schon sehr gespannte Verhältnisse bestanden, beschloß der ungarische Reichstag, 42 Millionen Gulden Papiergeld zu emittiren, — und zwar der Dringlichkeit wegen, — ohne die Sanction des Königs abzuwarten.

Bei der nachgefolgten Spaltung nach dem Einfälle der Croaten in Ungarn, wurde von dem ungarischen Reichstage die neue Ausgabe einer Summe von 60 Millionen fl. in Papiergeld beschlossen, wovon bis Ende Dezember 1848, als der Zeit der Abreise der provisorischen Regierung, bereits über 19 Millionen in 5 und 100 fl. Noten, der Ueberrest theils von Debresin, theils nach der Rückkehr, von Pesth aus, — in Umlauf gesetzt worden war. In der Hälfte des Monates Juli 1849 wurde von Szegedin aus ein neuer Betrag von 60 Millionen beantragt und genehmigt, aber nur mit 3 Millionen effectuirt, so daß die Gesamtsumme des beausgabten Papiergeldes bei 63 Millionen Gulden betrug.

Bei der Besetzung von Pesth durch österreichische Truppen am 5. Jänner 1849 wurden die ungarischen Banknoten in allen öffentlichen Cassen angenommen, so wie auch alle Zahlungen aus denselben für Lieferungen, Gehalte, Pensionen, Militärlöhnungen mit ungarischem, so wie mit österreichischem Papiergelde bezahlt.

In Debresin waren wegen Mangel an Scheidemünze, Noten zu 15 und 20 Kreuzer in Umlauf gesetzt worden. Diese wurden jedoch durch Befehl des Militär-Commando zu Ofen vom 23. Februar 1849 für ungiltig erklärt, und deren Annahme verboten,

Durch Militär-Befehle vom 8. und 21. März 1849 wurde die Annahme der ungarischen Banknoten in öffentlichen Cassen

* I. Ueber die Behandlung des ungarischen Papiergeldes. 1850.

eingestellt, und der Zwang der Annahme bei Privatzahlungen aufgehoben.

Durch Befehl des Armee-Commando vom 20. Mai 1849 wurde „alles von den Rebellen in Umlauf gesetzte Papiergeld „als ungiltig, und Jeder, der dasselbe annimmt oder ausgibt, „als der Theilnahme am Aufruhr schuldig“ erklärt.

Bei der Uebergabe Venedigs am 22. August 1849 war ein mit dem Namen *Communalgeld* bezeichnetes Papiergeld im Umlaufe. Dieses wurde von der österreichischen Regierung auf die Hälfte seines Werthes herabgesetzt, und in diesem, mittelst eines Grundsteuer-Zuschlages eingelöst und amortisirt.

In Folge Kundmachung des Ministerialcommissärs zu Semlin vom 10. Dezember 1849 war die bare Ausbezahlung der serbischen Assignaten in ihrem vollen Nennwerthe bis Ende Jänner 1850 eingeleitet worden.

Durch Ministerial-Erlaß vom 11. März 1851 wurde die Hinausgabe von Reichsschatzscheinen zu 5 und 10 Gulden in allen Kronländern (mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches) angeordnet.

Durch diese, im Gefolge der Kriege und inneren Unruhen herbeigeführten Verhältnisse, — vorzüglich durch die Einstellung der Banknoten-Verwechslung, ergab sich ein fortwährendes Sinken der Course, ein gänzlich Verschwinden der Metaumünze im Umlaufe, selbst die ringhältige Silbermünze zu 6 kr. wurde, wegen des gesteigerten Bedarfes an Scheidemünze, sehr bald vergriffen, obwohl der innere Werth gegenüber der Conventionsmünze geringer war, als selbst der Cours der Banknoten gegen die letztere stand; — nur die Kupfermünze zu 1 kr., welche im Jahre 1816 nach meinem Antrage zu 106 $\frac{2}{3}$ fl. * vom Zentner ausgeprägt worden war, — erhielt sich unter allen Stürmen in gleichem Werthe, — im Umlaufe.

Am endpfündlichsten war der Entgang der Scheidemünze

* I. 185. das Pfund zu 64 das Loth zu 2 Kreuzer.

für den täglichen Verkehr in Lebensmitteln und andern kleinen Bedürfnissen.

Die Banknoten zu 1 fl. wurden vom Publicum in 4 Theile zu je 15 fr. im Umlaufswerthe zerschnitten, was man zu dulden genöthigt war, die Bankdirection machte selbst unterm 14. Dezember 1848 bekannt, daß diese Bruchtheile bei ihr gegen Ganze verwechselt werden können. Private, besonders Gewerbsleute, Wirthe gaben von ihnen eigends geformte Geldzeichen hinaus, die sie wieder an Zahlungsstatt annahmen.

Die Finanzverwaltung fand sich durch diese Ergebnisse bestimmt, mit Verordnungen vom 20. Juni und 5. August 1849 papierene Münzscheine zu 10 und 6 fr. in Umlauf zu setzen, welche jedoch die Summe von 5 Millionen im Ganzen nicht überschreiten sollten.

Unterm 20. September 1849 wurden neue Banknoten zu 1 und 2 fl. hinausgegeben, deren Zerschneiden jedoch ausdrücklich untersagt war, so wie auch durch Verordnung vom 11. Mai 1849 der Umlauf von Geldzeichen der Privaten verboten wurde.

Die Lage der Finanzen war nunmehr auf den Punct gekommen, wo man ernstlich Abhülfe treffen mußte.

Der Finanzminister erkannte die Nothwendigkeit eines energischen Einschreitens in seinen Vorträgen vom 10. September und 28. Dezember 1849. Auch schienen damals die Verhältnisse sich günstiger zu gestalten. Der Friede mit Sardinien war geschlossen, und für Oesterreich eine Kriegssentschädigung mit 75 Millionen Francs in klingender Münze zugesichert, Venedig hatte sich ergeben, Ungarn und Siebenbürgen waren der Gewalt der Regierung unterworfen.

Der Finanzminister wies auf die beiden großen Zwecke hin: Herstellung der Ordnung im Geldwesen und: Begründung der Ordnung im Staatshaushalte, auf welche die Regierung im Vereine mit der Nation zu wirken habe.

In erster Beziehung hielt der Finanzminister vor Allem die Wiederherstellung des Creditcs der Banknoten, welche den größten Theil des inländischen Umlaufsmittels ausmachen, und nach Einführung des Zwangscurses den Werth der Landeswährung bestimmen, — und zu diesem Ende die Verbesserung der Lage der Bank und die Regelung der Beziehungen des Staates zu derselben, für die wichtigsten Aufgaben.

Vorbereitende Schritte zur Lösung derselben sind durch die Einstellung der Vermehrung der Banknoten zum Behufe des Staatsbedarfes, dann durch die Abrechnung und Uebereinkunft zwischen den Finanzen und der Bank geschehen.

Das Uebereinkommen wurde am 6. Dezember 1849 in folgender Art getroffen:

Als liquide Forderungen der Bank an die Finanzen mit 18. September 1849 wurden anerkannt:

- 1.) Die ursprünglich aus der Einlösung des Papiergeldes herrührende Staatsschuld von 78,475.987 fl. für die ein eigener Tilgungsplan * besteht, bei dem es ferner zu bewenden hat.
- 2.) Ein Betrag von 50 Millionen in Central-Anweisungen zu 3 Prozent, wovon die Zinsen fortzubezahlen sind.
- 3.) Vier Posten, im Gesamtbetrage von 2,919.297 fl. 32 fr. von Bürgschaften herrührend — welche die Bank übernommen hat, daher noch ungewiß ist, ob sie zur Zahlung kommen werden.
- 4.) Vierzehn Posten im Gesamtbetrage von 96,948.768 fl. 28 fr., wovon 9 Posten mit jährlich 2,503.359 fl. 4 fr. zu verzinsen, die übrigen unverzinslich sind. Der Gesamtbetrag soll nun künftig zu 2 Prozent verzinsset, und zur Capitalszahlung die Summe von 60 Millionen aus dem am 22. September 1849 eröffneten 4½ procentigen Staats-Anlehen, — und von 24

* I. 222—226.

24 Millionen aus der Sardinischen Kriegssentschädigung verwendet werden, wornach noch ein Schuldenbetrag von 12,948.768 fl. 28 fr. an die Bank zu berichtigen sein wird.

Zur Vermehrung des Bankfondes wurde auf die Hinausgabe jener 49.376 Bankactien angetragen, welche bei Errichtung der Bank für den künftigen Fall der Nothwendigkeit zurückbehalten worden waren. *

Bevor jedoch ein Beschluß hierüber gefaßt wurde, sollte eine Commission aus erfahrenen, einsichtsvollen Männern, nicht bloß aus Bewohnern von Wien, sondern auch aus Vertrauensmännern der verschiedenen Kronländer zusammengesetzt werden, um im Einvernehmen mit der Bankdirection umständliche Entwürfe hierüber vorzulegen.

In Beziehung auf die herzustellen Ordnung im Staatshaushalte wurde auf die thunlichste Verminderung der Ausgaben, Aufnahme eines Anlehens, Benützung der directen und indirecten Abgaben hingedeutet, wodurch eine jährliche Mehreinnahme gegen das Jahr 1847 um 45 bis 50 Millionen zu erzielen gehofft wurde. Die einstweilige Aushilfe, da die Reformen nicht so schnell in Ausführung gebracht werden können, sollte in der Vermehrung der schwebenden Schuld, die auf eine einzige Gattung der verzinslichen Reichsschasscheine zu reduciren war, gefunden werden.

Zur Hypothek sollen die Staats-Eisenbahnen im Werthe von 67,534.840 fl. — die Staatsantheile an Privat-Eisenbahnen im Werthe von 27,400,000 fl. und die Saline zu Gmunden gewidmet werden.

Diese Anträge des Finanzministers erhielten unterm 13. September und 31. Dezember 1849 die kaiserliche Genehmigung.

Die zur Berathung über die Bank-Angelegenheiten berufene Commission trat am 18. März 1850 in

* I. 222.

Wien zusammen. Die Mitglieder, 33 an der Zahl, nebst 6 Ersagmännern, waren von dem Ministerrathe über Vorschlag der Länderchefs eingeladen worden. Sie wählten unter sich einen Präsidenten und einen Vicepräsidenten.

Die Commission hat mit Eifer und gründlicher Erforschung der verwickelten Verhältnisse die Berathungen vorgenommen, und unterm 26. April 1850 ihre Vorschläge dem Finanzministerium überreicht.

Dieselben beziehen sich im Wesentlichen:

- 1.) auf die Mittel zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen Metallmünze und Papiergeld im Umlaufe.
- 2.) auf die Regulirung und Erweiterung des commerziellen Wirkungskreises der National-Bank.

Ad I^{um} Ist die Herbeischaffung eines größeren Metall-Vorrathes für den Umlauf und für die öffentlichen Cassen, und die allmähliche Einziehung des Papiergeldes aus dem Umlaufe bis auf den Betrag, wo die bare Einlösung desselben keinem ferneren Anstande unterliegt — erforderlich.

Die Commission beginnt mit den Maßregeln zur Einziehung des Papiergeldes.

Die Banknoten zu 1 und 2 fl., gegenwärtig im Betrage von circa 48 Millionen, sollen vom Staate übernommen, und zugleich von der Nationalbank so viel neue Banknoten dieser Kategorie für Rechnung des Staates ausgefertigt werden, als es zur Einwechslung der kleineren ungarischen Landes-Anweisungen und der Reichschagsscheine für den Bedarf des Kleinverkehrs erforderlich ist, zugleich sollen alle in den Händen der Bank befindlichen, Zwangscurs habenden, 3procentigen Cassen- und ungarischen Landes-Anweisungen dem Staate zur Vernichtung abgeliefert werden, wornach die Zu- und Abschreibungen in dem gegenseitigen Conto stattzufinden hätten.

Die ungarischen und deutschen Münzscheine im Gesamtbetrage von 5,914.000 fl. sollen in bestimmten Terminen gegen Scheidemünze eingewechselt werden, und zwar in einem früheren

Termine die Scheine zu 6 fr., — in einem späteren jene zu 10 fr.

Es soll in Zukunft Papiergeld nicht unter Beträgen von 10 fl. C. M. und einzig in Banknoten bestehen, daher alle Noten von 1 fl. bis zum 31. December 1851

= 2 = = = = 1852

= 5 = = = = 1854

eingezogen werden sollen.

Verzinsliche Reichsschattscheine sollen künftig nur in Beträgen von 100 fl. aufwärts im Umlaufe belassen werden.

Uebrigens wurde erkannt, daß in Zukunft Metallgeld als die Basis des Geldumlaufes zu bestehen habe, und in Beträgen unter 10 fl. ausschließend in Circulation zu setzen sei. Dabei wurde auch auf wünschenswerthe Reform des Münzwesens hingedeutet.

Um die nöthigen Mittel für den Staat aufzubringen, sowohl seine Schuld an die Nationalbank zu berichtigen, als auch das für seine Rechnung cursirende Papiergeld einzulösen, wird auf die Aufnahme eines Anlehens von 150 Millionen Gulden zu 6 Procent angetragen, welches binnen 10 Jahren bar zurück zu zahlen wäre.

Um anderseits auch der Bank einen Fond zu verschaffen, welcher zur Wiederaufnahme der baren Umwechslung der Banknoten in vollem Werthe die Mittel schaffen sollte, wurde darauf angetragen, die bei Errichtung der Bank in Reserve gehaltenen 49.379 Actien zu dem Preise von 800 fl. C. M. pr. Stück zu veräußern, wobei den gegenwärtigen Actionären der Vorzug im Ankaufe einzuräumen wäre.

Uebrigens sollte zum Behufe der Bareinlösung der Banknoten immer ein Vorrath an Metallmünze im Betrage von $\frac{1}{3}$ des umlaufenden Papiergeldes in den Bank-Cassen verwahrt werden. Der Zwangsumlauf des verzinslichen und unverzinslichen Papiergeldes hätte sonach aufzuhören.

Ad II^{dum} In Bezug auf die Bestimmung der Bank zur Beförderung des Handels und der Industrie wird darauf

angetragen, daß Filial-Banken in den Hauptstädten eines jeden Kronlandes errichtet werden sollen, welche gegenseitig Anweisungen aufeinander auszustellen hätten, daß den Gewerbe-Banken Darlehen gegen billige Zinsen zu bewilligen, daß Hypotheken-Banken und Renten-Anstalten zu gründen, und auf deren Pfandbriefe und Rentenscheine von der National-Bank Vorschüsse zu leisten wären.

Ich übergehe die ferneren, mehr die Form betreffenden Anträge in Bezug auf die Statuten und das Reglement der Bank.

Diese Anträge und Pläne, von verständigen Männern ausgehend, sind doch zum Theile auf unsichere Voraussetzungen basirt, deuten mehr nur auf Palliativ-Mittel hin, und zeichnen der Ausführung keine bestimmte Bahn vor.

Die Theilung des Papiergeldes zwischen dem Staate, der die kleineren Gattungen zur Einlösung und Vernichtung übernehmen, — und der National-Bank, die fortwährend im ausschließenden und unbeschränkten Rechte der Papiergeld-Emission bleiben soll, — scheint weder zweckmäßig noch selbst ausführbar. Die Ausscheidung in der Behandlung der größeren und kleineren Papiergeldsorten würde große Unordnungen im Staats- und Privat-Haushalte herbeiführen.

Die theilweise Verwechslung mit Scheidemünze würde bald wieder die letztere verschwinden machen. Die Einziehung der kleineren Banknoten und Münzzeichen würde dem Tagelöhner, dem Handwerker, dem Fabrikarbeiter, dem Pfründner, dem Soldaten, — welche ihre Lebensbedürfnisse in kleinsten Beträgen bestreiten, — so wie überhaupt dem Kleinverkehr, — viele Verlegenheiten zuziehen, und Aufregung veranlassen.

Die gleichzeitige Aufbringung zweier Fonde, des einen durch ein Anlehen von Seite des Staates, des andern durch Ankauf neuer Actien von Seite der Nationalbank, würde widerstrebende Wirkungen haben, und wahrscheinlich mißlingen.

Die Folgen einer versuchten plötzlichen Zurückführung des circulirenden Papiergeldes auf den vollen Werth der Conven-

tionsmünze lassen sich nicht berechnen. Das Staatsanlehen würde die Staatsausgaben in Zukunft bedeutend vermehren, und die Herstellung der Ordnung im Staats-Haushalte erschweren. Der Verkauf neuer Bankactien würde den Werth derselben bedeutend vermindern, ohne weder dem Staate noch der Bank Vortheil zu bringen.

Der in den Bank-Ausweisen erscheinende Werth der Actien zu 600 fl. C. M. ist bloß imaginär. Bei der ersten Einlage kosteten sie 400 bis 500 fl.; jetzt ist der Verkaufswerth über 1200 fl.

Die Einlagssumme von 40 Millionen Gulden C. M. für die in runder Summe hinauszugebenden 50,000 Actien, wenn sie wirklich angebracht werden (nach dem Geldcurs zu 130 würde die Actie 1040 fl. in Banknoten kosten), dürfte wohl nicht hinreichen, den Metallstock der Bank auf den Grad zu erhöhen, um die Verwechslung der Banknoten gegen Münze wieder bleibend in Gang zu bringen, * noch weniger könnte diese neue Einlage zu gewinnbringenden Handelsgeschäften verwendet werden, und wie würde es dann mit den Dividenden aussehen, auf welche die Inhaber von 100,000, statt der bisherigen 50,000 Actien, Anspruch haben würden?

Die Hinausgabe neuer Actien würde also nicht den Fond der Bank vermehren, sondern der Aufnahme eines Bank-Anlehens zu möglichst hohen Zinsen gleichkommen,

Das angetragene neue Staats-Anlehen von 150 Millionen Gulden C. M. zu 6 pct., wenn es wirklich angebracht werden sollte, — wird größtentheils zur Einlösung des verzinslichen und unverzinslichen Staatspapiergeldes verwendet werden müssen.

Es drückt den Werth der Staatspapiere geringeren Zinsfußes herab, steigert den Zinsfuß in Credits-Geschäften der Privaten, undbürdet dem Staate eine jährliche Auslage von 9 Millionen Gulden C. M. auf.

* I. Der Metallstock der Bank war mit Ende des J. 1850: 30 Millionen, die Masse der umlaufenden Banknoten 255 Millionen Gulden.

Die Erhöhung des Papiergeldwerthes auf jenen der Conventionsmünze, wenn sie erzielt werden sollte, erschwert die Aufbringung der Mittel zur Bestreitung der fixen Staatsauslagen, insbesondere für Militär- und Civil-Gehalte, Löhnungen und Pensionen, Staatsschuld u. s. w. — mit denen die Staats-Einnahmen, bei welchen sich schon jetzt fortwährend ein Deficit ergibt, — nicht ins Gleichgewicht gebracht werden können.

In Bezug auf die, bei diesem Anlasse in Anregung gebrachte Münz-Regulirung scheint nicht der Zeitpunkt geeignet, um an dem, seit einem Jahrhunderte in Oesterreich bestehenden Conventions-Münz-Fuße* eine Aenderung vorzunehmen. Sollte damit beabsichtigt werden, das Papiergeld auf den Reichswährungs-Fuß zu stellen, um die Einlösung gegen bare Münze zu erleichtern, so würden manche Collisionen dadurch zu besorgen, und die Klage über eine Devaluirung des Papiergeldes dennoch nicht behoben sein.

Die wichtige Finanzfrage ist daher durch diese Vorschläge nicht gelöst, wenn auch zeitlich eine Verbesserung der Papiergeld-Curse sich durch die — jedenfalls schwierige — Ausführung derselben ergeben sollte.

Ich erlaube mir hier nur eine Andeutung über die Art, wie die Sache bisher in Angriff genommen wurde, und über die sich hieraus ergebenden Folgen, woraus eine Belehrung für die künftige Regulirung dieser verwickelten Angelegenheit geschöpft werden dürfte.

Vor Allem glaube ich ein Bild von den Veränderungen in den Finanz- und Geldverhältnissen in der Periode der politischen Gährung durch die nachfolgende quartalsweise Darstellung des Curses der fünfpercentigen Staatsobligationen, der Banknoten und des Papiergeldes liefern zu sollen.

* I. 178. Nach der am 21. September 1753 mit Baiern geschlossenen Convention wurde die Mark fein Silber zu 20 Gulden ausgeprägt.

Jahr	Tag	Obligat.	Bankactien	Augsburg
		zu 5 pct.		Curs
1847	2. Jänner	108	1595	99
	2. Dezember	105	1627	100
1848	3. Jänner	103	1616	100
	1. April	62	710	101
	1. Juli	69	1000	106
	3. October	79	1088	108
1849	2. Jänner	82	1070	112
	2. April	86	1123	113
	2. Juli	89	1100	116
	2. October	95	1205	106
1850	4. Jänner	95	1174	111
	3. April	92	1079	118
	1. Juli	96	1113	119
	15. October	95	1160	120
1851	2. Jänner	95	1130	129
	1. Februar	96	1162	130
	1. März	96	1256	129

In Bezug auf das umlaufende Papiergeld* ist zu bemerken, daß im Jahre 1797 zuerst die Bankozettel unter dem Werthe der Conventionsmünze herabgesunken waren, gegen welchen sie früher sogar ein kleines Agio behauptet hatten.

Die Umlauffumme der Bankozettel war vom Jahre 1771 bis dahin, von 1,451.000 auf 74,228.000 fl. gestiegen.

Bei der Verwechslung gegen Einlösscheine im Jahre 1811 waren in runder Summe 1.060 Millionen fl. Bankozettel im Umlaufe.

In den Jahren 1811 und 1812 trat an deren Stelle die unveränderte Summe von 212,159,750 fl. in Einlösscheinen.

Nach Ausgabe der Anticipationscheine stieg die Umlauffumme in den Jahren 1813 bis 1816 auf 638,715,920 fl.

* I. 209 — 211.

Wienerwährung, und die Curse gegen Conventions-Münze verschlimmerten sich von 137 bis 333.

Von dem Zeitpuncte der Ausgabe der Banknoten in Folge Patentes vom 1. Juni 1816* erhielten sich diese im gleichen Werthe mit der Conventionsmünze bis zu der Epoche vom J. 1848.

Bei dem Abschlusse des Vertrages zwischen der Finanzverwaltung und der Bank vom 3. März 1820 betrug die Summe des noch im Umlauf gewesenen Papiergeldes: 450,000.000 fl.

Bis 3. März 1841 sind von der Bank an Wiener Währung eingelöst und in die Staatscassen abgeführt worden: 437,500.000 fl. Der Staat verabsolgte zur Bedeckung an die Bank in Barem 70,000.000 fl. C. M., die Bank schaffte aus eigenen Mitteln (Banknoten) . . . 105,000.000 fl.
 175,000.000 „

Sie erhielt dafür vom Staatsschätze in 5 procentigen Obligationen 60,000.000 „
 in unverzinslichen 45,000.000 „
 Zusammen 105,000.000 „

wovon bis 14. Juni 1841 getilgt waren: 10,578.762 fl.

Der Banknoten-Umlauf betrug:

zu Ende des Jahres:	1834	. . .	135,752.065
1818 26,738.365	1835	. . .	151,160.675
1819 43,786.915	1836	. . .	153,752.155
1820 51,915.255	1837	. . .	146,172.870
1821 34,827.785	1838	. . .	166,929.360
1822 48,294.765	1839	. . .	166,553.875
1823 51,028.590	1840	. . .	167,079.390
1824 68,057.250	1841	. . .	166,601.755
1825 82,110.710	1842	. . .	173,410.105
1826 82,319.990	1843	. . .	179,386.560

* Die privilegirte österreichische National-Bank, ihre Entwicklung und ihr Wirken, von Carl Freiherrn von Lederer. Wien 1847.

1827	87,363.065	1844	197,754.625
1828	95,697.515	1845	214,760.790
1829	107,563.540	1847	218,971.125
1830	111,988.605	1848	222,976.504
1831	123,929.640	im Februar:	
1832	119,879.440	1850	247,054.347
1833	125.063.915	1851	254 000.000

Nach dem Berichte der Bank-Commission circulirten im Februar 1850 nebst den Banknoten, in Cassa-Anweisungen, Tresor- und Münzscheinen noch: . . . 115,247.737 fl.
daher im Ganzen 362,302.084 „

Papiergeld mit Zwangsumlauf.

Zweimal kam die österreichische Monarchie in die Lage, gegen die Ueberschwemmung mit Papiergeld und die schwankenden Curse desselben Hülfsmittel ergreifen zu müssen.

Das Erstemal in der Unglücksperiode des Jahres 1811, wo die Monarchie durch zwanzigjährige Kriege geschwächt, durch ungünstige Friedensschlüsse beinahe auf die Hälfte ihres Complexes reducirt war.

Das Zweitemaal im Jahre 1816, nach einem glücklich beendeten Feldzuge, und nach einem unter Vermittlung von ganz Europa geschlossenen, Dauer versprechenden, Frieden, wodurch die Monarchie in ihrer vollen Größe wieder hergestellt worden war.

Beide Male erübrigte nichts, als eine Reduction des Werthes des Papiergeldes gegenüber der Conventionsmünze, welcher letzteren ein anderes Papierzeichen substituirt wurde.

Beide Male wurden aber, — nach meiner Ansicht, — Fehler begangen, die in Zukunft zu vermeiden sein dürften.

Im Jahre 1811 * wurden die Bankozettel, welche in einer Summe von mehr als 1060 Millionen Gulden nach

* I. 196—201.

dem Nennwerthe im Umlaufe sich befanden, und im Course kaum den achten Theil des Werthes gegen Silbermünze hatten, (auf ein Fünftheil des Werthes herabgesetzt;) gegen Einlösungsscheine umgewechselt, welche letzteren, nach hergestellter Ruhe und Ordnung in der Monarchie allmählig der baaren Münze gleichgestellt werden sollten.

Wirklich besserten sich Anfangs die Course der Scheine bis zu 130 gegen Münze, eben jenem Werthe, in welchem gegenwärtig die Banknoten gegen die letztere stehen.

Allein die Maßregel scheiterte an den bald darauf gefolgten Ereignissen.

Im Jahre 1811 war vielleicht wirklich nicht der angemessene Zeitpunkt zu einer haltbaren Finanzreform eingetreten. Zwei Jahre darnach brach ein neuer allgemeiner Krieg aus, welcher unerhörte Anstrengungen forderte, und eine Vermehrung des cursirenden Papiergeldes bis zu dem dreifachen Betrage hervorrief.

In der Form der Finanz-Operation war die geheimnißvolle Vorbereitung und das gleichzeitige Erscheinen der Kundmachung — wie mit einem Schlage — in allen Theilen der Monarchie, nicht glücklich gewählt, weil dadurch Jeder in seinem Haushalte überrascht, und allgemeine Verwirrung veranlaßt wurde.

Die Reduction der Bankozettel auf ein Fünftel in Wienerwährung (indef die Bankozettel noch zu 1000 bis 1200 im Course gegen 100 fl. C. M. standen) war zu rasch — der Zwangscurs der Einlösungsscheine konnte nicht die beabsichtigte Annäherung zur Conventionsmünze bewirken, wodurch die Rechtsbestimmungen für Zahlung der Privatschulden einigermaßen ins Arbiträre fielen.

Es wäre daher besser gewesen, vor der Regulirung des Papiergeldcurses die sich von selbst ergebende Stellung im Handelsverkehre abzuwarten, was auch in Bezug auf die Behandlung der Staatsschuld einen besseren Anhaltspunct

gegeben hätte, wobei die Herabsetzung der Interessen auf die Hälfte, jedoch die Bezahlung derselben in einer Valuta welche einen fünffach höheren Werth als die frühere hatte, — durch das Patent vom Jahre 1811 angeordnet worden war.

Die Reduction der Bankozettel auf $\frac{1}{2}$ in Wienerwährung konnte übrigens keinen Unterschied im Handel und Wandel bewirken, weil das Papiergeld keinen innern Werth hat, und der Werthstempel für den Käufer und Verkäufer in gleichem Maße gilt.

Dadurch beheben sich die fabelhaften Klagen über die ungeheueren Vermögensverluste, welche sich durch das Finanzpatent ergeben haben sollen. Der Inhaber von 100.000 fl. Bankozettel ist dadurch nicht ärmer geworden, daß diese nur mehr 20.000 fl. Wienerwährung hießen, und wenn auch die letzteren sich nicht, wie es beabsichtigt war, zum Werthe der Conventionsmünze erheben konnten, so blieben sie doch gewiß eben so viel werth, als die 100.000 fl. in Bankozettel.

Wenn sie in der Folge durch die Hinausgabe der Anticipationscheine bedeutend herabgedrückt wurden, so hatte das Finanzpatent vom Jahre 1811 gewiß keine Schuld daran; — indessen traf den Urheber dieser Maßregeln das eigene Schicksal, nicht nur für die frühere, durch Unglücksfälle herbeigeführte Lage der Finanzen, sondern auch für spätere, ohne seine Zustimmung getroffene Verfügungen, verantwortlich erklärt worden zu sein.

Diese Stimmen-Erhebung mochte wohl auch dem Umstande zuzuschreiben sein, daß er zu rasch die Einschränkung der damals aufs höchste getriebenen Börse- Papier- und Geld-Spekulationen angestrebt, und dadurch eine Classe, der man ein kompetentes Urtheil im Finanzfache zutraute, — gegen sich erhoben hatte.

Die zweite Papiergeld-Reduction erfolgte im Jahre 1816. Der damalige Finanzminister begann sein Werk unter

glücklicheren Auspicien. Er gebrauchte die kluge Vorsicht, den Gang der Ereignisse, die Bewegungen des Verkehrs abzuwarten, bis sich von selbst ein Anhaltspunct zur stabilen Bemessung des Werthes des Papiergeldes gegenüber der Conventionsmünze ergeben würde.

Er glaubte jedoch eine Privatgesellschaft unter dem Titel *National-Bank* zusammen berufen zu sollen, um das Geschäft der Papiergeld-Einlösung zu besorgen, welcher natürlich Vortheile zugestanden werden mußten, statt daß sonst Privat-Banken Opfer bringen, um sich unter den Schutz des Staates zu stellen, wie es in England der Fall war. *

Der erste Versuch zur Einlösung des Papiergeldes nach dem Nennwerthe mit $\frac{2}{7}$ in Münze und $\frac{5}{7}$ in einprocentigen Obligationen wurde bald wieder aufgegeben.

Die Nationalbank sollte mit 100.000 Actien gegründet werden, für deren jede 100 fl. in Münze, und 1000 fl. in entwerthetem Papiergelde einzulegen waren; allein nachdem 50.621 Actien abgenommen waren, wurden die ferneren Einlagen eingestellt.

Der durch die Bank aufgebrachte Fond stand daher in keinem Verhältnisse zu der Masse des umlaufenden Papiergeldes, welches durch denselben auf den Werth der Münze erhoben werden sollte. Als reeller Fond erscheint daher nur die vom Staate überlassene französische und neapolitanische Kriegs-Contribution im Betrage von 48,600.000 fl. und die später von demselben geleisteten Zuschüsse in Conv. Münze. Bevor die Bank gehörig konstituiert war, ließ die Finanzverwaltung das Geschäft der Papiergeld-Einlösung durch eine provisorische Direction besorgen, für welche Einlösung die Deckung durch die Finanzen verschafft wurde.

Erst als sich der Cours des Papiergeldes gegen Münze bereits wie 250 zu 100 festgestellt hatte, der sonach als Norm galt,

* I. 213.

erfolgte durch das Uebereinkommen vom 3. März 1820 die Uebergabe an die National-Bank.

Von der Summe der Actien-Einlagen wurde der in Conventions-Münze eingeflossene Betrag der Bank zu Escompte-Geschäften überlassen, die Papiergeld-Einlagen wurden gegen Bezahlung zur Hälfte in Münze, nämlich mit 23,232.000 fl. in Conv. Münze eingelöst.

Diese Maßregeln konnten nicht verfehlen, eine Vorliebe bei den größeren Geldbesitzern zu gewinnen, allein in meinem früheren Werke * glaubte ich bemerken zu müssen, wie sehr sich dadurch der Stand der Staatsschuld während einer langen Friedensperiode vergrößert habe.

Im Jahre 1842 wurde das Bank-Privilegium, dessen Frist abgelaufen war, bis zum Jahre 1866 verlängert, obschon der Zweck der Errichtung der National-Bank: die Papiergeld-Einlösung, bereits erreicht war.

Gleichzeitig mit diesen Finanz-Maßregeln, wurden auch die Bestimmungen über die Behandlung der älteren Staatsschuld getroffen, von welcher die Zinsen durch das Patent vom Jahre 1811 auf die Hälfte in Wienerwährung herabgesetzt worden waren.

Diese hatten eine neue Reduction durch die Fixirung des Curses der Wienerwährung zu: 250 gegen Conventionsmünze erfahren.

Nach dem Patente vom 21. März 1818 wurde zwar den Staatsgläubigern die Ergänzung auf den ursprünglichen Interessenbetrag in Münze zugesichert, die aber für den weit größeren Theil illusorisch war, da selbe von einer Verloosung in 488 Serien abhängig gemacht wurde, von welchen jährlich 5 Serien gezogen werden sollten, daher sich die Gläubiger auf das Zuwarten von 1 bis 97 Jahren und die mittlerweile eintretenden Zufälle, gefaßt machen mußten**,

* I. 223—228.

** I. 229. Durch Tilgungs-Operationen sollte der Termin zur Interessen-Ergänzung auf 50 Jahre abgekürzt werden; indessen sind später ständische Domestic-Obligationen in die Verloosungs-Serien eingeschoben worden.

was eine auffallende Ungleichheit in der Behandlung gleicher Ansprüche zur Folge hatte, anderseits aber für den Staatsschatz eine von Jahr zu Jahr wachsende Zinsenlast bewirkte. Dem wohlmeinenden Urheber dieser Maßregel mochte die Einbildung vorgeschwebt haben, dadurch Wiederhersteller des Vermögensstandes der, durch das Finanzpatent vom J. 1811 verarmten Nation zu werden.

Mit noch größerem Nachtheile verbunden war es aber, daß der Staat der Nationalbank das Recht einräumte, ein P a p i e r g e l d in Umlauf zu setzen, was er jederzeit an Zahlungsstatt anzunehmen, zu Zahlungen zu verwenden, und nicht zur Einlösung an die Bank zu bringen sich verbindlich machte; eine Concession, welche keine Gränzen hatte, und deren Folgen am grellsten in dem gegenwärtigen Momente hervortraten, wo die Banknoten den Zwangscurs erhalten haben, und die Umwechslung gegen Conv. Münze eingestellt ist.

Wer den mächtigen Einfluß erwägt, welchen die Emission des P a p i e r g e l d e s in unbestimmter Menge auf den Erwerb und Verkehr in deren vielfältigen Richtungen, auf den allgemeinen Wohlstand, — und selbst auf das Schicksal der Staaten im Wechsel der Ereignisse behauptet, wird nicht dafür stimmen können, daß ein so ominöses Vorrecht in die Hände einer Privatgesellschaft gelegt werde.

Dazu ist noch in neuerer Zeit der Dualismus in der Papiergeld-Ausgabe gekommen, eine künstliche Verschmelzung der Interessen des Staates mit jenen der Bank, die sich nicht auf den reinen Gehalt reduciren lassen.

Kein Staat in Europa befindet sich in einer ähnlichen Lage.

Ich verkenne nicht die wohlthätigen Wirkungen, welche die Nationalbank durch ihre Escompte-, Darlehens-, Depositen- und Anweisungs-Geschäfte auf alle Zweige des Handels und der Industrie im ganzen Umfange der Monarchie verbreitet hat, wie sie in dem früher angeführten Werke des Freiherrn

von Lederer*, aus welchem ich viele Daten schöpfte, so treffend geschildert sind.

Erwähnungswerth ist besonders das Darlehen, welches die Bank aus Anlaß der Ueberschwemmung im J. 1838 den Städten Ofen, Pesth und Gran mit 3,000,000 fl. C. M. zu 2 pct. unter Garantie der Staatsverwaltung gegeben hat, ferner im Jahre 1848: Darlehen von 3 Millionen zur Erleichterung des Credits für den hiesigen Fabriks- und Handelsstand — so wie $\frac{1}{2}$ Million für Brünn und $\frac{1}{2}$ Million für Triest.

Ich glaube, daß auch der Staatschatz bei seinen Anleihen, die sonst als Geheimniß behandelt wurden; — wobei viel unlauteres Getriebe stattfand — durch Vermittlung der Nationalbank unter Mitwirkung geschäftskundiger und ehrenwerther Handelshäuser, — wesentliche Vortheile erlangt habe.

Ich hege volles Zutrauen in die Einsicht, den redlichen Willen und Eifer der ausgezeichneten Leiter des Bankinstitutes. Möge der wohlthätige Wirkungskreis in ihrem Berufe erhalten, aber nicht übersehen werden, daß sie eigentlich Vertreter der Privat-Interessen einer Gesellschaft von etwa 4000 Actionären gegenüber einer Bevölkerung von 38 Millionen Bewohnern des Kaiserstaates sind, — wobei leicht eine Collision mit den Staats-Interessen sich ergeben kann.

Ich erinnere mich eines Vorganges in der Versammlung des N. O. Gewerbs-Vereines im Februar 1847, wo Beschwerden vorgebracht wurden, daß die Nationalbank dem Escompte-Geschäfte** zu wenig Ausdehnung gebe, und vorzüglich nur die größeren Handelshäuser berücksichtige — wobei jedoch die vorzügliche Bestimmung des Bankfondes zur Deckung des umlaufenden Papiergeldes ganz übersehen wurde —

* I. 269. 270.

** Das Escompte-Geschäft war in den Jahren 1818 bis 1840 von 29 — auf 305 Millionen Gulden in Wechseln, Staatsanweisungen und andern Objecten gestiegen.

worauf ich die Versammlung damals aufmerksam machen zu sollen glaubte. Ebenso sonderbar sind die in einer andern Richtung der Bankdirection gemachten Vorwürfe, daß die Bankactien sich im Preise erhalten, und gute Dividenden tragen, — während die Finanzen im Gedränge sind. Soll die Direction etwa in entgegengesetzter Tendenz wirken, und würden die Finanzen einen Vortheil davon ziehen? Auch ist nicht unbemerkt zu lassen, daß die Bankactien bloß scheinbar im Curswerthe steigen können, wenn das Papiergeld im Werthe sinkt.

Jedenfalls wäre es aber erwünscht, das geschaubte Verhältniß bald zu beseitigen.

Der Staat soll dem Bank-Institute möglichsten Schutz zur Beförderung der Industrie und des Handels angedeihen lassen, aber sich nicht von demselben abhängig machen; er kann die Bank für Finanz-Zwecke zu beiderseitigem Vortheile benützen, wie es in England der Fall ist, — allein! er soll die Gewalt dazu in seiner Hand behalten, den Gewinnst-Antheil für die letztere bemessen, und nicht auf Wohlthaten von ihr Rechnung machen.

Jetzt, wo die Bank ganz in den Strudel finanzieller Geschäfte hineingezogen ist, wird die Abhilfe mehr als jemals unvermeidlich und dringend. Es müssen von beiden Seiten Opfer gebracht werden, um die beiderseitigen Geschäfte und Interessen in das gehörige Geleise zurückzuführen, da sonst die Finanzen und die Bank gleichmäßig vom Untergange bedroht sind.

Vor Allem muß der Vermehrung des Papiergeldes Einhalt gethan, gegen die Verschlimmerung der Finanzlage Vorkehrung getroffen werden, ehe an eine Verminderung des ersteren, und an haltbare Finanz-Reformen gedacht werden kann.

Ruhe von Innen und Außen sind die unumgänglichen Erfordernisse zu einer standhaften Reform.

Möge die österreichische Regierung mit den übrigen Großmächten Europa's Hand in Hand gehen, um durch humane und liberale Bestrebungen einen solchen, die Völker beglückenden Zustand herbeizuführen.

Ob der gegenwärtige Zeitpunkt günstig ist, darüber kann wohl nur nach genauer Kenntniß der diplomatischen Verhältnisse ein Urtheil gefällt werden.

Indessen sollte man glauben, daß keine der größeren Mächte in Europa den Krieg hervorzurufen Interesse haben könne, daß das Zurückziehen der österreichischen Truppen aus dem Auslande eher den Friedenszustand erhalten, als gefährden würde, daß sonach mit der gehörigen Vorsicht zur allmählichen Reduction der Armee geschritten werden könne.

Auch im Innern scheint die Liebe zur Ruhe und Ordnung bei dem größeren Theile der Bevölkerung vorherrschend zu sein, und es dürfte der Staat bei den Anstalten zur Erhaltung derselben auf bereitwillige Mitwirkung und Beitragsleistung rechnen können, wornach auch die Aufhebung des wider natürlichen Belagerungs-Zustandes verfügt werden könnte.

Nur ein bedeutendes Hinderniß der gänzlichen Herstellung der Ruhe im Innern liegt in dem Zwiespalte der verschiedenen Nationen des Kaiserstaates, der durch die neuesten Volksbewegungen hervorgerufen wurde, und durch das Andenken an die Grausamkeiten, mit welcher die inneren Kriege von zum Theile verwilderten Racen geführt worden waren, — noch fortan sich erhalten hat.

Die Durchführung einer gleichförmigen politischen, und Justiz-Administration ist sehr dadurch erschwert, und noch nicht vollkommen zu Stande gebracht worden.

Indessen dürfte der vernünftige und gemäßigte Theil der Nation allmählig zur Einsicht gelangen, daß nur durch ein inniges Zusammenhalten der Theile die Monarchie aufrecht erhalten, und das gemeinsame Wohl befördert werden könne.

Es wären daher von dem Ministerium ausgezeichnete Vertrauensmänner aus den Hauptstämmen der Bevölkerung, nämlich: den Deutschen, Slaven, Tschechen, Ungarn, Kroaten, Serben, Romanen, Galiziern, Siebenbürger — Sachsen und Italienern zusammen zu berufen, welche als Vertreter der ver-

schiedenartigen Interessen gemeinschaftliche Berathung über die Maximen zu treffen hätten, die in Bezug auf die innere Politik, und auf die Organisation der öffentlichen Verwaltung in Wesenheit und Form zu beobachten wären, um die allseitigen Wünsche möglichst zu berücksichtigen.

Das Vertrauen des Volkes zur Regierung, welche eine über den Parteigeist erhabene Stellung hierbei einzunehmen hätte, dürfte dadurch gewonnen werden; insbesondere wenn der Geist der Versöhnung in den Vordergrund gestellt wird, und vernarbte Wunden nicht wieder aufgerissen werden.

Ob nicht selbst der Emigration eine schonende Behandlung zuzuwenden wäre, und so manche vorzüglichere Talente für das Vaterland dadurch gewonnen werden könnten, darüber vermag ich, bei dem Mangel individueller Kenntniß von den Verhältnissen der hierbei aufgetretenen Parteien, — kein bestimmtes Urtheil zu fällen.

Diese Berathungscommission würde vielleicht auch über die Vorbereitung zur künftigen Abhaltung eines österreichischen Reichstages Vorschläge erstatten, und in Bezug auf die Schwierigkeiten, die sich bei dem Anschlusse Oesterreichs an den deutschen Bund ergeben, — ihre Ansichten vorbringen können.

Noch ehe das Resultat dieser weitaussehenden Berathungen abgewartet werden könnte, wären jedoch wirksame Vorkehrungen zur Herstellung der Ordnung im Staatshaushalte und in der Geld-Circulation zu treffen.

In Bezug auf den Staatshaushalt, würde bei den Staats-Einnahmen möglichste Vereinfachung in dem Systeme der Besteuerung, in der Repartition, der Einhebung, der Controle, den Aufsichts- und Wach-Anstalten, und die Uebereinstimmung in der Besteuerungsweise für Staats-, Provinzial- und Gemeinde-Zwecke, anderseits bei den Staatsauslagen möglichste Verminderung anzuempfehlen sein, wobei die Reduction des Militär-Etats in erster Linie steht.

Eine unerläßliche Bedingung wäre ferner die allmähliche, jedoch konstante Verminderung der Staatsschuld durch Ankauf, Einlösung der Obligationen, Annahme an Zahlungsstatt, vorzüglich der höher verzinslichen Obligationen, um auch im Privatverkehre auf Erniedrigung des Zinsfußes einzuwirken. Eine bestimmte Summe wäre jährlich zur Tilgung der Staatsschuld zu verwenden, wozu eine mäßige Abgabe von wohlhabenderen Classen einzuhoben wäre. Die eingelösten Obligationen wären jedoch sogleich zu vertilgen, ohne dem Gaukelspiele der Anhäufung der Zinsen von Zinsen Raum zu geben. *

Was nun die Regulirung des Geldwesens betrifft, so ist, zufolge der neuesten Kundmachung, der Stand des hinausgegebenen Papiergeldes mit Ende Februar 1851 folgender gewesen:

Drei procentige Cassé-Anweisungen . . . 30,438.685 fl.

Verzinsliche Reichsschatzscheine . . . 71,972.925 „

Anweisungen auf die Landeseinkünfte

Ungarns 54,668.525 „

Lomb. Venet. Schatzscheine 15,887.828 „

Zusammen 172,967.963 „

Mit Einschluß der Banknoten 255,367.221 „

Beträgt die Umlaufssumme 428,335.184 „ **

Nebstdem befanden sich an Münzscheinen zu 10 und 6 fr. im Umlaufe:

Deutsche Münscheine 6,549.653 „

Ungarische „ 8,056.225 „

Zusammen 14,605.878 „

* I. 235. Abenteuerliche Berechnung des Sinkling Fund mit dem compound — interest.

** Darunter ist auch das bei der National-Bank und in den Staatscassen zeitlich befindliche Papiergeld begriffen.

Diese Summe auf den vollen Werth der Münze zurückzuführen, würde ein vergebliches Unternehmen sein. *Ad impossibile nemo tenetur.*

Wenigen würde es auch frommen; der Zeitpunkt wäre jedenfalls entfernt und ungewiß, die Nachtheile des einstweilen fortdauernden Schwankens würden, selbst bei dem Gelingen eines solchen Versuches, für das Vergangene nicht wieder ausgeglichen, die Aufbringung der Geldmittel zu einer so weit greifenden Finanzoperation würde, — es sei durch Darlehn oder Besteuerung, — bedeutende Opfer einer Classe von Staatsbürgern durch Generationen aufbürden, die größtentheils keinen Vortheil davon ziehen.

Die Ausgaben des Staates würden sich ungemein vermehren, die Einnahmen nicht damit ins Gleichgewicht setzen können; das Deficit würde fortwährend steigen, — mit ihm die Staatsschuld, — sofort neuerdings zur Vermehrung des Papiergeldes geschritten werden müssen, und dadurch ein schädlicher Kreislauf veranlaßt.

Ich würde daher folgende Maßregeln, die zwar viele Anfechtung finden werden, (welche durchgreifende Maßregel wird sie nicht finden?) am Schlusse meines Werkes anzudeuten mir erlauben, weil das Finanzministerium selbst das anerkennungswerthe Bestreben gezeigt hat, wohlmeinende Stimmen darüber zu hören.

Es wäre ein gütliches Einverständniß mit der National-Bank zu treffen, wornach die Finanzen ausschließend die Haftung für das umlaufende Papiergeld zu übernehmen, und allein die fernere Ausgabe zu besorgen hätten.

Die Rollen wären sonach gegen die, bei der Gründung der Bank geschehene Vertheilung zwischen ihr und dem Staate zu vertauschen.

Das dem Staate dießfalls zustehende Recht kann nicht bestritten werden. Verträge und Privilegien sind allerdings heilig; allein! die Regierung darf hierbei selbst nicht

die ihr nach den allgemeinen Staatsgrundsätzen zustehende Gewalt überschreiten.

Einer Privatgesellschaft kann nicht das Recht zur willkürlichen Besteuerung der Nation durch Hinausgabe eines Papiergeldes mit Zwangscurs eingeräumt werden. Dieß wäre auch schon den ausdrücklichen Bestimmungen des Bank-Privilegiums entgegen.

Der Staat hätte sonach die ganze umlaufende Masse der Banknoten als Schuldner zu übernehmen, wofür ihm von der Bank die Bedeckung zu verschaffen, und auf Rechnung derselben sofort die Schuld des Staates an die Bank in Abschlag zu bringen wäre.

Ich kann mich in keine Detail-Vorschläge über das zu treffende Uebereinkommen einlassen, glaube jedoch folgende beiläufige Anhaltspunkte zu demselben andeuten zu sollen.

Nach dem Bank-Ausweise vom 31. December 1850 betrug der Banknoten-Umlauf die Summe von 255,367.221 fl.

Um diese vom Staate zu übernehmende Schuld der Nationalbank zu decken, hätte die letztere folgende Activposten dem Staate abzutreten:

3prozentige Cassé-Anweisungen vom J. 1849	22,626,040
Anweisungen auf ungarische Landeseinkünfte	1,476,255
Reichsschatzscheine	21,924,800
Fundirte Staatsschuld für die Einlösung des	
W. W. Papiergeldes	75,223,482
Escomptirte Central-Casséanweisungen zu 3%	50,000,000
Verglichene Staatsschuld zu 2%	24,506,838
Anweisungen v. J. 1842 zu 3%	772,596
Darlehen unter Garantie des Staates	2,388,159
	<hr/>
	198,918,170
Dazu den Metallstock im Curswerthe zu 130	41,994,061

zusammen 240,912,231

Die Ueberlassung des Metallstockes dürfte um so mehr in Anspruch genommen werden, weil der Staat ursprünglich

denselben zur Deckung des Papiergeldes fundirt, und das letztere zum Theile gegen verzinsliche Obligationen, zum Theile gegen Silbermünze von der Bank eingelöst, auch derselben bedeutende Silber-Vorräthe, insbesondere im Jahre 1831, zugewendet hatte.

Hiernach würde (mit schonender Berücksichtigung der Bankverhältnisse) die vom Staate übernommene Banknotenschuld pr. 255,367,221 fl. als ausgeglichen zu betrachten sein.

Die Activen der Bank würden sonach auf folgende Posten reducirt:

	fl.
Escomptirte Effecten	35,731,336
Vorschüsse	20,005,000
Reservefond	5,980,594
Pensionsfond	863,472
Bankgebäude u. a. Activen	5,617,249

zusammen: 68,197,651

Nach Abschlag der Passiven an rückständigen

Zahlungen pr. 4,599,942

würde ein Fond erübrigen von 63,597,709

Diese Berechnung würde jedoch, nach dem Bestande zur Zeit des Vergleichs-Abschlusses, eine Modification erleiden, wozu genaue Detail-Kenntniß von den Verhältnissen des Activ- und Passivstandes, den vorauszusehenden Einflüssen und Bedürfnissen sowohl der Finanzen als der Bank erforderlich wären.

Die Resultate würden jedenfalls darauf hinausgehen, daß die Finanzen des drückenden Verhältnisses enthoben werden, indem sie gegen die Nationalbank stehen, — sie würden einen Theil der Staatsschuld abwälzen, und freie Hand in Bezug auf die künftige Regulirung des Geldwesens behalten.

Die Abschreibung der im Besitze des Tilgungs-	
fondes befindlichen Obligationen, welche zu	fl.
Ende 1848	174,504,294
betrugen, dann der von der Nationalbank ab-	
zutretenden	198,918,170
	<hr/>
zusammen:	373,422,464

würden für sich schon eine bedeutende Verminderung der Staats-
schuld und der jährlichen Zinsen bewirken.

Die Nationalbank würde eines zum Theile todt lie-
genden Fonds enthoben, der zur Deckung der Banknoten
dient, sie würde gleichwohl einen Fond behalten, der noch im-
mer das Doppelte der ursprünglichen Einlagen übersteigt, und
bei einer Vertheilung beiläufig 1200 fl. für die Actie
abwerfen würde.

Bei dem Fortbestande würde sie ihre Escompte- und
Handelsgeschäfte, minder gehemmt durch die Verwicklung in
Finanz-Operationen, fortan betreiben, und dabei viele Verwal-
tungs- und andere Auslagen ersparen können, sie würde einen
minder glänzenden, aber solideren Standpunct durch die Zu-
rückversetzung in ihre eigentliche Stellung erhalten; sie würde
ein gemeinnütziges Institut bleiben, aber nicht mehr, wie es
bei der Gründung derselben vorschwebte, als ein Arcanum für
Finanzschäden betrachtet werden.

Wenn sonach der Staat im Alleinbesitze der Papiergeld-
Ausgabe gesetzt wäre, so würde vor Allem zum Augenmerk
zu nehmen sein, einer weiteren Devalvirung des Pa-
piergeldes zu steuern, und in ungezwungener Weise die ver-
schwundene Münze wieder in den Umlauf einzuführen.

Es wäre zu diesem Ende das verzinsliche Papiergeld
mit unverzinslichen einzulösen, und hiernach die künftig
unüberschreitbare Summe des circulirenden Papiergel-
des festzusetzen.

Zur Verwechslung des Papiergeldes gegen Münze wäre
der gegenwärtig durch längere Zeit sich erhaltene Augsburger

Curs von 130 zu 100 * ohne Zwangsbestimmung zum Werths-Maßstabe anzunehmen, hiernach ein Austausch zwischen dem Staate und den Privaten in Gang zu bringen, und zur Erleichterung des Verkehrs die Hinausgabe unverzinslicher Silberschaffscheine zu veranstalten, welche von den Staatscassen auf jedesmaliges Verlangen der Parteien wieder gegen bare Münze einzulösen wären.

Zum Fonde hätte der von der Bank zu übernehmende Silbervorrath, nebst den sonst noch den Finanzen zu Gebote stehenden baren Geldmitteln zu dienen.

Die Hinausgabe solcher Schaffscheine hätte sich vor der Hand bloß auf jene Summe zu beschränken, wofür die volle Deckung in Silbermünze vorhanden ist.

Ueber die Cathégorie dieser Scheine, und ob sie bis zu 2 und 1 Gulden abwärts hinauszugeben seien, wäre Berathung zu pflegen.

Das Werthsverhältniß der Conventions-Münzsorten und Silberscheidemünze gegen Papiergeld ** wäre in folgender Art zu bestimmen:

Silbermünze	Papiergeld
Ein Thaler a 2 fl.	= 2 fl. 36 fr.
Ein Gulden	= 1 = 18 =
Ein Zwanziger	= — 26 =
Ein Zehner	= — 13 =
Ein Fünfkreuzer-Stück =	— 6½
Ein Groschen	= — 4 =

Der Gulden in Papiergeld würde sonach im Werthe der Conventions-Münze $46\frac{2}{13}$ Kreuzer betragen, wobei der Kreuzer-Bruchtheil um so eher außer Anschlag bleiben könnte, als es sich nur um eine freiwillige Verwechslung handelt.

* Erst mit 16. März 1851 hat sich der Curs bis 132 gestellt.

** Seite 318 habe ich das Papiergeld als eine Erfindung neuerer Zeit bezeichnet. Dieß gilt aber nur für Oesterreich. In China war es schon vor 1000 Jahren im Gebrauche, im Jahre 1288 erfolgte ein Staatsbankerott, nach der Eroberung China's durch die Mandchu's im J. 1644 wurde die Papiergeld-Ausgabe gänzlich eingestellt. Diese Daten sind einem Werke Biot's vom J. 1817 entnommen.

Die Silberscheidemünze zu 6 kr., von welcher seit 5. October 1848* nach zweifachem Münzfuße bis Ende Februar 1851 eine Summe von 18,722,299 fl. ausgeprägt wurde — ist beinahe gar nicht im Umlaufe sichtbar. Die fernere Emission wäre einzustellen, und diese Münze gegen Fünfskreuzer-Silberstücke al pari zu verwechseln.

Das alte Wienerwährungs-Papiergeld, so viel noch davon vorhanden ist, wäre — wie bisher, gegen Banknoten einzulösen; jedoch hierzu ein Präklusiv-Termin zu bestimmen.

Im lombardisch-venetianischen Königreiche wäre die Münze auf dem bisherigen Fuße zu belassen, wornach die Lira austriaca im Werthe 20 Kreuzer Conv. Münze gleichsteht, — nur wäre zu trachten, die verzinslichen Trefforscheine bald möglich mit unverzinslichen zu verwechseln.

Die Kupfermünze zu 1, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Kreuzer wäre gegen Papiergeld und Conventions-Münze im gleichen Werthe zu belassen.

In Bezug auf die Goldmünzen wären keine besondern Bestimmungen zu treffen, da sie seit lange her dem Umlaufe entzogen, und mehr nur als Handels-Artikel zu betrachten sind.

Sollte im deutschen Bundesstaate ein neuer Münzfuß beschlossen werden, so wäre über die Zulassung der dort geprägten Münzen in Oesterreich Berathung zu pflegen.

Bei dieser Geldwesens-Regulirung hätte der Staat, wie es auch bei dem Finanzsysteme vom Jahre 1816 beabsichtigt war, — nicht befehlend auf die Umgestaltung des Papiergeldes und Substituierung der Conv. Münze einzuwirken, sondern das Publikum selbst zur Theilnahme bei dieser Operation im eigenen Interesse in Anspruch zu nehmen, und nach Maß des Erfolges sich über die weiteren Vorkehrungen zu entscheiden.

* I. 317.

Es ist zu erwarten, daß der Staat, welcher nicht minder Garantien bieten kann, als es die Bank vermochte, mit der Zeit gleiches Zutrauen für die Silberschaftscheine gewinnen dürfte, wie es früher den Banknoten zu Theil wurde, und daß sie nicht bloß im Inlande den Umlauf erhalten, sondern selbst bei dem Verkehre mit dem Auslande einige Anwendung finden werden.

Uebrigens würde keine Ueberstürzung, keine Störung im Staats- und Privat-Haushalte stattfinden. Die Handelsgeschäfte würden ihren bisherigen Fortgang nehmen; es würden sich zweierlei Valuten bilden: Papiergulden und Silbergulden, wie es in Rußland mit den Papier- und Silberrubeln* der Fall ist, die nebeneinander in einem bestimmten Verhältniſſe im Umlaufe bestehen.

Die Besitzer von Geldvorräthen, es sei im Papiergeld oder in Metallmünze, würden keinen Nachtheil dadurch erleiden. Die ersteren würden der Entwerthung, die sie von Tag zu Tag erfahren mußten, ein Ziel gesteckt sehen, für die letzteren würde die Steigerung des Werthes, die sie bei dem Zurückhalten der Münze erwartet hatten, erreicht sein, und der Grund entfallen, selbe ferner der nugharen Verwendung zu entziehen, — und so würden todtliegende Schätze zur Belebung der Industrie dem Umlaufe zugeführt.

Besondere gesetzliche Bestimmungen über Zahlungsmodalitäten in Bezug auf ältere Schuldforderungen, und über die Fortdauer des Papiergeld-Zwangscurses würden eben so wenig erforderlich sein, als sie bei Einführung der Banknoten getroffen wurden.

Nur in dem Falle, wenn Zahlungen ausdrücklich im Silbergulden-Fuße bedungen werden, müßten sie in Münze oder in Silberschaftscheinen geleistet werden.

* I. Durch k. Decret vom 1. (13.) Juli 1839 wurde der Silber-Rubel als feste Valuta erklärt, ein unwandelbarer Curs: 100 Copeken S. R. zu 350 Copeken Papier-Rubel festgesetzt, beide Valuten hiernach in wechselseitigen Zahlungen zwischen öffentlichen Cassen und Privaten angenommen.

Uebrigens bliebe dem Staate vorbehalten, wenn in Folge dieser Maßregeln ein günstiger Zeitpunkt hierzu eintritt, — bei Steuer-Ausschreibungen und Staats-Ausgaben theilweise die Berichtigungen in Conventions-Münze oder Silberschafscheinen anzuordnen, und so allmählig den Uebergang zur standhältigen Geldwährung zu bewirken.

Von drei zu drei Jahren wären Berathungen, mit Zuziehung von Mitgliedern der Hauptzweige der Administration, über die Aufrechterhaltung der Ordnung im Staatshaushalte unter Nachweisung der in dieser Periode stattgefundenen Vor- oder Rückschritte abzuhalten, um die beharrliche Verfolgung eines, dem Gedeihen der Monarchie zuträglichen, Finanzsystemes zu erzielen.

Die ängstliche Stimmung, welche ein fortwährend schwankendes Papiergeld im ganzen Umfange des Reiches bewirkt, und das Mißtrauen gegen die Regierung, welches dadurch genährt wird, — würde durch die Fixirung des Geldwerthes behoben, so mancher Anlaß zu inneren Unruhen würde vermieden, die hergestellte Ordnung in den Finanzen würde auf alle Zweige der Verwaltung wohlthätig einwirken, der Verkehr mit dem Auslande würde erleichtert, und dadurch Einfluß auf die Belebung der Landwirthschaft, der Gewerbe und des Handels gewonnen.

Die Regierung würde mit mehr Kraft auftreten, gegenüber fremder Staaten mehr Ansehen behaupten, im Innern die ungestümen Volksbewegungen in Schranken halten, ohne zu einer lichtscheuen, den Geist der Nation erdrückenden Staats-Politik Zuflucht zu nehmen, und so ließen sich gedeihliche Folgen für die Zukunft Oesterreichs erwarten, dessen Völker von den ältesten Zeiten her, den Ruf treuer Anhänglichkeit an die Regentenfamilie behauptet haben, so wie sie sich, ohne Unterschied der Nationen, der angestammten Liebe des Kaiserhauses zu erfreuen hatten.

Es ist zwar nicht in Abrede zu stellen, daß im Laufe der Zeiten unerwartete Ereignisse eintreten, die Finanzen in neue Verlegenheiten stürzen, sie zur abermaligen Vermehrung

des Papiergeldes zwingen, die Geldcurse steigen machen, und die Wirkung der angetragenen Maßregeln vereiteln können. Allein! selbst in dieser Voraussetzung würde das Uebel zwar nicht für immer vermieden, doch nicht durch die in der Zwischenzeit getroffene Vorsorge vermehrt, oder gar, wie es bei so manchen für den Augenblick berechneten Hilfsmitteln der Fall ist — durch dieselbe herbeigeführt werden.

Soll denn die öffentliche Verwaltung keine Vorkehrungen gegen drückende Verhältnisse der Gegenwart treffen, weil sie nicht die Gabe und die Macht besitzt, die künftigen Schicksale des Staates vorherzusehen und zu ordnen?

Sollten diese Vorschläge auch nur Wünsche und Träume bleiben, so dürften sie doch Vaterlandsfreunde zur näheren Würdigung dieser wichtigen Angelegenheit auffordern.

Anhang.

Se eben sind die Ergebnisse der finanziellen Gebahrung in sämmtlichen Kronländern der österreichischen Monarchie im Verwaltungsjahre 1850* bekannt gemacht worden.

fl. C. M.

Die Staats-Einnahmen beliefen sich auf 181,208.994 worunter circa 14 Millionen an sardinischer Kriegssentschädigung begriffen sind.

Die Staats-Ausgaben auf 215,447.033

Abgang 34,238.039

dazu Staatsschuld-Auslagen (über Abschlag der Tilgungsfonds-Ueberschüsse pr. 10,087.463 fl.)

mit 42,923.584

Gesamt-Abgang 77,161.623

welcher Abgang durch Credits-Operationen gedeckt wurde.

* Seite 301 kommt der Finanzschluß für 1849 und für die ersten 3 Quartale 1850 vor.

Inhalts-Verzeichniß.

	Seite.
Vorrede.	
Einleitung	1
I. Oesterreichs Staatsverfassung	4
Pressfreiheit, Pressgesetz	6
Ernennung der verantwortlichen Minister	9
Akademische Legion, Nationalgarde, Bürger-Corps in Wien	10
Verfassungs-Urkunde v. 25. April 1848	11
Sicherheits-Ausschuß in Wien	12
Sicherheitswache in Wien	13
Volksauflauf in Wien	14
Nationalstreite	14
Aufstand im lomb. venet. Königreiche	16
Ungarn. Constitution v. 11. April 1848	16
Croatien und Slavonien	20
Bruch mit Ungarn	22
Croatisch-Slavonische Landesverfassung	25
Fiume	26
Serben, Banat von Temeswar	26
Slovaken	28
Romanen (Wallachen)	28
Siebenbürgen	30
Militärgrenze	31
Galizien	31
Krakau	32
Ruthenen	32
Czechen, Deutsch-Böhmen, Mährer, Slaven	33
Ständische Corporationen	34
Landes-Verfassung für Salzburg	36
„ „ „ Galizien	37
„ „ „ die Bukowina	39
Reichstag in Wien	39
Verlegung des Reichstages nach Kremsier	42
Aufstand in Wien und Belagerung Wiens	42
Krieg mit Ungarn	42
Verhandlungen in Kremsier	42
Resignation Kaiser Ferdinands. Abtretung der Regierung an Kaiser Franz Josef	45

Aufhebung des Reichstages. Constitution vom 4. März 1849	46
Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und Unterthans- Lasten	49
Entschädigungs-Normen	50
Entschädigungs-Kataster	53
Entschädigungsfond für abzulösende Grundlasten	56
Krieg in Ungarn. Unterwerfung der Insurgenten	57
Beendigung des Feldzuges in Sardinien. Friedensschluß zu Mailand	57
Unterwerfung von Venedig	57
Vorstellung des Banatratheß von Croatien und Slavonien gegen die Constitutions-Urkunde vom 4. März 1849	58
Bewegungen in Deutschland	59
Bundestags-Berufung von 17 Vertrauensmännern	61
Vorparlament	61
National-Versammlung	63
Collissionen zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein	64
Dießfällige geschichtliche Darstellung	65
Verhandlungen bei der National-Versammlung	68
Ausbruch des Krieges zwischen Dänemark und den Herzogthü- mern	69
Friedensschluß am 2. Juli 1850	69
Schlacht bei Jßtebt	70
Deutscher Verfassungsentwurf vom 26. April 1848	71
Preussisches Unionsproject	72
Deutsche Marine	72
Unruhe in Berlin	74
Kosten für die Reichstruppen, National-Versammlung und Centralgewalt	74
Oesterreichs Vorschlag zur Errichtung eines Directoriums	75
Beschluß über die deutsche Verfassung vom 28. März 1849	75
Uebersiedlung und Auflösung der National-Versammlung	79
Neuer Unionsvorschlag von Preußen	79
Dreikönigs-Bündniß über eine deutsche Verfassung	81
Erfurter-Versammlung	83
Provisorische Centralgewalt (Interim)	85
Vierkönigs-Bündniß	85
Plenar-Versammlung in Frankfurt	86
Fürsten-Congreß in Berlin	86
Neue, von Oesterreich nach Frankfurt berufene Versammlung	88
Unruhen in Cassel	89
Conferenz in Olmütz — in Dresden	91
Bemerkungen über die deutsche Verfassungs-Angelegenheit	91

II. Administration (Staatsverwaltung).

Der Kaiser	94
Die Minister	95
Das General-Rechnungs-Directorium	96
Hofangelegenheiten	96
Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten	97
Ministerium des Innern	98
Organisation der politischen Behörden	99
Vorsorge für austretende Beamte	102
Gemeinde-Ordnungen	103
Ordnung für die Stadt Wien	106
Einteilung der deutsch-slavischen Kronländer	108
Verfassung der Stadt Triest	112
Politische Behörden in Dalmatien	114
" " " den italienischen Provinzen	114
" " " Ungarn	115
" " " Croatien und Slavonien	117
" " " Serbien	118
" " " Siebenbürgen	119
Organisation der Militärgrenze	120
Polizei	122
Gensd'armee	123
Reichsgesetz- und Regierungsblatt	126
Ueber das Loos der Staatsbeamten	127
Auslagen für das Ministerium des Innern im Jahre 1849	128
Justiz-Ministerium	129
Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit	130
Landesgerichts-Einführungs-Commissionen	131
Programm des Justizministers	131
Neue Organisation der Justizbehörden	133
Oberster Gerichts- und Cassationshof	137
Generalprokurator	140
Gerichtsverfassung für Ungarn	141
" " Siebenbürgen	143
" " Croatien und Slavonien	144
Landesgericht zu Fiume. Bezirksgerichte an der ungarischen Seeküste	144
Spezielle Organisation der Gerichte in den verschiedenen Pro- vinzen	145
Straf-Prozess-Ordnung. Schwurgerichte	151
Jurisdictionsnorm für bürgerliche Rechtsachen	155
Wechselordnung	156
Verfahren in Rechtsstreiten im lomb. = venet. Königreiche	157

Einführung der Grundbücher	157
Einrichtung der Gefängnisse	158
Staatsanwaltschaften	159
Advokaten-Ordnung	160
Notariat	161
Justiz-Prüfung und Praxis	163
Auslagen des Justiz-Ministeriums im Jahre 1849	164
Ministerium des Cultus und des Unterrichtes	164
Religion. Stellung des Staates zur Kirche	164
Katholischer Clerus	166
Pflege der Wissenschaften	167
Schöne Künste	168
Versammlung der Bischöfe in Wien	169
Verhältniß der Staats- zur Kirchengewalt	170
Zugeständnisse für die katholische Kirche	171
Verhältnisse der Katholiken	173
Studienwesen	174
Gymnasien, Lyceen, Landes-schulbehörden	175
Organisation der akademischen Behörden	176
Einfluß des katholischen Clerus auf das Unterrichtswesen	180
Privat-Unterricht	181
Staatsprüfungen	182
Unterricht in der Landwirthschaft, dann Berg- und Forstwesen	184
Academie der bildenden Künste	185
Auslagen des Ministeriums des Cultus und Unterrichtes im Jahre 1849	186
Statistische Daten	187
Ministerium für Landeskultur und Bergwesen	189
Statistische Notizen über die Bodenfläche der Monarchie und deren Erzeugnisse	189
Geologisches Reichs-Institut	191
Landwirthschaft. Congress der Landwirthe	194
Unterrichts-Anstalt in ungarisch-Altenburg	196
Brandversicherungs-Anstalt	196
Colonisirung in Ungarn	197
Forst-Regulirung	198
Forst-Directionen	199
Berg-Akademie und Lehr-Anstalten	200
Montanistisches Museum	201
Bergbehörden	202
Auslagen für das Ministerium für Landeskultur und Bergwesen im Jahre 1849	204
Staats-Einnahmen vom Bergwesen im Jahre 1849	204

Ministerium des Handels, der Gewerbe und öffentlichen Bauten	204
Programm über die Aufgabe des Ministeriums	205
Zollsystem	208
Verhandlungen über den Zoll-Anschluß an Deutschland	214
Geschichte des deutschen Zollvereines	226
Reform des österreichischen Zollarifs	229
Aufhebung des ungarischen Zwischenzolles	229
Umgestaltung des Freihafens von Venedig	231
Handels-Commission zu Triest	233
Elbe-Schiffahrts-Zölle	233
Vertrag mit Modena, Parma und dem Kirchenstaate über die Postschiffahrt und Zölle und Gefälle	234
Handels- und Gewerbekammern	235
Polizei-Gewerbe, Fleischerhandwerk	237
Gewerbs-Producten-Ausstellung	239
Central-Seebehörde in Triest	240
Consulate und Agentien	241
Leitung des Bauwesens	243
Regulirung der Flüsse, Straßen- und Wasserbau	245
Communications-Anstalten. Behörden	248
Eisenbahnen	249
Postwesen	251
Oesterreichisch-deutscher Postverein	255
Staatspostdienst-Erfordernisse	257
Telegraphen-Anstalten	258
Statistische Uebersicht über Handel, Industrie, Eisenbahnen, Straßen und Schiffahrt der österreichischen Monarchie	261
Auslagen für das Handelsministerium	265
Ministerium des Krieges	265
Rekrutirungs-Gesetz	268
Landwehr	270
Veränderungen im Activstande des Militärs	270
Militär-Administration	272
Digression über Sprach-Verschiedenheit in der österreichischen Mo- narchie	275
Auslagen im Bereiche des Kriegsministeriums	278
III. Staatshaushalt	278
Veränderungen in der Leitung der Finanzen	280
Organisation der Finanz-Behörden	280
Steuerämter	281
Grundsteuer-Cataster	282
Finanz-Landesdirectionen	284

	Seite.
Amteaussagen für das Finanzministerium und die Unterbehörden	286
Controlsbehörden — deren Kosten	287
Steuern und Abgaben	287
Steuern von Gehalten, Pensionen, Pfründen	289
Allgemeine Steuer-Ausschreibung für das Militärjahr 1849	289
Judensteuer	289
Steuern von Zucker u. /a.	290
Grund-, Häuser-, Erwerbsteuern für 1850	291
Einkommensteuer	292
Stempel- und Targeseß	294
Stempel- und Targeseß in den ungarischen und siebenbürgischen Ländern, und im lomb. venet. Königreiche	296
Tabak-Monopol in Ungarn und Siebenbürgen	298
Ausschreibung der directen Steuern für 1851	299
Ausgabesteuer durch Papiergeld-Vermehrung	300
Finanz-Gebührungs-Abschluß für das Jahr 1849	301
Staatschuld	303
Verweisung eines Theiles an Ungarn	305
Hypotheken-Obligationen auf Gmundner-Salinen	306
Casse-Anweisungen	306
Tresorscheine	307
Capitalisirung von verfallenen Coupons und Lottogewinnsten	307
Anweisungen auf die ungarischen Landessteinkünfte	308
Anlehen zu 4½ Procent auf Subskription	309
Reichsschatzscheine	309
Italienisches Anlehen von 128 Millionen	311
Stand der Staatschuld	311
Tilgungsfond	313
Veräußerung der Staats-Realitäten zur Tilgung der Staats- schuld	314
Metallgeld	314
Münz-Ausfuhr-Verbot	316
Bergwerks-Ertragniß	317
Papiergeld	318
Zwangscurs der Banknoten	320
Papiergeld in Ungarn	321
Verschiedene Papiergeldarten, insbesondere verzinsliche	323
Maßregeln zur Herstellung der Ordnung im Staatshaushalte	324
Anträge der zur Regulirung des Banknotenwesens berufenen Commission	327
Börse-Curse der Obligationen, Bankactien und des Papiergel- des vom Jahre 1847 bis März 1851	331
Papiergeld-Umlauf in Bankzetteln	332

	Seite.
In Einlösung-Anticipationscheinen und Banknoten	332
Papiergeld-Reduction im Jahre 1811 und 1816	334
Ergänzung der älteren Staatsschuld-Interessen	338
Vorrecht der Bank zur Papiergeld-Ausgabe	339
Andeutungen zu Finanz-Reformen	341
Wahl des Zeitpunctes	342
Ordnung des Staatshaushaltes	343
Regulirung des Papiergeldes	348
Finanz-Gebährungs-Abschluß für das Jahr 1850	353

Uebersicht der Veränderungen

• in der

Verfassung, Administration,

und dem

Gaushalte

der

österreichischen Monarchie •

vom März 1851 bis März 1852.

Von

Josef Ritter v. Sauer,

k. k. geheimen Rathe, Mitgliede mehrerer gelehrten Gesellschaften.

Wien, 1852.

Erdruckt und in Kommission bei J. B. Wallishausser.

Verzeichnis der Bücher

Verzeichnis der Bücher

Verzeichnis

• Verzeichnis der Bücher

Verzeichnis der Bücher

Verzeichnis der Bücher

Verzeichnis der Bücher

Verzeichnis der Bücher

Verzeichnis der Bücher

Einleitung.

In den Jahren 1848 und 1849 habe ich zwei Abhandlungen bekannt gemacht, welche zum Zwecke hatten, die allmälige Bildung der Verfassung, Verwaltung und des Haushaltes der österreichischen Monarchie in historisch-politischer Beziehung darzustellen.

Vorzüglich die Finanzgeschichte, welche in einzelnen Zweigen des Staatshaushaltes auf zwei bis drei Jahrhunderte zurückreicht, dürfte nicht bloß für angehende Beamte, sondern auch für Private, Interesse haben, die sich mit dem österreichischen Finanzwesen näher bekannt machen wollen.

Im Jahre 1851 habe ich eine Uebersicht der ominösen Veränderungen folgen lassen, welche sich dießfalls, seit dem 13. März 1848, als dem Tage des Aufstandes in Wien, bis zum 13. März 1851, ergeben haben, wobei ich nur die Hauptmomente ins Auge fassen zu sollen glaubte. Dieses Werk führt den Titel: „Politisch-statistische Uebersicht der Veränderungen in der Verfassung, Administration und dem Haushalte der österreichischen Monarchie vom 13. März 1848 bis 13. März 1851, mit Hinblick auf die Verhandlungen über die Reichsverfassung in Deutschland. Wien 1851,“

Die gegenwärtige Abhandlung liefert eine Fortsetzung zu dieser Uebersicht bis zum März 1852; — so oft sich somit auf das letztere Werk bezogen wird, werde ich dasselbe bloß mit der Ziffer III bezeichnen.

Verfassung.

In dem früheren Werke habe ich die Schwierigkeiten in den dießfälligen Unterhandlungen, und die Gefahren bei der Ausführung der damaligen Pläne angedeutet.

Die deutsche Reichsverfassung ist noch immer in der Schwebe. Während dem tausendjährigen Bestande des; aus so vielen Gliedern zusammengestückelten, deutschen Reiches sind fortwährend solche Verwicklungen eingetreten, daß sich wohl nicht in dem gegenwärtigen kritischen Momente auf eine Amalgamation der heterogenen Bestandtheile, und auf das Zustandbringen einer geregelten organischen Gestaltung rechnen ließ. *

Das geschraubte Verhältniß, welches zwischen der Krone Dänemark und den Herzogthümern Schleswig und Holstein **, in Bezug auf die Verfassung, die Erbfolge und den Anschluß an den deutschen Bund bestanden, und zu Feindseligkeiten geführt hatte, — wurde endlich gelöst, und die nach Hamburg und Holstein einmarschirten österreichischen Truppen wurden im Februar 1852 zurückgerufen.

Die Verhandlungen über die Bildung einer deutschen Marine *** konnten bisher zu keinem bestimmten Resultate gelangen.

Die Verfassung in Oesterreich unterlag manchem düsteren Getriebe. Der Versuch zur Herstellung derselben, im Wege des Reichstages, mißlang. Der Letztere wurde gewaltsam aufgelöst, und durch Patent vom 4. März 1849, eine Constitution proklamirt, die aber nie zur Ausführung gelangte. ****

Durch die neuen kaiserlichen Entschliefungen vom 20. August und 31. Dezember 1851 wurde die Constitutions-Urkunde zurückgenommen, die damit verkündeten Grundrechte aufgehoben, und ein politischer Zustand herbeigeführt, der die monarchische Gestaltung, und die staatliche Einheit des Reiches, zum Prinzip hatte, welche Verfügung mit Ruhe aufgenommen ward, und selbst keine Alteration in den Börsenkursen zur Folge hatte.

* III. 91—93. — ** III. 69. 70. — *** III. 72. 73. — **** III. 46.

Ein Theil der Monarchie, mit Inbegriff der Hauptstadt, war schon früher in Belagerungszustand versetzt worden, und verblieb bisher in demselben. Mit 1. Jänner 1852 ist, zufolge allerhöchster Entschließung vom 22. Dezember 1851, eine neue Ordnung für die Militär-Gerichtsbarkheit in Wirksamkeit getreten, wornach in besonderen Straffällen auch die nicht zum Militärkörper gehörigen Individuen, in den in Belagerungszustand versetzten Ortschaften, der militärischen Untersuchung und Aburtheilung zu unterziehen sind.

Die durch Patent vom 15. März 1848 aufgehobene literarische Censur wurde zwar nicht wieder hergestellt, doch wurde den Behörden, durch Verordnung vom 6. Juli 1851, die Ermächtigung zur Einstellung staatsgefährlicher, periodischer Schriften, gegen vorausgegangene Ermahnung, erteilt, auch wurde denselben das Verbot des Absatzes ausländischer Druckschriften vorbehalten. Indessen schiene noch die Erlassung eines eigenen artikulirten Preßgesetzes nothwendig, nach welchem Aufreizung gegen Staat und Kirche, und deren Organe, so wie Immoralität, und Beleidigungen jeder Art geahndet und verhütet, dagegen aber Wahrheit und Freimüthigkeit nicht gehindert, und gegen Willkühr geschützt würden. Durch allerhöchste Entschließung vom 22. August 1851 wurde die Auflösung der National-Garden angeordnet; dagegen der Fortbestand der Bürger- und Schützen-Corps gestattet.

Die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkheit, die Ablösung der Unterthanslasten, blieben in Kraft. Die Leitung der ständischen Verhandlungen ist durch allerhöchste Entschließung vom Februar 1852 den Statthaltern übertragen worden.

Ungarn, das durch Jahrhunderte seine ursprüngliche Constitution behauptet hatte, gerieth durch die Nationalitäts-Bewegungen in eine solche Zersplitterung, daß die alte Constitution aufgehoben werden mußte, und nur noch von einer zweckmäßigen Central-Verfassung der Monarchie die Sicherheit und Wohlfahrt des ganzen Kaiserreiches erwartet werden kann.

Administration.

Die Veränderungen in den Formen der Verwaltung, in der Benennung der Behörden, in der Ausmittlung der Bezirke, in der Bestimmung des Geschäftskreises, — bezogen sich mehr nur auf die Ausführung der schon früher angekündigten Reformen. Sie sind auch von minderem Einflusse auf den Gang und die Resultate der Amtshandlung der Behörden, als: die Capacität, der Geist und Charakter der auf die höheren Posten gestellten Geschäftsmänner.

In Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten hat die Regierung — ungeachtet der schwierigen Verhältnisse — hinsichtlich der inneren Verfassung, der Verwicklungen in Deutschland, und der Oscillationen in der Politik der größeren fremden Staaten — eine friedliche Stellung mit Würde behauptet.

Die innere politische Administration ist in aufsteigender Reihenfolge: den Bezirks- Kreis-Landesbehörden, (Statthaltereien, Comitaten) und in oberster Stufe, den Ministerien anvertraut.

Die Länder-Eintheilung ist folgende: *

Österreich unt. d. Enns.	Statthalter	17 Bezirke	u. Stadt Wien.
„ ob der Enns.	„	12	„
Salzburg	„	3	„
Steiermark . Statthalter	3 Kreise	19	„
Kärnthén	„	7	„
Krain	„	10	„
Küstenland	2 Kreise	11	„ und Stadt Triest.
Tirol u. Vorarlberg	„ 4	20	„
Böhmen	7	19	„ und Stadt Prag.
Mähren	2	25	„
Schlesien	„	7	„
Galizien mit Krakau	3 Regierungsgebiete	63 Bezirke.	
Bukowina	„	6	„
Dalmatien	„	7	„

* Handbuch der österreichischen Verwaltungsgesetzkunde von Dr. Moriz v. Stubenrauch. Wien 1851. Seite 30—31.

Kroatien und Slavonien	Banus	6	Comitate	20	Bezirke.
Serbien und Banat	Vicewoywod	3	Kreise.		
Ungarn	Präsident	5	Distrikte	44	Comitate.
Siebenbürgen	Gouverneur	5	Kreise	36	Bezirke.
Lombardie	Statthalter	9	Provinzen	80	Bezirke.
Venetianisches Gebiet	"	8	"	79	"

Die Organisation dieser Behörden ist in den Jahren 1849 und 1850 angeordnet worden, — für Siebenbürgen durch allerhöchste Entschlieſung vom 12. Mai 1851, — für Serbien und Banat durch allerhöchste Entschlieſung vom 17. August 1851.

In größeren Städten sind Polizei=Direktionen aufgestellt, an deren Spitze ein Polizei=Direktor oder Stadthauptmann steht, der unmittelbar dem Statthalter untergeordnet ist. In ihrem Rayon sind untergeordnete Polizei=Bezirks=Commissariate errichtet.

In Ungarn sind die Comitate in Stuhlbezirke abgetheilt, denen ein Stuhlrichter vorsteht.

An der Spitze der politischen und Justiz-, der Civil- und Militär=Behörden, sind die Ministerien in Wirksamkeit verblieben, deren Wirkungskreis durch allerhöchste Entschlieſung vom 20. August 1851 festgestellt wurde.

Die Controle der Gebahrung in allen Zweigen der Staatsverwaltung, welche so wichtigen Einfluß auf den sicheren Gang der Staatsmaschine nimmt, übt das, in Form einer Hofstelle schon unter Maria Theresia, unter dem Namen Hof=Rechenkammer bestandene, — General Rechnungsdirektorium mit den ihm untergeordneten Buchhaltungen, aus, welches die Revolutions=Phase überlebt hat, und zugleich durch seine statistischen Zusammenstellungen, — Information für Behörden, und Hülfsmittel zu Reformen darbietet.

Dem Ministerrathe ist, nach den allerhöchsten Entschlieſungen vom 13. April und 20. August 1851, der Reichsrath zur Seite gestellt, dessen Präsident und Räthe vom Kaiser aus den gediegensten Staatsmännern gewählt werden, und der dazu berufen ist, über Gesetze und Verwaltungs=Maximen, im

Fälle unmittelbar vom Kaiser erhaltener Aufforderung, Gutachten zu erstatten.

In Bezug auf die laufenden Verhandlungen ist den Ministerien ein ausgedehnterer Wirkungskreis, als den ehemaligen Hofstellen, aber eben deshalb dem Reichsrathe ein minderer Geschäftskreis als dem bestandenenen Staatsrathe zugewiesen.

Den Gemeinden sind, nebst ihren innern Angelegenheiten, bestimmte öffentliche Geschäfte im Delegations-Wege übertragen.

Nach dem organischen Statute für die Stadt Wien, vom 16. Juni 1851, hat der Gemeinderath die Gemeinde in der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten zu vertreten, alle Gemeinde-Angelegenheiten und Geschäfte zu besorgen, die hierzu bestellten Aemter und Anstalten zu überwachen, die Verfügungen über das Gemeindevermögen zu treffen. Ihm untersteht der Stadt-Magistrat als Exekutiv-Organ der Gemeinde.

Die Organisation der Gemeinden hat durch das Patent vom 31. Dezember 1851, einige Veränderungen erhalten. Die Oeffentlichkeit ihrer Verhandlungen ist abgestellt. Der vor-malige herrschaftliche Grundbesitz kann von dem Gemeinde-Bezirk ausgeschieden werden.

Der größere Grundbesitz überhaupt soll bei Kreis- und Landesbehörden durch eigene Ausschüsse vertreten werden.

In Bezug auf die Rechtspflege und Strafgerichtsbarkeit bestehen Einzel-Gerichte, welche auch mit politischen Verwaltungsämtern vereinbar sind; ferner: Collegial-Oberlandes-Gerichte, und der oberste Gerichts- und Cassationshof. In Ungarn bestehen die Districtual-Obergerichte, — in Croatien die Banal-Tafel, als Oberlandesgerichte. Die administrative Leitung des gesammten Justizwesens (mit Ausnahme der Militärgerichtspflege) steht dem Justizministerium zu. Die Verhandlungen sind in der Regel nicht öffentlich. Die Schwurgerichte wurden aufgehoben.

Nebst den Landgerichten sind Spezialgerichte für das See-

wesen, ferner Handels-, Berg- Gefällsgerichte bestellt. Als Mittelorgane interveniren: die Staatsanwälte, Advokaten, Notare.

Das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch und das Strafgesetz soll, nach gehöriger Vorbereitung, allmählig in allen Theilen der Monarchie in Wirksamkeit gesetzt werden, und die Organisation der Gerichte in gleicher Art, wie in den übrigen Provinzen, auch in Ungarn und Siebenbürgen statt finden. Hiernach ist auch die entsprechende Aufstellung der Gerichte in Siebenbürgen durch die allerhöchste Entschließung vom 12. Mai 1851, — und in der Wojwodschast Serbien und dem Temescher-Banate durch allerhöchste Entschließung vom 17. August 1851 angeordnet worden.

In der Handels-Politik, für welche bisher ein eigenes Ministerium bestand, dessen Vereinigung mit dem Finanzministerium dermal in Frage steht, — war das Streben vorzüglich dahin gerichtet, eine Zollvereinigung zwischen den deutschen Bundesstaaten in der Art zu erzielen, daß das Interesse der nördlichen, dem Freihandel ergebenen Staaten, — möglichst jenem der südlichen, mehr zum Verbotsysteme sich hinneigenden genähert, und durch das Schutzsystem ein Mittelweg eingeschlagen werde, der den allseitigen Bedürfnissen genügen sollte. *

Oesterreich glaubte dieser Tendenz eine bestimmte Richtung zu geben, indem es vor Allem für sich einen neuen, mit 1. Februar 1852 in Wirksamkeit tretenden, Zoll-Tarif einführte, und der Bundesversammlung mittheilte, wornach es darauf beruhen wird, ob sich die übrigen deutschen Staaten demselben anschließen, oder die bestehenden, und sich bildenden Separat-, Zoll- und Handelsvereine, in Folge der eingeleiteten Kongreß-Verhandlungen, ein Uebereinkommen mit Oesterreich treffen werden.

Die Schwierigkeiten eines gemeinschaftlichen Zolltarifes mit fremden Staaten ist hierbei nicht zu übersehen, indem nicht bloß die verschiedenen Handelssysteme, sondern auch die

* III. 214. 219.

verschiedene Besteuerung des Ackerbaues, der Gewerbe und des Handels darauf Einfluß nehmen.

Durch den, unterm 7. September 1851 abgeschlossenen Vertrag zwischen Preußen und Hannover, wornach ein wechselseitiger Steuer- und Zollverein gegründet wurde, ist die Ausdehnung des Zollvereins auf ganz Deutschland noch mehr erschwert worden.

Durch den Beschluß der Elbeschiffahrts-Revisions-Kommission vom 2. Dezember 1851, sind Herabsetzungen des Elbezolles für 22 Waarenartikel in 173 Unterabtheilungen beschlossen worden.

Mit allerhöchster Entschließung vom 9. Februar 1852 wurde die Befreiung der österreichischen Schiffe vom Elbezolle von Melnik bis an die sächsische Gränze bewilligt.

Mit 1. Juli 1851 wurde die unterm 7. Juni 1850 beschlossene * Aufhebung der, an den Grenzen von Ungarn, Kroatien, Slavonien und Siebenbürgen bestehenden, Zwischenzoll-Linie in Ausführung gebracht.

In Venedig wurde die, unter dem 27. August 1849 verfügte, Beschränkung der Hafen-Freiheit auf die Insel S. Giorgio maggiore, welche in meinem früheren Werke ** besprochen worden war, aufgehoben, und der Zoll-Ausschuß auf die ganze Stadt, mit der besonderen Begünstigung für die Fabriken im Freihafens-Bezirk, wieder ausgedehnt.

Mit 1. Februar 1852 ist die, durch allerhöchste Entschließung vom 15. Mai 1851 angeordnete, Organisirung der Central-Seebehörde zu Triest, zur Leitung des Seeschiffahrtswesens für sämtliche österreichische Küstenländer, — und der ihr untergeordneten Hafen- und Sanitäts-Ämter, vollends ins Leben getreten.

Insbefonders hat die Beförderung wissenschaftlicher Ausbildung, und die Einführung der Marine-Inskription, zur Herstellung einer Pflanzschule für die Kriegs-Marine, zur Er-

* III. 229. 230. — ** III. 231 und 232.

haltung der Disziplin unter den Matrosen, und zu dem Emporkommen der österreichischen Seeschiffahrt wesentlich beigetragen.

Unter der General-Direktion für die Communicationen stehen: Für die Staats-Eisenbahnen, die Betriebs-Direktionen, nach Ministerial-Erlaß vom 17. Mai 1851, — für das Postwesen, die Post-Direktionen und Postämter, organisirt durch allerhöchste Entschließung vom 21. September 1850, — für die Staats-Telegraphen, das Central-Bureau und die Telegraphen-Ämter.

In Bezug auf den Cultus ist von der Regierung Verehrung und Schutz der herrschenden katholischen Religion, und dem Priesterstande, gesichert worden, ohne Uebergrieffe der geistlichen Macht in politische Angelegenheiten zu begünstigen, und ohne sich zum Richter zwischen Religionen aufzuwerfen, was nur dem höchsten Wesen zusteht, und zur Barbarei des Mittelalters zurückführen würde.

In Bezug auf die Unterrichts-Anstalten im Allgemeinen, ist vorzüglich durch die, unterm 6. April 1851 angeordnete, Errichtung von Ober- und Unter-Realschulen in Wien und den Provinzial-Hauptstädten, — welche zum Zwecke haben, den industriellen Klassen der Bürger die Bildung, die sie benöthigen, zu geben — sehr Nützliches geleistet worden. Die ungarischen und italienischen Provinzen waren nicht in diese Verfügung einbezogen, jedoch sind fernere Anträge für dieselben vorbehalten worden.

Das Ministerium für Landeskultur und Bergwesen hat die schwierige Arbeit eines umfassenden Berggesetz-Entwurfes zu Stande gebracht, worüber die Berathungen bald geschlossen sein dürften.

Uebrigens wurden die von der geologischen Reichsanstalt ausgehenden Landes-Durchforschungen und Aufnahmen * beharrlich und mit Eifer fortgesetzt.

Zur Belebung der Landeskultur, welcher durch Auf-

* III. 191—194.

hebung der Grundlasten die Bahn gebrochen wurde, ist das wirksamste Mittel durch Errichtung von Lehranstalten, Beförderung wissenschaftlicher Bildung, und Stiftung von Vereinen, — getroffen worden.

In Beziehung auf das Militärwesen ist, mit kais. Verordnung vom 15. Mai und 9. Juli 1851, eine umfassende Vorschrift für die Einquartirung des Heeres erlassen worden.

Durch allerhöchste Entschließung vom 23. Juli 1851 wurde die Organisirung der Verwaltungs=Behörden in der Militär=Grenze festgesetzt, welche der Bestimmung der letzteren zu dem innern und äußern Waffendienste entsprechend ist; die oberste Leitung ist dem Kriegs=Ministerium übertragen. Die Landes=Eintheilung, die Administration, welche die politische und Kameral=Verwaltung begreift, ist ganz auf militärischen Fuß gesetzt.

Hiernach zerfällt die Militärgrenze in zwei Landes=Militär=Kommanden:

a) Das Kroatisch=slavonische, mit dem Siege des Kommandanten zu Agram.

b) Das Banatisch=serbische, mit dem Siege des Kommandanten zu Temeswar.

Das erste ist in 10, das zweite in 4 Regiments=Bezirke, nebst dem Czaisisten=Bataillon abgetheilt, wozu noch im ersten Lande 7, im zweiten 5 freie Militär=Kommunitäten gehören, welche unter eigenen Magistraten stehen.

Jeder der Regiments=Bezirke wird in 12, das Czaisisten=Bataillon in 6 Kompagnie=Bezirke abgetheilt, wornach sich drei Instanzen für Geschäfts=Verhandlungen bilden, nämlich: a) Regimentskommando, b) Landeskommando; c) Kriegsministerium.

In militärischer Beziehung sind überdieß die Regimenter und Kommunitäten den Brigaden, und diese den Divisionen zugewiesen, welche als Zwischenorgane interveniren.

Mit allerhöchster Entschließung vom 2. Dezember 1851 ist die Errichtung eines feldärztlichen Institutes in Wien, zur Heranbildung von Wundärzten für die Armee, unter militärischer Leitung angeordnet worden.

Durch allerhöchste Entschließung vom 12. Februar 1852 wurde eine neue Organisation der Militär-Bildungs-Anstalten, für die ganze Monarchie angeordnet. Die oberste Leitung wird von dem, unmittelbar dem Kaiser unterstehenden Armee-Kommando besorgt. Es haben 12 Unter-, 12 Ober-Militär-Erziehungshäuser, 4 Kadetten-Institute und 4 Akademien zu bestehen, letztere sind: die Wiener-Neustädter-, die Genie-, die Artillerie- und die Marine-Akademie. Höhere Lehr-Anstalten sind: 1. Das Lehrer-Institut. 2. Das Central-Equitations-Institut. 3. Der höhere Artillerie- und Genie-Kurs. 4. Die Kriegsschule zur Ausbildung von Offizieren aller Waffen für höhere Chargen, vorzüglich für den Generalstab.

Durch kais. Verordnung vom 9. Februar 1852 wurde, aus Anlaß der ausgeschriebenen Rekrutirung, dieselbe auch auf die bisher hiervon befreiten Städte: Triest, Fiume und Buccari ausgedehnt.

Staatshaushalt.

Die Wohlfahrt der Staaten beruht nicht so sehr auf dem Reichthume und Glanze der Krone, worauf das Streben der Regenten, Staatsmänner und Feldherren oft ausschließend gerichtet ist, und wodurch die Kräfte der Nation vergeudet werden, — als auf einem soliden Bestande des Staatskörpers, und dem harmonischen Verbande der einzelnen Glieder. Der Staat muß, wie der Private, sich nicht übernehmen, in seinem Haushalte vorsichtig sein, seine Stellung gegenüber anderer Staaten mit Ruhe behaupten, seine Maximen, seine Verfassung, seine Religion nicht ändern aufzudringen suchen. Wohlwollende, friedliebende Gesinnung von Oben herab zu verbreiten, kann nur günstig auf die Stimmung der Parteien im Inlande, auf die Verhältnisse mit dem Auslande einwirken. Nur im Frieden ist die Ordnung im Staatshaushalte möglich, auf welcher das Ansehen der Regierung, das Vertrauen des Volkes, die Durchführung administrativer Maßregeln beruhen.

Oesterreich ist vorzüglich in der Lage, eine unabhängige Stellung in Europa zu behaupten, ohne zu außerordentlichen Hülfsmitteln Zuflucht zu nehmen, nur die revolutionären Bewegungen neuerer Zeit mußten eine vorübergehende Erschütterung bewirken, die noch einige Nachwehen zurückläßt.

Die Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Staats-Einnahmen und Ausgaben, die Verminderung der Staatsschuld, und die Regelung des Verhältnisses der Münze zum Papiergelde, sind nunmehr die wichtigsten Bedingnisse zur Ordnung seines Finanzwesens.

Auf die Vermehrung der Einnahme ist durch die Aufhebung der Steuerbefreiung des Adels in Ungarn, durch die gleichförmige Besteuerung dieses Landes mit den übrigen Provinzen der Monarchie *, insbesondere durch die Einführung der Grundsteuer, der Einkommensteuer, der Verzehrungssteuer, des Stempel- und Targesezes, und des Tabakmonopols in den ungarisch siebenbürgischen Provinzen, vom Jahre 1851 anzufangen; dann der Erwerbsteuer in Dalmatien, vom Jahre 1852 an, Bedacht genommen worden.

Auch im lomb. venet. Königreiche wurde durch Patent vom 29. Jänner 1851 eine Tranksteuer vom Bier, und unterm 11. April 1851 eine Einkommensteuer eingeführt.

Indessen erübrigte immer nur, als vorzügliche Bedeckungsquelle für das Staatsdeficit, welches im

Jahre 1848	64,059.861 fl.
„ 1849	139,850.916 „
„ 1850	77,161.623 „
und für das „ 1851	auf 68,856.947 „

betragen hatte veranschlagt worden war; die Vermehrung der verzinslichen Staatsschuld und des Papiergeldes.

Zufolge Ministerial-Erlasses vom 1. September 1851 wurde ein Staatsanlehen von 85 Millionen Gulden zu 5 Perzent ausgeschrieben, wovon mindestens $\frac{2}{3}$ des Ertrages zur

* III. 291 bis 299.

Einziehung und Fundirung des verzinslichen und unverzinslichen Staatspapiergeldes verwendet werden sollten. Die Schuldverschreibungen sind in zwei Serien eingetheilt, wovon die eine A in Oesterreich in Bankvaluta, die Andere B im Auslande in Münze verzinsset wird. Die Einlage geschah in 10 Monatsraten in Banknoten, und zwar: bei der Serie A, mit 95 Gulden für die Verschreibung von 100 Gulden — bei der Serie B mit 100 Gulden, wobei noch Nachlässe im Verhältnisse der frühern Zeit der Einlage Statt fanden.

Statt der Banknoten konnte auch Conventions-Münze zur Einlage verwendet werden, und zwar, nach einer bestimmten, von Monat zu Monat bis zur Gleichstellung herabfallenden, Kursdifferenz.

Das Staatspapiergeld und die Banknoten erhielten sich fortan gleichförmig im Umlaufe, und in gleichförmigem Wechselkurse, gegenüber der Conventions-Münze; auch fand bei dem Staatspapiergeld diesfalls kein Unterschied statt, ob es mit — oder ohne — Zwangskurs hinausgegeben worden war. Uebrigens erklärte die Regierung, das Papiergeld mit Zwangskurs fortan auf eine geringere Summe beschränken zu wollen, welche durch Patent vom 15. Mai 1851 mit 200 — später mit 180 Millionen Gulden festgesetzt war. Auch wurde die Versicherung gegeben, daß die Nationalbank ferner nicht mehr um Vermehrung ihrer Banknoten, zur Deckung von Staatsbedürfnissen, in Anspruch genommen werden solle. Die Anlehenssumme war bald, selbst mit einem Ueberschusse von 2 Millionen subskribirt.

In Bezug auf die lomb. venet. Tresorscheine, von welchen, zu Folge allerhöchster Entschließung vom 11. April 1849, 70 Millionen Lire hinausgegeben wurden *, ist nach dem Vortrage des Finanzministers vom 25. März 1851 die Einleitung getroffen worden, daß dieselben, theils bei Einzahlungen auf das lomb. venet. Anlehen angenommen, theils in Schuldver-

* III, 307.

schreibungen das Monte Lombardo Veneto umgestaltet werden konnten.

Dadurch ergab sich die Möglichkeit, den Zwangskurs der Treasorscheine aufzuheben, und den Geldumlauf im lomb. venet. Königreiche auf Metallmünze zurückzuführen.

Die Staatsausgaben, wovon zu den bedeutendsten jene: für das Kriegswesen, die Staatsschulden und die Anstalten zur Beförderung des Handels und der Schifffahrt gehören, haben, durch die Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkeit, durch die neue Organisation der politischen und Justizbehörden, und durch die Entschädigungsbeiträge und Vorschüsse für die Aufhebung der Grundlasten, einen ansehnlichen Zuwachs erhalten.

Anderseits sind die Reduktionen im Militärstande, die durch allerhöchste Entschließung vom 12. Oktober 1851 angeordnet wurden, und die Beschränkungen der dießfälligen Auslagen, noch nicht in solchem Umfange eingetreten, um eine alsbaldige Herstellung des Gleichgewichtes zwischen den Staatseinnahmen und Ausgaben zu bewirken.

Von den Auslagen für die Kommunikationsanstalten sind allerdings für die Folge gedeihliche Früchte zu erwarten.

Eine, sowohl für die politische Administration, als auch für die Finanzgebarung wichtige Maßregel war die, mit Patent vom 11. April 1851 angeordnete Errichtung eines Grund-Entlastungsfondes zur Entschädigung der, durch die Aufhebung der Grundlasten verkürzten Gutsbesitzer.

Die Entschädigung sollte, nach dem Patente vom 25. September 1850 *, nur mit $\frac{2}{3}$ des gesammten Kapitalswerthes geleistet, und zwar mit $\frac{1}{3}$ von den Besitzern der Unterthansgründe, auf welchen die aufgehobenen Abgaben und Leistungen hafteten, — mit einem weiteren Drittheile von den einzelnen Kronländern getragen werden. Das letzte Drittel wird dem Berechtigten in Abzug gebracht.

Für die unter diesen Lasten begriffenen Veränderungen

gebühren sollte der Staat die Entschädigung leisten. Die Einzahlungen in den Entschädigungsfond sollten in 40 Jahresrissen geschehen, und zugleich zur fünfprozentigen Zinsenzahlung, und zur Kapitalsstilgung mit ein Perzent, die Mittel gewähren.

Die den entlasteten unterthänigen Grundbesitzern obliegenden Beiträge werden jährlich zugleich mit der Grundsteuer eingehoben, — die auf die Kronländer entfallenden Beiträge werden, — insoferne nicht eigene Landesfonde zureichen, — durch Steuerzuschläge, — die auf den Staatschatz übernommenen endlich, durch jährlich aus demselben zu bezahlende Renten gedeckt, auch Vorschüsse aus demselben hierauf geleistet.

Die hiernach in den deutschen und slavischen Provinzen zu leistende Entschädigung beträgt im Kapital circa 207 Millionen, wovon auf die Verpflichteten (mit Inbegriff von $20\frac{1}{2}$ Millionen Gulden für die ablösbaren Leistungen) . . . 96,400.000 fl.
auf die Kronländer 75,900.000 „
auf den Staatschatz 35,000.000 „
entfallen, und der jährliche Beitrag von dem letzteren, für Zinsen auf 1,750.000 und an Tilgungsquote auf 350.000, zusammen auf 2,100.000 fl. sich beläuft.

Die Forderungen der Bezugsberechtigten wurden durch 5prozentige Schuldverschreibungen des Entlastungsfondes gedeckt, wobei zugleich auf die Sicherstellung der intabulirten Hypothekargläubiger der gehörige Bedacht genommen worden ist.

Die schwierigste Aufgabe für die Finanzverwaltung bleibt immer: Die Beseitigung des Schwankens im Werthe des Papiergeldes gegen Metallmünze, durch welches die Gold- und Silbermünze ganz aus dem Umlaufe verdrängt, und selbst bei der Kupfermünze der innere Gehalt noch bedeutender, als sonst, gegenüber dem Nominalwerthe herabgesetzt werden mußte.

Der Stand der Kurse der Effekten gegen Papiergeld war:

	Banfactien.	Staatsobli- gationen zu 5 %.	Augs- burg.
mit Ende März 1851 .	1275 . . .	96 . . .	131 ³ / ₄
April . . .	1258 . . .	96 . . .	133 ³ / ₄
Mai . . .	1224 . . .	96 ¹ / ₈ . . .	128 ¹ / ₄
Juni . . .	1228 . . .	96 ¹ / ₄ . . .	124 ¹ / ₂
Juli . . .	1245 . . .	97 ¹ / ₄ . . .	118
August . . .	1238 . . .	96 ¹ / ₄ . . .	120 ³ / ₄
September . . .	1222 . . .	93 . . .	119
Oktober . . .	1208 . . .	92 ¹ / ₈ . . .	123 ¹ / ₂
November . . .	1195 . . .	91 ³ / ₄ . . .	127
Dezember . . .	1256 . . .	94 ⁵ / ₈ . . .	120
Jänner 1852 . . .	1219 . . .	94 ¹ / ₂ . . .	124 ¹ / ₂
Februar . . .	1240 . . .	95 . . .	124 ¹ / ₂

An Papiergeld befanden sich mit Ende Jänner 1852, theils in Kassen, theils im Umlaufe:

	fl.
An Staatspapiergeld mit Zwangskurs . . .	160,264.142
Lomb. venet. Tresorscheine	4,834.395
Münzscheine	17,526.148
Banknoten	212,000.000.
	<u>394,624.685</u>

Am 3. Februar 1852 wurde, in Folge des Staatsanlehens vom 1. September 1851, von dem, mit Zwangskurse ausgegebenen Staatspapiergelde, die Summe von 20 Millionen Gulden getilgt.

Ich habe mir in meinem früheren Werke * einige Vorschläge zur Verbesserung des finanziellen Zustandes der Monarchie, und insbesondere zur Hebung des Schwankens im Werthe des umlaufenden Papiergeldes erlaubt. Der Vorschlag in letzterer Beziehung war auf die damaligen Verhältnisse des Börsenkurses berechnet, und würde nach dem gegenwärtigen

Stande desselben eine Aenderung zur Folge haben, die vielleicht bei der Ausführung eine etwas günstigere Aufnahme erwarten ließe.

Es dürfte nach diesen Ergebnissen der Kurs des Papiergeldes (sowohl des vom Staate, als des von der Bank emittirten) gegen Konventionsmünze, gleich 120 : 100 festgestellt werden, und unter den, in meinem früheren Werke angedeuteten Modalitäten, nach freiem Uebereinkommen, die gegenseitige Verwechslung in folgender Art Statt zu finden haben.

Es würde:

1 Thaler in Konv. Münze, gleich 2 fl. 24 kr. in Papiergeld

1 Gulden " " 1 " 12 " "

1 Zwanziger " " 24 " "

1 Zehner " " 12 " "

1 Fünfkreuzerstück " 6 " "

und somit das Papiergeld der Reichswährung im Werthe gleichzustellen sein.

Die Silbergrofschen wären blos bei Zahlungen in Konventions-Münze zur Ausgleichung zu verwenden. Eine Veränderung im Konventions-Münzfuße im Allgemeinen, und die Ausprägung neuer Münzen nach dem hierdurch festzustellenden Papiergeldwerthe schiene mir nicht erforderlich und auch nicht räthlich, weil die Einziehung der, seit einem Jahrhunderte im Umlaufe bestandenen, und noch in öffentlichen und Privatkassen in großer Menge zurückbehaltenen, auch selbst im Auslande Geltung habenden, nach der Konvention vom 21. September 1753 * ausgeprägten, Münze viele Verwirrung und große Umprägungskosten verursachen, und auch mit dem lombard. venet. Münzfuße nicht in Uebereinstimmung sein würde.

Es kann wohl nicht bezweifelt werden, daß die Regierung das Recht habe, die Regulirung des Geldwesens in die Hand zu nehmen; andererseits wäre es lächerlich, in dieser Maßregel einen Staatsbankerott zu finden, der eigentlich mit dem Zeitpunkte eingetreten sein müßte, wo die Einstellung der Um-

* III. 178.

wechslung des Papiergeldes gegen Münze Statt gefunden hatte *. Auch ist nicht zu übersehen, daß die, nur mit unerschwinglichen Opfern zu erzielende, Gleichstellung des Werthes des Papiergeldes, mit jenem der Silbermünze, keine Entschädigung für so viele vergangene, im Verkehre erlittene Verluste gewähren, und zugleich neue Ungerechtigkeit herbeiführen würde, indem so manche, seitdem in Papiergeld eingegangenen, Zahlungs-Verpflichtungen künftig in Münze geleistet werden müßten. Im laufenden Verkehre würde die Fixirung des Papiergeldwerthes gegenüber der Konventionsmünze eine solidere Basis gewähren, die Agiotage beseitigen, die verborgene Münze hervorziehen, und die Besitzer von Geldvorräthen, Kapitalien und stabilen Renten würden gegen den dermaligen Stand nicht zurückgesetzt, dagegen vor noch größeren Verlusten in Zukunft gesichert sein. Die Waarenpreise würden sich in einem natürlichen Verhältnisse erhalten, die Einrichtung der Waarenlager, die Vorsehung der Märkte würden dem, nicht mehr durch das Schwanken der Geld-Valuta gestörten, Absage angepaßt, und in gleichförmiger Richtung erhalten, was auch für die landwirthschaftliche und Gewerbs-Industrie von gedeihlichen Folgen sein mußte; der solide Kaufmann würde dabei seine Rechnung finden, und das Getriebe der Geldmäkler, (d. h. jener, die nur ein Hazardspiel treiben) würde beseitiget. Bei Gehalten und Pensionen, Militärgagen und Löhnungen, — bliebe es dem Staate vorbehalten, nach Maß der sich ergebenden Mittel, noch Aufzahlungen auf die bisherigen Genüsse im Papiergelde zu bewilligen.

Wenn die Stimme jedes Einzelnen in der Monarchie über diese Maßregel gehört werden könnte, so würde gewiß eine ungeheure Mehrheit, nach ihren individuellen Verhältnissen, keine Einwendung dagegen zu machen finden. Die im Jahre 1849 zu 33 fl. 36 fr., also in 336 Stücken aus der feinen Mark, geprägten Silbersechser ** bilden ein Mittelding zwischen dem

* III. 321.

** III. 178.

Papiergelde von imaginärem, blos auf Vertrauen beruhendem Werthe, und dem Metallgelde, dessen innerer, im In- und Auslande anerkannter Werth, dem Nennwerthe entspricht.

Indessen ist nicht zu verkennen, daß der Silberwerth hierbei eine unbedeutende Rolle spielt, und selbst von dem Kurswerthe des Papiergeldes überwogen werden kann.

Diese Münze, welche im lombard. venet. Königreiche mit Ende Dezember 1851 außer Umlauf gesetzt wurde, wäre daher gegen Papiergeld: zu 6 fr., — gegen Konventionsmünze aber nur: zu 5 fr. gelten zu lassen.

Der Nennwerth der Kupferscheidemünze, welche nur zur Umwechslung der geringsten Münzsorten zu dienen hat, soll in einigem Verhältnisse zum Kaufspreise des Kupfer-Metalles stehen, jedoch ist hier um so mehr ein weites Feld zur höheren Taxirung der Münze eingeräumt, als die Kaufspreise des Kupfers schwankend sind, und eher das Einschmelzen, als die Nachprägung der Kupfermünze zu besorgen ist.

Im Jahre 1816 wurde die Kupfermünze zu $106\frac{2}{3}$ Gulden vom Zentner Kupfer ausgeprägt; zu Folge Verordnung vom 7. April 1851: zu $170\frac{2}{3}$ Gulden vom Zentner.

Hiernach hätte, meines Erachtens, die Kupfermünze vom Jahre 1816, welche zu Folge Ministerial-Erlaß vom 26. August 1851, in den lombard. venet. Provinzen mit Ende Dezember 1851 — und in den übrigen Kronländern mit Ende Dezember 1852 einzuziehen ist, — noch ferner im Umlaufe zu verbleiben, jedoch nur zur Verwechslung gegen Konventions-Münze, — die neuere, im Jahre 1851 zu 170 fl. 40 fr. vom Zentner ausgeprägte aber, zur Verwechslung gegen Papiergeld im Nennwerthe zu dienen.

Die Goldmünzen wären dem freien Handelsverkehre zu überlassen.

Wenn die Verwechslung zwischen Konventions-Münze und Papiergeld nach obiger Werthbestimmung auch unter Privaten in Gang gebracht ist, würde die Ausgabe neuer Silberscheine, nach meinem früheren Antrage, statt zu finden haben, welche

wohl bald die Stelle des Silbergeldes einnehmen dürften. Wünschenswerth wäre es sodann, bei deren Verwechslung, sowohl gegen Papiergeld, als auch gegen Münze, — die Intervention der österreichischen Nationalbank zu benutzen; jedoch müßten die Stipulationen in der Art festgesetzt werden, daß hierbei die Interessen der Finanzen und der Nationalbank in gleichem Maße Berücksichtigung fänden.

Durch das, mit allerhöchster Entschliesung vom 20. Februar 1852 genehmigte, Uebereinkommen zwischen der k. k. Finanzverwaltung und der österreichischen Nationalbank ist die Schuld des Staates gegen die Letztere in folgender Art festgesetzt worden:

1. Die von der Einlösung des ältern Papiergeldes herrührende Schuld im Betrage von 72,260.000 Gulden ist nach den bisherigen Bestimmungen zu behandeln, wornach die Hälfte unverzinslich, die Hälfte zu 4% verzinslich ist.

2. Die übrigen Schulden sind im Betrage von 71,500.000 Gulden ausgemittelt, welche vom 1. Februar 1852 an zu 2 Prozent verzinsset, und auf die Salinen von Gmunden, Aussee und Hallein hypothecirt werden sollen.

3. Diese Sicherstellung erstreckt sich auch auf jene Summe von 40 Millionen Gulden, welche als Maximal-Betrag für den Umlauf von 5 perzentigen Hypothekar-Anweisungen bemessen ist.

Die Vorschüsse, welche die Bank (in Kommission der Finanzverwaltung) bei Emission und Einlösung der Hypothekar-Anweisungen, dann bei Eskomptirung der 3 perzentigen Kasse-Anweisungen zu leisten hat, — werden derselben komptant vergütet.

Die Gesamtschuld würde sonach auf 143,760.000 Gulden sich belaufen, welche Summe zum Anhaltspunkte bei dem, nach meinem frühern Antrage * zu treffenden, Uebereinkommen wegen der vom Staate zu übernehmenden Banknotenschuld von 212 Millionen zu dienen hätte.

Uebrigens bliebe es der Bank, so wie dem Staate, unbenommen, ein neues, gegen Silbermünze nach dem Nennwerthe zu verwechselndes Papiergeld, ohne Zwangskurs, hinauszugeben.

* III. 345 bis 347.

Neuere Uebersicht
des Standes
der Verfassung, der Administration
und des
Haushaltes
der
österreichischen Monarchie
zu Ende April 1853,
mit statistischen Daten beleuchtet
von
Josef Ritter v. Sauer,
I. k. geheimen Rathe.

Wien, 1853.

Gedruckt und in Kommission bei J. B. Wallishausser.

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY

ASTOR LENOX TILDEN FOUNDATION

500 FIFTH AVENUE, NEW YORK, N. Y.

1897

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY

ASTOR LENOX TILDEN FOUNDATION

500 FIFTH AVENUE, NEW YORK, N. Y.

1897

1897

THE NEW YORK PUBLIC LIBRARY

V o r r e d e .

Die Gründung und Verwaltung eines großen Staatskörpers gehört zu dem erhabensten Wirken menschlicher Thätigkeit, und hat die Weltregierung zum Vorbilde, die im unermesslichen Raume Leben und Gedeihen schafft, und in ruhiger Leitung kaum den schützenden Arm erkennen läßt.

Eine weise und humane Staatsverwaltung verbreitet Segen und Wohlfahrt über Millionen von Untergebenen, gewährt ihnen Hülfe in allen wichtigeren Angelegenheiten ihres Lebens, und wendet Nachtheile von ihnen ab.

Es ist daher nicht nur Pflicht der Organe der Regierung, mit Beseitigung von egoistischen Bestrebungen und Parteirücksichten, ihrer höhern Bestimmung mit reinem Eifer zu folgen, sondern jeder Staatsbürger soll, nach seinen Kräften, die Tendenzen der Regierung mit Schrift und That zu fördern, und feindselige Störung der Ordnung und Ruhe hintanzuhalten suchen.

Es wird demnach nicht mißbilligt werden, daß ich durch eine fortgesetzte Zusammenstellung der Maßregeln der Regierung, von denen alle Staatsbürger mehr oder minder berührt werden, die Theilnahme des Publikums zu erwecken, und demselben einen Ueberblick zu verschaffen suche, der sich aus Tagesblättern nicht schöpfen läßt, und den aus einzelnen Abhandlungen und voluminösen Gesetzsammlungen herauszugewinnen, nicht Jeder in der Lage ist.

Ich habe mich dabei bestrebt, mehr das Wesen und den Zweck der Staatseinrichtungen, den Zusammenhang und die Wechselwirkung der verschiedenen Verwaltungszweige ersichtlich zu machen, als zu sehr in die Formen und das Detail einzugehen.

Das gegenwärtige Werk soll die Ergänzung und den Schluß zu meinen frühern Aufsätzen enthalten, welche die Entwicklungsgeschichte des Organismus der österreichischen Monarchie im Umriss, — bei einigen Verwaltungszweigen mit Hindeutung auf fremde Staaten — lieferten, zugleich aber für sich ein Bild von dem gegenwärtigen Zustande des Kaiserstaates darstellen.

Die früheren Werke sind unter folgenden Titeln bei Wallishausser in Wien erschienen:

- I. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen. 1848.
- II. Ueber Oesterreichs Staatsausgaben und Verwaltung. 1849.
- III. Uebersicht der Veränderungen in der Verfassung, Administration und dem Haushalte der österreichischen Monarchie vom 13. März 1848 bis 13. März 1851.
- IV. Uebersicht u. s. w. vom März 1851 bis März 1852.

Bei Berufungen auf diese Werke werde ich dieselben nur mit der römischen Ziffer bezeichnen.

E i n l e i t u n g.

Dieses Werk zerfällt in drei Abtheilungen. Es handelt:

Erstens von der Verfassung, welche den eigenthümlichen Character des Staatskörpers bildet, und dessen Aufrechterhaltung sichern soll.

Zweitens von der Administration, welche den Schutz gegen innere und äußere Gefahren, die Herstellung der Ruhe und Ordnung, die fortschreitende Bildung aller Volksklassen, die Leitung ihrer Schicksale, in so weit sie im Bereiche menschlicher Vorsicht und Wirksamkeit liegt, — zum Zwecke hat.

Drittens von dem Staatshaushalte, dessen zweckmäßige Führung die Aufbringung der Mittel zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse aus dem Nationalvermögen, mit gerechter Vertheilung der Lasten, ohne Druck für die Bevölkerung bewirken soll.

V e r f a s s u n g. *

Ein wichtiger Schritt war der feierliche Act vom 2. December 1848, wodurch Kaiser Ferdinand resignirte, und die Krone, mit Beistimmung des gesetzlichen Thronfolgers, Erzherzog Franz Karl, an dessen Sohn Franz Joseph abtrat. **

Es wird sich nicht bald ein ähnliches Beispiel eines so gemüthlichen Einverständnisses in einer Regentenfamilie finden, wobei alle Partikular-Interessen bei Seite gesetzt wurden, und wodurch die Ruhe und Wohlfahrt des Staates unter den schwierigsten Verhältnissen erhalten ward.

Durch kaiserliche Entschließung vom 31. December 1851, (demselben Monate und Jahre, wo die Verfassung in Frankreich

* III. 4. IV. 2. ** III. 45.

eine Umgestaltung erfuhr) wurde die unterm 4. März 1849 verkündete Constitution in Oesterreich, nebst den damit verbundenen Grundrechten, aufgehoben. Die in Eile, in Folge der früheren Constitution vom 25. April 1848 zusammen berufene, im schwankenden Zustande fungirende Reichstagsversammlung war schon früher aufgelöst worden, und es wurde nun als Grundprinzip ausgesprochen: daß die monarchische Gestaltung und Einheit des Reiches, die Gleichheit aller Staats-Angehörigen vor dem Gesetze, die Aufhebung des grundherrlichen und Unterthans-Verbandes, die Relution der Unterthanslasten, die den gesetzlich anerkannten Kirchen zugestandene öffentliche Religionsübung, und der Schutz für ihre Anstalten, Stiftungen und Fonde fort zu bestehen haben.

Es ist auch bisher noch kein Wunsch nach neuer Volksvertretung laut geworden, die vorzüglich in Oesterreich große Hindernisse durch die Verschiedenheit der Nationen, der Sprachen, der Geschichte ihres Verbandes, des Grades der Geistesbildung findet.

Ueberhaupt kann die Verfassung eines Staates nicht bloß nach abstracten Theorien geformt werden; sie muß den Eigenheiten des Landes, dem Character, den Gewohnheiten, Beschäftigungen der Bevölkerung, den Traditionen entsprechen.

So würde ein Königthum für die Schweiz, — eine republikanische Verfassung für das osmanische Reich, — eine Pairskammer für die nordamerikanischen Freistaaten, gewiß nicht Gedeihen bringen.

Oesterreich hat von allen Kategorien etwas angezogen. Das Grundprinzip blieb immer der monarchische Zustand.

Die ständischen Körper in den deutschen und slavischen Provinzen, alten Ursprungs *) hatten so manche Vorrechte (insbesonders die Steuerbewilligung), genossen, jedoch im Verlauf der Zeiten viel von ihrer Wirksamkeit verloren; insbesonders sind sie, seit dem Jahre 1848, wo die ständischen Ausschüsse und Verordneten-Collegien den Statthaltereien untergeordnet wur-

* II. 108. u. f. w.

den, — mehr nur in eine Art Hülfsbehörden umgestaltet worden.

Die ungarische, seit sechs Jahrhunderten bestandene, einigermaßen der englischen Verfassung ähnliche, auf Gesetzen und Gewohnheiten beruhende Constitution *) hatte immer den Uebelstand an sich, daß die Verbindung mit den andern Ländern des Kaiserstaates dadurch erschwert war, wornach ein Status in Statu gebildet wurde, und daß sie insbesondere einen schroffen Abstand zwischen der misera plebs, und dem allein befähigten Prälaten- und Herrenstande gegründet hatte.

In Folge der Revolution im Jahre 1848 wurden die ungarischen Länder der allgemeinen, unterm 4. März 1849 für die österreichische Monarchie festgesetzten Constitution einbezogen, nach deren Wiederaufhebung dieselbe auch für Ungarn erlosch, das übrigens in mehrere Theile zerstückt wurde.

Durch Patent vom 7. April 1850 wurden die Königreiche Croatien und Slavonien (mit Einschluß des croatischen Küstenlandes und des Fiumaner Gebietes) von Ungarn unabhängig, und als ein eigenes Kronland erklärt.

Eben so, zufolge Patentes vom 18. November 1849, die Wojwodschafft Serbien mit dem Temesvarer Banate. Siebenbürgen blieb, zufolge Patentes vom 28. December 1848, ein — unmittelbar der österreichischen Krone untergestelltes Land.

Im lombardisch-venetianischen Königreiche wurden die, durch Patent vom 24. April 1815 organisirten Central-Congregationen: zu Mailand und Venedig, und die Provinzial-Congregationen in dem Hauptorte jeder Provinz aufrecht erhalten **). Sie bestehen aus Deputirten der adeligen und nicht adeligen Besitzer, dann der Städte. Das Präsidium wird von politischen Beamten geführt. Sie sind berathende Hülfsbehörden der Regierung in Hinsicht der ihnen zugewiesenen Geschäftszweige.

Zu den wichtigeren, in die Verfassung eingreifenden Ver-

* II. 120. u. f. w. ** II. 112—113.

fügungen gehört: die durch Patent vom 7. September 1848 angeordnete Aufhebung des Nexus subditelae, — der Patri-
monial-Gerichtsbarkheit und der unterthänigen Ga-
ben und Leistungen, bei welcher es, auch nach Aufhebung
der Constitutionen von 1848 und 1849, belassen wurde, und
von welcher bei der Rubrik: Ministerium des Innern nähere
Erörterung folgen wird. Als wesentlicher Bestandtheil der
Staatsverfassung ist auch die Gemeinde-Verfassung* an-
zusehen, welche schon unter der Kaiserin Maria Theresia, ins-
besonders in der Lombardie, durch das Edict vom 30. Decem-
ber 1755, in der Art geregelt wurde, daß die Gemeinde-Ver-
waltungen hiernach eine selbstständige Stellung erhielten.

Durch das Patent vom 31. December 1851, durch welches
die neueste Organisirung der österreichischen Monarchie festgesetzt
wurde, sind auch die Grundzüge der Gemeinde-Ordnun-
gen vorgezeichnet worden.

Die Gemeinden vertreten in erster Linie die Interessen aller
Bewohner des Kaiserstaates. Die Ortsgemeinden werden in ih-
rem factischen Bestande erhalten; — doch können mehrere Orte
zu einem größeren Gemeindeförper vereinigt werden. Man un-
terscheidet Stadt- und Landgemeinden. Bei den Letzteren kann
der größere herrschaftliche Besitz getrennt, und, mit jenem
in andern Gemeinden vereinigt, — unmittelbar den Bezirks-
ämtern untergeordnet werden. Der größere Grundbesitz über-
haupt soll bei Kreis- und Landes-Behörden durch eigene Aus-
schüsse vertreten werden. Die Wahl der Vorstände der Stadt-
und Land-Gemeinden soll der Bestätigung der Regierung, und
nach Umständen der letzteren selbst die Ernennung derselben
vorbehalten werden. Die Oeffentlichkeit der Gemeinde-Verhand-
lungen wird abgestellt.

Durch Patent vom 22. August 1851 wurde die bei dem
Ausbruche der Revolution am 13. März 1848 errichtete**
Nationalgarde aufgelöst, und die Reorganisirung der Bür-
ger- und Schützen-Corps bewilligt.

* III. 103. u. f. w. ** III. 10.

Für die Gemeinde Wien, welche im Jahre 1852: 9421 Häuser und 431.000 Einwohner zählte, wurde eine freie Verfassung decretirt. Der Gemeinderath hat, nach dem organischen Statute vom 16. Juni 1851, die Gemeinde in der Ausübung ihrer Rechte und Pflichten zu vertreten, Verfügungen über ihr Vermögen zu treffen. Aus seiner Mitte wird der Bürgermeister gewählt, welche Wahl der kaiserlichen Bestätigung unterliegt. Dem Gemeinderathe untersteht der Stadtmagistrat als Exekutiv-Organ. Unterm 16. Mai 1851 wurde die Verfassung in den Vorstädten Wiens regulirt; es wurden Bezirksvorsteher aufgestellt, welche den Stadt-Bürgermeister in ihren Bezirken zu unterstützen haben. Jedem derselben sind 17 gewählte Ausschußmänner zugewiesen, mit denen er Berathung zu pflegen hat.

Durch allerhöchste Entschließung vom 21. December 1851, wurde die Centralisirung des gesammten Gemeindevermögens der zur Stadt Wien gehörigen Gemeinden angeordnet.

Der Wirkungskreis der Gemeinden soll im Allgemeinen auf ihre Gemeindeangelegenheiten beschränkt sein, doch sollen sie den Behörden in allen öffentlichen Angelegenheiten die angesprochene Mitwirkung leisten.

Auch sollen wichtigere, in den Gemeindeordnungen näher zu bestimmende Gemeindebeschlüsse der Prüfung und Bestätigung der l. f. Behörden vorbehalten sein.

Die Gemeinden sind in der Regel den Bezirksämtern, und nur ausnahmsweise wegen besonderer Verhältnisse den Kreisbehörden, oder den Statthaltereien unmittelbar untergeordnet. So bildet die Stadt Wien ein eigenes, dem Statthalter in Niederösterreich unmittelbar untergeordnetes Verwaltungsgebiet.

Die Stadt Triest ist als reichsunmittelbare Stadt erklärt worden.

Im lombardisch-venetianischen Königreiche ist die bestandene Gemeindeordnung zufolge allerhöchster Entschließung vom 31. December 1851 aufrecht erhalten worden.

Leider ist in neuester Zeit die Ruhe, welche sich im Innern des Staates und gegen Außen herzustellen schien, durch ein paar gewaltsame Anschläge gestört worden, die aber sogleich vereitelt wurden, und keine weiteren Folgen hatten. Die Anfälle auf das Militär in einigen Gassen von Mailand am 6. Februar 1853 wurden zurückgeschlagen, und haben sich nicht im Lande verbreitet. Der Urheber des Mordversuches gegen Seine Majestät den Kaiser am 18. Febr. 1853 hat sich bei der Untersuchung vereinzelt unter so vielen Millionen Bewohnern des Kaiserstaates herausgestellt.

Die deutsche Reichsverfassung, deren Aufbau bei der Frankfurter Nationalversammlung im Jahre 1849, — in Folge gewaltsamer Auflösung, — mißglückte, ist noch immer in schwankendem Zustande. Die Frage: soll ein Staatskörper mit einem Reichsoberhaupte, — soll ein Staatenbund — oder ein Mittel Ding geschaffen werden? ist mehr nur in der Schwebe gelassen. Die Collisionen der Interessen, die Spaltungen zwischen den einzelnen Mächten sind nicht behoben. Die mannigfaltigen Versuche, eine dauerhafte Constitution zu gründen, haben nicht zum Ziele geführt. Ich habe mir, auf die hierbei eintretenden Schwierigkeiten, in einem früheren Werke aufmerksam zu machen erlaubt.*

Die deutsche Bundesversammlung ist (nach Unterbrechung vom Jahre 1848 bis 1850) in Frankfurt wieder zusammengetreten. Der Zweck war, und bleibt: Die Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands, so wie der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Staaten.

Die seitherigen Bundestagsversammlungen hatten keine erheblichen Resultate ihres Wirkens aufzuweisen. In der Antrittsrede des neuen Bundestags-Präsidenten, des österreichischen Gesandten Freiherrn Prokesch-Osten vom 3. Februar 1853, wird der Grundsatz ausgesprochen, daß in Deutschland ein Staatenbund zu bestehen habe, durch welchen Einheit in den Maßregeln zum allgemeinen Schutze der äußeren und inne-

* II. 412. III. 91—93.

ren Sicherheit, jedoch ohne Beirung der Souveränitätsrechte der einzelnen Glieder in Bezug auf ihre Sonder-Interessen zu bewirken wäre. Indessen wird anerkannt, daß nur ein Volk auf hoher Bildungsstufe, wo ein reiches Ausmaß von Weisheit, Mäßigung, Gerechtigkeit und Vaterlandsliebe die Regierungen der Einzelstaaten beseelt, — einen solchen Bund aufrecht erhalten könne.

Der Bund besteht aus 31 souveränen deutschen Fürsten und 4 freien Städten, in einem Länderumfange von circa 12 Tausend □ Meilen mit $41\frac{1}{2}$ Million Bewohnern, worunter Oesterreich mit 3.500 □ Meilen und $12\frac{1}{2}$ Million Bewohnern begriffen ist. Wer vermag die künftigen Schicksale dieses, in seiner Construction einzigen, Bundes nach einem tausendjährigen Wechsel der Ergebnisse vorherzusehen?

Die deutsche Marine, deren Errichtung von der Bundesversammlung im Jahre 1848 beschlossen worden war, — über deren entsprechenden Erfolg ich mir Zweifel zu äußern erlaubt hatte *, ist im Mai 1852 aufgelöst worden.

Die Mißhelligkeiten, welche zwischen der k. Regierung von Dänemark einerseits, — dann den Herzogthümern Schleswig und Holstein und dem deutschen Bunde anderseits, wegen Einbeziehung der Herzogthümer in den letzteren, und wegen der Erbfolge-Ordnung sich erhoben, und zum Kriege geführt hatten **, wurden durch die vom Könige von Dänemark mit Manifest vom 28. Jänner 1852 verfügte Organisirung der Dänischen Gesamtmonarchie, wornach auch die Stellung, welche die Herzogthümer dem Rechte und den Verträgen gemäß einzunehmen haben, bestimmt ist, — und durch den am 30. December 1852 abgeschlossenen Vergleich mit dem Prinzen von Augustenburg, welcher gegen eine Entschädigung von 1,250,000 Species, seine im Lande befindlichen Güter und Erbfolge-Ansprüche abtrat, beigelegt. In Bezug auf die Erbfolge-Ordnung sind noch weitere Verhandlungen im Zuge.

* III. 72 — 73. ** III. 69. 70. IV. 2.

Der Harmonie im deutschen Bundesvereine standen vorzüglich die fortdauernden Verhandlungen über die Zollvereins-Frage im Wege, welche lebhafteste Controversen zwischen den einzelnen Staaten hervorriefen, die aber in neuester Zeit in Folge eines Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen Oesterreich und Preußen, der in Berlin geschlossen wurde, und mit 1. Jänner 1854 in Wirksamkeit treten soll, eine günstigere Wendung nahmen, wovon unten bei dem Handelsministerium die Rede sein wird.

A d m i n i s t r a t i o n .

Ich werde nur die Grundzüge der Organisation und die neuesten Reformen hier anführen.

Eine entsprechende Uebersicht der Administrativbehörden und ihres Wirkungskreises, ist in einer im Jahre 1851 erschienenen Broschüre von Mally, — und ein ausführliches gründliches Werk, welches die gesetzlichen Bestimmungen über die verschiedenen Zweige der Administration enthält, ist im Jahre 1852 von Dr. Moriz v. Stubenrauch geliefert worden.

Der Minister- und der Reichsrath.

Nach der allerhöchsten Entschließung vom 20. August 1851 hat jeder Minister in seiner Geschäftsabtheilung die oberste Leitung, unmittelbar unter dem Kaiser, zu besorgen. Der Ministerrath, welcher aus der Vereinigung sämmtlicher Minister besteht und einen Präsidenten an der Spitze hat, ist dazu berufen, Gesetze, Verordnungen, Verwaltungsmaximen zu berathen, dem Kaiser vorzulegen, und die kaiserlichen Befehle zu vollziehen.

In der Folge wurde der Ministerrath mit dem Minister-Präsidenten aufgehoben, und es werden nur zeitweise Minister-Konferenzen abgehalten.

Den Ministern ist, nach dem Patente vom 13. April 1851, der Reichsrath an die Seite gestellt, welcher als Rath des Kaisers und der Krone anzusehen ist, vom Kaiser unmittelbar über die wichtigsten Angelegenheiten befragt wird, und so gewissermaßen eine Controlle in der Staatsverwaltung und Gesetzgebung ausübt.

Er besteht aus einem Präsidenten, den Reichsräthen und zeitlichen Theilnehmern an der Geschäftsführung.

Der Nachweisung über die Veränderungen in der Verwaltung der österreichischen Monarchie vom März 1852 bis März 1853 glaube ich eine statistische Uebersicht des Flächeninhaltes und der Bevölkerung der Kronländer vom Jahre 1851 vorausschicken zu sollen, um die Verhältnisse der zur Sprache kommenden Maßregeln anschaulicher zu machen.

Kronländer.	Flächeninhalt. Bevölk.	
	(im Jahre 1851)	
	□ Meilen	Köpfe
Oesterreich unter der Enns	345.76	1,538.047
" ob " "	208.29	706.316
Salzburg	124.71	146.007
Steiermark	390.93	1,006.971
Kärnthén	179.76	319.224
Krain	173.49	463.956
Görz, Gradiska und Istrien	136.69	425.420
Friest sammt Gebiet	1.63	82.596
Tirol und Vorarlberg	500.12	859.706
Böhmen	902.87	4,409.900
Mähren	386.23	1,799.838
Schlesien	89.50	438,586
Galizien s. Krakau	1358.70	4,555.477
Bukowina	181.44	380.826
Dalmatien	222.30	393.715
Lombardie	375.09	2,725.740
Venedig	414.99	2,281.732

Ungarn	3.123.35	7,864.262
Woiwodschaft Serbien und Banat .	521.12	1,426.221
Croatien und Slavonien	318.36	868.456
Siebenbürgen	1.054.79	2,073.737
Militärgränze	583.	1,009.109
Hierzu k. k. Militär		738,624
Summe	11.593.02	36,514.466

Die Administration theilt sich in die äußere und innere Verwaltung.

Erstere ist der Obforge des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten anvertraut.

Letztere theilt sich wieder in die Militärverwaltung, an deren Spitze das Kriegsministerium steht, und in die Civilverwaltung, deren Zweige abgesondert mehreren Ministerien zugewiesen sind.

Das Kriegsministerium ist in neuester Zeit aufgelöst worden; indeß glaubte ich die darauf bezüglichen Angelegenheiten noch unter dieser Rubrik zusammenfassen zu sollen.

Die Civilverwaltung erstreckt sich auf den Schutz des bürgerlichen Lebens in den verschiedenen Beziehungen, in welchen die Staatsverhältnisse darauf Einfluß nehmen. Die Erhaltung der Ordnung und Sicherheit im Innern, Bewahrung des Eigenthumes und der Gerechtsame der Privaten und Corporationen, Hülfsleistung gegen Noth und Gebrechen, Beförderung geistiger und moralischer Cultur, Schutz des Erwerbes, der sich auf den landwirthschaftlichen und Bergwerks-, so wie auf den Gewerbs- und Handelsbetrieb gründet, endlich auf das Land- und Wasserbauwesen.

Für die dießfälligen Geschäfte sind folgende Ministerien aufgestellt worden:

1. Des Innern, welchem eine unmittelbar Se. Majestät dem Kaiser untergeordnete oberste Polizeibehörde zur Seite steht;

2. der Justiz;

3. für Cultus und Unterricht;

4. für Landescultur und Bergwesen. (Dieses wurde in neuester Zeit aufgehoben, und es wurden die Geschäfte desselben vertheilt);

5. für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten.

Endlich ist zum Betriebe und zur Ordnung des Staatshaushaltes

6. das Finanzministerium in Wirksamkeit gesetzt.

Die Ministerien sind nach den verschiedenen Geschäftszweigen in Sectionen abgetheilt, deren jeder ein Sectionschef vorsteht, welchem Ministerial- und Sectionsräthe zugewiesen sind.

Die untergeordneten Behörden sind nicht in gleicher Art abgesondert. Ihre Geschäfte fallen oft in den Bereich mehrerer Ministerien, denen sie sonach in Bezug auf dieselben unterstehen.

Neben den Ministerien besteht noch das General-Rechnungs-Directory, welches sich seit älterer Zeit erhalten hat, das Staats-Rechnungswesen in der ganzen Monarchie überwacht, die Controlle besorgt, Hauptübersichten und Abschlüsse, so wie die nöthigen Behelfe zu den Finanz-Voranschlägen liefert.

Die Angelegenheiten des allerhöchsten Hofes sind den Hofämtern, die Ordensverleihungen sind Sr. Majestät dem Kaiser vorbehalten.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. *

Die auswärtigen Angelegenheiten werden von dem hierzu bestimmten Ministerium besorgt, welches fortwährend die Uebersicht durch die Unterhandlungen mit den fremden Cabineten, und durch Correspondenzen mit den, in fremden Staaten aufgestellten Gesandtschaften und Consulaten erhält.

Gewiß gehört ein besonderer Scharfblick, Welt- und Menschenkenntniß, Studium der Geschichte dazu, um die Aufgabe

zu lösen: die Verhältnisse zwischen fremden Mächten zu übersehen, und die Verbindungen des eigenen Staates mit denselben mit Würde aufrecht zu erhalten. Anderseits hängt die diplomatische Geschäftsführung so nahe mit der innern Administration zusammen, daß die verständige und kraftvolle Leitung der Regtern sehr viel dazu beiträgt, auch im Auslande gehöriges Ansehen zu behaupten und Entschiedenheit und Freimüthigkeit an die Stelle der scheuen Politik treten zu lassen.

Die vorzüglichste Aufgabe ist vor der Hand die Erhaltung des Friedens, des guten Einvernehmens mit den größeren Mächten, ohne die Interessen des Staates zu gefährden, und die nöthigen Vorsichten außer Acht zu lassen.

Zu den wichtigeren diplomatischen Verhandlungen, welche in dem früheren Werke angeführt wurden, sind in neuerer Zeit folgende hinzugekommen: über den Zollverein mit den deutschen Staaten, — über die Umgestaltung der Verfassung in Frankreich, — über die Unruhen in Montenegro und Differenzen mit der Türkei, welche selbst das Abbrechen österreichischer Truppen an die türkische Gränze, — jedoch ohne weitere Consequenzen, — veranlaßten, — über die aus Anlaß der Anfälle gegen das Militär in Mailand verfügte Ausweisung der Tessiner, und Aufstellung eines Militär=Cordons an der Gränze, — über die dießfalls besorgliche Theilnahme der in England sich aufhaltenden Flüchtlinge, — über die von Oesterreich verfügte Beschlagnahme der Güter der politischen Auswanderer aus dem lombardisch-venetianischen Königreiche. Uebrigens sind auch die staatsrechtlichen Angelegenheiten des kaiserlichen Hauses diesem Ministerium zugewiesen.

Demselben unterstehen: die kaiserlichen Botschafter und der Internuntius in Constantinopel, die Gesandten, Minister-Residenten und Geschäftsträger an fremden Höfen, — die Consule, Viceconsule und Agenten an fremden Handelsplätzen in allen Welttheilen, (in Beziehung auf den diplomatischen Verkehr,) — das Haus- und Staats-Archiv, — die orientalische

Academie, die Hofdolmetscher der orientalischen Sprachen, — und die Hof- und Cabinets=Couriere.

Durch Ministerialverordnung vom 21. Jänner 1851 wurde vorgeschrieben, daß zu einer Stelle im Conceptfache, — sei es bei dem Ministerium des Aeußern oder bei einer Mission im Auslande, — Niemand zugelassen werden soll, der sich nicht vorher einer diplomatischen Prüfung unterzieht.

K r i e g s m i n i s t e r i u m . *

Die Organisation des Militärs gehört zu den wichtigsten und complicirtesten Aufgaben für die Regierung, besonders in größeren Staaten.

Es ist gewiß, daß die Macht des Staates vorzugsweise auf dem Heere beruht, daß aber hier nicht bloß die Zahl der Truppen und die physische Stärke entscheidend ist, sondern daß eine moralische Kraft von Oben herab alle Zweige der Verwaltung im Verlande erhalten, und auf die Erzielung der Ordnung und Sicherheit auch im Innern des Staates hinwirken muß, wozu der Militärkörper unmittelbar berufen, und durch seine strenge Haltung und Disciplin, durch den raschen Vorgang in seinen Amtshandlungen vorzugsweise geeignet ist.

Ich glaube hier eine gedrängte Zusammenstellung über die diesfalls in Oesterreich bestehenden Einrichtungen liefern zu sollen.

Zum Dienste des kaiserlichen Hofes bestehen folgende Leibwachen :

1. K. K. Erste Arcieren = Leibgarde.
2. K. lombardisch-venetianische adelige Leibgarde.
3. K. K. Trabanten = Leibgarde.
4. K. K. Leibgarde = Gensdarmarie.

Es sind Verhandlungen im Zuge, um den Garden eine neue Einrichtung zu geben.

* III. 265 u. f. IV. 10.

Nebstdem ist die k. k. Hofburgwache für die Schloßgebäude aufgestellt.

Die oberste Leitung der Militärverwaltung war, nach der allerhöchsten Entschließung vom 16. October 1849, dem Kriegsministerium anvertraut, welches jedoch in Folge der allerhöchsten Entschließung vom 10. Februar 1853 aufgelöst wurde, wornach die fernere Organisirung zu erwarten ist.

Das Armee-Obercommando wird, nach der allerhöchsten Entschließung vom 30. April 1849, unmittelbar von Sr. Majestät dem Kaiser als obersten Befehlshaber geführt.

Bei dem Armee-Obercommando befinden sich: das apostolische Feldvikariat der Heere, die oberfeldärztliche Direction, und das Universal-Kriegszahlamt. Auch sind demselben die besondern Corps und Branchen, von denen unten Erwähnung gemacht wird, zugewiesen.

Unter demselben stehen 4 Armeecommanden zu: Wien, Verona, Ofen und Lemberg, nebst dem General-Commando zu Ugram unter dem Banus von Croatien und Slavonien, (der zugleich Civil- und Militär-Gouverneur ist) — welche Commanden die ganze Armee dirigiren.

Jedem der Armee-Commanden sind besondere Armeecorps in den verschiedenen Provinzen, — zusammen 14 Armee-corps-Commanden zugetheilt.

Zur Leitung der politischen, ökonomischen und Justizgeschäfte bestehen: Landes-Militär-Commanden, 11 an der Zahl, nebst dem Marine-Commando zu Triest.

Den Landes-Militär-Commanden sind: Ober- und Feldkriegskommissariate, Verpflegsämter, Militärgerichte, feldärztliche Directionen, Feldsuperiorate, Zahlämter, Kriegscassen — zugetheilt.

Unter denselben stehen 8 Militär-Commanden, dann Platz- und Festungs-Commanden in 123 Plätzen.

In Bezug auf die Militär-Justizpflege besteht der oberste Militär-Gerichtshof, als höchste Instanz, er wurde durch Verordnung vom 23. December 1848 vom Kriegsministerium

unabhängig erklärt. Unter demselben steht das Militär=Appellationsgericht, und in erster Instanz die Militär=Landes=Commanden (judicia delegata mixta et pure militaria) und die Regiments= und Corpsgerichte (Audi-toriate).

Der Armee stand ist sowohl im Ganzen, als in Bezug auf Truppenabtheilungen, nach dem Kriegs= und Friedens= fuße verschieden.

Die Generalität zählte mit Ende des Jahres 1852: 6 Feldmarschälle, 22 Feldzeugmeister und Generäle der Cavallerie, 107 Feldmarschall=Lieutenants und 139 Generalma-jore in Activität.

Nach der Organisation vom 1. November 1852 besteht die Linien=Infanterie aus 62 Regimentern, von denen das älteste im Jahre 1619 errichtet worden war, und das Regiment Erzherzog Carl immerfort diesen Namen führen soll.

Jedes Regiment hat im Kriegsstande: ein Grenadier=Bataillon, 4 Feldbataillons und ein Depot=Bataillon (letzteres zur Evidenzhaltung und Abrichtung der Urlauber und Rekruten).

Nach dem Friedensfuße fällt das Grenadier=Bataillon weg, und es wird bei jedem Feldbataillon eine Compagnie aufgelöst, an deren Stelle eine Grenadier=Compagnie tritt.

Das Infanterieregiment zählt im Frieden: 5964, im Kriege: 6869, — die 62 Regimenter zusammen im Kriege: 425.258 Köpfe.

Die Jäger bilden ein Tiroler Regiment zu 7 Feldbataillons, mit einer Depots=Abtheilung, dann 25 Felsjäger=Bataillons mit Depots=Compagnien. Gesamtstand 32.534 Köpfe.

Die Cavallerie theilt sich: in die schwere und in die leichte. Zur ersteren gehören: 8 Cuirassier= und 7 Dragoner=Regimenter; zur letzteren: 12 Husaren= und 11 Uhlanenregimenter. Jedes Cavallerieregiment hat eine Depot=Eskadron.

	Mann	Pferde
Jedes Regiment schwerer Cavallerie zählt	1343	mit 1.138
die 15 Regimenter zusammen	20.145	„ 17.070
jedes leichte Regiment	2.037	„ 1.749
die 23 leichten zusammen	46.851	„ 40.227
Totalstand der Cavallerie	66.996	„ 57.297

Die Artillerie * steht unter der k. k. General=Artillerie=Direction. Sie theilt sich:

- a) in die Feld=Artillerie. Sie besteht aus 5 Regimentern, die zusammen 28.195 Köpfe zählen, mit 120 Batterien oder 960 Geschützen, und dem Raketen-corps zu 4053 Mann, mit 180 Geschützen.
- b) Die Festungs=Artillerie mit 8 Bataillons, welche circa 10,400 Mann ausmachen.
- c) Die technische Artillerie mit 10 Detaschements, 4532 Köpfe zählend. Dazu gehört: die Zeug=Artillerie, mit 2121 Köpfen, — Raketenanstalt mit 490 Köpfen, — Gewehrfabrik mit 353 Köpfen; — Zeugverwaltung mit 1568 Köpfen.

Gesamtstand der Artillerie: annähernd 47.168 Mann.

Die Militärgränze ** erhielt durch allerhöchste Entschließung vom 23. Juli 1851 eine neue Verfassung. Sie ist durchaus militärisch verwaltet. Die militärische Eintheilung bildet auch die administrative.

Sie steht unter Landes= und Brigade=Commanden, wovon die letzteren als Aufsichtsbehörden fungiren, und ist in Regiments=Commanden abgetheilt, welche wieder in Compagniebezirke zerfallen.

Freie Militär=Communitäten sind zwölf, von den Regiments=Commanden unabhängige Städte, welche eigene Magistrate haben. In Zengg besteht noch außerdem ein Hafen=

* Oesterr. Militär=Almanach für 1853 von Dub.

** III. 130 u. f. f. 14. 23. Ueber die Verfassung derselben habe ich nähere Daten aus dem gediegenen Werke des Reichsrathes B. Sieplinger geschöpft.

amt und ein Seesantitäts-Magistrat, mit welchem das Merkan-
til- und Wechselgericht vereinigt ist.

Für das Forst- und Bauwesen sind eigene Gränz-, Wald-
und Baudirectionen, — für das Schulwesen sind bei jedem
Regimente Schulcommissionen, bei den Landescomman-
den Schuldirectoren aufgestellt.

Zum persönlichen Waffendienste sind in der Regel alle männ-
lichen Gränzbewohner verpflichtet. Die Stellung zu den Feld-
bataillons, zur Gränz-Artillerie, zu den Serezaner- und Rei-
tereidivisionen geschieht aus den Regimentsbezirken und Commu-
nitäten. Die Reserve-Bataillons werden durch Transferirung
der Aeltesten aus dem Dienststande jährlich ergänzt.

Landes-Commanden sind:

A. Das kroatisch-slavonische zu Agram. Dazu gehö-
ren: 10 Regimenter, 7 Militär-Communitäten.

B. Das banatisch-serbische zu Temeswar, wozu
4 Regimenter, ein Tzaisisten-Bataillon, 5 Militär-
Communitäten gehören.

Zufolge allerhöchster Entschließung vom 22. Jänner 1851
wurde das Militär-Gränzinstitut in Siebenbürgen
aufgehoben, und angeordnet, daß — statt der bisherigen 5 Sie-
benbürg. Gränzregimenter — 4 Linien-Infanterieregimenter,
und ein Husarenregiment errichtet werden sollen.

Die k. k. Armee zählt 14 Gränz-Infanterieregimenter und
das Titler Infanterie-Bataillon, nebst 2 Bataillons im Militär-
Gränzcordon in der Bukowina. Jedes Gränzregiment hat
2 Feld- und ein Reserve-Bataillon. Die Feldbataillons sind in
12, die Reserve-Bataillons in 4 Compagnien abgetheilt. Das
Regiment zählt: 3847 Köpfe, die 14 Regimenter zusammen,
mit dem Titler Bataillon: 55.200 Mann.

An der Gränze gegen die Türkei sind fortwährend Wach-
kordons zum Schutze gegen die Pestgefahr in größerer oder
minderer Stärke aufgestellt, zu deren Unterkunft Wachhäuser
(Kordons-Schutzhäuser) errichtet werden.

In Triest ist das Corps der Territorial-Miliz aufrecht erhalten worden.

Besondere Corps in der Armee sind:

1. Die zufolge allerhöchster Entschlieſung vom 18. Jänner 1850 errichtete Gensd'armie, welche in allen Kronländern ganz auf militärischen Fuß organisirt wurde.

Sie besteht aus 16 Regimentern, jedes zu circa 1000 Mann, mit einem General-Inspector an der Spitze. Ihr Wirkungskreis ist die Polizeiaufsicht in ausgedehntester Beziehung, daher sie auch mit den Civilbehörden in naher Verbindung steht. Dazu kommen noch: die Militär-Polizeiwachcorps zu Wien, Prag, Lemberg u. s. w.

Die Aufstellung der Gensd'armie im Gränzbezirke wurde durch allerhöchste Entschlieſung vom 25. December 1851 angeordnet. Sie wird von einer eigenen Inspection geleitet, und steht in demselben Verhältnisse, wie in den übrigen Provinzen, zu den obersten Militär- und Civilbehörden.

2. Das Marine-Obercommando zu Triest, welchem die Kriegsmarine untergeordnet ist. Es erhielt im November 1851 eine neue Organisation. An der Spitze steht der Obercommandant, dem ein Admiraltätsrath beigegeben ist, dessen Geschäfte in 7 Departements vertheilt sind.

Die Kriegsschiffe werden von Linienfahr-, Fregatten- und Corvetten-Capitänen commandirt. Die Mannschaft besteht: aus dem Matrosencorps, dem Marine-Artilleriescorps, — dem Marine-Geniescorps und einem Marine-Infanterieregiment, wozu noch 3 Sanitäts- und 6 Garnisons-Bataillons kommen.

Im Jänner 1852 ist ein neues allgemeines Reglement für die See-Sanitätsverwaltung publicirt worden.

Das neu errichtete Marine-Schiffsbaucorps wird von einem militärisch abgesonderten Officierskörper der Marine gebildet, welcher dem jeweiligen Marine-Oberbefehlshaber untergeordnet ist.

Zufolge allerhöchster Entschlieſung vom 13. October 1852 ist das Commando auf allen österreichischen Kriegsschiffen in

deutscher Sprache (wie es auch bei den Landtruppen besteht) eingeführt worden.

Mit Schluß des Jahres 1852 war der Stand der österr. Marine: 6 Fregatten mit 215 Kanonen, — 5 Corvetten mit 94 Kanonen = Briggs, jede zu 16 Kanonen u. m. a. — zusammen: 104 Fahrzeuge mit 744 Kanonen.

3. Das Pioniercorps, das aus dem Stab und 4 Bataillons mit 24 Compagnien zusammengesetzt ist, und 5682 Mann zählt. Eine Brückenequipage führt auf 15 Brückemwägen das Materiale zu einer 28 Schuh langen Brücke. Die Bespannung wird vom Fuhrwesen gestellt. Mit dem Pioniercorps ist das Flotillencorps, welches im Jahre 1848 errichtet wurde, unter einem Commando vereinigt.

4. Das Militär = Fuhrwesenscorps, welches einen eigenen Commandanten hat.

5. Das Geniecorps, unter dem Befehle der Geniedirection. Es besteht aus dem Stab und 2 Regimentern, dann den Mineurs- und Sappeurscorps. Der Stab zählt: 8 Generäle, 37 Stabs- und 133 Oberoffiziere, die ganze Genietruppe: 11,116 Mann.

Besondere Branchen in der Armee sind:

a) Der Generalquartiermeisterstab, zur Operationskanzlei Sr. Majestät des Kaisers gehörig. Er besteht: aus höheren Generälen, Stabs- und Oberoffizieren, an deren Spitze der Generalquartiermeister sich befindet. Er leitet die Mappirungs- und Vermessungsgeschäfte. Demselben ist auch das Kriegsarchiv, dann das militärisch-geographische Institut (unter besonderen Directoren) zugewiesen. Zu dem letzteren gehört: das Triangulirungs- und Kalkül-Büreau, und die militärische Zeichnungskanzlei.

b. Die Militär-, Gestüts- und Remontirungs-Branchen.

c) Die Militär-, Monturs- und Deconomie-Commissionen.

d) Die Feuergewehr-Fabrikdirectionen.

- e) Die Verwaltungen in den Invalidenhäusern.
- f) Die Militär=Inspectionen in den Badeorten.
- g) Die Militär=Medikamenten=Regie.
- h) Die Contumaz=Anstalten.

i) Das Thierarznei=Institut, welches im April 1852 der Militärverwaltung zugewiesen wurde.

Die Herstellung von Festungswerken, Kasernen, Arsenälen, und Zeughäusern ist in neuerer Zeit mit besonderer Thätigkeit betrieben worden.

Bemerkenswerth ist der Arsenalbau außer der Belve=derlinie bei Wien, der im Jahre 1852 beendet wurde. Die aufgeführten Gebäude nehmen einen Raum von circa 100.000 Quadratklaster ein. Sie sind eingerichtet: zur Unterbringung des Waffenumseums, einer Gewehrfabrik, der Stuckgießerei und Kanonenbohrerei, — beide letzteren mit Dampf betrieben. Die damit verbundenen Kasernen sind für 5000 Mann zugerichtet, — ferner der Bau des Arsenaals in Muggia, — im März 1852 begonnen.

Die Militär=Unterrichts= und Bildungs=Anstalten haben durch allerhöchste Entschließung vom 12. Februar 1852 eine neue Organisation erhalten, und wurde die oberste Leitung derselben dem Armee=Oberkommando übertragen, bei welchem ein eigenes Departement dafür besteht.

Dahin gehören:

12 Unter=Militär=Erziehungshäuser.

12 Ober „ „

4 Cadeten=Institute.

4 Akademien.

In den ersteren, in welchen Kinder, vor allem Waisen verdienter Militärs, im 7. Lebensjahre aufgenommen werden, ist ein vierjähriger Lehrkurs; nach Vollendung desselben treten die vorzüglichsten Zöglinge in die Cadeten=Institute, die andern in die Ober=Erziehungshäuser über, in welchen ein vierjähriger Lehr= und ein zweijähriger practischer Kurs stattfindet; nach Beendigung des Lehrkurses wird eine Anzahl Zöglinge

in die Cavallerie-, Artillerie-, Genie-, Pionier- (Stabs-) Schulen übersezt. Der practische Kurs ist für die Infanterie bestimmt, und wird, nach der allerhöchsten Entschließung vom 23. März 1852, statt 12, in 3 Instituten vereinigt, woselbst sie je eine Compagnie zu formiren haben, wornach die Geeigneten als Corporäle oder Gefreite, die übrigen als Gemeine austreten.

Aus den Cadeten-Instituten, welche zur Vorbereitung für den militärisch-wissenschaftlichen Unterricht bestimmt sind, treten die hierzu geeigneten in eine der 4 Akademien über, nämlich:

1. Die Wien Neustädter-Akademie.

2. Die Genie-Akademie.

3. Die Artillerie- „

4. Die Marine- „

Der Lehrkurs in allen 4 Akademien dauert 4 Jahre. Aus der ersten treten die absolvirten Schüler in die Infanterie oder Cavallerie als Lieutenants 2. Classe, — aus der zweiten zu den Genie-Truppen oder Pionieren, — aus der dritten als Artillerie-Lieutenants zweiter Klasse, aus der vierten als Marine-Cadeten, — zur Armee über.

In die 2. und 3. Akademie werden auch die besten Schüler aus den Stabschulen der Artillerie, der Genie-Truppen, und der Pioniere als Frequentanten zugelassen.

In den Militär-Erziehungshäusern wird die Zahl der Aerial-Böglinge auf 3000, jene der zahlenden Böglinge auf 600 festgesetzt.

In den Cadeten-Instituten und Akademien beläuft sich die Gesamtzahl auf 1680, — worunter 959 Ganz- und 200 Halb-Freiplätze für Offiziers-Söhne.

Für die weibliche Jugend besteht das Offiziersstöchter-Bildungs-Institut zu Hernals bei Wien.

Auch bestehen zahlreiche Privatsiftungen für Militär-Wittwen und Waisen.

In der Militärgränze sind 3 Militärgränz-Erziehungshäuser, welche in die Kategorie der Ober-Erziehungshäuser gehören, jedes zu 150 Böglingen.

5 Gränz = Stabschulen, jede zu 80 Zöglingen.

Die höheren Militär = Lehranstalten sind:

1. Das Militär Lehrer = Bildungs = Institut, welches die Bestimmung hat, Lehrer für die Erziehungsschulen zu bilden.

2. Das Central = Equitations = Institut, als oberste Lehranstalt für die Cavallerie.

3. Der höhere Artillerie = und Genie = Kurs. Dieser ist der 5. Jahreskurs, in welchen die besonders fähigen Zöglinge der Artillerie = und Genie = Akademie noch treten können.

4. Die Kriegsschule, welche die Bestimmung hat, Officiere aller Waffen für höhere Chargen, vorzugsweise aber für den Generalstab, heran zu bilden. Officiere, welche das 26. Lebensjahr nicht überschritten, und 2 Jahre gedient haben, werden nach vorläufiger Prüfung in dieselbe aufgenommen. Der Lehrkurs dauert zwei Jahre. Die Kriegsschule in Wien wurde am 16. November 1852 eröffnet.

In Bezug auf die Militär = Gerichtsbarkeit wurde der Umfang derselben durch Patent vom 22. December 1851 bestimmt. Die Strafgerichtsbarkeit wird in eine ordentliche und außerordentliche abgetheilt. Der ersteren unterliegen alle zum Militärstande gehörigen Individuen, — der letzteren auch Civilpersonen, welche sich der im Gesetze bezeichneten strafbaren Handlungen gegen die Kriegsmacht schuldig machen. In bürgerlichen Rechtsachen unterstehen in der Regel den Militärgerichten jene Personen, welche der ordentlichen Militär = Gerichtsbarkeit in Strafsachen zugewiesen sind.

Der zur Zeit der Revolution in der österreichischen Monarchie angeordnete Belagerungszustand, wodurch dem Militär unmittelbares Einschreiten und Executiv = Maßregeln bei Widerseßlichkeit gegen die Regierung und Empörungen eingeräumt wurde, — ist zwar in einem großen Theile der Monarchie noch nicht aufgehoben. Indessen sind seit 1. September 1852 die Preßvergehen der Militär = Jurisdiction entzogen, und den ordentlichen Gerichten zugewiesen worden.

Die Civil-Administration hat vorzüglich in folgenden Beziehungen auf den Militärkörper Einfluß zu nehmen.

In Bezug auf die Widmung und Stellung zum Militär. Es wird zu diesem Behufe eine allgemeine Conscriptio n (Volkszählung und Beschreibung) und von Zeit zu Zeit eine Revision derselben vorgenommen, welche im Allgemeinen zum Zwecke hat, die Staatsverwaltung mit der Volksmenge nach ihren wichtigsten natürlichen, bürgerlichen und ökonomischen Verhältnissen bekannt zu machen.

Im Jahre 1850 wurde dießfalls ein gleichförmiges Benehmen für alle Kronländer vorgezeichnet. Die Aufnahmen geschehen gemeinschaftlich von Militär- und Civil-Organen von Haus zu Haus, — von Ort zu Ort, — mit Rücksicht auf die Abtheilung in Verbbezirke, wornach Sections-, Bezirks-, Orts-Summarien, Landes-Totalien zu Stande gebracht werden; zugleich werden auch Viehstands-Tabellen geliefert.

Mit allerhöchster Entschließung vom 2. Februar 1852 wurde die Conscriptio ns- und Enrollirungsnorm für die kroatisch-slavonische, und serbisch-banatische Militärgrenze kundgemacht. Es werden eigene Commissionen bestellt, um die Conscriptio n nach Ortschaften, Communitäten, Compagnie- und Regiments-Bezirken (inklusive des Ezakisten-Bataillons) aufzunehmen, und Summarien zu verfassen, aus welchen das Generalats-Conscriptio ns-Summarium zusammen gezogen wird.

Die Hauptconscriptio n wird alle 5 Jahre, die Rectifikation alle Jahre vorgenommen. Die Stellung zum Militär geschieht durch die Rekrutirung und ist die Dienstzeit auf 8 Jahre bestimmt, was die Capitulationsdauer genannt wird. Bisher erfolgte, nach Ablauf derselben, der Uebertritt zur Landwehr, allein zufolge Patentes vom 31. Juli 1852 wurde das Landwehr-Institut aufgehoben, und eine Reserve für alle Kronländer (mit Ausnahme der Militärgrenze) errichtet.

Jeder Soldat, der die vorschristmäßige Dienstzeit vollbracht hat, ist noch durch zwei Jahre reservepflichtig bei dem

Militärkörper, dem er angehörte, und muß sich bei jedesmaliger Einberufung stellen.

Während eines Krieges findet weder eine Uebersehung in die Reserve, — noch eine Entlassung aus derselben statt. Diejenigen, welche die Befreiungstaxe erlegen, unterliegen der Reserveverpflichtung nicht.

Das Reservestatut hat mit 1. November 1852 in Wirksamkeit zu treten.

Unterm 17. October 1852 wurde dießfalls eine eigene Instruction erlassen.

Die Reserve bildet ein Viertel der Armee durch alle Corps, und erstreckt sich auf alle Provinzen, während die Landwehr nur aus Infanterie gebildet war, und in den ungarisch = siebenbürgischen Ländern gar nicht bestanden hatte. Es ergibt sich aus dieser Maßregel: Ersparung für die Finanzen, und die Thunlichkeit, im Nothfalle augenblicklich die Cadres der Armee zu ergänzen.

Die Rekrutirung wurde mit Patent vom 9. Februar 1852 auch auf die bis dahin befreiten Städte: Buccari, Fiume und Triest ausgedehnt. Für Triest wurde dieselbe durch allerhöchste Entschließung vom 10. März 1852 noch auf 6 Jahre verschoben.

Die Capitulationsdauer von 8 Jahren wurde mit Patent vom 19. April 1850 auch für die ungarisch = siebenbürgischen Länder, und eben so mit Patent vom 2. Februar 1852 für Dalmatien festgesetzt, wo zugleich die Rekrutirung für den Dienst zu Wasser und zu Lande, — (in der Regel die Stellung zum Matrosencorps) — eingeführt wurde.

Die Ergänzung der Armee sollte, vom Jahre 1853 an, in folgendem Verhältnisse aus den einzelnen Provinzen stattfinden:

Aus Galizien für 11 Infanterieregimenter, 2 Jägerbataillons, 2 Dragoner-, 6 Uhlanenregimenter.

„ Böhmen: 7 Infanterieregimenter, 6 Jägerbataillons, 4 Kürassier-, 2 Dragoner- und 2 Uhlanenregimenter.

- Aus Mähren und Schlesien: 4 Infanterieregimenter, 4 Jägerbataillons, 1 Kürassier- und 1 Dragonerregiment.
- „ Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg: 4 Infanterieregimenter, 6 Jägerbataillons, 2 Kürassier-, 1 Dragonerregiment.
- „ Steiermark und Kärnthen: 3 Infanterieregimenter, 2 Jägerbataillons, 1 Kürassier-, 1 Dragonerregiment.
- „ Tirol: 1 Jägerregiment.
- „ Krain und Küstenland: 2 Infanterieregimenter.
- „ Lombardisch-venetianisches Königreich: 9 Infanterieregimenter, 3 Jägerbataillons, 1 Dragoner-, 2 Uhlanenregimenter.
- „ Ungarn: 14 Infanterieregimenter, 9 Husarenregimenter.
- „ Siebenbürgen: 4 Infanterieregimenter, 1 Jägerbataillon, 1 Husarenregiment.
- „ Serbische Wojwodschafft und Banat: 3 Infanterie-, 2 Husarenregimenter.
- „ Croatien und Slavonien: 1 Infanterie-, 2 Uhlanenregimenter.
- „ Dalmatien: 1 Jägerbataillon.

2. In Bezug auf die Militär-Einquartirung. Dieselbe ist durch kaiserliche Entschließung vom 5. Mai 1851 geregelt worden. Die Vertheilung der Truppen wird von dem obersten Militär-Commando angeordnet. Die Leitung des Einquartirungsgeschäftes steht den politischen Behörden zu.

Die Einquartirung ist dauernd, wenn sie wenigstens auf ein Vierteljahr gefordert wird, — sonst Durchzugseinquartirung. Erstere geschieht in der Regel in Casernen und Quasicasernen, letztere in Privatgebäuden, wo die Militärs nach der neueren Einleitung in contractmäßig gemietheten Quartieren untergebracht werden, wornach die individuelle Beforgung für die Hauseigenthümer entfällt.

Durch Ministerialverordnung vom 21. April 1852 wurden die Modalitäten zur Ermittlung der zehnjährigen Militär-Unterfunst-Zinse, und der Vergütung für die Einrichtung, für alle

Kronländer, — mit Ausnahme der Militärgränze, — vorgezeichnet.

3. In Bezug auf die Truppen=Durchzugs=Verpflegung. Ich glaube hier die, durch Ministerialerlaß vom 23. Mai 1852 angeordneten, Vergütungspreise für die Truppendurchzüge im Militärjahr 1853 anführen zu sollen, weil sie annähernd das Verhältniß der Preise der Lebensmitteln in den verschiedenen Ländern entnehmen lassen.

Die Vergütungspreise für die, von dem Quartiersträger dem Manne vom Feldweibel abwärts verabreichte, Mittagskost wurden per Tag bestimmt:

Für Niederösterreich	mit 8	fr. C. M.
„ Oesterreich ob der Enns	6	„ „
„ Tirol	9	„ „
„ Küstenland, Triest u. Dalmatien	4	„ „
„ Lombardisch-venetianisches Königr.	9	„ „
„ Galizien	4 u. 5	„ „
„ die übrigen deutsch-slavischen Prov.	7	„ „
„ Ungarn, Serbien, Croatien, Sla-		
vonien	5	„ „
„ Siebenbürgen	4	„ „

4. In Bezug auf die Militärentlassung, in so ferne dieselbe wegen Antrittes einer Bauernwirthschaft angesucht wird, worüber Berathung von einer gemischten Civil- und Militär-Commission zu pflegen ist.

Ministerium des Innern.*

Dieses Ministerium hat eine weit umfassende Aufgabe. Nach den allerhöchsten Entschliefungen vom 26. Juni 1849 und 14. April 1850 sind ihm die politischen und Polizeigeschäfte anvertraut. Zu denselben gehört: Die Kundmachung und Vollziehung der Geseze, — die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung und Ruhe, — Schuß gegen Noth, Lebensgefahr und Unfälle, — Oberleitung der Gemeindeangelegenheiten, — Oberaufsicht über

* III. 99 u. f. f. IV. 4—5.

Conscriptions-, Rekrutirungs-, Militär-Einquartirungs- und Vorspanns-Geschäfte, über Stiftungssachen, über Wohlthätigkeits-, Sanitäts-, Armen- und andere öffentlichen Anstalten, die Beförderung der Geisteskultur, der Moralität, des Gemeinwohles im Allgemeinen im ganzen Umfange des Reiches.

Sein Wirkungskreis greift mittel- oder unmittelbar in alle Zweige der Verfassung und öffentlichen Verwaltung ein, und ergänzt jenen der übrigen Ministerien; insbesondere ist bei Verhandlungen in Streitfällen und Strassachen keine sehr scharfe Grenzlinie zwischen der Eignung zu dem politischen oder Justiz-Verfahren gezogen, für welches letzteres besondere Formalitäten vorgeschrieben, und eigene Gerichte bestellt sind.

Zugleich vertritt dieses Ministerium die Stelle des obersten Lehenshofes.

Die Polizeigeschäfte sind in neuester Zeit von diesem Ministerium getrennt, und ist für dieselben eine eigene oberste Polizeibehörde errichtet worden.

Dagegen wurden die Land- und Forstwirtschafts-Gegenstände, für welche, in Verbindung mit dem Bergwesen, bis jetzt ein eigenes Ministerium bestanden hatte, — dem Ministerium des Innern zugewiesen.

Die Organisirung der diesem Ministerium unterstehenden Behörden in sämmtlichen Kronländern (mit Ausnahme Ungarns, und des lombardisch-venetianischen Königreiches) ist durch allerhöchste Entschließung vom 14. September 1852 festgesetzt worden.

Zu dem Wirkungskreise derselben gehören, in angemessenen Abstufungen, nebst den oben angeführten politischen Geschäften, auch mehrere der obersten Polizeibehörde zugewiesene Geschäfte, ferner: kirchliche Angelegenheiten, Unterrichtswesen, Gewerb- und Handelsachen, Landeskultur-, Bausachen, Steuerachen, gerichtliche Geschäfte, — in welcher Beziehung sie den Weisungen und Entscheidungen den betreffenden Ministerien in letzter Instanz nachzukommen haben.

Die Statthaltereien sind die obersten politischen Verwaltungsbehörden des ihnen zugewiesenen Kronlandes. Sie bilden ein Gremium, das aus einer angemessenen Zahl von Räten unter dem Präsidium des Statthalters besteht.

In den Kronländern, welche in Kreise eingetheilt sind, bestehen Kreisbehörden, als Oberbehörde in dem ihnen zugewiesenen Gebiete, und als Mittelinstanz zwischen den Statthaltereien und den Unterbehörden, nämlich: den Bezirksämtern, und sonstigen für einzelne Geschäftszweige bestehenden Verwaltungen.

In den Kronländern, welche nicht in Kreise abgetheilt sind, haben politische Landesregierungen unter dem Vorsitze eines Landespräsidenten zu bestehen. Dieselben vertreten in erster und zweiter Instanz sowohl die Stelle der Kreisbehörden, als auch der Statthaltereien.

Hiernach haben Statthaltereien: zu Wien, Linz, Innsbruck, Graz, Triest, Zara, Agram, Prag, Brünn, Temeswar und Herrmanstadt, — Landesregierungen: für die Kronländer: Kärnthen, Krain, Schlesien, Salzburg und die Bukowina, und zu Krakau für den westlichen Theil von Galizien zu bestehen.

Bei den Statthaltereien sollen die wichtigeren Gegenstände in Rathssitzungen vorgetragen werden. Der Statthalter ist jedoch nicht an den Beschluß der Stimmenmehrheit gebunden, und muß nur in gewissen Fällen, wenn er von demselben abweicht, die Anzeige an das Ministerium erstatten.

Für alle Personalangelegenheiten der Bezirksbeamten, welche sich in dem Verwaltungsgebiete der Statthalterei befinden, als: Dienstbesetzungen, Bestimmung der Dienstgebühren, Verhängung von Strafen u. s. w. ist eine, aus einer gleichen Zahl von Räten des Oberlandesgerichtes und der Statthalterei zusammengesetzte Commission bleibend zu bestellen.

Die Kreisbehörden sind den politischen Landesbehörden, in Angelegenheit der directen Besteuerung aber den Steuer-Landesbehörden untergeordnet.

Unter ihnen stehen die Bezirksämter, in so weit es deren politischen Wirkungskreis betrifft, — die politischen Aemter jener Städte, welche keinem Bezirksamte, und nicht unmittelbar der Statthalterei untergeordnet sind; die Verwaltungen jener Anstalten und Fonde, welche insbesondere ihrer Oberleitung zugewiesen sind; endlich die für den öffentlichen Sanitäts- und Baudienst bestellten Beamten.

Die Kreisbehörde hat auch in Betreff der Justizpflege bei Ueberwachung der Bezirksämter, dann in Steuerfachen, theils einen inspicirenden, theils einen ausübenden Einfluß zu nehmen.

Die Kreisbehörde hat einen Vorsteher und mehrere Commissäre, worunter ein stellvertretender dem Vorstande zunächst steht.

Dem Vorstande zugewiesen sind ferner: Steuerinspectoren und Unterinspectoren, welche vom Finanzministerium über Vorschlag der Steuer-Landesbehörde, dann technische Beamte (Baubeamte), welche vom Handelsministerium ernannt werden.

Die Bezirksämter sind die untersten Behörden in der politischen Geschäftsabtheilung. Sie stehen, je nach Verschiedenheit der Angelegenheiten, unter der höheren politischen oder Gerichts- oder Steuerbehörde.

Sie haben einen Bezirksvorsteher, welchem Adjuncten und Actuare beigegeben sind. In Bauangelegenheiten haben sie den Baubeamten, in dessen Bezirke sie sich befinden, zu verwenden.

Die Bezirksämter fungiren in der Regel zugleich als Bezirksgerichte in Civil- und Strassachen, oder wo dieß nicht der Fall ist, haben sie die von den Gerichtshöfen angesonnene Mitwirkung zu den dießfälligen Amtshandlungen zu leisten. Bei jenen Bezirksämtern, deren Vorsteher die Befähigung für das Richteramt nicht besitzen, ist die judicielle Ge-

schäftsführung von einem hierzu geeigneten Adjuncten selbstständig zu versehen.

Die Bezirksämter haben auf Catastral- und Steuergeschäfte gleichfalls Einfluß zu nehmen, zu welchem Ende ihnen untergeordnete Steuerämter beigegeben sind.

Nur in größeren, besonders bezeichneten Orten werden für die abgesonderte Beforgung der politischen Verwaltung, der Justizangelegenheiten und der Steuer- und Cassengeschäfte, selbstständige Aemter bestellt.

Für den Wirkungskreis und die Geschäftsführung aller hier angeführten Behörden sind besondere Instructionen erlassen worden.

Die Durchführung der Organisirung der politischen und Gerichtsbehörden nach den obigen Bestimmungen, insbesondere die Feststellung der Gebietseinteilung, die Ausmittlung der Standorte der Behörden, die Bestimmung des Personale der Behörden, — ist durch allerhöchste Entschließung den Ministern des Innern, der Justiz, und der Finanzen überlassen worden.

Behufs der Organisirung der Bezirksämter, der Kreisbehörden und der Gerichtsstellen erster Instanz, wurde für jedes Kronland, unter der Leitung des Landescheß eine, aus einer gleichen Anzahl Mitglieder aus dem Stande der Justiz- und der politischen Verwaltung, dann einem Finanzbeamten bestehende, Commission zusammengesetzt.

Durch allerhöchste Entschließung vom 10. Jänner 1853 wurden die politischen Behörden in Ungarn in gleicher Art, wie in den übrigen Kronländern, insbesondere mit dem gleichen Einflusse auf das Steuer- und öffentliche Bauwesen, bloß mit einigen Modificationen, organisirt.

Ueberhaupt ist bei der neuen Organisirung das Bestreben anerkennungswerth, Gleichförmigkeit in den verschiedenen Kronländern zu erzielen, und die politischen Behörden so nahe als möglich mit den Justizämtern zusammenzustellen.

Die Statthaltereı ist die oberste Verwaltungsbehörde im Königreich Ungarn, an deren Spitze steht der Statthalter,

welcher zugleich Civil- und Militär-Gouverneur ist, und die oberste Leitung der Polizei im ganzen Königreiche führt.

Die Statthalterei ist mit gleicher Wirksamkeit wie in den übrigen Kronländern ausgestattet. Sie zerfällt in 5 Abtheilungen nach den Landesdistricten, welche als politische Landesbehörden fungiren, deren jede einen Vicepräsidenten zum Vorstande, und deren Verwaltungsgebiet zugleich einen Ober-Landesgerichtsprengel zu bilden hat.

Denselben sind zunächst die Comitatsbehörden in 44 Comitaten untergeordnet. Die Comitatsbehörden sind für ihr Verwaltungsgebiet politische Ober- und gegenüber der Statthalterei: Mittelbehörde. Für die Angelegenheiten der directen Besteuerung sind Steuerbeamten, für Bausachen: Baubeamten zugewiesen.

Den Comitatsbehörden liegt die Oberleitung der Conscription und Rekrutirung im Comitate, — so wie die Mitwirkung und Anordnung in Angelegenheiten der Vorspannsleistung, der Verpflegung und Einquartirung des Heeres ob. In Betreff der Justizpflege ist ihnen ein indirecter Einfluß durch Ueberwachung der Stuhlrichterämter in Bezug auf Grundbuchsführung, Waisen-Vermögensverwaltung u. s. w. eingeräumt.

Unter denselben stehen die Stuhlrichterämter, in so weit es deren politischen Wirkungskreis betrifft, mehrere eigens bezeichnete Städte und sonstige Verwaltungsorgane.

Die Stuhlrichterämter sind die untersten landesfürstlichen Behörden in Verwaltungs- und Justizgeschäften.

Bei jenen, deren Vorsteher die Befähigung zum Richteramte nicht besitzen, ist die judicielle Geschäftsführung von einem dazu bestellten Adjuncten selbstständig zu besorgen.

In Siebenbürgen steht: der Gouverneur, — in Croatien und Slavonien: der Banus, — in Serbien und dem Temeser-Banate: der Vice-Woynode an der Spitze der politischen Verwaltung.

Um sich der gehörigen Eignung der Bewerber um Staats-

dienste zu versichern, müssen sich dieselben, zufolge Verordnung vom 30. Juli 1850, vorläufig einer theoretischen Prüfung, wozu eine eigene Commission aufgestellt ist, unterziehen. Sie zerfällt in drei Abtheilungen: 1. die allgemeine, 2. die staatsrechtlich-administrative, 3. die judicielle.

Durch nachgefolgte allerhöchste Entschließung vom 27. April 1852 wurde den Kandidaten aus den ungarisch-siebenb. Kronländern die Prüfung aus der ersten Abtheilung nachgesehen, auch werden die Studierenden, welche von den Universitäten zu Pavia und Padua mit gutem Fortgange austreten, zur Praxis ohne Staatsprüfung zugelassen.

Zu den wichtigeren Geschäften dieses Ministeriums gehört die, mit der Aufhebung der Patrimonial-Gerichtsbarkheit im ganzen Umfange des Reiches in Verbindung stehende Grundentlastung, d. i. Enthebung von unterthänigen Abgaben und Leistungen, und die Ausmittlung der dafür zu leistenden Entschädigung.

Die hierüber aufgestellten Grundsätze sind in meinen früheren Werken * umständlich enthalten.

Die Entschädigung wird in der Regel: mit einem Drittel von dem Verpflichteten, mit einem Drittel aus Landesfonds, geleistet, mit dem letzten Drittel vom Berechtigten als Steuer getragen.

Für die hierunter begriffenen Veränderungsgebühren wird vom Staate die Entschädigung geleistet. Für besonders bezeichnete Schuldigkeiten ist die Entschädigung von dem Verpflichteten allein zu tragen; für Bezüge und Vorrechte, die bloß aus der Gerichtsbarkheit und dem Patronats-Verhältnisse hervorgingen, wird keine Entschädigung geleistet.

Die Einzahlung geschieht in 40 Jahresraten, welche das Interesse zu 5 Percent und angemessene Beträge, zur allmählichen Tilgung des Kapitals ausmachen.

In jedem Kronlande wurde zufolge allerh. Entschließung vom

* III. 49—56. IV. 14—15.

25. September 1850 zur Sammlung der einzuzahlenden Beträge ein Entschädigungsfond gegründet, welcher einer eigenen Fondsdirection zur Verwaltung zugewiesen wurde. Die Berechtigten erhalten Obligationen über die ihnen zustehenden Forderungen, bei deren Berichtigung auch die Ansprüche der Hypothekar = Gläubiger berücksichtigt werden. Bei Bezugsrechten, die als Lehen besessen wurden, hat der Lebensverband, nach der Ministerialverordnung vom 12. Jänner 1853, fortan auf den Entschädigungs = Capitalien zu haften.

Durch Patent vom 12. März 1851 wurde die Durchführung der Grundentlastung auch im Gebiete des ehemaligen Freistaates Krakau angeordnet.

Die oberste Leitung des ganzen Grundentlastungsgeschäftes, und die Entscheidung in letzter Instanz über die dabei vorkommenden Fragen, steht den Ministerien des Innern, der Justiz und der Finanzen zu. In jedem Lande wurde zur Durchführung dieser Maßregeln eine Landescommission aufgestellt, welcher mehrere Bezirkscommissionen untergeordnet sind.

Insbefondere wurden durch Ministerialverordnung vom 6. Februar 1853 zur Ausmittlung der provisorischen Entschädigung, welche den zum Bezuge des Vergzehents befugt gewesenen Grundherren in Böhmen, Mähren und Schlesien zu leisten war, besondere Commissionen aufgestellt.

Es sind in diesem Geschäftse bedeutende Fortschritte gemacht worden, jedoch die Vollendung noch in ferne Aussicht gestellt, da die übergroße Mannigfaltigkeit der Gaben und Leistungen, die schwankenden Bestimmungen über das Maß der Schuldigkeit, die Distinctionen zwischen den ablösbaren, zwischen jenen, wofür bloß eine billige Entschädigung, dann jenen, wofür keine Entschädigung gebührt, endlich die schwierige Werthsausmittlung, — bedeutende Hindernisse in den Weg legen.

In dem Berichte der Brünnener Handels- und Gewerbekammer für das Jahr 1851 wird ausgesprochen: „Folge der Grundentlastung werde die rationellere

„Verwendung der Arbeitskräfte, und die veränderte Theilung der Arbeit sein. Der Uebergang zu einer höheren Cultur, und Ausbeutung des Bodens, der sie bedingt, werde die von der Natur gebotenen Schätze in reicher Weise zu Tag fördern, und dem Staate unverfiegbare Hülfquellen eröffnen.“

Durch Patent vom 2. März 1853 ist die Regulirung der Rechtsverhältnisse nach Auflösung des Urbarialverbandes und der grundherrlichen Jurisdiction in Ungarn, dem Königreiche Croatien und Slavonien und der serbischen Wojwodschafft mit dem Temescher Banate, getroffen worden.

In Folge der Aufhebung des erwähnten Verbandes entfallen auch die, aus demselben entspringenden Rechte, Bezüge und Verpflichtungen. Die gewesenen Unterthanen erhalten das freie Eigenthum der Urbarialgründe. Für die Berechtigten wird eine angemessene Entschädigung aus Landesmitteln geleistet, welche großentheils mit Abfessional-Beträgen für jede Session festgesetzt ist. Besondere Normen sind für die Entschädigung der Bezüge von den Extrafessional-Gründen erlassen, wobei vor Allem eine gütliche Uebereinkunft zu versuchen ist.

In Bezug auf die Hutweiden sind Theilungen vorzunehmen; hinsichtlich der Holzungs- und Rohrschnittrechte soll sich über die Abtretung von Grund-Parzellen, oder Ablieferung von bestimmten Quantitäten des Productes vereinigt werden.

Die auf Berg- oder Zinsgründen haftenden Leistungen können abgelöst, und diese Gründe in das freie Eigenthum der Besitzer übertragen werden.

Das Verfahren bei Regulirung der Besitzverhältnisse zwischen den ehemaligen Grundherrschaften und Unterthanen in Ungarn wird besondern Gerichten zugewiesen.

In der Regel besteht in Ungarn für diese Angelegenheiten: in erster Instanz in jedem Comitate: ein Urbarialgericht, in zweiter Instanz in jedem der 5 Districte: ein Urbarial-Obergericht, in letzter Instanz: ein oberstes Urbarialgericht in Wien.

Zur Durchführung der Grundentlastung sind Landescommissionen aufgestellt: in Ungarn: abgesondert für jedes der

fünf Verwaltungsgebiete, ferner: für Croatien und Slavonien, zu Agram, — für Serbien und den Banat, zu Temeswar.

Durch Ministerialverordnung vom 15. December 1852 ist in Bezug auf die Ausübung des Jagdrechtcs angeordnet worden, daß die, den Gemeinden zustehenden, Jagdrechte verpachtet werden müssen. Zur Ausübung der Jagd ist Niemand berechtigt, der nicht die Bewilligung, Waffen zu tragen, erhalten hat.

In Bezug auf die Gründung und Beförderung der Wohlthätigkeits-, Armen-, Sanitäts-, Irren-Anstalten u. s. w. ist in neueren Zeiten vieles durch Privatbeiträge, Stiftungen und Vereine geleistet worden.

Besondere derlei Anstalten sind: die Versorgungshäuser, das Wiener allgemeine Witwen- und Waisen-Pensionsinstitut, der Wiener allgemeine Wohlthätigkeitsverein für alle Hülfbedürftigen, ohne Unterschied des Standes, des Glaubens und der Nationalität, im Februar 1852 gebildet, — die Gesellschaft adeliger Frauen zur Beförderung des Guten und Nützlichen, — das unter dem Schutze I. k. Hoheit der Erzherzogin Sophie stehende St. Josephs-Kinderspital zu Wien, die Kleinkinderbewahr-Anstalten in anderen Städten, die Maria Anna-Maximiliane-Stiftung, — der Josephs-Frauenverein in Brünn zur Bekämpfung des physischen und sittlichen Elendes unter den Armen, durch Unterricht und Unterstützung, — der Armen- und Krankenversorgungverein zu Klagenfurt, — die Frauen-Wohlthätigkeitsvereine für Wien, Pesth, Troppau, — das durch eine Lotterie gegründete Militär-Hospital zu Carlsbad, — die von Rambach bewirkte Franz-Joseph-Stiftung zur Holzvertheilung an die Armen, — der Centralverein zur Unterstützung verwaister Officierstöchter, — das vom Grafen Palffy gegründete Pensions-Institut für Witwen und Waisen der Schauspieler, und viele andere.

Noch ist der unter Kaiser Joseph II. gegründeten Armen-Institute zu erwähnen, welche nach den Pfarrbezirken abgetheilt sind, durch freiwillige Beiträge, Vermächnisse, — in

früherer Zeit durch Ueberlassung eines Antheiles von dem Vermögen aufgehobener Klöster und Bruderschaften gegründet wurden, — durch Sammlungen erhalten, — und von gewählten Armenvätern, unter der Leitung des Pfarrers, verwaltet werden.

Die Kosten der Armenversorgung in Wien werden sich im Jahre 1853 auf 800,000 fl. belaufen.

Im September 1851 ist ein neues Irrengebäude in Wien mit dem Kostenaufwande von 1,200.000 fl. errichtet worden.

In der österreichischen Monarchie befanden sich im Jahre 1852: 330 öffentliche Civil-, 159 Militär-Krankenhäuser.

Die Zahl der in öffentliche Verpflegung genommenen Kranken beläuft sich im Durchschnitt auf 500.000 Individuen.

Man zählt: 40 Irrenhäuser mit circa 8000 Irren, 49 Gebärhäuser mit jährlich circa 16.000 Geburten, — 33 Findelhäuser mit circa 24.000 Kindern.

Die speziellen Maßregeln und Vorschriften zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Ruhe, zum Schutze des Lebens und der Gesundheit, der persönlichen Freiheit und des Eigenthums der Staatsbürger, zur Abhülfe für Theuerung der Lebensmittel, Armuth und Noth, — sind in Stubenrauch's Handbuch der österreichischen Verwaltungsgesetzkunde, Wien 1852, II Bände, umständlich angeführt.

Oberste Polizeibehörde.

Die Polizeigeschäfte, welche auf die Sicherstellung und Abwendung von Gefahren, sowohl für den Staat, als für Private Bezug nehmen, sind zufolge allerhöchster Entschließung vom 25. April 1852 vom Ministerium des Innern getrennt*, und es ist für diesen Zweig eine eigene selbstständige, unmittelbar von Seiner Majestät dem Kaiser abhängige oberste Polizeibehörde eingesetzt worden, welche mit 1. Juni 1852 in Wirksamkeit trat, deren Chef ein General ist, und das Ober-

* III. 122—123.

kommando über die Gensd'armie führt. Die Oberleitung der Polizei in den Kronländern führt der Statthalter.

Zufolge allerhöchster Verordnung vom 24. Juli 1852 haben die, unter der Benennung Stadthauptmannschaft organisirten Polizeibehörden künftig den Titel k. k. Polizeidirektionen zu führen.

Die Rayons der Polizeidirektionen sind, wo es nöthig schien, in Bezirke abgetheilt, in welchen Polizeikommissäre aufgestellt sind.

Die Polizei ist das Auge der Regierung, sie muß die Verhältnisse des Staates in seiner Zergliederung überschauen, den Erfolg der getroffenen Anordnungen beobachten, die öffentliche Meinung erforschen. Sie soll auch die verborgenen Winkel durchspähen, den Eingriffen in die Autorität der Behörden, der Störung der öffentlichen Ruhe mit Energie entgegentreten; aber immer mit der erforderlichen Strenge Gerechtigkeit verbinden, Chicanen vermeiden, in der Wahl ihrer Organe behutsam sein, nicht jede freimüthige Aeußerung unterdrücken, durch Begünstigung der Fortschritte in den Wissenschaften die gebildeteren Klassen für die Regierung zu gewinnen suchen, (wie es unter Maria Theresia und Joseph II. der Fall war), und durch unparteiisches Verfahren das Vertrauen des Volkes sich erwerben.

Die Ueberwachung der Presse gehört wohl mit zu den vorzüglichsten Gegenständen ihrer Sorgfalt. Seit Erfindung der Buchdruckerkunst, des mächtigen Hebels zur Verbreitung und Förderung des menschlichen Wissens, haben verschiedene Ansichten über die hiebei festzusetzenden Schranken bestanden. Es dürfte auch hier am räthlichsten sein, den Mittelweg zwischen unbegrenzter Pressfreiheit, und Schriftsteller-Privilegien mittelst Censur, einzuschlagen.

Es ist gewiß nicht zulässig, Beleidigung der Behörden oder Personen, die oft durch ihre Stellung nicht in der Lage sind, sich in gleicher Weise zu vertheidigen, rohe Witz und Skandale, oder wohl gar die Verbreitung feindseliger Stimmung gegen die

Regierung in Druckwerken zu dulden. Auch ist es zweckmäßiger, die Verbreitung solcher Plakate zu hindern, als nachträglich Strafe zu verhängen.

Allein! es gehört ein besonderer Takt dazu: die Intention des Schriftstellers durchzuschauen, üblen Eindruck auf das Publikum zu verhüten, und der Regierung nicht den Vorwurf übermäßiger Strenge im In- und im Auslande zuzuziehen.

Im Allgemeinen kann es der Staatsverwaltung nicht unerwünscht sein, die Meinung des gebildeten Publikums über ihre eigenen Maßregeln, (was hier vorzüglich in Frage kommen dürfte) zu hören, wenn sie in bescheidener Weise, und offenbar nicht in bössartiger Tendenz vorgebracht wird.

Es dürfte jedenfalls vortheilhafter sein, die verschiedenen Stimmen hierüber kennen zu lernen, als sich vom Unifono einschläfern zu lassen, oder durch Verstummung gänzliche Theilnahmslosigkeit zu bewirken.

Andererseits ist es auch nicht erwünscht, wenn jede geduldete Druckschrift als von der Regierung ausgehend betrachtet wird, so wie der Verbot oft nur mehr Reiz zur geheimen Verbreitung darbietet.

Von ähnlichen Ansichten scheint auch die Regierung bei der, durch Patent vom 27. Mai 1852, für sämtliche Kronländer des Reiches (mit Ausnahme der Militärgränze) erlassenen, mit dem Strafgesetze im Zusammenhange stehenden, Pressordnung ausgegangen zu sein, wobei von einer allgemeinen minutiosen Censur, die der Behörde eine ungeheure und undankbare Arbeit aufbürdet, abgesehen wurde.

Nach derselben muß jede Druckschrift mit dem Namen des Druckers, Verlegers, Herausgebers, mit Bezeichnung des Druckortes und der Zeit des Erscheinens versehen sein, bei periodischen Schriften den Namen des Redakteurs enthalten.

Von jedem Werke muß drei Tage vor dem Erscheinen, (bei periodischen Schriften von jedem Blatte eine Stunde vor der Herausgabe) ein Exemplar der Sicherheitsbehörde überreicht werden. Nebstdem ist eine bestimmte Zahl von Pflichtexempla-

ren unentgeltlich abzuliefern. Die Verbreitung von Druckschriften darf nur von dazu berechtigten Personen geschehen. Selbstverfaßte Werke darf Jedermann drucken lassen. Zur Herausgabe einer periodischen Druckschrift ist eine besondere Concession erforderlich. Die Preßordnung tritt mit 1. September 1852 in Wirksamkeit. Die Ueberwachung und Bestrafung der Preßvergehen geht von Militärbehörden und Kriegsgerichten in den Wirkungskreis der politischen und Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften, und regelmäßigen Gerichte über.

Durch allerhöchste Entschließung vom 6. Juli 1851 wurden insbesondere die Bedingungen festgesetzt, unter welchen periodische Zeitschriften auf kürzere oder längere Zeitdauer eingestellt, und ausländische Zeitschriften für den ganzen Umfang der Monarchie verboten werden können.

Die Herausgabe periodischer Druckschriften ist an den Erlag einer Caution gebunden.

Nach der Instruction zur Durchführung der Preßordnung ist für den Dienst der Bücherrevision bei jeder Polizeidirektion eine besondere Commission zu bilden. Die hierzu geeigneten Personen werden für diesen Dienstzweig von der obersten Polizeibehörde besonders bestimmt.

Die Anträge dieser Commission auf den Verbot einer Druckschrift sind, unter Widirung des Polizeidirektors, an den Statthalter zu leiten, der sie der obersten Polizeibehörde vorlegt.

Uebrigens sind die Preßvergehen, in Folge des Strafgesetzes vom 27. Mai 1852, künftig nur nach den allgemeinen Strafnormen zu behandeln.

Durch allerhöchste Entschließung vom 20. November 1852 wurde die Preßordnung auch für die k. k. Armee, und im Militärgränzgebiete mit einigen Modifikationen in Wirksamkeit gesetzt.

Durch Patent vom 24. October 1852 wurden besondere Anordnungen über die Erzeugung, den Verkehr und den Besitz von Waffen und Munitionsgegenständen, dann das Tragen von Waffen erlassen.

Gewisse Gattungen von Waffen und Munition, als: Dolche, Schießbaumwolle und andere, sind durchaus als verboten erklärt. Die Erzeugung, der Besitz und der Verkehr sind an besondere schriftliche Bewilligungen gebunden. Im Belagerungszustande ist selbst der Besitz, und überhaupt das Tragen der Waffen den, nicht zum Militärstande gehörigen, Personen nur ausnahmsweise gestattet.

Besondere Vorschriften bestehen ferner in Bezug auf die Ertheilung von Pässen für Reisende, insbesondere: für jene nach der Türkei vom 22. März 1849, nach Pohlen und Rußland, vom 24. Juni 1851, nach Sardinien vom 28. Juni 1850. Die Postmeister, Lohnkutscher, Fiaker, Stellfuhrinhaber dürfen bei Strafe Reisende ohne diese Pässe nicht weiter befördern.

Endlich glaube ich auch hier das allerhöchste Patent vom 26. November 1852 (für den ganzen Umfang des Reiches mit Ausnahme der Militärgränze gültig) anführen zu sollen, wodurch Bestimmungen über die Errichtung und den Bestand von Privatvereinen für öffentliche und gemeinnützige Zwecke, wozu die Bewilligung der Staatsverwaltung erforderlich ist, — festgesetzt werden.

Mit dem Ministerium des Innern im nächsten Verbande steht:

Das Justizministerium. *

Die Justizverwaltung in Oesterreich hat am mindesten Erschütterung durch die Revolution erlitten. Das Civil- und Strafgesetz und die Gerichtsordnung, welche die wichtigsten Bestimmungen in Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens enthalten, sind unangefochten in den deutschen Provinzen in Kraft verblieben, und werden allmählig auch in den übrigen Theilen des Reiches in Wirksamkeit gebracht. Die Oberleitung des gesammten Justizwesens (mit Ausnahme des Militärgerichts) ist dem durch allerhöchste Entschließung vom 16. November 1850 organisirten Justizministerium anvertraut, welchem auch die Ju-

* III. 129 u. f. IV. 6—7.

stizgesetzgebung, die Bildung der Gerichtsverfassung, die Organisation und Bestellung der Aemter, die Oberaufsicht über ihre Geschäftsführung obliegt.

Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den einzelnen Gerichten geübt.

Zu den neuern Verfügungen gehört: Die Aufhebung der Patrimonialgerichte, dann die Einführung und Wiederaufhebung der Schwurgerichte.

Die Patrimonialgerichte sollten das Patronatsverhältniß des Herrn zum Unterthan begründen, die politische und Justiz-administration vereinfachen, und deren Kosten für den Staat vermindern. Sie hatten aber auch den Uebelstand an sich, daß Privatinteressen der Dominien bei Amtshandlungen derselben mit ins Spiel kamen, daß zur Willkühr und zu Unfugen von Seite der Herrschaftsbeamten Anlaß gegeben wurde.

Es ist daher auch gegen die Aufhebung dieser Partikular-Gerichte von keiner Seite Beschwerde erhoben worden.

Wohl wurde dadurch die Aufstellung vieler neuer Staatsbehörden erforderlich, welche die Kosten der Verwaltung ansehnlich vermehrte, jedoch durch gleichförmigen Geschäftsgang mehr Zutrauen in die öffentlichen Amtshandlungen und wirksameren Schutz für die Parteien zur Folge hatten.

Die Einführung der Schwurgerichte mit öffentlichen Verhandlungen in Strafsachen, nach dem Beispiele fremder Staaten, dürfte im damaligen Zeitraume die Tendenz gehabt haben, bei einem gereizten Zustande der Volksstimmung, dem Mißtrauen in die Amtshandlungen der Behörden, und der Besorgniß der Willkühr vorzubeugen.

Allein, da insbesondere bei Staatsverbrechen der Zug der Verhandlungen meistens durch drei Instanzen zu laufen hat, da bei einiger Vorsicht in der Bestellung der Aemter nicht leicht Mißgriffe oder Ungerechtigkeit in der Urtheilsschöpfung zu besorgen sind; da bei Verhandlungen über gemeine Verbrechen die Oeffentlichkeit, die sie zu einer Art von Schauspiel für eine sehr zweideutige Klasse von Zuschauern macht, vielmehr das Gefühl

verlehen, und mancherlei Anstoß erregen muß; da überdieß eine höchst wichtige Aenderung in der Prozeßordnung durch die Trennung des Instructionsverfahrens von dem Schlußverfahren bewirkt wurde, indem der Staatsanwalt im Namen des beleidigten Gesezes die Anklage erhebt, und diese nicht — wie früher — geheim, sondern in Gegenwart des Angeklagten vor einem Gerichtshofe von 6 geprüften Richtern verhandelt wird, und auch Zuhörer mit Bewilligung des Präsidenten zugelassen werden: so konnten durch die Wiederaufhebung dieser Schwurgerichte, in Folge der organischen Bestimmungen vom 31. December 1851, — auch keine öffentlichen oder Privatinteressen gefährdet werden; daher auch von keiner Seite darüber Beschwerden hervorgerufen wurden.

An die Stelle der Schwurgerichte sind, zufolge allerhöchster Entschließung vom 11. Jänner 1852, die Landesgerichte getreten.

Die Geschäfte der Justizbehörden theilen sich: in Verhandlungen über Civilproceße, womit auch das sogenannte adelige Richteramt, nämlich: die Fürsorge in Verlassenschafts-, Waisen- und Depositenfachen verbunden ist, und in Untersuchung und Urtheilsschöpfung in Straffällen.

Die Gerichtsorganisation ist durch allerhöchste Entschließung vom 14. September 1852, und insbesondere für Ungarn durch allerhöchste Entschließung vom 19. Jänner 1853 festgesetzt worden. Sie beruht noch immer auf dem Grundsatz, daß sowohl in streitigen als nicht streitigen Civil- wie in Strafsachen drei Instanzen bestehen, deren Wirkungskreis durch die Jurisdictionsnorm vom 18. Juni 1850 festgesetzt wurde.

Die höchste Behörde in und außer Streitsachen ist der oberste Gerichtshof, der durch Patent vom 7. August 1850 seine Organisirung erhielt. Er ist in seinen Urtheilssprüchen unabhängig.

Unter dem obersten Gerichtshofe stehen die Oberlandesgerichte (Appellationsgerichte). Unter der Leitung der Oberlandesgerichtshöfe sind: Gerichtshöfe erster Instanz,

welche in Hauptstädten der Kronländer oder bei bedeutenderem Geschäftsumfange: Landesgerichte, sonst Kreisgerichte benannt sind, die aber im Allgemeinen gleichen Wirkungskreis haben; ferner: Bezirksgerichte, die meistens mit den politischen Bezirksämtern vereinigt sind, und von denen sich ein oder mehrere in dem Sprengel eines Gerichtshofes erster Instanz befinden. In der Regel soll in jedem Kreise ein Gerichtshof aufgestellt werden.

Die Gerichtsprengel haben, in Bezug auf ihre Abgränzung, stets mit der Bezirks- und Kreiseintheilung für die politische Verwaltung zusammen zu fallen.

Nach der allerhöchsten Entschlieſung vom 14. September 1852 haben für die Monarchie folgende Oberlandesgerichte in und außer Streitsachen zu bestehen:

für Oesterreich ob und unter der Enns und Salzburg, zu Wien;

„ Böhmen, zu Prag;

„ Mähren und Schlesien, zu Brünn;

„ Steiermark, Kärnthen und Krain, zu Graz;

„ Tirol und Vorarlberg, zu Innsbruck;

„ Görz, Gradiska und Istrien, zu Triest, — zugleich als zweite Instanz für seerechtliche Angelegenheiten, und gerichtliche Entscheidungen der österreichischen Consulate in der Türkei;

„ den östlichen Theil von Galizien und Bukowina, zu Lemberg;

„ den westlichen Theil von Galizien und Krakau, zu Krakau;

„ die serbische Wojwodschafft und Banat, zu Temeswar;

„ Croatien und Slavonien (Banaltafel), zu Agram;

„ Siebenbürgen, zu Herrmanstadt.

Nach besondern allerhöchsten Entschlieſungen bestehen Oberlandesgerichte für die Lombardie, zu Mailand, und

„ für das venetianische Gebiet, zu Venedig;

„ Dalmatien, zu Zara;

„ Ungarn, Districtual-Obergerichte zu: Oedenburg, Tyrnau, Eperies, Debreczin und Pesth.

Die Oberlandesgerichte haben einen Präsidenten, nach Erforderniß einen Vicepräsidenten, und mehrere Rätbe.

Die Trennung der Justizpflege von den Verwaltungsbehörden soll bei den Justiz-Collegialgerichten, dann den zweiten und dritten Instanzen allgemein, bei den ersten Instanzen aber im lombardisch-venetianischen Königreiche und dort, wo es als unerläßlich erkannt wird, stattfinden.

Sonst ist bei Einzelngerichten, als ersten Instanzen, die Vereinigung mit der Verwaltung im Bezirksamte anzunehmen.

In Strafsachen steht denselben bei Uebertretungen und besonders bezeichneten Vergehen — so wie den Collegialgerichten, bei sonstigen Vergehen und Verbrechen, die Gerichtsbarkeit in erster Instanz — den Oberlandesgerichten in zweiter Instanz zu.

Daselbe ist nach allerhöchster Entschließung vom 31. Jänner 1852 in Civilsachen der Fall, wo einige Rechtsangelegenheiten den Bezirksamtern, andere den Collegialgerichten in erster Instanz — dann den Oberlandesgerichten in zweiter Instanz zugewiesen sind.

Der oberste Gerichtshof hat als dritte Instanz zu bestehen.

Depositenämter, Landtafel- und Grundbuchsämter, die Führung der Hypotheken-, Verfach- und Notifikationenbücher verbleiben vor der Hand in ihrem vorigen Bestande. In Städten, wo besonderes Bedürfniß eintritt, werden besondere Handelsgерichte — einige derselben als Seegerichte, aufgestellt. Sonst werden die Handelsgeschäfte bei den Gerichtshöfen mit Beiziehung von Handelskundigen der Erledigung zugeführt.

Besondern Gerichten ist die Ausübung der Berggerichtsbarkeit unter Beiziehung von Bergkundigen, und die Führung der Bergbücher übertragen.

Die Handels-, See- und Berggerichte werden Causalgerichte benannt.

Die Strafgerichtsbarkeit in Gefällssachen wird von eigens bestellten Gefällsgerichten und Obergerichten ausgeübt.

Das Obersthofmarschallamt wird in der Gerichtsbarkeit über die Mitglieder des kaiserlichen Hauses und über

die Personen, welchen das Recht der Exterritorialität zusteht, aufrecht erhalten.

Der Umfang der Militärgerichtsbarkeit ist durch besondere Verordnungen bezeichnet.

Die österreichischen Consulate im Auslande, vorzüglich in der Levante, haben die ihnen zugewiesene Gerichtsbarkeit nach den bestehenden besondern Gesetzen auszuüben.

Bei jedem Oberlandesgerichte (mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreichs, Galiziens und Siebenbürgens, für welche Länder einstweilen durch Ministerialerlaß vom 19. August 1852 besondere Verfügungen getroffen wurden), wird ein Oberstaatsanwalt, bei einzelnen Landesgerichten werden Staatsanwälte, und wenn es nöthig ist, auch Substituten bestellt.

Nach der allerhöchsten Entschließung vom 20. Jänner 1852 wurde der Wirkungskreis der Staatsanwaltschaften auf den Strafproceß beschränkt.

Durch allerhöchste Entschließungen vom 29. September und 2. October 1850 wurde die Aufstellung von Notaren angeordnet, welche dazu beglaubigt sind, um — auf Verlangen der Parteien — Acte aufzunehmen, welche öffentliche Beweiskraft haben. Sie sind zum Erlage von Cautionen verpflichtet. Durch allerhöchste Entschließung vom 25. November 1852 wurde der Notariatszwang in Oesterreich unter und ob der Enns und in Salzburg aufgehoben.

Als Vertreter der Parteien bei gerichtlichen Verhandlungen erscheinen ferner die Advocaten. Sie bilden — in einem Ober-Landesbezirksgerichte vereinigt — die Advocatenkammer, zu welcher ein ständiger Ausschuß gewählt wird, und zu deren Geschäften vorzüglich die Vorschläge für die Verleihung von Advocatenstellen, die jährlichen Wahlen von Beisitzern zu den Advocaten-Prüfungs-Commissionen u. s. w. gehören. Die Oberaufsicht über die Advocaten steht den Oberlandesgerichten zu. Durch allerhöchste Entschließung vom 24. Juli 1850 wurde eine Ad-

vocatenordnung für die ungarischen Länder, unterm 24. Mai 1852 für Siebenbürgen festgesetzt.

Durch Ministerialerlaß vom 13. August 1851 wurden Finanzprocuraturen an dem Sitze der Finanz-Landesdirectionen zur Vertretung der Finanzverwaltung in Rechtsachen errichtet. Zusage allerhöchster Entschliebung vom 17. Jänner 1852 wurde die Generalprocuratur mit den General-Advocaten am obersten Gerichts- und Cassationshofe aufgehoben.

Durch allerhöchste Entschliebung vom 14. September 1852 wurden die Gerichte für das lomb. venet. Königreich in folgender Art organisirt: 2 Oberlandesgerichte: zu Mailand und Venedig, 9 Landesgerichte in der Lombardie, — 8 im Venetianischen, 2 Handelsgerichte zu Mailand und Venedig, welches letztere zugleich Seegericht ist, — 11 Stadtpräturen in der Lombardie und 9 im Venetianischen, — 18 Landpräturen I. Classe in der Lombardie und 10 im Venetianischen, — 51 Landpräturen II. Classe in der Lombardie, und 59 im Venetianischen.

Gleichzeitig wurde die Gerichtsverfassung in Dalmatien organisirt. Es hat ein Oberlandesgericht (tribunale d'Appello) zu Zara zu bestehen, ferner: 4 Gerichtshöfe erster Instanz in den Kreisen: Zara, Spalato, Ragusa und Cattaro, wo zugleich Stadtpräturen in den Hauptorten aufgestellt sind, die von einem Rathe des Gerichtshofes erster Instanz geleitet werden.

Zusage allerhöchster Entschliebung vom 19. Jänner 1853 wurde die Organisation der Justizämter in Ungarn und den Nebenländern in analoger Art, wie für die übrigen Kronländer, festgesetzt.

Oberste Stellen für die Administration der Justiz und für die Rechtspflege sind: das Justizministerium und der oberste Gerichts- und Cassationshof in Wien.

Das Land ist in 5 Bezirke, in welchen Oberlandesgerichte bestehen, abgetheilt, nämlich: zu Preßburg, Pesth, Oedenburg, Eperies und Debreczin, deren jedes mehrere Comitae umfaßt.

Den Oberlandesgerichten unterstehen die Stuhlrichterämter als Gerichte und Gerichtshöfe erster Instanz, welche letztere

entweder Landesgerichte (in den Hauptorten der 5 Verwaltungsgebiete, oder wo sonst wichtige Geschäfte vorkommen) sonst Comitatsgerichte sind, und ein Aufsichtsrecht über die Stuhllämter haben. In der Regel soll in jedem Comitате ein Gerichtshof aufgestellt sein.

Bei jedem Oberlandesgerichte besteht ein Ober-Staatsanwalt, bei den Landesgerichten Staatsanwälte, auch Substituten.

Zu dem Oberlandesgerichte Preßburg gehören: 10 Landesgerichte, 10 Collegialgerichte I., und 52 Bezirksgerichte II. Classe. Zu jenem in Pesth: 5 Landesgerichte, 8 Collegialgerichte I., und 32 Bezirksgerichte II. Classe. Zu jenem in Oedenburg: 7 Landesgerichte, 14 Collegialgerichte I., und 43 Bezirksgerichte II. Classe; zu jenem in Eperies: 8 Landesgerichte, 16 Collegialgerichte I., und 58 Bezirksgerichte II. Classe. Zu jenem in Debreczin: 7 Landesgerichte, 22 Collegialgerichte I., und 34 Bezirksgerichte II. Classe.

Bei den Stuhlgerichten ist die politische mit der Justiz-Geschäftsführung vereinigt. Auch in Ungarn sind bei den Gerichten Staatsanwälte bestellt, und es bestehen daselbst gleichfalls: Depositen- und Grundbuchsämter, Handels- und Berggerichte.

Für Siebenbürgen wurden, zufolge Ministerialverordnung vom 27. April 1852, folgende Gerichte provisorisch bestellt: ein Oberlandesgericht zu Hermannstadt, 11 Landesgerichte, 62 Bezirkseinselgerichte. Die Landesgerichte haben die Handels- und Wechselgerichtsbarkeit, mit Beziehung von Mitgliedern aus dem Handelsstande auszuüben; ferner bestehen: geistliche, Berg-Gefällsgerichte, und für Verlassenschafts-, Waisen- und Curatels-Angelegenheiten: die Ober-Pupillar-Commission zu Klausenburg.

Durch Ministerialverordnung vom 3. Mai 1852 wurde eine provisorische Civilprozeßordnung, und unterm 10. Mai 1852 eine provisorische Jurisdictionsnorm für bürgerliche Rechtsachen, in Siebenbürgen eingeführt.

Mit Ende des Jahres 1850 wurde in Ungarn und der

Woywodschaft Serbien die Errichtung von Grund- und Intabulationsbüchern für das nicht adelige Besiſthum angeordnet, und durch Ministerialverordnung vom 22. December 1852 provisorische Bestimmungen für derlei Bücher in Siebenbürgen getroffen, was für die Sicherheit des Grundeigenthums und die Befestigung des Realcredits wichtige Folgen hatte.

In Folge allerhöchster Entschlieſung vom 29. November 1852 ist eine provisorische Instruction über das Verfahren in Rechtsgeschäften außer Streitsachen für Ungarn und die Nebenländer erlassen worden, welche mit 1. Mai 1853 in Wirksamkeit treten soll.

Durch Patent vom 29. November 1852 wurde das Bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Juni 1811 mit einigen Modificationen in den Kronländern: Ungarn, Croatien und Slavonien und der Woywodschaft Serbien kundgemacht, und vom 1. Mai 1853 angefangen, in Wirksamkeit gesetzt.

Zugleich wurden die, diesen Ländern eigenthümlichen Bestimmungen in Bezug auf die königlichen und Palatinalschenkungen, auf den Erwerb, Verkauf, Heimfall der Güter, die Aviticitäts-Rückeinlösungs-, die Vorzugsrechte des Indignats, die Unterschiede zwischen ererbten und erworbenen Gütern, zwischen männlichen und weiblichen Eigenthümern, aufgehoben, — wodurch sehr viele Verwicklungen und Processe wegfallen, ein ruhiger, sicherer Besiſtand, der zu Verbesserungen und Reformen in der Landescultur aufmuntert, gegründet, und dadurch der Realcredit erhöht werden dürfte.

Eine provisorische Civil-Proceßordnung für diese Länder ist durch Ministerialverordnung vom 16. September 1852 bekannt gemacht worden.

Im Allgemeinen ist selbe von jener für die übrigen Kronländer wenig verschieden, und mit den durch Ministerialverordnung vom 10. Mai 1852 für Siebenbürgen getroffenen Bestimmungen gleichförmig.

Ein wichtiger Schritt in neuerer Zeit ist die Erlassung des Strafgesetzes mit Patent vom 27. Mai 1852. *

Dasselbe enthält die in dem früheren Strafgesetze über Verbrechen und schwere Polizeiübertretungen vom 3. September 1803 für die deutschen und slavischen Provinzen enthaltenen Bestimmungen, sammt den seither gefolgten Modificationen und Nachträgen, und soll für den ganzen Umfang des Reiches, mit Inbegriff der ungarisch-siebenbürgischen Provinzen und des Großherzogthums Krakau, jedoch mit Ausnahme der Militärgränze, in Wirksamkeit gesetzt werden.

Unter einem sind auch die provisorischen Bestimmungen für die Kompetenz der Strafgerichte in den verschiedenen Kronländern, insbesondere für Ungarn und die Nebenländer, durch die allerhöchste Entschließung vom 27. Mai 1852 getroffen worden.

Durch Patent vom 23. Mai 1852 ist das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch und die west-galizische Gerichtsordnung in der Stadt Krakau und deren Gebiete eingeführt worden.

Durch Patente vom 20. und 29. November 1852 ist eine neue Vorschrift über den Wirkungskreis und die Zuständigkeit der Gerichte in bürgerlichen Rechtsachen (Civil-Jurisdictionsnorm) für die deutschen und slavischen Provinzen, für das lombardisch-venetianische Königreich und Dalmatien, — und mit Patent vom 16. Februar 1853 für Ungarn, Croatien, Slavonien, Serbien und den Banat bekannt gemacht worden, welche mit der neuen Organisation der Gerichtsbehörden in Wirksamkeit tritt.

Durch Ministerialverordnung vom 17. December 1852 wurde eine besondere Instruction über das gerichtliche Verfahren außer Streitsachen erlassen, welche mit 1. Mai 1853 in Wirksamkeit zu treten hat.

Durch allerhöchste Entschließung vom 7. August 1850 und 21. Jänner 1852 wurden Vorschriften über die vorzunehmenden Richteramts-, Notariats- und Advocaturprüfungen erlassen.

* Ein schätzbares Werk ist hierüber unter dem Titel: Das österr. Strafgesetz, erläutert von Dr. Anton Eys, Ministr.-Rath u. Wien 1852 erschienen.

Ministerium des Cultus und des Unterrichtes *.

Die Wirksamkeit dieses Ministeriums ist von hoher Bedeutung. Seine Aufgabe ist: die Beförderung geistiger und moralischer Cultur, mit der Einwirkung auf nachfolgende Generationen: durch Gründung und Leitung der Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten, durch Schutz der Religion, welche den Menschen im Leben begeistert, ihn zu hohen Thaten aneifert, und ihm fröhliche Aussichten jenseits des Grabes gewähret.

In Bezug auf den Cultus kann hier vorzüglich nur die christliche, und insbesondere die katholische Religion, zu welcher der Regent, und der größte Theil der Bewohner des Kaiserstaates sich bekennt, — in Betrachtung kommen.

Den übrigen anerkannten Religionen ist Duldung, und freie Uebung, durch das Grundgesetz vom 31. December 1851 zugesichert worden.

In katholischen Staaten, wozu Oesterreich gehört, sind die höchsten Gewalten dem Kirchen- und dem Staats-Oberhaupt anvertraut. Beide sind, mit der Beschränkung auf die individuelle Sphäre, von einander unabhängig, können sich aber wechselseitig zur Stütze dienen.

Indessen sind die Gränzen nicht scharf gezogen, die Ansichten verschieden. Begriffsverwirrung kann von ein und anderer Seite zu Uebergriffen führen. Die Stellung des Ministeriums ist in dieser Beziehung sehr schwierig. Auch haben seit den ältesten Zeiten Streitfragen hierüber in Oesterreich bestanden, die zuweilen zu sehr argen Auftritten geführt haben.

Unter der Kaiserin Maria Theresia und Joseph II. wurden die Differenzen dadurch zu beseitigen gesucht, daß durch allerhöchste Entschließung vom 12. September 1764 und vom 26. März 1781 die Bischöfe verhalten wurden, alle ihnen zukommende päpstliche Anordnungen, vor ihrer Kundmachung der betreffenden politischen Landesstelle zur Erwirkung der landesherrlichen Bewilligung (Placitum regium) vorzulegen, wornach im

*) III. 164 u. f.

Einverständnisse zwischen beiden Mächten vorgegangen, und nachfolgenden Diskussionen vorgebeugt werden sollte.

Allein! so wie von Seite des Clerus hierin eine Einmischung der Regierungsorgane in rein kirchliche Angelegenheiten wahrgenommen wurde, so schien es anderseits nicht angemessen, daß der weltliche Arm zur Durchführung religiöser Maßregeln einschreite.

Es wurde daher, zufolge kaiserlicher Verordnungen vom 18. und 23. April 1850 festgesetzt, daß „es sowohl den Bischöfen als den ihnen unterstehenden Gläubigen frei stehe, sich in geistlichen Angelegenheiten an den Papst zu wenden, und die Entscheidungen und Anordnungen des Papstes zu empfangen, ohne dabei an eine vorläufige Zustimmung der weltlichen Behörde gebunden zu sein.“

Den katholischen Bischöfen wurde auch vorbehalten, über Gegenstände ihrer Amtsgewalt an ihren Clerus und ihre Gemeinden, ohne vorläufige Genehmigung der Staatsbehörden, Anordnungen zu erlassen, Kirchenstrafen zu verhängen, jene, welche geistliche Aemter bekleiden, zu suspendiren und abzusetzen. Nur mit ihrer Ermächtigung können Professoren der Theologie und Religionslehrer angestellt werden.

Unter dem Ministerium besorgen die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten 12 Erzbischöfe und 61 Bischöfe der römisch-katholischen, — 1 Erzbischof und 6 Bischöfe der griechisch-katholischen, — 1 Erzbischof der armenischen, — 1 Erzbischof und 10 Bischöfe der griechisch-nicht-unirten Kirche.

Für die Angelegenheiten der protestantischen Kirche bestehen 2 Consistorien zu Wien, — eines für die augsbургische, — das andere für die helvetische Confession, — dann 2 Oberconsistorien, zu Hermanstadt für die augsburgischen, zu Klausenburg für die helvetischen Glaubensgenossen. Untergeordnete Behörden sind die Superintendenturen, und zwar: 10 der augsburgischen, 8 der helvetischen Confession.

Die Unitarier (Socinianer) haben einen Superin-

tendenten, der zugleich Präses der beiden Consistorien für die geistlichen und Schulangelegenheiten ist.

Die kirchlichen Angelegenheiten der Israeliten werden von den Rabbinaten besorgt.

In der österreichischen Monarchie bestanden im Jahre 1851 folgende Religionssecten friedlich neben einander:

Römisch-katholische	22,099.074
Griechisch "	3,492.114
" nichtunirte "	2,742.055
Protestanten, Augsburger-Confession	1,153.639
" helvetischer "	1,832.823
Unitarier	46.020
Andere Secten	9.695
Juden	835.196

32,210.616 *

Im Jahre 1852 zählte die Stadt Wien allein: 417.366 Katholiken, sie hatte 30 Pfarren, 37 Kloster- und andere Kirchen, 190 Weltpriester, 226 Ordenspriester, 126 fremde Priester.

Im deutschen Bunde bestanden im Jahre 1818:

15,776.700 Katholiken.

11,733.000 Lutheraner.

2,030.000 Calviner.

182.000 Juden.

25.000 Herrnhuter.

2.500 Mennoniten.

2.000 Griechen.

Es ist hier ein auffallend verschiedenes Verhältniß der einzelnen Religionssecten gegen jenes in Oesterreich bemerkbar.

Die christlichen Religionen genießen alle des Schutzes der Regierung in Oesterreich, so wie in ganz Deutschland. Demungeachtet haben sich im Inlande katholische, in Deutschland ein evangelischer Separat-Verein gebildet, um die

* Austria, Kalender für 1853, wobei zu bemerken ist, daß hier größtentheils nur die einheimische Bevölkerung in den einzelnen Provinzen zum Anhaltspunkte genommen werden konnte.

Religion aufrecht zu erhalten. Auch sind von Zeit zu Zeit excentrische Vereine aufgetreten, um neue Religionssecten zu bilden.

Durch Ministerial = Verordnung vom November 1851 sind die Genossenschaften der sogenannten Lichtfreunde, der Deutsch = Katholiken, freien Christen, und ähnliche Vereine in allen Kronländern verboten worden.

Wünschenswerth wäre es wohl, daß nur eine gemeinschaftliche Religion den Glauben und die Herzen aller Völker der Erde verbinde. Die wohlthätigsten und erhabensten Wirkungen würden daraus hervorgehen: Erhaltung des Weltfriedens, Cultur der Wissenschaften, Beförderung der Humanität, Steuerung des Aberglaubens, Beseitigung vielfältiger unnützer Auslagen für den Staat, für Corporationen und Private. Allein! es ist offenbar, daß dieß immer nur ein frommer Wunsch bleiben wird, und daß unzumuthbare Bestrebungen nur noch mehr Spaltungen und Feindseligkeiten herbei führen müssen. Friedliche Vereine und Missionen mögen immerhin ihr Glück versuchen, allein! sogenannte Bekehrungen durch List und Gewalt bleiben immer etwas Schauerliches, geben zu Täuschungen Anlaß, und können zu gänzlicher Irreligiosität führen. Sich zum Richter fremden Glaubens und Gewissens (die sich oft selbst im Religions = Bekenntnisse nicht klar aussprechen) aufzuwerfen, oder die Religion zum Behikel der Staatspolitik zu machen, — ist ein Eingriff in die Macht des Herrn der Welten, der gewiß Jeden in Gnaden aufnimmt, welcher die Wohlthaten der Schöpfung mit Dank erkennt, sich derselben durch einen tugendhaften Lebenswandel würdig zu machen sucht, und mit reinem Gemüthe sein Gebet, in was immer für einer Sprache, zu ihm erhebt.

Schutz für die eigene, Duldung fremder Religionen ist das Princip jeder humanen Regierung. Die Religion erhebt den Geist über das Irdische. Sie ist zugleich das festeste Band, welches die Menschen vereinigt, zur Milde und jeder guten Gesinnung geneigt macht, und sie, fern von Eigennutz und Menschenfurcht, zu edlen Thaten anspornt. Die Verschiedenheit der Religionen sollte daher nicht zum Anlasse von Zwiespalt und Feind =

seligkeit dienen. Nur jene Religionen sind ferne zu halten, welche den Religionsverband nur als Aushängschild haben, welche, wie die heidnische, durch überspannte Sinnlichkeit die moralische Gränze überschreiten, oder durch Brutalität und Verfolgungsgeist, gleich jener der wilden Völker, die bürgerliche Ordnung stören.

Oesterreich hat auch, wie oben bemerkt wurde, in dem neuesten, die Stelle der Verfassung vertretenden Patente vom 31. December 1851 sehr tolerante Gesinnungen ausgesprochen, allen anerkannten Religionen freie Uebung, und vollen Besiz ihrer Anstalten, Stiftungen und Fonds gestattet.

Dagegen wurden, um auch in der herrschenden Religion dem Clerus und den Gläubigen freiere Hand zu lassen, manche frühere Beschränkungen in Bezug auf katholische Klöster wieder aufgehoben.

Die Verordnungen vom Mai 1848 wegen Aufhebung der Klöster der Redemptoristen und Redemptoristinnen, der Liguorianer und Liguorianerinnen, und der Jesuiten, — wurden seit-her, zufolge allerhöchster Entschließung vom 23. Juni 1852, außer Kraft gesetzt.

Den Jesuiten wurde im August 1852 die Errichtung eines großen Erziehungs-Institutes in Padua gestattet.

An die Weihe der Religion schließt sich die Beförderung des Erziehungs- und Unterrichtswesens an, — eine großartige Fürsorge, welche die Saat für künftige Früchte zum Gedeihen des Staates, und zur Wohlfahrt für die Menschheit bildet, und für alle Zweige der Verwaltung von wichtigen Folgen ist.

Die Bildungs-Anstalten in der österreichischen Monarchie gehören zum Wirkungskreise des Ministeriums für Cultus und Unterricht. Nur sind hiervon ausgenommen: Die Orientalische Akademie, — welche dem Ministerium des Aeußeren, — die montanistischen Lehranstalten, welche seit dem Jahre 1853 dem Finanzministerium, die Land- und forstwirthschaftlichen Lehranstalten, — welche dem Ministerium

des Innern, — und die militärischen Bildungs-Anstalten, — welche dem Kriegsministerium, und nach dessen Aufhebung, — dem Armee-Oberkommando zur Oberaufsicht zugewiesen sind.

Unter den Gesellschaften zur Beförderung wissenschaftlicher Thätigkeit nimmt die, zufolge Statutes vom 14. Mai 1847 gegründete, k. k. Akademie der Wissenschaften in Wien einen vorzüglichen Rang ein. Sie besteht aus 48 ordentlichen Mitgliedern, nebst korrespondirenden und Ehrenmitgliedern, an deren Spitze ein Präsident, der alle drei Jahre neu gewählt wird, und ein Vicepräsident stehen.

Die Mitglieder werden über Vorschlag der Akademie vom Kaiser ernannt.

Sie zerfällt in zwei Classen, von denen sich die eine mit Physik, Chemie, Mathematik und Natur-Wissenschaften, — die andere mit: Geschichte, Sprachen und Alterthumskunde im ausgedehntesten Umfange beschäftigt.

Zur Bestreitung ihrer Auslagen erhält die Akademie eine jährliche Dotation von 40.000 fl. C. M. aus dem Staatsfchäze.

Mit dieser Akademie in Verbindung steht das, in Folge ihres Antrages im Jahre 1852 neu errichtete, meteorologische Institut in Wien. Die Aufgabe für dasselbe ist: fortwährende Beobachtungen im ganzen Umfange der Monarchie an 100 dazu bestimmten Stationen, welche mit den gehörigen Instrumenten ausgerüstet sind, sowohl über den Zustand des Klima's und der Atmosphäre, und über die damit zusammenhängenden Erscheinungen in der Thier- und Pflanzenwelt, — als auch über den Erdmagnetismus anzustellen, die Resultate in einem Centralpuncte zu sammeln, und mit den Beobachtungen in fremden Ländern in Verbindung zu bringen.

Die Leitung dieser Anstalt ist einem Direktor, mit Beigabe des erforderlichen Personale, übertragen. Außer dieser Akademie bestehen noch: die k. böhmische Gesellschaft der Wissenschaften zu Prag, — die ungarische zu Pesth, — das ständische Johannaum zu Graz, — die Akademien, Athenäen und Museen

im lombardisch-venetianischen Königreiche, — die Gesellschaften der Aerzte, — der Litteratur-Verein zu Agram, u. m. a.

Ich glaube hier erwähnen zu dürfen, daß bei der Pariser Akademie eine Abtheilung: *pour les sciences politiques et morales* besteht, welche Verbindung der Politik mit der Moral so sehr auch meinen Gesinnungen in meinen kleinen Werken entsprach, daß ich dieselben der dortigen Akademie zu überreichen mir erlaubte, wo sie jedesmal gütig aufgenommen, und in der Bibliothek des Institutes deponirt wurden.

Die Akademie der bildenden Künste in Oesterreich ist schon unter der Kaiserin Maria Theresia errichtet worden, und hat durch allerhöchste Entschließung vom 8. October 1850 eine neue Organisation erhalten. Aelteren Ursprungs sind auch: die Bilder-Gallerie im Belvedere zu Wien, und die Kunst-Sammlungen verschiedener Art. Durch die Schulen für den höheren Unterricht in den bildenden Künsten: zu Wien, Mailand und Venedig, ferner: (größtentheils aus Privatmitteln erhalten) zu Prag, Bergamo, Rovere und Verona, — dann durch periodische Ausstellungen von Kunstwerken, sind in neuerer Zeit bedeutende Fortschritte hierin gemacht worden.

Die Unterrichts-Anstalten in Oesterreich theilen sich in die allgemeinen und in die besonderen, welche letzteren für einzelne Classen und Stände, oder für besondere Zweige des öffentlichen Dienstes bestimmt sind. Die ersteren zerfallen in die niederen, oder Volksschulen, (Knaben- und Mädchenschulen), in die Mittelschulen, welche wieder entweder als Realschulen dem technischen (gewerblichen) Unterrichte gewidmet sind, oder als Gymnasien für die gelehrte Ausbildung vorbereiten, endlich in die höheren Schulen (Universitäten, polytechnische Institute.)

Nebst den Volksschulen befinden sich in größeren Städten: Hauptschulen, als Vorbereitung für Realschulen oder Gymnasien, — in den Hauptstädten: Normalschulen, als Mufterschulen.

Zur Beaufsichtigung und Leitung der Volks- und Mittel-

schulen besteht für jedes Kronland eine eigene Landes-Schulbehörde, welche eine Section der Statthalterei bildet.

Die Verwaltung der einzelnen höheren Lehranstalten und der Specialschulen wird meistens durch den Lehrkörper der Professoren mit einem selbst gewählten Vorstande, oder durch eigene Directoren besorgt.

Für die Verfassung der deutschen Volksschulen bestand schon seit 1820 ein eigener Schul-Coder, der im Jahre 1847 neuerlich publicirt wurde.

Alle Kinder sollen vom 6. bis zum vollendeten 12. Jahre die Schule besuchen.

Die unmittelbare Aufsicht über die Volksschulen führen die Seelsorger; die höhere Aufsicht über die Schulen eines Districtes wird von den Dechanten (bei den akatholischen Schulen von den Seniores) als Schuldistricts-Ausschuhern, in oberster Linie von den Consistorien und politischen Behörden besorgt.

Zufolge Ministerial-Verordnung vom 2. September 1848 und 26. Mai 1851 sind periodische Schullehrer-Versammlungen berufen, um unter Leitung des Districtsausschuhers zur Hebung und Vervollkommnung des Schulwesens mitzuwirken.

In Wien befanden sich im Jahre 1852: 83 öffentliche Volksschulen, 11 Knaben-Erziehungs-Anstalten, und 42 Privat-Mädchen-Lehr-Anstalten.

Die Gymnasien, welche bestimmt sind, eine höhere allgemeine Bildung, mit Benützung der alten klassischen Sprachen und Litteratur zu bewirken, und für das Universitäts-Studium vorzubereiten, — haben in den Jahren 1849 und 1850 eine Umgestaltung erfahren. Ein vollständiges Gymnasium besteht aus 8 Classen, deren jede einen Jahreskurs bildet; es zerfällt in das Unter- und das Ober-Gymnasium, je zu 4 Classen. Letzteres kann nicht ohne des Ersteren bestehen, welches zur Vorbereitung dient, zugleich aber auch für sich ein abgeschlossenes Ganzes bildet.

Besondere Vorschriften sind durch Ministerial-Verordnungen vom 13. Jänner und 21. September 1850 für die Gymna-

sien und Pyceen im lombardisch-venetianischen Königreiche, — und für den Uebertritt von den abweichend organisirten Gymnasien der ungarischen Länder in Gymnasien anderer Kronländer, erlassen worden.

Neben den Staats-Gymnasien bestehen auch bischöfliche, dann von geistlichen Corporationen, weltlichen Gemeinden, von Gesellschaften und Privaten errichtete Gymnasien.

Nach Absolvirung des 8. Gymnasial-Jahrsurses haben sich die Schüler, nach den vom Ministerium unterm 26. Mai 1851 dießfalls erlassenen Vorschriften, der Maturitäts-Prüfung zu unterziehen, wenn sie zu einem Facultätsstudium zugelassen werden wollen.

Die Leitung des Gymnasiums führt der Director, welchem die Lehrer-Conferenz zur Seite steht, — in höherer Linie die Landes-Schulbehörde, welche eine Section der Statthalterei bildet, und aus zwei Abtheilungen besteht, wovon die eine: die äußere für die politisch-ökonomischen Angelegenheiten, die andere: die innere für die wissenschaftlich-pädagogischen Angelegenheiten der Schulen bestimmt ist.

Die Universitäten: zu Wien, Prag, Pesth, Lemberg, Krakau, Olmütz, Graz und Innsbruck sind dazu bestimmt, sämtliche wissenschaftliche Zweige zu fördern. Sie theilen sich, wenn sie vollständig sind, in 4 Facultäten: die theologische, die rechts- und staatswissenschaftliche, die medicinische, und die philosophische.

Noch bestehen Rechtsakademien in Ungarn: zu Preßburg, Kaschau, Großwardein und Agram, ferner: in Siebenbürgen: zu Hermannstadt und Klausenburg, — zur Vorbereitung für den Beamtendienst, Notariat, Advocatie und juridischen Doctorsgrad.

Der akademische Senat ist, zufolge Ministerial-Berordnung vom 15. Februar 1850, die oberste akademische Behörde. Er hat die Oberaufsicht und Leitung in Bezug auf alle Angelegenheiten der Universität. Für jede Facultät besteht ein Professoren-Collegium mit einem Dekane. Aus diesen Collegien

geht jährlich der akademische Senat hervor, mit dem Rector magnificus an der Spitze, der jedes Jahr aus einer andern Fakultät gewählt wird.

Zur Erlangung der Doctorswürde sind für jede Facultät insbesondere strenge Prüfungen vorgeschrieben.

Durch Ministerialverordnung vom 8. Jänner 1850 wurden die Gymnasien, Lyceen und Universitäten im lombardisch-venetianischen Königreiche regulirt.

Universitäten bestehen in Padua und Pavia.

Nach Ministerialverordnung vom Februar 1852 ist in den italienischen Gymnasien das Studium der deutschen Sprache als obligater Lehrgegenstand vorgezeichnet.

In neueren Zeiten vermehrten sich in Oesterreich die technischen Schulen, zu welchen sich die studierende Jugend mehr als zu den Gymnasien und Vorbereitungsstudien für den politischen und Justiz-Staatsdienst drängte.

Mit allerhöchster Entschließung vom 2. März 1851 wurde die Errichtung von Realschulen in Wien und den Provinzial-Hauptstädten zur Verbreitung der reellen, dem Gewerbs- und Handelsmanne nützlichen Kenntnisse in allen Kronländern, (mit Ausnahme der ungarisch-siebenbürgischen und der lombardisch-venetianischen Provinzen) angeordnet.

Sie theilen sich: in 6 Unter-Realschulen, welche zur Ausbildung für geringere Rathegorien der Gewerbe dienen, 2 bis 4 Jahresklassen haben, und zugleich zum Uebertritt in die Ober-Realschulen erforderlich sind, welche letzteren wieder als Vorbereitung für die höheren technischen Studien benützt werden.

In neuester Zeit sind Lehrer-Bildungsanstalten errichtet worden, welche in zwei Jahreskursen bestehen.

Die höheren technischen Lehranstalten (polytechnischen Institute) zu: Wien, Prag, Brünn, Lemberg, Graz, Triest, Mailand und Venedig, — sind dazu bestimmt, eine wissenschaftliche, — besonders auf tiefere mathematische Studien begründete, technische Ausbildung zu gewähren. Der Uebertritt in dieselben findet aus den Ober-Realschulen statt.

Sie haben meistens zwei Abtheilungen: die *commercielle*, in der für Handelsgeschäfte Unterricht erteilt wird, — und die *technische*, wo physikalische und mathematische Lehrgegenstände, mit der Anwendung auf technische Ausübung, vorgetragen werden.

Zu den *Specialschulen*, wovon mehrere zugleich Erziehungsanstalten für männliche und weibliche Individuen sind, gehören: die Taubstumm- und Blindeninstitute, die Handwerks- und Gewerbeschulen, — die Ackerbau-, Berg- und Forstschulen, — die katholisch-theologischen Diöcesan- und Kloster-Lehranstalten, — die evangelisch-theologische Lehranstalt zu Wien, welche durch Ministerialverordnung vom 8. October 1850 eine neue Organisation erhielt, — eine Lehranstalt für die Reformirten, — zwei für die Unitarier, — vier bischöfliche Lehranstalten für die nicht-unirten Griechen, — die orientalische Akademie, von der Kaiserin Maria Theresia im Jahre 1754 gegründet, besonders für den Unterricht in morgenländischen Sprachen, und zur Vorbereitung für den diplomatischen Dienst in der Levante, — höhere Kunstschulen, — die Theresianische Ritterakademie zu Wien, Convicte für Knaben und Mädchen, Militär-Erziehungsanstalten, — das Institut für Officierstöchter zu Hernals, — das Civil-Mädchen-Pensionat, — Waisenhäuser, — das Musik-Conservatorium zu Mailand, u. m. a.

Nach den Mittheilungen der Direction der administrativen Statistik bestanden in der österreichischen Monarchie im Studienjahre 1851: 10 Universitäten, 5 Rechtsakademien, 9 chirurgische Lehranstalten, 11 Hebammenschulen, 4 montanistische und Forstlehranstalten, 1 landwirthschaftliche Lehranstalt, 8 höhere technische Lehranstalten, 3 Bergbauschulen, 12 landwirthschaftliche Schulen, 38 Real- und nautische Schulen, und 262 Gymnasien. Die Zahl der Schüler belief sich auf: 74,613.

Von den Anstalten, welche zur Beförderung der Wissenschaften mittel- oder unmittelbar dienen, sind noch folgende anzuführen: die k. k. Universitäts-Sternwarte, das militärisch-geographische Institut, die General-Direction des Grundsteuer-

Katasters (Vermessungs-Departement), die geologische Reichsanstalt, die k. k. Hof-Naturaliencabinete für Naturgeschichte, Mineralogie, Botanik, Zoologie, das Museum für vergleichende Anatomie, das k. k. General-Landes- und Haupt-Münzprobiramt, von welchem Anfragen aus dem Gebiete der Chemie beantwortet werden, die in neuerer Zeit im k. k. Unterrichtsministerium gegründeten mineralogischen, physiologischen und physikalischen Institute, die k. k. Hofbibliothek, die k. k. Hof- und Staatsdruckerei. Diese Anstalten gehören zum Geschäftskreise von 5 verschiedenen Ministerien.

Ministerium für Landescultur und Bergwesen.*

Dieses Ministerium ist durch die neueste allerhöchste Entschlieſung vom 17. Jänner 1853 aufgehoben worden. Es war in 3 Sektionen abgetheilt:

1. Landwirthschaftliche und Forstangelegenheiten.
2. Die technischen und administrativen Gegenstände in Bezug auf den Bergbau.
3. Das Salinenwesen, das Eisen- und Metallhüttenwesen, die montanistischen Lehranstalten und die Montanfabriken.

Unter diesem Ministerium standen: die geologische Reichsanstalt, das Museum, die verschiedenen Berg-, Salinen- und Forstdirektionen und Oberämter, die Bergwerksprodukten Verschleiß-Direktion zu Wien mit den Faktorien, die Berghauptmannschaften und Bergkommissariate, die Direktionen der montanistischen, landwirthschaftlichen und Forst-Lehranstalten zu Schemnitz, Przibram, Leoben, Schmölnitz, Ungarisch-Altenburg, Maria-brunn.

Die landwirthschaftlichen und Forstverwaltungs-Gegenstände wurden, — nach Auflösung dieses Ministeriums, — dem Ministerium des Innern, — das Berg- und Salinenwesen, für welches früher die montanistische Hofkammer bestanden hatte, — dem Finanzministerium zugewiesen.

Die geologische Reichsanstalt wurde als ein selbst-

* III. 189. u. f.

ständiges wissenschaftliches Institut erklärt, und gleichfalls dem Ministerium des Innern zugewiesen.

Die Verwaltung der Staatsforste wurde, wie in früherer Zeit, von dem k. k. Oberstjägermeisteramte übernommen.

Indessen glaube ich diese Gegenstände, nachdem hier meistens nur von den Verhältnissen unter dem bestehenden Ministerium die Rede sein kann, unter der obigen Rubrik zusammen fassen zu sollen.

Die Pflege der Aecker, Wiesen, Weingärten und Forste biethet in einem so großen Staate, wie Oesterreich, eine wichtige Aufgabe für die öffentliche Verwaltung zum Schutze und Beförderung derselben dar, vor Allem hat aber die Durchforschung der Erde nach mineralischen Schätzen, an welchen Oesterreich besonderen Reichthum und Mannigfaltigkeit besitzt, schon seit mehr als einem Jahrhunderte das Studium der Gelehrten und die Obforge der Regierung, worin die Kaiserin Maria Theresia voringang, auf sich gezogen.

In neuerer Zeit hat die Auffindung von Ueberbleibseln vorweltlicher organischer Wesen aus dem Pflanzenreiche, so wie von Meeres- und Landthieren, von den mikroskopischen Foraminiferen * bis zu den kolossalen Thierarten, welche in der Folge von der Erde verschwunden sind, zu staunenswerthen Entdeckungen über die Reihenfolge der Erdformationen seit undenklicher Zeit, von welcher man früher kaum eine Ahnung hatte, und zur Begründung einer Wissenschaft geführt, die in der Idee erhaben ist, und in der Anwendung auf unterirdische Forschungen — insbesondere in Bezug auf Steinkohlenlager — vielfachen praktischen Nutzen gewährt.

Von der geologischen Reichsanstalt ist in meinem früheren Werke ** umständliche Erwähnung geschehen.

Die staats- und volkswirthschaftliche Aufgabe dieses Insti-

* Foraminifères fossiles du Bassin tertiaire de Vienne, decouverts par Mr. Joseph de Hauer, et decrits par Alcide d'Orbigny. Paris 1846.

** III. 191—194.

tutes ist: daß die Erdoberfläche, und das Innere derselben, im Bereiche des ganzen Kaiserstaates mit möglichster Genauigkeit untersucht, auf Karten dargestellt, und durch Sammlungen von Musterstücken anschaulich gemacht werde, daß sowohl diese Mineralien, als auch alle auf der Oberfläche vorkommenden Erden analysirt und beschrieben, — daß hiernach dem Land- und Forstwirthe über alle Bodenverhältnisse, dem Bauführer, den in Erd- und Steinarten arbeitenden Gewerbsleuten und Fabrikanten, dem bildenden Künstler, dem Berg- und Hüttenmanne Gelegenheit gebothen werden soll, die für ihre speziellen Interessen erforderliche Kenntniß bei dem Institute sich zu verschaffen.

Der Gründer und Direktor dieser Anstalt, Herr Sektionsrath Haidinger, hat hierüber in einer Sitzung der Versammlung deutscher Naturforscher zu Wiesbaden im September 1852 einen ausführlichen Vortrag gehalten.

Zur Grundlage der Aufnahmen und Lieferung von Detailkarten über den Flächenraum der ganzen Monarchie von circa 12.000 Quadratmeilen, dienen die Generalstabskarten. Auch werden barometrische Höhenmessungen, trigonometrische Messungen und Nivellements vorgenommen.

Zur Förderung der Zwecke dieser Anstalt dient: die Führung der Jahrbücher, worin Berichte über die geologischen Arbeiten, Abhandlungen, Uebersichten, Beschreibungen in Bezug auf alle Zweige der geologischen, geognostischen und Bergwerks-Wissenschaften vorkommen; dann die Herausgabe literarischer Werke von Mitgliedern der Anstalt und Anderen, worunter jenes von Dr. Hörnes über die fossilen Mollusken des Wiener-Beckens noch im Zuge ist.

In dem für diese Anstalt gemietheten prachtvollen Gebäude in Wien (dem fürstlich Liechtenstein'schen Palais auf der Landstraße) ist — nebst dem Museum — auch ein agronomisch-chemisches Laboratorium für hüttenmännische und sonstige chemische Arbeiten angelegt.

Unter den, neuerlich in ergibigere Ausbeute gebrachten Bergwerken sind bemerkenswerth: die auf den Befigungen Er.

kaiserlichen Hoheit des Erzherzogs Maximilian entdeckten Forstlager in Tirol, die Steinkohlenwerke zu Fünfkirchen, die Silberbergwerke zu Joachimsthal, endlich die reichhaltigen, aber erst in neuester Zeit in regelmäßigen Betrieb gebrachten Goldbergwerke zu Wöröspatak in Siebenbürgen.* Auch die Bergwerke im Banate, welche bei den Unruhen in den Jahren 1848 und 1849 verwüstet worden waren, haben sich wieder gehoben, und im Jahre 1852 eine größere Ausbeute an Blei, Eisen und Kupfer (wobei auch Gold und Silber vorkommt) geliefert.

In Bezug auf das Bergwerks- und Forstwesen sind in neuer Zeit folgende Verfügungen getroffen worden.

Mit allerhöchster Entschließung vom 13. Juli 1850 wurde eine dem Ministerium unmittelbar unterstehende Berg- und Forstdirektion zu Graz für die Kronländer: Steiermark, Kärnthen und Krain aufgestellt, welcher einstweilen auch die Werke in Croatien und Slavonien zugewiesen wurden. Für dieselbe ist ein Direktor mit 4 Bergräthen und dem untergeordneten Personale bestellt.

Durch allerhöchste Entschließung vom 11. Juli 1850 wurden in Böhmen, Mähren und Schlesien die, seit den Jahren 1534 und 1575 unter dem Titel der Berglehensherrlichkeit von mehreren Dominien genossenen Bezüge von Bergzehnten und Frohnen denselben abgenommen, und es wurde eine billige Entschädigung dafür auszumitteln angeordnet, auch wurde durch Patent vom 7. März 1850 die von denselben ausgeübte berggerichtliche, berglehensämtliche und bergpolizeiliche Patrimonial-Verwaltung aufgehoben.

Zufolge Verordnung vom 17. Mai 1851 wurde das Schemniger Oberstkammergrafenamt in eine k. k. Niederungarische Berg-, Forst- und Güter Direktion umgestaltet, und es wurden derselben zugleich die montanistischen Behörden

* Jahrbuch der k. k. geologischen Reichsanstalt, 1852: Der Goldbergbau von Wöröspatak in Siebenbürgen, von Franz von Hauer.

im Bezirke der aufgelösten Kameralverwaltung zu Neusohl untergeordnet.

Durch allerhöchste Entschließung vom 6. Mai 1852 wurde die Berg-, Forst- und Salinen-Direktion für Siebenbürgen mit dem Sitze zu Klausenburg errichtet, und es wurden derselben auch die in Siebenbürgen gelegenen Aerial-Montanwerke, welche bis dahin dem Inspektorate zu Nagybanja unterstanden, untergeordnet.

Durch Verordnungen vom 14. und 26. März 1850 wurden die Berggerichte und Substitutionen aufgehoben, und die Geschäfte derselben in den deutsch-slavischen Provinzen, insofern sie berggerichtliche Angelegenheiten betreffen, an die mit den Landesgerichten vereinigten berggerichtlichen Senate — insofern sie Berglehens- und Polizeigeschäfte betreffen, an die neu errichteten Berghauptmannschaften und die denselben untergeordneten Berg-Commissariate übertragen. *

Durch Ministerialerlaß vom 3. Jänner 1853 wurden Vorschriften über die Erfordernisse zur Annahme der Muthungen für den Bergwerksbetrieb kundgemacht.

Durch allerhöchste Entschließung vom 3. December 1852 wurde ein neues Forstgesetz für die deutschen und slavischen Kronländer erlassen. Es hat die Sicherstellung der Holzbedürfnisse, den ordnungsmäßigen Forstbetrieb, die zweckmäßige Führung von Holztriften, die Verhütung und Abhülfe bei Waldschäden, die Forstverwaltung und den Forstschuß zum Gegenstande, und erstreckt sich auf die Staatsforste, Gemeinde- und Privatwälder. Insbesondere darf kein Waldgrund, ohne Bewilligung, der Holzzucht entzogen werden.

In Bezug auf die montanistischen und landwirthschaftlichen Lehranstalten wurden durch allerhöchste Entschließung vom 20. März 1851: 80 Stipendien für ordentliche Zuhörer an der Bergakademie zu Schemnitz ** festgesetzt. Die Lehranstalten zu Leoben und Przibram, welche im

* III. 202.

** III. 200.

Jahre 1851 in Thätigkeit gesetzt wurden, beschränken sich auf die reinen berg- und hüttenmännischen Fächer, wogegen in Schemnitz auch andere wissenschaftliche Vorstudien gemacht werden. Die Zahl der Zöglinge betrug: in Leoben 22 — in Przibram 49 — in Schemnitz 137, zusammen 208.

Nach dem Beschlusse der österreichischen Eisengewerkschaft vom 16. Juni 1851 soll eine Eisenfrischer-Schule in Voerbernberg in Steiermark errichtet werden. Die Einrichtungs- und Baukosten werden vom Montan-Lerar bestritten. Schon im Jahre 1848 wurde eine Bergschule daselbst eröffnet.

Am 15. September 1852 wurde die von der n. ö. Landwirthschaftsgesellschaft gegründete zweite Ackerbauschule im Dillmannshofe nächst Wiener-Neustadt eröffnet.

Im Jahre 1852 wurde durch einen Verein in Mähren eine Forstschule gegründet, wozu Fürst Piechtenstein das Schloß Aussee, und das nahe gelegene Forstrevier zur Verfügung stellte.

Die Forstlehranstalt zu Mariabrunn, welche durch allerhöchste Entschließung vom 27. April 1852 eine neue Organisation erhielt, hat sowohl die Eignung zum untergeordneten Forstdienste, als auch die höhere Ausbildung in der Forstwissenschaft zum Ziele. Es besteht ein zweijähriger Lehrkurs, (bei dessen Antritt frühere Vorstudien nachgewiesen werden müssen), nebstdem wird fortwährend practische Uebung in der damit verbundenen Betriebsanstalt vorgenommen.

Ein Director, 2 Professoren und 2 Assistenten besorgen die Leitung und den Unterricht.

Lehrgegenstände sind: Grundriß der Forstwissenschaft, forstliche Gewächskunde, Lehre des Waldbaues, Forstbenützungslehre und Forstechnologie, Forstschuß- und Forstpolizeilehre, Forstbetrieb, Ertragsbestimmung, Waldwerthsberechnung, Forstvermessung, Jagdkunde.

Die Schüler wohnen im Institute und zahlen Gebühren, tragen Uniform, machen Prüfungen zu Ende jeden Semesters. Außerordentliche Schüler erhalten nur Frequentations-Zeugnisse.

Die landwirthschaftliche Lehranstalt zu Ungarisch-Altenburg * hat vorzüglich eine höhere und mehr wissenschaftliche Ausbildung im landwirthschaftlichen Gewerbe zum Zwecke; daher von dem neu Eintretenden bereits practische Vorkenntnisse gefordert werden. Die Aufnahme geschieht bloß zu Anfang des Wintersemesters.

Ein Director und sechs Professoren und Assistenten besorgen Leitung und Unterricht. Die Lehrgegenstände zerfallen in Hauptfächer, nämlich: Pflanzenbau, Viehzucht, Technologie, Baukunde, Betriebslehre, Thierheilkunde und Forstwissenschaft; und in Nebenfächer, nämlich: Chemie, Physik, Anatomie, Botanik, Mineralogie, Zoologie, Mathematik und Zeichnen. Nebenbei finden Excursionen und practische Demonstrationen statt.

Die Anstalt besitzt zu diesem Zwecke: eine eigene Wirthschaft mit Versuchsfeld, botanischem Garten und Baumschule mit den nöthigen Wirthschaftsgebäuden, ferner Laboratorien, Sammlungen von Modellen, Naturgegenständen und eine Bibliothek zum Gebrauche der Studierenden.

Der Lehrkurs ist auf 2 Jahre berechnet, am Ende jeden Semesters finden schriftliche und mündliche Prüfungen statt, worüber beim Austritt aus der Anstalt den Studierenden ein Abgangszeugniß ausgestellt wird.

Auf den Betrieb der Landescultur haben in neuerer Zeit besonders Privatgesellschaften und Anstalten bedeutenden Einfluß genommen. Beinahe in jedem Kronlande bestehen Landwirthschafts-Gesellschaften, bei deren periodischen Versammlungen die örtlichen Verhältnisse des Ackerbaues, der Viehzucht und der Forstwirthschaft erörtert, Verbesserungen angedeutet, und die Resultate zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden.

Am 1. Juli 1851 fand in Klagenfurt die Eröffnung der Versammlung der Forstwirthe der österreichischen Alpenländer statt.

Im März 1852 wurden die Statuten eines ungarischen Forstvereines genehmigt.

In Graß besteht ein Forstverein, bei welchem Se. k. Hoheit der Erzherzog Johann das Präsidium führt.

Die Statuten des Vereines zur Bewaldung des Karstes sind im Juli 1852 genehmigt worden.

Die von Ehrenberg unternommene Colonisation in Ungarn, wozu Auswanderer aus deutschen Provinzen von ihm aufgefordert wurden, scheint mißglückt zu sein.

Die Einführung der Drainage-Anlagen (Boden-Entwässerung) wurde im Frühjahr 1852 von dem Ministerium in besonderen Schutz genommen. Zur Beförderung derselben wurde als das zweckdienlichste Mittel erachtet, Musteranlagen in den verschiedenen Theilen des Kaiserthums zu machen, über deren Resultate günstige Berichte zu Anfang des Jahres 1853 aus dem Salzkammergute, Steiermark, Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien einlangten.

Im Jahre 1852 wurden in Ungarisch-Altenburg Versuche mit den neuesten Mähmaschinen gemacht, welche nach dem Berichte des dortigen landwirthschaftlichen Institutes, sehr guten Erfolg hatten.

In meinem früheren Werke sind statistische Daten * über die Landwirthschafts- und Bergwerkskultur in der österreichischen Monarchie enthalten, von welchen ich hier nur anführen zu sollen glaube, daß im Jahre 1846 der Gesamtwertb des Land- und Forstwirthschaftsertrages zu 1.243,608.000 fl., und des Bergwerks-ertrages von Aerial- und Privatwerken zu 28,167.000 fl. berechnet wurde, woraus sich die Wichtigkeit dieses Administrationszweiges entnehmen läßt.

Ministerium des Handels, der Gewerbe und öffentlichen Bauten. **

Der Gewerbs-, Fabriks- und Handelsbetrieb erhält mittel- und unmittelbare Verbindungen im Inlande und mit den an-

* III. 189—191. ** III. 204 u. f.

gränzenden Auslande, zu Land und zur See, — in weitester Ausdehnung beinahe mit jedem bewohnten Orte der Erde.

Wesentliches Erforderniß hierbei ist: die Erleichterung der Communicationen, — der Zweck-Befriedigung der Lebensbedürfnisse, Beförderung der Landescultur, der Gewerbe, der Künste und Wissenschaften, die Vermehrung des Nationalreichthums. Die mächtigsten und blühendsten Staaten in Europa und Amerika verdanken ihren Aufschwung vorzüglich dem Handelsbetriebe. Der Schutz und die Leitung desselben gehört zur wichtigen, jedoch sehr schwierigen Aufgabe des Handelsministeriums. Dazu kommen noch die Bauwesensangelegenheiten, die auf öffentliche Anstalten jeder Art, auf die Communicationsmittel, und manche andere Zweige der öffentlichen Verwaltung Einfluß haben.

Das Handelsministerium ist hiernach in 4 Sectionen abgetheilt:

1. für Handel und Gewerbe,
2. für öffentliche Bauten,
3. für die Communicationen,
4. für die administrative Statistik, dann das Rechnungswesen und die Journalistik.

Zwischen Gewerbsbetrieb und Handel glaube ich hier den Unterschied zum Anhaltspuncte nehmen zu sollen, daß der erstere mit materieller Arbeit, Verfertigung von Waaren sich beschäftigt, obwohl der Gewerbsmann auch die letzteren in Verkehr bringt, und der Handelsbetrieb auch in gewisser Abstufung, — besonders jener mit Lebensmitteln, — den Gewerben beigezählt wird.

In Bezug auf Gewerbe wird nun von mehreren Seiten der Wunsch nach einer neuen Gewerbsordnung ausgesprochen, mit der es aber immer schwer bleiben wird, alle Parteien zufrieden zu stellen.

Die hierbei vorzüglich anzustrebenden Reformen dürften dahin zu wirken haben, die Schwierigkeiten und die Stufenleiter zu dem selbstständigen Betriebsrechte eines Gewerbes für fähige und dazu geeignete Individuen zu beseitigen, und die Ausübung

der einzelnen Gewerbe, in Bezug auf die Gattung und die Form der Erzeugnisse, so wie auf den Umfang des Absatzes, nicht zu sehr zu beschränken.

Es dürfte hier ein Mittelweg einzuschlagen sein: zwischen gänzlicher Freiheit für alle Gewerbe, die schon aus Polizeirücksichten wesentlichen Bedenken unterliegen würde, — und monopolistischen Schranken, und Zunftzwang für jede Art industriöser Beschäftigungen.

In der gesammten Monarchie (mit Ausnahme von Triest und dem lombardisch-venetianischen Königreiche, wo es zum Betriebe irgend eines Gewerbes in der Regel keiner besonderen Bewilligung der Behörden bedarf) besteht, in Folge der Bestimmungen vom 10. September 1848 das *Concessions-System*, vermöge dessen kein Gewerbe selbstständig, ohne ein von der kompetenten Behörde erhaltenes Befugniß, betrieben werden darf; nur einige sogenannte freie Beschäftigungen können gegen vorläufige Anzeige, allgemein als Erwerbsquellen benützt werden.

Die Gewerbe theilen sich in *Polizeigewerbe*, bei welchen der Absatz auf den Ortsbedarf beschränkt ist, — auf dessen Befriedigung das Hauptaugenmerk der Behörden gerichtet werden soll, ohne jedoch eine Fixirung der Zahl der Gewerbsinhaber vorzunehmen, — und in *Commerzial-Gewerbe*, bei welchen nicht der Ortsbedarf, sondern die persönliche Befähigung der Bewerber, die Richtschnur der verleihenden Behörden zu bilden hat, — ferner in *zünftige* und *unzünftige*, je nachdem sie auf das bei einer Zunft erhaltene Meisterrecht beschränkt sind oder nicht, — endlich in *persönliche* und *Realgewerbe*, welche letztere entweder *verkäuflich* oder *radicirt* (auf der Realität haftend) sind.

Diese Verschiedenheit gibt zu einer Menge von Bestimmungen bei der Mannigfaltigkeit der einzelnen Gewerbsarten Anlaß, welche so manche Collisionen herbeiführen, die auf die industrielle Thätigkeit hemmend einwirken.

Die Regierung zeigt das Bestreben, sich immer mehr vom

Zunftgeiste des Mittelalters zu entfernen; allein der seit Jahrhunderten in Folge der Legislation bestehende factische Zustand, und die dadurch begründeten Privat-Gerechtsame, machen die größte Vorsicht bei dießfälligen Reformen erforderlich. Billige Entschädigung würde, bei Beeinträchtigung erkaufter Gerechtsame, — (wie es bei Aufhebung der Grundlasten der Fall war), — nicht wohl zu verweigern sein.

Neuere Verordnungen haben auf den freieren Betrieb einzelner Gewerbe, um günstigere Preise für das Publikum zu erzielen, hingewirkt.

Zufolge allerhöchster Entschließung vom 22. Juni 1850 wurde für Wien die Rindfleischsagung aufgehoben, die Zahl der Fleischergewerbe auf 180 vermehrt, den Viehhändlern und Viehzüchtern die Ausschrotung des Fleisches gestattet. Das Schlachtvieh darf nur in den eigens hierzu errichteten städtischen Schlachthäusern geschlagen werden.

Zur Erleichterung des Schlachtviehankaufes wurde eine städtische Fleischkasse gegründet, wozu das Aerarium ein Darlehen von 250.000 fl. zu 4 % hergab. Aus dieser Kasse wird alles auf dem Wiener Markte von Fleischern erkaufte Schlachtvieh für deren Rechnung bezahlt, zu welchem Behufe sie eine angemessene Kaution zu erlegen haben.

Der Handel mit Milch, Unschlitt, Seife, Brennholz und Victualien verschiedener Art war schon in früheren Jahren freigegeben worden.

Das bisherige Vorrecht der Fiaker in Wien zu Miethsfuhren innerhalb der Stadt, wurde in neuester Zeit durch die Bewilligung für einspännige Fuhrwerke, unter den Namen: Cabs, Comfortables, Mylords, Fortunawägen u. s. w. bedeutend geschmälert.

Die Bewilligung zur Errichtung von Fabriken, welche ihre Arbeiten in größerem Maßstabe betreiben, viele Menschen beschäftigen, und ein bedeutendes Anlagekapital erfordern, — unterliegt keinen Beschränkungen, und es findet freie Concurrenz unter denselben statt. Ausgezeichnete Unternehmungen die-

fer Art können ein Landesfabriks-Befugniß als öffentliches Kennzeichen ihrer Vorzüge erhalten.

Unter den Fabriken glaube ich insbesondere der Aerial-, Hof- und Staatsdruckerei erwähnen zu sollen, welche nebst den Buchdruckerarbeiten in allen Schriftgattungen auch alle Arten von polygraphischen Abdrücken, dann von galvanoplastischen Producten liefert, und bei der Londoner Industrie-Ausstellung Preismedaillen erhielt.

Merkwürdig ist insbesondere die neueste Erfindung des Direktors derselben, Auer, wornach Gegenstände der Natur und der Kunst mit den zartesten Erhabenheiten und Vertiefungen, als: Versteinerungen, Spitzenmuster, Pflanzen mit und ohne Blüthen, Insekten, Fischschuppen, — auf die täuschendste Art abgedruckt werden, wobei durch das Original selbst Druckformen hergestellt werden, was mit dem Namen: *Naturselbstdruck* bezeichnet wird.

Von dem Aufschwunge der Gewerbe in der österreichischen Monarchie gibt auch zum Theile die Vermehrung der Dampfmaschinen Zeugniß. Ihre Zahl beträgt 998, — wovon die Hälfte erst in den Jahren 1847 bis 1851 aufgestellt wurde.

Auf neue Entdeckungen, Erfindungen und Verbesserungen im Gebiete der Industrie werden ausschließende Privilegien auf eine bestimmte Zahl von Jahren ertheilt. Die diesfalls bestehenden Vorschriften haben einige Modifikationen durch das Privilegiengesetz vom 15. August 1852 erhalten.

Der active Einfluß der Staatsverwaltung auf die Begünstigung des Betriebes einzelner Gewerbe und des Verkehrs mit einzelnen Handelsartikeln, ist immer von präkärem Einflusse auf den nationalen Wohlstand. Der Schutz für den Einen soll nicht dem Anderen zum Nachtheile gereichen, wohl aber ist auf Wegräumung der Hindernisse bei dem Gewerbs- und Handelsbetrieb überhaupt Bedacht zu nehmen.

Zweckmäßige Hülfsmittel zur Beförderung der Industrie in allen Zweigen gewähren die, schon seit dem Jahre 1833 in Oesterreich bestehenden Gewerbsvereine. Sie liefern Daten

über die obwaltenden Verhältnisse, über die Vervollkommenung des Betriebes, über die wünschenswerthen Verfügungen von Seite der öffentlichen Verwaltung. Die periodischen Gewerbsproducten = Ausstellungen, welche seit dem Jahre 1835 von 5 zu 5 Jahren vorgenommen werden, und womit Medaillen = Vertheilungen verbunden sind, muntern zu weiteren industriellen Fortschritten auf, die durch dieselben anschaulich gemacht werden, und sind zugleich Mittel zur Beförderung des Absatzes.

Vorzügliche Dienste leisten aber die, durch allerhöchste Entschließung vom 18. März 1850 gegründeten, Handels = und Gewerbekammern, deren 60 in der ganzen Monarchie bestehen. Sie vertreten die Interessen aller Kronländer, stehen mit dem Ministerium in unmittelbarer Verbindung, und erstatten jährliche Hauptberichte über ihre Wahrnehmungen.

Folgende Bemerkungen glaube ich aus dießfälligen Berichten hervorheben zu sollen.

In dem Berichte der n. ö. Handels = und Gewerbekammer vom Jahre 1851 werden die Hindernisse des Emporkommens der österreichischen Gewerbs = Industrie und des Handels näher bezeichnet. Sie bestehen vorzüglich in dem, — in Vergleich mit Frankreich und England, — bestehenden Mangel an technisch gebildeten Männern, an Künstlern, an Zeichnern und Koloristen, an Maschinen und Werkzeugen, an disponiblen Kapitalien und wohlhabenden Consumenten, — insbesondere aber in dem schwankenden Werthe des Papiergeldes, wodurch wiederholte Steigerung in den Preisen der Rohstoffe, in den Productionskosten und Arbeitslöhnen bewirkt, jeder positive Kalkül ausgeschlossen, der Absatz im In = und Auslande unsicher gemacht wird.

Nach dem Beschlusse der n. ö. Handels = und Gewerbekammer vom 30. December 1852 wird ein Schiedsgericht für Handels = und Gewerbsstreitigkeiten durch Wahl aus seinen Mitgliedern aufgestellt, dessen Verhandlungen unentgeltlich sind, wobei auch lästige Formalitäten beseitigt werden, und keine Advokaten interveniren. Den Parteien ist es in der

Regel freigestellt, nach gegenseitigem Uebereinkommen sich an dieses Gericht zu wenden.

Nach dem Berichte der böhmischen Handelskammer vom 24. April 1852 ist der Buchhandel für Oesterreich sehr passiv. Der Werth der Einfuhr habe im Jahre 1846: 1,512.000 fl. — jener der Ausfuhr: 242.000 fl. betragen, was auf ein Zurückbleiben Oesterreichs in der geistigen Bildung, namentlich gegenüber Deutschlands, hindeute, wo der Buchhandel einen viel höheren Aufschwung genommen habe.

Der Handelsbetrieb theilt sich in mehrere Zweige. Besondere Gattungen sind: der Großhandel, der kaufmännische Handel (Kleinhandel), die Krämerei und der Hausierhandel. Mit mehreren Artikeln, insbesondere mit Getreide, ist der Handel gänzlich freigegeben, sonst auf Befugnisse beschränkt. Besondere Concessionen sind zum Buchhandel erforderlich.

Der Großhandel berechtigt zur Führung aller Wechsel-, Commissions- und Expeditions-Geschäfte, und zum Waarenverkehr im Großen. Eine besondere Gattung desselben ist der türkische Großhandel.

Der Großhandel wird meistens in Gesellschaften betrieben, unter denen die Nationalbank den vorzüglichsten Rang behauptet, sowohl wegen der Größe ihres Fonds, der sich, (in C. M. berechnet) seit der Einlage im Jahre 1817 bis Ende des Jahres 1852, von circa 25 Millionen auf circa 240 Million Gulden erhoben hat, als wegen der Zahl der Theilnehmer (50.621 Actien), wegen der Ausdehnung der Anweisungs-, Escompte-, Leih-, Depositen- Giro-Geschäfte, endlich wegen der nahen Verbindung mit den Staatsfinanzen.

Im Mai 1852 wurde, mit Genehmigung des Ministeriums, über Antrag der Venetianer-Handelskammer, ein großartiges Waarendepot (Stabilimento mercantile di Venezia) gegründet, dessen Zweck dahin geht: Waaren in deposito zu nehmen, Vorschüsse auf deponirte Wechsel zu geben, Wechsel von venetianischen Häusern zu escomptiren. Es soll hierzu ein Fond von 10 Million Lire (Zwanziger) durch 10.000 Actien gegründet werden.

Bei größeren Handlungen finden Fonds = Ausweise und Firma = Protokollirungen statt.

Der Kleinhandel wird für den täglichen Gebrauch des Publikums in offenen Gewölben betrieben. Er theilt sich in gemischten Waarenhandel mit allen Waarengattungen, und Klassenhandel mit einzelnen Artikeln.

In Wien bestehen zwei abgesonderte Handels = Gremien, jenes der Großhändler, und jenes des bürgerlichen Handelsstandes.

Die Krämerei ist auf den Detailverkauf geringer Artikel (kurzer Waaren) beschränkt.

Der Hausierhandel wird mit verschiedenen Waaren, im Kleinen, von Ort zu Ort, von Haus zu Haus betrieben. Dazu gehört auch der Handel der Gottscheer und Reifniger mit Südfrüchten und Töpfergeschirren, der sich weit verbreitet.

Durch Patent vom 4. September 1852 wurde ein neues Hausiergesetz erlassen, wobei Beschränkungen des Hausierhandels vorzüglich insoferne verfügt wurden, als es Sanitäts- und Sicherheitspolizei-Rücksichten erforderten.

Der Handel wird mit Waaren, auf Wochen- und Jahrmärkten, — mit Geld, mit Obligationen und Wechseln, auf der Börse betrieben, wobei auf Jahrmärkten auch Ausländern daran Theil zu nehmen gestattet ist.

Durch allerhöchste Entschließung vom 25. October 1852 wurden Bestimmungen zur Regelung des Geschäftsbetriebes der wandernden Handelsagenten getroffen. In- und Ausländer, welche das Vermittlungsgeschäft zwischen Erzeuger oder Handelsmann, und Abnehmer betreiben wollen, bedürfen hierzu besonderer Bewilligung der Behörden, wofür sie Agentiegebühren zu entrichten haben. Dem Agenten ist nicht gestattet, Handelsgeschäfte auf eigene Rechnung abzuschließen.

Im Allgemeinen dürfte auch bei dem Handelsbetriebe die Bemerkung geltend sein, daß die Vorliebe der Regierung für besondere Handelszweige, und die künstliche Beförderung derselben, minder Gedeihen für den Nationalwohlstand bringen.

So kann die Uebersahl der Escompt-Anstalten zur Belebung der Börse-, Geld- und Wechselgeschäfte die Kapitalien der natürlichen Vertheilung entziehen, durch künstliche Kanäle einigen Speculanten zuführen, Schwankungen zwischen übermäßigen Geld-Anhäufungen und Bankerotten bewirken, und soliderem Gewerbs-, Fabriks- und Handels-Betriebe Eintrag machen.

Wohlthätigere Folgen haben die in neuerer Zeit durch Privatvereine in mehreren Provinzen errichteten Sparkassen, von denen jene in Wien mit einem Versorgungsfonde verbunden ist, wodurch auch den, nicht zum Handelsstande gehörigen Individuen die Gelegenheit zur fruchtbringenden Anlegung ihrer Kapitalien dargeboten, und bei allen Zweigen der Beschäftigung und allen Klassen der Bevölkerung der Sinn für Oekonomie erweckt wird.

Diese Anstalten haben auch raschen und bedeutenden Aufschwung genommen.

Die Oedenburger Sparkasse, welche im Jahre 1842 mit einem Actien-Kapitale von 30.000 fl. gegründet worden war, — erhob sich bis zu Ende 1852 zu einem Kapital von 785.257 fl. zu 5 und 4 Perzent verzinslich.

Die Hermannstädter Sparkasse, welche im Jahre 1841 mit einem Stammkapitale von 1800 fl. begonnen hatte, — gelangte dazu, daß sie, ungeachtet dieselbe in der Revolutionsperiode von 1848 und 1849 in die Wallachei geflüchtet werden mußte, — am 31. December 1852 über ein Kapital von 1,166.404 fl. verfügen konnte.

Ueber den Gewerbs- und Handelsbetrieb Oesterreichs glaube ich einige statistische Daten zur Uebersicht anführen zu können, obwohl ich kein vollständiges Bild hierüber zu liefern in der Lage bin.

Die Zahl der im Umfange des Kaiserstaates (mit Ausnahme von Ungarn) betriebenen Fabriken belief sich im Juli 1852 auf: 7581, — der Großhandlungen auf: 1191, — der Wechsler auf: 250, — der Niederlagen auf: 33.109, der Gewerbe auf: 1,901.089, — und der besonderen Beschäftigungen auf: 86.430.

Der österreichische Handelsverkehr mit dem Auslande betrug im Jahre 1850 im Geldwerthe: 263,802.900, wovon auf die Einfuhr: 158,955.400

„ „ „ Ausfuhr: 104,847.500 fl. entfallen.

Derselbe hatte schon gegen den Verkehr im Revolutionsjahre 1848 wieder bedeutend zugenommen. *

Der Gränzzug erstreckte sich zu Lande auf: 885 Meilen.

zur See „ 243 „

zusammen „ 1.128 „

Unter den Einfuhrs=Artikeln betrug im Jahre 1850: die Einfuhr von Getreide:

804.576 Centner Weizen.

291.505 „ Gerste.

422.040 „ Hafer.

Sie war gegen das Jahr 1847 auf das Doppelte gestiegen.

Die Einfuhr von Baumwolle 522.929 Centner.

Sie hatte gleichfalls zugenommen.

Die Ausfuhr betrug im Werthe im Jahre 1850:

An Natur= und landwirthschaftlichen Erzeugnissen: 18,924.800 fl.

„ Stoffen und Halbfabrikaten „ 47,878.700 „

„ Ganzfabrikaten „ 38,044.000 „

Gesammtausfuhr: zu Lande 79,608.200 fl.

zur See 25,239.300 fl.

Die Ausfuhr hatte im Ganzen gegen das Jahr 1847 abgenommen.

Dalmatien und die Quarnerischen Inseln bilden ein eigenes, nicht bloß gegen das Ausland, sondern auch gegen die übrigen Länder der Monarchie geschlossenes Zollgebiet. Der innere Verkehr ist frei. Der Gesamtverkehr über die Gränze betrug im Jahre 1850 den Werth von 14,627.600 fl., davon entfielen auf die Einfuhr: 4,461.700 fl.

„ „ Ausfuhr: 6,190.100 „

„ „ Durchfuhr: 3,975.800 „

Zu den Auflagen, welche den Industriebetrieb und Handels=

verkehr belasten, gehören vorzüglich die Zölle, welche in allen Staaten auf die Ein-, Aus- und Durchfuhr der Waaren gelegt sind, auf die Preise derselben wesentlichen Einfluß haben, und oft als Beförderungsmittel der Industrie angesehen werden. Es bestehen hierüber mannigfaltige Systeme, welche von Schriftstellern aufgestellt, auf Universitäten gelehrt, in einzelnen Staaten in Ausführung gebracht werden.

In Oesterreich lag in älteren Zeiten eigentlich kein System dieser Auflage zu Grunde. Man sah die Ein- und Ausgangspunkte an der, schon in polizeilicher Hinsicht zu bewachenden Gränze, als schickliche Einhebungspunkte einer Steuer an, die möglichst benützt, nach dem Bedarfe, und nach dem sich zeigenden Erfolge, von Zeit zu Zeit erhöht oder erniedrigt wurde, zumal sich hier eine den Vermögenskräften entsprechende Repartition (die Bemessung mochte nach dem Maße und Gewichte, oder nach dem präsumtiven Werthe geschehen) nicht wohl durchführen ließ.

Selbst zwischen den einzelnen Provinzen bestanden Zollschranken, die, hinsichtlich Ungarns, erst nach der Einführung eines gleichartigen Besteuerungssystems vom 1. Oktober 1850 an, aufgehoben werden konnten.

Sobald von dem commerziellen Gesichtspunkte ausgegangen wurde, kam zuerst das Prohibitivsystem in Anwendung, zufolge dessen Einfuhrverbote gegen mehrere ausländische Waaren verhängt wurden, um die Geldausfuhr zu beschränken, den einheimischen Produkten einen mehr gesicherten Absatz zu verschaffen, und dem Luxus zu steuern.

Allmählig trat, nach dem Beispiele Englands, das künstliche Merkantilsystem in Wirksamkeit, wodurch zum Schutze der inländischen Industrie die Einfuhr der zahlreichen einzelnen Waarenartikel, nach dem Verhältnisse der inländischen Erzeugung, mehr oder minder hoch belegt, oder direkt verboten, dagegen die Ausfuhr gering besteuert, oder gänzlich freigegeben, selbst auch durch Prämien dazu aufgemuntert wurde. In den Freihäfen Triest, Venedig, Fiume, Buccari, Porto-re,

Zengg, Carlopago, und in der Handelsstadt Brody in Galizien, wurde nach Art offener Weltmärkte, das Freihandelsystem in Ausführung gebracht, das wesentlich auf die Zunahme der Bevölkerung und des Wohlstandes dieser Städte, insbesondere auf Triest, das schon seit 1717 diese Begünstigung genoß, Einwirkung hatte.

Welchen wichtigen politischen Einfluß Handelssysteme haben können, zeigt die unter Napoleon's mächtigem Einflusse verfügte Continental-Sperre, welche den Handelsstand in ganz Europa in Aufregung brachte, der Allianz Englands mit den Continentalmächten Vorschub gab, und vielleicht zu großen Weltereignissen mitwirkte.

Bedeutende Fortschritte gewannen die österreichische Industrie und die Handelsverbindungen im Inlande und mit dem Auslande: durch Hinwegräumung der Zollschranken zwischen zwei Hälften der Monarchie, durch die Ausdehnung des österreichischen Zollverbandes auf einen Theil von Mittelitalien, durch die Handelsverträge mit Sardinien und anderen Staaten.

Dagegen wurden aus finanziellen Rücksichten einige Gegenstände des Verkehrs ganz dem Privat-, Gewerbs- und Handelsbetriebe entzogen, und als Monopole dem Alerar vorbehalten. Dahin gehören: Die Erzeugung, Fabrikation und der Verschleiß von Tabak, Pulver und Salz, die Einlösung von Gold-, Silber- und Kupfererzen, welche den Stoff zur Münzausprägung enthalten.

Der Seehandel genoß im Allgemeinen besondere Begünstigungen, wovon weiter unten die Rede ist. Auch die Fluß-Schifffahrt erhielt in neuerer Zeit manche Erleichterungen in den Abgaben.

Durch allerhöchste Entschließung vom 9. Februar 1852 wurde die Befreiung vom Elbezoll für österreichische Schiffe und Flöße von Melnik bis an die sächsische Gränze bewilligt. Durch allerhöchste Entschließung vom 12. Oktober 1852 wurden die Moldauzölle ermäßigt. Mit 1. Juli 1852 wurden folgende Gebühren auf der Donaustraße sammt den Nebenflü-

sen von der bairischen bis zur ungarischen Gränze, aufgehoben, als: Wasserzoll, Zillenausschlag, Bodenrecht, Stationszoll, Pferdemauth, Wasser-Roßmauth.

Nebst der Verschiedenheit der Ansichten über die oben erwähnten Zollsysteme im Allgemeinen, die wieder mehrere Abstufungen haben, liegen der Zollgesetzgebung noch mehrere bedeutende Schwierigkeiten, insbesondere durch die Collisionen zwischen den finanziellen und den commerziellen Rücksichten im Wege. Die Zollgesetzgebung muß im Einklange mit jener für Produktion, Gewerbe und Handel stehen. Welche ungeheure Aufgabe ist es nun, wohlberechnete Zolltarife für die unzähligen Artikel von Stoffen, Halb- und Ganz-Fabrikaten festzusetzen, wo alle Augenblicke die Verhältnisse sich ändern, und so viele Classen der Bewohner der Monarchie, der verschiedenen Kronländer, selbst einzelner Bezirke und Ortschaften, in ungleichem Grade dadurch affizirt werden.

Dazu kommt noch das Streben, im Aus- und Inlande sich Vortheile auf Kosten Anderer zuzueignen, die Verwaltung zu täuschen, und sich den Auflagen zu entziehen, was sehr komplizirte Strafverhandlungen nach sich zieht, ein zahlreiches Personale von Beamten und Aufsehern nöthig macht, und schwere Auslagen für die Aufsicht im Innern, und die Bewachung jedes Punktes der Gränze der Monarchie, deren Ausdehnung, wie oben angegeben, über 1000 Meilen * beträgt, zur Folge hat.

Selbst die Verträge mit auswärtigen Staaten zum Schutze des Handels sind oft mit Opfern verbunden, und führen verwickelte Verhandlungen herbei. Es muß daher nur mit größter Vorsicht vorgegangen, und vorzugsweise die Erfahrung benützt werden, um von Zeit zu Zeit auf genaue Beobachtungen gestützte Reformen im Zollwesen vorzunehmen.

Zusolge Patent vom 6. November 1851 ist der neue Zolltarif in Oesterreich bekannt gemacht worden, der mit 1. Februar 1852 in Wirksamkeit trat, und bis Ende Oktober 1854 in Kraft verbleiben soll. In demselben sind insbesondere auch folgende

* Austria, Mai 1852.

Bestimmungen enthalten: Einfuhrverbote bestehen nur auf Staatsmonopols-Gegenstände, rücksichtlich der Einfuhrszölle wird vielfältig von dem Schuttsysteme abgegangen, und bedeutende Erleichterung in der Bemessung zugestanden. Befreiung von Durchfuhrszöllen findet statt: für Waaren, welche in österreichische Häfen eingehen, oder zur See ausgeführt zu werden bestimmt sind. Auch soll ohne Unterscheidung der Waaren, wenn der Durchzug nicht mehr als 10 Meilen Länge beträgt, keine höhere Gebühr, als 3 fr. per Centner erhoben werden.

Dieser Tarif hat nach Stimmenmehrheit günstige Wirkungen in Oesterreich hervorgebracht. Ohne in eine Würdigung der verschiedenen Handelssysteme einzugehen, erlaube ich mir, einige Thesen aus einem neueren, in Brüssel erschienenen Werke, von Bastiat *, worin die Prinzipien der Handelspolitik auf die Wurzel zurückgeführt werden — hier anzuführen: Die Tendenz der Staatsverwaltung soll dahin gehen, der Nation, so wie dem Einzelnen, die größt mögliche Masse von Gütern mit dem möglichst geringen Aufwande zu sichern. Dieß kann nur durch freie Erwerbs- und Handelsthätigkeit erzielt werden.

Der Produzent, der Fabrikant, der Handelsmann, wünscht immer die Beschränkung der Theilnehmer an seinem Erwerbe — wo möglich das Monopol — der Consument: die Vermehrung der Erzeugung — die Ueberfüllung des Marktes. Dem Nationalinteresse entspricht mehr der Ueberfluß, als der Mangel an Befriedigung.

Zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse schafft theils die Natur, theils die Arbeit des Menschen, theils beide vereint, die Mittel.

Der Tausch beruht auf der Verschiedenheit und dem Wechsel der Bedürfnisse, und es wird durch denselben gegenseitig Befriedigung gewährt. Er findet nur in der Gesellschaft statt. Im isolirten Zustande übersteigen die Bedürfnisse weit die menschlichen Kräfte, im gesellschaftlichen Zustande fin-

* Harmonies économiques par M. Fr. Bastiat. Bruxelles 1850. Melanges d'Economie politique II. T. 1851.

det der Einzelne, durch Vertheilung und Vervollkommnung der Arbeit, im Tausche eine, das Maß seiner Kräfte weit übersteigende Befriedigung.

Der Werth der Güter und Leistungen beruht bloß auf der hierauf verwendeten Arbeit, und kommt hiernach allein bei dem Tausche in Anschlag. Der Theil des Nutzens, welchen die Natur im Produkte schafft, ist immer unentgeltlich. Der Werth im Tausche beruht auf dem Verhältnisse gegenseitiger Hülfeleistung zur Befriedigung der Bedürfnisse, deren Wirkung durch Vereinigung der Kräfte und Theilung der Arbeit auf das höchste gesteigert wird. Der Werth liegt oft minder in dem Dienste, welcher von dem Einen geleistet, als in der Arbeit, welche für den Anderen erspart wird. Die Arbeit beruht nicht bloß auf der Anwendung physischer, sondern auch geistiger und moralischer Kräfte. Zur Förderung der Arbeit und Erhöhung des Nutzens derselben, sind Kapitalien erforderlich, nämlich: Werkzeuge, Stoffe und Vorräthe, die wieder nur durch Arbeit gewonnen, und vom Eigenthümer an Andere nur gegen Zinsen überlassen werden. Die Schätzung des Werthes muß den Parteien, welche den Tausch vornehmen, überlassen werden, da sie am besten einerseits ihre Bedürfnisse kennen, andererseits ihre geleistete Arbeit anzuschlagen wissen. Die freie Konkurrenz der Käufer und Verkäufer bietet den richtigsten Maßstab dar. Das Einschreiten der Regierung kann nur Störung des Verkehrs und Unbilligkeit zur Folge haben. Die Freiheit der Konkurrenz ist nur die Vermeidung jeder Willkühr, jeden Zwanges, jeder Begünstigung eines Theiles der Bevölkerung zum Nachtheile des anderen.

Die Konkurrenz stellt das Gleichgewicht in dem Genuße der Güter, welche die Natur nur einzelnen Gegenden zugetheilt hat, und in der Benützung der Fortschritte in industriellen Erfindungen und Verbesserungen her, und macht sie zum Gemeingute.

Hierbei soll sich auch nicht auf das Inland beschränkt werden. Man mache ein Inventar über die in einem Staate vor-

handenen Güter, nach der Menge, dem Maße und Gewichte, — zur Zeit, wo Prohibitivgesetze die Einfuhr ausländischer Waaren beschränken, und wiederhole diese Operation — einige Zeit, nach Aufhebung dieser Gesetze. Wird sich nicht dann ein bedeutender Ueberschuß zeigen, und eine Steigerung des Nationalreichthums herausstellen?

Soll es dem Staate nützen, Hindernisse in der Einfuhr nothwendiger Artikel, z. B. des Eisens, in dem Gebrauche der Maschinen u. s. w. zu legen, um die Arbeitsthätigkeit im Inlande anzuspornen? Heißt das nicht, die Produkte vermindern, um die Mühe und Arbeit zu vermehren?

Die Natur selbst dürfte für das richtige Verhältniß zwischen Produzenten und Consumenten Sorge tragen, und die Zunahme der Produktion mit jener der Bevölkerung ausgleichen, ohne künstlicher Schranken zu bedürfen, die sich auch nicht festhalten lassen.

Die Zölle sollen nicht zur Protektion der Industrie, sondern nur zum Behufe des Staatseinkommens dienen, daher in der Art bemessen sein, daß sie —

mit 5 % vom Werthe: die Gegenstände des unumgänglichen Bedarfes,

mit 10 %: jene der Convenienz,

mit 20 %: Luxusgegenstände treffen.

Die bei den Zusammenstellungen in Ziffern sich ergebende Mehreinfuhr gegen die Ausfuhr kann oft auf den Gewinn des Landes hindeuten, der im Waarentausche erzielt worden ist, daher gewiß nicht zum Nachtheile des Inlandes gereicht. Es ist daher ein Vorurtheil, daß nur die Ausfuhr der Waaren dem Staate nützlich, die Einfuhr aber schädlich sei, somit die letztere durch Verbote und Taxen gehemmt werden müsse, wodurch eine Vermehrung der Arbeit im Lande ohne Erhöhung der Genuße erzielt, und so das Mittel mit dem Zwecke verwechselt wird. Selbst gegenüber von fremden Staaten, welche nach diesem Grundsatz vorgehen, soll man nicht Reciprocitäts-Maßregeln ergreifen, weil dadurch doppelte Erschwernisse dem Handel ge-

legt werden, weil der inländische Handelsmann am besten seine Speculationen so zu richten weiß, daß sich ein Handelsgewinn daraus ergebe, der immer auch als Gewinn für die National-industrie zu gelten hat.

Die Verbotsgesetze können den industriellen Beschäftigungen im Inlande mehr Mannigfaltigkeit geben, sie werden aber den Gewinn derselben prekär machen, und durch die Isolirung der Nation die industriellen Geschäfte im Ganzen vermindern.

Es ist nicht vortheilhaft, das Produkt selbst mit größerem Aufwande von Kräften zu erzeugen, das man von Anderen wohlfeiler erkaufen kann. Die ganze Oekonomie der bürgerlichen Gesellschaft beruht auf der Theilung der Arbeit, auf dem freien Tausche der Waaren und Leistungen. Dieser Grundsatz ist nicht bloß auf den Verkehr in Gemeinden, Departements, Provinzen, sondern auch mit fremden Nationen anwendbar.

Obgleich viel Wahres in diesen Sätzen enthalten ist, so dürfte doch bei einzuleitenden Reformen mit vieler Vorsicht vorzugehen sein.

Man kann hier gleichfalls, wie ich es rücksichtlich der Gewerbsverfassung bemerkt habe, nicht bloß nach abstracten Theorien vorgehen, man muß sich zugleich auf den materiellen Standpunkt setzen, auf welchem die seit Jahrhunderten bestehende Gesetzgebung und Uebung, die erworbenen Privat-Gerechtsame, die Lebensfrage für so viele arbeitsame Familien, und selbst finanzielle Rücksichten, — zu beachten sind.

Von der Differenz der Ansichten über die Grundsätze der Handelspolitik, und von der Schwierigkeit, passende, unwan- delbare Zolltariffe über vielfältige, immer wieder neu hervorkom- mende Waarenartikel festzustellen, zeigen die unermüdlich fort- gesetzten Verhandlungen über den deutsch-österreichischen Zollverein.

Der deutsche Zollverein war unterm 22. März 1833 unter der Hegide Preußens abgeschlossen worden, und vereinigte im Jahre 1849: 11 Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 29 Millionen Seelen. In meinem früheren Werke habe ich den

Gang der Verhandlungen über den angestrebten Anschluß Oesterreichs bis zum März 1851 darzustellen gesucht, und meine Besorgniß über den zu erwartenden Erfolg geäußert. * Ich habe bemerkt, welche Collisionen hinsichtlich der Vereinigung so vieler verschiedenartiger Staaten, nicht nur über die Zollbestimmungen für zahlreiche Waarenartikel, sondern auch über die damit in Verbindung stehende Gleichförmigkeit in den Gewerbsordnungen, in der Handelsgesetzgebung und in der Steuerverfassung sich ergeben, und fortwährend erneuern müssen.

Oesterreich hat durch seinen neuen, mit 1. Februar 1852 in Wirksamkeit getretenen Zolltarif, und durch die Beseitigung der Zollschranken im Innern, für die Handelsinteressen seiner Kronländer hinreichend gesorgt. Als die größte Macht Deutschlands, bedarf es des Anschlusses an den deutschen Zollverein nicht, um seinen Handel in Regelmäßigkeit und Ausdehnung zu erhalten. Selbst zur Zeit, als die deutsche Kaiserwürde mit dem österreichischen Throne verbunden war, wurde von Oesterreich auf die Zollgesetzgebung in den übrigen deutschen Staaten kein Einfluß genommen; Preußen hat selbst, ohne Intervention der Zollvereinsstaaten, am 7. September 1851 Separatverbindungen mit Hannover und den übrigen Steuervereinsstaaten ** geschlossen, es hat unterm 17. November 1851 den Zollverein für den mit Ende des Jahres 1853 schließenden Ablaufstermin aufgekündet. Eine kürzlich erschienene Schrift: „Die Segnungen des Zollvereines,“ Leipzig 1852, sucht durch statistische Daten über die vorzüglichsten Artikel des Verkehrs in den Zollvereinsstaaten nachzuweisen, daß „die Produktion und der Wohlstand derselben“ seit der Gründung des Vereines vom Jahre 1835 bis zum Jahre 1847 abgenommen haben. Die Lösung der Frage, welche politische Stellung die beiden Großmächte Deutschlands in Bezug auf den

* III. 214—229.

** Zum Steuervereine gehörten im Jahre 1851: Hannover, Herzogthum Oldenburg, Fürstenthum Schaumburg-Lippe, Braunschweigische und Preussische Landestheile mit einer Gesamtbevölkerung von 1,992,628 Seelen.

Schutz und die Leitung der materiellen Interessen dieses Landes behaupten sollen, — unterliegt jedenfalls vielen Schwierigkeiten.

Die seit dem Jahre 1850 abgehaltenen Zollkonferenzen zwischen den deutschen Mächten: zu Kassel (welche durch den Aufstand in Kurhessen unterbrochen wurden), zu Wiesbaden, zu Wien, Stuttgart, Berlin, Darmstadt, Olmütz, Dresden und München, dann neuerdings zu Wien, wobei sich verschiedene Gruppen bildeten, und verschiedene Tendenzen zeigten, hatten bis zum Februar 1853 zu keinen bestimmten Resultaten geführt.

Mittlerweile war ein Zollvereinigungsvertrag Oesterreichs mit dem Fürstenthum Lichtenstein am 5. Juni 1852, dann mit den Herzogthümern Modena und Parma unterm 15. September 1852 zu Stande gekommen, welcher letztere aber allerdings auf die hierbei eintretenden Verwicklungen hindeutet.

Dieser Zollverein soll in Bezug auf die Zollgesetzgebung, Verwaltung und Verrechnung ein engerer zwischen den beiden Herzogthümern und dem lomb. venet. Königreiche sein. Die Zoll-Linien zwischen den drei Staaten werden aufgehoben, und zollfreier Verkehr zwischen denselben wird gestattet. Jedoch sind einige Vorbehalte hinsichtlich des Verkehrs mit Getreide in Fällen der Theuerung, dann mit Munition und Waffen in Fällen des Krieges beigelegt.

Jeder der Vereinsstaaten kann auf seiner Gränze jene Einrichtungen treffen, welche er zu seiner inneren Sicherheit in Rücksicht der Polizei, Censur und der öffentlichen Gesundheitspflege für unerläßlich erkennt.

In Bezug auf die kursirenden Münzen, soll durch eine gemeinschaftliche Kommission die Werthsbestimmung getroffen werden.

Die Herzogthümer nehmen von Oesterreich an: den Zolltariff, die Zoll- und Staatsmonopolsordnung, das Gefälls-Strafgesetz, die Stempelvorschriften für Karten, Kalender und Zeitungen, die Bestimmungen über die Besteuerung des Zuckers, wobei jedoch einige Abänderungen vorbehalten wurden, welche

durch die Verhältnisse der herzoglichen Staaten nothwendig werden.

Die Herzogthümer nehmen die Bestimmungen an, welche im lombardisch-venetianischen Königreiche hinsichtlich des Gränzbezirkcs gegen das Ausland, der Richtung der Zollstraßen, der Standorte der ausübenden und Kontrollsämler, des Status und der Besoldungen der Beamten, der Organisation der Finanz-Intendanzen und Wachen bestehen.

Die gegenwärtigen Salzpreise sollen beibehalten, die Preise der Tabaksorten, des Pulvers und Salpeters möglichst in Gleichförmigkeit gebracht, die Verschleißbezirke geregelt — die Staatsmonopole sollen nicht verpachtet werden. Die Verzehrungssteuergcbühren sollen so bemessen werden, daß sie weder der Erzeugung der einzelnen Staaten, noch ihrem gegenseitigen Verkehr Schaden bringen können.

Für die Theilung des Ertrages der Ein- und Ausfuhrzölle sammt Nebengebühren, über Abrechnung der Auslagen zwischen den Zollvereinsstaaten, sind gleichfalls minutiose Bestimmungen getroffen, so wie über die gegenseitige Kontrolle durch Abordnung von Beamten auf fremdes Gebiet, um das gegenseitige Zoll- und Gefällsverfahren zu überwachen, und durch Streifungen der Finanzwachen über die gegenseitigen Gränzen. Die Finanz-, Gerichts- und politischen Behörden der drei Staaten sollen in Verbindung unter sich stehen, um bei Gefällsübertretungen und Strafen in gleichmäßiger Art vorzugehen.

Nach der Ratifikation des Vertrages soll in Mailand eine Centralkommission von drei, aus den Vereinsstaaten abgeordneten, Mitgliedern zusammen treten, um fortwährend die Ausführung zu sichern.

Noch weit komplizirtere Verhältnisse würden sich bei dem Anschlusse Oesterreichs an den deutschen Zollverein ergeben.

Mindere Schwierigkeiten hatten die mit fremden Mächten abgeschlossenen Verträge, in der reinen Absicht, im Handel mit diesen Ländern sich vor Beschränkungen zu verwahren, und wo

möglich einen Vorsprung vor konkurrirenden dritten Staaten zu gewinnen. Dahin gehören: die schon seit den Jahren 1718 und 1784 bestandenen Verträge Oesterreichs mit der Türkei, in welchen gegenseitig der Ein- und Ausfuhrzoll mit 3 Prozent vom Werthe der Waaren bedungen wurde, wodurch der levantinische Handel einen bedeutenden Aufschwung erhielt. Unterm 5. September 1852 wurde ein, mit der türkischen Regierung verabreiteter, Zolltarif kund gemacht, in welchem die Ein- und Ausfuhrzölle nach den einzelnen Waarenartikeln bemessen sind.

Nach dem Schiffahrtsvertrage zwischen Oesterreich und Baiern, abgeschlossen zu Wien den 2. December 1851, ist die Schiffahrt auf der Donau und ihren Nebenflüssen durch das ganze Gebiet der beiden Staaten für Schiffe aller Nationen frei. Gleichförmige Bestimmungen sollen in Bezug auf die Ausübung der Schiffahrt und die Handhabung der Strandpolizei getroffen, Wasserzölle und Schiffahrtsabgaben sollen aufgehoben werden.

Die österreichische Regierung wird die Schiffahrtsgebühren auf der Donaustrecke von dem Eintritte nach Ungarn bis zum Austritte in die Türkei, so wie auf den Nebenflüssen, in entsprechender Weise reguliren und ermäßigen.

Zwischen beiden Mächten ist gleichzeitig ein Vertrag zur Feststellung der polizeilichen und Zollaufsichtsmaßregeln auf den Gränzflüssen, und über Territorial- und Gränzverhältnisse geschlossen worden.

Unterm 22. November 1851 wurde ein Vertrag mit Sardinien zur Unterdrückung des Schleichhandels auf dem Lago maggiore und den Flüssen Po und Ticino geschlossen.

Nach dem Handels- und Schiffahrtsvertrage zwischen Oesterreich und Sardinien vom 18. Oktober 1851 (ratificirt am 22. Februar 1852) ist gegenseitig freie Kommunikation zugestanden, die Behandlung der Unterthanen des anderen gleich jenen des eigenen Staates vorgeschrieben (mit Ausnahme des Rechtes der Fischerei und der Küstenschiffahrt, welche den Nationalen vorbehalten bleibt). Die Schiffahrt auf dem Po, dem

Ticino und den Nebenflüssen in beiden Landesgebieten soll frei sein, die Eisenbahnen sollen gegenseitig so geführt werden, daß Turin, Genua und Mailand in Verbindung kommen. Beiderseits werden Zollvortheile und Ermäßigungen zugestanden, wie sie den am meisten begünstigten fremden Nationen eingeräumt sind. Die Anstellung von Konsulen, Vicekonsulen und Agenten in den Häfen und Handelsplätzen beider Staaten, so wie die Ausübung der entsprechenden Funktionen derselben wird gegenseitig gestattet. Der Vertrag wird auch auf das Fürstenthum Monaco ausgedehnt, und besteht durch 5 Jahre in Kraft.

Ein ähnlicher Vertrag war auch zwischen Oesterreich einerseits, dann Modena und Parma andererseits, bereits am 3. December 1849 abgeschlossen worden, welchem auch die päpstliche Regierung den 11. Mai 1850 beigetreten war.

Zufolge Ministerialerlaß vom 28. November 1852 hatten England und Oesterreich sich zur Auslieferung der in ihren Häfen entweichenden Matrosen, die den gegenseitigen Staaten unterthan sind, verbunden.

Fernere Handels- und Schiffahrtsverträge wurden abgeschlossen * mit den Kantonen Tessin und Graubünden, im Jahre 1818, mit Griechenland am 4. März 1835, und am 8. December 1850 mit Rußland, Großbritannien und Preußen am 5. November 1815, bezüglich des Handels auf den ionischen Inseln, mit dem Königreich beider Sizilien am 3. Oktober 1846 (kundgemacht am 26. Oktober 1851), mit Großbritannien unterm 3. Juli 1838, mit dem Königreich der Niederlande unterm 31. Oktober 1850, mit Belgien am 25. Oktober 1841, mit Dänemark den 12. Februar 1834, mit Schweden und Norwegen unterm 1. April 1831, mit den Elbeuferstaaten unterm 23. Juni 1821 (revidirt im Jahre 1851) über die Elbe-Schiffahrt und Zollermäßigungen, mit Hannover am 1. Juni 1832, mit Preußen am 20. Oktober 1847 über den Gränzverkehr, mit Rußland und

* Stubenrauch, Oesterreichische Verwaltungsgesetzkunde II, Bd. 637—640.

Preußen am 3. Mai 1815 über die Flußschifffahrtsrechte der Unterthanen von Polen, mit Rußland am 25. Juli 1840 hinsichtlich der Schifffahrt auf der Donau, mit Marokko am 27. April 1783, erneuert den 19. März 1830, mit Brasilien am 16. Juni 1827, mit Mexiko am 30. Juli 1842, mit den vereinigten Staaten von Nordamerika am 27. August 1829 und 8. Mai 1848.

In neuester Zeit traf auch die Nachricht von dem, am 19. Februar 1853 auf 12 Jahre abgeschlossenen, mit 1. Jänner 1854 in Wirksamkeit tretenden Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und Preußen ein. Der Zweck ist, den Handel durch ausgedehntere Zollermäßigungen und Befreiungen, durch vereinfachte und gleichförmige Zollbehandlung, und erleichterte Benützung der Verkehrsanstalten zu fördern.

Wesentlichere Bedingnisse sind: Es sollen keine Ein-, Aus- und Durchgangsverbote zwischen dem beiderseitigen Gebiete, mit Ausnahme für Staatsmonopolsgegenstände — bestehen, freier Eingang für rohe Naturprodukte und literarische Gegenstände, mäßige Eingangszölle für Gewerbszeugnisse der beiderseitigen Länder. Die Durchfuhrszölle werden auf viele Artikel ganz aufgehoben, im Maximum aber auf 10 fr. vom Centner beschränkt. Von keinem der kontrahirenden Theile sollen dritte Staaten günstiger behandelt werden, als der andere kontrahirende Theil. Ausgenommen davon sind nur diejenigen Begünstigungen, welche die mit einem der kontrahirenden Theile jetzt oder künftig zollvereinten Staaten genießen.

Die Benützung der Häfen, Landplätze, Flüsse, Kanäle, Straßen, Brücken, Eisenbahnen, soll gegenseitig den Handel treibenden beider Staaten zu gleichen Gebühren, wie den Inländern, zu Statten kommen.

Durch Annahme gleichförmiger Grundsätze in Gewerbsachen soll der Befugniß der Unterthanen des einen Staates, in dem anderen Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werden.

Die kontrahirenden Mächte sollen sich mit Verzichtleistung auf vormalige egoistische Tendenzen gegenseitig in den Amtshandlungen zur Entdeckung, Untersuchung und Bestrafung der Zollgesetzübertretungen unterstützen, und beiderseits den Beamten die Erforschung und Einsicht der Amtsbücher und Register auf fremden Gebiete gestatten.

Im Laufe des Jahres 1853 soll über eine allgemeine Münzkonvention in Unterhandlung getreten werden. Es sollen noch im Laufe des Jahres 1853 Kommissäre der kontrahirenden Staaten zusammentreten, um die Vertragsartikel in Vollzug zu setzen. Preußen hat hiernach die Zollkonferenz am 12. März 1853 in Berlin wieder eröffnet.

Am 4. April 1853 wurde der Vertrag unterzeichnet, durch welchen einerseits der Zollverein, unter Aufnahme des Steuervereins, auf 12 Jahre erneuert wird; und anderseits sämtliche Zollvereinsstaaten dem preussisch-österreichischen Handels- und Zollvertrage vom 19. Februar 1853 beitreten.

Durch Annahme des September-Vertrages wurden die Zollvereinsstaaten mit den Küsten des deutschen Meeres, und mit den Mündungen der ihr Gebiet durchströmenden Flüsse, von denen sie bisher durch die Staaten des Steuervereins abgeschnitten waren, — in Verbindung gebracht, wodurch wesentlich auf die Entwicklung aller Verhältnisse des deutschen Verkehrs eingewirkt wird.

Durch Annahme des österreichisch-preussischen Handels- und Zollvertrages wird Oesterreich mit den übrigen deutschen Staaten, unter Beseitigung der bisherigen Differenzen, und ohne daß es dem Zollvereine beizutreten nöthig hat, zu wechselseitigem Vortheile in nähere Verbindung gebracht.

Der auf 12 Jahre abgeschlossene österreichisch-preussische Handelsvertrag ist für die mit Oesterreich zollverbündeten italienischen Staaten nur für 4 Jahre und 9 Monate, vom 1. Februar 1853 an, verpflichtend.

Es werden im Jahre 1860 Kommissionen der kontrahiren-

den Staaten zusammen treten, um über deren gänzliche Zoll-einigung, und den Anschluß der ihrem Zollverbände alsdann angehörigen Staaten zu berathen.

Zur fortwährenden Handelsverbindung mit fremden Staaten in allen Welttheilen, und zur Ueberwachung der Ausführung der dießfälligen Handels- und Schiffahrtsverträge, sind in den vorzüglicheren auswärtigen Handelsplätzen und Seehäfen von der österreichischen Regierung Consulate und Agenturen aufgestellt, wovon im Jahre 1852 im osmanischen Reiche 94, in Algerien 6, Marokko 6, Griechenland 11, ionischen Inseln 4, Sizilien 34, Kirchenstaat 17, Toskana 5, Sardinien 13, Frankreich 19, Spanien 24, Portugal 8, Großbritannien 22, Belgien 1, Holland 3, deutschen Bundesstaaten 10, Dänemark 2, Schweden und Norwegen 6, Rußland 13, Amerika 17, Ostindien 6, China 1 — zusammen 322 — bestanden.

Der Handel im Allgemeinen wird zur See oder zu Lande betrieben. Der Landhandel ist oben zur Sprache gekommen. Die Handelsverbindungen mit der Türkei sind mehr oder minder durch die Gefahr der dort öfter herrschenden Pest bedroht. Es ist daher an der Gränze gegen die türkischen Provinzen bleibend ein Wachkordon aufgestellt, Einbruchstationen sind offen gelassen, längs derselben Kontumazen zur Aufnahme und Untersuchung des Gesundheitszustandes für Personen, Waaren und Thiere, sowie auch Kastelle zum gegenseitigen kleinen Verkehr unter gehörigen Vorrichtungen errichtet.

Was nun den Seehandel betrifft, so ist die Begünstigung der Schiffahrt, die Errichtung einer Marine, und die Eröffnung von Häfen, sowohl für National- als fremde Schiffe, als vorzügliches Beförderungsmittel anzusehen. Die Beispiele von England, Frankreich und Holland in Europa, und von den vereinigten Staaten in Nord-Amerika, zeigen, zu welchem Grade von Macht und Wohlstand die Schiffahrt, welche sich in die entferntesten Weltgegenden verbreitet, und den beiden Erdpolen nähert, die Nationen erheben kann.

Oesterreich hat nur einen beschränkten Küstenbezirk in geschlossenen Meeren; zwar wurden im Jahre 1778, 4 Nikobari-sche Inseln mit einer Ausdehnung von ungefähr 2000 Quadrat-Meilen von zwei österreichischen Schiffen: „Maria Theresia“ und „Joseph“ in Besitz genommen, jedoch wurden dieselben um das Jahr 1790 wegen des durch Seekriege gestörten Handels wieder verlassen. Indessen hat Oesterreich durch Eröffnung der Freihäfen, durch die Liberalität im Verkehr mit fremden See-staaten, — die Rivalität mit letzteren vermieden, und Fortschritte im inneren Wohlstande gemacht.

Die österreichische Schifffahrt theilt sich in die Küsten-fahrt (Cabotage), entweder die kleine, auf einen bestimmten Bezirk beschränkte, oder die große, welche sich auf der Westseite des adriatischen Meeres bis zum Vorgebirge von Otranto, und auf der Ostseite desselben mit Einschluß der ionischen Inseln bis zum Hafen und Kanal von Sante erstreckt — und in die Fahrt in die weite See, (a lungo corso) für deren jede besondere Bewilligungsurkunden ausgefertigt werden.

Das Befugniß zur Ausübung der Schifffahrt unter österreichischer Flagge wird für kleine Cabotage durch Lizenzen, für die große Cabotage durch Seepässe, und für die weite Fahrt durch Patente ertheilt. Die Schiffseigenthümer oder Rheder müssen österreichische Staatsbürger, die Schiffe auf einer österreichischen Schiffswerfte erbaut oder umgebaut sein; die Besatzung soll wenigstens zu $\frac{2}{3}$ aus österreichischen Matrosen bestehen.

Zur Vervollkommnung des Schiffbaues und der Ausbildung in der Schifffahrtskunde bestehen: die nautische Schule in Triest und die Marine-Akademie in Venedig.

Die Central-Seebehörde zu Triest breitet den schützenden Arm über die Gestade und Häfen in sämmtlichen österreichischen Küstenbezirken, und über die zwischen denselben betriebene Meeresschifffahrt aus. Sie wurde durch Allerhöchste Entschließung vom 30. Jänner 1850 gegründet, und erhielt ihre definitive Organisation durch kaiserliche Verordnung vom

15. Mai 1851. Sie ist unmittelbar dem Handelsministerium untergeordnet.

Zu ihrem Wirkungskreise, der sich auf sämtliche österreicheische Küstenländer erstreckt, gehören: die Beaufsichtigung des Seeschiffbaues, die Leitung der Anstalten zum Seeschiffahrtsbetriebe, wozu Häfen, Werften, Leuchttürme u. s. w. gehören, die Ertheilung der Seeschiffahrtsbefugnisse, die Ueberwachung der Hafenpolizei und der Sanitäts- und Contumazvorschriften, die Einführung einer allgemeinen Matrikel für den Seedienst in der österreichischen Handelsmarine, die Personalsangelegenheiten der Hafen-, Sanitäts- und Lazarethämter, die Einflussnahme auf die Geschäfte der Konsularämter.

Dem Vorsteher dieser Behörde sind 2 Oberinspektoren beigegeben, denen ein zum Theile selbstständiger Wirkungskreis zugewiesen ist, und zwar ein technischer Inspektor, welcher die Bausachen in der ganzen Küste der österreichischen Monarchie zu leiten hat, und ein nautischer, welcher die nautischen Schulen zu überwachen, die für die Eignung zur Führung österreichischer Seeschiffe vorgeschriebenen Prüfungen zu leiten, und im Hafen- und Sanitätsdienste, in allen wissenschaftlichen oder technisch-nautischen Aufgaben sein Gutachten zu erstatten hat.

Exponirte Inspektoren sind zu Venedig für das Kronland Venedig, zu Fiume für das Kronland Croatien, und Militär-Croatien, zu Ragusa für Dalmatien. In eben diesen Städten sind Central-Hafen- und Seesani tätsämter aufgestellt, welchen gleiche Funktionen, wie der Centralseebehörde in Triest, der sie unterstehen, für ihren Bezirk übertragen sind. Sie stehen unter einem Capitän, welchem das erforderliche Personale nebst Hafen-Bootsen, Quardianen und Wächtern beigegeben ist.

Als allgemeine Norm gilt für dieselben im Hafendienste: das Navigationsedikt vom Jahre 1774, im Seesani tätsdienste: das allgemeine durch allerhöchste Entschliesung vom 13. December 1851 vorgeschriebene Reglement zur Verhütung der Ansteckung durch die Pest, und durch das gelbe Fieber. Nach

demselben dürfen Schiffe in der Regel nur dort landen, und Personen, Waaren und Thiere ausschiffen, wo sie der Sanitätsbehandlung unterzogen werden können, auch müssen sie mit Sanitätspässen versehen sein, die folgende Abstufungen haben: wenn sie ganz unverdächtig sind (*di patente libera*), wenn sie aus Orten kommen, wo seit 21 Tagen vor der Abfahrt kein Krankheitsfall vorkam (*di patente netta*), wenn der Zustand unrein war (*di patente brutta*), endlich wenn selbst am Bord des Schiffes die Krankheit herrscht, oder geherrscht hat, (*di patente brutta aggravata*), wo sohin, nach Verschiedenheit der Fälle, das Reinigungs und Contumazverfahren mit Personen, Waaren und lebenden Thieren vorgezeichnet ist.

Die österreichische Seeküste mit den dazu gehörigen Inseln wird in Hafen- und Sanitätsämthlicher Beziehung in Bezirke, in ersterer Beziehung auch noch in Unterbezirke eingetheilt. In weiterer Abstufung bestehen hiernach Hafen- und Sanitätsämter mit einem Capitän zu: Chioggia, Rovigno, Lussin piccolo, Bucari, Porto-Ré, Zengg, Zara, Spalato, Mogline — Hafen- und Seesaniitätsdeputationen, endlich Agenturen und Exposituren mit Inspektionsquardianen, welche als Wachposten an Hafen- und Küstenplätzen, in welchen Schiffe häufig aus Zwang der Witterung einzulaufen pflegen, aufgestellt sind.

Die Seelazarethhe haben in der Regel nicht im Hafen-, sondern nur im Seesaniitätsdienste eine selbstständige Wirksamkeit; nur an Orten, wo kein Hafenamt besteht, sind sie zugleich Hafendeputationen. Die Amtshandlungen der Lazarethhe beziehen sich auf die sanitätsämthliche Beobachtung der aus gesundheitsverdächtigen Ländern ankommenden Personen, und auf die kontumazmäßige Reinigung der aus solchen Ländern einlangenden Waaren, Effekten und Thiere.

Für die nachbezeichneten Kronländer sollen 4 Seelazarethhe I. Classe bestehen:

für Venedig in Venedig,
 „ Görz und Istrien sammt Triest . . . „ Triest,

währen; die andere eine Dampfschiffahrtsverbindung mit den bedeutendsten Häfen der ionischen Inseln, Griechenlands, des Archipels, der Türkei, Egyptens und anderer Länder unterhält.

Am 30. Juni 1852 wurde ein Uebereinkommen der Regierung mit dem österreichischen Lloyd geschlossen, wornach derselbe im Laufe des Jahres 1853 eine Flottille von Dampf- und Segelschiffen zur Belegung der Schiffahrt auf dem Po, und den, diesen Strom mit Venedig, Mailand und dem Lago maggiore verbindenden Gewässern, unter dem Namen Po-Flottille aufzustellen sich verband.

Der Lloydgesellschaft ist im Juni 1852 die Vermehrung des bestehenden Anlehens von $1\frac{1}{2}$ auf 3 Millionen Gulden, und die Verlängerung der Dauer ihres Gesellschaftsvertrages bis 1880 bewilligt worden.

Eine Gesellschaft zur Beförderung der Flußschiffahrt ist die, im Jahre 1831 gegründete, Donaudampfschiffahrts-Gesellschaft, deren neuere Statuten durch allerhöchste Entschließung vom 16. Oktober 1852 genehmigt wurden, welche die Verbindung zwischen Regensburg und Linz, und von da, über Wien, Preßburg, Pesth, Orsowa, Galatz bis Konstantinopel erhält.

Im Mai 1852 hat sich mit allerhöchster Genehmigung eine Handelsgesellschaft unter dem Namen Pesther-Lloyd konstituiert.

Am 9. August 1846 kam zum erstenmale ein Schiff direkte aus den Niederlanden in Wien an, und zwar das Handelsfahrzeug: Amsterdam en Weenen.

Von Holland bis Mainz wurde es durch Dampfboote remorquirt, von da auf dem Rhein und Main, dann auf dem Ludwigskanal mit Pferden gezogen, von Kelheim fuhr das Schiff ohne Hülfe bis Linz. Von Linz wurde es von der österreichischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft bis Nußdorf herab geschleppt, und schwamm sodann auf dem Donaukanale in einer Stunde bis Wien.

Die österreichische Handelsmarine zählte im Jahre

1852: 9746 Schiffe aller Art mit einer Tragfähigkeit von 269,427 Tonnen und Besatzung von 34,000 Mann. Die Kriegsslotte bestand aus 156 Schiffen mit 600 Kanonen.

Von der früher beabsichtigten Verbindung der österreichischen mit der deutschen Nordseeflotte, ist es abgekommen, und ist die letztere, wie früher erwähnt wurde, bereits aufgelöst worden.

Die Beförderungsmittel für den Handel sind vorzüglich in der Erleichterung und Beschleunigung der Kommunikationen zu finden, worin in neuerer Zeit wunderbare Fortschritte gemacht wurden.

Die Geschäfte der vormaligen General-Direktion der Kommunikationen sind auf die III. Sektion des Handelsministeriums übergegangen.

Zu den Kommunikationsanstalten gehören: die Staatspost, die Eisenbahnen und Telegraphen. In Hinsicht der beiden letzteren war vorzüglich das Einschreiten von Privatgesellschaften wirksam, und hat größtentheils zur Ausführung den Grund gelegt, wobei das Handelsministerium thätige Unterstützung leistete.

In Bezug auf das Postwesen sind dem Staate ausschließende Rechte auf Brieffendungen, auf Frachten-Transporte und Beförderung von Reisenden vorbehalten, welche das Postregale bilden, und durch das Gesetz vom 5. November 1837 und die nachfolgenden Postordnungen vom Jahre 1838 näher bestimmt wurden.

Die Organisation der Postbehörden erfolgte durch allerhöchste Entschließung vom 21. September 1850. Für das lombardisch-venetianische Königreich wurde eine Ober-Postdirektion in Verona, — in den übrigen Kronländern wurden Postdirektionen aufgestellt.

Diesen sind Postämter mit einem Verwalter an der Spitze untergeordnet. Postkommissäre sind zur Kontrolle bestellt. Auf den Eisenbahnen sind ambulante Postämter eingerichtet worden. Die untersten Organe sind die Poststationen.

nen zur Beförderung der Reisenden und Güter, und die Postexpeditionen für die Briefabgabe.

Mit dem Staatspostdienste ist auch der Telegraphendienst vereinigt.

Durch Ministerial-Berordnung vom 20. December 1850 wurden die Bedingnisse vorgezeichnet, unter welchen auch Privatunternehmungen von periodischen Transporten mit Pferdewechsel, unbeschadet des Postregale, gestattet werden dürfen.

Mit 1. Juni 1850 trat die Herabsetzung des Briefporto ein, welches für den einfachen Brief (1 Loth) im Aufgabsorte mit 2 Kreuzer, in eine Entfernung bis 10 Meilen mit 3, über 10 bis 20 Meilen mit 6, über 20 Meilen mit 9 Kreuzern festgesetzt wurde, womit zugleich die Einführung von Briefmarken zum Behufe der Frankirung der Briefe, — und eine Reform der Fahrposttarife verbunden war, durch welche Verfügungen: Vereinfachung der Manipulation, Erleichterung für die Partheien, bedeutende Vermehrung des Briefwechsels und der Postenverbindungen im Inlande und mit dem Auslande erzielt wurde.

Durch Patent vom 26. December 1850 wurde das Postgesetz vom 5. November 1837 auch für Ungarn, Siebenbürgen, Croatien, Slavonien, die serbische Wojwodschast und den Banat in Wirksamkeit gesetzt.

Im April 1853 bestanden im Kaiserreiche, mit Inbegriff der Postdirektion in Verona: 18 Postdirektionen, 2364 Postämter, Stationen und Expeditionen.

Zahlreiche Postverträge bestehen mit fremden Mächten, vor allem der deutsch-österreichische Postverein, auf Grundlage des Vertrages mit Preußen vom 6. April 1850, zufolge dessen gleichmäßige Bestimmungen über die Tarirung und Behandlung der Brief- und Fahrpostsendungen getroffen wurden. Denselben schlossen sich unterm 5. December 1851 die übrigen deutschen Staaten an.

Der österreichisch-italienische Postverein, zu welchem der, unterm 5. November 1850 abgeschlossene Vertrag

mit Toskana die Grundlage bildet, und welchem später auch Parma, Modena und der Kirchenstaat beitraten.

Ferner Verträge mit Pohlen, am 13. März 1852 in Wirksamkeit getreten; mit der schweizerischen Eidgenossenschaft, und mit Rußland im Jahre 1849; mit Frankreich im Jahre 1852; mit den Niederlanden und Preußen unterm 26. Jänner 1851, über die Postbeförderung von der Niederländischen Gränze durch die deutschen Staaten bis Triest und zurück; mit den nordamerikanischen Freistaaten im Juli 1852.

Post- und Dampfschiffahrtsverträge wurden geschlossen: mit Griechenland auf die Dauer von 10 Jahren; mit den Niederlanden unterm 19. December 1851 wegen Beförderung der Niederländisch-Indischen Post über Triest; über die Postbeförderung mittelst des österreichischen Lloyd von Triest nach Alexandria.

In Bezug auf die Eisenbahnen werde ich zuerst von dem Baue, welcher, mit den Bauangelegenheiten im Allgemeinen, zur II. Sektion des Handelsministeriums, — dann von dem Betriebe derselben, der zu den Communications-Anstalten (III. Sektion) gehört, das Erforderliche anführen.

Durch allerhöchste Entschließung vom 12. Mai 1852, wurde unter Aufhebung der General-Baudirektion, eine Central-Direktion für Eisenbahn-Bauten errichtet, welche weder auf das übrige Bauwesen, noch auf den Eisenbahnbetrieb Einfluß zu nehmen hat. Ihre Geschäfte theilen sich in die rein technischen, und administrativen. Sie untersteht dem Handelsministerium, und hat einen Direktor, Vicedirektor, einen Ober-Inspektor, und Abtheilungen für die technischen, administrativen, und Rechnungs-Geschäfte.

Neben derselben wurde durch allerhöchste Entschließung vom 5. December 1852, unter gleichzeitiger Aufhebung der Ober-Bau-Direktion in Verona, eine Direktion für Eisenbahnbauten im lombardisch-venetianischen Königreiche in Verona aufgestellt.

Von den Eisenbahnen* wurden in Oesterreich zuerst Pferdebahnen konstruirt, insbesondere jene zum Behufe des Salztransportes von Linz zu den Salinen von Gmunden und nach Budweis, — von Prag nach Pabna, — von Preßburg nach Tyrnau und Szereb, — dann Lokomotivbahnen, anfänglich von Privatgesellschaften angelegt, später auch vom Aerarium konstruirt, und zum Theil den Privaten abgelöst.

Die vorzüglichsten Lokomotivbahnen sind: Die Kaiser Ferdinands-Nordbahn von Wien bis Oberberg, und in weiterer Verbindung im Auslande bis Hamburg; die Südbahn über Gloggnitz, Mürzzuschlag, Laibach nach Triest, wo aber noch Unterbrechungen an der steirischen Gränze über den Semmering, dann in Krain über die Julischen Alpen statt finden. Die Verbindung dieser beiden Bahnen innerhalb der Linien der Stadt Wien ist in der Ausführung begriffen. Die südöstliche Bahn nach Preßburg, Pesth und Szolnok, deren Fortsetzung bis Debreczin und Großwardein durch allerhöchste Entschließung vom Juli 1852 und zugleich die Tracirung bis Siebenbürgen angeordnet wurde, wornach die Centraleisenbahn für Ungarn gebildet werden soll.

Dazu kommen die Ausästungen der Hauptbahnen in verschiedenen Richtungen, und vor der Hand noch isolirte Bahnen zur Verbindung einzelner Orte und Provinzen, als: zwischen Mailand und Como, welche im Mai 1852 vom Staate an sich gebracht wurde, zwischen Venedig und Verona, von Krakau nach Oberschlesien, von Steinbrück nach Croatien u. s. w.

Der Austriakalender vom Jahre 1853 gibt folgende Längen der mit Ende 1851 in Betrieb gestandenen Eisenbahnen an:

Pferdebahnen	41 ³ / ₄ Meilen.
Lokomotiv Privatbahnen	95 ³ / ₄ "
worunter 23 ⁵ / ₈ M. Flügelbahnen	
" Staatsbahnen	171 "
	<hr/>
	308 ¹ / ₂ "

* III. 249—251.

Nebstdem waren an Staatsbahnen 50 Meilen in der Tracirung zum Baue bestimmt, und 67 Meilen, so wie an Privatbahnen 6 Meilen, im Baue begriffen.

Die Personenfrequenz und der Frachtenverkehr betrugen im Jahre 1851 auf:

	Personen.	Centner-Güter.
Pferdebahnen	284.027	3,123.671
Privat-Lokomotivbahnen . .	3,751.528	10,989.890
Staatsbahnen	2,833.068	10,527.233
	<u>6,868.623.</u>	<u>24,640.794.</u>

Die Transportmittel bestanden zu Ende 1852 (mit Ausnahme der italienischen Staatsbahnen) in: 288 Lokomotiven, 246 Tender, 336 Personen- und 2093 Lastwägen. Die Lokomotiven haben zusammen 45.000 Pferdekraft.

Die Bau- und Einrichtungskosten sämmtlicher Bahnen beliefen sich bis Ende des Jahres 1851:

für Pferdebahnen	auf 4,170.976 fl.
„ Privat-Lokomotivbahnen . .	„ 61,656.221 „
„ Staatsbahnen	„ 129,912.939 „
	<u>195,740.136 „</u>

Die einzelnen Staatsbahnen rentiren sehr verschieden, heben sich aber immer im Ertrage.

Der Staat hat seine Schuldenlast für die 4, mittel- oder unmittelbar nach Wien mündenden Bahnen um mehr als 100 Millionen vermehrt, die er mindestens mit 5 Percent verzinsen muß, indeß ihm die Bahnen im Durchschnitte nur noch 3 Percent vom Anlagekapital tragen. Jedoch ist in der Folge, nebst dem Nationalgewinne, auch ein größerer Ertrag für den Staatsschatz zu erwarten, so wie unter den Privatbahnen die Nordbahn-Actien im April 1853, im Course zu 240, also um 140 Percent höher, als der Nominalwerth der Actie standen.

Die Eisenbahnen sollen zugleich auch zum Postdienste, und zu Telegraphen-Drahtleitungen benützt werden.

Durch allerhöchste Entschließung vom 14. März 1851 wurden Eisenbahnbetriebs-Direktionen aufgestellt, und zwar:

in Prag für die nördliche, in Pesth für die südöstliche, in Graz für die südliche Bahn, dann mit allerhöchster Entschlie-
fung vom 5. December 1852 eine Central=Direktion für
die lombardisch=venetianische Bahn in Verona.

Zugleich sind Ministerial=Commissäre zur Ueber-
wachung des Betriebes der Eisenbahnen, Verhütung der Gefah-
ren, und Entdeckung der Gebrechen in Verwendung stehend.

In Bezug auf die Verbindung der österreichischen Eisen-
bahnen mit jenen im Auslande sind wiederholt Staatsverträge
mit fremden Staaten abgeschlossen worden, insbesondere: mit
der k. sächsischen Regierung unterm 31. December 1850,
mit Toskana, Modena, Parma und dem Kirchenstaate, in Ab-
sicht auf die Errichtung einer italienischen Central=Ei-
senbahn, unterm 1. März 1851, welche Bahn nach späterem
Uebereinkommen vom 26. Juli 1852 einer Privatgesellschaft un-
ter Aufbringung eines Kapitals von 75 Millionen F. J. aus-
zuführen überlassen wurde; mit Baiern unterm 21. Juni
1851, wobei zugleich die Telegraphenleitung längs der Bahn-
strecke bedungen war; mit Sardinien unterm 22. Februar
1852 wegen Vereinigung der Eisenbahnen zwischen Genua, Tu-
rin und Mailand.

Durch allerhöchste Entschließung vom 16. November 1851
wurde eine neue Eisenbahn=Betriebsordnung kundge-
macht, welche in sämtlichen Kronländern an die Stelle der frü-
heren Gesetze getreten ist, und die Grundsätze in Bezug auf die
Bewilligung zu solchen Unternehmungen, die Vorschriften über
den Bau der Eisenbahnen, über die Befahrung, ferner die Ta-
rife, die Instruktionen für Beamten und Diener, für jene, welche
die Bahn benützen, u. s. w. enthält.

Die Telegraphen=Verbindungen * nehmen in Oester-
reich fortwährend an Ausdehnung zu; mit Ende des Jahres
1850 hatten sich selbe bereits über 487 geographische Meilen er-
streckt. Im Jahre 1852 fand ein direkter Verkehr zwischen Wien
und mehreren Hauptstädten des Auslandes — selbst zwischen

* III. 258.

den entferntesten Punkten des Kaiserreiches, z. B. zwischen Mailand und Lemberg statt.

Schon durch den Vertrag vom 25. Juli 1850 mit Preußen, Baiern und Sachsen wurde gegenseitig die Beförderung der telegraphischen Depeschen zugesichert, und die Abhaltung von Conferenzen beschlossen. Die erste Conferenz fand am 1. Oktober 1851 statt, wobei auch Württemberg intervenirte. Es bildete sich sonach der deutsch-österreichische Telegraphenverein Oesterreichs mit Preußen, Baiern und Sachsen, dem später auch Baden und Hannover beitraten. Die Dauer wurde nach der Kundmachung vom 8. Februar 1852 vor der Hand bis Oktober 1855 bestimmt. Vom 1. Juli 1852 an, sollten die Centraltelegraphen-Stationen zu Wien, Berlin, München, Dresden und Stuttgart in unmittelbare Correspondenzverbindung mit einander gebracht werden.

Unterm 26. April 1852 wurde ein Vertrag über den Anschluß der österreichischen an die schweizerischen Telegraphenlinien zu Lindau geschlossen. Auch waren Telegraphenverträge unterm 4. Juni 1851 mit Modena, und am 15. September 1851 mit Parma abgeschlossen worden.

Vom 1. Februar 1851 an sind die belgischen Telegraphenlinien eröffnet, und auch für den Verkehr der österreichischen Telegraphenstationen benüßbar gemacht worden.

Durch Ministerialerlaß vom 2. Mai 1851 sind Normen über die Benützung der Telegraphen zu Staatsdepeschen, durch früheren Erlaß vom 6. Februar 1850 ist das Reglement nebst Tarif für die Benützung der Telegraphen zu Privatdepeschen festgesetzt worden.

Durch allerhöchste Entschließung vom 8. Februar 1852 wurden Strafbestimmungen in Bezug auf Beschädigung von Eisenbahnen und Telegraphen festgesetzt.

Die in Oesterreich im April 1853 im Betriebe gestandenen Telegraphenlinien hatten eine Gesamtausdehnung von 552 Meilen mit 51 Telegraphen-Ämtern, nebst 119 Stationen für den Eisenbahnbetriebs-Telegraphen. Mit Hinzurech-

nung der eben zur Vollendung kommenden Linie von 109 Meilen wird sonach in Kurzem die Länge der österreichischen Telegraphenlinie 661 Meilen betragen.

Zum Handelsministerium, und zwar zur zweiten Sektion desselben, gehört noch die Centralleitung des Bauwesens für alle Länder des Kaiserreiches, welche sich auf Land-, Straßen- und Wasserbaue erstreckt.

Seit ältesten Zeiten, bei den gebildetsten Nationen, hat die Architektur wunderbare Werke zur Wohlfahrt der Bevölkerung, und zum Glanzpunkte für die Regierung geschaffen.

Die Herstellung von Tempeln, Triumphbogen, Cirkus, Pallästen, Pyramiden, Monumenten und Domen von riesenhafter Größe (gegen welche die physische Kraft des Menschen räthselhaft erscheint) sind daraus, der Zerstörung Trotz bietend, hervorgegangen.

In neuerer Zeit wird hierbei minder auf Prunk als auf praktischen Nutzen gesehen, und der Verschwendung von Kräften vorzubeugen getrachtet.

Die Gründung heimischer Wohnstätten für Millionen der Bevölkerung in umfangreichen geschlossenen Ortschaften, die Baue der Eisenbahnen, der Tunnels, der Fabriks- und Werkstätten, der Kanäle und Wasserleitungen, die Regulirung der Flüsse, die Häfen, die Militärgebäude, Festungen, Arsenale, Kasernen u. s. w. sind die großartigen Werke neuerer Zeit.

Die Förderung der Bauwissenschaften nimmt in hohem Grade die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch.

Durch allerhöchste Entschließung vom 8. März 1850 wurde die Aufnahme von Bauleuten, und die Einführung von Staatsprüfungen für den Baudienst angeordnet.

Durch allerhöchste Entschließung vom 12. Mai 1852 wurde die General-Baudirektion aufgehoben, und durch weitere allerhöchste Entschließung vom 12. September 1852 die Reorganisation des Baudienstes in der Monarchie angeordnet, wornach die nöthigen Bestimmungen für alle Kronländer (mit Ausnahme von Ungarn und der Militärgränze) durch Ministerialerlässe ge-

trossen wurden, welche mit 1. März 1853 in Wirksamkeit zu treten haben.

Der Statthalter (Gouverneur, Landespräsident, Banus) ist die oberste Verwaltungs-Autorität im Kronlande für den öffentlichen Baudienst, ihm sind die Baubehörden des Landes untergeordnet, welche durch seine Vermittlung mit dem Handelsministerium in Geschäftsverkehr treten. In zweiter Linie sind die Kreispräsidenten und Bezirkshauptmänner, das Bauwesen in ihrem Verwaltungsgebiete zu überwachen verpflichtet. Die Baubehörden haben Berichte und Anzeigen zu erstatten, und Aufträge zu vollziehen.

In jedem Kronlande besteht eine Landes-Baudirection als vorgesezte Behörde sämmtlicher Bauämter, — in Ländern, die in Kreise abgetheilt sind, — in jedem derselben ein Kreisbauamt. Die technischen Rechnungsabtheilungen sind nicht den Baubehörden untergeordnet. Die Baubehörden in Ungarn wurden mit 1. September 1851 definitiv bestellt. In der Militärgränze bestehen Gränz-Baudirectionen.

Die Landes-Baudirectionen wurden, mit Ausnahme von Ungarn und der Militärgränze, vom 1. März 1853 an, den Statthaltereien untergeordnet.

Die militärischen Baue sind der Leitung der obersten Militärverwaltung anvertraut, daher derselben bei dem Artikel: Kriegsministerium erwähnt wurde.

Von neueren Civilbauten sind unter den Landbauten erwähnenswerth: der Bau der Schlachthäuser zunächst der Linien Wiens, wohin alles Rindvieh und Schafe, zur Beseitigung des Schlachtens im Inneren der Stadt, getrieben werden. Der im Jahre 1852 vollendete Bau des Irrenhauses in Wien mit einem Kostenaufwande von 1,200,000 Gulden. Unter den Wasserbauten war durch allerhöchste Entschlie-ßung vom 31. December 1851 die Regulirung der Drau in Kärnthen auf Staatskosten beschloffen worden. Durch die im Jahre 1852 ausgeführten Felsensprengungen im Flußbette und Beseitigung sonstiger Hindernisse sind hierin schon bedeutende

Fortschritte erzielt worden. Die Regulirung der Etsch war im Fortschreiten.

Zufolge allerhöchster Entschlieſung vom 16. Juni 1850 wurde die Leitung der Rheisregulirung von der Staatsverwaltung übernommen *, und ein jährlicher Beitrag von 100,000 fl. auf 5 Jahre aus dem Aerarium bewilligt. Nach den Verhandlungen der Rheisregulirungs-Gesellschaft zu Jasz-Kiser, deren Statuten im Jänner 1853 genehmiget wurden, — beträgt das Areal, welches gegen die Verheerungen der Rheis gesichert werden soll, 129,535 Joch; die Kosten der Regulirung sind zu 326,654 Gulden angeschlagen. **

Von Brückenbauten ist vorzüglich jener der Pesthofner Kettenbrücke merkwürdig, welche die letzte stehende Verbindung der Donauufer stromabwärts bildet, und am 30. September 1849 eröffnet wurde.

Am 29. Mai 1851 wurde die neue Donaubrücke bei Gran eingeweiht.

Im Juni 1852 wurde der Bau einer Brücke über den Wienfluß in der Vorstadt Gumpendorf eingeleitet, wovon die Kosten auf circa 100,000 fl. veranschlagt wurden.

Von Straßenbauten ist der, im Jahre 1851 beschlossene, Bau der Aprica Straße von Chur über den Bernina nach Brescia und Benedig hin, um 700,000 Lire verpachtet worden.

Im Jahre 1847 betrug die Gesammtlänge der Aerarialstraßen 2146, jene der Privatstraßen 5225 Meilen.

Die Straßen-, Wasser- und Brückenmauthen, die Hafengebühren und die diritti uniti im lombardisch-venetianischen Königreiche sind Beiträge zu den Kosten öffentlicher Anstalten und Werke, welche jenen auferlegt werden, die letztere benützen.

Finanzministerium.

Die Aufrechthaltung der äußern Würde des Kaiserhauses gegenüber dem In- und Auslande, — die Bedeckung der Aus-

* III. 245—247.

** Die Presse. 9. Februar 1853.

lagen für alle Zweige der Staatsverwaltung, für den Militärschutz und für die Zinsen und Tilgung der Staatsschuld, — die Sicherstellung des Staatseinkommens, die Ordnung in der Gebahrung mit dem Staats- und Fondsvermögen, — sind die wichtigen und schwierigen Aufgaben der Finanzverwaltung, deren Lösung mittelbar auch auf den Haushalt der Gemeinden, Korporationen, und selbst der Privaten, so wie auf die Schicksale des Staates im Allgemeinen, Einfluß nimmt.

Jederzeit und in so vielen Staaten kommen verschiedene und widersprechende Ansichten über finanzielle Grundsätze: in theoretischen Schriften, bei ämlichen Verhandlungen, und in der praktischen Durchführung zum Vorscheine.

Oft sind auch unerwartete Ereignisse, die Dringlichkeit der zu ergreifenden Hülfsmittel, die gegen so manche zweckmäßige Maßregel herrschenden Vorurtheile, die man schonen zu müssen glaubt, die schroff kontrastirenden Interessen abgesonderter Klassen der Staatsbürger, zuweilen selbst das Streben, den klaren Zustand der Finanzen dem Publikum zu verbergen, — die Ursache, daß minder wirksame und burchgreifende Systeme zum Anhaltspunkte der Finanzverfügungen genommen werden.

Beweise davon finden sich zur Genüge in dem Werke I, welches ich, nach meinem Austritte aus dem Staatsdienste, unter dem Titel: „Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen 1848,“ von den ältesten Zeiten her, bis zum Ausbruche der Revolution im Jahre 1848, geliefert habe.

Ein stabiles Finanzsystem läßt sich nur im Frieden, und im Vertrauen auf die Macht des Staates gründen, und erhalten; ein rationelles Finanzsystem wirkt indirekt auf die Erhaltung des Friedens, und Kräftigung der Regierung.

In neuerer Zeit ist die im Jahre 1816 auf Aktien gegründete Nationalbank in solche Verbindung mit den Staatsfinanzen getreten, daß alle wichtigeren Finanz- und Creditsoperationen, als: Umwechslung des alten, — Ausgabe des neuen Papiergeldes, Aufbringung von Staatsanlehen, — durch ihre Vermittlung zu Stande gebracht wurden.

Das Eskomptegeschäft, das allerdings auch für den Handelsverkehr wohlthätige Folgen hatte, war die Basis der Verwendung und Vermehrung ihres Fonds. Dieses Geschäft wurde von ihr anfangs nur in Wien betrieben, in neuerer Zeit wurden Filial-Eskompte-Anstalten in Linz, Brünn, Prag, Lemberg, mit Fondsdotationen von 800,000 bis 1.200.000 fl., ferner Verwechslungskassen in mehreren andern Städten gegründet, die Bankanweisungen auszufertigen und zu realisiren, ermächtigt wurden.

Das Finanzministerium theilt sich in 3 Sektionen.

1. Central-Leitung der Finanzen.

2. Direkte Steuern und indirekte Abgaben.

3. Staatseigenthum, Staatsausgaben und Kassawesen.

Dem Finanzministerium untergeordnete Behörden sind, und zwar:

a) für mehrere Zweige der Finanzverwaltung, die mit allerhöchster Entschließung vom 9. Jänner 1850 errichteten Finanz-Landesdirektionen, bei welchen der Statthalter in jedem Lande die Oberleitung führt. Solche Direktionen bestehen: in Wien, Graz, Triest, Innsbruck, Prag, Brünn, Lemberg.

b) Zur Verwaltung der direkten Steuern allein wurden besondere Steuerdirektionen bestellt, in: Oesterreich ob der Enns, Salzburg, Kärnthen, Krain, Schlesien, in der Bukowina und in Dalmatien. In diesen Ländern stehen die übrigen Zweige der Finanzverwaltung unter der Leitung der betreffenden Finanz-Landesdirektionen.

Für Croatien und Slavonien wurde, zufolge Ministerialerlaß vom 24. Mai 1850, eine Finanz-Landesdirektion und zugleich eine besondere Steuerdirektion zu Agram aufgestellt.

Für die serbische Boywodschaft und den Banat: eine Finanz-Landesdirektion zu Temesvar.

Mit Ministerialerlaß vom 4. Februar 1851 wurde für Ungarn eine Finanz-Landesdirektion zu Ofen mit einem Prä-

sidenten und einem Finanzdirektor als zweiten Vorsteher, nebst 18 Bezirksdirektionen in Wirksamkeit gesetzt. Auch wurden Steuerinspektoren und Unterinspektoren den Comitaten beigegeben.

Für Siebenbürgen, zufolge Ministerialverordnung vom 29. Juni 1851: eine Finanz-Landesdirektion zu Hermannstadt mit 6 Bezirksdirektionen.

Die Verwaltung der direkten Steuern wird in diesem Lande vorläufig durch das Landes-Oberkommissariat zugleich mit der Durchführung des neuen Grundsteuer-Provisoriums besorgt.

Im lomb. venet. Königreiche bestehen zwei Prefecture delle finanze zu Mailand und zu Venedig.

Unter der Leitung der Finanz-Direktionen haben die Kameral-Bezirksverwaltungen die Geschäfte in Bezug auf die indirekte Besteuerung als Mittelbehörden zu besorgen.

Zufolge Ministerialerlaß vom 1. September 1851 wurden Steuerinspektoren und Unterinspektoren in den Standorten der Bezirkshauptmannschaften aufgestellt, welche die Geschäfte der direkten und indirekten Besteuerung zu besorgen haben, und den Landes-Finanzbehörden unterstehen.

Als Mittelbehörden sind: in Croatien und Slavonien: 3, in Serbien: 3, in Ungarn: 18, in Siebenbürgen: 6 Finanz-Bezirksdirektionen aufgestellt.

Im lomb. venet. Königreiche sind, behufs der direkten Steuern, politische Bezirksbehörden zur Mitwirkung berufen, für die übrigen Geschäfte: Finanz-Intendanten.

Dem Finanzministerium unmittelbar untergeordnete Behörden sind ferner: *

- Die General-Direktion des Grundsteuerkatasters,
- „ Direktion des Staatsschulden-Tilgungsfondes,
- „ Diasterialgebäude-Direktion,
- „ Pottogefäß- dtto.

* Die neuen Behörden und ihr Wirkungskreis, von C. Mally. Wien 1853.

die Staatsdruckerei-Direktion,
 „ Tabackfabriken= dtto.
 das Central-Zamamt in Wien,
 die Staats-Centralkasse in Wien,
 das General-Land- und Hauptmünz=Probieramt,
 das Haupt=Puncirungsamt in Wien, mit den Landmünzpro-
 bier- und Puncirungs=Ämtern in den einzelnen Kron-
 ländern,
 die Präfektur des Monte L. V. zu Mailand.

Außerdem bestehen eine Menge untergeordnete Ämter als:
 Steuerämter, Gefällsämtter, Commercial-, Hülf= und Haupt-
 Zollämter, Zoll-Vegstättten, Linienämter, Weg-, Brücken- und
 Wasser-Mauthämter, Stempelämter, Zamämter, Staatsgüter-
 Verwaltungsämter, Zahlämter und Staatskassen.

Unter den Kassen sind die Landeshauptkassen als
 Centralpunkte aller in dem Kronlande vorfallenden Staatsein-
 nahmen und Ausgaben bestimmt. Als Centralkassen bestehen:
 Die Staats-Centralkasse in Wien, welche unmittelbar
 dem Finanzministerium untersteht, und in der sich die Ein-
 nahmen und Ausgaben für die ganze Monarchie konzentriren;
 das Hofzahlamt zur Bestreitung der Hofauslagen;
 das Universal-Kameral-Zahlamt zur Bestreitung der
 Auslagen der Ministerien, für welche jedoch insbesondere:
 das Zahlamt des Ministeriums des Aeußern;
 das Universal-Kriegszahlamt für Militärauslagen;
 die Hauptkasse des Ministeriums des Innern für
 den besonderen Aufwand zur Verfolgung der öffentlichen
 Sicherheitszwecke — bestehen;
 die politische Fondskasse in Wien, mit den Fondskassen
 in den einzelnen Kronländern;
 die Universal-Staats- und Banko-Schuldenkasse;
 die Staatsschulden-Tilgungsfonds-Hauptkasse;
 die Catastral-Hauptkasse.

Als Hülf=behörden fungiren: die Finanzprokurenaturen
 in Wien und den Provinzial-Hauptstädten.

In Personal- und Disciplinarsachen unterstehen sie dem Ministerium und dem Präsidium der Finanz-Landesdirektion. Ihre Bestimmung ist, die Vertretung des Aerariums und der öffentlichen Fonde in Rechtsstreiten, ohne Unterschied, welches Ministerium sie betreffen, so wie auch die Erstattung von Rechtsgutachten.

Den Finanzbehörden ist auch die Finanzwache zur Dienstleistung zugewiesen.

Sie besteht ihrer Eintheilung nach aus Sectionen, mit einem Oberkommissär an der Spitze, aus Kommissariaten, Respicienten-Bezirken und Wachabtheilungen. Die Mannschaft besteht: aus Aufsehern, Oberaufsehern und Respicienten.

Zu dem Wirkungskreise des Finanzministeriums gehören:

1. Die Staatseinnahmen;
2. Die Staatsausgaben, welche beide möglich im Gleichgewichte zu erhalten getrachtet werden muß.
3. Die Staatsschulden.
4. Das Münz- und Geldwesen.

Staatseinnahmen. Der Staat kann hier nicht nach gleichen Grundsätzen, wie sie bei der Privatwirthschaft zum Augenmerk genommen werden, vorgehen.

Die Kapitalisirung des Staatseinkommens durch Ansammeln von Schätzen in Gold und Silber findet in neuerer Zeit und bei gebildeteren Nationen nicht mehr Statt. Selbst der Ankauf von Realitäten kommt nur dann in Frage, wenn es sich um Begünstigung gemeinnütziger Anstalten, wie es bei den Eisenbahnen der Fall ist, handelt.

Die Quelle des Staatseinkommens ist der Nationalreichtum, der nicht über das gehörige Maß angegriffen werden darf, ohne die Erhaltung des Staatskörpers zu gefährden, daher auch die souveräne Regierung, obwohl ihr die Mittel zu Gebote stehen, Steuern und Abgaben nicht zu sehr zur Vermehrung der Staatseinnahmen erhöhen darf.

Die Staatseinnahmen theilen sich: in direkte und indirekte

Abgabenbezüge, in Ertrag von Regalien, Staatsdomainen, Monopolen und Fabriken.

Unter den direkten Abgaben ist die vorzüglichste: die Grund- und Häusersteuer, zu deren Behufe die Katastralnahmen* ins Werk gesetzt wurden, durch welche, analog mit den geologischen Aufnahmen, eine Uebersicht des kultivirten Flächenraumes der ganzen Monarchie, der Parzellirung nach Fruchtgattungen und Besizthum, und des reinen Ertrages geliefert werden soll. Schon vor einem Jahrhunderte war der Mailänder Cataster in ähnlicher Art gegründet worden. Bei 2000 Quadratmeilen sind bereits vollkommen katastrirt, über 1000 der Vollendung nahe gebracht. In neuester Zeit ist die Katastrirung auch auf die ungarisch-siebenbürgischen Provinzen ausgedehnt worden.

Durch Ministerialerlaß vom 22. März 1850 wurde eine Generaldirektion des Grundsteuernkatasters für alle Kronländer aufgestellt, welche unmittelbar unter dem Finanzministerium steht.

Da, wo der Kataster nicht zu Stande gebracht ist, dienen provisorische Erhebungen des Flächenmaßes, und Werthschätzungen, wie sie schon unter Kaiser Josef II. eingeführt worden waren, zur Grundlage der Steuerbemessung.

Nach ämtlichen Erhebungen bestanden im Jahre 1852: 5.290,000 steuerbare Häuser in der österreichischen Monarchie. In der Stadt Wien und den Vorstädten betrug der Jahreszins: 15.857.902 fl., die Hauszinssteuer: 2.875.566 fl.

Durch die Aufhebung der unterthänigen Grundlasten sind viele Schwierigkeiten in der Katastral-Grundschatzung behoben worden.

Die Häusersteuer wird nach der Anzahl der Wohnungsbestandtheile, — in größeren Orten, nach dem Zinsertrage — eingehoben.

Zusolge Patentes vom 29. Oktober 1849 wurde eine Ein-

* III. 282—284.

Einkommensteuer * in den deutsch-slavischen Provinzen an der Stelle der früher bestandenen Klassensteuer eingeführt, welche als Zuschlag zur Grund- und Häusersteuer, ferner: von den verschiedenen Erwerbszweigen nach dem faktirten Ertrage, vom Arbeitsverdienste, von Gehalten und Pensionen, dann von Zinsen und Renten, nach Prozenten eingehoben wird.

Sie wurde unterm 25. April 1850 auch auf die ungarischen Provinzen, und vom 1. Februar 1852 an, auch auf Siebenbürgen ausgedehnt.

Im lombardisch-venetianischen Königreiche wurde sie gleichfalls durch Verordnung vom 11. April 1851 eingeführt; dagegen der früher auferlegte Zuschlag auf die Grundsteuer von 50 Prozent, — auf $33\frac{1}{3}$ Prozent ermäßigt.

Zu den direkten Auflagen gehört noch: die **Erwerbsteuer**, welche im Verhältnisse der Arbeitskräfte, der Betriebslokalitäten und des Betriebskapitales bemessen ist.

Zufolge allerhöchster Entschließung vom 9. December 1851 ist die Erwerb- und Einkommensteuer in Dalmatien vom Jahre 1852 an ausgeschrieen worden.

Durch Patent vom 29. September 1852 wurden für das Jahr 1853 die Grund-, Gebäude-, Erwerb- und Einkommensteuer sammt Zuschlägen, wie sie für 1852 bestanden, ausgeschrieen. In den Kronländern, in welchen der Kataster vollendet ist, wird die Grundsteuer mit 16 fl. von 100 fl. Reinertrag bemessen.

Durch allerhöchste Entschließung vom 19. März 1853 wurde eine für alle Kronländer wirksame Bestimmung über die Gebühren von Vermögensübertragungen getroffen.

An indirekten Auflagen bestehen: **Verzehrungssteuern**, welche insbesondere auch mit Patent vom 29. Jänner 1851 von Bier im lomb. venet. Königreiche, — und mit Ministerialerlaß vom 13. Februar 1851 von Wein und Fleisch in Siebenbürgen eingeführt wurden.

Mit Patent vom 9. Februar 1850 wurde ein neues Stempel- und Targeseß für die Kronländer, wo das frühere Patent vom 27. Jänner in Wirksamkeit stand, erlassen.

Zu den indirekten Abgaben sind auch die Monopole zu zählen, von welchen das Tabakgefäll vorzüglichem Ertrag liefert, für welches durch Patent vom 20. November 1850 eine eigene Ordnung bekannt gemacht wurde. In der Folge ist, nachdem dieses Gefäll mit Patent vom 29. November 1850 auch in den ungarischen Provinzen * eingeführt worden war, durch allerhöchste Entschließung vom 4. December 1851 das Tabakseinköpfungswesen regulirt, und für die Kultur und Einköpfung des Tabaks, ein der Tabaksdirektion unterstehender Oberleiter aufgestellt, ferner sind Inspektoren: zu Pesth, Tolna, Temeswar, Maros-Basarhely, endlich Adjunkten: zu Szegedin und Debreczin bestellt worden.

Endlich gehören hieher auch die verschiedenartigen Gefälls- und Zollabgaben.

Unter den Staatsausgaben nehmen die Militärauslagen, und die Zahlungen in Beziehung auf die Staatsschuld, einen vorzüglichen Platz ein; auch sind die Kosten der Administration durch die neue Organisirung der politischen und Justizbehörden gesteigert worden.

Nebstdem tritt die neue Auslage zur Entschädigung der Herrschaftsbesitzer und Zehentherren für die Aufhebung der Grundlasten hinzu.

In meinem letzten Werke ** ist angeführt worden, daß zu diesem Behufe ein eigener Entschädigungsfond freirt wurde, in welchem der Kapitalbetrag und die mittlerweiligen 5 perzentigen Zinsen, sowohl von der auf die Verpflichteten entfallenden, als von der auf den Staatsschatz und die Kronländer überwiesenen Beitragsquote einzustießen haben, wobei die Kapitalstilgung auf 40 Jahre hinausgedehnt wird.

Nach dem Vortrage des Ministerrathes vom 11. April 1851

* III. 298.

** III. 56. IV. 14—15.

werden die dießfälligen Beiträge in den erwähnten Provinzen für die Verpflichteten fl.

mit: 96.400.000

für die Kronländer: „ 75.900.000

„ den Staatsschatz: „ 35.000.000

im Kapitalsbetrage entfallen, wornach der Staatsschatz

fl.

an Zinsen: 1.750.000

dann an 1 percent. Tilgungsquote (40 Jahren) . 350.000

zusammen 2.100.000

zu zahlen hätte.

Nebstdem werden Vorschüsse aus dem Staatsschatze geleistet.

Zur Deckung des auf die Kronländer entfallenden Steuerdrittels zum Behufe der Grundentlastung wurde vom 1. November 1851 an, ein 5 perzentiger Zuschlag zu allen direkten Steuern in den deutsch-slavischen Provinzen ausgeschrieben.

Der Berechtigte erhält eine 5 perzentige Grundentlastungs-Fonds-Schuldverschreibung, auf seinen Namen, und $\frac{2}{3}$ der Forderung lautend, indem er selbst $\frac{1}{3}$ zu opfern hat.

Den Verpflichteten wird das Recht eingeräumt, sich über den sie individuell treffenden Antheil der Entschädigung mit den Berechtigten abzufinden.

Zu den Staatsauslagen gehörte noch die Abgabe von Salz aus den Salinen von Bochnia und Wieliczka im Werthe von 4 Millionen fl. C. M., wozu sich Oesterreich durch 10 Jahre gegen Rußland, zur Entschädigung für die Sendung des Auxiliar-Korps nach Ungarn, durch einen, im December 1851 abgeschlossenen, Staatsvertrag verpflichtet hatte. Von dieser Auslage erhielt es aber, durch die seither bewirkte gänzliche Ausgleichung der Schuld an Rußland, sein Abkommen.

Das Defizit in den Staatseinnahmen gegen die Staatsausgaben hat, ungeachtet der Steuererhöhung und Gleichstellung der Steuerauflage in den ungarischen mit den übrigen Provinzen, von Jahr zu Jahr sich bedeutend herausgestellt, und

die Fürsorge der Finanzverwaltung durch außerordentliche Hilfsmittel in Anspruch genommen.

Das ordentliche Staatseinkommen, welches im Jahre 1848 die Summe von 121,819.000 fl. betrug, stieg progressiv

im Jahre 1849 auf 145,189.000 fl.

" " 1850 " 180,288.000 "

Das Staatsdefizit betrug:

Im Jahre 1845 12,693.258 fl.

" " 1846 15,877.127 "

" " 1847 47,403.359 "

" " 1848 64,859.861 "

" " 1849 139,859.916 "

" " 1850 77,161.623 "

Ich glaube hier, um einen Ueberblick über den österreichischen Staatshaushalt zu verschaffen, einen Auszug aus dem veröffentlichten amtlichen Ausweise über die Staatseinnahmen und Ausgaben im Militärjahre 1851 beifügen zu sollen.

Die ordentlichen Einnahmen betrugen: an direkten Steuern:

Grundsteuer 58,684.661 fl.

Häusersteuer 7,371.944 "

Erbsteuer (Rückstände) 130.063 "

Erwerbsteuer 3,925.860 "

" von Triest (aversuale) 120.000 "

Einkommensteuer 3,704.957 "

Direkte Steuern von Krakau 156.771 "

Anderere direkte Steuern 104.574 "

Summe 74,198.830 "

An indirekten Abgaben:

Verzehrunassteuer 25,055.640 fl.

Zollgefäll 19,918.315 "

Salzgefäll 28,677.167 "

Tabakgefäll 13,532.458 "

Stempel, Taxen 15,758.968 "

Eottogefäll	3,663.907 fl.
Postgefäll Abgang	132.829 "
Mauthgefäll	2,291.271 "
Punzirung	85.106 "
Diritti uniti) im lomb.-venet.	278.746 "
Pulver u. Salpetergefäll) Königreiche	24.767 "
Ueberschuß Summe	<u>109,153.516 "</u>

Einnahmen vom Staatseigenthume, dann vom Münz- und Bergwesen	6,610.485 fl.
Ueberschüsse des Tilgungsfondes	10,397.801 "
Verschiedene Einnahmen	5,399.952 "
Hauptsumme der ordentlichen Einnahmen	<u>205,760.584 "</u>
dazu außerordentliche	17,491.454 "
Zusammen	<u>223,252.038 "</u>

Unter den außerordentlichen Einnahmen ist der Betrag von 16,582.851 fl. begriffen, welcher von der Kriegsschädigung mit 75 Millionen Franks herrührt, die Sardinien in Folge des Mailänder Friedensschlusses vom 6. Mai 1849 zu leisten hatte.

Ordentliche Staatsausgaben:

Erforderniß der Staatsschuld	52,472.731 fl.
Hofstaat	6,199.848 "
Ministerrath	123.727 "
Reichsrath	53.714 "
Ministerium des Aeußern	2,196.658 "
" " Innern	26,136.811 "
" " Krieges	111,909.292 "
" der Finanzen	20,881.711 "
" " Justiz	17,525.652 "
" des Cultus	3,781.871 "
" für Handel, Gewerbe u. Bauten	12,891.903 "
" " Landeskultur und Bergwesen	316.675 "
Controllsbehörden	3,067.777 "
Hauptsumme der ordentlichen Ausgaben	<u>257,558.370 "</u>

dazu außerordentliche *	20,862.100 fl.
Zusammen	278,420.470 „

Hiernach ergibt sich ein Abgang bei den ordentlichen Einnahmen gegen die ordentlichen Ausgaben von fl. 51,797.786, und bei den Gesamteinnahmen gegen die Gesamtausgaben von fl. 55,168.432.

Zur Bedeckung desselben diente vorzüglich die Vermehrung der fundirten und der schwebenden Schuld, dann des Papiergeldes.

Im Vergleich mit dem Jahre 1850 fand im Jahre 1851 an Einnahmen: eine Vermehrung statt: bei der Grundsteuer in Ungarn und Siebenbürgen über 10 Millionen Gulden, dagegen im lombardisch=venetianischen Königreiche: Abnahme um 4 Millionen, wegen Herabsetzung des Steuerzuschlages, ferner: Vermehrung an Einkommensteuer um 2,400.000 fl. im Ganzen: Vermehrung an direkten Steuern um 10 Millionen.

An indirekten Abgaben: Zunahme bei der Verzehrungssteuer, dann Salz-, Stempel-, Lotto=Gefäll, vorzüglich in ungarischen Ländern; dagegen: Abnahme: an Zollgefäll um 465.000 fl. welche aber sehr gering ist, im Verhältnisse des Entganges von 2½ Millionen durch die Aufhebung der Zollschranken zwischen den ungarischen und deutschen Provinzen; ferner: an Tabakgefäll um 2½ Millionen, wegen der Kosten von circa 4 Millionen, welche die Einführung dieses Gefälls in Ungarn mit 1. März 1851 durch Ablösung und Errichtung von Fabriken, Einkauf von Vorräthen u. s. w. verursachte.

Im Ganzen war eine Zunahme bei den indirekten Abgaben: von 14 Millionen.

Bei dem Ertrage von Domänen ergab sich eine Zunahme: von 1 zu 3; bei den Eisenbahnen von ½ zu 2 Millionen.

In Bezug auf die Staatsausgaben fand eine Vermehrung bei den Ministerien: des Innern um 5½, der Ju-

* Für Kriegsrüstungen seit Herbst 1850, für das Armeekorps in Norddeutschland und Holstein, für Entschädigung an Rußland, für Eisenbahnen.

stiz um $6\frac{1}{2}$, der Finanzen um $4\frac{1}{2}$ Millionen, wegen der neuen Organisirung Statt. Bei dem Kriegsministerium, welches die stärkste Rubrik unter den Staatsausgaben bildet, fand eine Verminderung um $14\frac{1}{2}$ Millionen Statt; dagegen bei der Staatsschuld: eine Vermehrung der Auslagen um 3,397.000 fl.

In Zeiten, wo das Defizit fortwährend im Steigen begriffen ist, oder unvorhergesehene Ereignisse zu außerordentlichen Auslagen führen, bleibt wohl nichts zur Bedeckung derselben übrig, als die Vermehrung der Staatsschuld.

Die Geschichte der Finanzen ist mit der Geschichte der Staatsereignisse und Kriege im nächsten Zusammenhange.

Ich glaube hier die wesentlichesten Daten über die Vermehrung der österreichischen Staatsschuld, und des Papiergeldes, so wie über die zeitweise Devaluation des letzteren, anführen zu sollen.

Die Interessen der in Papiergeld (Bankozetteln) verzinslichen Staatsschuld waren im Jahre 1811 auf die Hälfte des Nominalbetrages in Einlösungs- und Antizipationscheinen herabgesetzt worden, wonach sich bei der, in Folge des Finanzsystemes vom Jahre 1816 erfolgten, Devaluation der Letztern, die Interessenreduktion: auf $\frac{1}{2}$ des ursprünglichen Werthes ergab, jedoch die Ergänzung zum vollen Betrage durch jährliche Verlosung (spätestens in 50 Jahren) in Aussicht gestellt wurde.

Auch in der langen Zeitperiode, seitdem Frieden und Ordnung wieder hergestellt, und unter Vermittlung der Nationalbank die Geldverhältnisse geregelt worden waren, hatte die Staatsschuld fortwährend (vom Jahre 1815 bis 1841 allein um mehr als 600 Millionen Gulden) zugenommen.

Seit den Unruhen im Jahre 1848 sind neuerdings folgende Anlehen aufgenommen worden:

Von 45 Millionen Gulden, zu Ende April 1848, wofür die Cassine Gmunden verpfändet wurde;

von 20 Millionen, zufolge Reichstagsbeschlusses vom 21. August 1848, mittelst Ausgabe 5 perzentiger Cassascheine;

- von 25 Millionen, zufolge Reichstagsbeschlusses vom 3. Jänner 1849 in 3 perzentigen Cassa-Anweisungen;
- von 70 Millionen Lire, — zufolge allerhöchster Entschlie-ßung vom 11. April 1849, mittelst verzinslicher Tresorscheine;
- von unbestimmtem Betrage, zufolge allerhöchster Entschlie-ßung vom 20. Juni 1849, durch Capitalisirung verfallener Coupons und Vottogewinnste, und deren Umwandlung in 5 perzentige Staatsschuld-Verschreibungen (welche Capitalisirung jedoch durch Ministerial-Erlaß vom 1. September 1852 wieder eingestellt wurde);
- von unbestimmtem Betrage, mittelst Anweisungen auf ungarische Landeseinkünfte mit zwangsweisem Course (Papiergeld, welches jedoch in der Folge als ungültig erklärt wurde);
- von 25 Millionen, unterm 1. Juli 1849 in 3 perzentigen Cassa-Anweisungen;
- von unbestimmtem Betrage, mittelst Ausgabe unverzinslicher Tresorscheine zu 10 und 5 Lire, zufolge allerhöchster Entschlie-ßung vom 24. Juni 1849;
- von 71 Millionen Gulden, auf Subscription, wozu die Einlage mit 85 fl. für eine Schuldverschreibung zu 100 fl. à 4½ % zu geschehen hatte, zufolge Kundmachung vom 15. September 1849;
- von 128 Millionen L. A., mittelst einer am 28. November 1850 eröffneten Subscription, wovon die Schuldscheine binnen 25 Jahren, vom Jahre 1853 anzufangen, mittelst Verlosung baar eingelöst werden sollen;
- von 85 Millionen Gulden zu 5 %, zufolge Ministerial-Erlaß vom 1. September 1851, in 2 Serien abgetheilt; *
- von 35 Millionen Gulden in Silbermünze, (ausgeschrieben im Mai 1852) wovon auf 22½ Millionen in London, und auf 12½ Millionen in Frankfurt a. M. subscribirt werden sollte. Die Einlage geschieht ratenweise mit 90 fl. in Silber für 100 fl. zu 5 % in Silber verzinslich, wobei der Zinsgenuß wäh- rend der Ratenzahlung statt fand;

* IV. 12—13.

von 80 Millionen Gulden, einzuzahlen mit 95 fl. in Papiergeld für einen Schuldschein von 100 fl. zu 5 %, eröffnet am 9. geschlossen am 18. September 1852, wobei ein Mehrbetrag in Angeboten von 36 Millionen erzielt wurde, welcher jedoch von den Offerten, bei der Einzahlung auf die Anleihe verhältnißmäßig in Abzug gebracht werden sollte.

Zu dieser Staatsschuldvermehrung kommt noch die fünffache Vermehrung der Zinsen durch die jährliche Verlosung der ältern Staatsschuld, was, wenn monatlich eine Serie gezogen wird, jährlich eine Zinsenvermehrung von beiläufig $\frac{1}{2}$ Millionen Gulden beträgt.

Ein sehr beträchtlicher Theil der, seit Oktober 1849 kontrahirten, Anlehen wurde zur Bezahlung anderer Staatsschulden verwendet: theils jener an die Bank, theils der unter der Form: von 3 % Kasseanweisungen, Anweisungen auf die Landeseinkünfte Ungarns, der Boni del Tesoro, und verzinslicher Reichsschatzscheine, — in Umlauf gewesenen schwebenden Schuld, dann zur Bezahlung der durch die Lotterie-Anlehens Verlosungen gezogenen Loose, endlich zur gänzlichen Begleichung der Schuld an Rußland und sonstiger Rückstände.

Indessen waren die verzinslichen Staatsschulden im Mai 1850 auf 1158 Millionen Gulden gestiegen.

Staatsschulden sind jedenfalls eine drückende Bürde. So wie das Staatseinkommen seine Quelle in dem Nationalreichtum hat, so muß auch dieser durch die Staatsschulden geschwächt werden, zumal wenn die aufgebrachten Capitalien, zu laufenden Ausgaben, zur Deckung von Defizits verwendet werden, welche durch die Zinsenlast nur noch vermehrt werden. Anders ist der Fall, wenn sie zu gewinnbringenden Unternehmungen z. B. zum Eisenbahnbaue, oder zum Abtragen noch höher verzinslicher Darlehen benützt werden. Selbst bei Kriegen, wo oft die Noth dazu drängt, kann manchmal die Aufnahme von Darlehen, wenn die Kriege glücklichen Erfolg haben, Gewinn bringen, oder doch größere Uebel abwenden.

England hat den größten Länderbesitz in allen Weltthei-

len, Wohlstand und Reichthum im Mutterlande, Industrie, Handel und Schifffahrt in einer Ausbreitung, wie sie bei keiner andern Nation vorkömmt. Es hat aber auch die größten Staatsschulden *. Daran sind wohl die fortwährenden Rüstungen und Kriege Schuld, denen es jedoch anderseits den Erwerb seiner Colonieen verdankt, von denen es immer mehr und mehr Schätze ausbeutet. Ungeachtet der übermäßigen Staatsschuld, hat es einen so festen Staatskredit, daß es geringe Zinsen zahlt, und die geborgten Capitalien zu gewinnbringenden Speculationen, selbst zu Darlehen und Subsidien an fremde Mächte, mit Vortheil verwenden konnte.

Oesterreich ist nicht in gleicher Lage. Seine, obgleich mächtige, Stellung in Mitte des Festlandes, macht es nicht zu weit aussehenden Handels- und Schifffahrts-Unternehmungen geeignet. Seine Stärke beruht auf der Landeskultur, den Bergwerks-Erträgnissen, und den mannigfaltigen Zweigen der inländischen Industrie. Es muß eine stehende Heeresmacht von ansehnlicher Stärke erhalten, um seine ausgedehnten Gränzen zum Theile gegen rohe Völkerstämme zu schützen, und Frieden im Innern bei dem Gemische der Nationalitäten zu erhalten. Das Anwachsen der Staatsschuld ist bei diesen Verhältnissen Gefahr drohend. Der Credit läßt sich schwer erhalten, die steigenden Zinsen vermehren die Staatsauslagen, die Erhöhung der Steuern stört die Erwerbsverhältnisse, der sinkende Staatskredit hat auch auf die Schwächung des Privatkredits Einfluß. Das Hinleiten zum Obligations- und Geldhandel zieht den Gutsbesitzer, den Bürger und Landmann, von solidern Geschäften ab, wobei er in die Länge nicht Gedeihen finden kann.

Es ist daher gewiß, daß bei uns mit größter Vorsicht vorgegangen, und eher auf die allmälige Zurückzahlung, als auf Vermehrung der Staatsschuld das Augenmerk gerichtet werden müsse.

Die Hülfsmittel neuerer Zeit, welche zuerst in England in

* Sie beliefen sich im Jahre 1851 auf: 782,809.382 Pfund Sterling.

Anwendung gebracht wurden, um den Staatskredit zu befestigen, dürften für Oesterreich von prekärem Erfolge sein.

Die Konsolidirung der Staatsschuld ist eigentlich: die Einstellung der Rückzahlung, und Verwandlung der Staatsschuld in eine Verbindlichkeit zu bleibender Rentenzahlung.

Der Amortisationsfond ist eine Täuschung, indem er keine neuen Quellen zur Bezahlung der Staatsschulden schafft, so wie die Last der Interessen für den Staatsschatz nicht dadurch vermindert wird. Er ist daher auch in England wieder aufgehoben, und es ist die Einlösung der Staatsschuld auf die Verwendung von Ueberschüssen der Staatseinnahmen über die Ausgaben beschränkt worden.

Papiergeld ist das Vorstellungszeichen der Münze, welche lehtere die Waaren repräsentirt, zugleich aber selbst inneren Werth hat. Es ist ein Hülfsmittel für den Handelsverkehr, erleichtert die Manipulation in den Staatskassen; es kann selbst zur momentanen Aushülfe für die Finanzen in der Art eines unverzinslichen Anlehens benützt werden; aber immer mit der gehörigen Vorsicht, daß die Umwechselung gegen Münze nicht unterbrochen werde.

Sobald dieses Maß überschritten ist, und die Verwechselung eingestellt wird, behält es nur insoferne einen Werth, als es mittel- oder unmittelbar zu Zahlungen an Staatskassen benützt werden kann. Der Werth wird schwankend, und eben so schwanken die Preise der Lebensmittel und sonstiger Waaren. Die Münze verschwindet aus dem Umlaufe. Zwangsmaßregeln zur Abhülfe sind hierbei von geringem Erfolge.

Oesterreich hat schon mehrmals diese Erfahrungen gemacht. In früheren Werken * habe ich die Summe des circulirenden Papiergeldes seit dem Jahre 1771, wo die erste Ausgabe der Bankozettel Statt fand, und den gleichzeitigen Stand der Börsenkurse, vom Zeitpunkte, wo die jedesmalige Vermin-

* I. 209—211. III. 333—334.

derung des Werthes eintrat, von Jahr zu Jahr, bis zum Jahre 1851 angegeben.

Vom Jahre 1771, wo die Summe der hinausgegebenen Bankozettel fünf Millionen Gulden betragen hatte, — erhielten sich dieselben in vollem Werthe bis zum Jahre 1796, wo $35\frac{1}{4}$ Million Gulden im Umlaufe waren, von welchem Zeitpunkte sie jedoch immer tiefer sanken, so daß sie im März 1811, wo die circulirenden Bankozettel auf die Summe von 1,060,798.000 Gulden angewachsen waren, — im Kurse zu 833 gegen Münze standen.

Vom Jahre 1811 an wurden sie gegen Einlösscheine, und vom Jahre 1813 zugleich gegen Anticipationscheine in dem Verhältnisse von 5 zu 1 verwechselt, was aber mehr nur eine Veränderung in der Benennung war, da keine der beiden Sorten baar eingelöst wurde, und der Kurs derselben fortwährend im Schwanken war.

Indessen trat neuerliche Vermehrung in der Ausgabe dieser Scheine ein, so daß sie von der Summe von 212.159.750 fl., wie sie im Jahre 1811 und 1812 im Umlaufe war, im J. 1815 sich bis zu 638,715.920 fl. erhoben hatten.

Nach glücklicher Beendigung des Krieges, — bei welchem die Existenz der Monarchie bedroht war, und nach Wiederherstellung derselben auf den frühern Glanz, — wurde neuerdings zur Regulirung des Geldwesens geschritten. Das Papiergeld wurde, nach dem Kurse von 250 zu 100, der sich bald auch im Privatverkehr so feststellte, gegen Münze eingelöst.

Diese Verwechselung wurde der Nationalbank für Rechnung des Staates übertragen, und derselben zugleich das ausschließende Recht eingeräumt, Banknoten auszugeben, die bei allen Staatskassen als bares Geld angenommen, den Parteien auf jedesmaliges Verlangen, jedoch nicht den Staatskassen, — von der Bank gegen Münze verwechselt werden mußten.

Diese Maßregel wurde mit entsprechendem Erfolge, in Bezug auf die Regulirung des Geldwesens jedoch mit großen

Opfern von Seite der Finanzen) durchgeführt. Die Banknoten erhielten sich in gleichem Werthe mit der Münze bis zum Jahre 1848.

Der Banknotenumlauf, der zu Ende des Jahres 1818: 26,738.365 fl. betragen hatte, war von Jahr zu Jahr bis zu Ende des Jahres 1847 auf: 218,971.125 fl. gestiegen.

Eine Zurückführung des devalvirten Papiergeldes zum vollen Silberwerthe im Nennbetrage hat in Oesterreich niemals statt gefunden.

Als in der Revolutionsperiode vom Jahre 1848 die Verlegenheiten immer dringender wurden, der Staat selbst die Bank um Darlehen mehr in Anspruch zu nehmen sich genöthigt sah, ergab sich die Nothwendigkeit der Vermehrung der Banknoten und der Einstellung ihrer Verwechselung gegen Münze, wornach sie zufolge Ministerialverordnung vom 21. März 1848 Zwangskurs erhielten, und als Papiergeld in schwankendem Werthe circulirten. Gleichzeitig wurde auch vom Staate, — unter der Benennung: schwebende Schuld, — verzinsliches Papiergeld mit den 5 und 3 perzent. Kasse-, Reichsschatz- und Tresorscheinen, zuletzt wurden mehrere Gattungen unverzinslichen Papiergeldes, unter den Benennungen: Reichsschatzscheine, Tresorscheine, Anweisungen auf ungarische Landeseinkünfte, Münzscheine u. s. w. in unbestimmter Menge hinausgegeben, die sich fortwährend in gleichem Werthe mit den Banknoten erhielten.

Die Summe des umlaufenden Papiergeldes war		im Mai 1850	Ende März 1853
		fl.	fl.
in Banknoten		240,802.733	197,324.418
Staatspapiergeld (verzinslich			
und unverzinslich)		115.247.737	148,462.590
		<u>356,050.470</u>	<u>345,787.008</u>

Durch Patent vom 15. Mai 1851 wurde erklärt, daß das im Umlaufe befindliche Staatspapiergeld mit Zwangskurs fortan auf eine geringere Summe beschränkt werden solle, welche da-

maß mit 200, — später mit 180, — mit 170 Millionen Gulden u. s. f. festgesetzt wurde, und daß die Bank nicht mehr zur Bedeckung der Staatsbedürfnisse durch Vermehrung ihrer Banknoten in Anspruch genommen werden solle. Auch wurden in neuerer Zeit bedeutende Rückzahlungen der Schulden des Staates an die Bank geleistet, von welcher Schuld zuletzt circa die Hälfte zu 2 Prozent, $\frac{1}{4}$ zu 4 Prozent verzinslich, $\frac{1}{4}$ unverzinslich war.

Die Tresorscheine, welche im lomb. venet. Königreiche im Betrage von 70 Millionen Lire im Jahre 1849 hinausgegeben worden waren, wurden in Folge des Anlehens vom Jahre 1850, per 128 Millionen Lire, wobei die Hälfte in Tresorscheinen zu erlegen war, größtentheils in Staatsschuldverschreibungen das Monte L. V. umgestaltet, der Zwangskurs der Tresorscheine aufgehoben, und der Geldumlauf im lomb. venet. Königreiche auf Metallmünze zurückgeführt.

Mit Ende December 1852 befanden sich an Staatspapiergeld im Umlaufe:

	fl.
Raffeanweisungen zu 3 pCt.	81.690
Reichsschatzscheine zu 3 pCt.	11.075.200
dtto. unverzinslich	124.704.564
Anweisungen auf ungarische Landeseinkünfte	9.468.109
Münzscheine	10.458.495
Zusammen	155.788.058

An Banknoten 194.943.256 fl., letztere mit einem Bedeckungsfonde in Münze und Silberbarren von 43.247.365 fl.

Die Summe des nicht einlösbaren Papiergeldes betrug sonach: 350.731.314 fl.

An lomb. venet. Tresorscheinen waren 1.260.210 Lire oder 420.070 fl. C. M. im Umlaufe.

Das unverzinsliche Staatspapiergeld und die Banknoten hatten sich immer in gleichem Kurse erhalten.

Die Gold- und Silbermünze war seit geraumer Zeit ganz aus dem Umlaufe verschwunden. Nur die Sechskreu-

zerstücke * von Silber, welche unterm 5. Oktober 1848 zu 28 fl. 48 fr. — später unterm 11. Juni 1849 zu 33 fl. 36 fr. pr. Mark fein ausgeprägt worden waren, bleiben im Kurse, da sich das Verhältniß des Nennwerthes zum Silberwerthe in Conventionsmünze wie 168 zu 100, folglich noch geringer, als jenes des Kurswerthes des Papiergeldes zur Münze stellte.

Zufolge allerhöchster Entschlieſung vom 29. April 1852 wurde ein neues System der Ausprägung der Silbermünze eingeführt. Der Conventions-Münzfuß bleibt zwar in der Art unverändert, daß die Mark Silber zu 20 fl. ausgeprägt wird, jedoch ist in Beziehung auf die Legirung der einzelnen Münzsorten, welche bis dahin: beim Thaler und Gulden zu $\frac{1}{6}$, — bei den 20 Kreuzerſtücken zu $\frac{5}{12}$, — bei den Zehnern zur Hälfte, — des Gewichtes im Kupferzuschlage festgesetzt war, — künftig für alle Sorten der gleiche Zuschlag mit $\frac{1}{10}$ des Gewichtes angeordnet worden. Hiernach soll gleichfalls die Umprägung der alten Münzen vorgenommen werden. Dadurch werden auch die neuen Münzen dem Scudo, Mezzo Scudo, der Lira, und Mezza Lira im lomb. venet. Königreiche gleichgestellt. Nur die für den Handel mit dem Orient bestimmten Maria-Theresia Thaler bleiben bei der bisherigen Ausmünzungsweise.

Die Goldmünzen (Dukaten, Soverainsd'or) haben schon längst im Verhältnisse zur Silbermünze einen höheren Werth angenommen, — als dieser nach dem Conventions-Münzfuße vom 21. September 1753 ** festgesetzt worden war, und behaupten ihn in Oesterreich noch immer, ungeachtet durch die ungeheure Goldausbeute in Kalifornien das Sinken des Goldwerthes bewirkt werden mußte.

Die Kupfermünzen zu 1, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Kreuzer waren bei dem, nach meinem Antrage im Jahre 1816 angenommenen, Münzfuße zu $106\frac{2}{3}$ Gulden vom Centner bis zur neuesten Zeit geblieben.

Zufolge Verordnung vom 7. April 1851 aber wurden neue

* IV. 317.

** I. 178—179.

derlei Münzen zu 170 $\frac{2}{3}$ Gulden vom Centner ausgeprägt, und in Umlauf gesetzt. Durch Ministerialverordnung vom 28. Juni 1852 wurde hiernach auch die entsprechende Ausgabe neuer Kupfermünzen zu 15, 10, 5 und 3 Centesimi im lomb. venet. Königreiche angeordnet.

Seit dem Jahre 1848 waren wieder bedeutende Fluctuationen im Werthe des Papiergeldes eingetreten. Der Kurs gegen Münze stand im Mai 1851: zu 133 — im September 1851: zu 117, — vom Oktober 1851 bis Mitte Juni 1852: zwischen 120 und 127, — und ist erst in der zweiten Hälfte Decembers 1852 auf: 110 herabgegangen, ohne jedoch von einem Tage zum andern festen Fuß zu fassen.

Zur Verbesserung des Kurses in letzter Zeit hat, nebst der Verminderung des Papiergeldes (mit Hülfe der Staatsanlehen von 35 Millionen Gulden in Münze, und 80 Millionen in Papiergeld) — wohl auch die Wendung der politischen Verhältnisse in Europa, die Umgestaltung der Republik Frankreich in ein Kaiserreich, die ruhige Haltung Napoleons, die friedliche Stellung aller Großmächte in Europa und Amerika, das bessere Einverständniß zwischen Oesterreich und Preußen zusammengewirkt.

Vorzüglichem Einfluß hierauf nahm jedoch gewiß auch der ruhige und consequente Gang der öffentlichen Verwaltung in allen Zweigen, das sichtbare Streben, gemeinnützige Reformen zu bewirken, insbesondere die vom Finanzministerium beharrlich verfolgte Tendenz, die Staatseinnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen, in Steuern und Abgaben Gleichförmigkeit in den verschiedenen Provinzen herzustellen, das Maß der Verwaltungskosten, so viel es mit den höheren Staatszwecken vereinbarlich ist, möglichst zu beschränken.

Um die Wirkung, welche die getroffenen Finanzmaßregeln auf die Börsenkurse hatten, darzustellen, liefere ich den nachfolgenden Ausweis über den Stand derselben mit Ende jeden Monats, vom März 1852 anzufangen, bis zu welchem die Aus-

weise in meinem früheren Werke * reichen, mit der Bemerkung, daß der Augsburger Kurs das Werthverhältniß des Papiergeldes gegen Münze andeuten dürfte.

Mit Ende	Bankaktien	Staatsobligationen zu 5 pCt.	Augsburger Kurs
März 1852	1248	95 $\frac{1}{4}$	124 $\frac{3}{4}$
April	1273	95 $\frac{2}{8}$	123
Mai	1375	96	120 $\frac{1}{2}$
Juni	1362	96 $\frac{7}{8}$	118 $\frac{1}{2}$
Juli	1370	96	118 $\frac{3}{4}$
August	1365	96 $\frac{1}{2}$	117 $\frac{3}{4}$
September	1355	95 $\frac{3}{4}$	115 $\frac{5}{8}$
Oktober	1322	93 $\frac{3}{8}$	115 $\frac{3}{8}$
November	1336	94 $\frac{1}{4}$	116 $\frac{1}{8}$
December	1350	94 $\frac{1}{4}$	110 $\frac{3}{4}$
Jänner 1853	1353	94 $\frac{1}{2}$	110 $\frac{1}{2}$
Februar	1408	94 $\frac{5}{8}$	109 $\frac{7}{8}$

Die Staatsobligationen haben sich ziemlich gleichförmig im Kurse erhalten. Größeren Schwankungen unterlagen die Bankaktien. Der Kurs des Papiergeldes hat sich vorzüglich mit Ende Decembers gebessert, — nicht aber in dem Maße, daß auf eine baldige Erreichung des Pari mit der Metallmünze gerechnet werden kann.

Es ist schwer zu bestimmen, wer bei diesen Kursveränderungen gewonnen oder verloren hat, aber der Wunsch bleibt immer rege, den Schwankungen für die Zukunft ein Ziel zu setzen.

Jedenfalls unterliegt die Zurückführung des Geldwesens auf den normalen Zustand unendlichen Schwierigkeiten. **

Die Wahl ist noch zu treffen: zwischen dem langsamen Wege

* IV. 16.

** Die Presse fand jedoch schon vor einem Jahre (15. März 1852) die Wiederherstellung des vollen Werthes des Papiergeldes „so leicht zu bewerkstelligen und mit so geringen Opfern binnen kurzer Frist zu ermöglichen,“ daß der von mir damals gemachte Vorschlag „als post festum kommend, betrachtet werden müsse.“

der Verminderung des Papiergeldes durch bare Einlösung und der Fixirung des Werthes desselben.

Bei dieser Wahl ergeben sich folgende Betrachtungen.

Bei der Einziehung des Papiergeldes ist die Frage zu lösen, bis zu welcher Summe sie statt zu finden habe; jedenfalls erfordert sie einen längeren, nicht leicht bestimmbar, Zeitraum.

Bei Zurückführung auf den Stand vom Jahre 1847, wo Münze und Papiergeld noch in gleichem Werthe standen, doch schon den Wendepunkt erreicht hatten, würde von der, mit Ende December 1852 circulirenden Gesamtmasse Papiergeldes die Summe von circa 130 Millionen Gulden einzuziehen sein.

Die größte Schwierigkeit liegt aber in der Aufbringung der hierzu nöthigen Geldmittel. Es stehen nur zwei Wege offen: die Aufnahme von Darlehen, dann die Vermehrung und neue Ausschreibung von Steuern und Abgaben.

Beide sind mit vielen Bedenken verbunden. Die Darlehen in einer finanziellen Krise sind nicht ohne schwere Opfer aufzubringen. Sie vermehren die Staatsauslagen auf eine unabsehbare Reihe von Jahren hin, und steigern gerade das Staatsdefizit, welches die Devaluirung des Papiergeldes herbeigeführt hat. Selbst mit dem steigenden Werthe des Papiergeldes wird die Bedeckung des Interessenbedarfes nicht nur für das neue Anlehen, sondern auch für die gesammte Staatsschuld immer mehr erschwert.

Das Börsenspiel mit Papiergeld, mit Staatsobligationen und Bankaktien, wird dadurch ungemein vermehrt. Die Ankündigung des österreichischen Silberanlehens von 35 Millionen Gulden zu Frankfurt am 18. Mai 1852 gibt hiervon ein auffallendes Beispiel. Die Bankaktien waren auf der Wienerbörse am 15. Mai 1852 im Kurse zu 1280 gestanden. Am 21. Mai stiegen sie auf 1300, bis 26. Mai auf 1410. Der Augsburger Kurs stand am 15. Mai 1852 zu 123½, am 26. Mai zu 120.

Die Vermehrung und Erhöhung der Steuern ist mit Bedrückung der Produktion, der Gewerbe und des Handels,

der vorzüglichsten Quellen des Nationalreichthums, — und mittelbar des Staatseinkommens verbunden, und wirkt früher auf die Vertheuerung der Lebensmittel und sonstigen Waaren, als das Herabgehen der Preise, durch die successive Verminderung des Papiergeldes erzielt werden kann.

Die Fixirung des Papiergeldwerthes ändert dagegen so wenig als möglich in dem faktischen Zustande. Käufer und Verkäufer haben ohnehin freie Hand, ihre Geschäfte hiernach zu ordnen. Dagegen erhält der Staats- und der Privathaushalt einen festeren Standpunkt, Industrialunternehmungen eine sichere Stütze, der Handelsverkehr im Inlande und mit dem Auslande ist minder den Zufällen der Geldkrisen preisgegeben.

Die Besitzer von stabilen Geldrenten (wozu Beamte, Pensionisten, Staats- und Privatgläubiger gehören) würden zwar fortan unter dem geschmälernten Bezuge leiden, jedoch bei dem dermaligen Papiergeldkurse zu 110, — in geringerem Maße, als früher, wo die Kurse zu 120 und 130 standen. Den Beamten könnte zudem eine Erleichterung durch verhältnißmäßigen Nachlaß an der Einkommensteuer, die sie bisher nebstbei zu tragen hatten, zu Theil werden.

Ich glaube sonach wiederholt für die zweite Alternative: Die Fixirung des Papiergeldwerthes nach dem Durchschnittskurse stimmen zu sollen. Ich kann hier wieder nur den dermaligen, durch vier Monate sich ziemlich gleichbleibenden Kurs, gegen Münze = 110 : 100 zum Anhaltspunkte nehmen, da hier nur der Zeitpunkt der Ausführung entscheidend ist, und hiernach, mit Ausnahme ungewöhnlicher Ereignisse, eine stabile Werthsbestimmung durchgeführt werden kann.

Es würde sich demgemäß folgendes Verhältniß ergeben:

1 Thaler Silbergeld = 2 fl. 12 fr. Papiergeld.

1 Gulden „ „ = 1 fl. 6 fr. „ „

1 Zwanziger „ „ = 22 fr. „ „

1 Zehner „ „ = 11 fr. „ „

Ein Sechskreuzer-Silberstück, nach dem gegenwärtigen

Münzfuße geprägt, — würde 6 Kreuzer im Papiergelde, und 5 Kreuzer in Münze zu gelten haben. Ein Kupferkreuzerstück neueren Gepräges hätte in Papiergeld, ein solches älteren Gepräges vom Jahre 1816 im Silbergelde, als Kreuzer zu cursiren.

Sollte auch das Silberagio zur Zeit der Ausführung dieser Maßregel ein paar Perzente unter oder über 110 stehen, so dürfte doch diese Werthbestimmung anzunehmen sein.

Der Credit des Staates wird minder durch Zuwarten und Vorspiegelungen, als durch schleunige und gründliche Behebung des schwankenden Zustandes befestigt.

Jedenfalls wird die Fixirung des Papiergeldwerthes für alle Classen der Gesellschaft kräftigeren Schutz gewähren, als alle Palliative. Sie ist die, auf einer klar ausgesprochenen Thatfache beruhende Regulirung des Geldwesens.

Ich verkenne nicht, daß manche wichtige Bedenken gegen diesen Antrag obwalten, daß viele Stimmen sich dagegen erheben würden, daß die Finanzverwaltung kaum auf denselben eingehen dürfte; — allein! ich glaube noch immer voraussetzen zu können, daß durch die Ausführung dieser Maßregel die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in ihren individuellen Interessen nicht verletzt, daß nur ein geringer Theil in lukrativen Geschäften gehemmt, oder in der Hoffnung auf künftigen, durch Steigen der Kurse zu erwachsenden Gewinn, sich beeinträchtigt finden würde.

Es dürfte daher dieselbe vielleicht in der Folge mehr Anklang finden.

Als eine Unzukömmlichkeit, die jedoch nicht Folge der angefragten Maßregel wäre, wird wohl immer der gleichzeitige Geldumlauf in zwei verschiedenen Valuten erscheinen, der zu Verwirrungen im Verkehr Anlaß geben kann, allein wir haben frühere Perioden durchgemacht, wo noch in größerer Mannigfaltigkeit: Bankozettel, Scheine von zwei Gattungen, Banknoten, Conventionsgeld, ringhältige Silbermünze, Kupfermünze von verschiedenem Gehalte gleichzeitig cursirten, und die Erfahrung hat

gezeigt, wie bald sich selbst der gemeine Mann im Geldwesen zu finden weiß.

Zudem würde gerade diese Maßregel die Vereinfachung des Papiergeldes erleichtern.

Die Vermehrung der Staatsschuld, neue Steuer = Ausschreibung sind Hülfsmittel zum Ersatze der Verluste auf einer Seite, wodurch andere Klassen der Gesellschaft gedrückt werden.

Der Spottname Bankerott ist für die angetragene Maßregel nicht abschreckend. Der Vorwurf bezieht sich entweder auf das moralische Prinzip, oder auf den Effekt für den Staatskredit. In beiden Beziehungen würde er höchstens nur die erste Einstellung der Verwechslung, und die dadurch verursachte Devaluation des Papiergeldes, (wenn sie nicht durch unvermeidliche Nothwendigkeit herbeigeführt worden wäre) — nicht aber, fünf Jahre darnach, eine Maßregel treffen, wodurch die Fortdauer dieses Zustandes behoben, und mit thunlichster Schonung der Privatinteressen die Ordnung im Geldwesen wieder hergestellt werden soll.

Es kann vom Staate nicht gefordert werden, das Papiergeld um jeden Preis auf den vollen Werth wieder zu erheben.

Bei den zahllosen Verkehrsgeschäften, welche sich in einer so großen Monarchie, von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde ergeben, mögen wohl einige Contrahenten auf das Steigen, andere auf das Fallen der Kurse spekuliren, die größere Mehrzahl richtet jedoch ihre Geschäfte nach dem gerade bestehenden Werthsverhältniffe des Papiergeldes ein.

Soll nun zum Vortheile der wenigen Optimisten der Staat so große, vielleicht vergebliche Opfer bringen, wichtige finanzielle Interessen auf das Spiel setzen, sich bleibende Lasten für eine Reihenfolge von Jahren aufbürden? Wird dadurch der Gerechtigkeit entsprochen, der Staatskredit gefördert?

Bei dem Staatspapiergelde sind Gläubiger und Schuldner in Einer moralischen Person vereinigt. Die baare Einlösung kann nur aus dem Gesamtvermögen der Nation be-

stritten werden, welches nur bis zu einem gewissen Grade angegriffen werden darf.

Die Staatsobligationen sind eben sowohl Kreditscheine, wie das Papiergeld, und dennoch wird die Aufrechterhaltung des vollen Werthes derselben minder berücksichtigt, und selbst kein Anstand genommen, dieselben nach dem Börsenkurse für den Staatsschulden-Zilgungsfond einzulösen.

Die Stempelung der Banknoten zum Staatspapiergelde war, wie ich schon damals bemerkt hatte *, eine gewagte Concession, die daher nicht neuerdings bei Regulirung des Geldwesens statt finden sollte.

Die Emission von Papiergeld zur allgemeinen Circulation ist ein Regale, welches höher anzuschlagen ist, als das Münzregale. Die Abtretung desselben an die Bank hat der Letztern, von dem Zeitpunkte ihrer Gründung an, bedeutenden Gewinn gebracht. Dazu kam noch, daß der Staat der Bank die zur Einlösung des ältern Papiergeldes erforderlichen Silbervorräthe lieferte, daß er die hiervon zu erwartenden Vortheile in ungleichem Verhältnisse mit der Bank theilte, indem er das Papiergeld größtentheils zu höhern Preisen von ihr abnahm, als es ihr gekostet hatte. Noch mehr muß die Ausgabe des Papiergeldes mit Zwangkurs, welche als eine allgemeine Landesbesteuerung anzusehen ist, dem Staate ausschließlich als ein unveräußerliches Regale vorbehalten bleiben.

Wahr ist es, daß die Bank die ihr gestellte Aufgabe der Fixirung des Papiergeldwerthes damals vollständig löste, das Schwanken desselben durch eine lange Zeitperiode hintanhalt, und selbst den Staatsfinanzen durch Darlehen zu billigen Zinsen zu Hülfe kam. Allein! der Staat hätte Darlehen bei den damaligen günstigen äußeren Verhältnissen und Vergrößerung der Monarchie, eben so wohl von Privaten erhalten können, — er mußte fortwährend Opfer zur Erfüllung der gegen die Bank übernommenen Verbindlichkeiten bringen, wodurch sein Schuldenstand immer mehr anwuchs.

* III. 225.

Durch den, bei dem Sinken der Börsenkurse den Banknoten zugestandenen Zwangsumlauf, wurde die Bank der Baareinlösung enthoben, und der dazu gewidmete Fond zur Vermehrung der Leih- und Eskomptgeschäfte benüßbar gemacht.

Die Anstrengungen des Staates zur Wiedererhebung der Kurse des Papiergeldes, kamen vorzüglich der Nationalbank, rücksichtlich der Banknoten, welche die Mehrzahl desselben bildeten, zu Guten. Die fernere Aufnahme von Anlehen bei der Bank von Seite des Staates, wurde eingestellt. Die Zinsenzahlung fiel zum Theil in Perioden, wo das Papiergeld höheren Werth als zur Zeit der Aufnahme der Anlehen hatte; eben so die Capitalien-Rückzahlung, welche Anfangs selbst in Münze und in neuerer Zeit auch von solchen Capitalien in vollem Betrage geleistet wurde, wovon die Summe im Wege des Vergleiches, — jedoch nur mit einem Zinsfuße von 2 und 3 Perzent, — festgesetzt worden war.

Die Bank mußte hiernach unter allen Verhältnissen ihre Rechnung finden, und sie kann vom Staate wohl nicht in Anspruch nehmen, daß ihr bei der Einlösung des eigenen Papiergeldes gleiche Vortheile eingeräumt werden, wie sie ihr bei ihrer Gründung zum Behufe der Einlösung des Staats-Papiergeldes zu Guten kamen.

Die Nationalbank muß sich daher, so wie die Staats- und Privat-Gläubiger, ein Opfer zur Herstellung der Ordnung im Geldwesen gefallen lassen.

Bei den Banknoten ist der Staat als Repräsentant der Bevölkerung: Gläubiger, die Bank, eine aus Aktionären bestehende Privat-Gesellschaft: Schuldner.

Bei Einstellung der baaren Einlösung der Banknoten, wozu die letztere nach den Statuten verpflichtet war, tritt die Nothwendigkeit einer Liquidirung und gegenseitigen Abrechnung mit dem Staate ein.

Das Opfer, welches die Bank hierbei zu bringen hätte, würde darin zu bestehen haben:

a. Daß sie die Summe der im Umlaufe befindlichen Bank-

noten nicht durch neue Emission vermehren dürfte, so wie der Staat hinsichtlich seines eigenen Papiergeldes den gleichen Entschluß kund gemacht hat.

b. Daß sie ihre unverzinsliche Papiergeldschuld zum Theile mit verzinslichen Forderungen an den Staatsschatz berichtige, was um so minder als unbillig erscheint, da der Kapitalswerth der Staatsobligationen immerfort unter dem Werthe des Papiergeldes steht.

Dagegen würde die Bank von der baaren Einwechslung ihrer Banknoten gegen Münze enthoben, zu der sie nach den Statuten verpflichtet ist, die früher oder später eintreten müßte, und ihr weit größere Opfer kosten würde.

Uebrigens bliebe es ihr vorbehalten, ihren Silbervorrath im Betrage von circa 40 Millionen Gulden C. M. zur Ausgabe von Creditscheinen in entsprechender Menge, jedoch ohne Garantie von Seite des Staates, nach den für Bankhäuser bestehenden Vorschriften zu benützen.

Sobald die Nationalbank sonach aufhören würde, ein Staatsinstitut zu sein, könnte die Frage, ob und in welcher Art sie ihre Aktien vermehren wolle, nur ihrem eigenen Beschlusse überlassen werden.

Indessen dürfte es ihr, wenn sie eines Zuwachses von Capitalien bedarf, mehr conveniren, Anlehen gegen Hinausgabe von Prioritäts-Obligationen zu billigen Zinsen aufzunehmen, als neue Aktien zu emittiren, wodurch die Aktionäre in dem Alleinbezüge der höheren Dividenden beeinträchtigt würden. *

Auf diese Ansichten sind die nachfolgenden Anträge zur Ausführung des obigen Vorschlages gestützt, bei welcher allerdings mit großer Vorsicht und in keinem Falle zwangsweise vorzugehen sein würde.

Vor Allem wäre der Stand der Staatskassen: in Münze, in Staatspapiergeld, und in Banknoten zu erheben, und sodann mit der Nationalbank ein Uebereinkommen zu treffen, wornach die Haftung für die Gesamtsumme der circulirenden Banknoten,

* Ueber den Realkredit in Oesterreich, von Zugschwerdt, Wien 1853. S. 74.

die Bestreitung der ferneren Fabrikationskosten, und sonstigen Auslagen, vom Staate, gegen Entschädigung von Seite der Bank, zu übernehmen wäre.

Die Banknoten würden sofort in allen Beziehungen dem Staatspapiergelde gleich zu stellen sein.

Mit 1. März 1853 hatte sich:

die Summe der cirkulirenden Banknoten auf:	198,391.399 fl.
die Schuld des Staates an die Bank auf:	129,922.881 „
belaufen. Die Differenz betrug:	68,468.518 „

Die von der Bank zu leistende Entschädigung würde daher vorzüglich in der Abschreibung der Staatsschuld nach dem Nennwerthe zu bestehen haben. Ueber die Differenz wäre eine billige Ausgleichung zu treffen.

Die definitive Herabsetzung des Papiergeldwerthes ist eine Kapitalsverminderung der Schuld, welche der Staat im Nothfalle für sein Papiergeld als Steuer fordern kann, welche aber die Bank als Privatinstitut nicht für sich, gegenüber der Nation, in Anspruch nehmen darf.

Durch die Uebernahme der Haftung von Seite des Staates würde der bisherige Uebelstand zumeist behoben. Die Bank würde der Schuld, zu der sie insolvent geworden ist, — entledigt, und könnte sich um so eher einige Opfer gefallen lassen, als sie früher ihre Banknoten in vollem Werthe der Münze hinausgegeben, und nun schon durch mehrere Jahre, seit der Einstellung der baaren Umwechselung ihrer Banknoten, gewonnen hat; wogegen der Staat, bei der neueren Emission des Papiergeldes, selbes gleich ursprünglich nicht im Werthe der Münze benützen konnte, und größtentheils selbst Zinsen dafür bezahlen mußte.

Vor der Hand würden keine öffentlichen Kassen zur Verwechselung zwischen Papiergeld und Münze zu bestellen sein; das Papiergeld wäre, wie bisher, als kurrentes Geld anzusehen, die Silbermünze, als besondere Währung, durch die Benennung Silbergeld zu unterscheiden.

In Bezug auf früher eingegangene Zahlungsverpflichtungen

hätten die bisher bestandenen Vorschriften zur Richtschnur zu dienen. Um die fixe Werthsbestimmung in zwangsloser Weise in Gang zu bringen, wäre den Privaten freizustellen, im Verkehr mit dem Staate, insbesondere bei Zahlung von Steuern und Abgaben, statt des Papiergeldes: Münze, oder statt der schuldigen Münze: Papiergeld nach dem angedeuteten Werthsverhältnisse zu verwenden, wogegen der Staat bei seinen Zahlungen, nur mit Zustimmung der Empfänger, von solcher Verwechselung Gebrauch zu machen hätte, was zur öffentlichen Kenntniß zu bringen wäre.

Die Verwechslung im allgemeinen Verkehre wäre gänzlich dem freien Uebereinkommen zu überlassen.

Es würde sofort wahrscheinlich C. M. auch im Privat-Umlaufe nach diesem Werthsverhältnisse hervortreten, und vielleicht hiefiges Papiergeld selbst im lombardisch-venetianischen Königreiche einige Anwendung finden. Es dürfte daher kaum zu bezweifeln sein, daß der Staat die Kraft haben werde, diese Maßregel durchzuführen, wenn er auch keinen eigenen Fond dazu widmet.

Sollten die Finanzen in die Lage kommen, von der Bank größere Parthieen baarer Münze aus ihrem, zum Theile todten liegenden Fonde, gegen Verwechslung mit Papiergeld nach dem angedeuteten Werthsverhältnisse in Anspruch zu nehmen, so wäre derselben eine billige Eskompte-Gebühr zu entrichten.

Erst, wenn sich das mehrerwähnte Werthsverhältniß zwischen Papiergeld und Münze im allgemeinen Umlaufe festgestellt hat, könnten bei größeren Zahlungen von den Staatskassen auch Silberscheine hinausgegeben werden, deren allsogleiche baare Einlösung jedoch durch einen eigenen Fond gesichert sein müßte, und allmählig den vorherrschenden Umlauf des Silbergeldes gegen Einziehung des Papiergeldes ausführbar machen würde.

Durch die successive Durchführung dieser Maßregel, die ich nur in Grundzügen andeuten konnte, würde weder im Staats-

noch im Privathaushalte eine Erschlüchterung bewirkt, und der Grund zur Ordnung gelegt werden.

Selbst im übelsten Falle, wenn der auf Erfahrungen von früheren Jahren gestützte Kalkül zur Werthsfixirung im Erfolge sich nicht bewähren sollte, dürften keine Nachtheile von dieser Maßregel zu besorgen sein. Einer Verbesserung der Kurse des Papiergeldes dürfte dieselbe nicht im Wege stehen, da den Partheien im Privatverkehre hierin freie Hand gelassen werden soll. Im eintretenden Falle, würde der Staat dieselbe auch für sich, gegenüber der Steuerpflichtigen, zu benützen in der Lage sein, selbst wenn sie bis zur Gleichstellung des Papiergeldes mit der Münze fortschreiten sollte.

Eine Verschlimmerung könnte durch diese Maßregel, welche vielmehr Schranken dagegen bildet, nicht bewirkt, — sondern nur durch unerwartete Ereignisse herbeigeführt werden, bei deren Eintritt die, auf längere Zeitdauer hinaus berechneten, Maßregeln zur vollen Gleichstellung des Werthes des Papiergeldes mit jenem der Münze noch minder Schutz gewähren könnten, und die von Seite des Staates gebrachten Opfer verschwendet sein würden.

Jedenfalls würde eine verschiedenartige Behandlung bei der Einlösung des Staatspapiergeldes und jener der Banknoten nur noch mehr Verwirrung im Geldumlaufe hervorbringen.

Uebrigens kann ich meine wohlgemeinten Vorschläge, die ich — um selbe zur Diskussion zu bringen — der Oeffentlichkeit übergebe, nur der einsichtsvollen Würdigung der höheren Finanzverwaltung anheimstellen.

Controllsbehörden.

Als oberste Controllsbehörde bestand bis zum Jahre 1792 eine Hof-Rechenkammer. Im Jahre 1793 wurde die oberste Staatskontrolle errichtet. Diese wurde im Jahre 1802 aufgehoben, und es wurden die Buchhaltungen den administrirenden Hoffstellen untergeordnet.

Im Jahre 1805 wurde das General-Rechnungsdirektorium errichtet, welches seither, auch während der Revolutionsperiode, in Wirksamkeit verblieb.

Dasselbe leitet das Verrechnungswesen des gesammten Reiches, bearbeitet den Jahresausweis aller Staatsrechnungen, und liefert die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Staates.

Mit demselben ist das Central-Rechnungs-Departement vereinigt, an welches die Nachweisungen über Einnahmen und Ausgaben, die Hauptrechnungs-Abschlüsse aller Staatsgefälle, und die Bilanzen aller Cassen gelangen.

Der obersten Controllsbehörde unterstehen: Die Staatsbuchhaltungen für die einzelnen ihnen zugewiesenen Geschäftszweige, insbesondere für Militär-, für Hofstaats-Gebahrung, für vorzüglichere Gefälle, Domänen und Staatsfabriken, für politische Fonde, für Münz- und Bergwesen, für Cameral- und Staatsschuldenwesen, für Posten und Eisenbahnen u. s. w. und die Landesbuchhaltungen in den einzelnen Kronländern.

Die Buchhaltungen besorgen fortwährend die Censur der Rechnungen, und schreiten bei der Aufnahme von Inventarien und bei Cassenvisitationen ein.

Das General-Rechnungsdirektorium hat seit seiner Gründung wenige Veränderungen erlitten, sein Wirkungskreis ist von höchst wichtigem Einflusse auf die Befestigung der Ordnung im Staatshaushalte. Es liefert durch seine Zusammenstellungen Anhaltspunkte zu Combinationen und Reformen in Bezug auf alle Zweige der öffentlichen Verwaltung.

Durch Erlaß des General-Rechnungsdirektoriums vom 11. November 1852 wurde die Aufstellung von Commissionen in allen Kronländern, mit Ausnahme des lombardisch-venetianischen Königreiches, zur Vornahme theoretischer Prüfungen aus der Staats-Rechnungs-Wissenschaft, für Candidaten zum Dienste bei Staatskassen, Buchhaltungen und Rechnungsämtern angeordnet.

Durch weitere Erlässe vom 19. November 1852 wurde die Verschmelzung der ungarisch-siebenbürgischen, dann der Hofbuch-

haltung politischer Fonde mit der Cameral = Hauptbuchhaltung eingeleitet, dann mit 1. Jänner 1853 die Post-Hofbuchhaltung, nebst der ihr obliegenden Respizirung der Post- und Telegraphen-Cassen und Aemter, auch als Central-Buchhaltung für die Communications-Anstalten aufgestellt, endlich durch allerhöchste Entschließung vom 1. Oktober 1852 die Errichtung einer Staatsbuchhaltung für Siebenbürgen zu Hermannstadt angeordnet.

S c h l u ß.

Somit wäre dieses Werk geschlossen, bei dessen Herausgabe die reine Absicht des Verfassers nicht verkannt werden wird, — ein Werk, das wohl, bei der Mannigfaltigkeit der hierin verhandelten Gegenstände, einer nachsichtsvollen Würdigung bedarf, und immer nur auf einen beschränkten Standpunkt gewiesen bleiben mußte, da die Verwaltungs-Reformen ohne Aufenthalt im Fortschreiten begriffen sind, und ein Wechsel in der Organisirung der Behörden und in sonstigen Regierungs-Maßregeln, in Folge der, bei der Ausführung gemachten Erfahrungen, von Zeit zu Zeit unvermeidlich hervorgerufen wird, wenn gleich ein wohl-durchdachtes rationelles System bei den jeweiligen Verfügungen zur Grundlage genommen wurde.

So glaube ich hier nachträglich folgender, während der Drucklegung dieses Werkes eingetretenen, Verfügungen erwähnen zu sollen:

a. Kundmachung Seiner k. Hoheit des Herrn Erzherzog Albrecht, Militär- und Civil-Gouverneurs von Ungarn, vom 14. April 1853, wornach die Amtswirksamkeit der k. k. Statthalterei zu Ofen mit 1. Mai d. J. aufzuhören, und an die 3 Distrikts-Regierungen zu: Preßburg, Ofen, Kaschau, Oedenburg und Großwardein überzugehen hat, wornach diese künftig den Titel: k. k. Statthalterei-Abtheilungen zu führen, und für ihren Bezirk in dasselbe Verhältniß gegen die Finanz-Landesdirektion, die Buchhaltung, das Causarum regalium Direktorat, die Baudirektion und derglei-

chen zu treten haben, in welchem früher die Ofner Statthaltereirei zu denselben stand.

b. Nachdem mit 1. Mai 1853 die Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches und die Regelung der Urbarial- und Aviticitäts-Verhältnisse in Ungarn, Croatien, Slavonien, der Wojwodenschaft, und dem Temescher Banat statt zu finden hat, wurde mit Ministerial-Erlaß vom 22. April 1853 angeordnet, daß die Grundbuchsarbeiten ohne Verzug auch auf die adeligen Güter in diesen Ländern ausgedehnt werden sollen.

c. Zusage Kundmachung der National-Bankdirektion vom 21. April 1853 wurde der Ausschuß von 100 Mitgliedern zu einer am 9. Mai d. J. abzuhaltenden Generalversammlung berufen, in welcher die Erweiterung des Bankfondes, und Vorschläge zur Abänderung einiger Bestimmungen in den Statuten und in dem Reglement der Bank zur Verhandlung kommen sollen, — in Folge dessen sich sogleich eine auffallende Steigerung des Kurses der Bank-Aktien ergab, da dieselben noch am 21. April zu 1395—1398 gestanden waren, und am 25. April sich bis 1448, am 26. April bis 1500 erhoben.

Inhalts = Verzeichniß.

	Seite
Vorrede.	
Einleitung	1
Verfassung der österreichischen Monarchie .	1
Thronbesteigung Sr. Majestät Kaisers Franz Joseph . .	1
Aufhebung der Constitution vom 4. März 1849	2
Landstände in deutschen und slavischen Provinzen . . .	2
Ungarische Landesverfassung	3
Trennung Croatiens und Slavoniens von Ungarn	3
„ der Wojwodschafft Serbien und des Temescher Banates	3
Siebenbürgen	3
Pombarbisch-venetianisches Königreich	3
Aufhebung der Grundlasten	4
Gemeindeverfassung	4
Attentate in Mailand und Wien	6
Deutsche Reichsverfassung	6
Administration	8
Ministerrath, Reichsrath	8
Uebersicht des Flächeninhaltes und der Bevölkerung der Kron-	
länder der österreichischen Monarchie	9
Theilung der Verwaltung in Ministerien	10
Ministerium der auswärtigen Angelegen-	
heiten	11
Kriegsministerium	13
K. K. Leibgarden und Hofburgwache	13
Armee-Obercommando und untergeordnete Militär-Commanden	14
Militär-Justizpflege	14
Generalität	15
Organisation und Stand der Truppenkörper	15
Die Militärgränze	16
Besondere Militärcorps und Branchen, worunter auch die Ma-	
rine begriffen ist	18
Militärbaue	20
Militär-Unterrichts- und Bildungsanstalten	20
Militär-Jurisdiction	22
Gemeinschaftliche Militär- und Civil-Amtshandlungen . .	23
Militär-Conscription, Rekrutirung, Entlassung	23
Militär-Einquartirung	25
Truppen-Durchzugs-Verpflegung	26

Ministerium des Innern, Geschäftskreis . . .	26
Untergeordnete Behörden . . .	28
Politische Behörden in Ungarn . . .	30
Staatsprüfungen . . .	31
Grundentlastung, Entschädigung . . .	32
Wohlthätigkeits-, Armen-, Sanitäts-, Irren-Anstalten . . .	35
Oberste Polizeibehörde . . .	36
Polizeidirektionen, Polizeikommissäre . . .	37
Maßregeln in Bezug auf die Presse . . .	37
Verordnungen wegen Waffenbesitz . . .	39
Wegen Pässen, — Privatvereinen . . .	40
Justizministerium . . .	40
Patrimonialgerichte Aufhebung . . .	41
Schwurgerichte Einführung, Wiederaufhebung . . .	41
Organisation der Gerichte . . .	42
Staatsanwälte, Notare, Advokaten . . .	45
Finanzprokuraturen . . .	46
Justizämter im lombardisch-venetianischen Königreiche und Dal- matien . . .	46
Justizämter in Ungarn und Siebenbürgen . . .	46
Einführung der Grundbücher, des bürgerlichen Gesetzbuches, der Gerichtsverfassung in Ungarn und den Nebenländern . . .	48
Allgemeines Strafgesetz . . .	49
Neue Civil-Jurisdictionsnorm . . .	49
Ministerium des Cultus und des Unterrichtes . . .	50
Grenze zwischen geistlicher und weltlicher Gewalt . . .	50
Geistliche Vorstände und Behörden . . .	51
Religionssekten . . .	52
Privat-Religionsvereine . . .	52
Erziehungs- und Unterrichts-Anstalten . . .	54
Akademien der Wissenschaften . . .	55
Akademie der bildenden Künste . . .	56
Volksschulen, Gymnasien, Universitäten . . .	56
Rechtsakademien . . .	58
Technische Schulen, Realschulen, polytechnische Institute . . .	59
Spezialschulen . . .	60
Statistische Uebersicht der wissenschaftlichen und Lehranstalten in Oesterreich . . .	60
Ministerium für Landeskultur und Berg- wesen . . .	61
Dazu gehörige Aemter und Anstalten . . .	61
Geologisches Reichsinstitut . . .	62
Bergwerksbetrieb, Bergwerksbehörden, montanistische Lehran- stalten . . .	63

	Seite
Neues Forstgesetz, Forstschulen	65
Landwirthschaftsschulen und Gesellschaften	67
Ministerium des Handels, der Gewerbe, und öffentlichen Bauten	68
Gewerbsordnung, Eintheilung der Gewerbe	69
Fabriken	71
Privilegien	72
Gewerbs- und Handels-Vereine, Produkten-Ausstellung	72
Handelsbetrieb, Großhandel, Handelsgesellschaften, Nationalbank	74
Arämerei, Hausierhandel, Märkte	75
Statistische Daten über Sparkassen, Gewerbe und Handlungen, Waaren Ein- und Ausfuhr	76
Zölle, Zollsysteme	78
Neuer österreichischer Zolltarif	80
Bastiat's Ansichten über die Grundsätze der Handels-Politik	81
Verhandlungen über den Abschluß eines österreichisch = deut- schen Zollvereines	84
Zollvereinsvertrag mit Parma und Modena	85
Handels- und Schifffahrts-Verträge mit fremden Staaten	87
Gränzwach-Gordon, Contumazen, Rastelle	92
Seehandel, Seeschifffahrt	92
Central-Seehbehörde zu Triest	93
Hafen- und Sanitäts-Aemter	94
See-Assicuranz-Anstalten	96
See-Handelsgesellschaften, Lloyd in Triest	96
Dampfschifffahrts-Gesellschaften	97
Oesterreichische Handelsmarine	97
Communicationsmittel	98
Postwesen, Postbehörden	98
Eisenbahnen	100
Telegraphen, Vereine	103
Bauwesen, Baubehörden	105
Finanz = Ministerium	107
Untergeordnete Behörden	109
Finanzprokuratoren, Finanzwache	111
Staatseinnahmen	112
Grund- und Häusersteuer	113
Einkommen-Erwerbsteuer	114
Indirekte Abgaben	114
Staatsausgaben, Deficit	115
Staatseinnahmen und Ausgaben im Jahre 1851	117
Staatsschuld, Zuwachs seit dem Jahre 1848	120
Papiergeld. Verschiedene Sorten, und Werthverhältnisse, Bank- noten	124

	Seite
Metallmünze	127
Börsenkurse vom März 1852 bis März 1853	130
Regulirung des Geldwesens	130
Verminderung des Papiergeldes	131
Fixirung des Papiergeldwerthes	132
Art der Ausführung des letzteren Vorschlages	137
General-Rechnungsdirektorium und Buchhaltungen . . .	140
Schluß des Werkes	142

In gleichem Verlage sind ferner erschienen:

Sauer, Josef Ritter v., k. k. geh. Rath, Mitglied mehrerer gelehrten Gesellschaften, Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen. 4 Hefte. gr. 8. Wien 1848. broschirt 1 Thlr. 6 Sgr. oder 1 fl. 36 kr. C. M.

— — **Ueber Oesterreichs Staatsausgaben und Verwaltung,** in Hauptumrissen dargestellt. 28 Bogen. gr. 8. Wien 1849. brosch. 1 Thlr. 24 Sgr. oder 2 fl. 24 kr. C. M.

— — **Politisch-statistische Uebersicht der Veränderungen in der Verfassung, Administration und dem Haushalte der österreichischen Monarchie, vom 13. März 1848 bis 13. März 1851, mit Hinblick auf die Verhandlungen über die Reichsverfassung in Deutschland.** 23 Bogen. gr. 8. Wien 1851. brosch. 1 Thlr. 24 Sgr. oder 2 fl. 24 kr. C. M.

Nachtrag zu diesem:

— — **Uebersicht der Veränderungen in der Verfassung, Administration und dem Haushalte der österreichischen Monarchie, vom März 1851 bis März 1852.** 2 Bogen gr. 8. Wien 1852. brosch. 6 Sgr. oder 18 kr. C. M.

Die Volkswirthschaft. Von **Siegfried Secher,** Doctor der Rechte und politischen Wissenschaften, kaiserl. österr. Ministerialrath 2c. 2c. gr. 8. 23 Bogen. eleg. geh. 2 Thlr. 20 Sgr. oder 4 fl.

Der durch seine Werke der Industrie- und Handelswelt so vortheilhaft bekannte Herr Verfasser, beabsichtigt mit dem vorstehenden Werke auf eine durchgreifende Reform des Gewerbewesens günstig einzuwirken, das Interesse für eine verständige Volkswirthschaft in ihren wechselseitigen Beziehungen allgemein anzuregen und das Verständniß zur praktischen Aufstellung eines freieren Gewerbesystems nach strengen national-ökonomischen Grundsätzen zu erleichtern.

Das Werk zerfällt in zwei Abschnitte, der erste behandelt die Hauptfactoren des Volkswohlstandes, die unproduktive, industrielle und kommerzielle Gewerksamkeit, den Einfluß der Maschinen auf dieselbe, das Kapital und den Kredit; der zweite Abschnitt enthält die Systeme. Hier sucht der gelehrte und praktisch erfahrene Herr Verfasser die Nachtheile der Zunftverfassung und des Conzessionsystems nachzuweisen, und in beredter Weise die Wohlthaten einer verständigen Gewerbefreiheit unter dem Geseze der Assoziation zu vertheidigen, so wie die Maßregeln, wie Alles auszuführen, näher zu entwickeln.

Ueber die
neuesten Ergebnisse
im Haushalte
der
österreichischen Monarchie
bis zum Jahre 1854.

Von
Joseph Ritter v. Sauer,
k. k. geheimen Rathe.

Wien, 1854.

Gedruckt und in Kommission bei J. D. Wallishausser.

THE NEW YORK

LIBRARY

OF THE CITY OF NEW YORK

1845

THE NEW YORK

LIBRARY

OF THE CITY OF NEW YORK

E i n l e i t u n g.

Dieser Aufsatz ist eine Fortsetzung der früher unter folgenden Titeln erschienenen Werke:

- I. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen. Wien 1848.
- II. Ueber Oesterreichs Staats-Ausgaben und Verwaltung. Wien 1849.
- III. Politisch-statistische Uebersicht der Veränderungen in der Verfassung, Administration und dem Haushalte der österreichischen Monarchie von 1848 bis 1851. Wien 1851.
- IV. Uebersicht (wie oben) bis 1852. Wien 1852.
- V. Neuere Uebersicht des Standes der Verfassung (wie oben) zu Ende April 1853. Wien 1853.

Sie enthalten eine Darstellung der inneren Verwaltung Oesterreichs nach den verschiedenen Zweigen, und die Geschichte ihrer allmählichen Ausbildung vom Mittelalter her, bis auf die neueste Zeit.

In den drei ersteren Werken sind die Gegenstände ausführlicher im Detail behandelt, wobei auch Gegenüberstellungen von Einrichtungen größerer fremder Staaten vorkommen. Im III. Werke ist zugleich ein Vorschlag zu Regulirung des Papiergeldwesens enthalten.

Die Beziehungen auf die früheren Werke, welche im vorliegenden vorkommen, dienen jenen zum Gebrauche, welche die ersteren besitzen. Indessen ist jedes einzelne Werk für die Zeitperiode, die es betrifft, vollständig abgefaßt, und kurze Wiederholungen finden nur da statt, wo es zur Verständlichkeit der Darstellung bezüglich neuerer Ergebnisse nothwendig schien.

Ich durfte kaum erwarten, daß diese Werke mehreren Umlauf bei dem größeren Publikum erlangen werden, für welches,

zumal in Oesterreich, Verhandlungen über Staats-Angelegenheiten minder anziehend sind.

Indessen haben dieselben bei österreichischen Staatsmännern, bis zur höchsten Stufe derselben, — einigen Anwerth gefunden, mehrere Literaten, politische Zeitschriften im Inlande*, und selbst im Auslande, — haben sich mit Beifall hierüber ausgesprochen.

Ich erlaube mir hier: Gersdorfs Repertorium für deutsche Literatur Heft 52. Leipzig 1848, — Dieterich's Mittheilungen des statistischen Bureau's in Berlin vom J. 1851, — das deutsche Volksblatt, Stuttgart 1850, — Bülow's Jahrbücher der Geschichte, Statistik und Kameral-Wissenschaften XI. und XII. Jahrgang, — Otto Hübner's Jahrbuch über Statistik und Volkswirthschaft vom J. 1853, — anzuführen.

Otto Hübner hat selbst seinem Werke: „Ueber die Banken“, Leipzig 1853 Seite 145—155, einen Auszug aus meinem Werke in Bezug auf die früheren österreichischen Banken eingeschaltet.

Die Academie des Sciences politiques et morales zu Paris hat die von mir übersendeten Werke, zufolge verbindlicher Zuschrift, in ihre Bibliothek aufgenommen.

Indessen darf ich nicht verschweigen, daß einige Tagesblätter in Wien meinen, im III. Werke am Schlusse enthaltenen, Vorschlag zur Regulirung des österreichischen Papiergeldes sehr mißfällig aufgenommen, mir selbst die Berechtigung zu einem solchen Vorschlage streitig gemacht, und denselben als post festum erschienen erklärt haben, — was jetzt wohl nicht wiederholt werden dürfte.

Ich glaube mich in dem vorliegenden Werke vorzüglich auf den Staatshaushalt beschränken zu sollen, da die Grundzüge der Reformen in den verschiedenen Verwaltungszweigen bereits angeführt sind, und die Ausführung derselben mehr auf äußere Formen, Organisirung und Benennung der Behörden, Regulirung der Gehalte, Rangordnung der Beamten, zeitweise Anordnungen und Detail-Bestimmungen sich bezieht, welche fortwährendem Wechsel unterliegen.

* Der Humorist v. Sapphir 2. Mat 1851, die Ost-deutsche Post 23. Juli 1840.

Ergebnisse im österreichischen Staatshaushalte.

Die auffallendsten Veränderungen in dem finanziellen Zustande Oesterreichs in der neueren Zeit haben sich seit der Revolution vom Jahre 1848 ergeben, welche mehr Opfer zur Folge hatten, als oft bei langwierigen Kriegen der Fall war.

Den besten Ueberblick in dieser Hinsicht dürfte eine Gegenüberstellung der Staats-Einnahmen und Ausgaben, des Standes der Staatsschulden und des Papiergeldes vom Jahre 1847 vor dem Ausbruche der Revolution, gegen jene vom Jahre 1852 — bis wohin officiële Ausweise, aus welchen ich dieselbe entnehme, bekannt gemacht wurden — gewähren.

In diesem Zeitraume haben die größten Schwankungen und Erschütterungen im Staatshaushalte stattgefunden, wiewohl schon in den Jahren 1846 und 1847 größere Staatsauslagen wegen der Unruhen in Galizien und Ungarn stattgefunden haben.

Uebersicht des Staatshaushaltes im Jahre 1852 gegenüber dem Jahre 1847.

Staats-Einnahmen.

A. Ordentliche Einnahmen.

	im J. 1847	im J. 1852
	fl. C. M.	fl. C. M.
Direkte Steuern:		
Grundsteuer	37,464.115	58,502.289
Häuser „	4,734.930	8,714.502
Erwerb „	2,801.348	6,747.543
Einkommensteuer . .	—	5,345.847
andere direkte Steuern .	2,972.541	227.721
	<hr/> 47,972.934	<hr/> 79,537.902

	im J. 1847 fl. C. M.	im J. 1852 fl. C. M.
Indirekte Abgaben:		
Verzehrun ^g ssteuer	20,016.196	27,795.172
Zollgefäll	19,383.563	22,317.349
Stempel und Taxen	6,744.387	19,181.528
Lottogefäll	4,962.408	5,015.166
Mauthgefäll	2,456.293	2,355.443
Anderer indirekte	462.596	373.052
Regalien:		
Salzgefäll	25,577.728	26,855.804
Tabak= "	12,384.164	17,835.545
Post= "	2,028.058	638.851
Indirekte Abgaben mit Ein-		
schluß der Regalien	94,015.393	122,367.910
Einnahmen vom Staatseigenthum:		
Staatsgüter-Ertrag	3,352.446	2,385.775
" Verkauf	341.648	209.054
Erledigte geistl. Pfründen . .	27.132	72.783
Betrieb der Staats-Eisenbahnen	260.601	3,576.581
" " " Telegraphen	"	Abg. 102.482
Bergwesen	236.623	Abg. 531.956
Münzwesen		Abg. 731.866
Staatsfabriken Abg.	74.474	133.899
	<u>4,143.976</u>	<u>5,011.788</u>
Verschiedene ordent-		
liche Einnahmen	<u>5,413.258</u>	<u>5,929.351</u>
Summe der ordentlichen Ein-		
nahmen	151,545.561	212,846.951

B. Außerordentliche Einnahmen.

Kriegs-Entschädigung:

von Toskana	150.000
" Neapel	16.251

im J. 1847	im J. 1852
fl. C. M.	fl. C. M.

Von der Bank durch Verzinsleistung auf die 3 % Zinsen der in ihrer Kasse befindlichen Anweisungen und Reichsschlagscheine .		1,392.589
Summe der außerordentlichen Einnahmen :		1,558.840
Gesamt-Einnahme .	151,545.561	226,365.108

Ich habe bei den Einnahmen die Ueberschüsse des Staatsschulden-Zilgungsfondes weggelassen, welche:

im Jahre 1847 10,192.590 fl.

im Jahre 1852 11,959.317 "

betragen, weil nur der Tilgungsfond nur als eine Staatskasse erscheint, die vom Staate zur Vornahme der Schuld-Einlösungsoperationen beauftragt, und mit den dazu erforderlichen Mitteln dotirt wird.

Aus eben diesem Grunde habe ich auch bei den Staatsauslagen: die Dotation des Tilgungsfondes und die Zinsenzahlung an denselben, welche

im Jahre 1847 10,037.649 fl.

im Jahre 1852 11,097.270 "

betragen, — weggelassen.

Staats-Ausgaben.

A. Ordentliche Ausgaben.

Erforderniß der Staatsschuld:

	im J. 1847	im J. 1852
	fl. C. M.	fl. C. M.
Zinsen der fundirten Schuld	32,288.873	42,987.974
" " schwebenden "	1,441.497	6,620.801
Potto-Anlehens-Gewinnste .	1,609.190	1,902.330
Summe .	33,339.560	51,511.105

	im J. 1847 fl. C. M.	im J. 1852 fl. C. M.
Hofstaat	5,166.398	5,950.491
N. H. Kabinetts-Kanzlei	37.291	41.092
Minister-Conferenz	—	59.822
Reichsrath (früher Staats- rath)	355.742	157.628
Ministerium des Aeußern	1,830.984	1,724.581
„ des Innern	16,431.151	17,286.528
Oberste Polizei-Behörde	2,429.500	9,276.155
Ministerium des Kriegs	62,968.096	110,843.321
„ der Finanzen	12,396.294	25,152.083
„ der Justiz	4,916.828	18,477.260
„ des Cultus und Unterrichts	2,490.734	4,336.800
„ für Handel, Ge- werbe u. Bauten	11,355.287	15,109.099
„ für Landeskultur und Bergwesen	151.889	283.847
Controll-Behörden	2,891.082	3,280.039
Summe der ordentlichen Aus- gaben	158,760.836	263,489.851

B. Außerordentliche Ausgaben:

Zahlung an Rußland	1,864.890
Aufwand des IV. Armee-Corps	3,163.236
Entschädigung an Modena	130.142
„ „ Parma	67.050
Summe der außerordentlichen Ausgaben	5,225.318
Gesamtsumme der Aus- gabe	158,760.836
Im Vergleich mit der Ge- samt-Einnahme	151,545.561
zeigt sich ein Abgang	7,215.275

Das erste und wichtigste Augenmerk im Staatshaushalte sind: die Staats-Ausgaben, zu deren Bedeckung die Staats-Einnahmen aufgebracht werden müssen.

Staats-Einnahmen.

Die Staats-Einnahmen können nur aus dem National-Vermögen geschöpft werden.

Die Grundlagen des National-Reichtums sind: Fruchtbarkeit des Bodens, mineralische Schätze, körperliche und geistige Kräfte der Bevölkerung, — freie Entwicklung der geistigen und industriellen Thätigkeit, — erleichterte Communicationen im Inlande und mit dem Auslande, zu Wasser und zu Lande, — stabile Staatsverfassung, — zweckmäßige Verwaltung und Rechtspflege.

Die vorzüglichste Quelle für das Staats-Einkommen sind: die Steuern und Abgaben.

Steuern unter verschiedenen Formen belasten den Land- und Forst-Wirthschafts-Betrieb, die Gewerbsthätigkeit und Industrie aller Art, den Waaren- und Geld-Verkehr.

Es darf hierin nicht zu weit gegangen werden, um nicht die Grundlagen des National- Wohlstandes zu schwächen, oder selbst zu untergraben.

Nebstdem tritt der Staat bei verschiedenen Erwerbszweigen mit Privaten in Konkurrenz: durch Besitz von Domänen und Fabriken, durch Schiffahrts- und Eisenbahn-Unternehmungen, und sichert sich besonderen Gewinn: durch Monopole in der Erzeugung und dem Verschleiß von Salz, Tabak und Pulver, — zum Theile auch durch Regalien im Postwesen, im Betriebe der Bergwerke, und in der Einlösung der edlen Metalle.

Manche Staaten, wie insbesondere England, verschaffen sich Gewinn durch verzinsliche Darlehen aus dem öffentlichen Schatze selbst an fremde Staaten, womit sich zugleich politische Zwecke vereinigen lassen, was aber immer nur durch einen festen Zustand der Finanzen und Ueberschüsse in den Staatseinkünften bedingt sein dürfte.

An die Stelle der Staats-Einnahmen treten auch oft Abzüge von den Staats-Auslagen, wie dieß bei den Gehalten und Pensionen — unmittelbar durch Zurückhalten bei den Staatskassen — und bei Zahlungen überhaupt, durch Abforderung gestempelter Quittungen mittelbar — stattfindet.

Erhebungsarten der Staats - Einnahmen.

Die Art und die Kosten der Erhebung der Abgaben nehmen auf den Ertrag derselben wesentlichen Einfluß.

Diejenigen, welche auf das Einkommen von Privat- und Staats-Realitäten sich gründen, sind die am meisten konstanten, und auf die einfachste Art zu erheben; jedoch setzen die dießfälligen Steuern die Anlage von Katastern voraus, die fortwährend ergänzt, und in Evidenz erhalten werden müssen. Abgaben, die auf Fassionen beruhen, wie Vermögens- und Erwerbssteuern, — sind schwer zu kontrolliren. Bei manchen Abgaben wird mehr auf die passende Gelegenheit der Einhebung, als auf zweckmäßige und gerechte Repartition gesehen, wie dieß insbesondere bei den Zöllen der Fall ist, welche an der Gränze eingehoben werden, wo dem Handel mit Waaren ohnehin, nebst den Transportkosten so manche Hindernisse auf wechselseitigem Gebiete im Wege stehen.

Auch bei den Erwerbsteuern sind kaum feste Anhaltspunkte zur Repartition nach strengem Rechte auszumitteln.

Manche Abgaben werden als Beiträge zur Bedeckung der Kosten einzelner Zweige der Verwaltung eingehoben, wozu die Taxen verschiedener Art gehören, bei welchen es gleichfalls schwierig ist, einen strengen Anhaltspunkt für die Bemessung des Ziffers und die Art der Belegung zu finden.

Direkte Steuern.

Die direkten Steuern, worunter die Grundsteuer den bedeutendsten Ertrag liefert, haben im Verlaufe der Jahre 1847 bis 1852 im Wesentlichen folgende Zunahme erhalten:

Zusolge Patentees vom 20. Oktober 1849 ist die Ein-

kommensteuer in den deutschen und slavischen Provinzen neu ausgeschrieben, und durch U. E. v. 25. April 1853 auch auf: Ungarn, die Serbische Wojwodschafft und den Banat ausgedehnt, und im Jahre 1851 auch im Lomb.-Venet. Königreiche eingeführt worden. Der Gesamt-Ertrag derselben belief sich im Jahre 1852 auf: 5,345.847 fl.

Die Grundsteuer ist seit dem Jahre 1847 bis

1852 um 21,038.174 „

Die Häusersteuer um 3,979.572 „

„ Erwerbsteuer sammt Aversuale von Triest

um 3,946.195 „

im Ertrage gestiegen.

Dagegen sind die andern verschiedenen direkten Steuern um 2,744.820 fl. gefallen, indem die Personal- und Judensteuern, dann mancherlei Abzüge von Gehältern und Pensionen, so wie vom reinen Einkommen der geistlichen Pfründen, Klöster u. s. w. wegfielen.

Im L. B. Königreiche ist die Grundsteuer vom Jahre 1851 an, — in Ungarn, der serbischen Wojwodschafft, und dem Banate vom Jahre 1853, nach gleichem Verhältnisse mit den übrigen Kronländern bemessen worden, was auch in Kroatien und Slavonien, von der zweiten Hälfte des Jahres 1854 an, angeordnet wurde.

Die Häusersteuer wurde durch Ministerial-Verordnung v. 9. August 1850 auf Ortschaften, in denen wenigstens die Hälfte der Gebäude einen Zins abwirft, und auch außer diesen Ortschaften auf Gebäude, die vermietet sind, ausgedehnt.

Nach den Steuer-Ausweisen vom Jahre 1852 sind in der ganzen Monarchie 5,290.000 Häuser steuerbar.

Indirekte Steuern und Gefälle.

An indirekten Steuern, Gefällen und Monopolen fand eine Zunahme des Ertrages im Jahre 1852 gegen das Jahr 1847 statt.

Bei der Verzehrungssteuer mit	7,778.976 fl.
„ dem Zollgefäll „	2,993.786 „
„ „ Salzgefäll „	1,278.876 „
„ „ Tabakgefäll „	6,471.381 „
„ Stempel und Taxen „	12,437.141 „
„ dem Lottogefäll „	52.758 „
„ verschiedenen ordentlichen Einnahmen	516.093 „

Dagegen eine Abnahme:

Bei dem Postgefälle um	1,389.207 „
„ „ Mauthgefälle um	100.816 „
„ anderen indirekten Abgaben	89.544 „

Bei dem Staats = Einkommen von Realitäten und industriellen Betrieben fand eine Zunahme statt:

Bei dem Eisenbahn-Betrieben	3,315.980 fl.
„ den Staatsfabriken	208.373 „
„ erledigten geistlichen Pfründen	45.656 „

Dagegen eine Abnahme:

Bei dem Staatsgüter-Ertrage	966.671 „
„ „ „ „ Verkäufe	132.594 „
„ „ Münz- und Bergwesen	1,560.445 „
„ „ Betriebe der Staats-Telegraphen	102.482 „

Unter den indirekten Abgaben liefern den vorzüglichsten Ertrag: das Salzgefäll, die Zölle, und die Verzehrungssteuern.

Zölle.

In Bezug auf die Zölle wurde nach mehrjährigen Unterhandlungen ein Uebereinkommen zwischen Oesterreich und Preußen über einen gemeinschaftlich festzusetzenden Zolltarif abgeschlossen, welches mit 1. Jänner 1854 in Wirksamkeit tritt, und auf 12 Jahre gültig ist.

Demselben sind die Staaten: Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Kurhessen, Großherzogthum Hessen, beigetreten, ohne daß jedoch Oesterreich sich dem deutschen Zollvereine an-

geschlossen hat, was eine Theilung der Zoll-Erträgnisse zur Folge gehabt hätte.

Der Zolltarif ist wirksam für die ganze Monarchie, mit Ausnahme der Zoll-Ausschlüsse, — zugleich auch für die Herzogthümer Modena und Parma, und das Fürstenthum Lichtenstein, welche mit Oesterreich in einen Zollverein getreten sind.

In Hinsicht auf die Währung, in welcher die Zölle zu bezahlen sind, — wurde — bei dem Umstande, daß in Oesterreich das Papiergeld, welches in geringerem Werthe gegen Silberwährung stand, — vorherrschend im Umlaufe war, — bedungen, daß die Zölle entweder baar in Conventions-Münze nach dem Nennbetrage, oder im Papiergelde, nach dem auszumittelnden Durchschnittskurse des vorhergehenden Monates für den laufenden Monat entrichtet werden sollen.

Bei den Verhandlungen über den Vertrag Oesterreichs mit dem Zollvereine im Jahre 1823 wurde vom Berliner Schugvereine angeführt: Oesterreich habe in das Vereinsgebiet im Jahre 1846 Fabriks-Materialien im Werthe von 11 Mill. Gulden C. M., worunter Seide, Wolle und Hanf die erste Stelle einnahmen, — Schlacht- und Zugvieh: für 1,850.000 fl., — Getreide: für 820.000 fl., — Shawls von Wien: für 3,043.500 fl., — dann von Glas und Glaswaaren: 70.356 Centner exportirt. Die Summe des österreichischen Activhandels habe sich auf: 37,561.500 fl. C. M. belaufen. Dagegen habe Oesterreich vom Zollvereins-Gebiete her meist transitirende Colonial- und andere ausländische Waaren, — von dortiger eigener Production aber nur Waaren im Werthe von circa 10 Million Gulden in der Einfuhr bezogen.

Schon nach dem Zolltarife, der mit 1. Februar 1852 in Wirksamkeit trat, war festgesetzt worden, daß Einfuhrs-Verbote nur auf Gegenstände der Staats-Monopole (Salz, Tabak, Schießpulver) Platz greifen, — daß vom Einfuhrszolle alle Waaren befreit sein sollen, welche nach Oesterreich gehen, um zur See ausgeführt zu werden, — daß Durchfuhrzölle in dem Falle, wo die Waare an der Gränze über

eine Landzunge geht, gar nicht, — und jedenfalls, wenn die Durchzugs-Länge nicht mehr als 10 Meilen beträgt, — nur mit 3 Kreuzer vom Centner zu erheben sind.

Die Tendenz des neuen Zoll-Vertrages ist gleichfalls: Aufhebung der Handelsverbote, Erleichterung im wechselseitigen Verkehre zu Land und zur See, Zoll-Ermäßigungen, vorzüglich Zollfreiheit für rohe Natur-Produkte, Unterhandlung über eine allgemeine Münz-Convention.

Insbefonders wird durch die Regulirung der Zölle in Silber, in welcher lange von Seite Oesterreichs ein Hinderniß gegen den Zollvertrags-Abschluß gefunden worden war, — unter den angedeuteten Modifikationen dem in- und ausländischen Handelsverkehre eine festere Stellung gesichert.

Für den Monat Jänner 1854 wurde der Zoll nach dem Kurse des vorhergehenden Monates, in Papiergelde mit 115 gegen 100 in Silbermünze bemessen. *

Nach dem neuen Zolltarife sind die Waaren, welche im Verkehre vorkommen, in 22 Klassen gereiht, deren jede mehrere Abtheilungen enthält, ferner mehrere Vereinfachungen und Erleichterungen in den Waaren-Erklärungen und der Zollmanipulation bewirkt.

Eine geringe Anzahl von Gegenständen unterliegt dem Ausfuhrzolle.

Schiffahrts-Gebühren und dießfällige Verträge.

Durch U. Entschließung v. 9. Februar 1852 ist für österreichische Schiffe und Flöße die Befreiung vom Elbezoll von Melnik bis an die sächsische Gränze, — ferner ist mit 1. Juli 1852 die Aufhebung der Schiffahrts-Gebühren auf der Donaustraße von der bayrischen Gränze bis Ungarn und auf den Nebenflüssen bewilligt worden. Ein Vertrag, welcher dem Po sammt den Nebenflüssen gleiche Vortheile einräumt, wurde mit den betreffenden Mächten abgeschlossen. Piemont hat Oesterreich in Betreff seiner Zollsätze, die Behandlung, —

* Für den Monat Februar mit 117½ gegen 100.

gleich den am meisten von ihm begünstigten Nationen — zugestanden. Auch mit Modena und Parma wurden Verträge zur gegenseitigen Handels=Erleichterung abgeschlossen.

Mit der Lloyd=Dampfschiffahrt=Gesellschaft ist von Seite des Staates unterm 30. Juni 1852 ein Uebereinkommen zur Errichtung einer Po=Flotille, bei welcher die Regierung die Bemannung der Schiffe übernimmt, getroffen worden, wodurch die Belegung der Schifffahrt auf dem Po, und den, diesen Fluß mit: Venedig, Mailand und dem Lago maggiore verbindenden Gewässern erzielt werden soll.

In Folge des neuen Zolltariffes bestehen in der österreichischen Monarchie im Ganzen: 496 Zollämter.

Der Gränzzug der österreichischen Monarchie erstreckte sich im Jahre 1852:

zu Lande auf	885 Meilen
zur See (ohne die Inseln) auf	243 "
zusammen auf	1128 "

Weg= und Brücken=Mauthen.

Die Merarial=Weg=, Brücken= und Ueberfahrts=Mauthen sollen, zufolge Patentes v. 10. Februar 1853, in Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Slavonien, der serbischen Wojwodschafft und dem Banate, vom 1. November 1853 an, nach dem allgemeinen österreichischen Mauth=Systeme erhoben werden, und es sollen alle partiellen Immunitäten aufgehoben.

Verzehrungssteuern.

Die Steuer auf geistige Getränke wurde durch Ministerial=Verordnung vom 12. September 1853 für alle Provinzen, — mit Ausnahme von Tirol, dem Lomb.=Venet. Königreiche, Dalmatien und Brody, — erhöht.

Postgefäll.

In Bezug auf das Postgefäll ist ein Staatsvertrag mit Deutschland zur Gründung eines deutschen Postver=

eines im Jahre 1851 geschlossen worden, welchem im Jahre 1852 Rom und Mittel-Italien, die einen italienischen Postverein bildeten, — dann die Nordamerikanischen Freistaaten, — beigetreten sind.

Im Jahre 1852 wurden Unterhandlungen über einen mit Frankreich anzuknüpfenden Postvertrag eingeleitet.

In Oesterreich befanden sich zu Ende 1853 im Ganzen 2063 Postanstalten, und zwar: 94 Postämter, 1390 Postämter und Poststationen, 191 Poststationen allein, und 811 Post-Expeditionen.

Im Jahre 1829 betrug der Briefporto von der portofreien Korrespondenz: 3,157.235 fl. Die Einnahmen des Postgefälls waren 2,513.452 fl. Ausgaben: 1,189.337 fl. Gefälls-Abfuhr 1,323.078 fl.

Lotto = Gefäll.

Nach dem Durchschnitte der Jahre 1801—1810 bezog das Lotto = Gefäll von den Spiel = Einlagen einen Reingewinn von $33\frac{2}{3}$ Prozent.

In Beziehung auf das Lotto = Gefäll treten mit 1. November 1853 in Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Slavonien, der Woywodschafft und dem Banate, die in den übrigen Kronländern bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ein.

Staats = Monopole.

Ich erlaube mir hier einige flüchtige Bemerkungen über Staats = Monopole beizufügen. Obgleich dieselben zu den ergibigsten, vielleicht unentbehrlichen Ertragsquellen für die Staatsfinanzen gehören, so ist doch auch nicht zu verkennen, daß sie durch Beschränkung des Privat = Erwerbes mehr oder minder nachtheilig auf den National = Reichthum einwirken. Die Staats = Monopole, wozu das Salz =, das Tabak = Monopol, in gewisser Beziehung auch das Lotto = und das Post = Gefäll gehören, legen dem Privat = Betriebe der Landes =

kultur, der Gewerbe und des Handels Hindernisse in den Weg, wobei Erleichterungen erwünschtlich sein dürften.

Insbefonders ist die aus den Monopolen hervorgehende Beschränkung der Ein- und Ausfuhr so mancher Handels-Artikel, welche Verboten gleichkömmt, auf die Produktion und Consumtion schädlich einwirkend, — und gibt zu häufigen Schwärzungen und unerlaubtem Handel Anlaß.

Bei dem Salzgefälle dürften Monopols = Zugeständnisse minder nothwendig sein, da der Staat im Besitze der reichsten Salzberge, Gruben und Werke steht, welche nicht nur dem Bedarfe im Innern genügen, sondern auch dem Handel mit dem Auslande Wege darbieten, daher nur für einzelne Landesheile Fürsorge zu treffen sein dürfte.

Bei dem Tabak = Gefälle, das schon im Jahre 1670 in Oesterreich eingeführt wurde, sind alle 3 oben bezeichneten Privat-Erwerbszweige für das Aerar monopolisirt.

Das Lotto = Gefäll könnte vielleicht durch Besteuerung von derlei zu gestattenden Privat = Unternehmungen ersetzt werden, die zwar auch nicht empfehlenswerth sind, — aber mehr der Geldausfuhr, welche durch Segen und Ankauf von Loosen in auswärtige Lotterien veranlaßt wird, — Hindernisse setzen würden.

Zu den Uebelständen der Monopole gehört auch, daß der Staat die betreffenden Erwerbszweige mit minderem Gewinne betreibt, als es bei dem gespannten Interesse so vieler in Konkurrenz stehender Privaten möglich ist, daß die Monopole dem Verkehre mit fremden Staaten hinderlich sind, und die Zoll-Bereine erschweren, — daß die Organisirung der dießfalls erforderlichen Behörden, die Administrations- und Betriebskosten mit großem Aufwande verbunden sind, was schon in früheren Jahren zur zeitweisen Verpachtung des Tabak = Gefälles Anlaß gab, und neuerlich bei Einführung dieses Gefälles in Ungarn * sehr bemerkbar wurde.

Noch glaube ich der verwickelten Gesetzgebung in Mono-

polssachen, der schwierigen Aufsicht, der vielfachen Strafverhandlungen in dieser Beziehung erwähnen zu sollen.

In wie ferne es nun mit Vortheil für den Staatsschatz und den Privat-Erwerb ausführbar sein dürfte, allmählig Beschränkungen in den Monopols-Rechten vorzunehmen, oder dieselben durch angemessene Steuern zu ersetzen, wobei ich die dagegen eintretenden wichtigen Bedenken nicht verkenne, — kann ich nur der höheren Einsicht der Behörden anheimstellen, und glaube nur noch anführen zu sollen, daß das im Jahre 1807 in Oesterreich eingeführte Salpeter-Monopol durch Patent v. 31. März 1853 aufgehoben worden ist.

Verhältniß der Steuern zur Bevölkerung.

An direkten und indirekten Steuern entfielen im Jahre 1852 auf den Kopf: in Niederösterreich 12 fl., — in Oesterreich ob der Enns 8 fl., — in Steiermark, Kärnthen und Krain 6 fl., — im Küstenlande 9 fl., — in Tyrol, Böhmen, Mähren und Schlesien 5 fl., — in Galizien und Dalmatien 3 fl.

Staats-Eisenbahnen und Telegraphen.

In Bezug auf die Anlagen, den Ankauf und die Benützung von Eisenbahnen für den Staat, so wie die zu unterhaltenden Verbindungen, sind vielfältige Verträge, sowohl mit fremden Staaten als auch mit Privat-Unternehmern geschlossen worden. Dahin gehören: jene mit Bayern, Toskana, dem Kirchenstaate, Modena und Parma, — ferner in Folge U. Entschließung v. 20. März 1853 mit der Nordbahn-Aktien-Gesellschaft, und unterm 4. August 1853 mit der Südbahn-Aktien-Gesellschaft wegen Uebernahme der Gloggnitzer Eisenbahn und der beiden Flügelbahnen von Seite des Staates.

Die 4 Staats-Eisenbahnen in der österreichischen Monarchie hatten im Jahre 1852

Ertrag	10,834.077 fl.
Auslagen	7,765.317 „
Ueberschuß	3,068.760 „

Die Strecke der Süd-Eisenbahn von Mürzzuschlag bis Gloggnitz wurde in neuester Zeit mit sehr kunstreicher Anlage über — zum Theile durch — den Semmeringer Berg in einer Länge von circa 5 Meilen geführt. Der Haupt-Tunnel ist in einer Höhe von 2788 Fuß über der Meeresfläche angebracht, und hat eine Länge von 800 Klaftern. Die Probefahrt wurde am 24. September 1853 vorgenommen.

Auch über Telegraphen-Verbindungen wurden Verträge mit: Preußen, Bayern, Sachsen, Modena und andern Staaten abgeschlossen.

Im Jahre 1853 bestanden 56 Telegraphen-Kemter.

Außerordentliche Staats-Einnahmen.

An außerordentlichen Staats-Einnahmen ist in der Periode von 1847 bis 1852 vorzüglich bemerkenswerth: die Sardinische Kriegs-Entschädigung, welche in den Jahren 1849, 1850 und 1851 — mit Inbegriff des sich hiebei ergebenden Münz- und Wechsel-Gewinnes, — im Ganzen einen Ertrag von 32,212.971 Gulden lieferte.

Gesammtbetrag der Staats-Einnahmen.

	im J. 1847	im J. 1852
Die Gesamtsumme der Staats-Einnahmen belief sich nach den amtlichen Ausweisen auf	161,738.151	226,365.108
Nach Abzug der hierin begriffenen Ueberschüsse des Tilgungsfondes	10,192.590	11,959.317
auf	151,545.561	214,405.791

Staats-Ausgaben.

In Bezug auf die ordentlichen Staats-Ausgaben fand eine Vermehrung im Jahre 1852 gegen das Jahr 1847 statt:

bei der Staatsschuld um	17,231.166 fl.
„ dem Hofstaate und der Kabinetts- kanzlei	867.394 „
„ der Minister-Conferenz (ganz neu)	59.822 „
„ dem Ministerium des Innern	855.377 „
„ der Obersten Polizei-Behörde	6,846.655 „
„ dem Ministerium des Krieges	47,875.225 „
„ „ „ der Finanzen	12,755.789 „
„ „ „ der Justiz	13,560.432 „
„ „ „ des Cultus und Unterrichtes	1,846.066 „

bei dem Ministerium für Handel, Ge-
werbe und öffentl. Bauten 3,753.812 „

bei dem Ministerium für Landeskultur
und Bergwesen 131.958 „

bei den Kontroll-Behörden 388.957 „

Dagegen fand eine Verminderung statt:

bei den Auslagen für den Reichsrath
(früheren Staatsrath) 198.114 „

bei den Auslagen für das Ministerium
des Aeußern 106,403 „

Die ordentlichen Ausgaben haben
sich im Jahre 1852 gegen jene für
das Jahr 1847 vermehrt um 105,788.636 „

Dazu die außerordentlichen Ausgaben 5,225.318 „

zusammen Mehraufwand im J. 1852 111,013.954 „

Die Staats-Ausgaben haben zum Zwecke: die Er-
haltung der Ruhe und Ordnung im Innern: durch eine an-
gemessene solide Staatsverfassung, und entsprechende Organis-
rung der politischen und Justiz-Administration, — den
Schutz und die Aufrechterhaltung der Würde des Staates gegen
Außen: durch imponirende Militärmacht und diplomatische
Verbindungen, — wobei sich die Erfordernisse bei dem un-
stäten Gange der Weltereignisse nicht genau im Vorhinein be-
rechnen lassen, — die Gründung und Erhaltung des National-

Wohlstandes durch Unterstützung der Landwirthschaft, der Gewerbs-Industrie, und des Handels- und Schiffahrts-Betriebes, — die Entwicklung und Förderung geistiger Kräfte, der Moralität, der Religion und aller Zweige der Wissenschaften durch Unterrichts- und Erziehungs-Anstalten, Akademien und gelehrte Gesellschaften, — endlich die humane Fürsorge für Wittwen und Waisen, für Kranke und Gebrechliche durch öffentliche Anstalten und Fonde.

Staatsverfassung.

Was die Staatsverfassung betrifft, so scheint es, daß selbst in finanzieller Beziehung in größeren Staaten die monarchische den Vorzug behauptete, dagegen die durch längere Zeit bestandene republikanische Verfassung, bei welcher die Hofauslagen erspart werden, besonders bei kleinern Staaten, beizubehalten räthlich sein dürfte, zumal bei größeren Staaten die Volksvertretung mittel- und unmittelbar weit größere Staats-Auslagen zur Folge haben würde, und die Gremial-Verfassung der Behörden, welche gewissermaßen dem gebildeteren Theile der Nation eine Stimme verleiht, der Volksvertretung, die so vielen Schwankungen und Gefahren ausgesetzt ist, — die Wage halten dürfte.

Ohne mir zu erlauben, hier in eine Würdigung der verschiedenen Verfassungs-Arten einzugehen, glaube ich nur bemerken zu sollen, daß jede der beiden genannten ihre Vorzüge habe, und dem Geiste der Nation, den äußeren Verhältnissen und den Traditionen entsprechend sein müsse.

Wenn die republikanische Verfassung in der Vorzeit: im römischen Staate und in Griechenland, — in der gegenwärtigen Periode: in der Schweiz und in den Nordamerikanischen Freistaaten gepriesen wird, — so ist doch auch gewiß, daß im alten römischen Kaiserstaate, und in neuerer Zeit, vorzüglich in Oesterreich unter mehreren Monarchen sich die Bevölkerung wohl fühlte, und die Länder eines gedeihlichen Zustandes erfreuten.

Ich glaube hier nur der Regierung der Kaiserin Maria Theresia und Kaiser Joseph II. zum Beweise erwähnen zu sollen, daß auch in Monarchieen freisinnige Reformen mit gutem Erfolge durchgesetzt werden können.

Offenbar schädlich sind jedenfalls gewaltsame Umwälzungen alt bestehender Verfassungen, die nur zum materiellen und sittlichen Verderben der Nation gereichen können, wie dieß vorzüglich die Ereignisse in Frankreich gezeigt haben.

Jedenfalls ist die Gründung von Staatskörpern das erhabenste Werk menschlicher Schöpfung, das in Verbindung mit der Religion zu einem überirdischen Ziele emporstrebt.

Durch die Verbindung der körperlichen und geistigen Kräfte jedes Einzelnen unter Millionen Bewohnern eines Landes werden dieselben zu einer Stärke und Tendenz zum Gemeinwohle entwickelt, die sich im isolirten und verwilderten Zustande nie erwarten ließe.

Die Abtheilung der Staatsbürger in die verschiedenen Klassen der Beschäftigung, die Einreihung und Abstufung der zur Leitung der Staats-Angelegenheiten berufenen Organe — von der obersten Gewalt bis zum untersten exekutiven Dienstposten herab, — welche die Ordnung und Ruhe im Staatsleben erhalten, — sind der freien Bewegung, der konstanten Richtung und dem Aufschwunge der Nationen günstig.

Administration.

Die bedeutendsten Staats-Auslagen sind, wie sich aus der obigen Uebersicht darstellt, für das Militär und die Staatsschuld, welche auch den meisten Schwankungen unterliegen.

Die Auslagen für die politische und Justizverwaltung haben gleichfalls durch die neueren Reformen zugenommen, vorzüglich, seitdem die Civil-Gerichtbarkeit den Domänen abgenommen worden ist, und so viele neue Behörden erster Instanz aufgestellt werden mußten.

Grund = Entlastung.

Durch Patent vom 7. September 1848 wurde der nexus subditelae und die Patrimonial-Gerichtsbarkheit aufgehoben. Damit stand die Enthebung von den verfassungsmäßigen unterthänigen Gaben und Leistungen (die Grund-Entlastung) in Verbindung.

In Folge dessen wurde den Guts- und Zehentherren eine Entschädigung für den Entgang der Bezüge zugesichert, welche mit $\frac{1}{3}$ von den Grundholden, mit $\frac{1}{3}$ von den Kronländern zu leisten war, und wobei das letzte Drittel von den zum Bezuge Berechtigten getragen werden mußte.

Die näheren Bestimmungen hierüber und die Resultate sind in meinem früheren Werke * enthalten.

Die dießfälligen Erhebungen und Regulirungen sind mittlerweile mit Eifer fortgesetzt, und in mehreren Provinzen beendet worden.

Die Grund-Entlastung in Ungarn wurde mit Patent vom 2. März 1853 angeordnet, und zur Ausmittlung der, durch Steuern aufzubringenden, Entschädigung wurden Liquidations-Kommissionen in jedem Verwaltungs-Gebiete aufgestellt.

Für die Bukowina wurden Bestimmungen hierüber unterm 23. Oktober 1853 getroffen.

Als Folgen der Grund-Entlastung ergeben sich: die Zunahme des Grundeigenthums-Werthes, die Hebung der landwirthschaftlichen Produktion im Allgemeinen, die Entseßlung und Förderung zahlreicher strebsamer Kräfte.

Die Staats-Auslagen, welche auf die Organisirung der Behörden der verschiedenen Zweige der inneren Verwaltung Bezug nehmen, sind vorzüglich als nutzbringend anzusehen, indem sie der Administration einen festen Gang geben, Ruhe und Ordnung im Staate erhalten, die Thätigkeit in allen Erwerbszweigen, die Ausbildung in Künsten und Wissenschaften befördern und dadurch den National-Reichthum erhöhen.

* V. 113. 116.

Indeß muß allerdings bei dießfälligen Reformen mit vieler Vorsicht vorgegangen werden, um nicht durch Störung in dem gewohnten Gange der Verhandlungen Verwirrung zu veranlassen, und das Vertrauen zur Regierung zu schwächen.

Die verschiedenen Staats-Ausgaben nehmen auf alle Zweige der öffentlichen Verwaltung Einfluß, — und ist sonach die Bestreitung derselben dem Geschäftskreise der einzelnen Ministerien nach den besonderen Abtheilungen, im Einverständnisse mit dem Finanz-Ministerium, zugewiesen.

Ministerium des Aeußern.

Die wichtigste Stellung unter den Ministerien behauptet jenes für die auswärtigen Angelegenheiten. Es muß fortwährend die Welt-Ereignisse, die Lage der Monarchie in ihren inneren und äußeren Verhältnissen im Auge halten, nach tief durchdachtem Plane vorgehen, und die Pläne fremder Regierungen durchschauen, oft augenblicklich Entschlüsse fassen, mit fremden Mächten sich im Einvernehmen erhalten, auf ihre Beschlüsse, insoferne sie in die Interessen des eigenen Staates eingreifen, im gütlichen Wege Einfluß zu nehmen, den Frieden zu erhalten suchen, ohne dem Ansehen der Regierung zu vergeben, bei Friedensschlüssen und Staatsverträgen, die auf das Schicksal der Nationen Einfluß nehmen, hat es die größte Vorsicht bis auf das Eingehen in den Text der einzelnen Artikel zu beobachten, bei dem Abschlusse von Handels- und Schiffahrts-Verträgen hat es durch die untergeordneten Gesandtschaften und Konsulate zu interveniren.

Ungeachtet der verwickeltsten Verhältnisse, und unvorhersehender Ereignisse in neuerer Zeit hat Oesterreich bis jetzt für sich den Frieden erhalten, und seine Würde behauptet; so wie auch durch Staatsverträge sich wesentliche Vortheile im Verkehr mit fremden Nationen gesichert, — was auch auf den Gang der innern Verwaltung nützlichen Einfluß hat.

Ministerium des Cultus und Unterrichtes.

Eine sehr wichtige und delikate Aufgabe für das Ministerium des Cultus ist die Lösung der Frage: welchen Einfluß die Oberste Staatsgewalt auf die Religions-Bekennnisse und Uebungen ihrer Unterthanen zu nehmen habe?

In absoluten Monarchieen hat die Regierung in Sachen der herrschenden Religion entscheidende Gewalt. Insbesondere in der Türkei, wo die politische und die religiöse Gesetzgebung aus einer Quelle hervorgehen, wo der Groß-Mufti als Religions-Vorsteher vom Sultan ernannt wird, und auch wieder von ihm abgesetzt werden kann, — werden fremde Religionen gar nicht als solche anerkannt, es wird unter denselben kein Unterschied gemacht, und auf ihre Glaubenslehren und Uebungen nur in so ferne hingesehen, als sie auf bürgerliche Verhältnisse Einfluß haben können.

In gemäßigten Monarchieen werden der herrschenden Religion Vorzüge und Begünstigungen in Bezug auf die Beförderung des öffentlichen Gottesdienstes, die Seelsorge, den Religions-Unterricht, die Auszeichnung der Kirchen-Vorsteher u. s. w., — selbst da, wo sich das Staatsoberhaupt nicht zu derselben bekennt, — eingeräumt. Die übrigen Religionen sind — mit wenigen Ausnahmen — geduldet. Die christlichen Religionen erhalten Unterstützung, wo ihre eigenen Fonde nicht zureichen, so wie die Bekenner fremder Religionen überhaupt alle bürgerlichen Rechte genießen.

In katholischen Staaten, so wie im Allgemeinen von katholischen Glaubensgenossen, wird der Papst, der zugleich Landesherr in dem zu Italien gehörigen Kirchenstaate ist, — als Oberhaupt der katholischen Kirche verehrt, und als Oberster Richter in Glaubenssachen und Religionsstreitigkeiten anerkannt, was zuweilen, wenn nicht die gehörigen Schranken beachtet werden, zu Kollisionen mit der Staatsgewalt Anlaß gibt,

welche zu vermeiden, selbst im Interesse der Religion, getrachtet werden muß.

In Republiken ist unbedingte Freiheit in Religions-sachen, und die Staatsgewalt schreitet nur in Fällen ein, wo selbe auf bürgerliche Angelegenheiten Einfluß nehmen.

In Rußland hat der Kaiser als Staats-Oberhaupt zugleich das Protectorat der griechisch-nicht-unirten Religion, und in dieser gemischten Beziehung Rechte und Pflichten gegenüber seiner Glaubensgenossen im Inlande, deren Ausübung auch im Auslande in Anspruch genommen wird, was in neuester Zeit den Conflict mit der Türkei herbeigeführt hat, der entweder durch Vermittlung der europäischen Mächte ausgeglichen, oder durch Waffengewalt behoben werden muß.

Im österreichischen Kaiserstaate besteht seit langer Zeit Friede unter den verschiedenen Glaubensgenossen, von denen auf je 10,000 Individuen: 7039 Römisch-katholische, — 987 unirte Griechen, 844 nicht-unirte Griechen, 577 Protestanten der helvet., — 343 der augsburg. Confession, 14 Unitarier, 195 Juden, 1 Befenner anderer christlicher Religionen — entfallen.

Ministerien des Innern und der Justiz.

Im Jahre 1853 ist vorzüglich die neue Organisirung der politischen und Justiz-Behöörden zu Stande gebracht worden, welche den Ministerien des Innern und der Justiz unterstehen.

Dieselbe war insbesondere durch die Aufhebung der Patrimonialgerichte und herrschaftlichen Verwaltungsämter veranlaßt, und die Absicht zugleich dahin gerichtet, die bisherigen auffallenden Differenzen in den Verwaltungsformen und Vorrechten der verschiedenen Provinzen zu beheben, welche theils auf ständische, aus dem Mittelalter herrührende Verfassungen sich gründeten, die minder den Patriotismus als den Provinzialismus im Gefolge hatten, die Regierung oft in den wichtigsten Maßregeln beirrten, und Zwiespalt unter den Bürgern desselben Staates herbeiführten.

Die Organisirung der politischen Behörden geschah in der Art, daß die einzelnen Kronländer, unter Obhut des Ministeriums, Statthaltereien (Comitaten), untergeordnet, das Gebiet der letztern in Kreise und Bezirke abgetheilt, und den aufgestellten Bezirksämtern die einzelnen Ortsgemeinden zugewiesen wurden, welche letztere in Stadt- und Land-Gemeinden abge sondert sind. Die Leitung der ständischen Angelegenheiten in den deutschen und slavischen Provinzen wurde, zufolge U. Entschließung vom Februar 1852, den Statthaltern übertragen.

In Bezug auf die Justizverwaltung wurden, unter Obhut des Justizministeriums, der Oberste Justizhof für die ganze Monarchie in Wien, — dann Collegial-, — Oberlandes- und Landesgerichte in den einzelnen Kronländern, — endlich in unterster Abstufung: Bezirksgerichte, welche meistens mit den politischen Bezirksämtern verbunden sind, — errichtet.

Ueberdies bestehen in mehreren Städten an hierzu geeigneten Orten: Handels-, See- und Berggerichte.

Diese Organisirungen sind bedeutend vorgeschritten, und der Vollendung nahe, worüber sich umständlichere Daten in meinem letzten Werke * finden.

Vom Justiz-Ministerium ist das Strafgesetz vom 27. Mai 1852 in Vollzug gesetzt, und eine neue Strafprozeß-Ordnung bekannt gemacht worden.

Oberste Polizei-Verwaltung.

Mit 1. Juni 1852 ist die Oberste Polizei-Verwaltung vom Ministerium des Innern getrennt, und unter einen Militär-Chef gestellt worden, welchem zugleich die Gensd'armie zugewiesen ist, die in neuerer Zeit errichtet, militärisch organisirt wurde, zwar große Kosten verursacht, die sich für das Jahr 1852 auf 6,385.634 fl. beliefen, jedoch durch Beweglichkeit, größere Ausbildung und angeregtes Ehrgefühl wichtige und nützliche Dienste leistet.

* V. 27—31.

Im Umfange der Monarchie bestehen, nach der Organisation im Jahre 1853, zusammen: 29 Polizeidirektionen in den Hauptstädten und 60 Bezirkskommissariate.

Die Aufhebung des Ministeriums für Landeskultur und Bergwesen, und Vertheilung der Geschäfte desselben ist in meinem früheren Werke * besprochen worden.

Handels- und Finanz=Ministerien.

Beide stehen zu einander in naher Beziehung, haben einen ausgedehnten Wirkungskreis, und dermal einen gemeinsamen Chef. Zu den Geschäften derselben gehört: der Abschluß von Verträgen, und der Anschluß an Vereine in Bezug auf: Handels-, Zoll-, Post-, Schiffahrts=Sachen, Communications=Mittel, insbesondere Eisenbahnen und Telegraphen, wodurch dem Verkehre neue Wege eröffnet werden, und der National=Reichthum gefördert wird. Von denselben war schon bei den Staats=Einnahmen die Rede.

Ueber die Leitung des Hafen- und Seesanktitäts=Wesens sind in meinem letzten Werke ** umständliche Daten enthalten.

Bemerkenswerth ist noch die Errichtung eines Eskompte=Vereins in Wien, der am 19. Dezember 1853 konstituiert wurde, und den Handeltreibenden eine neue Stütze darbietet.

Die Finanzverwaltung hat manche Aufgaben, welche nicht von den Regierungen einzelner Staaten unabhängig zur vollen Befriedigung gelöst werden können. Dahin gehört: die Regulirung des Münz- und Geld=Wesens, welche dem Handels=Verkehre im Innern, und zwischen den verschiedenen Nationen gegen Außen zum Anhaltspunkte zu dienen hat, und wobei der Abschluß von Verträgen vorzüglich von gutem Erfolge ist. Welche ungeheure Combinationen würden erforderlich sein, um den Reichthum an edlen Metallen aller Welttheile *** mit dem Werthe der im Handel vorkommenden

* V. 61. u. f. ** V. 92 u. f.

*** Die Vorräthe finden sich in einem im Jahre 1852 erschienenen Werke, wohl nur muthmaßlich, zu: 320 Mill. Pf. Sterl. in Gold im Gewichte

Waaren in's Ebenmaß zu bringen, und hiernach den Werth der Münze bis zum mindesten Betrage herab zu bestimmen?

Gelehrte Forschungen würden dabei nicht zureichen, dictatorische Bestimmungen nicht ausführbar sein. Es erübrigt nichts, als die Ausmittlung den Partheien im freien Verkehre zu überlassen, und die Erfahrungen eines Zeitalters abzuwarten, um hiernach den Anhaltspunkt zu einem möglichst festen Maßstabe zu gewinnen. Seit dem Jahre 1753, also seit einem Jahrhunderte, ist der Conventions-Münzfuß in Oesterreich eingeführt worden, und hat sich bis jetzt unverändert erhalten. Nur während der Periode des Papiergeld-Uebermaßes ist von Zeit zu Zeit Silber-Scheidemünze zu geringerem Gehalte in Umlauf gesetzt worden, wozu die Silbersechser gehören, welche im Jahre 1848 zu 38 fl. 48 kr., — im Jahre 1849 zu 33 fl. 36 kr. pr. Mark fein ausgeprägt wurden, und sich bis jetzt im Umlaufe erhalten haben. *

Die Kupfer-Scheidemünze ** wurde im Jahre 1760 in einem, der Conv. Münze entsprechendem Werthe hinausgegeben, erlitt jedoch gleichfalls bei dem Ueberströmen des Papiergeldes mehrmals Veränderungen, was bedeutende Umprägungskosten mit sich brachte. Im Jahre 1817 wurde sie bei Wiederkehr des Münzumlaufes in dem Verhältnisse zu 106 $\frac{2}{3}$ fl. vom Centner Kupfer ausgeprägt, in welchem sie sich durch 35 Jahre erhielt. Im Jahre 1851 wurde die Kupfermünze zu 170 fl. 40 kr. vom Centner in Umlauf gebracht. Im Jahre 1852 wurde die Ausprägung der Silbermünze, nämlich: Thaler, Gulden, Zwanziger und Zehner mit $\frac{9}{10}$ Feinhalt und $\frac{1}{10}$ Kupfer-Zuschlag angeordnet, wornach auch die Gleichstellung mit den zufolge Patentes vom 1. Nov. 1823 im Lomb.-Venet. Königreiche eingeführten Silbermünzen bewirkt wurde.

von 10 Mill. Kölnische Mark und 880 Mill. Pfund Sterl. in Silber, zusammen: zu 1200 Mill. Pf. Sterl. angeschlagen.

* I. 178. ** I. 184.

Von der Hinausgabe des Papiergeldes handelt ein nachfolgender Artikel.

Militär - Verwaltung.

Die bedeutendste Rubrik des Staatsaufwandes bildet: die Bestreitung der Militär-Kosten, welche zur Erhaltung des Staatskörpers im Ganzen, und zur Sicherstellung des Eigenthums und Lebens der einzelnen Staatsbürger fortwährend erforderlich sind, und wozu die Mittel, — besonders in unvoresehenen Fällen und bei drohenden Gefahren — oft mit den größten Opfern aufgebracht werden müssen.

Die Oberste Militär-Verwaltung war früher dem Kriegsministerium anvertraut, welches jedoch in Folge A. Entschließung v. 10. Februar 1853 aufgelöst wurde, wornach gemäß der A. Entschließung v. 12. Mai 1853 die Oberste Leitung dem unmittelbar unter den Befehlen Sr. Majestät des Kaisers stehenden Armee-Oberkommando vorbehalten ist.

Die Monarchie wird in militärischer Beziehung in 4 Armee-Bezirke und 2 Gouvernements abgetheilt.

Der erste Bezirk umfaßt: Böhmen, Mähren und Schlesien, Oesterreich ob- und unter der Enns, Salzburg, Steiermark und Tirol.

Der zweite: die Lombardie, das Venezianische Gebiet, Kärnthen, Krain, und das Küstenland.

Der dritte: das Königreich Ungarn und Siebenbürgen.

Der vierte: das Königreich Galizien mit Krakau und der Bukowina.

Die 2 (Militär- und Civil-) Gouvernements sind:

1. im Banate und der Woiodina,
2. in Kroatien, Slavonien und Dalmatien.

Dem Armee-Oberkommando unterstehen: die Armee-Kommanden, diesen die Korps-Kommanden.

Durch A. Entschließung v. 23. Juli 1851 ist die Organi-

sirung der Verwaltungsbehörden in der Militär-Gränze angeordnet worden. *

Für die Seeflüste der Militär-Gränze ist durch U. Entschließung v. 22. Jänner 1853 eine besondere Organisation des Hafen- und Seesantitäts-Dienstes angeordnet worden.

Kontroll- = Behörden.

Die Kontroll- = Behörden sind in Bezug auf alle Zweige der Staatsverwaltung, auf die Erhaltung der Ordnung im Kasswesen, auf die Censur der Rechnungen, auf die finanzielle Gebahrung, und die Uebersicht derselben, von wichtigem Einflusse. Es ist zweckmäßig, daß dieselben in ihren Amtshandlungen zur Erhaltung eines gleichförmigen Vorganges unter eine gemeinsame Oberbehörde gestellt sind, welche von den Verwaltungs- = Behörden unabhängig ist.

Die Oberste Kontroll- = Behörde ist das General- = Rechnungs- = Direktorium, — demselben unterstehen: die Hofbuchhaltungen, sofort in weiterer Abstufung: die Landes- = Buchhaltungen und die Buchhaltungen der einzelnen Verwaltungs- = Zweige.

Das General- = Rechnungs- = Direktorium hat sich bis auf die neueste Zeit im unveränderten Zustande erhalten, die verschiedenen Branchen der Buchhaltungen überwacht, den regelmäßigen Gang der Rechnungslegung und der Censur gefördert, nach jedem Jahre Staatsrechnungs- = Abschlüsse geliefert und Sammlungen statistischer Daten veranstaltet, die ein getreues Bild von dem Zustande der Administration darstellen, für die Beamten belehrend sind, und für allgemeine höhere Verfügungen einen verlässlichen Anhaltspunkt darbieten.

Deficit im Staatshaushalte.

Bei Gegenüberstellung der ordentlichen und außerordentlichen Staats- = Einnahmen im J. 1852 pr.	226,365.108 fl.
gegen die Staats- = Ausgaben	279,812.439 „
ergibt sich ein Deficit von	53,447.331 „

* IV. 16. 17.

Solche Deficits haben sich seit der Revolution ergeben:	
im Jahre 1848 mit	45,110.646 fl.
1849 „	121,905.804 „
1850 „	54,864.862 „
1851 „	62,223.630 „

Jedenfalls ist die Herstellung des Gleichgewichtes zwischen den Staats=Einnahmen und Ausgaben, und die Verfassung der Staats=Präliminarien, selbst in gewöhnlichen Zeiten, eine schwer zu lösende Aufgabe, weil bei einem so verwickelten Haushalte immer unvorgesehene Fälle im Verlaufe eines Jahres vorkommen müssen. Sobald sich die Einnahmen unzureichend zeigen, muß auf die Erhöhung der Abgaben, die Auffindung neuer Einnahmsquellen, — und zugleich auf Einschränkung in den Staats=Ausgaben, — Bedacht genommen werden. In Kriegszeiten und bei außerordentlichen Fällen muß oft augenblicklich Hülfe geschafft werden, wenn die präliminirten Einkünfte und die ausgeschriebenen Steuern unzureichend werden.

Dazu ergeben sich nur zwei Mittel: Aufnahme von Darlehen, und Emission von Papiergeld.

Staatsschulden.

Jeder größere Staat hat Schulden. Oesterreich insbesondere war in dem Falle, die Herabsetzung der Kapitale und der Zinsen seiner Staatsschulden, theils unmittelbar, theils mittelbar durch Entwerthung des Papiergeldes, mehrmals zu verfügen.

Jedenfalls hat die Vermehrung der Staatsschulden eine Erhöhung des Zinsfußes, somit eine Vermehrung der Staatsauslagen auf eine nicht zu berechnende Dauer, — und ein Sinken der Börsenkurse der Staatspapiere, — zur Folge.

Die aufgenommenen Kapitale können nicht fruchtbringend gemacht werden, was nur dann der Fall wäre, wenn sie zu Unternehmungen verwendet würden, deren Ertrag den Belauf der dafür zu zahlenden Zinsen bleibend überstiege.

Es müssen daher neue Einnahmsquellen zur Bezahlung

der Zinsen und Abtragung der Kapitale durch Erhöhung der Steuern und Abgaben geschaffen werden, welche auf dem National-Vermögen lasten.

Die Zinsen der Staatsschuld gehören jedenfalls zu den unfruchtbaren Auslagen. Sie sind Abzüge von dem Staats-Einkommen, so wie die Steuern Abzüge von den Privat-Einkünften sind. Die Passiv-Kapitalien schmälern das National-Vermögen, sie kommen meistens nur wohlhabenderen Besitzern im Inlande oder im Auslande zu Guten; ihre Tilgung erheischt fortwährende Opfer vom Staatsschatze.

Manche Einrichtungen, öffentliche und Privat-Anstalten werden als Grundlagen und Hebel des National- Wohlstandes angesehen, indessen sie oft zufällig aus demselben hervorgehen, und wenn sie eine schiefe Richtung nehmen, selbst verderblich auf denselben einwirken können.

Dahin gehören: Bank-, Wechsel- und Eskompte-Anstalten, Emission von Papiergeld.

Es kommt hierbei vorzüglich darauf an, ob die Geschäfte wirklich dem National-Vermögen einen Zuwachs liefern, oder nur Umtriebe im Verkehre veranlassen, die dem einen Theile prekären Gewinn bringen, indeß sie dem andern zum Nachtheile gereichen.

Selbst das Anwachsen der Staatsschuld wird oft als Zeichen des National- Wohlstandes angesehen, und hierbei die Staatsschuld Englands zum Augenmerk genommen, welche sich im Jahre 1689 auf: 664.263 Pfd. Sterl. belaufen hatte, und nach einem Parlaments-Berichte vom Jahre 1852 auf 782,869.562 Pfd. Sterl. gestiegen war.

Die verzinsliche Staatsschuld Oesterreichs hatte sich im Mai 1850 auf 1158 Millionen Gulden * belaufen, — der Papiergeld-Umlauf betrug damals 362 Millionen.

Daß die verzinsliche Staatsschuld seither zugenommen habe, ergibt sich daraus, daß die Zinsen der fundirten Schuld

* V. 122.

im Jahre 1850 auf 34,418.908 fl.
 im Jahre 1852 auf 42,387.974 „
 sich belaufen haben.

Die Vermehrung ergab sich zum Theile auch dadurch, daß verlooste Lotto-Obligationen, statt der Auszahlung, gegen neue Obligationen verwechselt, und Zinsen kapitalisirt wurden, wovon sich der Gesamtbetrag im November 1853 auf 147,805.107 fl. belief.

In Rhedens Finanz-Statistik, Darmstadt 1853, Seite 891 bis 893 ist eine Zusammenstellung der österreichischen Staatsschuld vom Jahre 1819 mit jener vom Jahre 1851 enthalten. Aus derselben ergibt sich, daß die Staatsschuld nach dem verschiedenen Zinsfuße von 1 bis 6 Prozent:

	im J. 1819	im Jahre 1851
	fl.	fl.
in Wienerwährung	533,264.364	141,272.983
in Conv.=Münze	327,594.141	1055,087.011
	860,858.505	1196,359.994

betragen habe, wornach die Staatsschuld in Wienerwährung um 391,991.381 fl. vermindert, dagegen in Conv.=Münze um 727,492.878 fl. vermehrt worden ist.

Die Vermehrung betraf überwiegend die hoch verzinslichen Kapitalien; so wurden:

die 5perzentigen um	359,989.404 fl.
„ 4½ „	87,364.719 „
„ 4 „	239,464.621 „

gesteigert.

Papiergeld.

Das Papiergeld ist Vorstellungszeichen der Münze, und erhält sich in vollem Werthe im Umlaufe, so lange hinlängliche Vorräthe der letzteren zur Verwechslung auf jedesmaliges Verlangen in Bereitschaft gehalten werden. Das Papiergeld bewirkt große Erleichterung im Geldumlaufe, und in den wechselseitigen Abrechnungen bei ausgedehntem Handelsverkehre.

Die umlaufende Geldmasse, welche mit der Größe des Waaren-Verkehres im Gleichgewichte stehen, und darin ihre natürliche Gränze finden muß, wird durch das Papiergeld an und für sich nicht vermehrt, so wie dadurch keine neue Ertragsquelle für die Finanzen oder das National-Vermögen geschaffen wird. Die Vermehrung desselben kann nur in dem zunehmenden Fabriks- und Handels-Betriebe seine Begründung finden, aber nicht als Mittel zur Hervorrufung desselben angesehen werden.

Wohl kann sie in indirekter Weise einigermaßen auf Versuche eines lebhafteren Betriebes für eine kurze Zeitdauer einwirken, so wie durch Privat-Darlehen Vorschub zu Unternehmungen gewährt wird, wobei sich der Erfolg jedoch meist nicht mit Bestimmtheit voraussagen läßt.

Auch hier muß Erfahrung und Beobachtung der Erscheinungen im freien Verkehre den Anhaltspunkt darbieten, um das gehörige Maß der Papiergeld-Emission festzustellen.

Sobald dasselbe überschritten ist, wird der Werth des Papiergeldes gegen Münze schwankend, die letztere verschwindet aus dem Umlaufe *, die Preise der Waaren treten außer die gewöhnlichen Verhältnisse, die Handels-Spekulationen werden unsicher, das Papiergeld wird zum schleichenden Uebel, das Ende der Unordnung ist nicht abzusehen.

Der periodische Stand der Wiener Börse-Kurse unter der Rubrik: Augsburg zeigt das allmälige Herabgehen des Werthes des Papiergeldes mit der zunehmenden Vermehrung desselben, welches aber nicht gleichförmigen Schritt hält, sondern vielfältigen Schwankungen unterliegt.

Der Banknoten-Umlauf, welcher in der kritischen Periode vom Jahre 1848 bis 1851 sich auf 250 bis 256 Millionen Gulden erhoben hatte, — belief sich zu Ende November 1851

* In den Jahren 18^{10/11} wurde selbst Kirchsilber zur Einschmelzung gebracht, wovon der Werth in den deutsch-slavischen Provinzen auf: 1,641.856 fl. sich belief.

auf	220,797.329 fl.
und in Verbindung mit dem Staats= papiergelde	205,452.359 „
zusammen auf .	426,249.688 „

Der Augsburger = Kurs stand damals = 100 zu 126
Papiergeld.

Ende November 1853 war der Papiergeld-Umlauf:

in Banknoten	193,298.483 fl.
in Staatspapiergeld	147,820.000 „
zusammen .	341,118.483 „

Der Börsenkurs stand = 100 : 116.

Das Papiergeld hatte sich in Oesterreich seit der Regulirung vom Jahre 1818 bis 1848 mit der Metallmünze in gleichem Werthe erhalten. Von dem letzteren Zeitpunkte, wo auch die Hinausgabe des ungarischen Papiergeldes, später der Lomb. Venet. Tresorscheine, und des Staats = Papiergeldes eintrat, und der Zwangskurs für alle Papiergeld = Sorten festgesetzt worden war, erhob sich der Börsenkurs derselben in der ersten Hälfte des Jahres 1851 zu: 130—132, in der zweiten und in der ersten 1852 erhielt er sich über 120, — in der zweiten Hälfte 1852 sank er bis 115, — im Jahre 1853 bis 108—110. Im November 1853 stieg er wieder bis 116, und im Jänner 1854 nach der Seeschlacht bei Sinope im russisch = türkischen Kriege erreichte er plötzlich die Höhe zu 120—124. *

In Oesterreich treten besondere Verwicklungen bei der Einziehung des Papiergeldes ein. Es sind zweierlei Gattungen daselbst im Umlaufe: das Staats = Papiergeld und die Banknoten. Das erstere war zum Theile verzinslich, zum Theile unverzinslich. Auch gehörten zu demselben die Anweisungen auf ungarische Landeseinkünfte, welche noch zu Ende Mai 1851 im Betrage von 54,668.525 fl. zirkulirten, jedoch so wie das verzinsliche Staats = Papiergeld seither aus dem Umlaufe gezogen wurden; endlich die Lomb. = Venet. Tresor = Scheine, welche am 1. Mai 1851 zu dem

* Am 6. Februar 1854 bis 128.

Monte gezogen wurden, worauf der Münz-Umlauf im Lomb.-Venet. Königreiche wieder hergestellt war.

Es ist einleuchtend, daß die Regierung hier nicht dictatorisch vorgehen, und nicht durch Zwangsmaßregeln den Werth des Papiergeldes im Verkehre bis zu jenem der Metallmünze erheben könne, welchen die Handelswelt nicht beachten, und wodurch nur Anlaß zu Täuschungen und Verkürzungen mancher Art gegeben würde.

Anderseits ist auch das längere Hinausschieben der Maßregeln zur Regulirung des Geldwesens von sehr nachtheiligen Folgen für den Staats- und Privat-Haushalt, und das Ende einer stückweisen gedehnten Operation ist gar nicht abzusehen.

Die Schwankungen im Werthe des Geldes und der Waaren nehmen immer zu, die Lage wird immer mehr unsicher, das Fehlschlagen der Hoffnungen ist immer empfindlicher, als eine durchgreifende, wenn gleich mit Opfern verbundene Maßregel, — obschon auch hier die Wahl des geeigneten Zeitpunktes mit Vorsicht getroffen werden muß.

Es stehen zur Abhülfe zwei Wege offen; entweder das umlaufende Papiergeld bis zu der Summe einzuziehen und zu vertilgen, wo es sich neben der Conventions-Münze in gleichem Werthe erhalten kann, — oder den Werth desselben in der Art herabzusetzen und zu fixiren, daß dadurch der gleiche Zweck erreicht wird.

Die erste Maßregel dürfte kaum ausführbar sein, — jedenfalls aber die größte Verwirrung veranlassen.

Es würde schwer sein, die Summe des Papiergeldes zu bestimmen, welche eingezogen werden muß, da bei dem geschwächten Zutrauen selbst die Beschränkung auf die, vor dem Sinken des Papiergeld-Werthes in Umlauf gestandene, Summe kaum zur Wiederherstellung des vollen Werthes hinreichen würde.

Eine höchst schwierige Aufgabe ist auch: die Beschaffung der Mittel zur Einlösung des zu vertilgenden Papiergeldes. Wenn bei dem Umlaufe von 341 Millionen Gulden Papiergeld,

wie er zu Ende November 1853 bestanden hatte, — auch nur der Kurs zu 116 zur Reduktion der Papiergeld-Masse zum Anhaltspunkte genommen würde, so müßten circa 47 Millionen Gulden eingelöst werden, wozu die Mittel nur durch Anlehen, also Verwandlung der unverzinslichen in eine verzinsliche Schuld beizuschaffen sein würden.

Ueberdies, welche Stockung würde sich durch diese Einziehung in den öffentlichen und Privatkassen, welche Sprünge in den Preisen der Waaren, welche Schwierigkeiten in den wechselseitigen Abrechnungen, welche Hindernisse in der Bestimmung der Abgaben und Schulden-Zahlungen, — würden sich hieraus ergeben.

Ich kann daher nur auf meine mehrmals geäußerte Meinung zurückkommen, daß es vorzuziehen sei, den Werth des Papiergeldes, wenn keine Vermehrung desselben statt zu finden hat, nach dem Verhältnisse, wie er im freien Umlaufe und nach dem Börsenkurse besteht, festzustellen, wornach am wenigsten in dem faktischen Bestande geändert wird, und wodurch sich nicht leicht jemand beschwert finden kann.

National-Bank.

Der Banknoten-Umlauf war:

Zu Ende des Jahres 1818	26,738.365 fl.
Im Jahre 1830	111,988.605 "
" " 1845	214,760.790 "
Mit Ende März 1851	253,822.191 "
" " August "	232,215.028 "
" " März 1852	207,350.474 "
" " Dec. "	194,943.256 "
" " Juli 1853	191,194.953 "
" " Dec. "	188,309.217 "

Ueber die Finanz-Schuld des Staates an die Bank wurde unterm 23. Februar 1852 ein Vertrag abgeschlossen. Die von der Papiergeld-Einlösung herrührende Schuld, welche mit 27. Jänner 1852: 72,260.076 fl. betragen hatte, wurde zum

Theile mit 4 Perzent verzinslich, zum Theile unverzinslich belassen. Die Forderung der Bank für verzinsliche Staatspapiergeld=Sorten im Betrage von 71,500.000 fl. wurde zu 2 Perzent verzinslich erklärt, und auf die Salinen zu Gmunden, Nussee und Hallein hypothecirt.

Die Schuld des Staates an die Bank belief sich:

im August 1849 auf	220,531.000 fl.
am 26. Februar 1850 auf	197,872.333 "
" 27. Jänner 1852 auf	144,028.783 "
" 31. December 1852 zu 4 %	34,856.729 "
zu 2 %	61,000.000 "
unverzinslich	34,803.549 "
	<hr/> 130,660.278 "
" 31. December 1853 zu 4 %	31,907.141 "
zu 2 %	55,000.000 "
unverzinslich	34,803.549 "
	<hr/> zusammen 121,710.690 "

Die eingetretene Verminderung der Staatsschuld an die Bank seit 1. Jänner 1852 um circa 8 Millionen Gulden hatte vorzüglich bei der 2perzentigen Schuld stattgefunden.

Eine wichtige Phase für die Bank war die Ausgabe ihrer Reserve=Aktien.

Bei Errichtung der Bank in den Jahren 1816 und 1817 war die Zahl der Aktien auf 100.000 bestimmt worden; indessen fand die Finanzverwaltung, nachdem 50 621 Aktien abgenommen worden waren, die fernere Ausgabe derselben plötzlich einzustellen und die zurückgebliebenen Aktien als Reserve hinterlegen zu lassen. *

Diese sollen nun, in der Zahl von 49.379 Aktien, — zufolge Kundmachung der Bankdirektion vom 9. Mai 1853 zur Vermehrung des Fonds der Bank hinausgegeben werden. Die Einlagen, welche bei der ersten Errichtung der Bank mit 1000 fl. in Papiergelde und 100 fl. in Conv.=Münze für eine Aktie festgesetzt waren, wurden nun mit 800 fl. Conv.=Münze

bestimmt, welche in 16 Raten à 50 Gulden vom 1. Juni 1853 bis Ende December 1854 zahlbar sind. Den älteren Aktien-Besitzern wurden in Bezug auf die Acquisition derselben vorzugsweise Ansprüche eingeräumt. Die Erklärung mußte zwischen 1. und 15. Juni 1853 abgegeben werden. Die Einlagen werden bis Ende des Jahres 1854 mit 4 Percent verzinsset. Erst vom 1. Jänner 1855 treten die neuen Aktien-Besitzer in den Mitgenuß der Dividenden. Jedenfalls kommen die letzteren bei dem gegenwärtigen Stande der Börse-Kurse wohlfeiler zu dem Aktien-Erwerbe, als es bis dahin der Fall war.

Ob durch den Zuwachs von Kapitalien und vermehrte gewinnbringende Geschäfte die National-Bank sich in Stand gesetzt finden werde, bei vermehrter Zahl der Aktionäre, denselben gleich hohe Dividenden, wie früher, zu verabsolgen, muß die Folge lehren. Gleich nach dem ersten zur Anmeldung bestimmten Tage, — am 2. Juni 1853 waren 16.385 Aktien übernommen; zu Ende des Jahres 1853 blieben nur mehr 336 Aktien disponibel.

Die Börsenkurse der neuen Bankaktien, die erst mit Anfang 1855 in den vollen Verband mit der Bank treten, und bis dahin als ein von derselben aufgenommenes 4prozentiges Anlehen zu betrachten sind, haben sich bisher immer niedriger, als jene der älteren Bank-Aktien gehalten.

Die letzteren standen: *

am 2. December 1847 zu	1627 fl.
„ 1. April 1848 sanken sie bis	710 „
„ 1. Juli „ standen sie zu	1000 „
„ 2. „ 1849 „ „ „	1100 „
„ 1. „ 1850 „ „ „	1113 „
„ 1. „ 1851 „ „ „	1245 „
Zu Ende Juli 1852	„	„	„	.	1370 „
Im Februar 1853	„	„	„	.	1408 „

* III. 332. IV. 16. V. 130.

Am 30. April 1853 standen sie zu . . . 1404 fl.
 „ 11. Juni „ „ „ „ 1405 „

Nach Ablauf des Anmeldungs-Termins für die neuen Aktien, die unter dem Namen „gestempelte“ in den Börsezetteln vorkommen, bestanden folgende Course für die Bank-Aktien:

	für die älteren	für die gestempelten
Am 16. Juni 1853 . . .	1425 . . .	1167
„ 1. Juli „ . . .	1409 . . .	1150
„ 15. „ „ . . .	1400 . . .	1147
„ 1. August „ . . .	1400 . . .	1153
„ 1. Sept. „ . . .	1390 . . .	1140
„ 6. Oktob. „ . . .	1300 . . .	1095
„ 31. „ „ . . .	1290 . . .	1097
„ 16. Nov. „ . . .	1305 . . .	1105
„ 2. Dec. „ . . .	1350 . . .	1143
„ 31. „ „ . . .	1377 . . .	1146

Ich glaube hier einige Daten über die Privatgeschäfte der National-Bank im Jahre 1853 aufnehmen zu sollen, die ich dem Berichte des Bank-Gouverneurs von Pipitz entnehme:

Die Geschäfte bei der Bank in Wien und den Filialen zu: Prag, Brünn, Pesth, Triest, Lemberg und Linz waren im Zunehmen begriffen.

Im Eskompte-Geschäfte wurden im laufenden Jahre:

	Stücke	Betrag fl.
eskomptirt	145.882	231,935.292 „
einkassirt	135.107	214,800.009 „
Vorrath zu Ende des Jahres . . .	32.966	53,447.936 „

Im Leihgeschäfte wurden Vorschüsse zu 125,521.600 fl. gegen Pfänder im Werthe von 224,134.036 fl. ertheilt.

Im Depositen-Geschäfte bestand zu Ende 1853 ein Vorrath von 85,764.908 fl.

Im Giro-Geschäfte war im Jahre 1853 ein Revirement von 236,043.698 fl.

Bedeckung des Staats-Deficits.

Die besonderen Zuflüsse zu den Staats-Einnahmen im Verlaufe der Jahre 1845 bis incl. 1852 waren, nach den bekannt gemachten Ausweisen, folgende:

	fl.	fl.
Vermehrung der fundirten		
Schuld	298,724.391	
Ueber Abschlag der in diesem		
Zeitraume bewirkten Til-		
gung von	47,610.704	
Bleiben		251,113.687
Vermehrung der schwebenden		
Schuld	73,586.761	
Ueber geschehene Tilgung		
von	20,619.394	
Bleiben		52,967.367
Vorschüsse der National-		
Bank	192,021.670	
Ueber Abzahlung von . .	145,021.670	
Bleiben		47,000.000
Hinausgabe von Staatspapier-		
geld	219,326.230	
Ueber Wiedereinzahlung von	58,437.990	
Bleiben		160,888.240
Einzahlungen von Grundentla-		
stungs-Kapitalien	16,465.203	
Ueber geleistete Vorschüsse		
auf Urbarial-Entschädi-		
gungen	12,936.819	
Bleiben		3,528.384
Zusammen: Besondere Zuflüsse		515,497.678

Von diesen Einnahmen, welche vorzüglich von der Vermehrung der Staatsschuld und des Papiergeldes herrühren, wurden zur Deckung des Deficits: 344,612.607 fl., — dann

zu produktiven Auslagen auf Eisenbahnen und Telegraphen: 137,539.104 fl. verwendet, außerordentliche Ausgaben bestritten, — und Vorräthe in den Staatskassen erhalten.

Der zu erwartende Staatsrechnungs-Abschluß für das Jahr 1853 wird manche Folgen der Finanz-Reformen im Ziffer herausstellen, welche seit dem Jahre 1852, bis zu welchem die Abschlüsse in vorliegendem Werke angeführt sind, stattgefunden haben; — allein der Ziffer wechselt von Tag zu Tag, die seither getroffenen Maßregeln sind bis auf die neueste Zeit angedeutet. Es dürfte daher das Bild des Staatshaushaltes, wie es hier nach den verschiedenen Zweigen desselben dargestellt ist, keine wesentliche Aenderung zu erfahren haben.

S c h l u ß.

Die Offenheit, mit welcher die Finanzverwaltung die Folge der getroffenen Maßregeln, den periodischen Stand des Staatshaushaltes, der Staatsschuld, und des Papiergeld-Umlaufes zur allgemeinen Kenntniß bringt, kann nur das öffentliche Zutrauen bei allen Klassen der Nation erwecken, und dieselben zur Theilnahme an den Fortschritten in der Regulirung des Finanzwesens auffordern. Möge die Oberste Leitung durch innere und äußere Verhältnisse begünstigt werden, das wohlberrechnete System glücklich durchzuführen.

So eben ist der Finanz-Ministerial-Erlaß vom 23. Februar 1854 bekannt gemacht worden, wornach alles Staatspapiergeld bei der Nationalbank gegen Banknoten verwechselt werden soll.

Inhalts-Verzeichniß.

	Seite
Einleitung	1
Ergebnisse des österreichischen Staats-	
haushaltes	3
Uebersicht des Staatshaushaltes im Jahre	
1852 gegenüber dem Jahre 1847	—
Staats-Einnahmen	7
Erhebungsarten der Staats-Einnahmen	8
Direkte Steuern	—
Indirekte Steuern und Gefälle	9
Zölle	10
Schiffahrts-Gebühren und dießfällige Verträge	12
Beg- und Brücken-Mauthen	13
Verzehrungssteuern	—
Postgefall	—
Lottogefall	14
Staats-Monopole	—
Verhältniß der Steuern zur Bevölkerung	16
Staats-Eisenbahnen und Telegraphen	—
Außerordentliche Staats-Einnahmen	17
Gesammtbetrag der Staats-Einnahmen	—
Staats-Ausgaben	—
Staatsverfassung	19
Administration	20
Grund-Entlastung	21
Ministerium des Aeußern	22
Ministerium des Cultus und Unterrichtes	23
Ministerium des Innern und der Justiz	24
Oberste Polizei-Verwaltung	25
Handels- und Finanz-Ministerium	26
Militär-Verwaltung	28
Kontroll-, Behörden	29
Deficit im Staatshaushalte	—
Staatsschulden	30
Papiergeld	32
National-Bank	36
Bedeckung des Staats-Deficits	40
Schluß	41

U e b e r s i c h t
der
V e r ä n d e r u n g e n
in der
Verfassung, Administration
und dem
Haushalte
der
österreichischen Monarchie,
vom Jahre 1854 bis 1855,
nebst Anhang bis 15. März 1855 und Schluß der dießfalls
gelieferten Werke,
von
Joseph Ritter v. Hauer,
k. k. geheimen Rathe.

Wien, 1855.

Gedruckt und in Kommission bei J. B. Wallishausser.

Einleitung.

Solche fortlaufende, bereits seit dem Jahre 1849 bis zu Ende 1853 in VI kleineren Schriften von mir gelieferten Uebersichten *, die sich vorzüglich auf den Staatshaushalt beziehen, dürften an und für sich, auch ohne begleitende Bemerkungen, Anhaltspunkte zur Beurtheilung der ferner von Seite der öffentlichen Verwaltung zu ergreifenden Maßregeln gewähren, deren Wahl so schwierig, mit so großen Gefahren verbunden ist, und so grelle Widersprüche in den Meinungen sowohl der Theoretiker als selbst erfahrener Staatsmänner hervorruft.

Möchten ähnliche noch gründlichere Zusammenstellungen, (wie sie für die periodischen Fortschritte in wissenschaftlichen Fächern von gelehrten Gesellschaften geliefert werden) über den Gang der öffentlichen Administration auch für andere größere Staaten von Zeit zu Zeit im Drucke erscheinen.

Wie sehr könnten diese auf Belehrung für die Regierung, und auf die Theilnahme der Bevölkerung an den Staatsangelegenheiten, (die allerdings der Aufmunterung bedarf,) wirken.

* Die früheren Werke, auf die ich mich bloß mit Angabe des Ziffers beziehen werde, sind:

- I. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Finanzen. Wien 1848.
- II. Ueber Oesterreichs-Staatsausgaben und Verwaltung. 1849.
- III. Uebersicht der Veränderungen in der Verfassung, Administration und dem Haushalte der österreichischen Monarchie vom 13. März 1848 bis 13. März 1851.
- IV. Uebersicht bis März 1852.
- V. Uebersicht bis Ende April 1853.
- VI. Uebersicht bis zum Jahre 1854.

Das gemeinsame Streben nach innerer Vervollkommenung würde einen Wettstreit zwischen den Nationen hervorrufen, der vielmehr eine friedliche Stimmung zur Folge hätte, indeß die Sucht nach Landesvergrößerung und Uebermacht zu fortwährenden Kriegen führt.

Der wichtigste und schwierigste Punkt in der Leitung des Staatskörpers ist die Gründung der Staatsverfassung. Diese beruht auf so vielen, aus dem Geiste und Charakter der Völkerschaften, aus den schöpferischen Einwirkungen einzelner großer Männer, aus geschichtlichen Traditionen, aus verjährtem Bestande hervorgehenden Verhältnissen, daß nicht leicht eine allgemeine Form zur Richtschnur vorgezeichnet werden kann, und daß sich keine gänzliche Umgestaltung, höchstens theilweise Verbesserung in der bestehenden Verfassung auf friedlichem Wege vornehmen läßt.

Die am schwersten hiebei zu lösende Aufgabe ist: ob, und in welcher Art von der Nation gewählte Vertreter auf die wichtigeren Staatsangelegenheiten Einfluß nehmen sollen?

Vorzügliche, mehr als in andern größern Staaten bestehende Hindernisse dawider ergeben sich in der österreichischen Monarchie, die aus so vielen, in Lebensweise, Sprache, Beschäftigung, im Grade der Bildung, höchst verschiedenen Nationen zusammengesetzt ist.

Ich wage es nicht, in nähere Erörterungen hierüber einzugehen, und werde mich darauf beschränken, die wesentlichen Veränderungen in der Verfassung, Verwaltung und dem Haushalte der Oesterreichischen Monarchie im Jahre 1854, die in Beziehung auf Kriegs-Ereignisse, auf Verhandlung mit fremden Staaten, (deren Verhältnisse einen Umschwung gegen den hundertjährigen früheren Bestand genommen haben) und auf Einrichtungen im Innern von hoher Wichtigkeit sind, an die in meinen früheren Werken angeführten Daten anzureihen.

Staats-Verfassung. *

Das größte Werk menschlicher Weisheit und Vorsicht ist die erhebende Aufführung eines Staatsgebäudes und die Erhaltung desselben durch eine kräftige Administration. Es ist eine Zugabe im Sinne der Schöpfung der geistigen Erdbewohner. Die Verfassung ist das Band zwischen der Regierung und dem Volke, das Mittel der Verständigung, der Eintracht. Es soll daher hierbei die Gränze gezogen werden zwischen Absolutismus — bei dem Alles der Laune und Willkühr der Gewaltträger überlassen ist — und dem Liberalismus, der den unstillen Anforderungen der untersten zahlreichsten Classen freien Spielraum läßt, zu steten Unruhen und Umwälzungen führt, und die Sicherheit, vorzüglich der wohlhabenden und gebildeten Classen, gefährdet.

Dieser Mittelweg findet sich besonders bei gemäßigten Monarchien.

Auch hier müssen der Geschäftsführung der Ministerien angemessene Schranken vorgezeichnet werden.

Die monarchische Regierungsform hat sich in Oesterreich bei dem vorherrschenden Pflichtgeföhle, und den Tugenden des regierenden Kaiserhauses in Kraft und Vorliebe erhalten, und es sind niemals Wünsche zur Aenderung derselben bei der Bevölkerung im Großen hervorgetreten.

Nur bei dem, durch die Bewegungen in Frankreich im Jahre 1848 herbeigeföhrtten Aufstande, der auch auf die Volksmassen in Oesterreich Einwirkung hatte, wurden einige Versuche zur Umgestaltung der Verfassung unternommen. Es wurde eine Constitution unterm 25. April 1848 proklamirt, und in Folge dessen wurden Deputirte zur Abhaltung eines Reichstages berufen, der am 22. Juli 1848 in Wien eröffnet, und am 22. November nach Kremfier übersetzt wurde. Allein! Die Reichsversammlung wurde am 7. März 1849 durch Militär-Gewalt aufgelöst, und zugleich eine neue Constitution durch

* III. 4. IV. 2. V. 1. VI. 19.

kaiserliche Anordnung festgesetzt. Die letztere kam jedoch nie zur Ausführung, und wurde durch kaiserliche Entschliefungen vom 20. August und 31. Dezember 1851 ausdrücklich zurückgenommen; wornach sich ein politischer Zustand ergab, der die monarchische Gestalt und die staatliche Einheit des Reiches zum Princip hatte.

Dadurch entfielen die Provinzial-Verfassungen in den einzelnen Ländern; welche sehr verschieden waren, und wovon besonders jene in Ungarn ein eigenes Reich zu bilden schienen.

Die ständischen Körper * in den deutschen und slavischen Provinzen alten Ursprungs hatten so manche Vorrechte, (insbesondere die Steuerbewilligung) genossen, von welchen es schon früher theilweise — jedoch vollends seit den neueren Umstaltungen — sein Abkommen erhielt.

In Gemäßheit der A. H. Entschliefung vom 17. Juli 1854 werden in jedem Kronlande zur Vertretung der Bewohner desselben Landesversammlungen zeitweise einberufen, und Landes-Ausschüsse organisirt, welche sich in den größern und engern Ausschuß abtheilen. Der letztere wird aus dem größern Ausschusse genommen; er steht der politischen Landesbehörde zur Seite, und besorgt die laufenden Geschäfte, Leitung der Anstalten, Bauten und Unternehmungen für Landes-zwecke, Verwaltung des Landes-Vermögens, des ständischen Credits- und Schuldenwesens und sonstige Landes-Angelegenheiten.

Wichtigere Gegenstände dieser Art werden an den großen Landesauschuf geleitet, der zugleich die Befugniß hat, über die, ihm zum Wohle des Landes geeignet scheinenden Maßregeln und Einrichtungen zu berathen, Vorschläge zu machen, und nach Beschaffenheit der Umstände Beschlüsse zu fassen. Derselbe vertritt die Stelle der frühern Provinzial-Landstände. Die Mitglieder des großen Ausschusses werden von Sr. Majestät berufen. Die Versammlungen werden von dem Staatthalter oder

* II. 108. III. 33. V. 2. ** V. 2—4.

von einem landesfürstlichen Commissär, der auch den Vorsitz hat, eröffnet und geschlossen.

Die allgemeine Landesversammlung wird nur von S. M. dem Kaiser aus besondern Anlässen einberufen. Als Mitglieder werden berufen: Die Landeswürdenträger, die kirchlichen höhern Würdenträger und Vorsteher geistlicher Korporationen, wie sie bei den vorigen Ständen berufen waren, Mitglieder des mit dem Incolate theilten Erbadeis, Universitäts-Würdenträger, Vertreter der Städte und landtagsberechtigten Märkte, endlich die Mitglieder der Landesauschüsse.

Die ungarische Constitution * ist schon durch die allgemeine, für die österreichische Monarchie eingeführte Constitution vom 4. März 1849 aufgehoben worden, und seither nicht wieder in's Leben getreten.

Durch Patent vom 7. April 1850 wurde Croatien und Slavonien (mit Einschluß von Fiume und dem Küstenlande) durch Patent vom 18. November 1849 wurde die Wojwodschafft Serbien mit dem Temeswarer-Banate, als ein eigenes Kronland erklärt. Siebenbürgen blieb fortan ein, unmittelbar der Krone untergeordnetes Land.

Im lombardisch-venetianischen Königreiche wurden die Central-Congregationen ** in Mailand und Venedig, und die Provinzial-Congregationen in dem Hauptorte jeder Provinz aufrecht erhalten.

Zu den wichtigeren, in die Verfassung eingreifenden Verfügungen gehört: die durch Patent vom 7. September 1848 angeordnete Aufhebung *** des Nexus subditelae der Patrimonial-Gerichtsbarkheit, und der unterthänigen Gaben und Leistungen, wobei es sein Verbleiben behielt.

Durch das Patent vom 31. Dezember 1851, durch welches die neueste Organisation der Oesterreichischen Monarchie festgesetzt wurde, sind auch die Grundzüge der Gemeinde-Ordnungen **** vorgezeichnet worden.

* II. 120. V. 3. ** II. 112. V. 3. *** III. 49. V. 32. VI. 21.

**** III. 103.

Administration.

Der Reichsrath * ist als oberste, jedoch nur beratende, Behörde in seiner Stellung verblieben. Die wichtigste Veränderung gegen die frühere Verwaltungsform besteht in der Aufstellung der Ministerien ** statt der bestandenenen vorhin als Gremialbehörden organisirten Hofstellen.

Es ist nicht zu verkennen, daß dadurch die höhern Beamten der Letztern, so wie auch die Unterbehörden eine mehr subordinirte Stellung erhalten, und an selbstständiger Wirksamkeit verloren haben, indessen ist an Schnelligkeit der Geschäftserledigung, Abkürzung der Verhandlung und Energie der Durchföhrung dabei gewonnen worden.

Die Vertheilung der Geschäfte unter die einzelnen Ministerien wird durch die Benennung der Letztern angedeutet. In neuerer Zeit ist das Kriegsministerium aufgehoben worden, und an die Stelle desselben das Armee-Oberkommando getreten. S. M. der Kaiser föhrt den Oberbefehl über die gesammte bewaffnete Macht. Es bestehen hiernach folgende Ministerien:

- I. Des kaiserlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.
- II. Des Innern.
- III. Der Justiz.
- IV. Der Finanzen.
- V. Für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten.
- VI. Für Cultus und öffentlichen Unterricht.

Nebst denselben bestehen noch:

- a. Das Armee Ober-Commando.
- b. Die Oberste Polizeibehörde.
- c. Die Oberste Rechnungs-Controllß-Behörde.

Eine gründliche und klare Uebersicht über den Organismus der Oesterreichischen Staats-Verwaltung liefern die hierüber vom Herrn Professor Morig von Stubenrauch herausgegebenen Tabellen. Wien 1855, und das Ergänzungsheft

* IV. 5. V. 9. ** II. 90. III. 94. IV. 6. V. 8.

zu seinem Handbuche der Oesterreichischen Verwaltungskunde.
Wien 1853.

Ich werde mich daher hier nur auf einige allgemeine Andeutungen beschränken.

I. Ministerium des Aeußern und des kaiserlichen Hauses. *

Ueber die Wichtigkeit der Stellung dieses Ministeriums habe ich in einem frühern Werke einige Bemerkungen gemacht und auf den Einfluß hingedeutet, den es auf die Stellung der Monarchie — auf die Weltereignisse zu nehmen hat.

Seine Stellvertreter im Auslande sind: Die kais. Botschafter an größern Höfen, die Gesandten, endlich die Consulate, welche letzteren in Bezug auf den diplomatischen Geschäfts-Verkehr, — mit dem Ministerium des Aeußern, in Bezug auf Handels- und Schifffahrts-Verkehr, — mit dem Handels-Ministerium im Verbande stehen.

Im Dezember 1854 ist das Consulatswesen in Brasilien neu organisirt worden. Außer dem Generalconsulate in Rio de Janeiro haben zwei Consulate und sechs Vizeconsulate zu bestehen.

Für die Geschäfte in der Levante ist in beiden Beziehungen die Internuntiaturn zu Constantinopel aufgestellt.

Das Haus- Hof- und Staats-Archiv, dann die orientalische Akademie, welche letztere zu Heranbildung von Beamten für die Internuntiaturn in Konstantinopel bestimmt ist, stehen unter der Obhut des Ministeriums des Aeußern.

Zu den vorzüglichern Geschäften des letzteren gehört die Abschließung von Verträgen mit auswärtigen Staaten, über welche eine Uebersicht von dem Regierungs-Antritte der Kaiserin Maria Theresia im Jahre 1740 bis Ende Juni 1854 in dem gehaltvollen Werke des Herrn Vesque von Püttlingen, Wien 1854, geliefert worden ist.

Nach dem neuerlichen Ausbruche des Krieges zwischen

* III. 97. V. 11. VI. 22.

Rußland und der Türkei waren die diplomatischen Verhältnisse in ganz Europa in einem sehr gespannten und schwankenden Zustande. Nach dem Einrücken der Russen in die Donaufürstenthümer traten Frankreich und England, die in früherer Zeit immer als rivalisirende Mächte gegen einander gestanden waren, — in Verbindung mit der Türkei, mit welcher sie einen Allianz-Vertrag unterm 15. April 1854 abschlossen. Der Krieg wurde mit abwechselndem Glücke geführt und zuletzt nach Asien hinübergezogen, wo die Flotten der alliirten Mächte am 14. und 15. September 1854 auf der Halbinsel Krim landeten, und Truppen ausschifften, welche zur Belagerung von Sebastopol schritten, dessen Einnahme zu früh verlautete, jedoch bis Ende 1854 nicht zu Stande kam.

Oesterreich blieb lange unschlüssig, jedoch immer gerüstet, um auf alle Fälle vorbereitet zu sein.

Unterm 14. Juni 1854 wurde eine Convention zwischen Oesterreich und der Ottomanischen Pforte geschlossen, wornach Oesterreich zur Erhaltung der Integrität des türkischen Reiches, und zur Räumung der Donaufürstenthümer von den russischen Truppen, seine Mitwirkung zusicherte.

Auch gegenüber von den deutschen Mächten boten sich manche Verwickelungen dar. Anfangs schienen Oesterreich und Preußen verschiedene Wege zu gehen.

In einer am 5. April 1854 zwischen Oesterreich und Preußen und den beiden Westmächten abgehaltenen Conferenz wurde sich jedoch beiderseits für die Aufrechterhaltung der Integrität des Ottomanischen Reiches erklärt.

Unterm 20. April 1854 wurde ein Schutz- und Trugs-Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen geschlossen, wobei auch die Erhaltung der Integrität des Gebietes von Deutschland beabsichtigt wurde, ohne daß sich jedoch für eine Offensive gegen Rußland ausgesprochen wurde.

Diesem Allianz-Vertrage ist auch die deutsche Bundesversammlung unterm 24. Juli 1854 für die Dauer des russisch-türkischen Krieges beigetreten.

Ein wichtiges Ereigniß war der neue, unterm 2. Dezember 1854 abgeschlossene, Allianz-Traktat Oesterreichs mit England und Frankreich.

Die wesentlichen Punkte desselben sind: daß die Mächte nur im Einverständniß unter sich ein Uebereinkommen mit fremden Mächten treffen, — daß sie die Donau-Fürstenthümer gegen die Rückkehr der russischen Streitmacht vertheidigen wollen, daß für den Fall des Ausbruches der Feindseligkeiten zwischen Rußland und Oesterreich — ihre Offensiv- und Defensiv-Allianz in Wirksamkeit treten soll. Endlich soll der Vertrag auch dem königlichen preussischen Hofe zur Kenntniß gebracht, und dessen Beitritt, falls er sich zur Mitwirkung erklären würde, angenommen werden.

Es waren bereits früher jene sogenannten Garantie-puncte als *conditio sine qua non* — zum Abschlusse eines Friedens mit Rußland festgesetzt worden, worüber nachträgliche Erklärungen, welche die Aussicht auf Krieg oder Frieden immerfort im Schwanken erhielten — besprochen wurden.

II. Ministerium des Innern. *

Dasselbe hat sehr ausgebreitete Geschäfte, vorzüglich die Sorge für die materiellen Bedürfnisse der Bevölkerung von der Geburt bis zum Grabe, und darüber hinaus, für die Erhaltung der Gesundheit, für die Sicherung der Wohnstätten, die Verwahrung gegen Beschädigungen, die Befestigung der innern Sicherheit und Ordnung, die Gründung des Wohlstandes nach den verschiedenen Abstufungen der Glieder des Staates.

Es ist eine immense Aufgabe und es gehört ein durchaus großer Geist dazu, um die zahlreichen Verwaltungskörper so zu ordnen, und den stufenweisen Wirkungskreis so zu bestimmen, daß die Regierung überall das Auge haben, Gutes wirken, und Nachtheilen vorbeugen könne.

Es darf jedoch hierbei nicht zu dictatorisch vorgegangen, nicht leicht unmittelbar in die Amtshandlungen der Unter-Be-

*) II. 116. III. 98. IV. 4. V. 26. VI. 24.

hördern eingegriffen, nicht den Gerechtsamen der Gemeinden und Korporationen zu nahe getreten werden, um nicht Störungen im Privatleben und in der Geschäftsthätigkeit der einzelnen Individuen herbeizuführen, die Aufsichtsbeamten zu sehr zu vervielfältigen und zu Plackereien des Publikums unnöthiger Weise Veranlassung zu geben.

Das Ministerium des Innern steht vorzüglich in naher Verbindung mit jenem für Handel und Gewerbe; daher auch öfter Veränderungen in der Geschäfts-Abtheilung zwischen beiden Ministerien Statt finden.

Dem Ministerium des Innern sind zahlreiche Behörden zugewiesen, und zwar als Landesbehörden: die Statthaltereien *) in Oesterreich unter der Enns, in Oesterreich ob der Enns, in Steiermark, für die Stadt Triest, (sammt Görz, Gradiska und Istrien,) für Tirol und Vorarlberg, für Böhmen, für Mähren, für Schlesien, für das Lemberger Verwaltungsgebiet, für die Lombardie, für das venetianische Gebiet, für Dalmatien, das Civil- und Militär-Gouvernement für Ungarn, dem 3 Statthaltereie-Abtheilungen zu: Ofen, Oedenburg, Preßburg, Kaschau und Großwardein unterstehen, die Statthaltereie für Kroatien und Slavonien, für Serbien und dem Temeswarer Banat, für Siebenbürgen, endlich: die Landesregierungen für Salzburg, Kärnthén, Krain, Schlesien, für das Krakauer Verwaltungsgebiet und für das Herzogthum Bukowina. Unterbehörden sind: Die Magistrate in den Hauptstädten, die Kreisbehörden in den Kreisen, die Delegationen in der Lombardie und im venetianischen Gebiete, die Comitatsbehörden in Ungarn, so wie in Kroatien und Slavonien und dem Temescher Banate.

Die untersten Behörden sind: die Bezirksämter, deren 1026 in den deutschen und slavischen Provinzen, in Dalmatien, Kroatien und Slavonien, in Serbien mit dem Banate und in Siebenbürgen sind — die Distriktscommissariate, deren 180 in den lombardisch-venetianischen Provinzen, — end-

*) V. 28.

lich die Stuhlrichter=Ämter und städtischen Magistrate in Ungarn.

Ein weit umfassender Wirkungskreis der politischen Behörden, der für die ganze Menschheit Interesse hat, ist die Leitung des Sanitäts= und Armenwesens.

Ich habe in einem frühern Werke alle dießfalls in Oesterreich bestandenen und noch bestehenden Anstalten, von dem Reglement für die Pest im Jahre 1755 herwärts, angeführt.

Dahin gehören: die, unter die Aufsicht der Sanitätsbehörden für die Provinzen und Kreise bestellten, Kranken=, Gebärd=, Findel=, Irrenhäuser; dann die Armen= und Versorgungsanstalten, die fortgesetzten Sammlungen, worauf Privatvereine einen vorzüglichen Einfluß nehmen.

Die politischen Landesstellen haben nicht nur die in den Bezirk des Ministeriums des Innern zunächst gehörigen Geschäfte zu besorgen, sondern auch als Organe anderer Ministerien, und zwar namentlich des Finanzministeriums, so wie der Ministerien für Cultus und Unterricht und für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten, endlich als Organe der Obersten Polizeiverwaltung, — theils selbstständig, theils mitwirkend einzuschreiten.

Die Bezirksämter fungiren in der Regel auch als Bezirksgerichte in Civil= und Strafsachen, und haben auch auf Katastral= und Steuer=Geschäfte Einfluß zu nehmen.

Die Stuhlrichterämter sind die untersten landesfürstlichen Behörden in Verwaltungs= und in Justiz=Geschäften.

Nach der Auflösung des früher bestandenen Ministeriums für Landescultur und Bergbau wurden die Angelegenheiten des Ackerbaues, der Viehzucht, und des Forstwesens dem Ministerium des Innern zugewiesen; auch wurde dem letztern die Obhut über die geologische Reichsanstalt übertragen.

Diese hat die successive geologische Aufnahme des ganzen Kaiserreiches, die Sammlung und Untersuchung der vorfindigen Erdbarten, Gesteine, Mineralien, Erze und fossilen Reste der Vor=

welt, dann die Verfertigung von geologischen Detail-Karten und Vornahme wissenschaftlicher Verhandlungen über diese Gegenstände zum Zwecke, wozu ihr ein eigenes Museum und ein chemisches Laboratorium eingeräumt ist.

Die specielle Eintheilung der administrativ gerichtlichen Behörden nach Provinzen kommt bei dem Justiz-Ministerium vor.

III. Justiz-Ministerium. *

Die Absonderung der Justiz-Geschäfte von den politischen hat in älterer Zeit nicht bestanden; sie beruht nur auf positiven Bestimmungen. — Streitsachen und Vergehen minderer Art sind dem Wirkungskreise der politischen Behörden — jene höherer Art den Justizgerichten zugewiesen, bei welchen strengere Formen vorgezeichnet sind. Daß dadurch manche Erschwerungen, Verwickelungen und Verzögerungen Platz greifen müssen — ist nicht zu verkennen.

Die Trennung der Justiz-Geschäftsführung von der politischen, — und die Aufstellung neuer Justizbehörden ist vorzüglich durch die allgemeine Gerichtsordnung vom 1. Mai 1781 veranlaßt worden.

Die Justiz-Gesetzgebung und Administration ist, so wie die politische, so viel möglich in allen Ländern des Kaiserstaates auf gleichen Fuß gestellt worden, was sehr große Erleichterung in der Geschäftsführung und Leitung, und auch für den Privaten bessere Einsicht in dieselbe bewirkt.

Der Wirkungskreis des Ministeriums der Justiz erstreckt sich auf alle Kronländer, mit Ausnahme der Militärgränze, und des Militär-Justizwesens.

Die Geschäfte der Justizbehörden theilen sich: in Verhandlungen über Civil-Processse und in Untersuchung und Urtheilsschöpfung in Strafsachen.

Für die Justizbehörden ist strenge Norm in der Geschäftsordnung, selbst im Detail der mündlichen und schriftlichen Pro-

*) II. 141. III. 129. V. 40. VI. 25.

zeßverhandlung nothwendig; — doch müssen nicht zu viele Formalitäten zur Geltendmachung der Rechtsansprüche vorgeschrieben werden, um nicht den Partheien unnöthige Last und Kosten aufzubürden und das Recht selbst unter Formalitäten erliegen zu machen.

Die höchste Behörde ist der Oberste Gerichtshof in Wien, der zugleich Oberstes Gefällsgericht ist, und die Entscheidung in Streit- und Strafsachen in letzter Instanz fällt.

Demselben unterstehen die Oberlandes-Gerichte (tribunali d'Appello) die in der Regel als zweite Instanz fungiren.

Gerichtshöfe erster Instanz sind: Die Landes-Gerichte (Tribunali provinciali), in den einzelnen Kronländern, Kreis-Gerichte, Comitats-Gerichte in Ungarn, die tribunali di prima istanza in Dalmatien. Endlich städtisch delegirte Bezirks-Gerichte (Stadtpräturen) (preture urbane), Landpräturen (preture foresi) erster und zweiter Klasse, Bezirksgerichte, die meistens mit den Bezirksamtern verbunden sind, Stuhlrichterämter in Ungarn, städtische Magistrate, dann Gemeinde-Vorstände.

Für Gefälls-Uebertretungen steht die Gerichtsbarkeit den leitenden Gefällsbehörden, in wichtigeren Fällen den Gefälls-Bezirksgerichten, im weitem Zuge den Gefälls-Obergerichten, in höchster Instanz: dem Obersten Gefälls-Gerichte in Wien zu.

Das Oberste Hofmarschall-Amt übt die Gerichtsbarkeit über die Mitglieder des Kaiserhauses, und über jene Personen, welchen die Exterritorialität zusteht — aus.

Die Handels-Gerichte sind theils selbstständige Gerichte, theils wird die Handelsgerichtsbarkeit von den Gerichtshöfen erster Instanz, unter Beziehung von Handelsstands-Mitgliedern, ausgeübt. Die Handelsgerichte werden da, wo es erforderlich ist, auch als See-Gerichte bestellt. Endlich sind noch Berggerichte aufgestellt.

Neben den Gerichtsbehörden besteht das Institut der

Staats-Anwaltschaft, * dessen Thätigkeit sich theils unmittelbar auf die Ausübung der Gerechtigkeitspflege in Strafsachen, theils auf die administrative Leitung der Justiz, auf die Theilnahme bei den praktischen Prüfungen zum Richteramte und zum Advokaten, und auf die Verbesserung und richtige Anwendung der Justizgesetze im Allgemeinen bezieht. Bei jedem Oberlandesgerichte wird ein Oberstaatsanwalt, bei den Landes-Gerichten werden Staatsanwälte, und wo es nöthig ist, auch Substituten bestellt.

Durch A. H. Entschließung vom 21. Jänner 1854, wurde die Einführung der Staats-Anwaltschaften im lombardisch-venetianischen Königreiche genehmigt.

Als Vertreter der Partheien bei gerichtlichen Verhandlungen dienen die Advokaten. Sie bilden Kammern, — in einem Oberlandesgerichts-Bezirke vereinigt.

Die Notare sind dazu aufgestellt, um auf Verlangen der Partheien Akte aufzunehmen, welche öffentliche Beweiskraft haben.

Organisirungen der Administrations- und Justizbehörden haben insbesondere in folgenden Kronländern stattgefunden.

Für das Königreich Ungarn wurde zufolge A. H. Entschließung vom 10. Jänner und 2. April 1853, und Ministerial-Erlaß vom 6. April 1854, die politische und Justiz-Administration unter die Oberleitung des Statthalters (Civil- und Militärgouverneurs) gestellt, und das Land in 5 Verwaltungs-Gebiete abgetheilt: 1. Pesth-Ofen mit 9 Comitatsbehörden, mit einem Oberlandes- und 9 Landes- und Comitats-Gerichten.

2. Oedenburg, mit 9 Comitatsbehörden, ferner mit einem Oberlandes- und 8 Landes- und Comitats-Gerichten.

3. Preßburg, mit 11 Comitatsbehörden, einem Oberlandes-, dann Landes- und Comitats-Gerichten.

4. Kaschau, mit 8 Comitatsbehörden, einem Oberlandes- und 8 Landes- und Comitats-Gerichten.

* III. 158.

5. Großwardein, mit 6 Comitatsbehörden, einem Oberlandes- und 5 Landes- und Comitats-Gerichten.

Die Handels-Gerichtsbarkeit wird theils von einem Handels- theils von Landes-Gerichten besorgt.

Die Berggerichtsbarkeit wird Landes-Gerichten zugewiesen.

Die Comitate theilen sich in Stuhlbezirke und städtische Magistratsbezirke.

Zufolge U. H. Entschließung vom 8. Juni, 28. Juli und 2. Oktober 1853, bildet die Serbische Voivodschafft mit dem Temescher Banate das Verwaltungsgebiet der Statthalterei zu Temeswar, und den Sprengel des daselbst befindlichen Oberlandes-Gerichtes. Sie ist in 5 Kreise, und diese sind in Bezirke abgetheilt. Es bestehen ein Landesgericht und 4 Kreisgerichte als erste Instanzen.

Zufolge Ministerial-Erlaß vom 3. Juni 1854, wurde die politische und Justiz-Administration der Königreiche Kroatien und Slavonien in folgender Art organisiert:

Dieselben bilden das Verwaltungsgebiet der Statthalterei zu Ugram, woselbst auch ein Ober-Landesgericht unter dem Namen Banaltafel aufgestellt ist.

Das Verwaltungsgebiet ist in 5 Comitate, diese sind in Bezirke abgetheilt. Es bestehen 4 Landes- und Comitats-Gerichte erster Instanz.

Das Großfürstenthum Siebenbürgen bildet das Verwaltungsgebiet der Statthalterei zu Hermannstadt und den Sprengel des daselbst bestehenden Oberlandesgerichtes. Es wird in 10 Kreise abgetheilt, in deren jedem ein Kreisamt mit einem Vorsteher aufgestellt ist.

Von den deutsch-slavischen Provinzen ist Böhmen bei der Eintheilung im Jahre 1849, in 7 Kreise und 79 Bezirke verblieben. Der Sitz des Statthalters ist in Prag. Oesterreich unter der Enns wird in 17 Bezirke, — Oesterreich ob der Enns in 12, — Salzburg in 3 Bezirke abgetheilt.

In Böhmen besteht ein Oberlandesgericht zu Prag —

ferner 13 Landesgerichte, worunter einige zugleich Berggerichte sind, — endlich 210 Bezirksgerichte.

In Oesterreich unter der Enns: ein Oberlandesgericht in Wien, 4 Landesgerichte, 81 Bezirksgerichte (wovon 8 in Wien).

In Oesterreich ob der Enns und Salzburg besteht: ein Oberlandesgericht zu Linz, 3 Landesgerichte, 70 Bezirksgerichte.

Unterm 7. Jänner 1854 haben Se. Majestät die Sistemisirung der Staats-Anwaltschaften in Nieder-, Ober-Oesterreich und Salzburg genehmigt.

Zufolge U. H. Entschließung vom 12. Jänner 1854, wurde die administrativ-gerichtliche Organisation des Herzogthums Steiermark genehmigt. Es wird in 3 Kreise, Graz, Marburg und Bruck an der Mur abgetheilt. Die Kreise sind in Bezirke eingetheilt. In Graz besteht ein Oberlandesgericht; ferner in erster Instanz Landesgerichte und Kreisgerichte.

Das Herzogthum Kärnthen hat ein zum Sprengel von Graz gehöriges Landesgericht zu Klagenfurt. Es wird in mehrere Bezirke abgetheilt. Die Bezirksämter besorgen die politische Verwaltung und die zuständige Gerichtsbarkeit.

Das Herzogthum Krain gehört gleichfalls zum Sprengel des Oberlandesgerichtes zu Graz, es wird in zwei Gerichtshof-Sprengel erster Instanz: zu Laibach und Neustadt, und in 30 Bezirke eingetheilt. In den Bezirken Laibach und Neustadt werden politische Bezirksämter errichtet. Die übrigen Bezirksämter haben die zuständige Gerichtsbarkeit und die politische Verwaltung gemeinsam zu versehen.

Für das Gebiet von Görz, Gradiska und Triest besteht eine Statthalterei zu Triest, für das Justizwesen: ein Oberlandesgericht ebendasselbst, ferner ein Handels- und See-gericht, 3 Landesgerichte und 30 Bezirksgerichte.

Durch Ministerial-Erlaß vom 4. April 1854, wurde die politische und gerichtliche Organisirung der Markgraffschaft Mähren, wo der Statthalter seinen Sitz in Brunn hat, die

Eintheilung in 6 Kreise, die Untereintheilung in Bezirke, die Aufstellung von einem Oberlandesgerichte in Brünn, und 6 Gerichtshöfen erster Instanz, ferner die Organisirung des Herzogthums Ober- und Nieder-Schlesien, welches zum Sprengel des Oberlandesgerichtes zu Brünn geschlagen, und in 22 Bezirke eingetheilt wurde, angeordnet.

Die administrativ-gerichtliche Organisation der Königreiche Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogthume Krakau und den Herzogthümern Aufschwiz und Sator, ist vorläufig mit Bekanntmachung vom Mai 1854, in folgender Art angedeutet worden:

Das Verwaltungsgebiet der Statthalterei in Lemberg soll den östlichen, 12 Kreise und 110 Bezirke umfassenden, das Gebiet der Landesregierung zu Krakau den westlichen Rayon von Galizien mit 6 Kreisen und 67 Bezirken einschließen. Die Hauptstädte Lemberg und Krakau werden der Statthalterei allein unterstellt. Oberlandesgerichte haben in Lemberg und Krakau zu bestehen. Dem ersten werden 6, dem zweiten 4 Landes- und Kreisgerichte als Gerichtshöfe erster Instanz untergeordnet. In der Bukowina, welche durch U. H. Entschlie-ßung vom 8. Oktober 1850 zu einem Kronlande gebildet wurde, welches zum Oberlandesgerichtssprengel von Lemberg gehört, und in 15 Bezirke abgetheilt werden soll, hat zu Folge U. H. Entschlie-ßung vom 24. April 1854, als Gerichtshof erster Instanz das Oberlandesgericht in Czernowiz zu bestehen.

Zu Folge Ministerial-Erlaß vom 6. Mai 1854, wurde die Organisirung der administrativen und Gerichtsbehörden der gefürsteten Grafschaft Tirol mit Vorarlberg vorgezeichnet. Dieselbe wird in 4 Kreise eingetheilt. Die Hauptstadt Innsbruck wird der Statthalterei unmittelbar untergeordnet. Die Kreise theilen sich in Bezirke. Dem für das Land aufgestellten Oberlandesgerichte zu Innsbruck werden das Landesgericht zu Innsbruck und 4 Kreisgerichte zugewiesen. Die politische Geschäftsführung wird theils von Bezirksämtern allein,

theils in Verbindung mit Gerichts = Amtshandlungen von denselben besorgt.

Dalmatien wird in 7 Präfecturen abgetheilt. Der Sitz des Statthalters ist in Zara. Es bestehen in diesem Lande: ein Oberlandesgericht, 4 Landesgerichte, 32 Bezirksgerichte.

Für die Lombardie besteht ein Oberlandesgericht zu Mailand, mit dem Senate zu Brescia und 9 Provinzial-Gerichten.

Für das Venetianische: ein Oberlandesgericht zu Venedig, mit dem Senate zu Verona und 8 Provinzialgerichte.

Zusammen 17 Landesgerichte und 160 Bezirksgerichte.

Durch Ministerial-Erlaß vom 30. April 1854, wurden die Uebergangsbestimmungen für die Wirksamkeit der neu organisirten Behörden vorgezeichnet.

Schon durch Hofdekret vom 7. September 1797, wurden die Finanzgeschäfte von den politischen getrennt, und wurde für die Ersteren eine eigene Hofstelle errichtet, welche nunmehr durch das Finanzministerium ersetzt ist.

IV. Finanzministerium. *

Die Leitung desselben ist gewiß von höchst wichtigem Einflusse auf alle Angelegenheiten des Staates, ja selbst auf die Erhaltung desselben, daher auch seine Aufgabe, selbst im gewöhnlichen Zustande, besonders aber bei dem steten Wechsel nicht vorherzusehender Ereignisse — höchst schwierig.

Das Finanzministerium soll die Einnahme des Staats mit den Ausgaben, auf welche alle Ministerien Einfluß nehmen, in das Gleichgewicht bringen. Die Einnahmen beruhen auf den Auflagen, welche immer als eine Belastung der Bevölkerung erscheinen. Die Schwierigkeiten liegen in der Repartition und in der Erhebungsweise. Die Repartition läßt sich kaum mit voller Gerechtigkeit durchführen, weil man oft den Maßstab, nur der leichteren Erhebungsart wegen, wählen muß. Die Steuer ist entweder eine persönliche oder Grundsteuer. Die gerechteste wäre die persönliche, nach Maß des jähr-

* II. 160. III. 280. IV. 11. V. 107. VI. 26.

lichen Einkommens; allein, wie wäre diese möglich bei einer Bevölkerung von 36 Millionen, wovon nur ein sehr geringer Theil die Größe seines Einkommens selbst im Vorhinein berechnen kann. Die Grundsteuer, welche nur auf Realitätenbesitzer entfällt, selbst bei der, viele Zeit und Kosten fordernden Errichtung von Katastern, doch immer nur ein beiläufiger Anhaltspunkt zur gerechten Steuer-Vertheilung, um so mehr, als der Grundertrag für einzelne Besitzer von Jahr zu Jahr bedeutend wechselt.

Indirekte Steuern und Gefälle, die nur der leichteren Erhebung wegen zur Erlangung zufälliger Einflüsse benützt werden, beruhen in keinem Falle auf einer Basis gerechter Vertheilung, daher sie auch von schwankendem Ertrage sind.

Die Geschäftsführung bei dem Ministerium ist in fünf Sectionen abgetheilt:

- I. Centralleitung der Finanzen.
- II. Direkte Steuern und indirekte Abgaben.
- III. Staatseigenthum, Staatsausgaben und Cassawesen.
- IV. Generaldirektion des Grundsteuerekatasters.
- V. Centralleitung des Münz- und Bergwesens.

Dem Ministerium unterstehen:

a) Die Finanz-Landes-Direktionen für Finanzgeschäfte überhaupt: zu Wien, Prag, Innsbruck, Prag, Brünn, Lemberg, Zara, Ofen, (mit fünf Abtheilungen) Agram, Temeswar, Hermannstadt, die Finanz-Präfecturen zu Mailand und Venedig.

b) Die Direktionen für die direkten Steuern: zu Linz und Salzburg, zu Klagenfurt, Laibach und Triest, zu Troppau, zu Krakau und Czernowitz.

c) Die General-Direktion des Grundsteuer-Katasters zu Wien.

d) Die Lotto-Gefälls-Direktionen zu Wien, Mailand und Venedig.

e) Die Tabakgefälls-Direktion zu Wien.

f) Das Central-Fazamt zu Wien.

g) Die Oberbergämter für die Verwaltung des Bergregale.
 h) Die Direktionen der Staats-, Berg- und Hüttenwerke, Salinen, und Montan-Fabriken.

i) Die Forst- und Montanlehr-Anstalten zu Schemnitz, Příbram, Leoben und Maria-Brunn.

k) Die Bergwerksprodukten-Verschleiß-Direktion in Wien.

l) Das Hauptmünzamt und die Graveur-Akademie zu Wien, die Münzämter in Prag, Kremnitz und Klausenburg — das Hauptpunzirungs-Amt in Wien, und die Punzirungsämter in den Provinzen, die Direktionen des Münz- und Punzirungswesens in Mailand und Venedig.

m) Die Direktionen der Dikasterial-Gebäude-Angelegenheiten, der Hof- und Staatsdruckerei in Wien, und der Papier-Manufaktur zu Schlägelmühl.

n) Die Central-Inspektoren der Finanzwache.

o) Die Direktion des Staatsschulden-Zilgungsfondes.

p) Die Präsektur des Monte Lomb. Veneto.

q) Die Staats-Centralkassa und die Hauptkassen in Wien, insbesondere: Das Universal-Cameral-Zahlamt, die Universal-Staatsschulden-, die Zilgungsfonds-, die Polizei- Hauptkassa, das Hofzahlamt, das Universal-Kriegszahlamt u. a. m.

r) Die Finanz-Prokuraturen zu Wien und in den Provinzial-Hauptstädten, welche die Rechte des Merariums und der öffentlichen Fonde zu wahren und zu vertreten haben.

Untergeordnete Behörden sind: Die Finanz-Bezirks-Direktionen, die Cameral-Bezirks-Verwaltungen, die Finanz-Intendanten in dem lombardisch-venetianischen Königreiche, die Verwaltungsämter der Staats- und Fondsgüter, Kreis- und Komitats-Beörden, Bezirks- und Stuhlrichterämter für die direkte Besteuerung — Haupt- und Neben-Zoll-Aemter, Straßen-, Wasser-, Brücken- und Linien-Mauthämter, Dazio-consumo — murato Aemter im lombardisch-venetianischen Königreiche — Salz-Niederlagen und Verschleißämter, die Tax- und Stempelämter, die Berg-Hauptmannschaften, Di-

striktual=Berggerichte und Berg=Commissariate, die Finanzwach=Inspektoren und Oberkommissäre.

Ueber die Geschäfte dieses Ministeriums kommen unter der Rubrik Staats=Haushalt nähere Daten vor.

V. Ministerium für Handel, für Gewerbe und öffentliche Bauten.

Handel, Schiff=Fahrt und Gewerbe gehören zu den vorzüglichsten Erwerbsmitteln der Bevölkerung. Der Handel breitet sich über alle Welttheile aus. Die Vervollkommnung der Industrie erhöht den Werth der umlaufenden, — schafft neue — Produkte, der Reichthum der Nationen wird dadurch ungemein erhöht, wie England das Beispiel gibt.

Das Bauwesen, welches eine bedeutende Umgestaltung der Oberfläche der Erde bewirkt, bleibende Wohnstätten für die Bevölkerung, Unterkunft für den Gewerbs- und Fabriks-Betrieb, für öffentliche Anstalten, Gottgeweihte Tempel, Monumente für Jahrtausende schafft, den Lauf der Flüsse regelt, die Communicationen durch Landstraßen und Eisenbahnen fördert, ist gleichfalls der Aufsicht und Mitwirkung dieses Ministeriums anvertraut.

Vereinigt mit demselben ist die Direktion der administrativen Statistik und die Central=Commission zur Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale, dann das Cours=Bureau.

In Bezug auf Handel, Schiff=Fahrt und Gewerbe ist die Erhaltung der Ordnung bei diesen Erwerbszweigen, die Vertheilung der Beschäftigung, die Bedingung der Concessionen, die Festsetzung der Gerechtsame für die einzelnen Klassen, — zum Augenmerk bei den zu treffenden Bestimmungen zu nehmen; aber nicht nach einseitigem Protectionsgeiste vorzugehen, und der Thätigkeit der zu diesem Betriebe sich wendenden Individuen möglichst freier Spielraum zu lassen.

Diesem Ministerium sind folgende Behörden untergeordnet:

a) Die österreichischen Consularämter im Auslande,

in Bezug auf Handels- und Schifffahrts-Angelegenheiten, die nicht in diplomatischer Beziehung stehen.

b) Die Central-Seebehörde zu Triest, welche über das Schifffahrtswesen, so ferne es nicht zur Kriegsmarine gehört, die Aufsicht führt. Mit derselben in Verbindung stehen: Die Hafen-, die See-Sanitäts-Ämter, Deputationen, Expositionen und Lazareths-Ämter zu Triest, Pirano, Rovigno, Lussin piccolo, Venedig, Poveglia, Chioggia, Ragusa, Curzola, Gravosa, Zara, Sebenico, Spalato, Lesina, Lissa, Megline, Fiume, Martinschizza, Buccari, nebst den untergeordneten Agentien.

Zum Personalstand der Central-Seebehörde gehören: 2 Ober-Inspektoren, ein technischer und ein nautischer, — ferner sind exponirte Inspektoren zu Venedig, Fiume und Ragusa.

c) Die General-Inspektion über die Kommunikations-Anstalten. An der Spitze derselben steht ein technischer und ein administrativer Vorstand zu Wien. Unter deren Leitung sind Kommissäre in den einzelnen Provinzen

d) Die Central-Direktion für Eisenbahnbauten in Wien, und für die Eisenbahnen im lombardisch-venetianischen Königreiche in Verona.

e) Die Betriebs-Direktionen der Staats-Eisenbahnen zu Wien und Graz für die südliche, zu Prag für die nördliche, zu Pesth für die südöstliche, zu Krakau für die östliche Eisenbahn — zu Verona für die lombardisch-venetianische Eisenbahn.

f) Die Post-Direktionen für jede Provinz, für Ungarn nach 5 Abtheilungen; die Ober-Post-Direktion für Mailand und Venedig zu Verona — dann die untergeordneten Postämter und Expeditionen.

g) Das Central-Telegraphen-Amt in Wien, wo in der k. k. Hofburg, bei dem Ministerium des Aeußern, und jenem des Innern, — beim k. k. Armee-Oberkommando, — und bei der Obersten Polizeibehörde Telegraphen aufgestellt sind, fer-

ner die Telegraphen = Aemter in den Provinzen, deren 58 in der Zahl.

h) Die Alerarial Porzellan = Fabrik zu Wien.

i) Die Landesbau = Direktionen, die in jedem Kronlande im Verhältnisse der Unterordnung unter dem Statthalter desselben sind.

In Ungarn bestehen dieselben in 5 Abtheilungen. In Mailand und Venedig sind Provinzial = Bauämter und das technische Amt für die Regulirung der Brenta und des Bachiglione zu Padua — dann die Central = Commission für die Theißregulirung zu Pesth.

Den Landes = Baubehörden untergeordnet sind die Kreisbauämter.

Für sämtliche Bau = Direktionen und Aemter bestehen eigene, von denselben unabhängige Rechnungs = Abtheilungen.

k) Die Handels = und Gewerbskammern, welche nach dem Ministerial = Erlasse vom 26. März 1850 die Organe sind, durch welche der Handels = und Gewerbestand seine Anliegen dem Ministerium vorträgt, und die Bemühungen des letztern zur Förderung des Verkehrs unterstützt.

Es sind gegenwärtig deren 60 im Umfange der Monarchie.

Die österreichische Handelsmarine bestand am Schlusse des Jahres 1852, aus 551 größern Schiffen zu 175.538 Tonnen, und 260 Küstenfahrern zu 26.606 Tonnen. 9 dieser Fahrzeuge waren in Griechenland erbaut. Mehrere sind im Besitze von griechischen Kaufleuten. Der größte Schiffsrheder in ganz Oesterreich ist ein Grieche, A. Kallis, in Triest, der 13 Schiffe unter österreichischer Flagge zu 670 Tonnen besitzt.

Die Donau Dampfschiffahrts = Gesellschaft hatte im Jahre 1852 ein Actienkapital von 10,306.425 fl., sie hatte 58 Dampfschiffe, 195 Schleppschiffe.

Die Betriebseinnahmen waren: 6,190.133 fl.

Die Auslagen 4,200.638 fl.

Zins und Dividende waren in diesem Jahre die höchsten: mit 12 Procent.

Ich glaube hier die Verfügungen im Zollwesen (obgleich sie zum Bereiche des Finanz-Ministeriums gehören) aufnehmen zu sollen, weil sie mit dem Handels- und Schiffahrtswesen in nächster Berührung stehen, daher auch die Verträge mit fremden Staaten über beide Angelegenheiten gemeinschaftlich abgeschlossen werden.

Unter den Gefällen nehmen die Zölle eine vorzügliche Stelle ein. Sie haben wichtigen Einfluß auf Ackerbau, Gewerbe und Handel, so daß sie zum Theile selbst als Beförderungsmittel in dieser Beziehung angesehen werden können. Die Einhebung und Ueberwachung erfordert ausgebreitete, sehr kostspielige Anstalten, Aemter und Magazine. Sie sind alten Ursprungs, in allen Staaten eine ergiebige Quelle des öffentlichen Einkommens, indessen sind in verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten sehr differente Systeme in der Bemessung der Gebühren und Bildung der Zolltariffe zum Anhaltspuncte genommen worden, deren Ausarbeitung zu den schwierigsten Arbeiten gezählt wurde, und bei welchen fortwährende Aenderungen in kurzem Zeitraume eintreten mußten. Die Codices der österreichischen Gesetzgebung liefern viele Beispiele hierzu.

Die gegenseitige Stimmung der aneinander grenzenden Nationen wird gleichfalls durch die Zollverfassung berührt, daher vielfältige Staatsverträge hierüber abgeschlossen werden.

Der deutsche Zoll- und Handels-Verein wurde durch Vertrag vom 4. April 1833 auf 12 Jahre vom 1. Jänner 1834 bis Ende 1866 erneuert. Mit demselben trat von dem gleichen Zeitpunkte der Steuerverein (zwischen dem Königreich Hannover, Großherzogthum Oldenburg und Fürstenthum Schaumburg-Lippe) in Verbindung. Der so erweiterte Verein schloß sich dem zwischen Oesterreich und Preußen unterm 19. Februar 1833 abgeschlossenen Zoll- und Handelsvertrage an, welchem auch Parma und Modena beigetreten

waren, wornach über 70 Millionen Menschen an dieser Einigung Theil nahmen.

In Folge des österreichisch = preussischen Handelsvertrages wurden nach U. S. Entschliessung vom 26. Mai 1853 die Einrichtungen des Zollvereins bezüglich der Organisation der Zollämter und der Grenzbewachung im Freihafengebiete von Triest und dem Grenzbezirke vom 1. Februar 1854 an eingeführt, und es wurde hiernach die Leitung des Hauptzollamtes in Triest, die Ueberwachung des Freihafengebietes, und die Leitung der Finanzwache, dem Oberamts-Direktor des Triester Hauptzollamtes anvertraut.

Um Uebereinstimmung in den Zolltariffen zu bewirken, wurden die Gebühren in Oesterreich in Papiergelde mit Rücksicht auf die Course gegen Silbermünze von Monat zu Monat * bemessen, und zwar:

im Monat März 1854 mit 125½ gegen 100 fl. Silber.

" " April " " 129½ " "

" " Mai " " 135 " "

" " Juni " " 135 " "

" " Juli " " 135 " "

Vom August 1854 an waren sie zu Folge Ministerial-Erlass vom 4. Juli blos in Silbermünze zu entrichten.

Zur dießfälligen Erleichterung wurde auch die Annahme einiger fremden Münzen, zu Folge Ministerial-Erlasses vom 4. Juli 1854 zu einem bestimmten Werthe gegen Conventions-Münze gestattet. Insbesondere wurden in Bezug auf die in Deutschland kursirenden Münzen: Die Zollvereinsmünze zu zwei Thaler zu 2 fl. 51 kr., der Thaler des 14 Thalersfußes zu 1 fl. 25½ kr., der Gulden des 24½ Guldenfußes zu 49 Kreuzer annehmbar erklärt.

In Gemäßheit des neuen Zollverfahrens im Jahre 1854 werden in der österreichischen Monarchie 496 Zollämter zu bestehen haben.

* VI. 12.

Der Grenzzug der österreichischen Monarchie (ohne das adriatische Meer) erstreckt sich auf 885 österreichische Meilen; davon entfallen auf die südöstlichen Grenzen gegen die Türkei 324, gegen Rußland (mit Pohlen) 149, zusammen 473 Meilen. Diese Länder bringen vorzüglichen Gewinn für den Handel Oesterreichs, weil sie auf einer niedrigeren Culturstufe gegen letzteres stehen.

Der neue Zolltarif, welcher mit 1. Jänner 1854 in Wirksamkeit trat, hat durch Ermäßigung der Einfuhrszölle zwar die fremde Wirthbewerbung in vielen Handelsartikeln erleichtert, aber auch der inländischen Industrie in dem Bezuge vieler Roh- und Hilfsstoffe sowohl, als bei der Ausfuhr aller Manufaktur-Erzeugnisse vielen Vorschub gegeben.

Großer Vortheil wurde dem Handel durch die mit dem Zollvereinsvertrage vom Februar 1852 geschehene Einführung des neuen Freilager systems in Oesterreich gewährt, zu Folge dessen alle Waaren, (mit Ausnahme von Verzehrungsgegenständen) welche aus dem einen Staate auf Märkte und Messen des andern gebracht oder auf ungewissen Verkauf dahin versendet aber nicht in den freien Verkehr gesetzt, sondern unter Controll der Zollbehörden in öffentlichen Niederlagen bewahrt, und binnen 6 Wochen unverkauft zurückgeführt werden, von allen Ein- und Durchgangs-Abgaben befreit sind.

Am 2. Mai 1854 wurde ein Handels- und Schiffsfahrts-Vertrag zwischen Oesterreich und Belgien abgeschlossen.

Weiderseitigen Schiffen wird die gleiche Behandlung wie dem nationalen Schiffer, und insbesondere die Gleichheit im Betreff der Werthsabgaben zugesichert.

Solche Handels- und Schiffsfahrts-Verträge, zur Erleichterung der Communication durch gleiche gegenseitige Behandlung, waren auch in früheren Jahren von Oesterreich geschlossen worden. *) Insbesondere mit der Pforte unterm 24. Februar 1784, — mit den Freistaaten von Nordamerika, un-

term 27. August 1829, — mit Marocco, im Jahre 1805, dann neuerlich unterm 29. Oktober 1830, — mit Großbritannien unterm 21. Dezember 1820, und 3. Juli 1838, — mit Schweden und Norwegen unterm 1. April 1831, — mit Dänemark unterm 12. Februar 1834, — mit Rußland, über die Schifffahrt auf der Donau, unterm 5. September 1840.

Zur Belebung der Industrie und des Handels und zur Vervollkommnung der Gewerbs- und Kunst-Produkte dienen die Industrie- und Kunst-Ausstellungen in Wien und in den Hauptstädten fremder Länder, die auch von Oesterreich beschickt werden.

Die Anmeldungen zur Pariser Agrikultur- und Industrie-Ausstellung für das Jahr 1855 haben sich aus der österreichischen Monarchie auf 1600 belaufen.

Zugleich als Quelle der Staatseinnahmen und als Hilfsmittel für den Handelsverkehr dienen die Posten, Straßen, Eisenbahnen und Telegrafen.

In Bezug auf die Posten sind in neuerer Zeit Verträge abgeschlossen worden.

Am 26. April 1852 ein Postvertrag mit der schweizerischen Eidgenossenschaft, welcher eine Menge für den Correspondenz- und Transportverkehr erleichternde Bestimmungen enthält. Später ist auch eine, zwischen den Staaten des deutschen Bundes einerseits, und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits * vereinbarte Uebereinkunft hinzugegetreten, welche dem oben erwähnten Vertrage als integrierender Theil angehört, und wodurch ein abgeschlossenes Ganzes gebildet wird.

Höchst wichtige Unternehmungen in Bezug auf die Erleichterung der Communicationen, und insbesondere auf die Beförderung des Handels, sind die, in neuerer Zeit angelegten Eisenbahnen, die zugleich als Hilfsmittel für die öffentliche Aufsicht, und die Verfügungen der Behörden, insbesondere die

* VI. 13—14.

militärischen Dispositionen von unberechenbaren Vortheilen sind. Die Ausführung der Baue, die Anschaffung der Betriebsmittel, sind zwar Anfangs mit großen Kosten verbunden, allein sie rentiren sich reichlich in der Folge.

Die Eisenbahnen * wurden in Oesterreich früher nicht nach einem bestimmten Plane, in Bezug auf die Reihenfolge der Anlage, und den wechselseitigen Anschluß, sondern nur nach Maß des Bedürfnisses der Communication auf einzelnen Strecken, und bei sich ergebender Gelegenheit, theils von Privaten, theils vom Staate in Bau genommen. So entstand die *Einz=Budweiser=Eisenbahn* im Jahre 1825, als der erste auf dem Continente erbaute Schienenweg. Im Jahre 1841 fand sich die Regierung veranlaßt, Eisenbahnen auf Staatskosten zu erbauen.

Die österreichischen Eisenbahnen ** stehen jedoch hinter den Preussischen, Englischen, und Amerikanischen noch zurück, und es verzinsten sich dieselben im Jahre 1852, wo das in ihnen damals angelegte Kapital zu 157,925,811 fl. angeschlagen werden konnte, im Durchschnitte nicht höher als zu 2 Procent, die *Ferdinands=Nordbahn* lieferte in der Folgezeit ein Erträgniß von 12 Procent, die *Gloggnitzer=Bahn* von 8 Procent.

Am Schlusse des Jahres 1852 besaß Oesterreich 265½ österreichische Meilen, Preußen 881 preussische Meilen an Lokomotiv-Bahnen.

Die Privat=Eisenbahnen bedurften nach den Gesetzen vom 29. Dezember 1837 und 18. Juni 1838, zuerst einer vorläufigen Bewilligung zur Bau=Unternehmung, und erhielten erst nach gehörigen Vorbereitungen in angemessener Zeitfrist, die definitive Concession zur Ausführung. Die Dauer der Concession war in der Regel auf 50 Jahre festgesetzt, nach deren Ablauf das Eigenthum an der Eisenbahn selbst, an dem Grund und Boden und den Bauwerken, ohne Entgelt an den Staat übergehen sollte.

Die *Gloggnitzer=Eisenbahn* wurde sammt den bei-

den Flügelbahnen nach Larenburg und Ragelsdorf, zu Folge Vertrages vom 4. August 1853, den Staats-Eisenbahnen vom 1. Oktober an — einverleibt.

Mit der Ferdinand-Nordbahn-Gesellschaft wurde, in Folge U. S. Entschließung vom 20. März 1853, ein Vertrag von Seite der Staatsverwaltung abgeschlossen. Die Gesellschaft wurde von der Verpflichtung zum Ausbau der Bahn von Oswieczim nach Bochnia und der Flügelbahnen nach den Salzmagazinen enthoben. Sie machte sich dagegen verbindlich, die Eisenbahnstrecke von Oderberg nach Oswieczim, und die Flügelbahnen nach Troppau und Bielsk, längstens bis 4. März 1856 auszubauen. Sie überläßt der Staats-Verwaltung die Eisenbahnstrecke von Marchegg bis zur österreichisch-ungarischen Gränze.

Nach der Eisenbahn-Zeitung * waren mit Ende des Jahres 1852 folgende Staats-Eisenbahnen in Oesterreich im Betriebe:

Länge Meilen	Einnahmen	Betriebs- Ausgaben	Ueberschuß	Anlage-Kapital	Pro- cente
Nördliche Bahn:					
62	4,179.194	3,051.867	1,127.327	43,168.601	2.61
Südliche Bahn:					
41½	3,212.312	2,362.872	849.440	33,781.133	2.51
Südöstliche Bahn:					
43½	3,250.371	2,207.063	1,043.308	22,970.064	4.54
Westliche Bahn:					
9¼	192.200	143.515	48.685	2,977.650	1.66
156¼	10,834.077	7,765.317	3,068.760	102,897.448	

Das Gesamt-Kapital, das in den Staats-Eisenbahnen, mit Inbegriff des Fundus instructus, der Bau-Auslagen, der Ablösungen u. s. w. niedergelegt ist, belief sich zu Ende des Jahres 1853 auf 202,851.924 fl.

Am 17. Juli 1854 wurde die merkwürdige Strecke der

* Otto Hübner's Nachrichten aus dem Gebiete der Staats- und Volks-Wirtschaft. II. Band. p. 3. Berlin 1853.

Südeisenbahn über den Semmering zur allgemeinen Benützung eröffnet.

Die neuesten Eisenbahn-Baue sind: Die Strecken von Fegyehaza bis Szegedin, und von Verona bis Brescia.

Ein großartiges Unternehmen wurde versucht, um Silbergeld ins Land zu ziehen und die allmähliche Erhebung des Papiergeldwerthes bis zum vollen Silberwerthe zu bewirken.

Die Staats-eisenbahnen sollten an eine Gesellschaft von Kapitalisten in Frankreich, auf 90 Jahre zum Betriebe gegen Bezahlung von 65,400,000 fl. in Münze und nebstdem 14 Kohlen- und Eisengruben und 156.719 Joche an Staatsforsten, gegen Bezahlung von 11,550,000 fl. zur Benützung, — zusammen gegen 77,000,000 fl. C. M. oder gegen ein Kapital von 200 Millionen Franks überlassen werden, welches in drei Jahresfristen erlegt, und der Ausbau der noch nicht vollendeten Bahnstrecken übernommen werden sollte, wogegen ihr ein fünfprocentiger Ertrag garantirt wurde.

Wie verlautet, ist der Vertrag hierüber zu Ende des Jahres 1854 abgeschlossen worden. Auch die Wien-Naaber Privateisenbahn soll von dieser Gesellschaft um den Preis von 12½ Millionen Franks angekauft worden sein.

Die zur neunzigjährigen Verpachtung angetragenen Eisenbahnen in Oesterreich sind:

a) Nordbahn von Olmütz und Brünn nach Bodenbach, bis Ende 1853 waren für dieselben ausgegeben 44,677,144 fl. Im Rechnungsjahr 1852 waren die Mehreinnahmen über die Ausgaben: 1,127,327 fl. b) Südostbahn von Marchegg nach Debrezin: Ausgaben bis Ende 1853: 26,245,127 fl. c) Bahn von Oraviza nach der Batschka. Dieselbe ist noch nicht vollendet. Zu Ende des Jahres 1854 haben Se. Majestät angeordnet, daß nach einem wohldurchdachten Plane in angemessener Zeitfrist ein Eisenbahn-Netz über den ganzen Umfang der Monarchie zur Ausführung gebracht werde. Der Plan hierüber ist mit einer Karte erschienen.

Durch das Eisenbahn-Netz wird die Oesterreichische Monar-

die mittelst dreier Hauptlinien von Osten nach Westen, und eben so vieler von Süden nach Norden durchschnitten, und es werden die wichtigsten Orte der Monarchie, nicht nur unter sich, sondern auch mit dem Auslande verbunden. Wien bildet den Knotenpunct, wo alle Schienenwege strahlenförmig zusammenlaufen; insbesondere sollen alle Provinzial-Hauptstädte, alle Festungen, alle Haupt-Gränzpuncte des Reiches in die Eisenbahn-Linien gezogen werden. Vorzügliche Rücksicht soll auf die südöstlichen Schienenstraßen genommen, die türkischen Nachbarländer sollen durch drei aus einander laufende Bahnen mit den Oesterreichischen Grenzländern, Fiume als vorzüglicher Seehafen und Schiffsbauplatz, soll mit Triest in unmittelbare Verbindung gebracht werden; die Lomb.-Venet.-Bahnen werden in zwei Richtungen, gegen die Schweizerischen, und in drei gegen die italienischen Gränzen laufen. Die von Prag über Pilsen an die bairische Gränze zu führende Linie wird die kürzeste Verbindung zwischen dem Osten und Westen von Europa herstellen.

Privat-Unternehmungen sollen sich auch bei diesen Bauen betheiligen, und vom Staate unterstützt werden.

Die Vollendung des Reges soll binnen zwanzig Jahren mit einem Kostenaufwande von 400 Millionen Gulden erfolgen.

Die Gesammtlänge der österreich. Eisenbahnen wird, nach Vollendung des Reges, 1240 Meilen betragen.

Von den Fortschritten in den practischen Wissenschaften in neuester Zeit gibt die Erfindung der wunderbaren Telegraphen Zeugniß, durch welche nach kurzem Zeitverlaufe eine unsichtbare Verbindung hergestellt wird, um mit Bligesschnelle die Correspondenz vom Osten zum Westen, vom Norden zum Süden von Europa, bis in's Meer hinaus, führen zu können, was für die öffentliche Verwaltung und für den Privat-Verband von großem Vortheile ist.

Die Telegraphen sind in Oesterreich eine Staatsanstalt. Im Jahre 1853 wurde diese um 112 Meilen erweitert, so daß sich die Gesammtlänge auf ungefähr 660 Meilen belief. Mit

Ausnahme von Zara sind alle Hauptstädte der Kronländer durch Telegraphen mit Wien in Verbindung.

Die Verbindung mit Deutschland wird durch den deutsch-österreichischen Telegraphen-Verein vom 2. September 1850 erhalten.

In Bezug auf die Post- und Telegraphen-Verbindung sind unterm 28. September 1853 Verträge zwischen Oesterreich und Sardinien abgeschlossen worden.

Die Telegraphen-Linien hatten im Jahre 1853 eine Ausdehnung von 662 Meilen.

Die Einnahmen betrugen im J. 1852 . . . 199,569 fl.

Dazu für die Beförderung der Staatsdienste 200,000

399,569

Ab: die Ausgaben pr. 301,286

Bleibt Ueberschuß 98,283 fl.

Im Jahre 1853 wurden verwendet:

Zum Eisenbahnbau: 14,067,959 fl. CM.

Zur Erweiterung der Eisenbahn-Be-

triebs-Mittel 5,553,000

Zur Einlösung von Privateisenbahnen 1,459,785

Zum Telegraphenbau 338,276

21,419,020

VI. Ministerium für Cultus und Unterricht.

Die geistige und moralische Kraft der Nation wird durch den Cultus und Unterricht gefördert. Wie der einzelne Mensch durch diese Hülfsmittel, wenn er vom Knaben- zum Mannesalter fortschreitet, in Umsicht und Thätigkeit sich erhebt, so erhalten rohe Völker durch die wissenschaftliche Bildung einen Aufschwung, der ihre Macht steigert, die Sicherheit und Ruhe befestigt, und ihnen ein Uebergewicht gegen die hierin zurückbleibenden Nachbarvölker gewährt.

In Bezug auf Religionsachen hat die Regierung jener Religion, welche als die herrschende proklamirt wird (was

in Oesterreich bei der katholischen der Fall ist) mit der auch die Staatsverfassung im Verbande steht, vorzügliche Verehrung zu bezeigen, aber auch anderen Religionen, die zwar in Glaubenssachen differiren, jedoch die Moralität nicht gefährden, Schutz und Obforge angedeihen zu lassen, — jedenfalls aber Intoleranz und Gewissenszwang zu vermeiden, — was auch vom Ministerium bisher im Auge gehalten worden sein dürfte.

Für den Unterricht und dessen Stufengang, — für die Wahl der Lehrer und Lehrbücher, für die Gründung der öffentlichen und Privat-Lehr- und Erziehungs-Institute, sind zweckmäßige Verfügungen getroffen worden. Es soll hierüber strenge Aufsicht geführt, jedoch nicht in pedantischer Weise vorgegangen, der freien Wahl in den Studien für lernbegierige Jünglinge, — und in den Vorträgen für ausgezeichnete Lehrer, so wenig als möglich, Hindernisse gelegt werden.

Die Verhandlungen in Religions- und Unterrichtssachen sind in Oesterreich, — unter der Oberleitung des Ministeriums, — den politischen Landesbehörden, — in den einzelnen Kronländern den ihnen untergeordneten Kreis- (Comitats-) Behörden und den Bezirks- (Stuhlrichter-) Aemtern anvertraut.

Die Wirksamkeit des Ministeriums für Cultus und Unterricht erstreckt sich über alle Bildungs-Anstalten des Reiches. Nur sind davon ausgenommen: Die orientalische Akademie, welche dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, — die montanistischen, landwirthschaftlichen und Forst-Lehranstalten, welche dem Ministerium des Innern und der Finanzen, und die militärischen Bildungs-Anstalten, welche dem Armee-Oberkommando zugewiesen sind. Die Leitung der kirchlichen Angelegenheiten besorgen die Erzbischöfe und Bischöfe, und zwar: 12 Erzbischöfe und 61 Bischöfe der römisch-katholischen, ein Erzbischof und 6 Bischöfe der griechisch-katholischen, ein Erzbischof der armenischen, und ein Erzbischof und 10 Bischöfe der griechisch nicht-unirten Kirche; sie werden dabei von ihren Consistorien oder Capiteln unterstützt.

Ihre Diöcesen sind dann wieder in Bezirks-Vicariate und Decanate, und diese in Pfarreien und Lokal-Caplaneien eingetheilt.

Für die geistlichen Angelegenheiten der protestantischen Kirche bestehen zwei landesfürstliche Consistorien; eines für die augsbургische und eines für die helvetische Confession zu Wien, dann das Ober-Consistorium zu Herrmannstadt für augsburgische, und jenes zu Klausenburg für die helvetischen Glaubensgenossen. Untergeordnete geistliche Behörden sind die Superintenden ten, und zwar 10 der augsburgischen und 8 der helvetischen Confession, die wieder in Seniorate (in Siebenbürgen, in Decanate der lutherischen Confession) zerfallen. Unter diesen stehen die Pastoren und Prediger.

Zu Folge einer provisorischen, im Juli 1854 erlassenen Verordnung können sich die Presbyterianer auf Einladung und unter Vorsitz eines Pfarrers versammeln. Versammlungen der ganzen Gemeinde (große Lokal-Convente) Senioral-Convente, Superintendenzial-Convente, dürfen nur im Beisein eines landesfürstlichen Commissärs abgehalten werden. Die Unitarier (Socinianer) haben einen Superintenden ten zu Klausenburg, der zugleich der Präses der beiden Consistorien ist, welche die geistlichen und Schulangelegenheiten dieser Kirche zu leiten haben.

Die kirchlichen Angelegenheiten der Israeliten werden von den Rabbinaten besorgt.

Die vorzüglichsten Anstalten für den Unterricht sind: Theoretische Staatsprüfungs-Commissionen.

Die akademischen Senate der Universitäten zu Wien, Prag, Innsbruck, Olmütz, Krakau, Lemberg, Padua, Pavia und Pesth.

Zu bemerken ist, daß die Universität in Wien, als liberale Studienanstalt durch Privilegium des Herzog Albert III., vom Jahre 1384, erklärt, daß ferner unter Kaiser Ferdinand II., durch Dekret vom 21. Oktober 1622, das Collegium der Gesellschaft Jesu derselben incorporirt wurde. Ferner:

Die theologischen Diöcesan- und Hauslehr-Anstalten.

Das höhere Bildungs-Institut zum heiligen Augustin für Westpriester in Wien.

Die evangelischen, griechisch-nichtunirten und protestantischen theologischen Lehr-Anstalten.

Die Rechts-Akademien in Ungarn, Kroatien und Siebenbürgen.

Die medizinisch-chirurgische und Hebammen-Lehranstalten.

Das Thierarznei-Institut.

Das politechnische Institut zu Wien und die technischen Institute in den Provinzen.

Die Handels- und nautische Akademie zu Triest und nautische Schulen in Seestädten.

Für das Gymnasial-Studium: Prüfungs-Commissionen für die Gymnasial-Lehramts-Candidaten und 240 Gymnasien.

Zufolge U. H. Entschließung vom 6. Dezember 1854 sind die vormals bestandenen zwei philosophischen Jahrgänge mit dem sechsjährigen Gymnasial-Studium zu verbinden, wornach künftig ein achtfähriger Gymnasial-Studienkurs zu bestehen hat.

Für das Real-Schulwesen: Prüfungs-Commissionen für Lehramts-Candidaten.

12 vollständige Realschulen-Direktionen.

7 selbstständige Unter-Realschulen-Direktionen.

Für das Volks-Schulwesen: Normal-Haupt- und andere Haupt- und Unter-Real- und nautische Schulen, dann Mädchen-Schulen in sämtlichen Provinzen 535 an der Zahl, unter eigenen Direktoren. Präparandien in Ungarn und Serbien, Trivialschulen für Mädchen und Knaben unter Aufsicht der Seelsorger, Schulbücher-Verschleiß-Direktionen in Wien und Prag.

Spezial-Schulen und anderwärtige Bildungs-Anstalten: Die Akademien der schönen Künste zu Wien, Mailand und Venedig.

Die Institute der Wissenschaften in Mailand und Venedig.

Das Musik=Conservatorium in Mailand.

Die Taubstummen= und Blinden=Institute in Wien und den Provinzen.

Die Konvikte in den verschiedenen Kronländern.

Militär=Akademien und Bildungs=Anstalten.

Die Bergwerks=Akademie zu Schemnitz und andere montanistische Schulen.

Die k. k. Forstlehr=Anstalt zu Mariabrunn.

Die höhere landwirthschaftliche Lehr=Anstalt zu Ungarisch=Altenburg.

Die öffentlichen Bibliotheken.

Das k. k. Armee=Ober=Commando. Das Militär ist die materielle Stütze der Regierung. Die Kraft des Staates im Innern und Aeußern beruht auf dem Heere.

Ich erlaube mir hier eine Stelle aus der Einleitung zum Codex Austriacus vom Jahre 1704 anzuführen: „Die beede Säulen durch welche der Politische Himmel zu Erhaltung des Universi unterstützt ist, seynd die Gesäße und die Waffen, deren eines ohne dem andern, ohne beeden aber das Gemeinwesen nicht bestehen mag.“

Die Erhaltung des Militärs erfordert große Kosten, aber sie sind lohnend, und nicht unerschwinglich — bei zweckmäßiger Organisirung und Einschränkung auf den wirklichen Bedarf. Durch entsprechende Maßregeln in dieser Beziehung, wird das Ansehen des Staates, und selbst der Friedensstand aufrecht erhalten.

Die Militär=Verfassung und Verwaltung unterliegt immer den größten Veränderungen. Nicht nur der Ausbruch von Kriegen, sondern auch Vorsichten und Präventiv=Maßregeln in Friedenszeiten, führen oft eine Vermehrung des Truppenstandes herbei, die sich von den ordentlichen Einnahmen nicht bestreiten läßt, die Verpflegungskosten erhöht, und zu Finanz=Operationen von weitaussehenden Folgen nöthigt.

Mit 1. Mai 1854 wurde der, durch die Revolution herbeigeführte, Belagerungs=Zustand in den ungarisch=

siebenbürgischen Provinzen, und im lombardisch-venetianischen Königreiche aufgehoben, und der Truppenstand durch ein halbes Jahr um 150,000 Mann vermindert; allein, in der Folge fand wieder Zuwachs statt, die fortwährenden Bewegungen der Truppen, das steigende Silber-Agio, die Erhöhung der Verpflegskosten — vermehrten fortwährend den Militäraufwand.

Die innere Organisation des Militärs und des Truppenstandes in der Monarchie, unterliegen zu vielen Veränderungen, und sind zu sehr außer dem Bereiche meiner Kenntnißnahme, um eine Uebersicht hiervon liefern zu können.

Die bedrohlichen Verhältnisse an den Gränzen der österreichischen Monarchie bei dem Ausbruche des russisch-türkischen Krieges, hatten die mit U. S. Entschließung vom 15. Mai 1854 angeordnete Rekruten-Aushebung von 95,000 Mann zur Folge, welche binnen zwei Monaten zu Stande kam, wornach bedeutende Truppen-Aufstellungen in den nord- und südöstlichen Ländern der Monarchie verfügt wurden.

Das Armee-Oberkommando besteht aus vier Abtheilungen:

- a) Der rein militärischen,
- b) der operativen,
- c) der administrativen,
- d) jener für die Militär-Bildungs-Anstalten.

Dem Armee-Oberkommando untergeordnet sind:

Die General-Artillerie-Direktion.

Die General-Genie-Direktion.

Der General-Quartiermeisterstab.

Das Marine-Oberkommando zu Triest.

Die gesammte Heeresmacht ist in vier Armee-Commanden und zwei Gouvernements eingetheilt; und zwar:

Armee-Commanden zu Wien, Verona, Ofen und Lemberg, Gouvernements a) für das Banat und die Wojwodina, b) für Croatien, Slavonien und Dalmatien.

Unter den Armee-Commanden stehen die Militär-Commanden in den einzelnen dazu gehörigen Provinzen.

Platz- und Festungs-Commanden bestehen in 123 Plätzen.

Die österreichische Kriegsmarine besaß Ende 1853 104 Schiffe und Fahrzeuge mit zusammen 781 Kanonen. Mit 1. November 1851 trat die neue Organisation des österreichischen Marine-Oberkommando in Wirksamkeit.

Unterbehörden für die einzelnen Verwaltungszweige sind: Die Monturs-Oekonomie-Commissionen, die Oberdirektion der Feuergewehr-Fabriken zu Wien und Steier, die Beschaff- und Remontirungs-Departements — und die Aerial-Militär-Gestützte, — das Militär-Equitations-Institut zu Wien, und das Militär-Commando am Thierarznei-Institute daselbst, die Verpflegsdirectionen und Magazins-Verwaltungen, dann die Feldkriegs-Commissariate (welche zugleich die Revision der Rechnungen und Einkontrirung der Kassen besorgen), die Direction des militärisch-geographischen Institutes, die Leitung der militärischen Bildungs-Anstalten und Erziehungshäuser, die Verwaltung der Invalidenhäuser.

Das Universal-Kriegs-Zahlamt übernimmt jährlich die Militär-Dotation, und theilt damit die untergeordneten Zahlämter und Kriegskassen. Bei den Regimentern, Corps u. s. w. bestehen eigene Kassen, aus welchen die Verpflegs- und sonstigen Gelder erfolgt werden.

Die Militär-Universal-Depositen-Administration hat die Aufbewahrung der gerichtlich zu deponirenden Gelder und Effecten zu besorgen.

Für das Sanitätswesen bestehen: Die oberfeldärztliche Direction zu Wien, und die Directionen bei den Armee-Commanden und Gouvernements, die permanente Feldsanitäts-Commission — die Stabsärzte, Regiments-Feldärzte, Ober-Feld- und Wundärzte, die Militär-Medikamenten-Regie, militärische Inspektionen in den Kurorten, die Contumaz-Anstalten an der Gränze gegen die Türkei, die Garnisons- und Feldspitäler.

Mit U. H. Entschließung vom 15. Februar 1854, wurde

die Wiederherstellung der vor dem Jahre 1848 bestandenen medicinisch=chirurgischen Joses= Akademie als einer selbstständigen und umfassenden Bildungsanstalt für Feldärzte angeordnet. Mit 1. Oktober 1854 sollte der Unterricht für den höhern akademischen Lehrkurs beginnen. Den so gebildeten Feldärzten wurden auch Vorzüge bei Civil=Anstellungen eingeräumt.

Für die Militär=Justizpflege besteht der oberste Militär=Gerichtshof in Wien, das allgemeine Militär=Appellations=Gericht in Wien. Die untern Gerichte sind die Landes=Militär=Commanden, die *judicia delegata militaria mixta* und *pure militaria* — dann die einzelnen Regiments= und Corps=Gerichte (*Auditoriate*).

Die Militär=Dienstzeit der durch Rekrutirung ausgehobenen Mannschaft, wurde durch Patent vom 14. Februar 1845 auf 8 Jahre festgesetzt.

Die Verwaltung der Militär=Gränze ist durchaus militärisch organisirt. Es bestehen daselbst zwei Landes=Militär=Commanden: zu Agram das kroatisch=slavonische, zu Temeswar das banatisch=serbische. Die denselben untergeordneten Divisionäre und Brigadiere fungiren als inspicirende und kontrollirende Organe.

Die ganze Militär=Gränze ist in 15 Regiments=Bezirke abgetheilt, in deren jedem ein Regiments=Commandant die Militär= und Civil=Verwaltung leitet.

Jeder Regiments=Bezirk zerfällt in 12, das Gzaisisten=Bataillon in 6 Compagnie=Bezirke, deren Verwaltung durch den Hauptmann, (Compagnie=Commandanten) besorgt wird.

Die freien Militär=Communitäten sind 12, von den Regiments=Commanden unabhängige Städte in der Militär=Gränze.

Im Jahre 1850 wurde ein Polizei=Corps unter dem Namen Gensd'armie errichtet, welches ganz auf militärische Weise organisirt, dessen Wirksamkeit durch die Beweglichkeit, das Ueberallsein, die Gleichheit der Verfassung in den verschiedenen

Ländern der Monarchie verstärkt wurde, und dessen wohlthätige, die Sicherheit im Innern schützende, Amtshandlungen mit Offenheit und Würde durchgeführt werden konnten.

Der Gensd'armie-Inspektor ist zugleich Chef der obersten Polizei-Behörde. In dieser Eigenschaft sind ihm, nebst den Gensd'armie-Regimentern, auch sämtliche Militär-Polizei-Wachkörper untergeordnet.

Der Feldbischof oder apostolische Feldvikar steht an der Spitze der Seelsorge der gesammten Armee. Demselben ist das Feld-Consistorium untergeordnet.

K. K. oberste Polizei-Behörde. Dieselbe hat eine von den Ministerien unabhängige Stellung. Der Grund dürfte darin gelegen sein, weil sie in Bezug auf die verschiedenen Zweige der öffentlichen Verwaltung alles zu überwachen und zu kontrolliren hat, was für die innere Sicherheit des Staates nachtheilig oder gefährlich sein könnte.

Der obersten Polizei-Behörde sind Polizei-Direktionen in jedem Kronlande, — sofort Polizei- und Bezirks-Commissariate und Exposituren — untergeordnet.

K. K. oberste Rechnungs-Controllis-Behörde. Zufolge U. H. Entschließung vom 27. März 1854 wurde eine neue Organisirung des General-Rechnungs-Directoriums angeordnet. Dasselbe soll künftig den Titel k. k. oberste Rechnungs-Controllis-Behörde führen, unmittelbar dem Kaiser untergeordnet sein, und gleichen Rang mit den Ministerien haben. Der Vorstand soll dem Kaiser jährlich Nachweise über die Leistungen der Staats-Buchhaltungen vorlegen. Er soll nicht nur bedacht sein, in dem gesammten Staats-Rechnungswesen strenge Ordnung und Richtigkeit, und die fortwährende vollständige Evidenzhaltung aller Staats-Einnahmen und Ausgaben zu sichern, sondern auch die Verwaltung des Staats-Vermögens mit Rücksicht auf den dermal bestehenden Verwaltungs-Organismus einer entsprechenden Controлле zu unterziehen.

Mit der Controllis-Behörde ist das Central-Rech-

nungs-Departement vereinigt, an welche Behörde die Ergebnisse aller Staats-Einnahmen und Ausgaben, — die Haupt-Rechnungs-Abschlüsse aller Staatsgefälle und die Bilanzen aller Staatskassen gelangen.

Der obersten Rechnungs-Controll- Behörde untergeordnet sind:

a) Folgende Central = Staatsbuchhaltungen in Wien für die einzelnen ihnen zugewiesenen Geschäftszweige:

Die Staats-Credits- und Controll-Hofbuchhaltung.

Die Kameral-Haupt-Buchhaltung.

Die Hofstaats-Buchhaltung.

Die Gefällen- und Domänen-Hofbuchhaltung.

Die Hof-Buchhaltung für das Münz- und Bergwesen.

Die Tabak- und Stempel-Gefällen-Hofbuchhaltung.

Die Central-Buchhaltung für die Communications-Anstalten.

Die Potto-Hofbuchhaltung.

Die Hofkriegsbuchhaltung.

b) Die Staats-Buchhaltungen in den einzelnen Kronländern (in Mailand und Venedig unter dem Titel Central = Staats-Buchhaltungen).

c) Die Buchhaltung der Verarial-Porzellanfabrik in Wien.

d) Die Buchhaltung der Theresianischen Ritter-Akademie zu Wien.

Die Prüfungs-Commissionen für die Staats-Rechnungs-Wissenschaft bestehen in jedem deutschen und slavischen Kronlande, so wie auch in Ungarn und Siebenbürgen.

Noch unterstehen der obersten Controllbehörde die Monat-Buchhaltungen.

Staatshaushalt. *

Ich kann denselben nach den bisherigen Bekanntmachungen

* VI. 3—7. Das Verwaltungsjahr beginnt mit 1. November der vorhergehenden Jahre.

nur vom Verwaltungsjahre 1853 im Vergleiche mit dem Jahre 1852 hier aufführen.

Im letzten Werke habe ich den Vergleich vom Jahre 1852 mit dem Jahre 1847, dem letzten Jahre vor der Revolution, dargestellt.

Staats-Einnahmen.

Steuern	84,722,657 fl. C. M.
Indirekte Abgaben	130,288,412 "
Vom Staats eigenthum dann	
Münz- und Bergwesen . . .	2,709,732 "
Verschiedene ordentliche Einnahmen	6,923,310 "
	<hr/>
	224,644,111 "

Außerordentliche Einnahme.

Kriegskostenentschädigung von Loß-

kana	1,206,891 "
Summa	<hr/>
	225,851,002 "

Ich habe auch in diesem Jahre, wie im vorigen *) bei den Staats-Einnahmen die Ueberschüsse des Tilgungsfonds des pr. 11,285,991 fl. und bei den Staatsausgaben die Zahlung der Dotation und der Zinsen an den letzteren mit 10,795,962 fl. weggelassen, weil die Fondseinnahmen aus den Staatskassen fließen, und zu den Staats-Ausgaben gehören, die Fonds-Auslagen aber, welche den Staatskassen künftige Kapitals- und Zinsen-Zahlungen ersparen, — zu den Staats-Einnahmen zu rechnen sind.

Die fortwährende Zunahme der Staats-Einnahmen zeigt sich auffallend aus dem Vergleiche mit dem Jahre 1831, wo sie nicht mehr als 121 Millionen betrugen, im Jahre 1847 hatten sie erst die Summe von 157 Millionen erreicht.

*) VI. 9.

Ausgaben.

Erforderniß der Staatsschuld . . .	56,023,211 fl. C. M.	
Hofstaat und Kabinet Se. Majestät des Kaisers	6,805,230	"
Reichsrath und Minister-Conferenz . . .	231,743	"
Ministerium des Aeußern	1,863,512	"
" des Innern	20,313,519	"
Oberste Polizeibehörde	10,387,661	"
Armee Ober-Kommando	111,967,916	"
Ministerium der Finanzen	26,049,176	"
" der Justiz	18,088,543	"
" des Cultus und Unterrichts	4,621,278	"
" für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten	15,284,992	"
Ministerium für Landeskultur und Berg- wesen	398,214	"
Kontrollbehörden	3,482,649	"
Zusammen	275,517,648	"

Außerordentliche Ausgaben.

Zahlung an Rußland für die frühere Intervention	1,574,154	"
Außerordentlicher Militär-Aufwand . .	5,761,944	"
Zahlung an Parma	160,920	"
" " Modena	150,000	"
	7,647,018	"
Gesammt Ausgabe	283,164,666	"
Gegenüber der Gesammt-Einnahme fin- det im Jahre 1853 ein Abgang statt mit	57,313,664	"
welcher in Vergleich mit jenem *) vom Jahre 1852 per	53,447,331	"
um	3,866,333	"

*) VI. 29.

höher entfällt. Der Abgang wurde größtentheils durch Zuflüsse mittelst Creditsoperationen, zum Theile aus den vorhandenen Kassamitteln bedeckt.

Minder-Einnahmen hatten im Jahre 1853, gegenüber von jenen im Jahre 1852 vorzüglich statt gefunden:

Bei dem Zoll-Gefälle um	1,589.186 fl. C. M.	
„ „ Salz= „ „ „	1,677.111	„
„ „ Betriebe der Staatseisenbahnen (wegen Vermehrung der Auslagen für die Instandhaltung derselben)	1,161.168	„
Bei den Fiskalitäten und Heimfälligkeiten	373.868	„
An Münz- und Wechselgewinn	1,028.174	„
Bei dem Berg- und Münzwesen, wobei auch die Kosten des Baues der Montan-Eisenbahn im Banate in Rechnung gebracht sind, um	2,094.032	„
Bei den außerordentlichen Einnahmen um	351.949	„

Dagegen ergab sich vorzüglich eine Mehr-Einnahme:

Bei den direkten Steuern *) um	5,184.755 fl. C. M.	
Bei der Verzehrungssteuer um	1,098.127	„
„ dem Tabakgefäll um	3,632.025	„
„ Stempel und Taxen um	5,724.814	„
„ Lottogefäll um	219.685	„
„ Postgefäll um	406.499	„
„ dem Staatsgüter-Ertrage um	651.735	„
„ „ Staatsgüter Verkauf um	289.653	„
„ „ Staatsstelegrafen-Betriebe um	103.641	„
An Fondsbeiträgen	229.421	„
Eigene Einnahmen der Militärverwaltung und andere Einnahmen	2,166.580	„

Die Mehrausgaben sind im Jahre 1853 vorzüglich in folgenden Rubriken eingetreten:

*) Erwerbs-, Einkommens-, Häuser-Grundsteuer.

Für die Staatsschuld mit	4,210.798 fl. C. M.
Den Hofstaat mit	809.801 "
Ministerium des Aeußern	138.931 "
" " Innern	3,026.991 "
Oberste Polizeibehörde	1,111.506 "
Armee-Oberkommando	1,124.595 "
Ministerium der Finanzen	897.093 "
" des Cultus und Unterrichts	284.478 "
" für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten	175.393 "
Ministerium für Landescultur und Berg- wesen	114.367 "
Controllbehörden	202.610 "
Außerordentliche Auslagen mit	2,421.700 "

Eine Verminderung der Staatsauslagen fand im Jahre 1853 gegen 1852 nur bei dem Justizministerium mit 388.715 fl. statt.

Im Wiener Tagesblatte: die Presse vom 12. Jänner 1855 Nro. 8 sind einige Daten aus dem Staatsvoranschlage des Oesterreichischen Kaiserthumes für das beginnende Verwaltungsjahr enthalten.

Nach demselben sind die Staatseinnahmen folgendermaßen angeschlagen:

Direkte Steuern	86,792.420 fl.
Darunter ist die Grundsteuer mit	59,839.336
Indirekte Abgaben	134.724.561 "
Darunter Zölle	18,794.035
Tabak	21,747.786
Salz	27,113.931
Lotto	5,040.071
Post	1,263.010
Stempel	9,304.956
Staatseigenthum (Münz- und Bergwesen)	11,728.353 "
Darunter Staatsseisenbahnen	6,863.510
Telegraphen	139.566

Verschiedene Einnahmen 5.891,759 fl.

Unter den Staatsausgaben sind jene für den Militäraufwand die entscheidenden für den Staatshaushalt — aber auch höchst unsicher bei den gegenwärtigen Verhältnissen auf ein volles Jahr im Vorhinein zu präliminiren.

Uebrigens sind angeschlagen:

Für das Ministerium des Innern 23,865.968 fl.

Darunter sind Centralleitung 569.528

Politische Verwaltung in Kron-

länder 18,798.464

Strafanstalten 3,115.709

Wohlthätigkeitsanstalten 624.261

Grundentlastung 517.780

Akademie der Wissenschaften 40.000

detto im lomb. venet. Königr. 31.325

detto der bildenden Künste 127.579

Geologische Reichsanstalt 35.980

Oberste Polizeibehörde 10,468.220 fl.

Darunter

Gensdarmarie 7,028.560

Ministerium des Aeußern 2,144.033 „

Justizministerium 14,472.020 „

Ministerium des Cultus und Unterrichts 4,443.708 „

Darunter:

Religionsanstalten 1,287.000

Studienanstalten 1,482.101

„ für Handel und Gewerbe 20,283.630 „

Finanzministerium 24,000.000 „

Für die Staatsschuld 74,697.710 „

Staats-Einnahmen.

Die Staats-Einnahmen, welche unter was immer für einem Titel aus dem Vermögen der Nation geschöpft werden müssen, werden für die einzelnen Staats-Bürger zur Ausgabe.

Ich habe in dem frühern Werke *) gezeigt, welche schwierigen Verhältnisse bei der Repartition eintreten, um die, dem Contribuenten auferlegten Lasten mit den, durch die Staatsauslagen für sie zu erwartenden Vortheilen in einiges Ebenmaß zu bringen.

Die Art und die Kosten der Erhebung der Abgaben nehmen auf den Ertrag derselben wesentlichen Einfluß, und es muß oft auf die strenge Gerechtigkeit in der Vertheilung Verzicht geleistet werden.

Die Steuern sind entweder persönliche, oder Grundsteuern. Am gerechtesten und am mindesten drückend, würden die persönlichen, nach Maaß des jährlichen Einkommens sein, allein! wie ließe sich die Erhebung bei einer Bevölkerung von 36,000.000 reguliren, von denen selbst nur ein geringer Theil sein jährliches Einkommen im vorhinein zu berechnen im Stande ist.

Auch die Grundsteuer, welche nur auf Realitäten-Besitzer anwendbar ist, und bei der Vertheilung auf schwierigen und kostspieligen Katastral-Operationen beruht, biethet keinen strengen Anhaltspunkt zur gleichmäßigen Belegung der Contribuenten dar, da der Grundertrag von Jahr zu Jahr, von Ort zu Ort bedeutend verschieden ist.

Die Gefälle biethen mehr nur zufällige Gelegenheit zur Steuerabnahme dar, und sind folglich auch von sehr unstätem Ertrage.

Es ist daher die Steuerbemessung und Erhebung eine sehr verwickelte Aufgabe für die Finanzverwaltung.

Durch die Einführung eines gleichartigen Systemes in den verschiedenen Provinzen ist Vieles in dieser Beziehung geleistet worden.

Zusbesondere wurden bei der Grundsteuer die fortgesetzten Katastral-Operationen zum Anhaltspunkte genommen.

Damit stand die Aufhebung der unterthänigen Lasten **) in Beziehung, welche mit Patent vom 2. März 1853 auch in Ungarn angeordnet, und mit Patent vom 21. Juni

*) VI. 7.

**) VI. 21.

1854 auf Siebenbürgen ausgedehnt wurde. Die Grundbesitzer verloren dabei an ihrem Einkommen, wofür sie nur mit zwei Drittel, zum Theile von den befreiten Grundholden, zum Theile vom Aerar entschädigt wurden. Einstweilen wurden auf Rechnung der dießfälligen Gebühren vom Staatsschatze Vorschüsse ertheilt.

Die Grund-Entlastungen in Oesterreich erforderten viele angestrenzte Erhebungen, bedeutenden Zeit- und Kostenaufwand, und hatten wesentliche Veränderungen in der Verfassung der einzelnen Provinzen und der innern Administration zur Folge, trugen aber wesentlich dazu bei, vielen Uebelständen und Mißbräuchen abzuhelpfen, Vereinfachung und Gleichförmigkeit in die Leitung und Verwaltung der einzelnen Theile der Monarchie zu bringen, vielfältige Detailvorschriften, Partheistreitigkeiten und Entscheidungen, Zwangsmaßregeln und Strafen entbehrlich zu machen, und durch freiere Bewegung in der Landeskultur den Ertrag derselben emporzuheben.

Um eine Ansicht von dem Resultate der Grundentlastungsverhandlungen in einer einzelnen Provinz zu gewähren, glaube ich jene von Steiermark hier aufführen zu sollen.

Die Verhandlungen dauerten 4 Jahre und 5 Monate.

Das Land hat eine Ausdehnung von 408 □ Meilen und 997.386 Einwohner.

Eine Landeskommission und 20 Distriktskommissionen, als Vollziehungs Organe haben sich an der dießfälligen Aufgabe theiligt.

Die Grundlasten theilen sich: in billig zu entschädigende, und ablösbare. Die Entschädigung wird theils von den Verpflichteten im Verhältnisse der Enthebung von der Last, theils vom Landesfonde geleistet.

Die Gesamtzahl der Bezugsberechtigten ergab sich zu: 1556, jene der Verpflichteten zu: 528.407.

Die ausgemittelte Entschädigung für Urbarial- und Zehentleistungen, und Veränderungs-Gebühren, wurde in Jahresraten ausgemittelt zu: 1,178.112 fl. in Kapitalien zu: 23,562.254 fl.,

wovon auf den Landesfond, und in Bezug auf die Veränderungsgebühren — auf den Staatsschatz entfallen: jährlich 763.409 fl.
im Kapital 15,368.805 fl.

Der Ueberrest ist von den Verpflichteten zu tragen.

Mit U. H. Entschließung vom 5. Februar 1854 ist in Ungarn und Siebenbürgen für die, zur Zeit des Grundsteuer-Provisoriums nicht urbar gewesenenen Gründe eine fünfzehnjährige Steuer-Befreiung vom Tage der Urbarmachung bewilligt worden.

Mit U. H. Entschließung wurde eine Steuerdirektion für Krakau und das westliche Galizien aufgestellt, welche mit Februar 1854 in Wirksamkeit trat.

Zufolge U. H. Entschließung vom 17. Jänner 1854 werden in den Ländern, wo der stabile Grundsteuer-Kataster eingeführt ist, der Steuerbehörde eigene stabile Beamte, unter dem Namen: Katastral-Inspektoren beigegeben, welche die Evidenzhaltung des Katasters zu überwachen haben, und denen alle auf den technischen Theil der Katastralschätzung bezüglichen Erhebungen obliegen sollen.

In Bezug auf Gefälle ist bei dem Handels-Ministerium von den Post- und Zoll-Gefällen, und den dießfalls mit fremden Mächten abgeschlossenen Verträgen Erwähnung geschehen.

Durch Ministerial-Erlaß vom 28. März 1854 wurde die Einführung von Stempelmarken als eine geänderte Form der Stempelgebühr bei Rechtsgeschäften, Urkunden, Schriften, Amtshandlungen, Kalendern und Ankündigungen angeordnet, um die Entrichtung der Abgabe zu erleichtern, und die Vergeudung des Stempelpapiers und das ämtliche Aufdrücken des Stempels entbehrlich zu machen.

Die Einnahmen, welche sich auf das Staats-Eigenthum beziehen, sind vorzüglich: jene von den Domänen, von den Bergwerken und Salinen.

Von der Theilnahme an den Eisenbahnen, deren Ver-

pachtung auf lange Zeitdauer in Verhandlung steht, in so ferne sie dem Staate gehören, und von den Telegrafen-Anstalten war bei dem Handels-Ministerium die Rede.

Zu dem materiellen Reichtume der österreichischen Monarchie gehören die Staats-Domänen und die Bergwerke.

Der Verkauf der erstern wurde mehrmals zum Behufe der Staatsschulden-Eiligung in Vorschlag gebracht. Nach den im Jahre 1802 geschehenen Erhebungen umfaßten sie damals 442 □ Meilen, welche 699.648 Joch urbare Gründe, und 3,530.452 Joch Waldungen enthielten. Sie waren zu jener Zeit von 1,855.065 Menschen bewohnt, die in 111 Städten 51 Schlössern, 5471 Märkten und Dörfern und 736 Höfen theilt waren. Seither fanden jedoch größere Verkäufe statt.

Die Bergwerke *) hatten im Jahre 1852 an Gold und Silber einen Werth von circa 4 Millionen Silber Gulden an das k. k. Münzamt abgeliefert, auch wird aus selben viele Ausbeute an andern Metallen und Bergprodukten zu Tag gefördert.

Indessen hat das Bergwesen in den Jahren 1852 und 1853 nicht nur keinen Reinertrag an den Staatsschatz abgeführt, sondern selbst Mehrauslagen für Betriebskosten, insbesondere durch den Aufwand für den Bau der zu Montanzwecken bestimmten Banater-Eisenbahn verursacht.

Das Münz- und Bergwesen war in Folge A. H. Verordnung vom 8. November 1834 einer eigenen Hofstelle zur obersten Leitung zugewiesen, welche jedoch durch Entschließung vom 11. Mai 1816 mit der allgemeinen Hofkammer vereinigt wurde. So eben ist ein ausführliches und gründliches Werk über die Bergwerks-Verwaltung des Hannoverischen Oberharzes seit 1837, und des Ernst-August-Stollen vom Oberberggrathe Jugler zu Hannover, Berlin 1854 erschienen, welchem umständliche Ausweise, Maschinenzeichnungen, Plane, Gruben- und Landkarten beigelegt sind, welches für den Stati-

*) I. 71.

stiker, und besonders für den Montanistiker, auch in fremden Ländern, gewiß von hohem Interesse sein wird.

Durch Patent vom 23. Mai 1854 wurde ein neues Berggesetz für die gesammte österreichische Monarchie kundgemacht, welches mit 1. November 1854 in Wirksamkeit zu treten hatte. *)

Im December 1854 ist die Umstaltung des Distriktsal-Berggerichtes zu Schemnitz in eine Berghauptmannschaft, und der Substitutionen in Bergkommissariate angeordnet worden.

In den ältesten Zeiten bestand in Oesterreich vollkommene Bergfreiheit. Das Iglauer Bergrecht vom Jahre 1280 enthielt diesen Grundsatz. Im Mittelalter waren den deutschen Kaisern, dann den Landesherren in Böhmen, in den Jahren 1534 und 1575 den Landständen, das Recht der Verleihung und des Berggehend-Bezuges eingeräumt.

Das Bergregale, welches dem Landesfürsten zustand, hatte verschiedene Wirksamkeit in den einzelnen Ländern. Mehr als 40 Bergordnungen wurden im spätern Zeitverlaufe für die einzelnen Kronländer festgesetzt, und durch beständenes Herkommen modifizirt.

Das neue Berggesetz hat zum Ziele: Gleichförmigkeit in den dießfälligen Berechtigungen, Verpflichtungen und Abgaben, — Aufmunterung zum Bergwerksbetriebe, Erleichterung der Acquisition, Sicherstellung im Besistande, Fortschritte in der Bergbautechnik zu bewirken.

Mit dem Bergwesen steht das Münzwesen in nächster Verbindung, das nicht bloß als Staats-Einnahmequelle, sondern vorzüglich als Betriebsmittel des Verkehrs durch alle Aedern des Reiches, von größter Wichtigkeit ist.

Die Ausmünzung von Gold und Silber betrug in der österreichischen Monarchie:

*) Für das lombardisch-venetianische Königreich, Dalmatien und die Militärgränze wird der Zeitpunkt, wo das Gesetz in Wirksamkeit zu treten hat, erst nachträglich bekannt gemacht werden.

im Jahre	in Gold fl. C. M. — fr.	in Silber fl. — fr.
1848 . .	4,780.203 — 50	16,039.012 — 6
1849 . .	4,784.627 — —	18,084.922 — 14
1850 . .	5,425.858 — 50	8,363.785 — 53
1851 . .	7,539.976 — —	4,673.873 — —
1852 . .	11,171.159 — —	4,989.960 — —
1853 . .	9,844.663 — —	16,576.346 — —
Zusammen	43,546.478 — 40 C. M. in Gold.	
und	68,727.899 — 13 „ „ Silber.	
Summa	112,274.377 — 53 „	

Nach Artikel 13 des Handels- und Zoll-Vertrages vom 19. Februar 1853 ist die deutsche Münzkonferenz in Wien zusammengetreten, um eine allgemeine deutsche Münz-Convention zu entwerfen. Gold- oder Silber-Münze? das ist eine Hauptfrage.

Das Bremer Handelsblatt glaubt, daß die Berathung aufgeschoben sei, bis die Papiergeld-Zustände in Oesterreich geordnet sind.

Die vom 1. August 1854 angeordnete Entrichtung der Bölle in Silbermünze dürfte als ein Uebergang zum Conventionsgeld-Umlaufe anzusehen sein.

Es wurden hierbei folgende Bestimmungen getroffen: Annehmbare Münzen sind:

a. Die nach dem 20 Gulden (Conv. Münz-) Fuße ausgeprägten Stücke zu: 2 fl., 1 fl., 20, 10, 5, 3 Kreuzer, — im lomb.-venet. Königreiche: Stücke zu 6 Lire (Scudo), 3 Lire ($\frac{1}{2}$ Scudo), 1, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Lire.

b. Ganze-, Halbe- und Viertel-Kronthaler, im Werthe von: 2 fl. 12 fr., — 1 fl. 6 fr. — und 33 fr.

c. Alte österreichische Silbermünzen zu 17 fr. und 7 fr., im Werthe zu 15 und 6 fr.

d. Scheidemünzen: in Silber zu 6 fr., in Kupfer zu: 3, 2, 1, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ fr. Können nur bis zum höchsten Betrage von 10 fr. nach dem Nennwerthe bei Zollzahlungen verwendet werden.

e. Im lomb. = venet. Königreiche sind als Scheidemünze verwendbar: die Kupfermünzen zu 15, 10, 5, 3 und 1 Centesimi.

f. Ausländische Silbermünzen nach dem für bestimmte Sorten festgesetzten Werthe in Conv. Münze.

g. Inländische Goldmünzen nach einem höheren, als dem bisher festgestellten Werthe, eben so einige ausländische Goldmünzen.

Staats = Ausgaben.

Die Staatsauslagen, deren Zweck die Erhaltung der Monarchie, der Schutz für die einzelnen Staatsbürger, und die Beförderung ihres Wohlstandes, ihrer geistigen und moralischen Cultur ist, *) — theilen sich: in diplomatische, administrative, militärische und rein finanzielle, die von Deficits früherer Jahre und aufgenommenen Anlehen herrühren.

Die innere Administration war vielfältig mit Organisirung der Behörden und Besetzung der neu freierten Dienstposten beschäftigt. **) Es war nicht zu vermeiden, daß nicht vermehrte Auslagen aus den dießfälligen Reformen hervorgingen.

Die Länder = Eintheilung erhielt auch hierdurch bedeutende Aenderungen.

Die Bestreitung der Militär = Auslagen ist die gefährlichste Aufgabe für die Finanzverwaltung. Es lassen sich hier keine haltbaren Schranken ziehen; es läßt sich vorzüglich deshalb nicht leicht das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellen. Unerwartete Ereignisse von unvorzusehender Dauer verrücken jeden Kalkül. Ein großer Theil der Lasten muß auf nachkommende Jahre gewälzt werden. So entstehen die Staatsschulden, welche wieder durch Zuwachs von Zinsen und vielfältige Geldspeculationen der Privaten neue Staatsauslagen zur Folge haben, die für das Allgemeine keine Früchte tragen. Jeder der größern Staaten von Europa hat diese Fol-

*) VI. 18—19.

**) V. 27—31. VI. 24—25.

gen der Kriegs = Perioden in größerem oder geringerem Maße erfahren. Die Anordnung dieser Maßregeln wird mit dem Ausdrucke bezeichnet, daß der Kredit des Staates in Anspruch genommen werde, und alle Sorgfalt wird darauf gerichtet, den Staatskredit zu erhöhen. Dieses Bestreben ist allerdings löblich und gedeihlich; doch muß dahin getrachtet werden, daß derselbe auf eine solide Basis, und nicht auf Täuschungen gegründet sei, welche nur noch größere Verlegenheiten und Nachtheile für die Folgezeit herbeiführen.

Es scheint mir selbst nicht ohne Bedenken, die Anstalten zur Aufnahme von Darlehn für Private, wohin Banken und Eskompte-Kassen gehören, zu sehr zu vervielfältigen, wiewohl nützliche Unternehmungen dadurch bewirkt werden können, weil denn doch der Nutzen, welchen die Theilnehmer an diesen Anstalten persönlich beziehen, und der sich oft auf bedeutende Summen beläuft, — minder auf wirkliche Vermehrung des Nationalreichthums gegründet ist.

Das letzte Hülfsmittel für zerrüttete Finanzen ist: die Ausgabe von Papiergeld mit Zwangskours, dessen Zurückführung auf den vollen Werth der Münze die größten Opfer von Seite der Finanzen und der Bevölkerung fordert.

In dem frühern Werke *) habe ich die Deficits in den Staats-Einnahmen der österreichischen Monarchie gegen die Ausgaben von den Jahren 1848 bis inklusive 1851 aufgeführt.

Staatsschuld.

Die Staatsschuld erhielt seit dem, im Jahre 1831**) ausgeschriebenen Anlehen von 85 Millionen Gulden zu 5%, (wobei der Erlag in Banknoten geschah — die Verzinsung nach 2 Serien, bei einer in Münze erfolgt wurde,) — noch folgenden Zuwachs:

Ein durch Ministerial-Erlaß vom 4. September 1852 er-

*) IV. 117.

**) V. 12—13.

öffnetes Anlehen von 80 Millionen Gulden, wobei die Einlage mit 93 fl. für 100 fl., die mit 5% verzinslich waren, geschah.

Ein Verlosungs-Anlehen von 50 Millionen Gulden C. M. zu 4% verzinslich, ausgeschrieben am 7. März 1854. Es wurden hiebei für 90 fl. in C. M. 100 fl. in Schuldverschreibungen erfolgt. Die Rückzahlung geschieht binnen 50 Jahren mittelst der durch Verlosung entfallenden Gewinnste. Die Gesamtsumme der Einzahlungen auf dieses Anlehen betrug 50,141.500 Gulden.

Ein Anlehen von 35 Millionen Gulden in Silbermünze, im Auslande durch Rothschild und Comp. aufgebracht, zu 5% in Silbermünze verzinslich. Die Subskription wurde mit 11. Mai 1854 geschlossen. Die Einzahlung hatte in 10 Monatsraten zu geschehen.

Das merkwürdigste Anlehen war das, mit A. S. Patente vom 26. Juni 1854 ausgeschriebene, freiwillige National-Anlehen von 350 Millionen Gulden, welches höchstens bis 500 Millionen gesteigert werden sollte, und zum Zwecke: die Beschaffung der Mittel für die außerordentlichen Staatsbedürfnisse, vorzüglich aber die Herstellung des Werthes der Papiergeld=Valuta bis zu jener der Silbermünze hatte.

Die Einzahlung wurde mit 93 fl. in Banknoten gefordert, — die Verzinsung mit 5% in Silbermünze von 100 fl. Kapital zugesichert.

Die Subskription wurde mit 20. Juli 1854 eröffnet, und sollte mit 19. August 1854 geschlossen werden, welcher Termin jedoch nachträglich bis Ende August 1854 verlängert wurde.

Bedeutende Erleichterungen wurden den Besitzern von Gehalten, Pensionen und Bezügen aus dem Grundentlastungsfonde, — durch Beforgung der Abzüge von Seite der öffentlichen Kassen, und Enthebungen von den Kautionen, welche die übrigen Theilnehmer an dem Anlehen bei den Ratenzahlungen zu leisten haben, — zugestanden.

Die Subskriptionen machten bedeutende Fortschritte. Nächst dem regierenden A. S. Kaiserhause, theiligten sich hiebei der

hohe Adel, die Minister, die Beamten aller Klassen, Militärpersonen, der Klerus, Gutsbesitzer, Banquiers- und Handlungshäuser, das Doktoren-Collegium in Wien, die Mittelstände, Bürger, Bauern, Korporationen, Gemeinden, Societäten aller Art. Auch die National-Bank fand sich bereit, Vorschüsse auf Staatspapiere, und Grundentlastungsfonds-Schuldverschreibungen zu ertheilen, um den Beitritt des großen Grundbesitzes an dem neuen Anlehen zu befördern.

Nach dem Schlusse der Subskription ergab sich ein Anbot von mehr als 500 Millionen Gulden.

Die Staatsschuld Oesterreichs war von Otto Hübner in seinem Werke „die Banken“ Anfangs 1853 auf circa 1440 Millionen Gulden C. M. geschätzt worden.

Im Bezug auf die Tilgung der Staatsschulden, dürfte so viel möglich getrachtet werden, einen Fond hiezu, durch Ueberschüsse der Staatseinnahmen zu erzielen, sodann die Reducation der Zinsen, unter Anboth der Capitals-Rückzahlung, — und die Tilgung der höher verzinslichen Staatsschuld, durch Aufnahme minder verzinslicher Anlehen zu bewirken.

Papiergeld.

Um den Uebergang zu den neuesten dießfälligen Maaßregeln ersichtlich zu machen, erlaube ich mir, einige Stellen aus meinem frühern Aufsatze *) anzuführen:

„Vom Jahre 1771, wo die Summe der hinausgegebenen Bankozettel 5 Millionen Gulden betragen hatte, erhielten sich dieselben im vollen Werthe bis zum Jahre 1796, wo 35½ Million Gulden im Umlaufe waren, von welchem Zeitpunkte sie jedoch immer tiefer sanken, so daß sie im März 1811, wo die zirkulirende Masse auf die Summe von 1.060,798.000 fl. angewachsen war, — im Course zu 833 gegen Münze standen.“

„Vom Jahre 1811 an wurden sie gegen Einlösscheine, und vom Jahre 1813 zugleich gegen Anticipationscheine im Verhältnisse von 5 zu 1 verwechselt.“

*) IV. 125.

„Indessen trat während des Krieges neuerliche Vermehrung in der Ausgabe dieser Scheine ein, so daß sie von der Summe von — 212,159.750 fl., wie sie im Jahre 1811 und 1812 im Umlaufe waren, im Jahre 1815 sich bis zu 638,715.920 fl. erhoben hatten. Nach glücklicher Herstellung des Friedens wurde das Papiergeld im Jahre 1818 nach dem Course von 250 zu 100, der sich bald auch im Privatverkehr so herstellte, gegen Münze eingelöst.

„Diese Verwechslung wurde der National-Bank übertragen, und derselben auch das ausschließende Recht eingeräumt, Banknoten auszugeben, welche den Privaten auf Verlangen al pari gegen Silbermünze verwechselt, und bei allen Staatskassen als baar Geld angenommen werden mußten.“

„Die Banknoten erhielten sich im gleichen Werthe mit der Münze bis zum Jahre 1848.“

In der Revolutionsperiode vom Jahre 1848 an, nahm die Vermehrung derselben dermaßen zu, daß in Folge Ministerial-Berordnung von 21. März 1848 die Verwechslung gegen Münze eingestellt werden mußte, und die Banknoten Zwangskurs erhielten. Der Banknoten-Umlauf, der zu Ende des Jahres 1818: 26,738.365 fl. betragen hatte, war von Jahr zu Jahr bis Ende 1847 auf 218,971.125 fl. gestiegen.“

Ende Mai 1854 betrug derselbe: 280,978.441 fl., wovon 97,036.548 fl. auf Rechnung der später erwähnten Staatspapiergeld-Einlösung kommen.

Neben den Banknoten kamen auch in neuerer Zeit verschiedene Arten von Staats-Papiergeld — verzinsliches und unverzinsliches — in Umlauf.

Mehrere Maßregeln wurden zur Einziehung desselben getroffen.

Vor Allem wurde das verzinsliche Staatspapiergeld aus dem Umlaufe gezogen, das unter dem Namen schwebende Schuld unter verschiedenen Formen hinaus gegeben worden war. Dahin gehörten die 5 percentigen Kasse-Anweisungen vom September 1848, die 3 percentigen Anweisungen vom Jänner

und vom Juli 1849, die im lomb.-venet. Königreiche im April 1849 hinausgegebenen Tresorscheine, die Anweisungen auf ungarische Landeseinkünfte vom März und Mai 1849.

Diese schwebende Schuld wurde zufolge U. H. Entschlie-
ßung vom 13. September 1849 allmählig in Reichsschag-
scheine umgewandelt, welche größtentheils, so wie auch die
Münzscheine zu 10 und 6 Kreuzer unverzinslich waren. Als
Hypothek für die Staatsscheine wurden die Salinen von
Gmunden und die Staats-Eisenbahnen gewidmet.

Das unverzinsliche Staatspapiergeld hatte sich mit den
Banknoten im Umlaufe und im Werthe fortwährend auf glei-
chem Fuße erhalten.

Der Papiergeld-Umlauf betrug:

mit Ende des	an Staatspapiergeld,	an Banknoten.
Jahres 1849	— 71,139.095	— 250,477.658
„ 1850	— 116,606.879	— 255,367.221
„ 1851	— 167,112.271	— 215,636.519
„ 1852	— 155,788.158	— 194,943.256
„ 1853	— 148,334.658	— 188,309.217

Zusammen im Jahre 1853 336,643.875.

Durch Patent vom 15. Mai 1851 wurde erklärt *) daß
das im Umlaufe befindliche Staatspapiergeld mit Zwangs-
kurs nach und nach auf eine geringere Summe beschränkt wer-
den solle, welche damals mit 200, später mit 180 — im Jänner
1854 mit 150 Millionen festgesetzt wurde.

Die volle Umlaufsumme des unverzinslichen Staatspapier-
geldes belief sich Ende Jänner 1854 auf . . . 148,334.658
Februar „ „ . . . 148,881.780

An lomb.-venet. Schagscheinen waren Ende Jänner 1854
noch 692,640 Lire im Umlaufe.

Zu Folge Ministerial-Erlaß vom 23. Februar 1854 wurde
ein Uebereinkommen zwischen der Finanzverwaltung und
der Nationalbank folgenden Inhaltes getroffen.

Das gesammte mit Zwangskurs im Umlaufe befindliche

*) IV. 126—127.

Staatspapiergeld, das nicht mehr ferner vom Staate auszugeben war, wird an die Nationalbank übertragen, und nach Maßgabe des Begehrs, in Banknoten umgewechselt.

Die Staatsverwaltung haftet der Bank für das an letztere übertragene Staatspapiergeld, sie verpflichtet sich ferner zur Entrichtung einer jährlichen Summe von wenigstens 10 Millionen Gulden an die Bank bis zur vollständigen Ausgleichung der ihr obliegenden Haftung, und gibt der Bank volle Sicherstellung durch Anweisung auf die Zolleinkünfte des Staates.

Nationalbank.

Vorliebe für Banken, welche in Handelsstaaten seit Jahrhunderten bestanden *), hatte auch in Oesterreich unterm 15. Juni 1703, vorzüglich wegen finanzieller Verlegenheiten, zur Einführung eines solchen Institutes, nach dem Muster der Banken: zu Venedig, Amsterdam und Hamburg, — unter dem Namen banco del giro, Veranlassung gegeben, dessen Fond mit 4 Millionen Gulden aus der jährlichen Contribution gegründet, anfangs zu Assignations- und Wechsel-Ausstellungen und Zahlungen, gewidmet war, in der Folge aber zum Behufe der Aufnahme, und Abtragung von Staatsanlehen benützt wurde.

Die neue österreichische Nationalbank **) wurde in Folge des Patents vom 1. Juni 1816, der am 20. August 1817 kundgemachten Statuten, und des unterm 17. Dezember 1817 genehmigten Reglements, — Privat-Aktien in einer Zeitperiode gegründet, wo die verderblichen Kriege, welche die Finanzen erschöpft, und die Monarchie an den Rand des Verderbens gebracht hatten, beendet, und glücklichere Verhältnisse für die Folgezeit zu erwarten waren. Die Einlage geschah für eine

*) Nach einer inhaltsreichen Tabelle, welche Otto Hübn er im laufendem Jahre über Banken aller Länder herausgegeben hatte — belief sich die Gesamtzahl derselben auf 1305.

**) Hierüber ist ein ausgezeichnetes Werk unter dem Titel „die österreichische National-Bank, ihre Gründung, ihre Entwicklung und ihr Wirken“ von dem k. k. geheimen Rathe Carl Freiherrn von Lederer im Jahre 1847 erschienen.

Aktie mit 1000 fl. in Papiergeld, welches damals kaum $\frac{1}{3}$ des Werthes gegen Münze hatte, und mit 100 fl. in Conventions-Münze.

Nachdem die Bank aus dem provisorischem Zustande in Selbstständigkeit übergetreten war, wurde derselben zu Folge Uebereinkommens vom 3. März 1820 die Einlösung des damals in der Summe von 450 Millionen Gulden umlaufenden Papiergeldes anvertraut, wofür sie nach dem oben erwähnten Uebereinkommen mehr als angemessene Entschädigung erhielt. Den größten Gewinn zog sie aber aus dem Vorrechte, Banknoten auszugeben, welche bei allen öffentlichen Kassen im gleichem Werthe mit der baaren Münze angenommen werden mußten. Für Private bestand dieser Zwang zur Annahme nicht; sie ergab sich aber von selbst aus der Verbindung mit dem Staate.

Welche Vortheile die Bank hieraus zog, läßt sich daraus entnehmen, daß für die Verwechslung der Banknoten gegen Münze, nach der gemachten Erfahrung nicht mehr als ein Drittel von der letztern in Bereitschaft zu halten erforderlich war, folglich zwei Drittel der umlaufenden Banknotensumme, wofür sie nur die Druckkosten zahlte, zu nutzbringenden Geschäften verwendet werden konnten.

Noch größern Gewinn zog sie von dem Zeitpunkte an, wo sie von der Verpflichtung zur fortwährenden baaren Einlösung derselben enthoben worden war.

Die Geschäfte, welche die Bank für eigene Rechnung besorgt, sind: Die Eskompte = dann die Leih-Anstalt und die Depositen = Geschäfte.

Nachdem 50.621 Aktien abgenommen waren, wurden die Einlagen geschlossen.

Der Werth der Aktie wurde arbiträr zu 600 fl. C. M. angeschlossen, indessen stieg der Verkaufspreis derselben so sehr, daß der Börsenkours zu Zeiten bis über 1600 fl. notirt wurde.

Durch U. H. Entschließung vom 1. Juli 1841 wurde die Dauer des Bank-Privilegiums bis letzten Dezember 1866 verlängert.

Zufolge Kundmachung der Bank vom 9. Mai 1853 *) wurde eine neue Ausgabe von Aktien, bis die ursprünglich beabsichtigte Gesamtzahl von 100.000 Aktien erreicht wäre, folglich von 49,379 Aktien — angekündigt. Der Preis der Aktie wurde zu 800 fl. C. M. festgesetzt. Sie sollten vom 1. Jänner 1855 angefangen, an den Dividenden Theil nehmen, bis dahin aber mit 4 Prozent verzinst werden.

Im Jahre 1853 wurden Eskompte-Anstalten zu Pest, Lemberg, Linz, Brünn, Olmütz, Prag und Triest als Bankfilialen errichtet, denen jene zu Graz, Troppau und Kremsier folgten, deren sonach zu Ende des Jahres sieben bestanden.

Eine sehr nützliche, Vertrauen erweckende Maßregel der Nationalbank ist es, daß sie mit Schlusse jeden Monats Ausweise über Einnahmen und Ausgaben, über ihre Münzvorräthe, und den Banknoten-Umlauf, zur öffentlichen Kenntniß bringt. Der Banknoten-Umlauf war in nachfolgenden Perioden gegenüber dem Münzvorrathe in der Bankkasse folgender:

	Banknotenumlauf	Münzvorrath.
Ende Dezember 1847	— 218,971.125	— 70,240.570
30. Mai 1848	— 177,810.520	— 21,940.198
31. August 1849	— 259,349.940	— 27,510.966
27. Mai 1850	— 240,802.733	— 31,345.038
28. Jänner 1851	— 256,249.408	— 37,001.254
Ende Jänner 1854	— 188,309.217	— 44,881.334.

Im Jahre 1854 vermehrte sich der Banknotenumlauf durch die Einlösung des Staatspapiergeldes von Seite der Bank, welche durch Ministerial-Erlaß vom 23. Februar 1854 angeordnet wurde.

Die Haftung des Staates für das von der Bank eingelöste Papiergeld ist eigentlich auch eine unverzinsliche Schuld.

Der Fond von Baarmünze in der Bank steht in den verschiedenen Perioden in sehr ungleichen Verhältnissen zur Umlaufsumme der Banknoten.

*) VI. 37.

Dieses Verhältniß hat jedoch in so lange keinen Einfluß auf den Börsenkours der letzteren, bis nicht der gedachte Fond zur Einlösung des Papiergeldes verwendet wird.

Die Schuld des Staates an die Nationalbank sollte bis zum August 1858 durch Rückzahlungen bis auf den Betrag von 80 Millionen Gulden gemindert werden, wozu aus dem neuen Anlehen, nach Maß der Einflüsse: 168 Millionen zu verwenden wären; wornach sodann die Nationalbank die Einlösung ihrer Noten mit Metallmünze wieder aufzunehmen hätte.

Die Einzahlungen auf Aktien der neuen Emission der Nationalbank hatten sich bis 5. Dezember 1854 auf 38,805.056 fl. belaufen.

Nach dem Vortrage des Bankgouverneurs vom 8. Jänner 1855 war die Hinausgabe der 49,379 neuen Bankaktien in dem Maße erfolgt, daß nur noch 275 Aktien zurück blieben.

Die Forderungen der Bank an den Staat betrugen zu Ende des Jahres 1854:

214,226.495 fl. (worunter 31,735.976 fl. unverzinslich und 55,000.000 zu 2% verzinslich sind,) ferner an Interimalkonten 80,000.000 fl.

An Banknoten befanden sich im Umlaufe 383,491.000 fl.

Der Münzvorrath betrug 45,207.082 fl., die Dividenden betrugen im Jahr 1854 für die Aktie: Im ersten Semester 35 fl., im zweiten 50 fl. zusammen 85 fl. Die Eskompte- und Leihgeschäfte hatten in diesem Jahre einen bedeutenden Zuwachs erfahren.

Neben der Bank besteht seit dem Jahre 1854 in Niederösterreich eine Eskompte-Anstalt, die durch eine Privat-Gesellschaft gegründet wurde. Am 28. März fand die erste ordentliche General-Versammlung in Wien statt, wobei berichtet wurde, daß mit 15. März 1854 bereits 654 Kreditsinhaber einen Gesamtkredit von 10,774.900 fl. genossen, und sich die mittlerweile eingelangten Beitrittsgesuche bereits auf die Zahl von 1000 Anmeldungen im angesprochenen Kreditbetrage von 17½ Millionen Gulden gesteigert hatten.

Die Gesellschaft übernimmt Gelder in laufender Rechnung, sowohl von Creditinhabern, als von dritten Parteien, wodurch Jedermann Gelegenheit geboten ist, Gelder fruchtbringend, und doch jederzeit verfügbar anzulegen. Der geringste Ertrag ist 50 fl. C. M. Die Zinsen sind zu 4% festgesetzt.

Verfügungen zur Konsolidirung der zirkulirenden Valuta.

Gegenwärtig zirkulirt in der österreichischen Monarchie (mit Ausnahme der lomb. = venet. Provinzen) blos Papiergeld, das nach den neuesten Verfügungen auf Banknoten beschränkt werden soll.

Dasselbe steht im Verkehr bedeutend unter dem Werthe der Münze, in sehr schwankendem Zustande, was auch auf den Cours der Effecten Einfluß nimmt.

Folgender Stand der Papiergeldkurse, (wobei ich den Augsburger Uso Wechselkurs zum Anhaltspunkte nehme) ferner der Bankaktien und der fünfprozentigen Staatsobligationen ergab sich im Verlaufe des Jahres 1854:

		Bankaktien.		Staatsobligationen zu 5%.		Augsburg.
Ende Jänner	1854	—	1308	—	90 $\frac{1}{4}$	— 126 $\frac{1}{2}$
" Februar	"	—	1243	—	86 $\frac{3}{4}$	— 131 $\frac{3}{4}$
" März	"	—	1170	—	82	— 135 $\frac{3}{4}$
" April	"	—	1192	—	85 $\frac{3}{8}$	— 136 $\frac{3}{4}$
" Mai	"	—	1207	—	85 $\frac{1}{2}$	— 136 $\frac{1}{4}$
" Juni *)	"	—	1276	—	85 $\frac{5}{8}$	— 129
" Juli	"	—	1257	—	83 $\frac{1}{8}$	— 123
" August	"	—	1280	—	85 $\frac{1}{2}$	— 115
" Septemb.**)"	"	—	1260	—	84 $\frac{3}{4}$	— 117
" Oktober	"	—	1216	—	83 $\frac{1}{2}$	— 123 $\frac{1}{4}$
" November	"	—	1223	—	83 $\frac{1}{2}$	— 127 $\frac{1}{4}$
" Dezember	"	—	1236	—	82 $\frac{3}{4}$	— 127 $\frac{1}{4}$.

*) Neues Anlehen von 500 Millionen Gulden.

**) Landung der Flotten der Allirten in der Krimm.

Daß an dem Sinken der Kurse des Papiergeldes die eingestellte Verwechslung, die steigende Vermehrung des Papiergeldes, und die unzureichende Bedeckung durch den Münzfond Schuld trägt, — ist von selbst einleuchtend.

Es ist nun die Frage, wie dem Uebelstande abzuhelpen sei?

Vor Allem ist die Vorsicht nothwendig, daß jeder weiteren Vermehrung des Papiergeldes Einhalt gethan werde.

Ob sofort die Abhülfe durch Verminderung des Papiergeldes, und Vermehrung des Fonds in Münze, bis zu dem Grade, wo die gegenseitige Verwechslung in Münze al pari statt finden kann, oder durch bleibende Festsetzung eines angemessenen Werthes des Papiergeldes gegen Münze getroffen werden soll? ist eine sehr schwierige Frage.

Die hier zu berücksichtigenden Interessen sind jene:

1. Der Banknoten-Besitzer.
2. Der Nationalbank und deren Aktionäre.
3. Der Finanzen.
4. Der Bevölkerung, welche die Mittel zur Konsolidirung der Valuta herbeischaffen muß.

ad 1. Der Besitz der Banknoten wechselt von Tag zu Tage. Die Aufbewahrung derselben findet in der Regel nicht statt. Von den vielen Millionen der Bevölkerung des Kaiserstaates dürfte nicht Einer sein, der die in seinen Händen befindlichen Banknoten zur Zeit empfangen hat, wo sie noch mit der Conventionsmünze in gleichem Werthe standen, und eben so wenig Einer, der selbe bis zu dem Zeitpunkte aufbewahren kann, — wo sie vielleicht künftig zu dem vollen Werthe der Münze gelangen werden.

Dem Banknotenbesitzer ist daher nur daran gelegen, sie zu demselben Werthe anzubringen, in welchem er sie empfangen hat, und weiterer Spekulationen und Verluste enthoben zu sein.

ad. 2. Die Nationalbank hat durch das Vorrecht, Banknoten auszugeben, welche bei allen öffentlichen Kassen im gleichen Werthe mit baarem Gelde angenommen werden muß=

ten, großen Vortheil erlangt. Für Private fand zwar eine Zwangs-Annahme nicht statt; allein sie ergab sich freiwillig durch die vom Staate zugestandene Begünstigung. Die Verwechslung der Banknoten gegen Münze war, nach der gemachten Erfahrung, durch die Erhaltung eines baaren Fonds von $\frac{1}{3}$ gegen die Umlaufs-Summe der Banknoten gesichert.

Es konnten also $\frac{2}{3}$ der letztern zu nutzbringenden Geschäften verwendet werden.

Durch die Enthebung von der Verpflichtung zur baaren Einlösung der Noten, und durch das sich hieraus ergebene Sinken des Werthes derselben, hat die Bank keinen Verlust erlitten, weil ihr die beliebige Vermehrung der Umlaufsumme zu Gebote stand; indessen ist es einleuchtend, daß in jedem Falle künftig eine Einschränkung hierin statt finden müsse, und daß diese für sie minder empfindlich sein wird, wenn für die gegenwärtige Umlaufsumme ein bestimmter Werth gesichert ist.

In Hinsicht auf die Schuld des Staates an die Bank ist kein Grund, die letztere günstiger als die andern Staatsgläubiger zu behandeln, zumal sie auch hinsichtlich der im Besitze des Staates befindlichen Banknoten nicht zur Baarzahlung verhalten wird.

Die Verwechslung des Staatspapiergeldes mit Banknoten hat weder eine Verminderung noch eine Vermehrung des Papiergeldes im Allgemeinen, wohl aber eine Vereinfachung durch gegenseitige Tilgung der Schulden zur Folge.

ad 3. Die Finanzen schöpfen ihre Einkünfte aus dem Vermögen der Staatsbürger. Es kann ihnen nicht mehr auferlegt werden, als die Kräfte der Nation zu leisten vermögen.

Dies gilt im gleichen Maße für die Tilgung der verzinslichen wie für jene der unverzinslichen Schuld (des Papiergeldes), welche beide nicht über das unumgänglich erforderliche Maaß ausgedehnt werden sollen.

Falls die vollständige Tilgung, die bei dem Papiergelde nur durch Einziehung und Vertilgung des Uebermaßes gesche-

hen müßte, nicht bewirkt werden kann, so muß die Abhülfe mit möglichster Schonung der Finanzen zu treffen getrachtet werden.

Die Zurückführung des einmal entwertheten Papiergeldes auf den vollen Werth der Münze könnte nicht mit einem Male geschehen. Sie fordert, — auch bei längerer Dauer, — unerschwingliche Opfer von Seite der Finanzen, die zuletzt immer von der Nation getragen werden müßten. Der stufenweise Uebergang würde nur zufällige prekäre Vortheile, nicht gerade den, durch das frühere Sinken der Kurse beschädigten, Individuen — darbieten.

Die Aufbringung der Fonds zur Tilgung kann nur durch Erhöhung der Steuern und Abgaben, die bei Einziehung des umlaufenden Papiergeldes immer empfindlicher werden, oder durch wiederholte Anlehen, die immer kostspieliger werden, und die Ordnung im Finanzwesen für die Folgezeit erschweren, stattfinden.

Das neue Nationalanlehen zu 500 Millionen gewährt hinreichende Mittel, um unvorhergesehene Bedürfnisse zu decken, Rückstände zu tilgen, noch lästigere Schulden abzutragen, und so allmählig Staatseinnahmen und Ausgaben (ungeachtet die letztern durch die Zinsen des neuen Anlehens sehr gesteigert werden,) ins Gleichgewicht zu bringen, und künftigen Finanz-Verlegenheiten vorzubeugen; auch dürften sich im Laufe der Zeit günstigere Verhältnisse ergeben, um das neue Anlehen durch theilweise Einlösungen und Rückzahlungen auf eine mindere, als die angebotene Summe zu beschränken.

Ob aber die Nationalbank, selbst nach gänzlicher Abtragung der Schuld des Staates an dieselbe, bei bestem Willen, im Stande sein werde, ihre Noten, auf welche sodann das umlaufende Papiergeld beschränkt sein wird, auf jedesmaliges Begehren gegen baare Münze al pari umzuwechseln, scheint mir zweifelhaft, weil sie die ihr zurückbezahlten Kapitalien, wofür sie Zinsen bezogen hatte, wieder fruchtbringend anlegen muß, und weil sonach nicht eine entsprechende Verminderung der umlaufenden

Papiergeldmasse erfolgen dürfte, um die Erhebung auf den vollen Werth der Münze erwarten zu können.

ad 4. Die Bevölkerung theilt sich in Bezug auf Geldverhältnisse:

a. in jene, welche Landeskultur, Gewerbe und Handel betreiben, oder durch Anwendung körperlicher- oder Geisteskräfte Nutzen ziehen;

b. in Rentenbesitzer, und Schuldner.

Zu a. für diese Klassen der Bevölkerung ist vor Allem die Bestimmung eines festen Verhältnisses zwischen Münze und Papiergeld höchst nothwendig.

Nur dadurch können alle Erwerbs- und Industrie-Zweige eine solidere Richtung erhalten; indeß das Harren auf die successive Steigerung der Papiergeldkurse fortwährende Unruhe und Bewegungen nachtheiliger Art im Gefolge haben muß.

Auch ist gerade für diese zahlreichen Klassen der Bevölkerung die Erhebung des Papiergeldwerthes zu jenem der Münze nicht von so hohem Belange, weil sie Entschädigung für den gesunkenen Papiergeldwerth durch das Anpassen der Anforderungen und der Verkaufspreise an den letzteren finden können.

Nur die vielfältigen Geschäfte der Geldmäkler würden, wenn schon jetzt eine Fixirung des Werthes stattfände, — so gleich einen Abbruch erleiden.

Zu b. Zu den Rentenbesitzern gehören Staatsbeamte und Pensionisten, Staats- und Privatgläubiger. Die Mehrzahl der erstern dürfte ihre dermaligen Bezüge erst nach dem Sinken des Papiergeld-Werthes erhalten haben. Uebrigens bleibt die Verbesserung ihrer Lage in rückswürdigen Fällen dem Staate vorbehalten.

Die Staatsgläubiger sind ohnehin in neuer Zeit durch vortheilhafte Anlehensbedingungen begünstiget worden. Uebrigens läßt sich nicht wohl ein Unterschied in der Behandlung zwischen ältern und neuern Staatsgläubigern ziehen, zumal die Obligationen durch Verkauf von einer Hand in die andere übergehen.

Dieselbe Betrachtung findet auch:

Für Privatgläubiger größtentheils statt.

Es dürfte daher genügen, wenn diese Klassen in ihrem bisherigen Genuße erhalten, und vor fernerer Schmälerung gesichert werden.

Die Staats- und Privat-Schuldner gehören in der Regel ohnehin nicht zu den wohlhabenderen Klassen, sie würden jedenfalls durch den künstlich hinaufgetriebenen Papiergeldwerth eine Steigerung ihrer Lasten erleiden.

Der Staat selbst würde, als größter Schuldner, eine ungeheuere Vermehrung seiner Ausgaben zu erwarten haben.

Die Festigkeit des relativen Werthes des Papiergeldes gegen Münze, dürfte daher der Zielpunkt sein, nach welchem gestrebt werden muß, weil sonst alle Berechnungen für den Staats- und Privat-Haushalt, für Industrie und Handel unzureichend sind.

Die weitem Bestrebungen sind von unabsehbarer Dauer und ungewissem Erfolge.

Nach den bisherigen Erfahrungen zeigt sich, daß in allen größeren Staaten, wo Papiergeld bedeutend durch längere Zeitdauer unter den Werth der Münze herabgesunken war, dasselbe sich nicht wieder durch Tilgungsoperationen zum vollen Werthe der letzteren in unveränderter Form erheben konnte.

Nur bei der im Jahre 1695 errichteten Bank von England, (die jedoch in anderen Verhältnissen zu den Staatsfinanzen *) als unsere Nationalbank stand), traten günstigere Ergebnisse ein.

Im Jahre 1797 war daselbst in Folge der Kriegssereignisse und Handelsstockungen der Werth der Banknoten so sehr gesunken, daß selbe um 11 Percent unter dem Werthe der Münze im Wechselfours mit Hamburg standen, und die Verwechslung gehemmt wurde. Hierüber wurde eine Untersuchung der Bankgebarung durch eine von beiden Parlamentshäusern abgeordnete Commission eingeleitet, und in Folge derselben im Februar

*) I. 165.

1797 *) die Restrictions Bill erlassen, zu Folge welcher der Bank in London die Hinausgabe von Gold- und Silber-Münze untersagt wurde. Der Banknoten = Umlauf war damals zu 10,403.060 £. St. Zu Ende des Jahres 1797 erklärten sich zwar die Bank = Direktoren zur Wiederaufnahme der Zahlungen in Species bereit, allein die Restriction wurde (zum Theil aus politischen Gründen) aufrecht erhalten. Erst 20 Jahre darnach brachte Robert Peel seinen, vom Parlamente genehmigten Antrag ein, wornach die Bank von England Gold von Standard Feinheit gegen Banknoten in 3 Perioden, und zwar a) vom 1. Febr. bis 1. Oktober 1820, b) von da bis 1. Oktober 1821, c) von da bis 1. Mai 1823 zu stufenweise herabgesetztem Papiergeldpreise einlösen sollte und erst nach dem 1. Mai 1823 die Noten in gleichem Werthe mit Goldmünzen zu verwechseln waren.

Die vereinigten Staaten von Nordamerika hatten schon im Befreiungskriege seit 1775 Papiergeld mit Zwangskurs zuletzt in solcher Menge ausgegeben, daß der Congreß selbst im Jahre 1779 dekretiren mußte: Das Papiergeld sei nicht nach seinem Nennwerthe, sondern nach seinem Kurswerthe anzunehmen. **)

Zur Abhülfe wurde im Jahre 1790 eine Nationalbank errichtet, deren Privilegium im Jahre 1811 zu Ende ging. Zugleich bildeten und vermehrten sich die Banken in den einzelnen Bundesstaaten.

Durch den im Jahre 1812 ausgebrochenen Krieg mit England entstand neuerdings eine solche Geldnoth, daß viele Banken ihre Zahlungen einstellen mußten, und daß ihre Noten 20 bis 50 Percent im Werthe fielen.

Es wurde sonach im Jahre 1816 abermals eine Nationalbank mit einem Kapitale von 35 Million Dollars, wozu die Föderalregierung, wie früher, mit dem fünften Theile als Aktionär beitrug, — errichtet, und von derselben die Ausgabe von Noten vorgenommen, die sogleich bei der Präsentation in Gold

*) Domestic Economy of G. Britain by Chalmers. Edinburgh. 1812.

**) Die Banken, von Otto Hübner. Leipzig 1854. Pag. 287.

oder Silber eingelöst wurden, — welchem Beispiele dann auch die Banken der einzelnen Staaten folgten, wodurch der baare Geldumlauf wieder hergestellt ward.

Nach Erlöschen des Charter für die Nationalbank im Jahre 1836 trat an die Stelle der letzteren die Bank von Pensylvanien, welche ein dreißigjähriges Privilegium erhielt *).

Indessen hatten die Banken, deren Zahl im Jahre 1839 auf 959 angewachsen war, ihre Geschäfte über Verhältniß ausgedehnt, mit ihren Aktien wurde ungeheure Agiotage getrieben, das Papiergeld abermals vermehrt, und so manche neue Verwirrung herbeigeführt.

In Oesterreich wurden zweimal Versuche zur Fixirung des Werthes des Papiergeldes gemacht.

Im März 1811 wurden die Bankozettel, welche damals im Nennwerthe von 1,060,798.753 Gulden im Umlaufe waren, auf $\frac{1}{2}$ im Werthe herabgesetzt, und dafür Einlösungsscheine hinausgegeben, wovon die unüberschreitbare Summe mit 212,159.750 fl. festgesetzt wurde, welche sonach im Werthe der Conventions-Münze gleichgestellt werden sollten. **)

Der Erfolg war anfangs günstig, allein! die Werthbestimmung scheint nicht richtig angenommen worden zu sein; zudem brach im Jahre 1812 der Krieg in ganz Europa aus, der sich bis Moskau, und von da bis Paris hinzog, und großen Geldaufwand erforderte. Es wurden Anticipationscheine hinausgegeben, und der Umlauf des Papiergeldes, der sich in den Jahren 1811 und 1812 auf 212,159.750 fl. in Einlösungsscheinen erhalten hatte, sonach neuerdings bedeutend vermehrt.

Durch Vertrag vom 3. März 1820, als der Friede längst befestigt, und wie oben erwähnt wurde, der Nationalbank die Einlösung des damals zirkulirenden Papiergeldes für Rechnung des Staates anvertraut worden war, wurde der Werth der Einlös- und Anticipationscheine, welche damals in der Summe von

*) Berichte aus den vereinigten Staaten von Nordamerika, von Ritter von Gerstner. Leipzig 1839. Pag. 33.

**) I. 196.

450 Millionen Gulden im Umlaufe waren, gegen Conventionsmünze, oder Banknoten, (welche letztere gegen Silbermünze al pari verwechselt werden konnten) gleich 250 zu 100 gesetzlich bestimmt, wie derselbe bereits seit 1816 im freien Verkehre sich gestellt hatte. Diese Werths-Fixirung erhielt sich mit bestem Erfolge bis zum Jahre 1848, wo auch die Banknoten im Werthe sanken.

Eine ähnliche Verfügung fand in Rußland statt, wo den im Kurse schwankenden Papier-Rubeln durch Dekret vom 13. Juli 1839 der gesetzliche Werth gegen Silber-Rubel wie $3\frac{1}{2} : 1$ gegeben wurde, in welchem sie sich bis jetzt, — durch 15 Jahre — erhalten haben.

Das umlaufende Papiergeld war damals im Betrage von 777 Millionen Papierrubel.

Das Verhältniß der Metallreserve in der Citadelle zu Petersburg zu dem Papiergeldumlaufe im Conventionsmünz-Werthe ist auf 1 zu 3 normirt.

Die Türken haben bei ihrem Einrücken in die Moldau im September 1854 eine Maßregel getroffen, wodurch den Uebelständen in Bezug auf das von ihnen in Umlauf gebrachte Papiergeld möglichst gesteuert wurde. Sie haben öffentliche Wechselstuben aufgestellt, bei denen das Papiergeld gegen Münze zu einem bestimmten Werths-Verhältnisse umgetauscht werden konnte, wodurch Mißverständnissen und Betrügereien wirksam vorgebeugt, und der Unsicherheit im Verkehre abgeholfen wurde.

Im Bremer Handelsblatte, welches viele interessante Notizen liefert, ist unterm 10. Juni 1854 Nro. 140 ein Vorschlag aufgenommen worden, zu Folge dessen die Fixirung des Papiergeldwerthes und die Einlösung des Papiergeldes in Oesterreich vom Staate nach dem Börsenkurse übernommen werden soll, wobei sich auch darauf berufen wird, daß Professor Nau in Heidelberg für einen gleichen Vorschlag sich erklärt habe.

Nach diesen Betrachtungen und Erfahrungen glaube ich

auf meine frühere Ansicht *) zurückkommen zu sollen, daß das Papiergeld nicht als eine in Conventions-Münze zurückzuzahlende Staatsschuld behandelt werden könne, sondern vorzuziehen sei, den Werth desselben gegen Münze in angemessenem praktikablen Verhältnisse zu fixiren.

Die Werthsbestimmung des Papiergeldes würde, wenn sie sich möglichst dem Börsenkurse annäherte, am meisten den ordentlichen Gang des Verkehrs fördern, freiwillige Aufnahme in Geldgeschäften jeder Art finden, am meisten Sicherstellung gegen Sprünge in Forderungen und Verpflichtungen in Gewinnsten und Verlusten — gegen Täuschungen in den durch längere Zeit hinausgedehnten Erwartungen gewähren.

Das neue Anlehen würde kräftige Mittel darbieten, um den von Seite der Finanzen auf möglichst genaue, dem Verhältniß entsprechende Basis zu fixirenden Kurs aufrecht zu halten.

Das Point d'honneur der Regierung würde weniger durch Anerkennung der imperativen Verhältnisse, als durch Fortdauer des schwankenden Zustandes leiden, durch welchen die Staats- und Privatinteressen so sehr gefährdet sind.

Vor der Hand wäre jedoch keine Zwangsbestimmung zu treffen.

Der Staat hätte möglichst Vorräthe von Metallmünze in seinen Kassen in Bereitschaft zu halten; derselbe könnte nach einer angemessenen Richtung, mit Intervention von Wechselhäusern, auf der Börse Papiergeld kaufen und verkaufen, bis sich der wechselseitige Werth im Privatverkehre auf einen haltbaren Fuß gestellt haben würde. Auch die Nationalbank könnte durch fortwährenden Tausch-Handel zwischen Papiergeld und Münze auf gleichen Zweck hinwirken.

Den Partheien, welche Zahlungen an die Staatskassen zu leisten haben, wäre die Wahl zu lassen, dieselben in einem, vorläufig zu bestimmenden, Werthsverhältnisse entweder in Münze oder im Papiergelde zu leisten.

*) I. 218.

Sonst wäre vor der Hand in den bestehenden Zahlungs-Vorschriften Nichts zu ändern.

Sobald die Aussicht vorhanden ist, das Papiergeld auch im Privat-Umlaufe auf einen festen Kurs zu setzen, wäre vom Staate mit der Bank das Uebereinkommen zu treffen, daß von ein oder anderer Seite eine Kasse eröffnet werde, bei welcher Banknoten gegen Silbermünze zu dem ausgemittelten als bleibend zu erklärenden Werthsverhältnisse verwechselt werden könnten.

Zu diesem Behufe könnten auch Silberscheine hinausgegeben werden, welche jedoch einen hinreichenden Bedeckungsfond haben müßten, um augenblicklich gegen Münze al pari eingelöst werden zu können.

Hiernach dürfte das Werthsverhältniß der Banknoten, — welches nach dem Börsenkurse zu Ende des Jahres 1854 gleich 128 : 100 stand, — zu 120 angenommen werden, wie wohl sich der eigentliche Ziffer erst in dem Zeitpunkte der Ausführung dieser Maßregel bestimmen ließe. Diese Fixirung würde als eine Besserung der Kurse angesehen werden, und zugleich die Bestimmung des Werthes der einzelnen Münzsorten im Papiergelde ohne Bruchtheile erleichtern. *)

Hiernach wäre der Thaler

in Münze mit 2 fl. 24 fr. Papiergeld

der Gulden	„	„	„	1	„	12	„	„
das 20 fr. Stück	„	„	„	„	„	24	„	„
„ 10 „	„	„	„	„	„	12	„	„
„ 5 „	„	„	„	„	„	6	„	„

im Werthe gleichzustellen.

Die kursirende Silberscheidemünze zu 6 fr. neueren Gepräges hätte: als Conventionsmünze den Werth zu 5 fr., in Papiergelde den Werth zu 6 fr. zu erhalten.

Die Silbergrroschen wären im Werthe zu 3 Kreuzer Münze einzulösen, und umzuschmelzen.

*) Im März 1852 habe ich die gleiche Fixirung zu 120 (IV. 17) und im April 1853 zu 110 angetragen (V. 152.)

Das Kupfergeld zu: 2, 1, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Kreuzer hätte seinen Werth im Papiergelde zu behalten, und wäre nur nach dem oben angegebenen Werthe zur Ausgleichung bei Zahlungen in Conventions-Münze in Rechnung zu bringen, also 6 Kupferkreuzer zu 5 kr. C. M.

Diese Bestimmungen wären jedoch mit der so eben mit den deutschen Staaten in Verhandlung stehenden Münzregulirung in Verbindung zu bringen, wobei es darauf ankommen würde, ob der, seit einem Jahrhunderte in Oesterreich eingeführte, Conventions-Münzfuß Fortbestand zu erhalten habe.

Jedenfalls verkenne ich nicht, daß diese Maßregel viele Anfechtung in der öffentlichen Meinung finden dürfte, die so oft dem finanziellen Interesse im Wege steht, zumal ein nicht geringer Theil der Handelswelt selbst aus dem Schwanken der Valutapreise Gewinn zu ziehen wußte.

Auch wird die Feststellung des relativen Werthes des Papiergeldes zur Münze vielen Schwierigkeiten unterliegen, da die ungewisse Lage der österreichischen Monarchie, die unsteten diplomatischen Combinationen, die widersprechenden Nachrichten von Bündnissen und Entzweigungen, von Krieg und Frieden, von Siegen und Niederlagen, die Verschiedenheit der Interessen zwischen der Bank und den Staatsfinanzen, — fortwährend die Börsenkurse in schwankendem Zustande erhalten, daher sehr Vieles auf die Wahl des günstigen Zeitpunktes für die Regulirung der Valuta ankäme.

Die Annahme der fremden Münzen wäre nach den, bei Entrichtung der Zölle getroffenen Werthbestimmungen zu gestatten.

Durch diese Regulirung des Geldwesens würde, — wenn nicht außerordentliche Ereignisse eintreten, (die sich nie veranschlagen lassen) Ruhe und Ordnung im Staats- und Privat-Haushalte eintreten, alle Industriezweige würden einen mehr gesicherten Aufschwung erhalten, und die Finanzverwaltung, welche der großen Opfer zur Steigerung des Papiergeldes bis zum vollen Werthe der Münze enthoben wäre, würde in Stand

gesetzt sein, in einiger Zeit lästigere Schulden abzutragen, und das Gleichgewicht zwischen Staatseinnahmen und Ausgaben herzustellen, worauf sich vorzüglich der regelmäßige Gang in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung, und die Wohlfahrt des Staates gründen läßt.

Indessen kann ich diese Ansichten nur der Beurtheilung der höhern Finanzleitung, welche die bestehenden Verhältnisse genauer zu würdigen in der Lage ist, und einer großen Verantwortlichkeit sich zu unterziehen hat, — anheimstellen.

Die wichtigsten Aufgaben für die Folgezeit, von deren Lösung das Schicksal von Millionen Menschen abhängt — sind: für Europa, die Herstellung des Friedens; — für Oesterreich, die Regulirung der Geldverhältnisse.

Schl u ß.

A n h a n g.

Die Ergebnisse seit Ablauf des Jahres 1854 bis April 1855 beziehen sich theils auf Verhältnisse mit dem A u s l a n d e, — theils auf i n l ä n d i s c h e.

In Beziehung auf die ersteren ist vorzüglich die Aussicht auf eine, in Wien abzuhaltende Friedens-Conferenz bemerkenswerth, an welcher einerseits: Oesterreich, England, Frankreich und die Türkei, anderseits Rußland, Theil nehmen sollen. Ob auch Preußen hierbei interveniren werde? — ist noch in Frage gestellt.

Die vier Garantiepunkte, welche zur Basis der Unterhandlungen dienen sollen, sind folgende:

1. Aufhebung des Protektorates Rußlands in der Moldau und Wallachei. Die Privilegien dieser Länder sollen unter die Garantie der fünf Mächte gestellt werden.

2. Schifffahrtsfreiheit auf der Donau.

3. Revision des Traktates vom 13. Juli 1841, um die Existenz des ottomanischen Reiches fester an das europäische Gleichgewicht anzuknüpfen.

4. Kollektive Garantie der vier Mächte, um die religiösen Privilegien der christlichen Gemeinden ohne Unterschied im Orient zu schützen.

In diesem Sinne waren die vier Punkte am 7. Jänner 1855 vom Fürsten Gortschakoff dem Kaiser Nikolaus vorgelegt und von diesem genehmigt worden.

Unterm 12. Jänner 1855 wurde von der sardinischen Regierung eine Allianz mit den Westmächten geschlossen, und Truppenstellung gegen Rußland zugesichert.

Indessen wurde eine Landesbewaffnung im ganzen russischen Reiche angeordnet, welche mit 1. Mai 1855 vollständig ausgeführt sein sollte.

Der Krieg in der Krimm wurde lässig betrieben, was zu Parlaments-Verhandlungen in London Anlaß gab, die zu einem Ministerwechsel daselbst führten.

Vom 1. Februar 1855 an wurde die Blokade der russischen Häfen und Flußmündungen im schwarzen und asowschen Meere von Seite der Westmächte neuerdings angeordnet. Dagegen haben die russischen Kommandanten die Befahrung der untersten Strecken an der Donau, die bereits freigegeben war, wieder verboten.

Am 2. März 1855 trat unerwartet der Todesfall des Kaisers Nikolaus von Rußland ein, welcher den Friedens-Unterhandlungen eine neue Wendung geben dürfte.

Am 30. Jänner 1855 wurde bei der deutschen Bundesversammlung die Mobilmachung des Bundesheeres, entweder ganz oder zur Hälfte, nach Maß des Bedarfes, in Antrag gebracht, jedoch — der Abstimmung Preußens gemäß, nur die Kriegs Bereitschafthaltung beschlossen und das wirkliche Einschreiten nur für Fälle, worüber verschiedenartige Ansichten durchblickten, — vorbehalten.

Nach den Standestabellen für das Jahr 1853 ist das deutsche Bundesheer auf: 525.037 Mann festgesetzt worden, wozu Oesterreich: 153.295 — Preußen: 170.509 — Baiern: 50.236 Mann u. s. w. zu stellen haben.

Das Streben nach Einheit im deutschen Bunde, worüber ein ausführliches Werk von Doktor Klüpfel im Jahre 1853 erschien,*) und worüber ich eine*kurze Zusammenstellung meinem früheren Werke über die österreichische Administration vom Jahre 1849 **) eingeschaltet hatte, — ist noch immer von zweifelhaftem Erfolge.

*) Die deutschen Einheitsbestrebungen, von Doktor Klüpfel, Leipzig 1853.

**) II. Pag. 388—415.

Die Ausübung der Civilgerichtsbarkeit der k. k. österreichischen Konsulate im osmanischen Reiche über die österreichischen Unterthanen und Schutzgenossen ist durch kaiserliche Verordnung vom 20. Jänner 1855 geregelt worden.

Im Ganzen bestanden zu Ende des Jahres 1854: 322 österreichische Konsularämter und Agentieen, wovon 95 in der Türkei fungiren.

In Bezug auf die inneren Angelegenheiten haben vorzüglich folgende Verfügungen statt gefunden:

Unterm 1. Jänner 1855 wurde die k. k. privilegirte Saats-Eisenbahn-Gesellschaft gegründet, von welcher schon vorläufig in dem vorstehenden Werke Erwähnung geschah.

Die Gesellschaft besteht aus vorzüglichen Handelshäusern zu Wien und Paris, der Société générale du crédit mobilier zu Paris, und mehreren andern Theilnehmern.

Der Zweck dieser Gesellschaft ist: Der Ausbau und der Betrieb der ihr durch Concession überlassenen Staats-Eisenbahnen, und zwar: Der nördlichen, der südöstlichen, und der von Pissova über Oravicza nach Bastiasch führenden Schienenstraße, — ferner: Die Benützung und der Betrieb ausgedehnter, vom Staate ihr überlassener Domänen, Grundstücke, Forste, Berg- und Hüttenwerke (vorzüglich im Banate) Fabriken, Maschinen, Vorräthe u. s. w.

Die Concessionen haben auf 90 Jahre zu dauern. Der Ueberlassungspreis ist auf 77 Millionen Gulden C. M. (= 200 Millionen Franks) festgesetzt; die Einzahlung hat in 36 Monatsraten zu geschehen. Der Gesellschaftsfond wird durch Hinausgabe von 400.000 Aktien, jede zu 200 fl. C. M. (= 500 Franks) aufgebracht.

Die Gesellschaft hat ihren Sitz zu Wien, wo auch die Generalversammlungen gehalten werden.

Die Fahr- und Frachtpreise bei der Bahn werden in der Landeswährung nach dem jeweiligen Werth derselben in Metallmünze vom Publikum eingehoben.

Der Verwaltungsrath besteht aus 20 Mitgliedern,

von welchen dermal 10 in Frankreich ihren Wohnsitz haben, die in Paris ein eigenes Comité bilden.

Schlüsslich ist zu bemerken, daß mehrere besondere Begünstigungen dieser Eisenbahn-Gesellschaft von der Regierung zugestanden worden sind.

Mit 1. Jänner 1855 trat das neue Börsegesetz in Wirksamkeit, welches Bestimmungen: über den Zutritt zur Börse, den Börsehandel, den Geschäftskreis des Börsekommissärs, und des neu errichteten Börserathes, die Einrichtungen der Sepsalen, die Ausmittlung der Durchschnittskurse, u. s. w. enthält.

Nach Ministerial-Verordnung vom 25. Jänner 1855 soll die Uebersiedlung nach Ungarn aus andern Kronländern künftig keiner besondern Bewilligung mehr bedürfen.

Das neue Militär-Strafgesetz tritt mit 1. Juli 1855 in Wirksamkeit, mit welchem einige rohere Strafarten wegfallen.

Somit wäre die Geschichte der österreichischen Staatsverfassung und Verwaltung von der Periode seit dem 13. März 1848, dem verhängnißvollen Tage der Wiener-Revolution, bis 15. März 1855, dem Tage, wo die Hoffnung gewährenden Friedenskonferenzen in Wien eröffnet wurden, geschlossen.

Noch glaube ich bemerken zu sollen, daß ich in meinen Werken über den Gang der kurrenten Administration weder die Namen der Geschäftsleiter anzuführen, noch ein Urtheil über dieselben zu fällen, mir erlaubt habe.

Inhalts = Verzeichniß.

	Seite
Einleitung	1
Staatsverfassung	3
Umgestaltung der Provinzialverfassungen	4
Landesversammlungen und Landesauschüsse	—
Central- und Provinzial-Congregationen im lomb.-venet. Königreiche.	5
Gemeinde = Ordnungen	—
Administration	6
Reichsrath	—
Ministerien	—
Ministerium des Aeußern und des kaiserlichen Hauses	7
Staatsverträge mit fremden Mächten	—
Russisch-türkischer Krieg	8
Allianz Oesterreichs mit England und Frankreich	9
Ministerium des Innern	—
Statthaltereien und Landesregierungen	10
Unterbehörden	—
Geologische Reichsanstalt	11
Justiz = Ministerium	12
Wirkungskreis desselben	—
Oberster Gerichtshof	13
Oberlandesgerichte	—
Untere Gerichte	—
Oberstes Hofmarschallamt	—
Handels- und Seegericht	—
Staats = Anwaltschaft	14
Politische- und Justiz-Administration in Ungarn und Siebenbürgen.	—
Organisation in deutschen und slavischen Provinzen	15
Finanzministerium	18
Sektionen	19
Finanz = Landesdirektionen	—
Steuer-Gefälls = Bergwerks = Direktionen und andere untergeordnete Aemter	—

	Seite
Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten	21
Untergeordnete Aemter und Dienstzweige	22
Zölle	24
Handels-, Zoll- und Schiffahrts Verträge	25
Posten, Eisenbahnen, Telegraphen	27
Ministerium für Cultus und Unterricht	32
Leitung der kirchlichen Angelegenheiten	33
Unterrichtsanstalten	34
Armee- und Oberkommando	36
Armee- und Militär-Commanden	37
Unterbehörden	38
Militär-Sanitätswesen	—
Militär-Justizpflege	39
Militär-Gränze	—
Gensd'armarie	40
Feldbischof	—
Oberste Polizeibehörde	40
Oberste Rechnungs-Controll- Behörde	—
Central-Rechnungs-Departement	41
Buchhaltungen	—
Staatshaushalt	—
Resultate im Jahre 1853	42
Präliminar für 1855	45
Staats-Einnahmen	46
Steuern und Gefälle	47
Domänen und Bergwerke	49
Münzwesen	51
Staats-Ausgaben	53
Administrationsauslagen	—
Militärauslagen	—
Staatsschuld	54
Papiergeld	56
Nationalbank	59
Eskompteanstalt	62
Verfügungen zur Konsolidirung der zirkulirenden Geldwährung	63
Anhang zu vorstehendem Werke	76

In gleichem Verlage sind ferner erschienen :

- Anst,** Vincenz, k. k. Feldkriegskommissär, systematische Darstellung der kais. österr. Militär-Spitäler-Verfassung. Enthaltend: die Organisation der k. k. Militär-Spitäler und die Grundsätze ihrer innern Verwaltung nach den bestehenden Bestimmungen. 2. Aufl. 1849. gr. 8. geh. 1 fl. 40 kr. — 1 Thlr. 3 sgr.
- Becher,** Dr. Siegfried, k. k. Ministerialrath u., die Volkswirthschaft. 1853. gr. 8. eleg. geh. 4 fl. — 2 Thlr. 20 sgr.
- Orbacz,** M. Ritter von Ostrow, Lexicon der österreichischen Finanzgesetze, zum Gebrauche der Cameral-Landes- und Bezirksverwaltung der neu errichteten Gefällengerichte. gr. 8. 1836. geh. 4 fl. — 2 Thlr. 20 sgr.
- Hauer,** J., Ritter v., Beiträge zur Geschichte der österr. Finanzen. gr. 8. 1848. 1 fl. 36 kr. — 1 Thlr. 2 sgr.
- — Ueber Oesterreichs Staatsausgaben und Verwaltung in Hauptumrissen dargestellt. 1849. gr. 8. geh. 2 fl. 20 kr. — 1 Thlr. 17 sgr.
- — Politisch-statistische Uebersicht der Veränderungen in der Verfassung, Administration und dem Haushalte der österreichischen Monarchie, vom 13. März 1848 bis 13. März 1851, mit Hinblick auf die Verhandlungen über die Reichsverfassung in Deutschland. gr. 8. 1851. broschirt. 2 fl. 24 kr. — 1 Thlr. 18 sgr.
- — Uebersicht der Veränderungen in der Verfassung, Administration und dem Haushalte der österr. Monarchie vom März 1851 bis März 1852. gr. 8. geh. 1852. 18 fr. — 6 sgr.
- — Neuere Uebersicht des Staates, der Verfassung, der Administration und des Haushaltes der österr. Monarchie zu Ende April 1853, mit statistischen Daten beleuchtet. 1853. gr. 8. 1 fl. 20 kr. — 28 sgr.
- — Ueber die neuesten Ergebnisse im Haushalte der österreichischen Monarchie. 1854. gr. 8. brosch. 30 fr. — 10 sgr.
- Kremer,** A. S. Edler v., Verfahren über Zollgesetzes-Übertretungen in der österreichischen Monarchie. gr. 8. 1824. 1 fl. 36 kr. — 1 Thlr. 2 sgr.
- Schlieben,** W. G. A. v., Grundzüge einer allgem. Statistik aus dem Gesichtspunkte der Nationalökonomie. gr. 8. geh. 1834. 1 fl. 24 kr. — 28 sgr.
-

18439

HG.

H3684p

Author Hauer, Josef von r. f.

Title Politisch-statistische Uebersicht der

UNIVERSITY OF TORONTO
LIBRARY

Do not
remove
the card
from this
Pocket.

Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File."
Made by LIBRARY BUREAU

